

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1965 · TEIL III

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
ARBEITSSTELLE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

UNTER BERATENDER MITARBEIT VON

H. Aptheker (USA), G. Bondi (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

REDAKTION

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Horst Handke, Karl Lärmer, Elli Mohrmann, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann,
Roswitha Czollek (Redaktionssekretär)

Verantwortlich für Bibliographie: Renate Günther

1965 • TEIL III

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG • BERLIN • 1965

Redaktionsschluß: 1. 12. 1965

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin 8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1965 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/148/65

Gesamtherstellung: IV/2/14 VEB Werkdruck 445 Gräfenhainichen · 2467

Bestellnummer: 2103/65/3 · ES 5 B 2 · 14 D · Preis: 20,-

Außerdem

Inhalt

Zu diesem Band	7
--------------------------	---

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

S. I. TJULPANOW	Probleme des Neutralismus der jungen Nationalstaaten	11
M. N. MASCHKIN	Zur Geschichte der Kolonialziele des kaiserlichen Deutschlands im Jahre 1918	45
U. BENTZIEN	Landmaschinentechnik in Mecklenburg (1800 bis 1959)	54
H.-H. MÜLLER	Die Bodennutzungssysteme und die Separation in Brandenburg vor den Agrarreformen von 1807 . .	82
W. BLEIBER	Fränkisch-karolingische Klöster als Grundherren in Friesland	127

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

A. M. Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke	176
---	-----

FORSCHUNGSBERICHTE

J. PAZDUR	Die Hauptprobleme und die Organisation der Forschungen zur Geschichte der materiellen Kultur in Volkspolen	201
-----------	--	-----

QUELLEN UND MATERIALIEN

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)

W. SCHULZE	Löhne und Preise 1750 bis 1800 nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg . .	211
------------	---	-----

LITERATURKRITIK

- J. KUCZYNSKI Einige Überlegungen über die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion bei der Lektüre von Robert E. Schofield, *The Lunar Society of Birmingham. A social history of provincial science and industry in eighteenth-century England* 220
- D. KLEIN Produktivkräfte und staatsmonopolistischer Kapitalismus. Bemerkungen zu Theodor Prager, *Wirtschaftswunder oder keines? Zur politischen Ökonomie Westeuropas* 229

BIBLIOGRAPHIE

- J. HERRMANN Frau und Gesellschaft. Bibliographie von Arbeiten der Jahre 1951 bis 1962 (Schluß) 243
- Autorenverzeichnis 299

Zu diesem Band

Das Bestreben, die Forschungen zur Geschichte der Produktivkräfte systematisch zu fördern – seit langem ein besonderes Anliegen des Jahrbuchs – veranlaßte uns, diesen Problemen im vorliegenden Band breiten Raum zu geben. Der thematische Bogen ist weit gespannt. Er reicht von den Fragen der Geschichte der Produktivkräfte in der Landwirtschaft – U. Bentzien und H.-H. Müller – über die Beziehung zwischen Wissenschaft und Produktion in der industriellen Revolution – J. Kuczynski – bis zu der so wichtigen gegenwärtigen Problematik Produktivkräfte und staatsmonopolistischer Kapitalismus – D. Klein. Der als Forschungsbericht gebrachte Artikel von J. Pazdur geht weit über die Form eines Berichtes im engeren Sinne hinaus und wirft eine Reihe grundsätzlicher theoretischer und methodologischer Fragen auf. Wir freuen uns, daß der Redaktion inzwischen auch schon ein Artikel aus dem Institut für deutsche Volkskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vorliegt, der an die von J. Pazdur behandelten Probleme anknüpft.

Zwei weitere Artikel dieses Bandes – S. I. Tjulpanow und M. N. Maschkin – befassen sich mit den Problemen der jungen Nationalstaaten bzw. der Geschichte der imperialistischen Kolonialpolitik – ein Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, das zweifellos innerhalb der gesamten marxistischen Wirtschaftsgeschichte noch nicht immer mit dem nötigen Gewicht gepflegt wird. Diese Überlegungen bewogen auch die Redaktion, einen der nächsten Bände des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte ganz unter dem Aspekt der wirtschaftshistorischen Probleme der unterentwickelten Länder zu gestalten.

Monographien,
Studien und Referate

Geschichte
der Fabriken und Werke

Probleme des Neutralismus der jungen Nationalstaaten

VON S. I. TJULPANOW

Die gegenwärtige Epoche, die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, stellt den marxistischen Wissenschaftlern neue komplizierte Fragen, die alle Gebiete der Gesellschaftswissenschaft umfassen: die Ökonomie, die Politik, das Recht usw. Besonders ist die Bedeutung der internationalen Probleme, der internationalen (zwischenstaatlichen) ökonomischen und politischen Beziehungen gewachsen. Die tiefste Ursache dieser Kompliziertheit der gegenwärtigen zwischenstaatlichen Beziehungen liegt in den Besonderheiten der heutigen Weltwirtschaft, die durch die antagonistische Einheit zweier gegensätzlicher Wirtschaftssysteme gekennzeichnet ist.

Mit anderen Worten, das Wesen der gegenwärtigen Weltwirtschaft besteht im Kampf zweier Typen von zwischenstaatlichen Beziehungen (ökonomischer, politischer, rechtlicher usw.). Der eine Typ von Beziehungen basiert auf den Prinzipien der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe der Völker und Staaten, der andere auf den Prinzipien der Ausbeutung und Unterdrückung der einen Länder durch die anderen. Mit dieser Definition kann man sich aber nicht begnügen.

Die kapitalistische Weltwirtschaft als System wirkt hemmend auf die Durchsetzung der neuen zwischenstaatlichen Beziehungen. Die führende, revolutionäre Seite dieser antagonistischen Einheit, als die sich die Weltwirtschaft darstellt, ist daher das immer stärker werdende sozialistische System. Daraus ergibt sich die führende Rolle der sozialistischen Beziehungen bei der Formierung der Gesamtheit der gegenwärtigen internationalen Beziehungen und bei der Entstehung verschiedener Übergangsformen. Ein solches methodologisches Herangehen gestattet es, bei der Analyse der gegenwärtigen internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen eine so neue Erscheinung wie den Neutralismus der jungen, neuen, souveränen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vollständig und tiefgründig zu charakterisieren.¹ In der Epoche

¹ Formal sind die Staaten Lateinamerikas, ähnlich wie die Mehrheit der Staaten Asiens und Afrikas, keine neuen souveränen Staaten, aber ihre internationale Rolle hat sich unter den gegenwärtigen Bedingungen grundsätzlich verändert. Die Ursache dieser Veränderung sind die Krise und der Zusammen-

der einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft und der ungeteilten Herrschaft der Monopole waren das imperialistische Staatensystem und die kapitalistische Weltwirtschaft dem Wesen nach identisch. Unter den Bedingungen der Existenz zweier Weltsysteme bilden die früheren Kolonien und abhängigen Länder, nachdem sie die Souveränität errungen haben, eine besondere Gruppe von Staaten, die (in der Regel) den Neutralismus als ihre Außenpolitik proklamieren. Durch ihre aktive Rolle in den internationalen Beziehungen beginnen sie, „die Geschicke der Welt mitzuentcheiden“². Die neuen Staaten sind in der Regel weder Verbündete noch eine „Reserve“ des Imperialismus. Sie sind eine neue antiimperialistische Kraft.

Das Gemeinsame, das alle Länder, die sich befreit haben, verbindet, hat eine objektive Grundlage: die ökonomische Ausbeutung ihrer Völker durch das internationale Finanzkapital und den Block der imperialistischen Staaten. Die Unterschiede zwischen ihnen werden durch die verschiedenen Stufen der sozialökonomischen und politischen Entwicklung bestimmt. Jedoch sind alle diese Staaten, ungeachtet der Widersprüche, die die politische Aktivität vieler neuer Staaten charakterisieren, objektiv Kampfabteilungen einer revolutionären Kraft.

Die besonderen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der beiden Weltsysteme und die Gesetzmäßigkeit des Zerfalls und des Zusammenbruchs des imperialistischen Kolonialsystems erhöhen die Bedeutung der neuen Staaten, die in der Regel eine neutralistische Position einnehmen; sie nähren und stärken ständig die Tendenz des Neutralismus. Das ist nicht nur das Problem eines einzelnen Staates oder einer Reihe von Staaten, sondern das komplizierte und vielschichtige Problem der zahlenmäßig bedeutendsten Staatengruppe. Der Neutralismus ist eine der politischen Formen, in der sich der fortschreitende Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus offenbart, nachdem die ehemaligen Kolonien die Unabhängigkeit errungen haben. Er ist diejenige außenpolitische Position, die den endgültigen Zusammenbruch des Kolonialismus, die Liquidierung seiner Überreste fördert. Er begünstigt den erfolgreichen Kampf um die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit und die Entwicklung auf nichtkapitalistischem Wege. In diesem Sinne hat der Neutralismus, der in seiner gegenwärtigen Bedeutung ein neues Problem darstellt, „stabilen“ Charakter. Daraus erklärt sich auch die außerordentliche Aktualität einer Untersuchung des sozialen und klassenmäßigen Wesens, des Platzes und der Rolle der neutralistischen Länder sowie ihrer Politik in den internationalen Bezie-

bruch des gesamten Kolonialsystems des Imperialismus, seine weitere Schwächung. Dem Wesen nach erscheinen die genannten Staaten erst jetzt und zum ersten Mal in der Arena der internationalen Beziehungen und werden zu einem bestimmenden Faktor. Deshalb können wir sie bei der weiteren Analyse mit Recht mit den neuen Staaten zu einer Gruppe zusammenfassen.

² *Lenin, W. I.*, Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, in: Werke, Bd 30, Berlin 1961, S. 145.

hungen. Nur eine konkret-historische Behandlung des Problems des Neutralismus in seiner Gesamtheit gestattet eine wissenschaftliche Einschätzung seiner gegenwärtigen Rolle.

Das Hauptkriterium für die Analyse des Problems der Neutralität aus marxistisch-leninistischer Sicht ist die Frage, welchen Klasseninteressen die Neutralität dient und wessen Klassenwillen sie zum Ausdruck bringt. Zur Zeit der allgemeinen Herrschaft des Imperialismus (das heißt vor dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution) stellte die Neutralität, die von dem einen oder andern kapitalistischen Land proklamiert wurde, in der Regel eine der Formen der Politik der Finanzoligarchie dar, die dadurch ihre Diktatur festigen wollte. So nutzten zum Beispiel die USA, die erst zum Schluß in den ersten Weltkrieg eintraten, ihre „Neutralität“ zur Schwächung der Kräfte der europäischen Gruppierungen, zur Erzielung gigantischer, wie Lenin sagte skandalöser Kriegsprofite aus.

Auch die Neutralität des im Vergleich zum deutschen Imperialismus schutzlosen Hollands war eindeutig solcher Art. Lenin sprach davon, daß sich das Finanzkapital Hollands „am Krieg ungeheuer bereichert hat“³.

Aber trotz der gleichen Klassennatur der Neutralität der großen und der kleinen und schwachen kapitalistischen Staaten sprach Lenin sogar in jener Periode von einer unterschiedlichen politischen Bedeutung der Neutralität der imperialistischen Großmächte und der Neutralität der schwachen Länder. Die praktische Bedeutung der Neutralität der schwachen kapitalistischen Länder war freilich gering.

Die allgemeine Veränderung der Rolle der neutralistischen Länder steht mit dem Charakter der gegenwärtigen Epoche im Zusammenhang; die zunehmende Wirksamkeit und internationale Bedeutung ihrer Neutralitätspolitik nach dem zweiten Weltkrieg erklärt sich aus der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus. Für den Marxismus-Leninismus ist die nationale Befreiungsbewegung eine der entscheidenden Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus. Der Inhalt des weltrevolutionären Prozesses, der auf die Liquidierung auch der letzten Ausbeuterklasse auf der Erde gerichtet ist, schließt die nationalen Befreiungsrevolutionen als organischen Bestandteil in sich ein. In der gegenwärtigen Etappe besteht eine der wichtigsten Besonderheiten der siegreichen nationalen Befreiungsrevolutionen in der – für diesen Typ von Revolutionen spezifischen – bedeutenden Rolle der äußeren, internationalen Bedingungen. Diese Revolutionen, die vor allem gegen die äußeren aggressiven Kräfte, das heißt gegen den Imperialismus gerichtet sind, der sich auf die reaktionären Klassen und Schichten innerhalb des Landes stützt, haben von Anfang an internationale Bedeutung, sie führen zu strukturellen Veränderungen in der internationalen Lage. „Mit dem Erscheinen dieser Staaten in der weltpolitischen Arena hat sich das Kräfteverhältnis wesentlich zugunsten des

³ Lenin, W. I., Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus, in: ebenda, Bd 23, Berlin 1957, S. 179.

Friedens verändert.“⁴ Mit anderen Worten, die neutralistischen Staaten haben das einheitliche imperialistische Band der Außenpolitik zerrissen, das vor noch nicht allzulanger Zeit alle Länder der kapitalistischen Welt umfaßte. Der Neutralismus der neuen souveränen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, der in der Regel unmittelbar nach der Eroberung der politischen Macht oder im Prozeß der Erringung echter Souveränität in den auswärtigen Beziehungen verkündet wird, unterscheidet sich qualitativ von der Neutralitätspolitik der kapitalistischen Staaten früherer historischer Epochen und hat andere internationale Bedeutung. An der Spitze der neuen Staaten steht nicht mehr die ausländische imperialistische Bourgeoisie; die Führung liegt vielmehr in den Händen sozialer Klassen oder Gruppen, die die gesamtnationalen Bedürfnisse des betreffenden Landes oder noch häufiger Gruppeninteressen der herrschenden Klassen des jeweiligen Landes zum Ausdruck bringen. So werden die Regierungen der neuen Staaten von der nationalen Bourgeoisie oder vom Block aller antiimperialistischen patriotischen Kräfte, einschließlich der nationalen Bourgeoisie, oder auch von Gruppen der revolutionären Demokratie geführt. Der Neutralismus ist somit seinem Klassenwesen nach die außenpolitische Position der antiimperialistischen Klassen und Gruppen. Die konkret-historische Untersuchung des Neutralismus als einer neuen gesellschaftspolitischen Erscheinung erfordert jedoch eine Detaillierung entsprechend der konkreten Charakteristik der Machtverhältnisse und eine Berücksichtigung der großen Verschiedenartigkeit der Lage, in der sich die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas befinden. Die politische Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der nationalen Befreiungsrevolution stellt den verschiedenen Gruppen der neutralistischen Staaten besondere Aufgaben. Die Ignorierung dieser Verschiedenheit würde unvermeidlich zur Schematisierung des Neutralismus der jungen Staaten, dieses neuen, komplizierten und in den einzelnen Ländern äußerst widersprüchlich vor sich gehenden Prozesses der Herausbildung einer neutralistischen Position führen.

Gleichzeitig darf man aber auch nicht das Gemeinsame übersehen, das diese Länder verbindet, das auf ihrer national-revolutionären Position beruht und sie zur antiimperialistischen Kraft macht – ungeachtet der Widersprüche und Inkonsequenzen, die die Neutralitätspolitik einer Reihe von Staaten in der Praxis aufweist. Die reale politische Bedeutung des Neutralismus der neuen souveränen Staaten steht vor allem mit der grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus im Zusammenhang. „Wir schätzen das Kräfteverhältnis in der Welt real ein“, wird im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963 festgestellt, „und ziehen daraus die Schlußfolgerungen, daß, obgleich sich das Wesen des Imperialismus nicht verändert hat und die Gefahr der Entstehung eines Krieges nicht beseitigt ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen die Friedenskräfte, deren Haupt-

⁴ *Programm und Statut der KPdSU*, angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, Oktober 1961, Berlin 1961, S. 55.

bollwerk die mächtige Gemeinschaft der sozialistischen Staaten ist, mit vereinten Kräften einen neuen Weltkrieg verhindern können.“⁵ Die objektive Notwendigkeit und Möglichkeit, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, bestimmt den neuen Inhalt des Neutralismus und die besondere Wirksamkeit der Neutralitätspolitik.

Auf diese Weise gestatten die theoretischen Erkenntnisse des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU, den Platz und die Rolle der neutralistischen Länder in der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit richtig zu bestimmen und den Neutralismus als qualitativ neue Erscheinung zu verstehen.

Die qualitativ neue Rolle der neutralistischen Länder findet ihre Bestätigung in ihren quantitativen Merkmalen. Auf die neutralistischen Länder entfallen heute zirka 25 Prozent der Bevölkerung der Erde, was bedeutend die Bevölkerung der Länder übersteigt, die Militärblocken der imperialistischen Staaten angehören. Die neutralistischen Länder verfügen über gewaltige Rohstoff- und Nahrungsmittelquellen. Sie nehmen ausnehmend wichtige strategische Positionen ein und kontrollieren viele internationale Kommunikationen. Sie üben einen bedeutenden Einfluß auf die Länder aus, die gewaltsam militärischen Blöcken angeschlossen wurden. Deshalb darf man ihre Rolle in den internationalen Beziehungen und auch die Bedeutung der von ihnen durchgeführten Neutralitätspolitik nicht unterschätzen.

Der Neutralismus als neue Erscheinung beschränkt sich nicht auf die Verpflichtung, an einem durch die imperialistischen Staaten aufgezwungenen Krieg nicht teilzunehmen. Er schließt die Verpflichtung ein, für den Frieden und die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als hauptsächliche Bedingung und Voraussetzung der Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Verhinderung eines thermonuklearen Krieges zu kämpfen. In diesem Sinne bedeutet Neutralismus (positive Neutralität oder Nichtanschluß) eine neue politische Position und eine neue völkerrechtliche Lage des souveränen Staates. Er ist ein aktiver Faktor der Verhinderung eines Krieges. Folglich ist die erste Besonderheit des gegenwärtigen Neutralismus der Kampf für den Frieden. Damit nehmen die neutralistischen Staaten in der Grundfrage unserer Zeit, der Frage „Krieg oder Frieden“, eine Position ein, die den Forderungen und Erwartungen der ganzen Menschheit entspricht. Eine Neutralität ohne Kampf für den Frieden ist nur geeignet, die Wachsamkeit des Volkes einzuschläfern und gefährliche Illusionen zu nähren – ähnlich wie zur Zeit des ersten Weltkrieges, als eine Friedenspropaganda ohne revolutionäre Aktionen nur Illusionen weckte und nicht ernsthaft auf die Beendigung des Krieges einzuwirken vermochte.

Die Neutralitätspolitik, die von solchen Staaten wie Indien, Burma, Ceylon, Kambodscha, Indonesien, der Vereinigten Arabischen Republik, der Algerischen Volksdemokratischen Republik und vielen anderen durchgeführt wird, der Rechtsstatus der neutralistischen Staaten schließen den aktiven Kampf für

⁵ *Offener Brief des ZK der KPdSU*, in: Neues Deutschland v. 15. 7. 1963, S. 3.

den Frieden auf der Grundlage der Beachtung der Charta und der Beschlüsse der Vereinten Nationen über Fragen des Krieges und des Friedens und des Verbotes der Kriegspropaganda sowie einer Reihe anderer internationaler Abkommen ein.

Deshalb ist es äußerst bedeutsam, wenn nicht nur alle fortschrittlichen Organisationen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, sondern auch die überwältigende Mehrheit der Regierungen dieser Länder unterstreichen, daß der Moskauer Vertrag über das Teilverbot der Kernwaffenversuche als erster Schritt und erster Erfolg auf dem Wege zur Minderung der internationalen Spannung günstige Bedingungen für den ökonomischen und sozialen Fortschritt dieser Länder schafft.

Alle Abkommen der UdSSR mit den neutralen Staaten gehen von dem organischen Zusammenhang der Neutralitätspolitik mit der Politik des Friedens aus. So vermerkt zum Beispiel das gemeinsame sowjetisch-laotische Kommuniqué vom 18. 2. 1963 „die aufrichtigen Sympathien der sowjetischen Menschen für das laotische Volk und sein Streben, die nationale Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität seines Staates zu festigen und eine Politik des Friedens und der Neutralität durchzuführen“. Dort wird auch ausgeführt, daß die „sowjetische Regierung die praktischen Schritte begrüßt, die von der laotischen Regierung zur Verwirklichung der Neutralitätspolitik unternommen werden . . .“⁶ In dem gemeinsamen sowjetisch-algerischen Kommuniqué vom 7. 5. 1964 heißt es: „Die sowjetische Seite erklärte, daß sie die von der Algerischen Volksdemokratischen Republik durchgeführte Politik der positiven Neutralität und des Nichtanschlusses, die auf die Festigung des Friedens in Afrika und in der ganzen Welt gerichteten Bemühungen der Regierung der Republik und des Präsidenten Ben Bella persönlich, überaus hoch schätzt“.⁷ Die freundschaftlichen Beziehungen der UdSSR zur Vereinigten Arabischen Republik beruhen darauf, daß in vielen Richtungen des Kampfes für die Erhaltung des Friedens die Außenpolitik der UdSSR mit der Position des Neutralismus, die die VAR vertritt, übereinstimmt. Die VAR leistet einen gewichtigen Beitrag zur Festigung der Sache des Friedens. Ihre Regierung betreibt eine konsequente Politik des Nichtanschlusses. Sie hat den Moskauer Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser unterzeichnet und die Vereinbarung zwischen den USA und der UdSSR über das Verbot der Entsendung kernwaffentragender Objekte in den Weltraum und über die Einschränkung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke unterstützt. Beharrlich kämpft die VAR für den Abzug ausländischer Truppen von fremden Territorien, für die Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte und für die Verwandlung Afrikas in eine atomwaffenfreie Zone.

Die vom 4. bis 10. 2. 1963 in Moschi (Tanganjika) veranstaltete Konferenz der Völker Asiens und Afrikas zeigte anschaulich, daß die Delegierten, die Hunderte

⁶ *Правда* v. 20. 2. 1963.

⁷ Ebenda v. 7. 5. 1964.

Millionen Menschen vertraten, von dem organischen Zusammenhang der nationalen Befreiungsbewegung mit dem Kampf gegen die imperialistischen Pläne zur Entfesselung eines thermonuklearen Krieges ausgingen. Die Völker Asiens und Afrikas erweitern und verstärken den Kampf gegen den Imperialismus und Kolonialismus in all seinen Erscheinungen. Die politischen Parteien, die Regierungen und patriotischen Organisationen dieser Kontinente erkennen immer besser den Zusammenhang zwischen nationaler Unabhängigkeit, der Einheit aller fortschrittlichen Kräfte und der Sicherung des Friedens. Die VI. Tagung der Organisation der Solidarität der Völker Asiens und Afrikas, die im März 1964 in Algier stattfand, rief die Völker Asiens und Afrikas zur Fortsetzung des Kampfes für die allgemeine Abrüstung, für das Verbot aller Kernwaffenversuche, gegen die Verbreitung von Kernwaffen und für ihre völlige Vernichtung auf. Der Kampf gegen einen neuen Weltkrieg durchdringt die Beschlüsse aller Konferenzen, Tagungen und Kongresse der Völker, die sich befreit haben. Der Neutralismus, als außenpolitische Position der neuen Staaten, entstand unter den Bedingungen der Existenz zweier Welt-systeme und schließt zwangsläufig die Unterstützung des Prinzips der friedlichen Koexistenz ein. Auf dieser Position standen die Konferenz von Bandung und die zahlreichen anderen Konferenzen der afro-asiatischen Völker, die ihr in den Jahren 1955 bis 1964 folgten. Somit ist diese Position ebenfalls eine wesentliche Besonderheit des gegenwärtigen Neutralismus. Es ist daher kein Zufall, daß die schon erwähnte afro-asiatische Konferenz in Moschi einstimmig das Prinzip der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung und der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Ordnung unterstützte.

Die Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen durch die Neutralen kann sich jedoch nicht auf seine passive Proklamierung beschränken. Der hauptsächliche Ausdruck des Neutralismus ist der Kampf für die Erhaltung und Festigung der friedlichen Koexistenz der beiden Systeme.

Die Führer der neutralistischen Staaten sind sich darüber im klaren, daß die Imperialisten im Falle eines bewaffneten Kampfes der imperialistischen Länder gegen die UdSSR und die mit ihr vertraglich verbundenen anderen sozialistischen Staaten ihre Neutralität verletzen und brechen und alle ihre Bemühungen zur Schaffung einer unabhängigen Wirtschaft und zur Erneuerung der sozialen Grundlagen zum Scheitern bringen würden. Wenn die politischen Führer des einen oder anderen Landes, der einen oder anderen Regierungspartei, die konsequent eine Politik des Neutralismus betreiben, heute noch nicht auf der marxistischen theoretischen Position der Anerkennung der Existenz zweier Welt-systeme stehen, aber als praktisches Ziel die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen anstreben, so hebt das weder die Fortschrittlichkeit der entsprechenden Politik noch die Tatsache auf, daß das Problem der friedlichen Koexistenz objektiv durch das Bestehen zweier Welt-systeme, durch den antagonistischen Charakter ihrer Beziehungen

und folglich durch die Unvermeidlichkeit des Kampfes und des Wettbewerbs zwischen ihnen hervorgerufen ist. Die Führer eines jeden Landes oder einer jeden Partei müssen bei der Inangriffnahme konkreter Maßnahmen auf dem Gebiet der außenpolitischen Beziehungen nicht nur das Bestehen von zwei Blöcken, sondern auch die tieferen sogenannten „Strukturbesonderheiten“ der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, insbesondere die Existenz von zwei Systemen, berücksichtigen.

Damit sind wir bei einem äußerst wichtigen Problem angelangt, das mit dem Wesen der Neutralitätspolitik der neuen Länder verbunden ist, die auf den Ruinen der Kolonialreiche entstanden sind und für die Erhaltung und Festigung ihrer Unabhängigkeit kämpfen. Wie bereits gesagt wurde, spielen internationale und besonders zwischenstaatliche Organisationen in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle.

Die imperialistischen Staaten versuchen, bei der Schaffung von militärischen Gruppierungen deren aggressives Wesen zu verdecken. Für sie ist es von Nutzen, wenn die neutralen Länder ihre neutralistische Position hinsichtlich der Militärblöcke auf das Verhältnis zum sozialistischen und kapitalistischen System übertragen. Wie der Verlauf verschiedener Konferenzen und Beratungen der neutralen Staaten zeigte, ist Exaktheit in dieser Frage von großer praktischer Bedeutung.

Nichtanschluß bedeutet, sich keinem der existierenden Militärblöcke anzuschließen, weder den aggressiven Blöcken der imperialistischen Staaten vom Typ der NATO, der SEATO oder der CENTO, noch dem Verteidigungsbündnis der Länder des Warschauer Vertrages, dem Bündnis der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Jedoch deckt ein Nichtanschluß an militärische Blöcke noch nicht das Wesen des Neutralismus und der „blockfreien Politik“ auf, denn die Militärblöcke der imperialistischen Staaten und der militärische Verteidigungsblock der sozialistischen Staaten haben ein vollkommen verschiedenes Wesen.⁸ Nichtanschluß bedeutet kein neutrales Verhältnis zu den Staaten des kapitalistischen und des sozialistischen Weltsystems. Die jungen Staaten können deshalb nicht neutral in bezug auf die beiden Weltsysteme sein, weil der „Nichtanschluß“ eine Form der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, eine außenpolitische Bedingung des Kampfes für die Erhöhung des ökonomischen

8 Obwohl manche Staatsmänner der neutralistischen Länder ihre Politik „blockfrei“ nennen, ist diese Bezeichnung äußerst ungenau und offenbart nicht das soziale und klassenmäßige Wesen des Neutralismus als einer Politik des Friedens, des Kampfes für die nationale Wiedergeburt und den sozialen Fortschritt, als einer Form, die nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Zusammenarbeit der Länder mit unterschiedlicher sozialer Ordnung erleichtert. Außerdem ist es wichtig zu unterstreichen, daß die UdSSR sich niemals das Ziel stellt, Blöcke zusammenzuzimmern oder neutralistische Staaten in den Verteidigungsblock der sozialistischen Länder hineinzuziehen. Die Sowjetunion, die für das Prinzip der friedlichen Koexistenz kämpft, tritt in diesem Sinne für eine „blockfreie“ Politik ein.

Potentials der Unabhängigkeit, eine Form des Kampfes gegen den Neokolonialismus ist. Der antiimperialistische Charakter des Kampfes für die politische und ökonomische Unabhängigkeit verwandelt die Mehrheit der jungen Staaten in eine ernsthafte, das kapitalistische Weltsystem erschütternde antiimperialistische Kraft.

Im Gegensatz zu den Imperialisten, die sich mit der Tatsache der Erringung einer echten politischen Unabhängigkeit durch viele Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht abgefunden und sich in vielen Staaten die Kommandohöhen oder – oftmals versteckt – zumindest bedeutende Positionen in der Wirtschaft und im politischen Apparat der jungen Staaten gesichert haben, unterstützt die Sowjetunion diese Länder auf allen Linien des Kampfes für die Vernichtung des Kolonialismus und seiner Überreste.

So wie die nationale Befreiungsbewegung antiimperialistischen Charakter trägt, so ist auch die Neutralitätspolitik der neuen Staaten objektiv gegen den Imperialismus gerichtet; sie hat einen antiimperialistischen Inhalt. Auch das unterscheidet den gegenwärtigen Neutralismus kraß von der Neutralitätspolitik vergangener Epochen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus treibt den imperialistischen Staat und die Monopole zu koordinierten Aktionen sowohl innerhalb des Landes als auch in der internationalen Arena. Die neuen souveränen Staaten stoßen nicht nur ständig mit der ökonomischen (ausbeuterischen), sondern auch mit der politischen (zersetzenden) Tätigkeit der ausländischen Monopole zusammen, hinter denen die Autorität des imperialistischen Staates steht. Diese Einheit der aggressiven internationalen Politik der imperialistischen Staaten wird durch die Personalunion in der Leitung der Monopole und des Staates gesichert. Das reaktionäre Wesen des Imperialismus, die Bestrebungen zur Unterjochung der Völker, die nach dem Zusammenbruch des politischen Systems des Kolonialismus keineswegs nachgelassen haben, treten immer wieder von neuem in Erscheinung. Eben darum hat der Neutralismus einen antiimperialistischen Inhalt.

Die bürgerliche internationale Rechtstheorie versucht, den Grundsatz des imperialistischen Völkerrechts – das Recht des Staates auf Krieg (unabhängig von seinem Charakter) als höchsten Ausdruck seiner Souveränität – wiederherzustellen. Die Ideologen des Imperialismus hoffen, sich den Verpflichtungen aus der Charta der UNO (Artikel 2 und 6) entziehen und die völkerrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens bezüglich der Verantwortung der Staaten und Monopole für die Entfesselung des Aggressionskrieges und für die Kriegsverbrechen im internationalen Recht revidieren zu können. Sie versuchen, die gewaltige prinzipielle Bedeutung der Beschlüsse der Tribunale von Nürnberg und Tokio, die den faschistischen Staat und seine politischen Organisationen verurteilten, für das gegenwärtige Völkerrecht zu leugnen.

In allen oben erwähnten Dokumenten wurde einer der grundlegenden Leitsätze des neuen demokratischen Systems des Völkerrechts verkündet: die Verteidi-

gung der Völker gegen die Willkür der imperialistischen Mächte.⁹ Dieser Leitsatz ist ununterbrochenen Angriffen von seiten der Revanchisten, reaktionärer Kräfte und ihrer Ideologen ausgesetzt. Jedoch schränkt die Verneinung der Freiheit des Staates, die Prinzipien der internationalen Rechtsordnung zu verletzen, nicht die staatliche Souveränität ein. Im Gegenteil, auf diesem Wege wird das Recht aller Staaten und Völker garantiert. Die Schaffung von Militärblöcken, von Militärbasen auf fremden Territorien, das atomare Wettrüsten – alles das sind Akte der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges, einer Aggression gegen die neuen souveränen und noch schwachen Staaten.¹⁰ Deshalb hat die antiimperialistische Ausrichtung des Neutralismus sowohl eine sozialpolitische als auch eine völkerrechtliche Grundlage.

Das über den wachsenden Einfluß der neutralen Länder äußerst beunruhigte Washingtoner Forschungszentrum für Außenpolitik mußte in seiner neuen Untersuchung¹¹, in der der Einfluß der neuen Staaten und ihrer Politik auf die USA und ihre internationalen Positionen dargestellt wird, zugeben, daß die neuen Staaten gegen den Westen eingestellt sind. „Sie sind gegen den Kolonialismus. Sie sind für eine ökonomische Entwicklung.“¹² „Die Revolutionen in den schwachentwickelten Ländern“, schreibt ein Forscher, „sind gegen die Erhaltung des Status quo gerichtet, sowohl in den inneren sozialen Ordnungen als auch in den außenpolitischen Beziehungen zu den Westmächten“.¹³ Diese Charakteristik des Inhalts der nationalen Befreiungsrevolutionen bedeutet durchaus nicht, wie das die amerikanischen Forscher darstellen, daß die Neutralen außenpolitischen Beziehungen zum Westen überhaupt ablehnen. Sie wenden sich gegen nichtgleichberechtigte ökonomische Beziehungen, gegen ihre Ausraubung durch nichtäquivalenten Austausch, was ihre Position auf der Internationalen Konferenz der UNO über Handel und Entwicklung anschau-

9 Тушкин, Г. И., Международно – правовые аспекты заключения германского мирного договора (Völkerrechtliche Aspekte des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages), in: Советское государство и право, 10/1961, S. 181/182.

10 Siehe *derselbe*, Парижские соглашения и международное право (Die Pariser Abkommen und das Völkerrecht), in: ebenda, 2/1955; *Лазарев, М. И.*, Военные базы США – нарушение устава ООН (Die Militärbasen der USA – eine Verletzung der Charta der UNO), in: Ежегодник международного права, 1957, S. 180–189; *Дурденевский, В. И.*, Несовместимость использования атомного оружия с нормами международного права (Die Unvereinbarkeit der Anwendung von Atomwaffen mit den Normen des Völkerrechts), in: Советское государство и право 5/1955, S. 38.

11 *Neutralism and nonalignment*. The new states in world affairs (im folgenden: Neutralism . . .), hg. v. Laurence W. Martin, veröffentl. im Auftrage des Washington Center of Foreign Policy Research at the School of Advanced International Studies of the John Hopkins University, New York 1962.

12 *Wilcox, Francis O.*, The Nonaligned States and the United Nations, in: ebenda, S. 131.

13 *Aspaturian, Vernon V.*, Revolutionary Change and the Strategy of the Status quo, in: ebenda, S. 165/166.

lich zeigte. Das verschweigt aber der erwähnte Autor in der weiteren Untersuchung.

Auf der Konferenz der UNO über Handel und Entwicklung und auf vielen anderen Konferenzen der afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten traten sie immer für einen unbeschränkten Handel mit allen Ländern ein.

Die politischen Führer der neuen Staaten sind sich auch klar über die ernstesten Auswirkungen, die ein Abbruch der ökonomischen Beziehungen zu den früheren Metropolen und den traditionellen Märkten haben würde. Umgekehrt aber drohen gerade die imperialistischen Länder, die einen Druck auf die sich entwickelnden Länder auszuüben versuchen, mit der Verringerung der Einkäufe, der Einstellung des Handels, der Verschlechterung der Kreditbedingungen usw. Ein anderer Forscher, der die außenpolitische Position der neuen Staaten untersucht, wählt als Objekt der Kritik diejenigen Seiten des gegenwärtigen Neutralismus, die ihn auch von der traditionellen bürgerlichen Politik des XIX. Jahrhunderts unterscheiden. Wenn die Sache einfach in der Ablehnung einer Teilnahme an Blöcken bestünde, so könnte man sich seiner Meinung nach noch damit abfinden, da dann die neuen Staaten, die an Stelle der ehemaligen Kolonien entstanden sind, der traditionellen Neutralitätspolitik folgen würden. In diesem Fall hätten die kolonialistischen Kreise offenbar nichts gegen die Veränderung der „Rechtslage“ dieser Staaten einzuwenden.

„Statt dessen“, klagt der Autor, „betreiben die ‚positiven‘ Neutralisten eine aktive Politik des Gegeneinanderausspielens der Großmächte und bieten eine unerbetene Vermittlung an“.¹⁴

Mit dieser Feststellung wird ebenfalls die Wirklichkeit verzerrt dargestellt. Erstens bedeutet die Ausnutzung der Widersprüche zwischen imperialistischen Mächten nicht, daß die Neutralen eine Politik der Entfesselung eines Krieges betreiben. Die neuen Staaten sind nicht an einer Politik des Zusammenstoßens der „Großmächte“ interessiert. Ein „Zusammenstoß“ der Imperialisten unter sich verheißt den jungen Staaten keinerlei ökonomische Vorteile, im Gegenteil, er ist mit ökonomischen und politischen Gefahren verbunden. Zweitens gestattet die reale internationale Lage andere Schlußfolgerungen. Zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit können die neuen Staaten die Widersprüche ausnutzen, die zwischen den imperialistischen Ländern in ihrem Kampf gegen die Neutralen in diesem oder jenem Bereich auftreten, und sie tun das auch. So war es in der Periode des Krieges in Vietnam (1948 bis 1954), zur Zeit der englisch-französisch-israelischen Aggression gegen Ägypten und während der Revolution auf Sansibar, die das proimperialistische Sultansregime stürzte. Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten erleichterten den Sieg der vietnamesischen, ägyptischen und sansibarischen Patrioten, jedoch hat diese Tätigkeit nichts mit einer Politik des Gegeneinanderausspielens gemein. Zweitens läuft eine erfolgreiche Vermittlung der Neutralen zur Liquidierung von

14 *Liska George*, The „Third Party“: The Rationale of Nonalignment, in: ebenda, S. 80 und ff.

Konflikten in besonderem Maße den Interessen der imperialistischen Länder zuwider, die nach der Auslösung von militärischen Konflikten streben, um sich zu bereichern und die Völker, die sich befreit haben, wieder zu unterjochen. Aber von einer solchen „unerbetenen Vermittlung“ werden die Neutralen nicht abgehen. Die Erfolge, die sie dabei erringen, sind für alle Anhänger des Friedens, für die progressive Menschheit offensichtlich. Erinnern wir nur an die Beilegung des provozierten Konflikts zwischen der Algerischen Volksdemokratischen Republik und Marokko, an die Mitwirkung der Neutralen bei der Liquidierung des Konflikts zwischen Somali und Äthiopien, an ihren Kampf gegen die ökonomische Blockade Kubas usw.

Der objektive Inhalt des Neutralismus hat aber noch eine prinzipiellere Grundlage. Nur die Existenz des sozialistischen Weltsystems gestattete es den neuen Staaten, sich nach der Erringung der Unabhängigkeit aus dem imperialistischen Staatensystem herauszulösen, obgleich sie noch dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem angehören.

Folglich ist die notwendige Bedingung und die Form der Realisierung der Neutralitätspolitik nicht eine formale „Isolierung“, sondern die außenpolitische Zusammenarbeit des neutralen kapitalischen (oder neuen nationalen) Staates mit den sozialistischen Ländern zur Festigung des Friedens und der Sicherheit. Das folgt im übrigen auch aus der fast ein halbes Jahrhundert durch die Praxis überprüften These W. I. Lenins: „Es versteht sich von selbst, daß die revolutionäre Bewegung der Völker des Ostens sich heute nur in unmittelbarer Verbindung mit dem revolutionären Kampf unserer Sowjetrepublik gegen den internationalen Imperialismus entwickeln und ihr Ziel erreichen kann.“¹⁵

In diesem Sinne ist die Politik des Neutralismus keine Politik des „nationalen Egoismus“ von Völkern, die im angespannten Kampf der Kräfte der Welt, welche über die Geschicke der Menschheit entscheiden, abseits stehen wollen, sondern eine aktive Teilnahme an diesem Kampf auf der Seite der Kräfte des Fortschritts. Daraus erklärt sich auch die entschiedene Unterstützung dieser Länder durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Ausgehend von den Interessen der Erhaltung des Friedens, den Interessen der friedlichen schöpferischen Arbeit in unserem Land und von den Interessen der Länder selbst, die sich befreit haben und eine neutralistische Politik durchführen, kämpft die Sowjetunion gegen die Versuche, die neuen Staaten von den anderen antiimperialistischen Kräften zu isolieren. So erklärte die Sowjetunion zum Beispiel im Zusammenhang mit den Bedenken, die in einer Reihe von Ländern hinsichtlich der Zweckmäßigkeit einer Teilnahme der UdSSR an der Konferenz der afro-asiatischen Länder geäußert wurden, daß sie die Einberufung dieser Konferenz unterstütze, wenn sie den Zusammenschluß aller gegen den Imperialismus und die koloniale Sklaverei kämpfenden Kräfte zum Ziel habe und wenn dabei keine anderen Ziele – zum Beispiel die Spaltung die-

¹⁵ Lenin, W. I., Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, a. a. O., S. 136.

ser Kräfte – verfolgt würden. Die Sowjetunion ist bereit, alles von ihr Abhängende für den Erfolg einer solchen Konferenz zu tun. Die sowjetische Regierung ist überzeugt, daß sich die neuen Staaten im Interesse der vollständigen Lösung der vor ihnen stehenden sozialökonomischen und politischen Probleme nur auf der Grundlage der Einheit, der Verbundenheit und der Freundschaft der neutralistischen Länder und der Länder des Sozialismus festigen und stärken werden.

Die unabhängige ökonomische und politische Entwicklung der neuen Nationalstaaten, die eine Neutralitätspolitik durchführen, ist eine der Hauptformen, in denen der Zerfall des Kolonialsystems in der gegenwärtigen Etappe in Erscheinung tritt. Diese Gesetzmäßigkeit erkennen auch viele bürgerliche Wissenschaftler an. „Die Liquidierung des Kolonialismus in der nicht-sowjetischen Welt ist eine historische Tendenz, die sich anscheinend auf dem ganzen Erdball verbreiten und ihren Weg bis zu Ende gehen muß.“¹⁶

Diese Tendenz umfaßt alle Länder, die aus „Kolonialverhältnissen“ kommen, und „nährt“ die Politik des aktiven Neutralismus. Folglich ist der Antikolonialismus ein charakteristisches Merkmal des Neutralismus.

Der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus stellt eine besondere, selbständige Gesetzmäßigkeit dar, die nicht nur zum Zusammenbruch der Kolonialreiche führt, sondern sich auch im komplizierten, vielstufigen Prozeß des Übergangs auf den nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung äußert. Jedoch begann diese Gesetzmäßigkeit nur auf Grund der Schwächung des Weltkapitalismus, des Sieges des Sozialismus in der UdSSR und der Bildung des sozialistischen Weltsystems zu wirken. Deshalb kann die Politik des Neutralismus, die allgemeine Gesetzmäßigkeiten der gegenwärtigen Epoche widerspiegelt, objektiv, ihrem Wesen nach, nicht neutral in ihrem Verhältnis zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sein. Ein Abgehen von dieser Politik nach rechts ist in der Regel mit einem Abweichen von der Linie der Zuendeführung des Kampfes mit dem Kolonialismus verbunden.

Die politischen Führer der Indischen Republik, der Vereinigten Arabischen Republik, der Algerischen Volksdemokratischen Republik, Burmas, Indonesiens, Kambodschas, Ghanas, Malis und vieler anderer Länder haben wiederholt die Besonderheit der Neutralitätspolitik als einer Politik des Kampfes gegen den Kolonialismus in allen seinen Formen unterstrichen.

Nach der Annahme der Deklaration über die Liquidierung des Kolonialismus auf der XV. Tagung der UN-Vollversammlung erhielt der Kampf für die unverzügliche, vollständige und endgültige Beseitigung des Kolonialsystems eine völkerrechtliche Grundlage, er wurde zu einem der wichtigsten Elemente der Neutralitätspolitik.

Deshalb hält sich zum Beispiel die Algerische Volksdemokratische Republik, gestützt auf die Entschließungen der UNO und auf die Beschlüsse der Regie-

¹⁶ *Мюрдаль, Г., Мировая экономика. Проблемы и перспективы (Weltwirtschaft. Probleme und Perspektiven), Moskau 1958, S. 248.*

rungschefs der afrikanischen Länder, für berechtigt, Kader für die bewaffnete Befreiung der Völker von Angola und Moçambique von der portugiesischen Herrschaft auszubilden. Zu erwähnen ist hier auch, daß die Führer der afrikanischen Staaten die Erklärung des Präsidenten der Partei des Afrikanischen Nationalen Bundes von Moçambique, Mätü Mmole, unterstützen, wonach, wenn keine friedliche Regelung des Moçambique-Problems gefunden wird, „das Volk gezwungen ist, zur Gewalt zu greifen, und überzeugt ist, daß alle unabhängigen Staaten Afrikas es unterstützen“.¹⁷

Der Kampf für die Befreiung der unterjochten Völker ist somit schon kein solches Element des Neutralismus mehr, das das eine oder andere Land, das den Neutralismus als seine nationale Politik proklamiert hat, nach Belieben in seine „Auffassung“ vom Neutralismus aufnehmen oder auch nicht aufnehmen kann. Diese qualitative Besonderheit unterscheidet den gegenwärtigen Neutralismus von der Neutralitätspolitik der europäischen Staaten Ende des XIX. und Anfang des XX. Jahrhunderts. Schon im Prozeß des Kampfes für die nationale Freiheit betonen die Völker die tiefe Verbundenheit der entstehenden neuen Staaten mit der Neutralitätspolitik als einer Politik des aktiven Kampfes für den Frieden und für die vollständige Liquidierung des Kolonialsystems sowie als Bedingung für den sozialen Fortschritt ihres Landes. So wird in dem im Februar/März 1962 bestätigten Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams darauf hingewiesen, daß es eine der Hauptaufgaben der Front ist, eine nationale und demokratische Staatsmacht zu schaffen, die eine neutrale Außenpolitik durchführt. Neben dem Kampf gegen einen neuen Krieg sind dies die Quellen des Neutralismus als einer Politik des Widerstandes der neuen unabhängigen Staaten gegen die Politik ihrer Unterjochung durch den internationalen Imperialismus. Die Neutralität dieser Staaten ist für sie nicht nur ein Element, sondern auch die Voraussetzung der Erhaltung der Unabhängigkeit. In diesem Zusammenhang muß man feststellen, daß der Neutralismus eine Politik des Kampfes gegen die verschiedenen Formen des Neokolonialismus ist. Eine besondere Gefahr stellen die vielfältigen Methoden zur Festigung und Vertiefung der ökonomischen Aufteilung und zur Neuaufteilung der Welt dar. Die Bedeutung dieser Methoden wuchs besonders deshalb, weil eine territoriale Neuaufteilung der Welt äußerst erschwert ist, weil das ganze System des alten Kolonialismus, das mit der direkten politischen und territorialen Sicherung der ökonomischen Positionen des ausländischen Kapitals in den Kolonien verbunden war, seinen Zusammenbruch erlebte. Der Neutralismus stellt diesen Bestrebungen bedeutende Hindernisse entgegen.

Die Bedeutung des Neutralismus als außenpolitische Bedingung für die Lösung der Hauptaufgaben der nationalen Befreiungsrevolution offenbarte sich mit besonderer Kraft in der gegenwärtigen, dritten Etappe der Krise des Weltkapitalismus, in der neuen Etappe der nationalen Befreiungsbewegung.

¹⁷ *Правда* v. 3. 1. 1964.

Die Marxisten-Leninisten sind sich darüber einig, daß für die ehemaligen Kolonien, in denen mit der politischen Herrschaft der Imperialisten Schluß gemacht wurde (und das ist die überwiegende Mehrheit), die Hauptaufgabe darin besteht, die politische Unabhängigkeit zu festigen, die Wurzeln des Kolonialismus in ihrer Wirtschaft auszurotten, eine nationale Wirtschaft zu schaffen, die ökonomische Selbständigkeit zu erkämpfen und den Weg des sozialökonomischen Fortschritts zu beschreiten.

Die Politik des Neutralismus hat eine tiefe ökonomische Begründung. Die Neutralitätspolitik befreit die jungen Staaten von den gewaltigen Militärausgaben, die mit dem Anschluß an militärische Blöcke verbunden sind, was einen positiven Einfluß auf das Tempo der ökonomischen Entwicklung dieser Länder hat. Es wurde berechnet, daß die jährlichen militärischen Ausgaben aller sich entwickelnden Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ungefähr 7 Milliarden Dollar betragen¹⁸, während sich ihre Kapitalinvestitionen in der Volkswirtschaft aus inneren Quellen 1960 auf 10,5 Milliarden Dollar beliefen, was zirka 7,0 Prozent des Nationaleinkommens entspricht.¹⁹

Eine neutralistische Position gestattet, die Volkswirtschaft des Landes zu entwickeln, die Industrialisierung in Übereinstimmung mit den Grundinteressen des Volkes durchzuführen und folglich die ökonomischen Grundlagen der Unabhängigkeit von der kapitalistischen Weltwirtschaft zu schaffen, in der die imperialistischen Monopole herrschen. Der Neutralismus gestattet, die einseitige Bindung an die Märkte der einzelnen imperialistischen Staaten zu überwinden und direkte ökonomische Beziehungen zu anderen Ländern, vor allem der UdSSR, herzustellen.

Gestützt auf die Hilfe der sozialistischen Länder, gelingt es den Neutralen, vorteilhaftere ökonomische Beziehungen (aber dennoch in der Regel Kompromißbeziehungen) zu den früheren Metropolen herzustellen und erfolgreich gegen den nichtäquivalenten Austausch zu kämpfen.

Die Neutralitätspolitik fördert die Überwindung der imperialistischen Formen der internationalen Arbeitsteilung, die Beseitigung der imperialistischen Formen der Internationalisierung der gesellschaftlichen Produktion und die Entstehung neuer Formen der internationalen ökonomischen Beziehungen.

Zunächst ist hier vor allem die Entstehung neuer antiimperialistischer Formen der Beziehungen zwischen den jungen souveränen Staaten hervorzuheben. In den Beschlüssen der Zweiten und Dritten Konferenz der Völker Afrikas wurde die Schaffung eines afrikanischen „Gemeinsamen Marktes“ empfohlen. Im April 1962 unterzeichneten die Vereinigte Arabische Republik, Ghana, Guinea, Mali, Algerien und Marokko eine Reihe von Abkommen, die das Fundament

18 United Nations, Economic and Social Council, Committee for Industrial Development, Third Session, „Industrialization as a means of developing and transforming the economics of less developed countries“, Memorandum by the delegation of the USSR, E/C, 5/2, 17, 16. May 1963, S. 32.

19 *World Agriculture*, Jan. 1961, S. 8.

für einen solchen regionalen Markt legten. Alljährlich werden Erdölkonferenzen der arabischen erdölproduzierenden Länder einberufen. (Die Kraft der Beschlüsse dieser Konferenzen ist allerdings noch nicht sehr groß.) Die Exportbeziehungen zwischen den sich entwickelnden Ländern selbst betragen schon 20 bis 23 Prozent ihres gesamten Exports, der 1950 5,66 Milliarden Dollar und 1961 6,08 Milliarden Dollar betrug. Zweitens entwickeln sich stabile ökonomische Beziehungen der neuen Staaten zu den sozialistischen Ländern. Das ist letzten Endes die wesentlichste Veränderung und eine wirklich neue Form der internationalen ökonomischen Beziehungen:

a) Sie drückt einen anderen Typ von internationalen Produktionsverhältnissen aus, echte gleichberechtigte Beziehungen der ökonomisch starken, sozialistischen Industriestaaten zu den schwächeren und ökonomisch besonders empfindlichen Ländern. Diese Beziehungen schließen von seiten der sozialistischen Staaten immer das Element der Hilfe und des sozialistischen Internationalismus ein und dienen den Interessen des weiteren sozialen Fortschritts.

b) Diese Beziehungen üben einen ständig wachsenden Einfluß auf alle übrigen Formen der ökonomischen Verbindungen der neuen Staaten zu anderen Ländern aus. 1961 belief sich der Anteil der sozialistischen Länder am Export der Länder, die sich befreit haben, nur auf insgesamt 5,6 Prozent. Für die einzelnen Länder hat er aber eine entscheidende Bedeutung, und die allgemeinen Auswirkungen dieser Beziehungen sind – wie schon dargelegt – bedeutend größer als es in den quantitativen Angaben zum Ausdruck kommt.

Insgesamt sind nicht die Summe der Kredite und der Umfang des Handels und der Hilfe das objektive Kriterium für die Einschätzung der Rolle der ökonomischen Beziehungen zur UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern, sondern ihr realer Einfluß auf eine unabhängige nationale Entwicklung, auf die Schaffung einer stabilen Wirtschaft und auf die Entwicklung des sozialen Fortschritts.

Bei der Analyse der ökonomischen Grundlagen des Neutralismus muß man schließlich betonen, daß, wie die historische Erfahrung lehrt, erstens eine erfolgreiche Entwicklung des staatlichen Sektors der Wirtschaft, der eine ausnehmend wichtige Bedeutung für die Erringung einer echten ökonomischen Unabhängigkeit hat, nur bei Durchführung einer Politik des Neutralismus möglich ist. Bei einer Abkehr von dieser Politik verliert der staatliche Sektor immer mehr seine revolutionäre Bedeutung; seine Verbindungen zum ausländischen Monopolkapital verstärken sich, und der Umfang der allgemeinen sozialen Aufgaben, die mit seiner Hilfe gelöst werden, verringert sich. Zweitens ist die Ausnutzung der ausländischen Hilfe der imperialistischen Staaten, der ausländischen Kader im Interesse der Entwicklung der nationalen Wirtschaft nur dann möglich, wenn der neue Staat seine Souveränität bewahrt, was die Neutralität voraussetzt. Das Problem der ökonomischen Grundlagen des Neutralismus hat aber noch einen weiteren Aspekt.

Der ökonomische Wettbewerb der beiden Systeme als eine objektive Unvermeidlichkeit wird durch die gesamten historischen Bedingungen der Ent-

stehung und Festigung der sozialistischen Produktionsweise und die gesamten Bedingungen des Zusammenbruchs und der „Überwindung“ des Kapitalismus bestimmt. Der ökonomische Wettbewerb der zwei Weltsysteme tritt immer mehr als die Hauptform auf, in der der grundlegende antagonistische (klassenmäßige) Widerspruch der gegenwärtigen Epoche in Erscheinung tritt. Kein Land steht außerhalb dieses objektiven Prozesses. Die neuen, politisch unabhängigen Staaten sind daran interessiert, daß sich dieser Wettbewerb zugunsten des Sozialismus entwickelt, da die Stärkung des Sozialismus und die Entwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten die kapitalistischen Länder erstens zu politischen und ökonomischen Zugeständnissen zwingt und den Umfang des nichtäquivalenten Austausches und den Grad der Ausbeutung verringert und zweitens die Möglichkeit der direkten Hilfe von seiten der sozialistischen Staaten vergrößert. Die Gesamtsumme der sowjetischen Kredite und anderer Anleihen für die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung der Staaten, die sich befreit haben, erklärte N. S. Patolitschew, erreicht fast 3 Milliarden Rubel (mehr als 3 Milliarden Dollar). Gegenwärtig wurden mit Hilfe der Sowjetunion in den sich entwickelnden Ländern schon 150 industrielle und andere Objekte gebaut und in Betrieb genommen, mehr als 350 Objekte befinden sich in Bau.²⁰ Nach Berechnungen sowjetischer Ökonomen kann der Außenhandelsumsatz der UdSSR mit den sich entwickelnden Ländern bis 1980 ungefähr um das Achtfache im Vergleich zu 1963 wachsen und 10 Milliarden Rubel (11 Milliarden Dollar) übersteigen. In ihrem Bestreben, die Erweiterung des Exports der sich entwickelnden Länder zu unterstützen, führt die Sowjetunion eine Politik durch, die darauf gerichtet ist, die Einkäufe von Rohstoffen, aber auch von Fertigwaren und Halbfabrikaten in den jungen Staaten sowohl im Rahmen von Handelsabkommen als auch zur Rückzahlung der diesen Ländern gewährten Kredite zu vergrößern. Die Sowjetunion ist bemüht, mit den sich entwickelnden Ländern, die an der Spezialisierung und Kooperierung der Produktion bestimmter Erzeugnisse interessiert sind, zusammenzuarbeiten, unter anderem auf dem Wege des Abschlusses von langfristigen Abkommen und Kontrakten, aber auch durch Erweisung der notwendigen technischen Hilfe. Der Handel der Sowjetunion mit einer immer größeren Zahl sich entwickelnder Länder wird auf der festen Basis zweiseitiger Handelsabkommen durchgeführt, die ein ständiges Wachstum der gegenseitigen Warenlieferungen vorsehen. Das sind die Vorschläge, die die UdSSR auf der Genfer Konferenz der UNO entwickelte und die sich auf alle Länder – unabhängig von ihrer sozialpolitischen Ordnung – beziehen.

Für die Staaten, die ein entfaltetes Stadium des Kapitalismus vermeiden wollen, die eine Lösung der nationalen Probleme auf den Wegen der nichtkapitalistischen Entwicklung suchen, bedeuten die Siege der sozialistischen Länder im ökonomischen Wettbewerb mit den imperialistischen Staaten eine direkte Stärkung der Bedingungen ihrer neuen progressiven Entwicklung.

Klare Vorstellungen vom Wesen jedes Weltsystems, vom Sozialismus und Kapitalismus, von der politischen, ökonomischen und sozialen Scheidelinie, die die Länder der Welt trennt, sind eine der Voraussetzungen dafür, daß die Möglichkeiten, die die ökonomischen Siege der UdSSR und der anderen Länder des Sozialismus im Wettbewerb mit dem kapitalistischen Weltsystem schaffen, maximal genutzt werden. Nur auf dieser Grundlage können die neutralistischen Staaten die Vorteile der entsprechenden Politik für ihr Land vollständig ausnutzen und ihrerseits zu einem Faktor werden, der den ökonomischen Sieg der sozialistischen Länder beschleunigt, was völlig den nationalen Interessen dieser Länder entspricht. So hartnäckig sie auch nach den schwachen Seiten der Neutralisten suchten, die amerikanischen Forscher aus dem Washingtoner Forschungszentrum für Außenpolitik mußten dennoch anerkennen, daß „... der Antikolonialismus ein zementierendes Element ist, das sonst unvereinbare innenpolitische Fraktionen zusammenhält“, und daß „dies vielleicht der Grund ist, weshalb die Opposition gegen den Kolonialismus sich oft *nach* der Erringung der Unabhängigkeit intensiviert“. ²¹ In diesem Falle irren sich die Autoren nicht, wenn sie auch nichts Neues entdeckten. Die marxistisch-leninistische Analyse der nationalen Befreiungsrevolutionen stellte schon lange die entscheidende Bedeutung fest, die die Fortsetzung des Kampfes gegen die Überreste des Kolonialismus und die neokolonialistischen Bestrebungen der Imperialisten für die Festigung des Blockes der antiimperialistischen, patriotischen und demokratischen Kräfte hat. Bei der Einschätzung dieser Schlußfolgerungen der amerikanischen Wissenschaftler darf nicht vergessen werden, daß sie nicht in einer populären Broschüre formuliert wurden, sondern in einer Untersuchung, die – nach Meinung der Autoren – der Regierung der USA helfen soll, vorteilhafte Beziehungen zu den Neutralen herzustellen, die die neue internationale Lage berücksichtigen.

An dieser Stelle sei vermerkt, daß die Neokolonialisten in der ökonomischen Korrumpierung der an die Macht gekommenen Gruppen, Schichten und Personen die Hauptmethode zur Sprengung der einheitlichen antikolonialen Front sehen. Sie versuchen, die nationale Bourgeoisie an einer Entwicklung auf kapitalistischem Wege als Hauptbedingung des Wachstums der ökonomischen Macht des privaten (aber manchmal auch des staatlichen) nationalen Kapitals zu interessieren. Sie forcieren die Entwicklung einer bürokratischen Bourgeoisie, die auf der Grundlage der Ausnutzung des Staatsapparates im Interesse der Oberschicht der Staatsangestellten, der Militärs, Minister, Parlamentarier und anderer Amtspersonen und Inhaber von Wahlämtern heranwächst. Die Politik, die Praxis und die Ideologie des Neutralismus stören die Herstellung solcher Beziehungen zwischen den in dem betreffenden Land an der Macht befindlichen Gruppen und den imperialistischen Kräften, die die gesamt-nationalen Interessen des Volkes den Privateigentumsinteressen einzelner nationaler Gruppen und

²¹ Good, Robert C., State-Building as a Determinant of Foreign Policy in the New States, in: Neutralism . . . , a. a. O., S. 5 (Hervorhebung v. Verf.).

des internationalen Kapitals unterordnen würden. Eben deshalb treten alle imperialistischen Staaten (unter verschiedenen Vorwänden) gegen den Neutralismus als ein wesentliches Element des gegenwärtigen internationalen Lebens auf.

Während die Neutralität der Schweiz, Schwedens, Hollands und einer Reihe anderer kleiner europäischer Länder durch übernommene internationale Verpflichtungen gewahrt und, wenn überhaupt, nur in der Zeit der erbitterten Weltkriege verletzt wurde, während die imperialistischen Konkurrenten sogar in der Zeit militärischer Krisen an der Neutralität einiger dieser Länder gleichermaßen interessiert waren – genauso, wie sie alle aus gegenseitigen Konkurrenzgründen an der Erhaltung großer Kolonien durch die kleinen Staaten interessiert waren –, wird die Neutralität der jungen Nationalstaaten ständig bedroht, vergreifen sich die imperialistischen Mächte laufend an ihr.

Obwohl sie gezwungen sind, das Recht auf Neutralismus formal anzuerkennen, bemühen sie sich gleichzeitig, diese Politik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu untergraben. Die Imperialisten führen gegen diese Politik einen „nichterklärten Krieg“, einen geheimen und offenen Krieg durch Erpressung und Korruption, durch Organisation von Diversion, Verschwörungen und Aufständen der inneren Reaktion und durch direkte militärische Einmischung. Äußerst charakteristisch ist die Schlußfolgerung, die ein so ernsthafter bürgerlicher Wissenschaftler wie J. Tinbergen zog: „Im Verlaufe vieler Jahre wurde Indien seiner ‚neutralen‘ Position wegen besonders von seiten Amerikas keine Hilfe erwiesen. Den kleineren Ländern wurde nur in Verbindung mit politischen Bedingungen Hilfe gewährt.“²² Wenn der Kampf gegen die neutralistische Position Indiens in relativ milden und versteckten Formen geführt wird, so versetzt die Möglichkeit der Neutralisierung Südvietnams die amerikanische Reaktion in äußerste Erregung. Im Januar 1964 erklärte einer der einander in schneller Folge ablösenden Machthaber, Siang Wan Min, daß es das Bestreben der Junta sei, den antikommunistischen und antineutralistischen Kurs um jeden Preis beizubehalten. Um der Rettung des gegenwärtigen Saigoner Regimes willen, das das Pentagon als Bollwerk der imperialistischen Aggression in Süd-Ost-Asien betrachtet, sind die Militaristen und Neokolonialisten bereit, das Risiko einer Übertragung des Krieges auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam einzugehen.

Schon seit einigen Jahren ist Kambodscha das Objekt von Bedrohungen und Verschwörungen, von Sabotageakten, Blockaden und Aggressionen. Die territorialen Ansprüche einiger Verbündeter der USA waren von Überfällen ihrer Truppen auf das Territorium Kambodschas und Einflügen der Luftstreitkräfte in seinen Luftraum begleitet. Die Sowjetunion verteidigt entschieden die Freiheit, die territoriale Integrität und die Neutralität Kambodschas. Das Staatsoberhaupt, Prinz Norodom Sihanouk, würdigte die freundschaftliche Hilfe der Sowjetunion anlässlich der Entgegennahme der von der Sowjetunion gelieferten Waffen und Geräte für die Landesverteidigung.

²² Tinbergen, J., *Shaping the World economy*, New York 1962, S. 27/28.

Als sich im März 1964 die Lage verschärfte, unterstützte die sowjetische Regierung erneut die neutralistische Position der Regierung Norodom Sihanouk. Sie erklärte, Kambodscha könne auf die Unterstützung seiner gerechten Position durch die Sowjetunion rechnen, falls es ihm notwendig erscheine, sich wegen der aggressiven Aktionen, denen es ausgesetzt sei, an den Sicherheitsrat zu wenden.²³ Wie auch die anderen Länder hat Kambodscha ein unbestreitbares Recht auf internationale Garantierung seiner Neutralität und seiner territorialen Integrität. Solche Garantien tragen zur Gesundung der Lage um Kambodscha, zur Sicherung des Friedens an seinen Grenzen mit den anderen Ländern bei.

Diese progressive Seite des Neutralismus, der Kampf für den Frieden, für die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Staaten und, was untrennbar mit den konstruktiven Zielen des Neutralismus verbunden ist, der Widerstand gegen die aggressiven imperialistischen Vorhaben und Pläne beunruhigen die regierenden Kreise der imperialistischen Staaten auf das äußerste.

Das Bestreben der Neutralen, wirklich gleiche, in diesem Sinne neutrale Beziehungen sowohl zu den sozialistischen als auch zu den kapitalistischen Ländern herzustellen, ihre Anstrengungen, allseitige Beziehungen sowohl zu den einen als auch zu den anderen zu entwickeln, werden von den bürgerlichen Forschern als „Doppelspiel“, als „politischer Opportunismus“ gewertet. Die Versuche der Neutralen, ihre Interessen zu verteidigen, werden als „hochmütige Ambition“, die Versuche zur Minderung der internationalen Spannung als „Prätention auf ein höheres moralisches Niveau“ betrachtet, was die Träger der „höchsten Zivilisation“ sehr übelnehmen. Die grundsätzlichen Vorschläge der Neutralen schätzt man, wenn sie den imperialistischen Gruppen nicht dienen, als Bemühung ein, die „Rolle eines Schiedsrichters“ spielen zu wollen usw.²⁴

Die Diskreditierung der Politik des Neutralismus zielt auf die Festigung des Einflusses der imperialistischen Länder ab. Mit der Entstellung des Wesens des Neutralismus verfolgen die Ideologen des internationalen monopolistischen Kapitals das Ziel, die sich entwickelnden Länder mit der angeblichen kommunistischen Gefahr einzuschüchtern und die Entwicklung ökonomischer und politischer Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten zu verhindern.

Dabei gibt es kein imperialistisches Land, das für die Verteidigung der Neutralitätspolitik der neuen Staaten eintreten würde – im Gegenteil, jeder neutrale Staat Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat die vereinte internationale Front der imperialistischen Mächte gegen sich. Das schließt natürlich nicht aus, daß zwischen den Imperialisten selbst scharfe Widersprüche im Kampf um den dominierenden Einfluß in dem einen oder anderen Land, das sich befreit hat, bestehen, aber uns geht es hier um die Hauptlinie der Beziehungen.

23 *Известия* v. 28. 3. 1964.

24 Alle diese Epitheta sind entnommen: Neutralism . . . , a. a. O.

So provozieren zum Beispiel die westdeutschen Imperialisten, die der Regierung Ceylons das Recht streitig machen wollen, eine selbständige Außenpolitik zu betreiben, die Durchführung eines harten Kurses gegenüber diesem Staat.²⁵ Der Kampf der imperialistischen Staaten und internationalen Monopole gegen den Neutralismus ist eine der Linien des Neokolonialismus. Auch hierin besteht ein großer Unterschied zwischen der internationalen Lage der neutralistischen Staaten und der Lage der neutralen und kleinen imperialistischen Staaten Europas in der Anfangsperiode des Imperialismus. Die Politik der aktiven Neutralität der jungen Nationalstaaten ist untrennbar mit der Organisation der Hilfe für den Kampf der Völker verbunden, die noch unter der Knute der Kolonialmächte stöhnen. Ungefähr 50 Millionen Menschen befinden sich noch in der imperialistischen Kolonialklaverei. In Angola, Südrhodesien, Moçambique, Südwestafrika, Aden und in anderen Ländern wird die Deklaration der UNO einfach ignoriert. In der Welt gibt es immer noch Kolonien, von denen viele wie früher „portugiesisch“, „spanisch“, „britisch“ oder „französisch“ genannt werden. Die Völker dieser Länder werden immer noch grausam unterdrückt.

Den Willen der Mehrheit zum Ausdruck bringend, erklärte der Ministerpräsident Algeriens, Ben Bella, auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der unabhängigen afrikanischen Länder in Addis Abeba: „Die Charta (die auf der Konferenz angenommen wurde – S. T.) bleibt ein toter Buchstabe, wenn unsere Brüder in Moçambique, Angola und der Südafrikanischen Republik nicht unverzüglich die bedingungslose Unterstützung erhalten, auf die sie ein Recht haben.“²⁶

Die Sowjetunion steht fest an der Seite dieser Völker. Das UN-Komitee der Vierundzwanzig, dessen Aufgabe es ist, die Verwirklichung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für die kolonialen Länder und Völker zu erreichen, erhält von der UdSSR Hilfe und Unterstützung.

Die Konferenz in Addis Abeba warf eine Reihe komplizierter Fragen auf; zu ihnen gehören das Verhältnis zwischen der staatlichen Souveränität der afrikanischen Staaten (und überhaupt der neuen Staaten, die auf den Ruinen der Kolonialreiche entstanden sind) und den verschiedenen Formen der staatlichen und ökonomischen Vereinigungen; die Neutralitätspolitik und die Fortsetzung des Kampfes gegen die Überreste des Kolonialismus und seine neuen Formen; das Problem der Einheit Afrikas als einer Form der Festigung der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit der afrikanischen Völker und das Verhältnis zur Integration mit den ehemaligen Kolonialisten und Imperialisten. Diese Fragen wurden schon wiederholt auf den regionalen und allgemeinen Konferenzen der afrikanischen und afro-asiatischen Staaten aufgeworfen. So wurde zum

²⁵ Siehe *Die Welt* v. 19. 2. 1964.

²⁶ Siehe *Материалы конференции глав независимых африканских государств* (Materialien der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der unabhängigen afrikanischen Staaten), hg. v. d. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Afrika-Institut, in: *Bulletin*, 12/1964.

Beispiel auf der ersten Konferenz der Völker Afrikas in Akkra 1958 anerkannt, daß für die Festigung der Unabhängigkeit Afrikas, für seine Sicherheit und für die Erhöhung des Lebensstandards des Volkes die Einheit lebensnotwendig ist. Keinesfalls darf man die gewaltigen Schwierigkeiten unterschätzen, die der Realisierung einer solchen neuen progressiven Einheit entgegenstehen, aber diese Tendenz bricht sich selbst Bahn. Der wichtigste Beweis für den Sieg dieser Tendenz ist die auf der Konferenz in Addis Abeba angenommene „Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit“.²⁷

Das ist die Hauptlinie, die der weiteren Festigung der neuen Staaten entspricht. Die anderen Tendenzen sind schwach und widersprüchlich. Die Madagaskarer und die Brazzaviller Gruppierungen (Konferenz in Monrovia im Mai 1961), die das Problem der afrikanischen Einheit und die Fortsetzung des Kampfes gegen den Kolonialismus nicht zu einer einheitlichen Linie verbanden, haben einen geringeren Einfluß auf die gesamte Entwicklung. Sie rechtfertigten nicht die Hoffnungen, die die Imperialisten auf sie gesetzt hatten. Das zeigt sich vor allem im Kampf dieser Länder gegen die ihnen aufgezwungenen ungleichen politischen, ökonomischen und militärischen Verträge. Den reaktionären Politikern und ihren ausländischen Herren gelang es nicht, die Idee der Souveränität der neuen Staaten für sich auszunutzen und ihr den objektiven Prozeß der Annäherung der vom Imperialismus befreiten und sich befreienden Völker gegenüberzustellen.

Im Kampf für die Verstärkung der Positionen aller afrikanischen Staaten und für die Befreiung der noch unterjochten Länder entwickelten die progressiven politischen Führer Afrikas – auf einen Kompromiß orientiert – die Idee einer Konföderation. Diese Form der Vereinigung der afrikanischen Staaten, die das Vorhandensein einer Reihe von Gruppierungen mit unterschiedlicher politischer Orientierung berücksichtigt, würde immerhin die Lösung einer Reihe von Problemen gestatten, die die internationale Rolle Afrikas verstärken. Die Tendenz zur allseitigen Festigung der politischen, ökonomischen, kulturellen und anderen Beziehungen zwischen den neutralistischen Staaten bestimmt ebenfalls den Inhalt des gegenwärtigen Neutralismus. Auch diese Besonderheit unterscheidet ihn von der „klassischen“ Neutralität des 19. Jahrhunderts. Es muß betont werden, daß diese Tendenz letzten Endes durch die antiimperialistische Ausrichtung des Neutralismus als einer Politik der Fortsetzung des Kampfes für die Festigung der politischen und für die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit bestimmt wird. Darin liegt auch ihr prinzipieller Unterschied zu den Bündnissen der imperialistischen Staaten. Diese Tendenz wird auch durch die Folgen des Kolonialismus genährt, die mit der künstlichen Zersplitterung eines Volkes oder verwandter Völker, mit der künstlichen Schaffung einer Reihe von sehr schwachen Staaten in Zusammenhang stehen, deren Regierungen nach der Verkündung der Unabhängigkeit auf gewaltige Schwierigkeiten stoßen.

Diese Tendenz zur Vereinigung ehemaliger Kolonialgebiete, die zudem noch verschiedenen „Kolonialreichen“ angehörten, ist die spezifische Form, in der der allgemeine, wie Lenin sagte weltumspannende Prozeß der Internationalisierung des Wirtschaftslebens in Erscheinung tritt. Ihre Progressivität liegt darin, daß diese Form in gewissem Maße die Form der regionalen Verbundenheit der antiimperialistischen Staaten, die Verwirklichung des Prinzips der gleichberechtigten politischen und ökonomischen Verbindungen in den internationalen Beziehungen fördert. In diesem Sinne begünstigt eine solche Integration die Durchsetzung der neuen Prinzipien im internationalen Leben, die die gesamte außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten charakterisieren.

Die auf der Konferenz in Addis Abeba entwickelte Idee der Konföderation der Staaten des afrikanischen Kontinents bedeutet keine Ablehnung der regionalen Bündnisse der afrikanischen Staaten. Diese Bündnisse stehen nicht nur dieser allgemeinen Idee nicht entgegen, sondern sind einer der Wege zu ihrer Verwirklichung. Für eine Reihe benachbarter Staaten, die von ein und demselben oder von verwandten Stämmen, Völkern und ethnischen Gruppen bevölkert sind, stellen solche Vereinigungen den einfachsten und natürlichsten Weg dar.

Der Ministerrat der Organisation der Afrikanischen Einheit, der vom 2. bis 11. 8. 1963 in Dakar tagte, nahm einen Resolutionsentwurf über die regionalen Gruppierungen an. In diesem Entwurf wird erstens die gewaltige und berechtigte Hoffnung betont, die die Schaffung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAE) bei den afrikanischen Völkern geweckt hat. Zweitens wird unterstrichen, wie notwendig es ist, die regionalen Gruppierungen zu verändern, um sie dem Statut der OAE entsprechend anzupassen, und drittens wird in dem Entwurf allen Staaten, die die gegenwärtig existierenden Statuten vor der Schaffung der OAE unterzeichnet haben, empfohlen, sich von dem Statut von Addis Abeba leiten zu lassen. Dieser Entwurf war eine direkte Weiterentwicklung der Resolution über die Sphären der Zusammenarbeit, die im Mai 1963 auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der unabhängigen afrikanischen Staaten in Addis Abeba angenommen wurde.²⁸ Die Resolution der Konferenz enthält im ökonomischen Teil eine Reihe von Vorschlägen, die darauf gerichtet sind, „den Anteil der sich entwickelnden Länder im Welthandel zu erweitern und die Abhängigkeit von der Labilität des Weltmarktes zu verringern“. Hierzu gehören die Vorschläge über die „Abstimmung der Aktionen der afrikanischen Staaten auf dem Gebiet der Verkaufspreise für Rohstoffe“, über die „Beseitigung der Schranken auf dem Wege zur Entwicklung des Handels zwischen den afrikanischen Ländern“, über eine „gemeinsame Ausnutzung der Wasserreserven der Flüsse“ und über die „Koordinierung der Transportmittel“. Es wurden eine Reihe von ökonomischen Organen ge-

²⁸ Siehe *Азия и Африка сегодня*, 7/1963, aber auch *Материалы конференции глав независимых африканских государств* (Резолюция), а. а. О.

schaffen, die das Ziel haben, den Integrationsprozeß der afrikanischen Länder zu stimulieren.

Ein positives Beispiel ist die Vereinigung Tanganjikas und Sansibars zu einem neuen souveränen Staat. Die Regierungen beider Staaten betrachten sie als einen Akt der afrikanischen Einheit. Die Neokolonialisten fürchten diese Einheit, die einen Staat mit 10 Millionen Menschen schuf. Die ersten Schritte des neuen Staates bestätigen seine Absicht, den Weg des sozialen Fortschritts und der Erhaltung der revolutionären Errungenschaften zu beschreiten. Der ehemalige Vizepräsident der Republik Sansibar, Kasim Hanga, der in der vereinigten Regierung den Posten des Ministers für Bergbau, Industrie und Energetik bekleidete, erklärte: „Die westliche Presse gibt das Gewünschte für die Wirklichkeit aus. Der neue Bund ist vor allem ein Akt der afrikanischen Einheit. Indem die Sansibaris sich mit den Millionen Brüdern aus Tanganjika vereinigen, hoffen sie, noch stärker geworden, zusammen den Weg des sozialen Fortschritts zu gehen.“ „In der internationalen Politik“, unterstrich Hanga, „werden wir Kurs auf den Kampf gegen den Kolonialismus und die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen friedliebenden Ländern halten. Wir werden unsere freundschaftlichen Verbindungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern festigen.“²⁹

Die Fortsetzung der nationalen Befreiungsrevolution unter den neuen Bedingungen und die Wahrung der Neutralitätspolitik als außenpolitische Bedingung des Kampfes für die Schaffung einer nationalen Wirtschaft und die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit sind somit die Voraussetzung für den progressiven Charakter und die Lebensfähigkeit solcher Vereinigungen.

Eine bedeutende Gefahr, die den jungen Staaten bei der Lösung der neuen Aufgaben in der gegenwärtigen Etappe der nationalen Befreiungsrevolution droht, ist der bürgerliche Nationalismus. In Afrika ist diese Gefahr mit der imperialistischen Interpretation des Panafrikanismus als einer ideologischen und politischen Richtung verbunden, die die Interessen der afrikanischen Völker, der schwarzen Rasse, den Interessen der anderen mächtigen Kräfte des gegenwärtigen weltrevolutionären Prozesses gegenüberstellt und den nationalen Befreiungskampf vom Kampf der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder isoliert. In der Praxis ziehen die extrem rechten Elemente des Nationalismus, die auf der Position der „Negritude“ stehen und die Hautfarbe in den Vordergrund rücken, weitgehende Abkommen mit den Imperialisten dem Bündnis mit den fortschrittlichen Führern der afrikanischen Länder vor. So nimmt zum Beispiel die regierende Oberschicht der Afrikanisch-Madegassischen Union, die der Konzeption der „Negritude“ huldigt, nicht an den Konferenzen der Völker Afrikas teil, die unter den neuen Bedingungen eine direkte Fortsetzung der panafrikanischen Kongresse sind.

Der Marxismus-Leninismus berücksichtigte immer die Gefahr des Nationalis-

mus und Rassismus, er wies aber auch gleichzeitig auf die wirksamen Methoden zu ihrer Überwindung hin.

Die Einheit aller revolutionären Kräfte der Welt stellt einem Überwiegen von Gruppierungen nach der Hautfarbe und nach religiösen Überzeugungen unterschiedene Hindernisse entgegen. Die Erfahrungen der Geschichte, darunter auch die Erfolge der Befreiung der Kolonialvölker, zeigen, welche Kraft die Vereinigung der revolutionären Kräfte aller Völker, aller Kontinente, gleich welcher Rasse, Nationalität, Hautfarbe und Glaubensbekenntnisse, darstellt. Nur unter dieser Bedingung können alle geistigen Kräfte der Völker ausgenutzt werden, und nur so wird der Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Kolonialisten, gegen den Neokolonialismus am schnellsten und reibungslosesten zu Ende geführt.

Das nächste wesentliche Charakteristikum des gegenwärtigen Neutralismus ist seine Breite.

Die Position der Neutralität ist vielseitig. Sie umfaßt alle Sphären der internationalen Beziehungen.

Die konsequente Verwirklichung der Neutralität (in diesem Sinne kann man auch des Prinzips der Neutralität sagen) schließt nicht nur die Teilnahme an aggressiven militärpolitischen Gruppierungen, sondern auch den Beitritt zu aggressiven ökonomischen Vereinigungen aus, die Instrumente der Vorbereitung eines Krieges gegen das sozialistische Weltsystem sind. Auf dem Gebiet der ökonomischen Beziehungen zeigt sich der konsequente Neutralismus in der Ablehnung aller Formen der Diskriminierung des Handels eines beliebigen Landes, in der Entwicklung und Aufrechterhaltung allseitiger Handelsbeziehungen. Mit anderen Worten, jede Beteiligung an irgendwelchen Formen des „kalten Krieges“ gegen die Sowjetunion oder einen anderen sozialistischen Staat ist mit dem Wesen des neutralen Staates und der Neutralitätspolitik unvereinbar. Das bezieht sich auch auf die Teilnahme der jungen Staaten an verschiedenen regionalen Vereinigungen unter der Obhut der USA, auf Organisationen mit einer sehr „unbestimmten“ Konstitution, deren Tätigkeit sich ungeachtet dessen in äußerst bestimmten und für die schwächere Seite nachteiligen praktischen Aufgaben realisiert.

Eine solche Position schadet den Ländern, die sich befreit haben. Erinnern wir nur daran, daß der Außenhandelsumsatz der sozialistischen Staaten mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von 1,2 Milliarden Rubel im Jahre 1955 auf 2,4 Milliarden Rubel 1961 und auf 2,8 Milliarden Rubel 1962 angestiegen ist, während sich der Umsatz aller ökonomisch schwachentwickelten Länder 1955 bis 1961 nur um 24 Prozent und 1962 nur um 3,3 Prozent erhöht hat.³⁰ In qualitativer Hinsicht gilt es zu beachten, daß die enge Verflechtung der Handelsoperationen und die Unterstützung der Entwicklung der Wirtschaft eine wichtige Besonderheit der ökonomischen Beziehungen der sozialistischen

³⁰ In diesen Angaben ist der Außenhandelsumsatz der sozialistischen Länder Europas und Asiens mit Kuba nicht enthalten.

Staaten zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas darstellt. Eine Einschränkung der ökonomischen Verbindungen zu den sozialistischen Ländern fügt den sich entwickelnden Ländern direkten Schaden zu.

Wenn man die Logik der Entwicklung einer so komplizierten Erscheinung der Gegenwart wie des Neutralismus, die objektiv hervorgerufene Festigung seines antiimperialistischen Wesens in all seinen Erscheinungen – Politik des Kampfes für den Frieden, Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftssystemen, Festigung der nationalen Unabhängigkeit, Liquidierung der Überreste des Kolonialismus und der verschiedenen Formen des Neokolonialismus – vollständig berücksichtigt, darf man gleichzeitig aber auch nicht die Schwächen, die Widersprüche und die Inkonsequenz des Neutralismus und der Neutralitätspolitik übersehen.

Man könnte viele Beispiele für Inkonsequenzen in den Aussprüchen einzelner Staatsmänner und, was für die Unabhängigkeit und Zukunft dieser Länder noch gefährlicher ist, für Widersprüche in den konkreten ökonomischen Maßnahmen und politischen Aktionen vieler neuer Staaten anführen. Aber wir wollen nicht auf einzelne Reden und Konjunkturfakten eingehen, sondern auf die „stabilen Widersprüche der Wirklichkeit“, die die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des gegenwärtigen Neutralismus hervorrufen. Die Widersprüche in der ökonomischen Basis dieser Länder, ihr „Übergangszustand“, die ökonomische Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten, von der kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt und ihren ökonomischen Gesetzen – das ist die tiefere Ursache, die die Inkonsequenz der Neutralitätspolitik bestimmt und erklärt. Eine weitere Ursache steht mit dem Klassencharakter der Macht in den jungen Nationalstaaten im Zusammenhang. Vom Standpunkt der konsequenten Durchführung der Neutralitätspolitik aus gesehen muß man vor allem die Länder, in denen die nationale Bourgeoisie an der Macht ist, von denjenigen unterscheiden, in denen sich die staatliche Leitung in den Händen der revolutionären Demokratie befindet (Block der fortschrittlichen Vertreter verschiedener Schichten der Werktätigen – Intelligenz, städtische Kleinbourgeoisie, Arbeiter und Bauern – und manchmal auch einiger Vertreter der nationalen Bourgeoisie).

Die Regierungen der nationalen Demokratie (oder der Länder, die zur Bildung dieses Regimes schreiten) führen den Kampf um die Vernichtung der ökonomischen Positionen der ausländischen Monopole im Lande, um die Schaffung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft und um den sozialen Fortschritt bedeutend entschiedener und zeigen in der Regel in der Neutralitätspolitik bedeutend weniger Schwankungen als die Regierungen der nationalen Bourgeoisie.

Eine Idealisierung des Neutralismus, eine Verabsolutierung seiner progressiven Züge wäre ebenso unwissenschaftlich wie die Unterschätzung des fortschrittlichen Charakters, den er ungeachtet der Inkonsequenzen und Schwankungen mancher neutralistischer Länder in dieser oder jener Frage des internationalen Lebens hat

Die wesentlichen Züge des Neutralismus als einer qualitativ neuen Erscheinung, die ihn von der Neutralitätspolitik der kapitalistischen Staaten in der Periode vor der Oktoberrevolution unterscheiden, setzten sich im Kampf zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion in jedem Lande durch, das zu der oben charakterisierten „besonderen Staatengruppe“ gehört. Folglich ist der Neutralismus selbst ein Objekt des Klassenkampfes. Man darf auch nicht unberücksichtigt lassen, daß sowohl die imperialistischen Mächte als auch die reaktionären Elemente in den jungen Staaten selbst – vielfach die direkten Günstlinge der früheren Kolonialisten – den Neutralismus seines objektiv-revolutionären Inhalts zu berauben und ihn mit fremdem sozialem Inhalt zu erfüllen suchen. Diese neue Taktik der Imperialisten spiegelt ihren Mißerfolg im offenen Angriff auf den Neutralismus wider. Obwohl sie gezwungen sind, das Recht der neuen Nationalstaaten auf eine neutralistische Position anzuerkennen, betrachten sie gleichzeitig die Anerkennung der Neutralen als Ausgangspunkt der Entwicklung eines ganzen Systems neokolonialistischer Formen, das äußerst gefährlich und nicht leicht durchschaubar ist. Die Widersprüche und Schwankungen in der Außenpolitik einzelner Staaten, die den Neutralismus als ihre offizielle Position proklamieren, wirken sich in verschiedenen Richtungen aus und nehmen die verschiedensten Formen an:

1. Die Politik der passiven Neutralität, die darauf gerichtet ist, das Land von der Außenwelt abzusondern (gekennzeichnet durch die Furcht, den Aggressor zu verurteilen, durch Nichtteilnahme am Kampf der Völker und Staaten für den Frieden, durch versöhnlerische Einstellung zum nationalen Befreiungskampf anderer Völker usw.). Diese enge nationalistische Politik ist wenig lebensfähig und widerspricht letzten Endes den Interessen des Volkes. Sie ist selten in „reiner Form“ anzutreffen und dient besonders der Maskierung der passiven und aktiven Unterstützung des imperialistischen Blocks. Besonders für die in der Nähe großer imperialistischer Staaten oder ihrer internationalen lebenswichtigen Zentren gelegenen sehr kleinen und schwachen Länder ist das mitunter die Form, ihre noch sehr unbedeutende, erst vor nicht langer Zeit erhaltene Halbfreiheit zu bewahren. In der Regel ist das keine Stufe des Abgehens vom Neutralismus, sondern sein erstes unentwickeltes Stadium, der Prozeß seiner Herausbildung.

Hierzu zählt auch der Versuch, einen juristisch nicht fixierten Block der neutralen Länder als „dritte Macht“ zu schaffen, die angeblich allein die Interessen des Friedens wirklich verteidigt, und zwar deshalb, weil die Länder dieser „Welt“ keiner militärischen Gruppierung angehören. In Wirklichkeit verstärkt aber eine Position, die auch nur den kleinsten Schatten auf die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten werfen könnte, nicht den Einfluß der neutralistischen Staaten auf die internationale Lage; sie schwächt im Gegenteil die Wirkung ihrer Politik, öffnet Hintertüren für eine Abkehr von dieser Politik und spaltet die Front der friedliebenden Kräfte.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die Sowjetunion dagegen wäre, daß sich die neutralistischen Länder zusammenschließen, Konferenzen einberufen und eine

gemeinsame Position in bezug auf die internationalen Probleme ausarbeiten. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion die Resultate der Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder von 1961 positiv einschätzte. In diesem Sinne würdigten die sozialistischen Länder auch die zweite Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder vom Jahre 1964 in Kairo. Nicht die sozialistischen Staaten, sondern die Imperialisten fürchten ein Bündnis der Neutralen, eine Verstärkung ihres progressiven Einflusses auf die gesamte internationale Lage. Die Imperialisten, diejenigen, die gegen die Einheit der revolutionären Kräfte der Welt sind, fürchten diese Konferenzen. Sie fürchten ihre Einberufung deshalb, weil eine allseitige Diskussion der sozialökonomischen Aufgaben, die die heutige Etappe der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung charakterisieren, der Aufgaben, die vor allen diesen Ländern stehen, das antiimperialistische und antikolonialistische Wesen des Neutralismus noch deutlicher sichtbar macht. Nicht ohne Grund befürchten sie, eine reale Lösung der vor diesen Ländern stehenden nationalen Hauptaufgaben und der grundlegenden internationalen Probleme werde unvermeidlich die Position derer verstärken, die die Bedeutung der UdSSR und die Notwendigkeit einer engen Verbindung der Neutralisten mit den Ländern des Sozialismus erkennen.

2. Versuche mancher junger Staaten, mit den Widersprüchen der zwei Systeme zu jonglieren oder sie „auszunutzen“ – angeblich, um die Position ihres Landes zu stärken –, was der Konsequenz der neutralistischen Haltung großen Schaden zufügt. In Wirklichkeit verdeckt diese Position das enge klassenmäßige Streben nach Stärkung der Rolle ihrer nationalen Bourgeoisie. Eine solche Position setzt ein Gleichheitszeichen zwischen den imperialistischen und sozialistischen Ländern. Sie ist häufig mit einigen Zugeständnissen an den Imperialismus verbunden (zum Beispiel Einbeziehung in die antikommunistische Kampagne, Verzicht auf die Herstellung von Beziehungen zu einer Reihe sozialistischer Länder wie Kuba, DDR usw.). Letzten Endes führt das zur Schwächung der äußeren und inneren Positionen der neuen souveränen Staaten und untergräbt ihre revolutionären Errungenschaften.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die jungen Nationalstaaten – unter Berücksichtigung der Widersprüche der zwei Systeme und der Versuche der imperialistischen Länder, den Einfluß der politischen, ökonomischen, diplomatischen und militärischen Hilfe der UdSSR für die Länder, die sich befreit haben, zu paralisieren oder abzuschwächen – dem internationalen Finanzkapital der imperialistischen Mächte nicht Zugeständnisse abringen müssen. Im übrigen betrachtet die UdSSR diese Zugeständnisse der Imperialisten (Senkung der Zinssätze für Kredite, Gewährung von Hilfe, Zustimmung zur Entwicklung der verarbeitenden Industrie usw.) als indirekten Einfluß der neuen ökonomischen Beziehungen, die sie zu den jungen Staaten aufgenommen hat. Die Abkehr vom Neutralismus beginnt erst da, wo zugunsten zeitweiliger Vorteile Grundprinzipien des gegenwärtigen Neutralismus geopfert werden.

3. Ausnutzung der aggressiven Politik der imperialistischen Staaten im ökonomischen Interesse der betreffenden Länder (Verpachtung von Stütz-

punkten, Überlassung von Häfen, Genehmigung zum Bau strategischer Straßen, Flugplätzen usw.). Diese Haltung bringt die Unabhängigkeit in Gefahr und ist für das Land folgenschwer. Sie wird mit dem angeblich gleichen Charakter der militärischen Blöcke der imperialistischen Länder und des Verteidigungsbündnisses der Länder der sozialistischen Zusammenarbeit „theoretisch“ bemäntelt.

4. Beitritt zu regionalen ökonomischen Vereinigungen der Imperialisten vom Typ des europäischen „Gemeinsamen Marktes“ (als „gleichberechtigtes“ Mitglied, als assoziiertes Mitglied oder in irgendeiner anderen Form). Eine solche Politik bedeutet noch keine prinzipielle Absage an den Neutralismus, aber sie schafft Bedingungen, die seine konsequente Anwendung erschweren. Diese Politik beruht auf der Unterschätzung des Zusammenhanges von Ökonomie und Politik oder auf der Illusion, daß es möglich ist, in der Außenpolitik eine dauernde antiimperialistische Linie zu verfolgen, in der Wirtschaft aber seine Geschicke mit den internationalen ökonomischen Organisationen, die eine Stütze der internationalen Politik des Imperialismus darstellen, zu verbinden und diese zu unterstützen. Man darf nicht übersehen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft versucht, das alte System der kolonialen Ausbeutung durch ein „neues System des kollektiven Kolonialismus“³¹ zu ersetzen. Jedoch bedeutet der Beitritt zu regionalen ökonomischen Vereinigungen mit den ehemaligen Metropolen oder zu anderen imperialistischen Vereinigungen nicht immer die Einstellung des Kampfes für die Festigung der nationalen Freiheit. Die Durchführung einer neutralistischen Linie in der Außenpolitik stärkt auch die Position der betreffenden Staaten. So forderte und erreichte zum Beispiel Obervolta, das der Madagaskaer Gruppierung angehört, die Liquidierung der Militärstützpunkte. Dennoch ruft der Beitritt zu regionalen Vereinigungen der Imperialisten – als Preis für illusorische und mitunter relative Vorteile – eine schroffe Einschränkung der Verbindungen zu den sozialistischen Ländern, eine Isolierung der neuen Staaten von den wirklich gleichberechtigten ökonomischen Beziehungen hervor.

5. Versuche, einen ausgebrochenen „kleinen“ oder sogar großen Krieg zur Bereicherung der nationalen Bourgeoisie des eigenen Landes auszunutzen. Diese Gefahr drückte der fortschrittliche brasilianische Funktionär Roco Gadela de Melo in einem Artikel über den Neutralismus Brasiliens sehr treffend aus. „Im Krieg ergibt sich“, so schreibt der Autor, „eine gewaltige Zahl geeigneter Fälle für eine schnelle und verbrecherische Bereicherung, und da sind dann diejenigen zur Stelle, die sich auf das Profitieren am Krieg spezialisiert haben. Diese Leute sind sehr listig, sie befinden sich in den höchsten ökonomischen und politischen Kreisen und zögern nicht, das Leben von Millionen Menschen für Millionen Dollars hinzugeben.“³²

31 *Нкрума, Квеме, Освобождение и единство Африки (Die Befreiung und Einheit Afrikas)*, Moskau 1962, S. 24.

32 *Revista Brasiliense*, 22/1959, S. 173.

6. Direkter Beitritt zu aggressiven Blöcken. Sogar die Teilnahme an einer militärisch-imperialistischen Gruppierung bedeutet nicht immer, das muß hier bemerkt werden, daß die Kräfte des betreffenden Landes, die eine Realisierung der sich aus dem Bündnis mit den Imperialisten ergebenden juristischen Verpflichtungen zu hemmen versuchen, vernichtet sind oder daß die gesamte nationale Bourgeoisie dieser Länder auf die Seite der Kolonialisten übergegangen ist. Man darf nicht vergessen, daß der Beitritt einer Reihe von kleinen Ländern zu imperialistischen Blöcken erzwungen ist. Die historische Erfahrung zeigt, daß in einigen konkreten Fällen imperialistischer Aggressionen gegen benachbarte schwache Länder diese unfreiwilligen Mitglieder der imperialistischen Blöcke im entsprechenden Konflikt eine Neutralitätspolitik erklären oder sogar aktiv für die Verteidigung der gegen die Kolonialisten kämpfenden Länder eintreten. Die imperialistischen Länder sind gezwungen, damit zu rechnen. Natürlich kann man in dem gegebenen Fall nicht sagen, daß eine solche Regierung auf der Position des Neutralismus steht; es handelt sich vielmehr um neutralistische Tendenzen, die zuweilen die aggressive Initiative der Machthaber der militärisch-politischen Bündnisse paralisieren. Jedoch drücken diese Tendenzen die tiefe Unzufriedenheit der breiten Massen mit der proimperialistischen Politik der betreffenden Staaten, mit der Abkehr der Regierung ihres Landes von der Position des Neutralismus aus, mit dem sie das Streben nach Frieden, den Kampf für die Überwindung des Kolonialismus, die Liquidierung des Elends und die Erringung des Fortschritts verbinden.

Die neutralistische Position der Mehrheit der neuen Staaten und die Erfolge dieser Länder im Kampf für die ökonomische, politische und kulturelle Wiedergeburt üben einen großen Einfluß auf die Politik der Imperialisten in den Ländern aus, die von ihnen in militärisch-politische Blöcke einbezogen wurden und in denen sich in bedeutendem Maße verschiedene Formen des Neokolonialismus behauptet haben. So sind die USA gezwungen, zu manövrieren und Zugeständnisse zu machen. Auf den Philippinen und in der Dominikanischen Republik zum Beispiel wurde das amerikanische Kapital in der Zuckerindustrie zurückgedrängt. Darüber hinaus nahm das Unterhaus des philippinischen Parlaments eine Resolution an, in der gefordert wird, mit der Regierung der USA Gespräche über die Rückgabe der Ländereien zu beginnen, die für amerikanische Militärstützpunkte in Anspruch genommen worden sind. Ein so ernsthafter Forscher wie R. Niebuhr charakterisiert die Beziehungen zwischen den Philippinen und den USA als „kaum tragbar“³³. 1960 trat Marokko aus dem vom europäischen Kapital beherrschten Phosphatexportkartell aus, und 1962 ergriff Syrien die Initiative zur Schaffung einer neuen Phosphatvereinigung, an die sich außer Syrien und Marokko auch Jordanien, dessen Unabhängigkeit äußerst relativ ist, anzuschließen bemühte.

³³ Niebuhr, Reinhold, *The Relation of Strength to Weakness in the World Community*, in: *Neutralism . . .*, a. a. O., S. 204.

Das internationale Erdölkartell, das noch vor nicht allzu langer Zeit uneingeschränkt auf dem kapitalistischen Erdölmarkt herrschte, muß mit der Organisation der erdölexportierenden Länder rechnen, der der Irak, Indonesien und einige andere unabhängige Länder, aber auch der Iran, Kuwait und Katar angehören.

Die englische Aggression gegen Jemen, die Versuche, die Befreiung Südarabiens zu verhindern, die Bestrebungen, Aden als aggressive, gegen die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Länder gerichtete Basis zu erhalten, führen zum Zusammenschluß aller arabischen Länder gegen die Kolonialisten – unabhängig von der politischen Ordnung.

Durch die Intrigen der SEATO wird das Genfer Abkommen von 1962 über die friedliche Regelung in Laos nicht verwirklicht. Die Pariser Tagung dieses Blocks (April 1963) war der Ausarbeitung von neuen Plänen zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos gewidmet. Die imperialistischen Agenten ermordeten den Außenminister von Laos, einen bedeutenden Vertreter der neutralistischen Gruppierung, und riefen eine Verschärfung der Lage im Lande hervor, aber die Vorbereitung einer Intervention durch die SEATO verstärkte die antiamerikanische Stimmung unter den asiatischen Partnern des Blocks. Die Thailänder Regierung erreichte den Abzug von mehr als 5000 der 6000 in ihrem Land stationierten amerikanischen Soldaten. Die Verstärkung der Positionen der reaktionären Generäle, die, mit Nu Prosit Abhaem an der Spitze, versuchen, den Führer der Neutralisten, Premierminister Souvanna Phouma, und den stellvertretenden Premierminister und Führer der Neo Lao Hak Sat, Prinz Souphanavong, auszuschalten, rechtfertigte nicht die Hoffnungen der amerikanischen Reaktion auf eine Unterstützung der Meuterer durch alle asiatischen Partner der USA.

Die Errichtung einer amerikanischen Atomraketenstation in der Nähe von Peschawar rief in Pakistan ernsthafte Unzufriedenheit hervor.

Die „Schwankungen“ der blockgebundenen Regierung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas – Schwankungen, die hauptsächlich zum Austritt aus den Blöcken tendieren, also eine zentrifugale Tendenz haben –, stehen nicht nur mit dem Einfluß der neutralistischen Staaten in Zusammenhang.

Unter den Bedingungen der wachsenden Aktivität der Massen, die ein charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen kritischen Epoche ist, kann die außenpolitische Position der Arbeiterklasse und der progressiven nationalen Schichten sogar dann, wenn sie sich noch nicht an der Macht befinden, nicht ignoriert werden. Der Zusammenbruch des Kolonialsystems rief eine allgemeine politische Aktivierung der Massen und ein Erstarken des Nationalbewußtseins hervor. Die „Blöcke“ können diesen Prozeß nicht aufheben; die Massen sind ein aktiver Faktor der internationalen Politik geworden, und der Neutralismus ist eine der Formen dieser Aktivität.

Die Position der Neutralen übt auch einen ernsthaften Einfluß auf die Vertreter der Länder aus, die Blöcken angeschlossen sind. So stimmen des öfteren asiatische und afrikanische Staaten zusammen mit den Neutralen gegen die Pro-

jekte der imperialistischen Staaten; so sprechen sich zum Beispiel auf der XVII. Tagung der UN-Vollversammlung 57 Delegationen gegen 14 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen für Sanktionen gegen Portugal aus. Mehr als 100 Staaten ergriffen im Zusammenhang mit der Apartheid-Politik konkrete Maßnahmen zum Abbruch der ökonomischen und diplomatischen Beziehungen zur Südafrikanischen Republik. Die vom 22. bis 25. Mai 1963 veranstaltete Konferenz der afrikanischen Staatschefs forderte von den Kolonialmächten die unverzügliche Verwirklichung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker und erklärte, daß die Aufrechterhaltung von Kolonien oder Halbkolonien in Afrika eine Bedrohung des Friedens auf dem afrikanischen Kontinent darstellt. Die Konferenz wandte sich mit einem Appell an die Großmächte, den Kolonialregierungen keine direkte oder indirekte Hilfe mehr zu gewähren, die zur Unterdrückung der afrikanischen nationalen Befreiungsbewegung ausgenutzt werden kann. Die Führer der afrikanischen Staaten beschlossen, die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zu den Regierungen Portugals und der Südafrikanischen Republik abzubrechen, was die Mehrheit bereits getan hat. Sie boykottieren den Außenhandel der beiden Länder, sie haben ihre Häfen und Flugplätze für südafrikanische und portugiesische Schiffe und Flugzeuge gesperrt und letzteren das Überfliegen ihres Territoriums verboten.

Einer der Autoren des vom Washingtoner Forschungszentrum für Außenpolitik herausgegebenen Buches, F. Wilcox, zieht in dem Artikel „Die nicht-paktgebundenen Staaten und die Vereinten Nationen“ eine Reihe von richtigen Schlußfolgerungen hinsichtlich der wachsenden Rolle der neutralistischen Staaten: „In den Köpfen vieler Menschen macht die UNO erneut eine Periode qualvoller Neueinschätzung durch. Das entspringt einer ganzen Reihe von Faktoren, zu einem großen Teil aber ergibt es sich aus dem faktischen und potentiellen Einfluß der afro-asiatischen Staaten – und besonders der nicht-paktgebundenen Länder – auf diese Organisation.“³⁴

Und später lesen wir eine noch charakteristischere Bemerkung: „Zweifellos hält oft schon die bloße Existenz eines Blockes neutralistischer Stimmen die Delegationen vom Einbringen von Vorschlägen ab, die sonst vielleicht die notwendige Mehrheit erhalten hätten.“³⁵

Man muß noch bemerken, daß die kleinen Länder mit geringer Bevölkerung direkt und unmittelbar an der neutralistischen Position ihrer Nachbarn als eines Faktors der Stabilisierung und des Friedens in dem betreffenden politisch-geographischen Gebiet interessiert sind. (Siehe zum Beispiel die Haltung einiger Länder Zentralamerikas oder Afrikas zueinander.) Aber auch die stärkeren friedliebenden Staaten sind am Neutralismus der kleinen Nachbarstaaten interessiert (man denke an die Position Nepals gegenüber Indien). Eben deshalb ist die tatsächliche Bedeutung des Neutralismus größer und tiefer als aus einem

³⁴ Wilcox, Francis O., a. a. O., S. 121.

³⁵ Ebenda, S. 132.

einfachen zahlenmäßigen Vergleich der „Neutralen“ und der Länder, die imperialistischen Militärblöcken angehören, hervorgeht.

Die tiefen Veränderungen, die die gegenwärtige Epoche charakterisieren, haben der Neutralitätspolitik qualitativ neue Züge verliehen und sie in eine Form des Kampfes um die Erhaltung des Friedens, in eine Form der friedlichen Koexistenz, in ein Mittel der nichtsozialistischen Länder zur Verwirklichung ihres Rechtes auf Frieden verwandelt. Im Licht des Kampfes um die Lösung des Grundwiderspruches unserer Zeit – des Kampfes des Sozialismus mit dem Kapitalismus – fördert diese Politik den Sieg des Neuen; sie stärkt die objektive historische Tendenz der Gegenwart und stellt in diesem Sinne eine progressive politische Erscheinung dar.

Wir haben diese Politik im Vorangegangenen vor allem mit der objektiv-progressiven Rolle verbunden, die die durch den Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus und den Sieg der antiimperialistischen Befreiungsrevolution entstandenen neuen Nationalstaaten spielen. Wir haben sie mit den Aufgaben der Festigung der ökonomischen Unabhängigkeit verbunden, die jetzt objektiv vor ihnen stehen und eine Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses in der Etappe der nationalen Befreiungsbewegung darstellen. Das ist die konkrete sozialökonomische Genesis dieser Politik für die betreffende Gruppe von Ländern. Aber die Entstehung und Festigung des Neutralismus wird – wie gezeigt wurde – nicht nur durch die Gesetzmäßigkeiten des Zerfalls des Kolonialsystems, sondern auch durch alle grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bewirkt.

Insofern, als der Neutralismus das konkrete Kräfteverhältnis der Klassen in diesem oder jenem alten kapitalistischen Land, die Veränderung dieses Verhältnisses zugunsten der Hauptschichten des Volkes, die Verstärkung der Positionen der werktätigen Klassen und vor allem des Proletariats widerspiegelt, wird er zu einer Form des Kampfes für den Frieden und die friedliche Koexistenz zwischen klassenantagonistischen Staaten. So trat die schwedische Regierung wiederholt mit konkreten Vorschlägen zur Minderung der internationalen Spannung auf; unter anderem schlug sie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Norden Europas vor. Trotz seiner Zugehörigkeit zum aggressiven Block der NATO verbündet sich Norwegen in einer Reihe von Fällen mit den Neutralen, und die Regierung kann die breite Volksbewegung, die die Forderung nach Neutralität des Landes erhebt, nicht unberücksichtigt lassen.

Dieses Problem hat noch eine andere Seite: die Besonderheiten der Neutralität Österreichs und Finnlands. Es ist offensichtlich, daß es sich hier nicht um die „klassische“ Neutralität der kapitalistischen Staaten vergangener Perioden (vom Typ der schweizerischen) handelt. Das Verbleiben der Schweiz auf der Position ständiger Neutralität übte keinen wesentlichen Einfluß auf die Lage der Klassenkräfte in diesem Land aus, während die Neutralität Finnlands und Österreichs – als eine der Folgen des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg – die fortschrittlichen Kräfte in diesen Ländern stärkt. Eben

deshalb ist dort die Verteidigung der Neutralität gegen ihre direkte Verletzung durch rechtsreaktionäre Kräfte gleichzeitig auch ein Klassenkampf des Proletariats und der fortschrittlichen Schichten der Gesellschaft zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und der Verfassung.

Gleichzeitig geht in der gegenwärtigen Etappe aber sogar auch die schweizerische Politik von der Notwendigkeit aus, das Bestehen von Staaten mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen zu berücksichtigen. Auf diese Art und Weise beginnt sich die alte Form der Neutralität mit Elementen des neuen Inhalts zu füllen.

Darin äußert sich ebenfalls die „Wandlung“ einiger „alter Formen“ der Außenpolitik der kapitalistischen Staaten unter den gegenwärtigen Bedingungen. Damit erweist sich der Kampf für den Neutralismus als allgemeine, neue und progressive Form des Kampfes der werktätigen Massen der kapitalistischen Länder für den Frieden, als progressive Form der Außenpolitik eines jeden kapitalistischen Landes, als Bestandteil der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, die den bestimmenden Einfluß der Sowjetunion und aller auf der Position des Marxismus-Leninismus und der Entwicklung der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaft stehenden sozialistischen Länder widerspiegeln.

(Übersetzt von *Peter Hofmann*)

Zur Geschichte der Kolonialziele des kaiserlichen Deutschlands im Jahre 1918

VON MICHAIL N. MASCHKIN

Im Kampf des kaiserlichen Deutschlands um die Weltherrschaft spielten die Kolonialziele am Vorabend und während des ersten Weltkrieges eine große Rolle.

In der historischen Literatur zur Kriegsgeschichte, die heute umfangmäßig kaum noch zu überblicken ist, wurde über die Kolonialziele des kaiserlichen Deutschlands in der Zeit des ersten Weltkrieges nicht wenig geschrieben. Dennoch kann man dem bekannten Hamburger Universitätsprofessor Fritz Fischer zustimmen, wenn er sagt, daß die deutschen Kriegsziele – genau wie viele andere Fragen der Geschichte des Krieges – bei weitem noch nicht so vollständig erforscht ist, wie dies von einigen Verfassern behauptet wird.¹

In der letzten Zeit haben die Kolonialziele des kaiserlichen Deutschlands in der historischen Literatur besonders großes Interesse gefunden. Sie wurden beispielsweise in dem Buch des Leipziger Universitätsprofessors Lothar Rathmann² untersucht – einer jener Arbeiten von Historikern der DDR, die mit Erfolg die mannigfaltigsten Probleme der Geschichte der Kolonialexpansion Deutschlands erforschen.

Einen hervorragenden Platz nimmt die Frage der Kolonialziele in dem äußerst interessanten Buch von Fritz Fischer ein, das die Auffassung seines Verfassers von der Nützlichkeit der Erforschung der Kriegsziele Deutschlands ausgezeichnet widerspiegelt.³ Die Kolonialziele werden darin erstmalig außerordentlich gründlich analysiert. Fritz Fischer untersucht die Entwicklung der Kriegsziele im Verlauf des ganzen Krieges; er weist insbesondere – und zwar an Hand der Kolonialprogramme vom Jahre 1918 – die Kontinuität der Kolonialziele von 1914 und 1918 nach und stellt fest, daß „im Frühjahr 1918 nach Abschluß der Ostfriedensverträge und den ersten Erfolgen der großen Offensive im Westen der Zeitpunkt der siegreichen Beendigung des Krieges nahegerückt und die

1 *Fischer, Fritz*, Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, in: *Historische Zeitschrift*, Bd 188, 1959, S. 249.

2 *Rathmann, Lothar*, Stoßrichtung Nahost. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, Berlin 1963.

3 *Fischer, Fritz*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschlands 1914/1918, 3. Aufl., Düsseldorf 1964.

Realisierung der deutschen Kriegsziele möglich geworden zu sein“ schien. „Besonders die Kolonialziele wurden . . . 1918 neu formuliert, und gerade die Hoffnung, ihre Verwirklichung jetzt gegenüber England und Frankreich erreichen zu können, läßt den Willen sowohl der Interessenten als auch der OHL und vor allem der Reichsleitung, hier des Reichskolonialamtes, deutlich werden.“⁴

Fritz Fischer gelangt nach einer detaillierten Darlegung der Kolonialprogramme zu der Feststellung, daß sie „die globalen Aspekte des deutschen Anspruchs, Weltmacht zu sein und sich die Weltmachtstellung zu erhalten“⁵, erkennen lassen. Dabei vertritt Fischer die Auffassung: „In der Kriegszielpolitik Deutschlands freilich spielten die Kolonialziele eine nur nebengeordnete Rolle, glaubte man sie doch bei einem Sieg Deutschlands fast von selbst erhalten zu können. Ganz im Vordergrund stand die europäische Basis, die . . . als die Grundlage jeder Überseepolitik angesehen wurde.“⁶

Eine so absolute Einschätzung ruft allerdings einigen Widerspruch hervor und bedarf unseres Erachtens der Präzisierung. Das Studium der Materialien für den Friedensvertrag mit Frankreich und England, die 1918 im Auswärtigen Amt vorbereitet wurden und, soweit uns bekannt, von den Historikern noch nicht analysiert worden sind, berechtigt uns, solche Zweifel zu äußern.

Die deutschen Armeen an der Westfront begannen am 21. März 1918 eine großangelegte Offensive zur Erringung des „Endsiegcs“, und bis zum 6. April konnten auch gewisse Erfolge erzielt werden, die im Grunde zwar nur taktischer Art waren, die Siegeszuversicht des deutschen Oberkommandos indessen nicht erschütterten.

Gerade in diesen Tagen, als die Woge der Kolonialforderungen erneut anschwell – genau am 6. April 1918 –, leitete das Auswärtige Amt, das in Illusionen von der Möglichkeit eines Sieges befangen war, der militärischen Führung ein detailliertes Programm für den Friedensschluß zu.⁷ Dieses Programm war die Verkörperung der schon früher formulierten expansionistischen Ziele.

Hauptbestandteile dieses ausführlichen Dokuments, dessen Verfasser von der Zwangsläufigkeit eines Sieges Deutschlands ausgingen, waren „wirtschaftliche Forderungen für den Friedensvertrag mit Großbritannien“⁸ und „wirtschaftliche Forderungen für den Friedensvertrag mit Frankreich“⁹. Die Kolonialziele des deutschen Expansionismus nahmen darin einen großen Platz ein, und ihre genaue Untersuchung ist von großem Interesse. Die Vertreter der Wilhelmstraße entwickelten darin die Projekte der Vergangenheit und erhoben gleichzeitig die Forderung, ein großes deutsches Kolonialgebiet zwischen Atlanti-

4 Ebenda, S. 791.

5 Ebenda, S. 797.

6 Ebenda.

7 Historisch-Diplomatisches Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (im folgenden: HDA), F. 419/5, Kopie der Denkschrift des Auswärtigen Amtes, Auswärtiges Amt an K. Stab, vom 6. April 1918 (Anlage zur Kopie des Briefes des preußischen Kriegsministers Heinrich Scheuch an den Reichskanzler Prinz Max von Baden vom 16. Oktober 1918).

8 Ebenda, Bl. 2 ff.

9 Ebenda, Bl. 21 ff.

schem und Indischem Ozean zu schaffen. „Als Abrundung des deutschen Besitzes in Afrika käme eine Verbindung zwischen Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika in Frage“, heißt es in dem Dokument.¹⁰

Diese „Abrundung“ war jedoch nicht als eine örtlich begrenzte Regelung gedacht, sondern sollte bedeutende Länder Äquatorialafrikas in sich einschließen. In erster Linie betraf das die belgischen Kolonien – „mindestens den belgischen Kongostaat einschließlich des Katangagebietes, das jetzt bereits wegen seines großen Kupferreichtums von England mit Beschlag belegt worden ist“.¹¹ Ebenso konkret waren auch die Ausführungen über die französischen Kolonien: „in Afrika käme zur Abrundung eines deutschen mittelafrikanischen Reichs Französisch-Äquatorialafrika in Betracht“.¹² Bei weitem nicht so präzise sprachen sich die Verfasser über die englischen oder unter britischem Einfluß stehenden Kolonien in diesem Gebiet aus. Hier wurden nur Wünsche geäußert: „Wenn es möglich ist, auch Uganda und Angola und Nord-Rhodesien hinzuzufügen, so dürfte dies jedenfalls von großem Werte sein.“¹³

So zeichneten sich in der Wilhelmstraße die Konturen des künftigen deutschen Kolonialreiches in Zentralafrika ab.

Gleichzeitig schenkten die Verfasser dieses Dokuments Marokko große Aufmerksamkeit. Nach Marokko ging bekanntlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der Hauptstoßrichtungen der deutschen Expansion. Der Kampf um Marokko spielte eine große Rolle bei der Verschärfung des französisch-deutschen Antagonismus am Vorabend des Krieges. Die Marokko-Frage übte auch auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg großen Einfluß aus und spielte bei der Konsolidierung der beiden gegensätzlichen Machtblöcke eine bestimmte Rolle. Wenn die herrschenden Kreise des kaiserlichen Deutschlands auch am Vorabend des Krieges in Marokko nachgeben mußten, so bedeutete das doch nicht, daß sie ihre Pläne aufgegeben hätten. So findet sich in dem von uns untersuchten Dokument unter den Forderungen an Frankreich auch die Feststellung, daß „das wichtigste die Regelung der Verhältnisse in Marokko“ sei. „Für Frankreich kommt Marokko einmal als Rohstoffland und Absatzgebiet in Betracht.“¹⁴ Allein in dem einen Jahr vom 1. Juli 1916 bis zum 1. Juli 1917 seien aus der französischen Zone in Marokko 400000 Doppelzentner Weizen, 1600000 Doppelzentner Gerste, 4150000 Doppelzentner Mais und für 9 Millionen Francs Eier ausgeführt worden. Marokko habe im Jahre 1916 Waren im Werte von 60 Millionen Francs nach Frankreich geliefert und umgekehrt aus Frankreich Waren im Werte von 178 Millionen Francs bezogen, so daß der Handelsverkehr mehr als 246 Millionen Francs betragen habe. „Der Erzeichtum von Marokko ist ebenfalls beträchtlich . . . In zweiter Linie kommt Marokko“, heißt es dann weiter, „als Menschenreservoir in Betracht, das Frankreich schwarze (?!) Hilfstruppen als Ersatz für die abnehmende Bevölkerung zu liefern imstande ist“¹⁵.

10 Ebenda, Bl. 19.

11 Ebenda.

12 Ebenda, Bl. 34.

13 Ebenda, Bl. 19.

14 Ebenda, Bl. 34.

15 Ebenda.

Daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen: „Es müßte also die Unabhängigkeitserklärung von Marokko gefordert werden und Sicherheit dafür, daß diese Unabhängigkeit auch nicht bloß auf dem Papier bleibt.“¹⁶ Diese „Unabhängigkeit“ Marokkos sollte jedoch in den Vorstellungen der Verfasser der Denkschrift in erster Linie zur Stärkung des dort befindlichen deutschen Kapitals dienen. So lesen wir: „Sodann müßte die Bergordnung vom 30. 1. 1914 (Reichsanzeiger vom 13. 2. 1914) aufgehoben werden. Sie sieht eine Flächensteuer vor, welche die Ausbeute der deutschen Konzessionen unwirtschaftlich macht, da sie als Erdrosselungssteuer wirkt. Der Einwand, daß Frankreich für französische Konzessionen die gleiche Flächensteuer entrichten muß, schlägt nicht durch, da Frankreich auf absehbare Zeit an eine Ausbeutung dieser Konzessionen nicht denkt, da es selber Eisenerze zur Genüge besitzt und im übrigen in Algier und Tunis sehr reiche Eisenerzvorkommen hat, deren Ausbeutung noch kaum begonnen hat. Auch die Ausfuhrzölle mit 3 Prozent des Wertes sind viel zu hoch, um einen deutschen Bergbau wirtschaftlich betreiben zu können. Endlich müßte das Schiedsgerichtsreglement vom 30. 1. 1914 (Reichsanzeiger vom 14. 2. 1914) aufgehoben werden, durch das die deutschen Konzessionen einem Schiedsgericht unterworfen sind, (das) . . . mit Sicherheit gegen Deutschland ausfallen muß. Es muß also die Forderung der Anerkennung der deutschen Konzessionen schlechthin gestellt werden, ohne daß es erst eines Schiedsgerichts hierüber bedürfte.“¹⁷

Im Hinblick auf eine Innehaltung der vor dem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Verträge wurde in der Denkschrift „größte Vorsicht“ empfohlen, denn „insbesondere hat Frankreich es verstanden, seine Verpflichtungen aus dem Algecirasvertrag und aus dem Marokko-Abkommen vom 4. 11. 1911 auch offenkundig zu verletzen“.¹⁸

Sehr große Bedeutung für die künftige Friedensregelung maßen die Verfasser der Denkschrift der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln bei. „Nach dem Friedensschluß werden auf vielen Gebieten die vorhandenen Weltvorräte an Rohstoffen und Nahrungsmitteln nicht ausreichen, um den Weltbedarf voll zu decken“, schrieben sie.¹⁹ In diesem Zusammenhang schlugen sie Maßnahmen vor, die gewährleisten sollten, daß „die vorhandenen Vorräte nicht einseitig einzelnen Ländern auf Kosten der Mittelmächte zugute kommen“²⁰. Unter diesem Gesichtspunkt wurde es als unerläßlich bezeichnet, daß die Kriegsentschädigung seitens Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens vor allem in Form von Rohstofflieferungen und nicht in Geldform geleistet werde.²¹ Besondere Aufmerksamkeit widmete man hierbei Frankreich: „Soweit die französische Regierung selber gewisse Rohstoffe besitzt, wird im Friedensvertrag eine Verpflichtung zur Lieferung an Deutschland zu erstreben sein.“²² Und wieder rückt Marokko in den Vordergrund, hieß es doch weiter:

16 Ebenda.

17 Ebenda, Bl. 34/35.

18 Ebenda, Bl. 35.

19 Ebenda, Bl. 31.

20 Ebenda.

21 Ebenda, Bl. 1.

22 Ebenda, Bl. 31.

„Als derartige Stoffe kommen insbesondere die nordafrikanischen Phosphate in Betracht.“²³

Neben der Forderung nach Übergabe des Longwy-Briey-Beckens an Deutschland²⁴ war auch davon die Rede, daß die Kriegsentschädigung in Naturalien und nicht in Valuta geleistet werden müsse. Allerdings hielten die Verfasser es auch nicht für möglich, die Rohstoffe „ohne Entgelt“ zu beziehen, und schlugen daher vor, die Lieferung solle unter den Bedingungen der Wiederherstellung des Handelsverkehrs „gegen Bezahlung und zwar unter Einräumung eines Kredits erfolgen, dessen Dauer mindestens auf drei Jahre, wenn möglich aber auch fünf Jahre, zu bemessen wäre“²⁵.

In der Denkschrift wurde auch die Frage eines Schadenersatzes für „die Übersee-Deutschen namentlich die Marokko-Deutschen“ aufgeworfen, den Frankreich wegen angerichteten „Schadens“ und „Rechtsverletzungen“ zahlen sollte: „Hier genügt eine bloße Geldentschädigung nicht, vielmehr bedarf es zur Wiederherstellung des Ansehens des deutschen Namens, welches dadurch schwer verletzt worden ist, daß vielfach Farbigen die Aufsicht und Befehlsgewalt über Deutsche übertragen worden ist, einer besonderen Wiederherstellung der Ehre.“ Hierfür seien besondere Ehrenbezeugungen „seitens der Farbigen gegenüber den mißhandelten Deutschen“ erforderlich.²⁶ Das ist die Sprache der von Rassen- und Großmachtvorstellungen durchdrungenen Verfasser.

Auch hier erscheint also wiederum Marokko als ein bedeutsames Objekt der kolonialen Kriegsziele des kaiserlichen Deutschlands in Afrika. Die Verfasser der Denkschrift gingen dabei nicht nur davon aus, daß die Positionen Deutschlands in Afrika auf Kosten eines besiegt Frankreich gestärkt werden sollten, sondern träumten in der Erwartung, auch über die englischen Konkurrenten zu siegen, ferner von einem entscheidenden Schlag gegen die Verbindungswege des britischen Empire und seine Positionen in Nordafrika, wobei sie von einer Verdrängung Englands aus Ägypten sprachen: „Die Forderung der Rückgabe Ägyptens an die Türkei muß gestellt werden, ferner dürfte die Forderung nach einer Abtretung eines Teiles der Suezkanalaktien zu stellen sein.“²⁷ Wenn diese Ansprüche gegenüber England in der Denkschrift mehr den Charakter von Wunschäußerungen trugen und ihr Ausmaß infolgedessen vom Gang der eigentlichen Verhandlungen abhängig gemacht wurde, so war die Forderung an Frankreich in der Frage des Suezkanals schon konkreter formuliert: „Deutschland müßte einen entsprechenden Anteil der Aktien des Suezkanals abgetreten erhalten oder ein entsprechender Vertrag neuer Aktien für Deutschland geschaffen werden.“²⁸ In der Denkschrift war auch von einer Veränderung des Status der englischen Flottenstützpunkte im Mittelmeer – Gibraltar und Malta – die Rede. Während sich die Verfasser in bezug auf Gibraltar äußerst konkret ausdrückten („Gibraltar ist an Spanien herauszugeben“²⁹), so war der

23 Ebenda.

24 Ebenda, Bl. 32.

25 Ebenda, Bl. 31.

26 Ebenda, Bl. 28.

27 Ebenda, Bl. 19.

28 Ebenda, Bl. 34.

29 Ebenda, Bl. 19.

Ton in bezug auf Malta wesentlich verschwommener („die Herausgabe von Malta ist zu fordern“³⁰). Im übrigen wurde diese Frage in gewissem Maße mit der Gestaltung der Bezeichnungen zu Italien als dem ehemaligen und möglicherweise auch künftigen Verbündeten Deutschlands verknüpft: „Möglicherweise käme hier ein Kompensationsgegenstand für die Verhandlungen mit Italien in Betracht.“³¹

Die sehr ausführlich behandelten Forderungen nach „Gleichberechtigung“ und nach freiem Zugang zu den Häfen Englands und Frankreichs und ihrer Kolonien sowie nach einer eventuellen Übergabe von Schiffen an Deutschland³², nach Überlassung von Kohlenstationen usw. sollten der Errichtung der deutschen Herrschaft über die Meere dienen. Auch hier sind die Ansprüche gegenüber Frankreich wiederum am krassesten. In dem Abschnitt „Schifffahrt“ der „Wirtschaftlichen Forderungen“ heißt es wörtlich: „In erster Linie ist der Grundsatz der Gleichberechtigung durchzusetzen . . . Es müßte also der Zugang zu den französischen Häfen und denen der Kolonien den deutschen Schiffen in gleicher Weise offenstehen wie den französischen Schiffen. Die Gleichstellung muß sich namentlich auf das Recht erstrecken, aus und nach jedem Hafen Passagiere und Ladungen zu befördern, ferner auf die Anweisung von Liegeplätzen, die Beladung, Löschung und Dockung, die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, die Abgabenerhebung von Schiffspassagieren und -ladung, die Zollabfertigung und die Behandlung der Schiffsbesatzung.“³³ In diesem Zusammenhang heißt es dann: „Ob es möglich ist, als Kriegsentschädigung die Abtretung von Schiffen zu fordern, wird von der militärischen Lage abhängen.“³⁴ In der Frage der Kohlenstationen äußerten sich die Verfasser allerdings nicht sonderlich bestimmt: „Wenn es möglich ist, die Abtretung von Kohlenstationen zu erlangen, über deren Lage das Reichsmarineamt zu hören wäre, so wäre diese Forderung zu stellen. Sollte eine Abtretung nicht möglich sein, so wäre jedenfalls die Neutralisierung derartiger Kohlenplätze zu verlangen, gleichzeitig Unterstellung unter gemeinschaftliche Kontrolle.“³⁵

Wesentlich bestimmter sind die Forderungen nach französischen Flottenstützpunkten in den Gewässern des Stillen Ozeans. In der Denkschrift heißt es dazu kurz und bündig: „Als Flottenstützpunkt in der Südsee ist die Abtretung von Tahiti zu fordern.“³⁶

Wesentlich komplizierter war für die Verfasser der Denkschrift die Frage der deutschen Stützpunkte in China. Bekanntlich hatte die Reichsregierung auf jede Weise versucht, Japan von der Entente zu lösen. So hatten die deutschen Diplomaten in China Ende 1915 den Japanern ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß „der erfolgreiche Kampf Deutschlands gegen England im Interesse Japans liege“ und daß „Deutschland, das vor wichtigen Aufgaben im Nahen Osten stehe, bereit sei, keinerlei politische Ziele zum Schaden Japans im Fernen

30 Ebenda.

31 Ebenda.

32 Ebenda, Bl. 33 u. 18.

33 Ebenda, Bl. 33.

34 Ebenda.

35 Ebenda.

36 Ebenda, Bl. 34.

Osten zu verfolgen“, wie der japanische Botschafter dem zaristischen Außenminister gegenüber erklärte.³⁷ Mit dieser politischen Linie gegenüber den japanischen Eroberungen in China war auch die Haltung des Auswärtigen Amtes in bezug auf Kiautschou verknüpft. In dem hier von uns untersuchten Dokument beharrte das Auswärtige Amt nicht auf „Rechten“ bezüglich Kiautschous. In den Materialien für den Friedensvertrag mit England wurde diese Frage ziemlich eingehend erörtert. Es heißt dort: „Auch auf Kiautschou darf nicht einfach verzichtet werden, vielmehr muß zum mindesten ein Ersatz dafür geleistet werden. Diese Frage ist allerdings in den Verhandlungen mit Japan zu erörtern. Immerhin dürfte es zweckmäßig sein, da Deutschland Japan gegenüber, und da England für das Vorgehen von Japan verantwortlich gemacht werden kann, diese Frage schon in den Verhandlungen mit England zur Sprache zu bringen und von England für die Abtretung Kiautschous einen Ersatz zu verlangen.“³⁸

Es werden auch die Zentren der deutschen Eroberung in China genannt: „Als Ersatz für Kiautschou käme das Portugiesische Makao, über das England ja ebenfalls verfügen kann, ferner die Abtretung der französischen Konzession in Shanghai, des französischen Flottenstützpunktes Kwang Schau Wan oder Hankau in Betracht.“³⁹ In den Materialien für den Vertrag mit Frankreich heißt es kurz und bündig: „Sollte Kiautschou nicht zurückgegeben werden, so wäre als Entschädigung dafür die Abtretung der französischen Konzession in Shanghai sowie des französischen Flottenstützpunktes Kwang Schau Wan zu fordern.“⁴⁰

So wurden die weitgehenden Kolonialziele des kaiserlichen Deutschlands auch hier ganz deutlich und konkret formuliert. Es ist völlig natürlich, daß die Verfasser der Denkschrift unter diesen Umständen auch die bedingungslose Rückgabe der deutschen Kolonien forderten.⁴¹

In der Denkschrift wurde auch die Frage der „Wiederherstellung des auf Grund von Kriegsgesetzen deutschen Reichsangehörigen entzogenen Vermögens“⁴² eingehend erörtert und dabei den Beziehungen zu Frankreich wiederum große Aufmerksamkeit geschenkt. Unter Berufung auf Artikel 3 des Haager Abkommens erhoben die Verfasser die Forderung nach „grundsätzlicher“ Wiederherstellung des Vermögens deutscher Reichsangehöriger. Es ist bezeichnend, daß man dabei auch hier wiederum ausschließlich das deutsche Privatvermögen in den Kolonien im Auge hatte. In der Denkschrift wird ausdrücklich betont: „Unbedingt muß dies für den Grundbesitz in Übersee gelten. Der Besitz der dortigen Faktoreien, Liegeplätze, Ablade- und Umschlagseinrichtungen ermög-

37 *Международное отношения в эпоху империализма* (Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus), Serie III, Bd 10, Moskau 1938, S. 112 (Sasonow an Malevskij am 29./16. Januar 1916).

38 HDA, F. 419/5 Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 6. April 1918, Bl. 19.

39 Ebenda. 40 Ebenda, Bl. 34.

41 Ebenda, Bl. 19. 42 Ebenda, Bl. 22f.

licht infolge ihrer Lage in vielen Fällen überhaupt erst einen Handel in den betreffenden Gebieten.“⁴³

In diesem Zusammenhang erklären die Verfasser: „Es könnte höchstens in Frage kommen, in einzelnen Fällen an Stelle des konkreten Geländes ein gleichwertiges anderes der geschädigten Firma zu übertragen.“⁴⁴

Diese vorbereitenden Materialien für das Friedensvertragsdiktat zeugen somit sehr anschaulich von den kolonialen Bestrebungen des offiziellen Deutschlands. Es ist interessant, daß sich das Auswärtige Amt bemühte, einzelne Leitsätze aus dem 14-Punkte-Programm des USA-Präsidenten Woodrow Wilson für seine Argumentation auszunutzen; besonders unter den Punkten 2 und 3 wurden dort die absolute Freiheit der Meere und die Beseitigung aller Beschränkungen im internationalen Handel gefordert, und in Punkt 5 war von der Lösung der Kolonialprobleme die Rede. Man berief sich also gerade auf diejenigen Punkte, die gegen die Monopolstellung der englischen und französischen Konkurrenten der USA wie auch Deutschlands gerichtet waren.

Die Kolonialziele wurden auch in den folgenden Monaten des Jahres 1918 noch ausführlich diskutiert. Selbst in den für das kaiserliche Deutschland so dramatischen Tagen, als die neue Regierung des Prinzen Max von Baden bereits in ihrer Note an den Präsidenten der USA erklärt hatte, daß sie sein Programm als Grundlage für Friedensverhandlungen akzeptiere, genau gesagt am Vorabend des Zusammenbruchs, wurde am 16. Oktober 1918 die Denkschrift zusammen mit anderen Vorschlägen für die Vorbereitung von Friedensverhandlungen mit den Westmächten dem Prinzen Max von Baden durch den Kriegsminister General Heinrich Scheuch⁴⁵ zugestellt, der dabei allerdings darauf hinwies, daß die Materialien „bereits vor einiger Zeit vom Gesichtspunkte der bislang günstigeren Kriegslage zusammengestellt“ worden seien.⁴⁶ „Von einer Neubearbeitung“, hieß es in dem Schreiben, „ist bei der jetzigen Ungeklärtheit und der nicht vorauszusehenden Entwicklung der Verhältnisse abgesehen, um einen Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten zu haben.“⁴⁷ Wieweit es möglich sein werde, „den einzelnen Punkten und Anregungen Rechnung zu tragen und sie bei den Friedensverhandlungen durchzusetzen“, werde „von der Lage der Verhältnisse bei Eintritt in die Friedensverhandlungen abhängig“ sein.⁴⁸

Außer der Denkschrift des Auswärtigen Amtes war dem Schreiben des Kriegsministers noch eine „Zusammenstellung von Fragen, die zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen mit den Westmächten in Betracht kommen“⁴⁹, an-

43 Ebenda, Bl. 22.

44 Ebenda, Bl. 22/23.

45 Ebenda, Kopie des Briefes von Kriegsminister Scheuch an Reichskanzler Prinz Max von Baden vom 16. Oktober 1918.

46 Ebenda.

47 Ebenda.

48 Ebenda.

49 Ebenda, Kopie der Zusammenstellung von Fragen, die zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen mit den Westmächten in Betracht kommen (Anlage zum Brief des preußischen Kriegsministers Heinrich Scheuch an den Reichskanzler Prinz Max von Baden vom 16. Oktober 1918).

geschlossen; auch dieses Dokument ging von der Zwangsläufigkeit eines Sieges Deutschlands aus und enthielt im einzelnen Forderungen hinsichtlich der Besetzung ausländischer Territorien durch deutsche Truppen usw. Interessant ist unter diesen Forderungen eine Bemerkung, in der die „Verhinderung der Einstellung von Deutschen in die französische Fremdenlegion“⁵⁰ gefordert wird. Das Kriegsministerium stellt fest, es sei „anzustreben, daß Frankreich sich im Friedensvertrage verpflichtet, keine Deutschen mehr in die Fremdenlegion einzustellen“. Es müsse „verhindert werden, daß künftig Deutsche unter Vorspiegelungen, wie genugsam bekannt, für die Fremdenlegion geworben werden und für Frankreichs Kolonialeroberungen sich einsetzen“.⁵¹ „Der Friedensschluß mit Frankreich“, wird in diesem Dokument betont, „dürfte nunmehr Gelegenheit bieten, Frankreich die oben erwähnte Verpflichtung aufzuerlegen“.⁵²

Die Frage der Werbung von Deutschen für die Fremdenlegion wird hier also in erster Linie mit dem Kampf gegen die Kolonialpolitik der französischen Konkurrenten verknüpft.

General Scheuch beharrte in seinem Brief an Prinz Max von Baden auch noch im Angesicht der unvermeidlichen Niederlage des kaiserlichen Deutschlands auf der Notwendigkeit, bei der Ausarbeitung der Bedingungen für die Friedensverhandlungen aus militärischen Erwägungen heraus der gesicherten Versorgung Deutschlands mit den notwendigen Mengen an Rohstoffen, Lebensmitteln und Halbfabrikaten die größte Aufmerksamkeit zu schenken.⁵³ Der Charakter dieser Garantien und ihre Verknüpfung mit den Kolonialbestrebungen geht aus dem schon untersuchten Dokument des Auswärtigen Amtes deutlich hervor.

Diese hier untersuchten Aspekte des Kolonialproblems im Jahre 1918 zeugen von der großen und selbständigen Rolle der Kolonialziele im Streben des deutschen Imperialismus nach der Weltherrschaft.⁵⁴

(Übersetzt von *Roswitha Czollek*)

50 Ebenda, Bl. 5.

51 Ebenda.

52 Ebenda.

53 Ebenda, Brief des preußischen Kriegsministers Heinrich Scheuch an den Reichskanzler Prinz Max von Baden vom 16. Oktober 1918.

54 Vgl. hierzu die Ansicht des Berliner Universitätsprofessors *Helmut Stoecker* in seiner Studie: Bemerkungen über die deutschen Kriegsziele südlich der Sahara, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und Sprachwiss. Reihe, Jg. 8 (1964), S. 7.

Landmaschinentechnik in Mecklenburg (1800 bis 1959)¹

VON ULRICH BENTZIEN

Im Gegensatz zur überlieferten Gerätekultur, der historischen Vorstufe oder „Frühgeschichte“ unseres Untersuchungsgegenstandes², ist uns die eigentliche Geschichte der Landmaschinentechnik nur äußerst lückenhaft bekannt. Das betrifft nicht so sehr die rein technikgeschichtliche Seite, für die in Gestalt von Patentierungsurkunden, Konstruktionshandbüchern, Werbe- und Anleitungsschriften, Ausstellungskatalogen usw. eine Fülle von Quellenmaterial vorliegt, wohl aber die Anwendung der Landmaschinentechnik als

- 1 Die folgenden Ausführungen stimmen im wesentlichen mit dem ersten Abschnitt des Kapitels 1 der Dissertation des Verfassers überein. Er wurde im Manuskript Ende 1959 abgeschlossen und stellt einen Teil der grundlegenden Geschichte der Agrartechnik dar, während der Hauptteil der Dissertation, eine volkscundliche Untersuchung, sachlich und methodisch anders angelegt ist. Vgl. *Bentzien, Ulrich*, Das Eindringen der Technik in die Lebenswelt der mecklenburgischen Landbevölkerung (im folgenden: Das Eindringen der Technik), phil. Diss. Berlin 1961 (MS).
- 2 An – zumeist überregionalen – deutschen Arbeiten sind etwa zu nennen: *Leser, Paul*, Entstehung und Verbreitung des Pfluges, Münster i. W. 1931 = Anthropos-Bibliothek, Bd 3, H. 3; *Bomann, Wilhelm*, Bäuerliches Hauswesen und Tagewerk im alten Niedersachsen, 4. Aufl., Weimar 1941; *Schmidt, Leopold*, Die Kurzstielsense. Zur Verbreitung und Geltung einer Gruppe europäischer Ernteschnittgeräte, in: Archiv für Völkerkunde, Bd 5, 1950, S. 159 bis 186; *Lühning, Arnold*, Die schneidenden Erntegeräte, phil. Diss. Göttingen 1951 (MS); *Kothe, Heinz*, Zur Verbreitung und Geschichte landwirtschaftlicher Arbeitsgeräte in Deutschland, in: Wissenschaftliche Annalen, Jg. 2, 1953, S. 739–753; *Jacobeit, Wolfgang*, Zur Erforschung des bäuerlichen Arbeitsgerätes in Deutschland, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 5, 1957, S. 154–156; *derselbe*, Jochgeschirr- und Spanntiergrenze, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Bd 3, 1957, S. 119–144; *Schmidt, Leopold*, Der randbeschlagene Holzspaten in Ostmitteleuropa, in: ebenda, S. 388–406; *Jacobeit, Wolfgang*, Das bäuerliche Arbeitsgerät – ein wichtiger Forschungsgegenstand der deutschen Volkskunde, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 7, 1960, S. 109 ff.; u. a.

Produktionsinstrument. Zahlreiche ältere Schriften sind überholt³, und auch Kulischers weitgespannter Überblick⁴ ist schon über dreißig Jahre alt, ohne übrigens – trotz einiger jüngerer Veröffentlichungen⁵ – ganz entbehrlich geworden zu sein. Lücken bestehen aber auch in der Regionalforschung.

Für Mecklenburg liegen außer einigen zeitlich, räumlich oder thematisch begrenzten Darstellungen⁶ keine zusammenfassenden Untersuchungen über die Entwicklung der Landmaschinentechnik vor. Es kann nun nicht Aufgabe dieses Beitrages sein, die Einführung und Anwendung der Landmaschinentechnik vor dem Hintergrund der allgemeinen agrarhistorischen und speziellen betriebswirtschaftlichen Verhältnisse darzustellen, zumal diese in Mecklenburg – auf Grund neuerer Forschungen⁷ – wohl für das 18., nicht aber unbedingt für das hier entscheidende 19. Jahrhundert als völlig geklärt gelten können. Eine den

3 Z. B. *Bensing, Franz*, Der Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft, Breslau 1897; *Fischer, Gustav*, Die sociale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft, Leipzig 1902. – Materialreich, wenn auch relativ unhistorisch, ist das Sammelwerk *Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland*. Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der D[eutschen] L[andwirtschafts-]G[esellschaft], Berlin 1910 = Arbeiten der DLG, Bd 177; ferner *Eyth, Max*, Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland, England und Amerika, in: *Journal für Landwirtschaft*, Bd 41, 1893, S. 95–134, und zahlreiche andere Schriften des letztgenannten Autors mit z. T. belletristischem Charakter.

4 *Kulischer, Josef*, Das Aufkommen der landwirtschaftlichen Maschinen um die Wende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd 139, 1933, S. 321–368.

5 Z. B. *Fischer, Gustav*, Ein Blick auf die Geschichte der Landmaschinentechnik, in: *Deutsche Bauerntechnik*, 11/1946/47, S. 1–5, oder *Krzyszowski, Richard*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 3. Aufl., Berlin 1961. Vgl. ferner die über unseren Gegenstand hinausgreifenden Werke von *Ritter, Kurt*, Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus, 3 Bde, Berlin 1955–1960, und – als westdeutsches Pendant – *Frauendorfer, Siegmund v.*, *Haushofer, Heinz*, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, 2 Bde, Bonn-München-Wien 1957/1958.

6 *Loebell, Rudolf*, Die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen im Aushebungsbezirk Ribnitz, jur. Diss. Rostock 1926; *Ihle, Walter*, 100 Jahre Bodenbearbeitung in Mecklenburg, in: Festschrift zum 150. Geburtstag von Johann Heinrich von Thünen, Rostock 1933, S. 51–69; *Wenckstern, H[ermann] v.*, Der Stand der Technik in der Mecklenburgischen Landwirtschaft während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Rostock 1956 (MS im Thünen-Archiv der Universität Rostock, Bibliothek, Sign. III A, 83a), enthält vorwiegend Auszüge aus der zeitgenössischen ökonomischen Literatur. Wenig ergiebig für unsere Frage ist *Mager, Friedrich*, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955.

7 *Heitz, Gerhard*, Über den Teilbetriebscharakter der gutsherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg) im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprach-*

geschichtlichen Zusammenhang erschöpfend berücksichtigende Darstellung hätte vor allem die Auswirkungen der Technisierung auf die ländliche Sozialstruktur und den Klassenkampf in dem Untersuchungsraum zu umfassen, etwa die Herausbildung der Gutsarbeiter und ihres sozialen Bewußtseins⁸ oder den Dualismus in der Entwicklung des Gutshofes und der Bauernwirtschaft zum kapitalistischen Betrieb. Der vorliegende Beitrag will durch die Vermittlung der notwendigen technologischen und chronologischen Fakten, das heißt durch den ersten Versuch einer Periodisierung vom technikgeschichtlichen Standpunkt aus⁹, eine Basis für weitere Forschungen schaffen.

*

Die durch die feudalen Legungen und durch weiteren Landraub nach 1800 stark dezimierte Zahl der Bauernstellen und das ökonomische Unvermögen der relativ zahlreichen, meist im 18./19. Jahrhundert geschaffenen Klein- und Kleinstwirtschaften machen es verständlich, daß erste wirksame Impulse zu einem agrartechnischen Fortschritt in Mecklenburg von den in weiten Teilen des Landes dominierenden Großbetrieben ausgingen. Ihr „Übergang von der fronherrlichen Gutswirtschaft zur kapitalistischen Junkerwirtschaft“¹⁰ realisierte sich dabei unter anderem in der Übernahme qualitativ neuer Produktionsinstrumente.

Erste eingehendere Informationen über das namentlich in England entwickelte moderne Landmaschinenwesen vermittelten den mecklenburgischen Gutsbesitzern die „Reisenotizen des Herrn Dr. Gerke auf Frauenmark“ in den

wissenschaftliche Reihe, Jg. 8, 1958/59, S. 299–320; *derselbe*, Feudales Bauernlegen in Mecklenburg im 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Jg. 8, 1960, S. 1342–1377; *derselbe*, Die sozialökonomische Struktur im ritterschaftlichen Bereich Mecklenburgs zu Beginn des 18. Jahrhunderts, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 1–80; *Steinmann, Paul*, Bauer und Ritter in Mecklenburg, Schwerin 1960; vgl. auch die Diskussion um einen Aufsatz und besonders um das Buch von *Nichtweiß, Johannes*, Das Bauernlegen in Mecklenburg, Berlin 1954, in: ZfG, Jg. 2, 1954, S. 467–476; Jg. 5, 1957, S. 278–296, 804–817.

8 Der Verfasser hat an anderer Stelle den Versuch unternommen, die Entwicklung des mecklenburgischen „Dreschers“ zum Lohnarbeiter zu verfolgen. Vgl. *Bentzien, Ulrich*, Die mecklenburgischen „Drescher“ und die Einführung des Maschinendrusches, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Bd 10, 1964, S. 25–42.

9 Eine Periodisierung der Entwicklung der mecklenburgischen Landmaschinentechnik nach Etappen siehe Anhang.

10 *Luck, Herbert*, Zur ökonomischen Lehre des J. H. von Thünen. Zur Entstehung der kapitalistischen Junkerwirtschaft in Mecklenburg, Berlin 1956, S. 50. – Allerdings bestätigt, wie gezeigt werden wird, das Aufkommen der Landmaschinentechnik die Datierung des Einsetzens der kapitalistischen Entwicklung auf die Mitte des 18. Jahrhunderts in keiner Weise.

„Neuen Annalen der Mecklenburgischen Landwirthschaftsgesellschaft“ 1816¹¹, nachdem Thaers bereits früher gegebene Anregungen¹² in Mecklenburg offensichtlich kein Gehör gefunden hatten. Es dauerte auch dann noch rund zwei Jahrzehnte, bis sich der „Patriotische Verein“, die landwirtschaftliche Organisation der mecklenburgischen Großgrundbesitzer, des Landmaschinenwesens intensiver annahm und die „Ausstellung von Ackerwerkzeugen“ zum ständigen Programmpunkt der jährlichen Hauptversammlungen machte.¹³ Für das im Grunde jedoch mangelnde Interesse an der Technik spricht die Tatsache, daß diese ersten Ausstellungen von der traditionellen Tierschau, den Pferderennen, Bockwetten usw. noch völlig verdrängt wurden. Entsprechend gering war die Neigung der meisten Gutsbesitzer, in ihren Betrieben neuartige Geräte und Maschinen einzuführen. Überdies war der einzige wirklich weitsichtige Mann der älteren Generation, der sich wissenschaftlich um betriebstechnische Fragen bemüht hatte, der populäre Rostocker Ökonomieprofessor Franz Christian Lorenz Karsten¹⁴ (1829 gestorben). Die Autorität eines anderen hochbedeuten- den Mannes aber, Ernst Albans (1791–1856), der zuerst in Karstens Todesjahr von sich reden machte¹⁵, reichte zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus, um dem technischen Fortschritt zum Sieg zu verhelfen, so daß seine Initiative¹⁶ vorläufig ins Leere stieß. Die folgenden Daten und Fakten aus der mecklenburgischen Landmaschinengeschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind also lediglich als vereinzelte Ansätze, nicht aber als typische Erscheinungen zu beurteilen.

11 *Neue Annalen der Mecklenburgischen Landwirthschaftsgesellschaft* (im folgenden: *Neue Annalen*), 3, 1816, S. 101–111, 113–144 u. 215–239. – Die unter wechselnden Titeln erschienenen *Annalen* bilden für das gesamte 19. Jahrhundert die ergiebigste literarische Quelle für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand. Über ihre komplizierte Erscheinungsweise siehe *Heeß, Wilhelm*, *Geschichtliche Bibliographie von Mecklenburg*, Bd 1, Rostock 1944, Nr 6179–6182, S. 559.

12 *Thaer, Albrecht*, *Beschreibung der nutzbarsten neuen Ackergeräthe*, 3 Teile, Hannover 1803–1806.

13 Vgl. *Neue Annalen*, 20, T. 2, 1836, S. XVII; 21, 1837, S. 212f.; 22, 1838, S. 46 u. 592; 23, 1839, S. 687–698; 25, 1841, S. 126–130, 180–202, 647–651 u. 666–682; 26, 1842, S. 668–675; 27, 1843, S. 592–624; 28, 1844, S. 543–561 usw. – Für den Ankauf von Maschinen und Geräten wurden erstmals 1838 100 Rthlr. bewilligt. Ebenda, 22, T. 2, 1838, S. X.

14 Er hatte bereits 1793 auf dem Neuenwerder bei Rostock eine landwirtschaftliche Lehranstalt und Versuchsstation angelegt. Literatur über ihn führt an *Heeß, Wilhelm*, a. a. O., Bd 2, Nr 14465, S. 1323.

15 *Alban, Ernst*, *Einige Worthe über zweckmäßige Behandlung von Maschinen, vorzüglich landwirthschaftlicher Maschinen*, in: *Neue Annalen* 16, 1829, S. 527–543. Siehe auch Anm. 30.

16 Vgl. *Kurzer Bericht über die erste, am 19. März dieses Jahres stattgehabte, Ausstellung landwirthschaftlicher Maschinen in Klein Wehendorf*, in: *Neue Annalen*, 22, 1838, S. 370–381; über die folgende Ausstellung siehe ebenda, 23, 1839, S. 64–81.

Auf dem Sektor der Bodenbearbeitungsgeräte ist zunächst eine gewisse Verbesserung der seit alters gebrauchten Geräte festzustellen. Sie betraf vor allem den *Mecklenburgischen Haken*, jenes für die mecklenburgische Landwirtschaft so charakteristische Pfluginstrument, das nunmehr weitere Eisenteile (Beschläge, Hakenblech, *Krümmel*) erhielt, aber typologisch erhalten blieb und im mittleren und östlichen Landesteil zum Teil bis gegen 1900 seine dominierende Stellung gegen das Vordringen des modernen Pfluges verteidigen konnte.¹⁷ Neben dem alten Pflug (im engeren Sinne, also Bodenwendepflug) traten nur zögernd jüngere Typen. Erste Versuche, die in Klein Siemen, Weitendorf, Tellow und Roggow während der 1820er Jahre mit englischen *swingploughs* bzw. belgischen Pflügen, deren Pflugkörper aus Gußeisen, später aus Stahl bestand, gemacht wurden¹⁸, scheinen für lange Zeit keine Nachfolge gefunden zu haben¹⁹, während ein gänzlich neues Bodenbearbeitungsgerät, der *Exstirpator* (Grubber, Kultivator), offenbar schneller Aufnahme fand.²⁰ Die hölzernen Eggenzinken wurden zunehmend durch Eisenzinken ersetzt²¹, zum Teil schaffte man sogenannte *schottische Eggen* mit gekrümmten Zinken an²², bei denen späterhin auch der Rahmen aus Gußeisen bzw. Profilstahl bestand. Die eiserne Walze wurde noch kaum benutzt, zumal auch ihre hölzerne Vorgängerin anfangs weitgehend unbekannt war und sich erst langsam durchzusetzen begann.²³ Noch später erhielt der mecklenburgische Ackerwagen die eiserne Achse.²⁴

17 Die Umkonstruierung des Hakens zu einem asymmetrischen „Hakenpflug“ durch Johann Heinrich von Thünen erregte zwar Aufsehen in Fachkreisen, vermochte sich aber gegenüber dem Normaltyp nicht durchzusetzen. Über jüngste Versuche mit diesem Gerät siehe *Wenckstern, H[ermann] v.*, Die Entwicklung des Thünenschen Hakenpfluges zu einem neuzeitlichen Ackergerät, in: Die Landarbeit, Jg. 8, 1957, S. 43f., u. Jg. 9, 1958, S. 68f.

18 *Neue Annalen*, 13, 1826, S. 20, 33, 190 u. 193–198.

19 Vgl. *Thünen, [Johann Heinrich] v.*, Notizen über den Haken-Pflug, in: *Neue Annalen*, 21, 1837, S. 587: „Die mit Vorliebe für den Pflug seit mehr als 20 Jahren gemachten Versuche, den Haken durch die Einführung von Smallschen und Baileyschen Pflügen zu verdrängen, waren fruchtlos geblieben.“

20 *Neue Annalen*, 1, T. 1, 1813, S. 257–288; 1, T. 2, 1814, S. 475–480; 13, 1826, S. 16f., 20 u. 34.

21 *Bollbrügge, C[hristian] F[riedrich] W[ilhelm]*, Das Landvolk im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, Güstrow 1835, S. 89; *Raabe, Wilhelm, Quade, Gustav*, Meklenburgische Vaterlandskunde, Bd 2, 2. Aufl., Wismar 1895, S. 126. – Diese Entwicklung scheint jedoch bereits im 18. Jahrhundert eingesetzt zu haben.

22 *Neue Annalen*, 20, T. 2, 1836, S. 650f.; 21, 1837, S. 688.

23 *Neue Annalen*, 13, 1826, S. 112f. u. 129; 21, 1837, S. 341; 22, 1838, S. 233–237; vgl. auch *Festgabe zur Feier der 22. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe* (im folgenden: *Festgabe*), Schwerin 1861, S. 77. Auf mögliche frühere Datierung deutet ein Hinweis in: *Neue Monatsschrift von und für Mecklenburg*, 3, 1794, S. 92.

24 Vgl. *Mecklenburgisches Gemeinnütziges Archiv*, Güstrow 1851, S. 92.

Diese Voretappe der Entwicklung der neuen Agrartechnik, in der bei einigen Geräten Eisen und Stahl immer mehr das Holz als wichtigstes Material verdrängten, währte in Mecklenburg Jahrzehnte. Als 1874 (!) der Domänenrat Brödermann das Gut Knegendorf kaufte, fand er dort nur hölzerne Haken, schottische Eggen und hölzerne Flachwalzen vor.²⁵ Von den 48 vierspännigen Ackerwagen auf den Schlieffenschen Gütern Tolzin, Raden, Niegleve und Schlieffenberg hatten im Jahre 1884 noch 21 hölzerne Achsen.²⁶

Die Einführung spezifisch neuer Maschinen blieb während der ersten Jahrhunderthälfte relativ unbedeutend. Neben die alten Häckselladen trat vereinzelt die Lehstersche *Häckerlingsmaschine*, von der bereits im Jahre 1804 ein Exemplar nach Mecklenburg gelangt war.²⁷ Dieses Instrument, dessen Schneidvorrichtung durch ein Schwungrad betrieben werden konnte, bauten der Rostocker Schmied Haack und einige andere Schmiedemeister in verbesserter Form nach²⁸; angeblich war die Häckselmaschine bereits um 1820 „auf vielen Höfen in Mecklenburg in Gebrauch“²⁹. (Über die sicher bereits verwendeten Kornreinigungsmaschinen – *Rummeln* – sagen die literarischen Quellen so gut wie nichts aus.) Ebenfalls noch in die erste Jahrhunderthälfte fiel die sporadische Einführung der (Breit-)Sämaschine, einer von orientalischen und englischen Vorformen offensichtlich unabhängigen Erfindung des bereits erwähnten Mecklenburgers Ernst Alban.³⁰ Sie wurde seit den dreißiger und vierziger Jahren auf einigen Gütern mit Erfolg benutzt.³¹ Diese breitwürfig säende Maschine, deren Säwalze durch die Achse des gezogenen Gerätes bewegt wurde, verteilte den Samen gleichmäßig auf die Ackeroberfläche, ohne ihn – im

²⁵ *Ihle, Walter*, a. a. O., S. 58.

²⁶ Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Rep. 142a, Nr 154, Anlage F–I (1884).

²⁷ *Annalen der Mecklenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft* (im folgenden: *Annalen*), 2, 1805, S. 316–318; *Hamm, Wilhelm*, Die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen Englands, Braunschweig 1845, S. 760.

²⁸ *Annalen*, 3, 1809, S. 18f., 21f., 30f. u. 35; *Neue Annalen*, 2, T. 1, 1815, S. 124. – Haack hatte sich übrigens sogleich der „Böhhhasenjagd“ durch das Rostocker Schmiedeamt zu erwehren, da er importierte Fertigteile verwendete. (Stadtarchiv Rostock, Ratsakten: Schmiede, Nr. 13, 1805ff.)

²⁹ *Neue Annalen*, 7, 1820, S. 718f.; vgl. auch ebenda, 10, 1823, S. 434; ebenda, 22, 1838, S. 374–376.

³⁰ Über Alban siehe *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd 1, Leipzig 1875, S. 175; *Matschoss, Conrad*, Geschichte der Dampfmaschine, Berlin 1901, S. 420; *Neue Deutsche Biographie*, Bd 1, Berlin 1953, S. 121; *Timm, Werner*, Ernst Alban. Ein mecklenburgischer Pionier des technischen Zeitalters, in: *Neue mecklenburgische Monatshefte*, Jg. 1, 1956, S. 72–76.

³¹ *Neue Annalen*, 23, 1839, S. 77–81; 25, 1841, S. 188; *Landwirtschaftliche Annalen des Mecklenburgischen patriotischen Vereins* (im folgenden: *Landwirtschaftliche Annalen*), 3, 1848, T. 2, S. 324; 9, 1854, T. 2, S. 225. – Die etwa gleichzeitig patentierte Sibethsche Sämaschine (siehe *Neue Annalen*, 21, 1837, S. 212; 22, 1838, S. 449–471) scheint sich nicht behauptet zu haben.

Gegensatz zur späteren Drillmaschine – gleichzeitig zu bedecken, so daß sie in ihrer Wirkung mit der Arbeit des Sämanns übereinstimmte.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ist somit für die Agrartechnik in Mecklenburg durch das nur vereinzelt Aufkommen einiger neuer Kleinmaschinen gekennzeichnet. Wie es jedoch um den tatsächlich vorhandenen Gerätebestand auf den Gütern aussah, mögen zwei Inventare aus dieser Zeit bezeugen. Auf Bibow/Hasenwinkel befanden sich im Jahre 1828 an größeren landwirtschaftlichen Geräten: 1 vierspännige eiserne Egge, 8 kleine eiserne Eggen, 16 hölzerne Eggen, 8 gangfertige Haken, 7 gangfertige Pflüge, 1 Kartoffelhaken, 3 Eggen-schleufen, 1 Walze, 6 große Schneideladen mit Zubehör, 1 Kornrummel mit 3 Sieben.³² 1840 wurden auf Altenhof (v. Flotow) verzeichnet: 1 Kornrummel, 4 kleine eiserne Eggen, 2 große eiserne Eggen, 16 hölzerne Eggen, 2 große Hungerharken, 2 kleine Hungerharken, 1 Pflug, 14 Haken, 1 Kartoffelpflug, 1 Walze, 1 Walze (unbrauchbar).³³

*

Die breitere Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen setzte in Mecklenburg erst um 1850 ein. Hatte bei den Verbesserungen alter Geräteformen und bei der Einführung der Häckselmaschine schon englischer Einfluß mitgewirkt, so erwies sich England auch beim Import neuartiger und wesentlicher Maschinen für Mecklenburg als Mutterland der modernen Agrartechnik. In England hatte sich die kapitalistische Produktionsweise in der Landwirtschaft bereits um 1800 endgültig durchgesetzt.³⁴ So ging dieses Land auch in der Entwicklung der neuen Arbeitsmittel bahnbrechend voran. Die gesamte Landmaschinentechnik der beiden ersten Drittel des 19. Jahrhunderts ist im wesentlichen in England entwickelt worden.

An Bedeutung ragt die Erfindung der Dreschmaschine hervor. Ihre Anwendung ermöglichte den ersten bedeutenden Schritt von der Handarbeit zur Mechanisierung. In Mecklenburg verdrängte sie auf den Gütern noch im 19. Jahrhundert fast vollständig den Flegeldrusch, der bis dahin etwa die Hälfte des gesamten Landwirtschaftsjahres ausgefüllt hatte, bzw. das Ausreiten des Rapses. Sie revolutionierte damit wie keine andere Maschine ihrer Zeit einen wesentlichen Teil der Landarbeit und der ländlichen Arbeitsverfassung.³⁵

Die ersten Dreschmaschinen des 17. und 18. Jahrhunderts (in Frankreich, Dänemark, Deutschland, England) hatten in ihrer Wirkungsweise lediglich den

32 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Rep. 142, Gutsarchiv Bibow, Nr 4 (1828).

33 Ebenda, Gutsarchiv Altenhof, Nr 3 (1840).

34 Vgl. Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels, Werke, Bd 2, Berlin 1957, S. 473–485.

35 Über die sozialen Auswirkungen der Einführung der Landmaschinentechnik, insbesondere über die Lohnkämpfe der Drescher in Mecklenburg, vgl. Bentzien, Ulrich, Das Eindringen der Technik, a. a. O., S. 185–241.

Schlag der Dreschflegel nachgeahmt und sich nicht durchzusetzen vermocht.³⁶ Erst die Erfindung der Schlagleistentrommel durch den Schotten Andrew Meikle im Jahre 1785 schuf die Grundlage für den neuzeitlichen Dreschmaschinenbau, der seit etwa 1800 in England verstärkt aufgenommen wurde. Die rotierenden Meikleschen Leisten, die die Körner aus den Ähren schlagen, bilden neben dem später entwickelten Stiftensystem noch heute das mechanische Grundprinzip der Dreschmaschine. Englische Ingenieure vervollkommneten die Konstruktion der Maschinen während des 19. Jahrhunderts durch Zuführungsanlagen, Kornelevatoren, Strohschüttler usw. und steigerten so die Perfektion und Qualität des Drusches in einem vom Dreschflegel nie erreichten Maß. Den Antrieb besorgte ein Göpelwerk mit zwei bis acht im Kreis gehenden Pferden über ein an die Maschine angeschlossenes Gestänge.

Vereinzelte Versuche mit der schottischen (Meikleschen) Dreschmaschine in den Jahren 1807 und 1814 (in Jesendorf) fanden – in der Zeit der einsetzenden Agrarkrise wohl aus finanziellen Gründen – zunächst keine Nachfolge.³⁷ Ende der dreißiger Jahre bemühte sich dann Ernst Alban von Klein Wehendorf aus nachdrücklich um die Popularisierung und den Absatz seiner englischen Vorbildern nachgebauten Dreschmaschinen³⁸, zu deren Ankauf sich die mecklenburgischen Gutsbesitzer jedoch offensichtlich noch nicht entschließen konnten. Erst als Maschinen der Firmen Barret, Exall & Andrews, Clayton, Shuttleworth & Co., Garret und Ransome seit der Mitte der vierziger Jahre in größerer Zahl nach Deutschland eingeführt wurden³⁹, kamen sie – vorwiegend in Form der Breitdreschmaschine – auch in Mecklenburg häufiger zum Einsatz.⁴⁰ Sie

36 Löwe, Paul, Das Dreschen einst und jetzt, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie. Jahrbuch des VDI, 18, 1928, S. 142; Martell, P., Zur Geschichte der Dreschmaschine, in: Die Technik in der Landwirtschaft, 7. Jg., 1926, S. 153 u. 169f.; Quantz, B., Vom Flegeldrusch zur Dreschmaschine, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte und Literatur der Landwirtschaft, 41. Jg., 1942, S. 73–76.

37 *Neue Annalen*, 2, 1815, S. 264 u. 547–571; 9, 1822, S. 420–430; Rettich, M[eno], Der Mecklenburgische Patriotische Verein vom Jahre 1798–1898, Rostock 1898, S. 70. – Im benachbarten Neuvorpommern wurden Dreschmaschinen bereits um 1813 häufiger verwendet (vgl. *Neue Annalen*, 1, T. 1, 1813, S. 277; 1, T. 2, 1814, S. 405–409, 675f.) Über vereinzelte Dreschmaschinenanwendung in Finken bzw. Klein Siemen siehe ebenda, 7, 1820, S. 564f.; 13, 1826, S. 20f. – Das Modell einer mobilen Felddreschmaschine befand sich schon seit dem Jahre 1803 im Besitz des Patriotischen Vereins (vgl. *Annalen*, 1, 1803, S. 34).

38 *Neue Annalen*, 22, 1838, S. 372–374 u. 376–379; 23, 1839, S. 64–81.

39 Hamm, Wilhelm, a. a. O., S. 693.

40 *Landwirtschaftliche Annalen*, 3, 1848, T. 1, S. 34f.; T. 3, S. 324; 5, 1850, T. 1., S. 26; 6, 1851, T. 1, S. 48f.; 7, T. 1, 1852, S. 31 u. 59; 8, 1853, T. 1, S. 34 (usw.); *Mecklenburgisches Gemeinnütziges Archiv*, a. a. O., 1850, S. 94; *Wenckstern H[ermann] v.*, Der Stand der Technik in der Mecklenburgischen Landwirtschaft während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, a. a. O., S. 45.

wurden gewöhnlich über mecklenburgische Landmaschinenhändler an die Gutsbesitzer verkauft. Auch die Antriebsvorrichtungen – Pferdegöpel – waren englische Fabrikate, während sich die Albanschen Tretroßwerke zum Betrieb von Dresch- und Häckselmaschinen nicht durchzusetzen vermochten.

Wichtig für die weitere Verbreitung der Landmaschinen und besonders der Dreschmaschinen, deren Anwendung für Jahrzehnte im Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Mechanisierung stand, wurden die Gründung des „Actienvereins zur Hebung des landwirthschaftlichen Maschinenwesens in Mecklenburg“ (1851/52) und die darauf folgenden Maschinenausstellungen des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins.⁴¹ Die Initiative dieser Institutionen hat dazu beigetragen, daß 1856 bereits 230 Dreschmaschinen auf mecklenburgischen Gütern arbeiteten.⁴² 141 Betriebe hatte allein der rührige Landmaschinenhändler und -fabrikant Jeppe (Bützow und Rostock) mit englischen „Dreschmaschinen nebst Roßwerk“ beliefert.⁴³

Die englische Landwirtschaft war schon von der Mitte der vierziger Jahre ab verstärkt zum Dampfdrusch übergegangen, bei dem der Antrieb des Dreschkastens anstatt von Göpelpferden nunmehr von einer transportablen Dampfmaschine (Lokomobile) besorgt wurde, die den Arbeitsprozeß durch die erhöhte Umdrehungszahl des Triebrades und damit der Dreschtrommel abermals wesentlich beschleunigte. Mit der Inbetriebnahme der Lokomobilen vollzog sich das Eindringen der Dampfkraft in die Landwirtschaft, die bis dahin von dieser wichtigsten technischen Errungenschaft der industriellen Revolution nicht berührt worden war.

1851 brachte Wilhelm Hamm von der Londoner Weltausstellung die erste Lokomobile mit nach Deutschland.⁴⁴ Bereits 1852 wurde auf dem Gut Roggow in Mecklenburg (Besitzer: Pogge) zum ersten Mal die Dampfmaschine zum Dreschen benutzt.⁴⁵ Noch im selben Jahr schaffte der Besitzer eines ungenannten Rittergutes im Kreis Malchin eine „Dampfdreschmaschine“ (verkürzte Bezeichnung für Lokomobile mit Dreschmaschine) an.⁴⁶ 1856 wurden in Mecklenburg 10 Lokomobilen zum Dreschen, teils auch zum Betrieb von Häcksel-

41 *Amtlicher Bericht über die Maschinenausstellung, den Actienverein für landwirthschaftliche Maschinen und die Gewerbeausstellung . . . zu Güstrow im Juni 1852* (im folgenden: Amtlicher Bericht), Rostock 1853; *Retlich, M[eno]*, a. a. O., S. 60f.

42 *Landwirthschaftliche Annalen*, 13, T. 2, 1858, S. 196.

43 *Verzeichnis landwirthschaftlicher Maschinen und Geräthe im Depot bei C. F. W. Jeppe in Rostock*, Rostock 1856.

44 *Bensing, Franz*, a. a. O., S. 29.

45 *Archiv für Landeskunde in den Großherzogthümern Mecklenburg und Revue der Landwirtschaft* (im folgenden: Archiv für Landeskunde), Jg. 2, 1852, S. 574.

46 *Siemssen, Gustav*, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse dreier Rittergüter Mecklenburgs während des 19. Jahrhunderts, phil. Diss. Rostock 1903, S. 14.

maschinen verwendet; bis 1862 stieg ihre Zahl auf über 100.⁴⁷ Daneben ging die Verwendung von Göpeln zum Antrieb der neben dem noch keineswegs ausgestorbenen Flegeldrusch zunehmend benutzten Dreschmaschinen weiter; die Meinung von John, „die eigenthümlichen Verhältnisse Mecklenburgs (hätten) die Einführung der Dampfmaschinen in den landwirthschaftlichen Betrieben hier mehr beschleunigt als in anderen Theilen Deutschlands“⁴⁸, darf indessen nur für einen zahlenmäßig noch relativ kleinen Teil betriebstechnisch fortschrittlicher Güter als richtig bezeichnet werden.

Der Import landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte aus England blieb in der Folge nicht auf Dreschmaschinen, Göpelwerke und Lokomobilen beschränkt. Englische Firmen und ihre deutschen Vertretungen hatten schon auf einer Maschinenausstellung 1852 in Güstrow außer neuartigen Pflügen, Eggen und Walzen auch Drillmaschinen, Breitsä-, Hack-, Mäh-, Dresch-, Kornreinigungs- und Häckselmaschinen ausgestellt und verkauft.⁴⁹ 1861 unternahmen Pogge und Fischer im Auftrag des Patriotischen Vereins eine Reise nach England und kauften dort zahlreiche Maschinen und Geräte an.⁵⁰ Englische Fabrikate dominierten auch weiterhin auf den mecklenburgischen Ausstellungen. 1861 waren unter den Ausstellern in Schwerin 10 englische, 21 (außermecklenburgische) deutsche und 62 mecklenburgische Firmen vertreten. Der zahlenmäßig starke Anteil der deutschen und besonders der mecklenburgischen Firmen überrascht zunächst. Aber diese Firmen beschränkten sich auf die Ausstellung einfacher Geräte (Haken in verbesserter Konstruktion, Pflüge, Eggen, Häcksel- und Kornreinigungsmaschinen), soweit sie nicht überhaupt englische Erzeugnisse (originale oder nachgebaute) zeigten.⁵¹ Bis in die neunziger Jahre erhielten sich England und (ab zirka 1865) die USA ihre Vormachtstellung auf dem deutschen Landmaschinenmarkt. Die mecklenburgischen Landwirte kauften vornehmlich Fabrikate der englischen Firmen Clayton, Shuttleworth & Co., Brown & May, Goucher, Hornsby, Samuelson, Read, Ransome & Sims, Robey & Co., Brigham & Rickertowns, Kearsly, Sims & Head, Picksler, Coleman & Morton, Cocksedge & Warner, Garret, Howard, Fowler sowie der amerikanischen Firmen Wood, Mc Cormick, Wheeler & Wilson.⁵²

47 *Festgabe*, a. a. O., S. 82; *Landwirthschaftliche Annalen des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins*, Neueste Folge (im folgenden: *Landwirthschaftliche Annalen*, N. F.), 1, 1862, S. 332–334 u. 423; *Siemssen, Gustav*, a. a. O., S. 14.

48 *Landwirthschaftliche Annalen*, N. F., 1, 1862, S. 332.

49 *Ämtlicher Bericht*, a. a. O., S. 18ff.

50 *Commissions-Bericht über den Ankauf landwirthschaftlicher Maschinen in England*, Rostock 1861, S. 6–10.

51 *Katalog der Ausstellung landwirthschaftlicher Maschinen, Geräte etc. der XXII. Versammlung Deutscher Land- und Forstwirthe zu Schwerin . . . 1861*, Schwerin 1861.

52 Vgl. die *Kataloge der Maschinenausstellungen* Waren 1856, Schwerin 1861, Schwerin 1866, Parchim 1872, Teterow 1880, Rostock 1881, Wismar 1895 usw. (sämtlich in der Universitätsbibliothek Rostock).

Die amerikanische Landmaschinenindustrie führte sich in Europa mit der Lieferung von Getreidemähmaschinen ein. Zwar stellen auch diese mit ihren Anfängen im Altertum und ihrer Wiedererfindung um 1800 in England formal eine europäische Errungenschaft dar. Jedoch durch Mc Cormicks entscheidende Verbesserungen und schließlich durch den Erfolg breitetester und rentabelster Verwendung auf den großflächigen Farmen in den USA erwies sich die Mähmaschine als „eine echt amerikanische Erfindung“⁵³. Die primitive Schneideapparatatur bestand bei den ersten Mähmaschinen aus rotierenden Sensenblättern.⁵⁴ Die verbesserten Maschinen, die von den fünfziger Jahren ab auch nach Mecklenburg gelangten und neben die Sensenmahd traten, besaßen bereits den seitlich vom Fahrgestell angebrachten Mähbalken, dessen Messer durch Übertragung von der Achsendrehung bewegt wurde. Die Ablage des Getreides mußte zunächst noch durch Menschenhand besorgt werden; später übernahmen rotierende Flügel oder eine Haspel die erst rückwärtige, dann seitliche Ablage des gemähnten Getreides.

Nach einem vereinzelt Versuch von 1832⁵⁵ führte der bereits erwähnte Gutsbesitzer Pogge auf Roggow⁵⁶ im Jahre 1851 probeweise eine amerikanische Mähmaschine in Mecklenburg ein.⁵⁷ Es folgten weitere Versuche in den Distrikten Wittenburg, Tessin und Gadebusch, die jedoch fehlschlügen.⁵⁸ 1855 erklärten die auf der Distriktsversammlung des Patriotischen Vereins in Güstrow anwesenden Gutsbesitzer übereinstimmend, daß „keiner in diesem Jahr eine Mähmaschine selbst gebraucht, noch auch deren Anwendung anderswo gesehen“ habe.⁵⁹ Indessen bewogen die wirtschaftlich vielversprechenden Vorteile der Maschinenmahd und sicher auch eine gewisse Experimentierfreudigkeit bis 1859 insgesamt 61 mecklenburgische Gutsbesitzer, Getreidemähmaschinen anzuschaffen, und die große Prüfung von Mähmaschinen in Form eines Wettmähens in Bauhof bei Güstrow (1862) popularisierte ihre Anwendung beträchtlich.⁶⁰ Noch erwiesen sich aber die Unfertigkeiten in der Konstruktion und vor allem die Tatsache, daß die Mähmaschinen ausschließlich auf den Wuchs des Getreides unter den klimatischen Bedingungen in Nordamerika und die dor-

53 Eyth, Max, a. a. O., S. 113.

54 *Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland*, a. a. O., S. 134.

55 *Festgabe*, a. a. O., S. 82.

56 Dazu vgl. *Schröder-Lembke, Gertrud*, Carl Pogge und seine Söhne. Ein Beitrag zur mecklenburgischen Agrargeschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Rostock o. J. (MS im Thünen-Archiv der Universität Rostock, Bibliothek, Sign. III A, Nr 108).

57 *Mecklenburgisches Gemeinnütziges Archiv*, a. a. O., 1851, S. 494.

58 *Archiv für Landeskunde*, a. a. O., 1852, S. 124; *Landwirthschaftliche Annalen*, 7, 1852, T. 1, S. 55; 8, 1853, T. 1, S. 56.

59 *Landwirthschaftliche Annalen*, 10, 1855, T. 2, S. 56.

60 *Landwirthschaftliche Annalen*, 15, 1860, T. 2, S. 24; vgl. auch *Festgabe*, a. a. O., S. 82; *Landwirthschaftliche Annalen, N. F.*, 1, 1862, S. 273–276.

tigen Betriebsflächen zugeschnitten waren, als Hemmnisse für eine sofortige intensive Anwendung. Erst von 1871 ab darf die Verwendung der Getreidemähmaschine auf technisch fortschrittlichen Gütern als typisch bezeichnet werden.⁶¹

*

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts folgten den arbeit- und zeitsparenden Maschinen (Dresch- und Mähmaschine) neue Bodenbearbeitungsgeräte.

Neben den aus England importierten und im Lande nachgebauten Schwing-, Karren-, Rahmen-, Schälpflügen und Grubbern (Kultivatoren, Exstirpatoren) hatte der *Mecklenburgische Haken* im mittleren und östlichen Landesteil auf leichten und schweren Böden mindestens bis 1870 sein Recht behauptet. In der landwirtschaftlichen Fachdiskussion war der Streit „Haken oder Pflug“ über ein Jahrhundert hinweg nicht abgerissen, seit Schumacher 1774 mit seiner „Abhandlung vom Haaken als einem vorzüglichen Ackerwerkzeuge an statt des Pfluges“ die Auseinandersetzung begonnen hatte.⁶² Die gewiß stichhaltigen Behauptungen von den Vorteilen des Hakens auf stark verunkrautetem Acker, beim Ziehen der Brachfurche und der Unterbringung der Sommersaat mußten erst angesichts der Erfordernisse der modernen Tiefkultur verstummen. Die Aufgabe des Tiefpflügens, die namentlich die einsetzende Rübenkultur stellte, konnte nur von neuen Pflugtypen bewältigt werden, so daß der den Boden lediglich aufreißende und unvollkommen wendende Haken zuerst in den Rübenanbaugebieten und später auch in den meisten übrigen Teilen des Landes rasch seine arbeitsökonomische Existenzgrundlage verlor und somit – zuerst auf den Gütern – bedeutungslos wurde.

Das Problem der beim Tiefpflügen stark erhöhten Anforderungen an Zugtier und Mensch löste die Erfindung des Dampfpfluges. Mit ihm erfaßte die Mechanisierung auch einen entscheidenden Teil der eigentlichen Ackerarbeit. Das vorwiegend (ganz vereinzelt noch bis in die Gegenwart)⁶³ angewandte, aus England übernommene Fowlersche Dampfpflugsystem bestand aus zwei sich gegenüberstehenden Lokomobilen, die einen zweiteiligen – auf beiden Seiten mehrscharigen – stählernen Kippflug an einem Drahtseil abwechselnd über den Acker hin- und zurückzogen. Die entstehende Furche war ungewöhnlich tief.

Nachdem die Dampfkraft beim Dreschen das Pferd verdrängt hatte, begann nunmehr die einst als unersetzbar geltende Zugkraft des Pferdes (bzw. des Ochsen) auch beim Pflügen in bescheidenem Umfang überflüssig zu werden.

61 Vgl. *Landwirthschaftliche Annalen, N. F.*, 8, 1869, S. 417; 9, 1870, S. 2 u. 53; 14, 1875, S. 161–165; 16, 1877, S. 129–131 u. 138–140.

62 Die Schumacherschen Thesen verfocht später vor allem Boddien. (Vgl. *Boddien, Friedrich Gotthard v.*, Der Mecklenburgische Haken, ein vorzüglicheres Ackerwerkzeug als der gewöhnliche Pflug, Oldenburg i. O. 1840.)

63 1950 wurde in Mecklenburg-Vorpommern noch mit 24 Dampfpflugätzen gearbeitet. (Vgl. Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Minist. für Land- und Forstwirtsch., Nr 192).

Mecklenburgische Güter verwendeten seit etwa 1880 zögernd den Dampfpflug – ein Versuch im Jahre 1861 scheint überhaupt der erste in Deutschland gewesen zu sein.⁶⁴ Der Dampfpflug setzte sich auf den rübenanbauenden Gütern bis 1900 langsam durch. 1894/95 benutzten in den beiden Mecklenburg bereits 120 landwirtschaftliche Großbetriebe Dampfpflüge.⁶⁵ Hinsichtlich der Importzahl Fowlerscher Pflugapparate wurde Mecklenburg um die Jahrhundertwende nur von der preußischen Provinz Sachsen übertroffen.⁶⁶ Die meisten Maschinen und Großpflüge dürften sich im Besitz von Dampfpflugunternehmen befunden haben, die in den Städten entstanden waren und auf Vertragsbasis die Äcker mehrerer Güter regelmäßig pflügten. Zeitlich parallel mit den Anfängen des Dampfpflügens in Mecklenburg erfolgte die Einführung von Drillmaschinen. Auch im Sachlichen war der Zusammenhang von Dampfpflug und Drillkultur durch den beiden eigentümlichen höheren Intensitätsgrad der Bodenbearbeitung gegeben. Aber die Drillmaschinen verbreiteten sich weitaus schneller als die kostspieligen Dampfpflugapparate.

Die Drillmaschine, die im Gegensatz zur Hand- bzw. Breitmaschinensaat den Samen in Reihen ausstreut und gleichzeitig bedeckt, ist wiederum eine – noch heute aus ihrem Namen (*to drill* = säen) ersichtliche – englische Erfindung. Als wichtigste Vorzüge des Drillens erwiesen sich auch für den mecklenburgischen Landwirt die Ersparnis an Saatkorn, das regelmäßiger Auflaufen der Saat und die größere Widerstandsfähigkeit gegen das Sichlagern des Getreides. Die Drillmaschine wurde seit den siebziger Jahren auf mecklenburgischen Gütern eingesetzt und verdrängte zunehmend die seit den dreißiger Jahren benutzten Breitsämaschinen. 1895 arbeiteten 50,5 Prozent aller mecklenburgischen Betriebe über 100 ha mit Drillmaschinen.⁶⁷

Mit der Einführung der Drillkultur waren auch Möglichkeit und Notwendigkeit sorgfältiger Hackarbeit gegeben. Hackmaschinen – 441 im Jahre 1895 – wurden zunächst wiederum auf den am intensivsten wirtschaftenden Gütern mit Rübenanbau verwendet. Ihre allgemeine Benutzung fällt allerdings erst in das 20. Jahrhundert. Noch 1906/07 betrug der Bestand an Hackmaschinen in Mecklenburg nur ein Zehntel der 2581 im Jahre 1925 benutzten Hackmaschinen.⁶⁸

64 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Rep. 142a (Gutsarchiv Schlieffenberg), Nr 981, Brief von O. Zickermann an v. Schlieffen vom 25. 9. 1861, p. 5; ebenda, Nr 98,2 („Erwerbung eines Dampfpfluges . . .“), 1861; vgl. *Archiv für Landeskunde*, a. a. O., 11, 1861, S. 550; *Landwirthschaftliche Annalen*, N. F., 2, 1863, S. 328.

65 *Statistik des Deutschen Reichs*, NF, Bd 112, Berlin 1898, S. 189f.

66 Werner, [Hugo] Albert, *Der Betrieb der Deutschen Landwirtschaft am Schluß des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1900, S. 6.

67 *Beiträge zur Statistik Mecklenburgs*, Bd 13, H. 2, Schwerin 1897, S. 82.

68 *Statistik des Deutschen Reichs*, a. a. O., S. 189f.; ebenda, Bd 410, Berlin 1929, S. 438f. u. 444f.; vgl. auch Scharfe, Stephan, *Die Bestrebungen zur Produktionssteigerung in der mecklenburgischen Landwirtschaft mit besonderer*

Der Anbau von Zuckerrüben stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung der Agrartechnik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Der Rübenbau – in Mecklenburg jedoch stets zögernder als im übrigen Deutschland betrieben – forderte und förderte die Einführung der Dampfpflug-, Drill- und Hackkultur. Er beschleunigte darüber hinaus die Auflösung der mecklenburgischen Schlagwirtschaft und setzte – gemeinsam mit der Kartoffel und den Handelsgewächsen (Lupinen, Wicken usw.) – an deren Stelle nach und nach das Grundprinzip der modernen Fruchtfolge, nach dem Blatt- und Halmfrucht auf einer Fläche im Wechsel angebaut werden. Dadurch wurde wiederum eine bedeutende Ertragssteigerung aller Kulturarten erzielt.

Einen überragenden Anteil an der Steigerung der Erträge gewannen neben der Technik in wachsendem Maße die Naturwissenschaften, vor allem die Chemie mit der Lehre von der Wirkung des künstlichen Düngers. Die Anwendung des künstlichen Düngers gründete sich im wesentlichen auf die Forschungsergebnisse Justus Liebig's (1803 bis 1873), dessen Hauptwerk auch bald in Mecklenburg Aufsehen erregte.⁶⁹

Zunächst wurden Gips und Knochenmehl gestreut.⁷⁰ In den vierziger und fünfziger Jahren begann die Einfuhr von „Chile“-Salpeter und besonders von Guano (1858 : 42 603,10 Ztr.) nach Mecklenburg-Schwerin.⁷¹ Wesentlichen Einfluß auf die Ertragssteigerung von Getreide und Hackfrüchten gewannen aber erst die eigentlichen künstlichen Düngestoffe, nämlich Kalkstickstoff, synthetischer Ammoniak, Superphosphate, Thomasmehl und Kalisalz, mit denen gegen Ende des Jahrhunderts zu düngen begonnen wurde. Ihre Verwendung schränkte die Bedeutung des Stalldüngers mehr und mehr ein.

In der Frühzeit wurde der Handelsdünger meist aus einem offenen Behälter mit der Hand ausgestreut. Die schädliche Wirkung der chemischen Stoffe auf die menschliche Haut machte die Einführung von Düngerstreumaschinen notwendig, die sich rasch verbreiteten und 1894/95 in 114 mecklenburgischen Wirtschaften Verwendung fanden.⁷²

Berücksichtigung der Nachkriegszeit, jur. Diss. Rostock 1928, S. 80; *Ihle, Walter*, a. a. O., S. 67.

69 *Liebig, Justus*, Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie, Braunschweig 1840; zur Wirkung in Mecklenburg siehe *Nehring, K[urt]*, 100 Jahre landwirtschaftliche Chemie – 80 Jahre landwirtschaftliche Versuchsstation Rostock, Berlin 1955, S. 6f.; vgl. vor allem *Reuter, Fritz*, Ut mine Stromtid, in: Werke, hg. v. Wilhelm Seelmann, Bd 2, Leipzig-Wien o. J., S. 182 u. 258–260; Manuskript eines Romans (die hochdeutsche Urgestalt der „Stromtid“) von *Fritz Reuter*, hg. v. Rudolf Bender, Halle 1930, S. 133ff.

70 *Hempel, Gustav*, Geographisch-statistisch-historisches Handbuch des Mecklenburger Landes, Bd 1, Parchim-Ludwigslust 1842, S. 162.

71 *Beiträge zur Statistik Mecklenburgs*, Bd 2, H. 1, a. a. O., 1860, S. 14; vgl. auch *Neue Annalen*, 29, 1845, S. 335–369; *Landwirthschaftliche Annalen*, 10, 1855, T. 2, S. 53–63; *Festgabe*, a. a. O., S. 39 u. 79.

72 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 112, a. a. O., S. 189f.

Damit ist der stetige Fortschritt in der Mechanisierung der landwirtschaftlichen (Groß-)Betriebe bis in die beiden letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts summarisch verfolgt. Tabelle 1 unterrichtet über die Verbreitung der wichtigsten Landmaschinen zu diesem Zeitpunkt (1882 und 1895).

Tabelle 1

*Landmaschinenverwendung in Mecklenburg 1882**

Größenklasse	Betriebe				Anzahl der wichtigsten Landmaschinen					
	überhaupt		davon mit Maschinenbenutzung		Dampf- pflüge	Säma- schinen	Mähma- schinen	Dresch- maschinen	Göpel	Dampf
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent						
0— 5 ha	95 602	86,2	121	0,1	—	48	—	50	23	
5— 20 ha	6 449	5,8	616	9,6	—	93	3	548	21	
20— 100 ha	7 242	6,6	3 740	51,6	—	1 485	74	3 241	53	
über 100 ha	1 525	1,4	1 462	95,8	5	1 397	812	1 279	382	
Insgesamt	110 818	100,0	5 939	5,4	5	3 023	889	5 118	479	
Vergleichszahlen von 1895:					120	4 999	1 278	8 308	2 367	

* Errechnet nach: *Statistik des Deutschen Reichs*, Neue Folge, Bd 5, Berlin 1885, S. 80—83 u. 238 f.; ebenda, Bd 112, 1898, S. 189 f.

Dem Gesamtüberblick sei ein Einzelbeispiel gegenübergestellt. Die *Instrumenta rustica* aus dem toten Inventar des Rittergutes Schlieffenberg (Größe: 990,5 ha) vermögen den Geräte- und Maschinenbesatz einer mecklenburgischen Gutswirtschaft von 1884 zu belegen, ohne — wegen der geringen Zahl vorliegender Inventarien — als typisch gelten zu können. Im einzelnen waren vorhanden⁷³:

1 Sämaschine	4 Gespann Schott. Eggen
1 Kleesaatmaschine	13 hölzerne Eggen
11 Haken	1 eiserne einspannige Egge
9 Pflüge	1 Wiesenegge
1 Drillpflug	4 eiserne Eggen
1 hölzerner Pflug	3 engl. Hungerharken
3 Hakenkarren	3 hölzerne dto.
1 Kippflug	...
1 Schwing dto.	1 Butterfaß
1 Untergrundpflug	...
1 Kartoffelhaken	1 Cylinder
1 Kartoffelaufnehmehaken	1 Trieur
4 Schälplüge	2 Kornrummeln
1 Wasserfurchenhaken	...

⁷³ Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Rep. 142a (Gutsarchiv Schlieffenberg), Nr 154, ad 392, Anl. H (4. 4. 1884). — Die durch ... angezeigten Lücken betreffen unwichtigen Hausrat, keine Produktionsinstrumente.

1 Reißer (Grubber)	2 Oelkuchenbrecher
1 Krümmler	...
...	1 Häckselmaschine m. Göpel
2 hölzerne Walzen	1 Dampfapparat m. Kübel
1 eiserne Walze	...
1 Ringel dto.	1 Schneidelade
2 große Eggen	...

Das Dreschen auf dem Gut scheint durch ein Lohndruschunternehmen besorgt worden zu sein. Eine Mähmaschine war noch nicht vorhanden. Auffällig ist, daß neben den wenigen neuen Gerätschaften die alten (Haken, hölzerne Eggen) noch stark vertreten waren.

Hinsichtlich der Ausrüstung landwirtschaftlicher Großbetriebe (über 100 ha) mit Maschinen erwies sich Mecklenburg auf Grund der Erhebung von 1882 überraschend als eines der führenden Länder Deutschlands. Die in Tabelle I genannten Maschinen benutzten von allen Betrieben über 100 ha in

Mecklenburg	96,2 Prozent
Preußen	80,0 Prozent
Schleswig-Holstein	79,4 Prozent
Provinz Sachsen	89,3 Prozent
Neuvorpommern	94,3 Prozent
Königreich Sachsen	96,2 Prozent
Deutschland insgesamt	82,3 Prozent ⁷⁴

1895 erreichte die Maschinenverwendung auf den Gütern in Mecklenburg-Schwerin 98,1 Prozent und in Mecklenburg-Strelitz 97,0 Prozent, wobei lediglich das Königreich Sachsen eine noch höhere Prozentzahl aufwies.⁷⁵

Der am Jahrhundertende erreichte Stand der Landmaschinenverwendung in den mecklenburgischen Großbetrieben war ein Ergebnis des allgemeinen Eindringens der kapitalistischen Produktionsweise in die Landwirtschaft. Das Streben der Großgrundbesitzer nach vermehrter, beschleunigter und damit profitabler Agrarproduktion wurde bestimmend für die Einführung der neuen Technik. Dabei ging die Initiative in den Einzelfällen durchweg von den bürgerlichen Gutsbesitzern aus. Das häufige Desinteresse adliger Gutsherren wird zum Beispiel deutlich aus der Zusammensetzung der Prüfungskommission für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins. Auf den Ausstellungen dieses Vereins der Großgrundbesitzer waren als landwirtschaftliche Gutachter tätig⁷⁶:

74 Errechnet nach *Statistik des Deutschen Reichs*, N. F., Bd 5, Berlin 1885, S. 26 +, 40 +, 80–83, 207, 210, 221, 223, 226, 230 u. 238 f.

75 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 112, a. a. O., S. 459.

76 Vgl. die *Kataloge der Maschinenausstellungen* Waren 1856, Schwerin 1861; Schwerin 1866, Parchim 1872, Teterow 1880, Rostock 1881, Wismar 1895.

Waren	1856:	4	Bürgerliche	—	Adlige (r)
Schwerin	1861:	21	„	3	„
Schwerin	1866:	7	„	—	„
Parchim	1872:	11	„	2	„
Teterow	1880:	3	„	—	„
Rostock	1881:	22	„	—	„
Wismar	1895:	2	„	1	„

Die 1862 in der mecklenburgischen Landwirtschaft betriebenen 104 Dampfmaschinen (überwiegend Lokomobilen für den Dampfdrusch) waren im Besitz von

18	adligen	Gutsbesitzern
46	bürgerlichen	„
24	städtischen (Lohndrusch-)	Unternehmen. ⁷⁷

Dem in den achtziger Jahren in den meisten mecklenburgischen Gütern durchgängig erzielten Fortschritt in der landwirtschaftlichen Mechanisierung muß der niedrige Stand der angewandten Technik in den übrigen Betrieben entgegeng gehalten werden. Auf die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe berechnet, benutzten 1882 in Mecklenburg und den Vergleichsländern an Landmaschinen⁷⁸:

Mecklenburg	5,4 Prozent
Preußen	6,2 Prozent
Schleswig-Holstein	6,7 Prozent
Provinz Sachsen	9,3 Prozent
Neuvorpommern	6,7 Prozent
Königreich Sachsen	9,7 Prozent

Für Deutschland insgesamt betrug dieser Prozentsatz 7,4.

Die oft getroffene Feststellung, daß die ostelbische Landwirtschaft in der Maschinenverwendung rückständig gewesen sei, gründet sich somit auf die richtige Einschätzung des Gesamtstandes der Mechanisierung in Mecklenburg, Pommern usw. Von einer „technischen Zurückgebliebenheit der junkerlichen Landwirtschaft“ (das heißt der Güter) überhaupt⁷⁹ kann dagegen für die damalige Zeit nur im Hinblick auf die maschinenmäßig bedeutend besser ausgerüsteten englisch-amerikanischen Großfarmen und im Vergleich zu den heutigen mecklenburgischen Verhältnissen gesprochen werden.

Die geschilderten Fortschritte der Agrartechnik waren bis zum Jahrhundertende in ihren wesentlichen Errungenschaften nur den landwirtschaftlichen Großbetrieben zugute gekommen. Sie allein waren finanziell und betriebstechnisch in der Lage, die kostspieligen, unter englisch-nordamerikanischen Verhältnissen entwickelten und zum Einsatz auf den dortigen Großflächen

⁷⁷ *Landwirtschaftliche Annalen, N. F.*, 1, 1862, S. 332–334 u. 423.

⁷⁸ Errechnet nach *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 5, a. a. O.

⁷⁹ *Rühle, Otto*, Vom Untertan zum Staatsbürger, 2. Aufl., Berlin 1958, S. 86 f.

konstruierten Maschinen und Geräte zu verwenden. Der Jahrhunderte hindurch stark dezimierte mecklenburgische Bauernstand mußte erfahren, daß die ökonomischen Bedingungen der kapitalistischen Landwirtschaft sein eigenes Teilhaben an den agrartechnischen Fortschritten weitgehend ausschloß.

Die in Mecklenburg äußerst differenzierten bäuerlichen Besitz- und Größenverhältnisse waren bestimmend für den unterschiedlichen Zeitpunkt des Eindringens neuer Geräte und Landmaschinen in die einzelnen Gruppen der Bauernwirtschaften. Die überwiegend im großherzoglichen Domanium sowie in den Kloster- und Stadtgebieten ansässigen Großbauern und Ackerbürger konnten mit der Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft noch am ehesten Schritt halten. Nach der Separation gaben sie die alte Dreifelderwirtschaft bzw. andere veraltete Feldsysteme zugunsten einer Bearbeitung in meist sieben Schlägen auf.⁸⁰

Moderne Pflüge, Sä-, Häcksel- und Dreschmaschinen wurden seit etwa 1860 – jedoch sicher nur vereinzelt – in großbäuerlichen Betrieben verwendet.⁸¹ Ein wesentlicher Fortschritt machte sich erst bemerkbar, als die deutsche Landmaschinenindustrie mit ihren billigeren und in der Anwendungsmöglichkeit auch auf Mittelbetriebe berechneten Erzeugnissen die Fabrikate ihrer englischen und amerikanischen Konkurrenten mehr und mehr verdrängte.

Im Jahre 1895 benutzten von allen großbäuerlichen Betrieben von 50 bis 100 ha in Mecklenburg-Schwerin

54,0 Prozent Breitsämaschinen

13,4 Prozent Drillmaschinen

8,5 Prozent Düngerstreumaschinen

3,6 Prozent Hackmaschinen

8,5 Prozent Mähmaschinen

28,9 Prozent Dampfdreschmaschinen

82,3 Prozent andere (das heißt Göpel-)Dreschmaschinen.⁸²

Hatte das Inventar der Hufe 2 in Mühlenbeck bei Wittenburg im Jahre 1885 neben hölzernen Haken, Eggen und Walzen noch keinerlei landwirtschaftliche Maschinen aufgewiesen, so enthält das „Verzeichnis des vorhandenen Inventars des Erbleihbauern Fritz Wedemeyer“ auf der gleichen Hufe etwa dreißig Jahre später folgenden Bestand an Gerätschaften, der die technische Ausrüstung einer mecklenburgischen Großbauernwirtschaft um die Zeit des ersten Weltkrieges zu demonstrieren vermag⁸³:

80 *Mielck, Otfried*, Die Landwirtschaft Mecklenburgs, in: Mecklenburg. Ein deutsches Land im Wandel der Zeit, hg. v. Ernst Schulz, 2. Aufl., Rostock 1939, S. 210.

81 *Festgabe*, a. a. O., S. 166.

82 *Beiträge zur Statistik Mecklenburgs*, Bd 13, H. 2, a. a. O., S. 82.

83 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Rep. 142, Gutsarchiv Mühlenbeck, Nr 6 (1885) u. 7 (1919). Weitere – sicherlich vorhandene – Eggen mit Holzrahmen sind wohl ihres geringen Wertes wegen im Inventar nicht genannt. – In Anbetracht der geringen Zahl der bisher bekannten bäuerlichen

1. 1 vollständiger Bauwagen mit Zubehör	7. 1 Getreide-Mähmaschine
2. 1 Stuhlwagen	8. 1 Dreschmaschine
3. 3 Pflüge	9. 1 Kornrummel
4. 1 Haken	10. 1 Reißer (Cultivator)
5. 1 eiserne Egge	11. 1 Walze
6. 1 Häckselmaschine	12. ff. (diverses Hausgerät)

Die Fortschritte, welche die Mechanisierung in den großbäuerlichen Betrieben (20 bis 100 Hektar) bis zur Mitte der zwanziger Jahre machte, sind aus Tabelle 2 (s. S. 75) ersichtlich. In der Verwendung von Drill-, Hack-, Düngerstreu-, Mäh- und Dreschmaschinen kann danach ihr durchschnittlicher Maschinen- und Gerätebesatz als dem der Güter nahezu gleichwertig bezeichnet werden. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts erreichte, ja überholte die durch den faschistischen Staat besonders geförderte Großbauernwirtschaft in vielen Fällen den Großbetrieb.⁸⁴

Weitaus später als in die großbäuerlichen Betriebe drang die moderne Agrartechnik in die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe (5 bis 20 ha) ein, die zum Teil erst im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die alte Dreifelderwirtschaft aufgegeben hatten und auch in der Folge ökonomisch zu schwach waren, um den Erfordernissen der modernen Landwirtschaftsführung bezüglich der Technisierung genügen zu können. So mußte noch am Ausgang des 19. Jahrhunderts die selbstbewußte Schilderung Jürnjakob Swehns von der Mechanisierung seiner Farm dem Briefpartner im bäuerlichen Südwesten Mecklenburgs völlig unverständlich bleiben.⁸⁵

Um 1890, in einigen Fällen auch früher, schafften sich die ersten Mittelbauern eine Dreschmaschine mit Göpel an. Bereits im Jahre 1882 benutzten 569 Mittelbauern diese Maschine.⁸⁶ Da sie indessen oft gemeinschaftlich erworben

Inventare vom Ende des 19. Jahrhunderts sei auf einige weitere Gehöftinventare aus dem dominialen Bereich Mecklenburgs hingewiesen. Ebenda, Rep. 92d, Nr 2362: Suckow, Amt Crivitz, Gehöft 10 (1866); Rep. 92e, Nr 2906: Damm, Amt Dargun, Gehöft 3 (1880); Rep. 92g, Nr 1739: Woosmer, Amt Dömitz, Gehöft 10 (1876); Rep. 92i, Nr 3847: Wanzlitz, Amt Grabow, Gehöft 3 (1859); Rep. 92k, Nr 208, Fasc. 1: Greschendorf, Amt Grevesmühlen, Gehöft 1 (1846); Rep. 92l, Nr 130c, Fasc. 7: Kuhs, Amt Güstrow, Gehöft 6 (1869/70); Rep. 92o, Nr 110c, Fasc. 2: Fahrbinde, Amt Neustadt, Gehöft 2 (1881); Rep. 92r, Nr 5237: Zittow, Amt Schwerin, Gehöft 4 (1882); Rep. 92s, Nr 805: Rosenow, Amt Stavenhagen, Gehöft 1 (1864); Rep. 92v, Nr 130c, Fasc. 4: Losten, Amt Wismar, Gehöft 2 (1874).

84 Vgl. *Rühle, Otto*, a. a. O., S. 90.

85 *Gillhoff, Johannes*, Jürnjakob Swehn, der Amerikafahrer, Berlin o. J., S. 56.

86 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 5, a. a. O., S. 80–83; vgl. auch *Kupfer, Christa*, Bericht über eine Sammelreise im Südwesten Mecklenburgs („Jabelheide“), in: *Jahrbuch des Museums für Völkerkunde zu Leipzig*, Bd 15, 1956, S. 126; *Schultz, Karl Rolf*, Mecklenburgische Dorfchronik, 2. Aufl., Berlin 1957, S. 90.

wurde, darf die Zahl der sie benutzenden Mittelbauern nicht gleichgesetzt werden mit der Zahl der mittelbäuerlichen Betriebe, die eine eigene Maschine besaßen. Auch nach der Jahrhundertwende partizipierten die Klein- und Mittelbauern zunächst nicht an den wesentlichen Verbesserungen der Agrartechnik. In den zwanziger Jahren erst gelangten Göpeldreschmaschinen (5585) und (Ablege-)Mähmaschinen (2274), die beide in der Konstruktion schon veraltet waren, in den Besitz einer großen Zahl von Klein- und Mittelbauernwirtschaften.⁸⁷ Es ist charakteristisch, daß dabei auch die im 19. Jahrhundert gegenüber der auf den Gütern benutzten Breiddreschmaschine bedeutungslose kleinere Stiftdreschmaschine Eingang in den deutschen und speziell mecklenburgischen Kleinbetrieb fand. Im Hinblick auf den Gesamtbestand an landwirtschaftlichen Maschinen tritt der Abstand zwischen groß- und klein- bzw. mittelbäuerlichem Betrieb in Mecklenburg weit deutlicher hervor als der zwischen Gut und Großbauernwirtschaft (vgl. Tabelle 2, S. 75).

Praktisch bedeutungslos blieb die Einführung von Landmaschinen für die zahlreichen Zwerg- und Kleinstbetriebe (bis 5 Hektar). Die Häusler und Büdner dieser Größenklasse konnten ohnehin nicht vom Ertrag ihrer Eigenwirtschaft existieren und waren in der Regel auf Gütern, Großbauernwirtschaften oder in den Forsten und Ziegeleien als Arbeiter tätig. Bis zum ersten Weltkrieg säten, mähten und droschen sie noch überwiegend mit der Hand. Einzig in der Verwendung von Kunstdünger (Chilesalpeter, Kainit, Thomasmehl, Guano) und mit der Hand betriebenen Milchzentrifugen zeigte sich ein gewisser Fortschritt.⁸⁸ Im Jahre 1908 wies das Geräteinventar einer mecklenburgischen Groß-Häuslerstelle (mit zugepachtetem Land) im günstigsten Fall einen Wagen, 1 bis 2 Eggen, einen Pflug, eine Häcksellade und 1 bis 3 Sensen auf.⁸⁹ Auch der Maschinenbestand der übrigen Wirtschaften der Größenklasse bis 5 Hektar blieb bis 1945 äußerst dürftig.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war eine Reihe der bis dahin benutzten Geräte und Maschinen weiter vervollkommnet worden. Die neueren Dreschmaschinentypen hatten bereits vor der Jahrhundertwende eine Kornreinigungsanlage erhalten, die die ältere „Rummel“ als selbständiges Gerät nach und nach überflüssig machte. Eine weitere Mechanisierung erfuhr die Drescharbeit durch den Einbau einer Sortiervorrichtung und die kombinierte Strohpresse. Freilich darf die Benutzung dergestalt verbesserter Dreschmaschinen wiederum nur für die Gutsbetriebe als typisch bezeichnet werden. Noch 1925 standen sich in Mecklenburg Göpeldreschmaschinen und solche mit Kraftantrieb (Lokomobile, Verbrennungs- oder Elektromotor) im Verhältnis von etwa 4:3 gegen-

87 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 410, a. a. O., S. 438f. u. 444f. (für 1925).

88 Vgl. *Wenckstern, Hermann v.*, Existenz-Bedingungen seßhafter Landarbeiter, Berlin 1909, S. 7, 32, 56, 80, 136, 167, 209, 236, 257, 284 u. 322; *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 212, T. 2, a. a. O., 1912, S. 132–135 (für 1906/07); ebenda, Bd 410, a. a. O., S. 438f. u. 444f. (für 1925).

89 *Wenckstern, Hermann v.*, Existenz-Bedingungen seßhafter Landarbeiter, a. a. O., S. 197, 223, 245, 270, 296 u. 322.

über, wobei sich 8022 der insgesamt 9887 durch Pferdegöpel betriebenen Dreschmaschinen in klein- und mittelbäuerlichem Besitz befanden.⁹⁰ Gleichfalls noch eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, die aber für Mecklenburg erst vor etwa fünfzig Jahren bedeutungsvoll wurde, ist die Mähmaschine mit kombiniertem Garbenbindeapparat. Mähen und Binden, die beiden zusammengehörigen Erntearbeiten, wurden durch die zweifache Funktion der neuen Maschine nunmehr zu einem Arbeitsvorgang verschmolzen. Der „Binder“ verdrängte – zuerst auf den Gütern – eine der wichtigsten und in der Anwendung variiertesten Handarbeiten, das „Aufbinden“ des Getreides, mehr und mehr aus der landwirtschaftlichen Arbeitswelt. Diese amerikanische Erfindung, die der Landwirtschaft eine ihrer praktischsten und rentabelsten Maschinen bescherte, erlangte ihrer arbeitssparenden Funktion wegen auch für Mecklenburg große Bedeutung.

Während nach einer Schätzung von 1888 die Zahl der eingeführten Mähbinder „höchstens ein halbes Dutzend“ betrug⁹¹, nahm ihre Verwendung nach der Jahrhundertwende rapide zu. 1925 waren unter den 17443 in Mecklenburg verwendeten Mähmaschinen bereits 7113 „Binder“, die zum überwiegenden Teil auf den Gutsbetrieben zum Einsatz kamen.⁹² Die in der Konstruktion veralteten Ablegmaschinen, deren Zahl sich im ersten Jahrhundertviertel noch beträchtlich vermehrte, erhielten sich weiter in klein- und mittelbäuerlichem Besitz, wo noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein mit ihnen gemäht wurde.

In die Zeit um die Jahrhundertwende fiel auch die Einführung der Grasmähmaschine aus Amerika. Sie verdrängte die Sensenmahd nunmehr auch von Wiese, Klee- und Wickenschlag und gewann darüber hinaus für den Kleinbauern dadurch Bedeutung, daß sie nach Anbau einer einfachen Ablegevorrichtung auch zum Getreidemähen verwendet werden konnte. 1925 wurden in Mecklenburg 12669 Grasmähmaschinen benutzt⁹³; 1950 besaßen noch 7742 Exemplare jene Handablage.⁹⁴

Über die Verbreitung der wichtigsten Landmaschinen in den Jahren 1907 und 1925, die etwa den Zeitraum umgrenzen, in dem die zweite Großetappe der landwirtschaftlichen Technisierung – die Ausnutzung der Dampfkraft und der zeitlich parallel eingeführten Maschinen – ihren Höhepunkt überschritt, unterrichtet Tabelle 2. Hinzuzufügen ist, daß der Anteil der Landmaschinen verwendenden Betriebe von 1907 bis 1925 von 12,5 Prozent auf 38,9 Prozent gestiegen ist, womit Mecklenburg den Reichsdurchschnitt (1907: 26,1 Prozent; 1925: 39,7 Prozent) in kurzer Zeit nahezu erreichte. Die Verhältniszahlen der maschinenbenutzenden Großbetriebe blieben mit 97,1 Prozent (1907) und

90 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 410, a. a. O.

91 *Landwirtschaftliche Annalen*, N. F., 21, 1889, S. 56.

92 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 410, a. a. O.

93 Ebenda.

94 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Minist. für Land- und Forstwirtsch., Nr 192 (1950).

Tabelle 2

Landmaschinen in Mecklenburg 1907 und 1925*

Größenklassen	Jahr	Betriebe m. Maschi- nenben.	Dampf-/ Motor- Pflüge	Dünger- streuma- schinen	Sä- maschinen	Hack- maschinen	Kartoffel- rodema- schinen	Grasmäh- maschinen	Mähmaschinen		Heu- wender	Dreschmaschinen		Milch- zentrifugen
									Mäh- binder	Ab- leger		Göpel	Motor/ Dampf	
0— 5 ha	1907	1760	—	—	9	2	—	—	(24)		—	535	20	610
	1925	24412	—	3	81	72	7	140	19	46	13	1420	520	23325
5— 20 ha	1907	4453	—	—	257	2	—	—	(511)		—	3653	19	940
	1925	9225	2	139	1328	232	180	2816	372	2274	152	5585	2011	5490
20— 100 ha	1907	6701	—	—	3596	24	16	—	(4955)		—	5888	53	1358
	1925	6504	19	1770	4960	645	1318	5755	2284	4734	650	2752	3245	3026
über 100 ha	1907	1499	7**	—	4211	130	19	—	(5244)		—	859	704	258
	1925	1465	408	3209	4316	1632	880	3958	4438	3276	2015	130	1495	901
Insgesamt	1907	14413	7**	—	8073	158	35	—	(10734)		—	10935	796	3166
Insgesamt	1925	41606	429	5121	10685	2581	2385	12669	7113	10330	2830	9887	7271	32742

* Errechnet nach *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 212, T. 2, a. a. O., 1912, S. 132—135; Bd 410, a. a. O., 1929, S. 438f. u. 444f.—Erfasst sind nur die betriebs-eigenen Maschinen.

** Insgesamt wurden 1907 auf 85 Gütern Dampfpflüge benutzt, die aber nicht betriebseigen waren.

Düngerstreumaschinen, Grasmähmaschinen und Heuwender sind in der Erhebung von 1907 nicht erfragt worden.

Die Angaben für die Kartoffelrodemaschinen beziehen sich 1907 nur auf Mecklenburg—Schwerin.

98,0 Prozent (1925) annähernd konstant, lagen aber – im Gegensatz zu 1882 – geringfügig unter dem Reichsdurchschnitt (97,4 Prozent bzw. 99,0 Prozent).⁹⁵ Nachhaltiger als alle Vervollkommnungen der einzelnen Maschinen und Geräte während des frühen 20. Jahrhunderts revolutionierte der Traktor das gesamte Landmaschinenwesen. War in der Frühgeschichte der Gerätekultur (und verstärkt in der ersten Etappe der modernen Landtechnik) die bewegende Kraft vom Menschen auf das Tier verlagert worden und hatte die weitere Entwicklung die Dampfkraft für den Antrieb stationärer Landmaschinen und des Pfluges nutzbar gemacht, so erhielt die Landwirtschaft nunmehr eine Kraftmaschine, die Antriebs-, Zug- und Transportkraft in sich vereinigte. Ihre Einsatzfähigkeit war zeitlich nicht durch notwendige Ruhestunden begrenzt. Außerdem verbrauchte sie während der Stillstandszeiten keinen Kraftstoff. Mit seiner Vorform, dem Motorpflug – in wesentlich verbesserter Konstruktion ein Werk des Wismaraners Podeus⁹⁶ –, erwies der Traktor deutlich seinen ursprünglichen Charakter als Dampfpfluggersatz. Nach vereinzelt Erfolgen vor dem ersten Weltkrieg verdrängte der „fahrbare Verbrennungsmotor“ die transportable Dampfmaschine (Lokomobile) seit den zwanziger Jahren zunehmend aus der Landwirtschaft. 1925 liefen in Mecklenburg – vornehmlich auf den Gütern – 221 Traktoren und 396 Motorpflüge neben nur noch 33 Dampfpflügen.⁹⁷ Die zunächst fast ausschließlich zum Pflügen benutzten Traktoren wurden in der Folge zu einer Universalmaschine der Landwirtschaft. Sie bewährten sich als vorzüglicher Gespannersatz („Schlepper“) vor allen Bodenbearbeitungs- und Erntegeräten und konnten darüber hinaus mit ihrem Motor auch zum Kraftantrieb von stehenden Maschinen verwendet werden.

Wiederum hatten die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe an diesem hervorragenden Fortschritt zunächst keinen Anteil. Dagegen waren ihnen in stärkerem Maße die seit etwa 1910 in der Landwirtschaft verwendeten Ottomotoren (und andere stationäre Kleinverbrennungsmotoren) zugänglich, von denen 1925 bereits 1537 in Mecklenburg betrieben wurden.⁹⁸

Ferner brachte die Nachkriegszeit eine gewaltige Steigerung des Kunstdünger- verbrauchs auf Grund der neuen synthetischen Herstellungsmöglichkeit und der dadurch erzielten Verbilligung des reinen Stickstoffs.⁹⁹

Von großer Bedeutung für die gesamte Landwirtschaft wurde der elektrische Strom. Die Elektrifizierung, die seit den zwanziger Jahren den überwiegenden Teil des platten Landes erfaßt hatte, schuf eine wesentliche Grundlage für die bis 1945 letzte Etappe der landwirtschaftlichen Mechanisierung. Der Elektromotor verdrängte mehr und mehr die anderen Antriebsmittel stationärer Land-

⁹⁵ *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 212, T. 2, a. a. O., S. 148+; ebenda, Bd 410, a. a. O., S. 26 u. 400.

⁹⁶ Freundliche Mitteilung von Prof. Dipl.-Ing. Düwel, Rostock.

⁹⁷ *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 410, a. a. O., S. 438f. u. 444f.

⁹⁸ Ebenda, S. 466f. u. 470f.

⁹⁹ *Mielck, Otfried*, a. a. O., S. 211.

maschinen. Bereits 1925 fanden 9297 Elektromotoren in der mecklenburgischen Landwirtschaft Verwendung.¹⁰⁰

Als weitere bedeutende Neuerungen brachten die zwanziger und dreißiger Jahre der Landwirtschaft den Heuwender (vereinzelt schon kurz nach 1900; 1925 in Mecklenburg: 2830), die Kartoffelrodemaschine (1925: 2385¹⁰¹) und schließlich das Vielfachgerät, das die Funktionen einer Reihe bodenbearbeitender Geräte in sich vereinigte und somit besonders in den bäuerlichen Betrieb Eingang fand. Das Heugebläse und der Höhenförderer ermöglichten eine weitere Mechanisierung der Hofarbeit. Die Transportverhältnisse – hinsichtlich Bespannung und Wagenform seit alters unverändert – wurden durch die Einführung des luftgummibereiften Ackerwagens auf einen neuzeitlichen Stand gebracht. Sein Erfinder und erster Hersteller war der Stellmachermeister Hermann Graupmann in Waren/Mecklenburg (gestorben 1947).¹⁰² Ebenso erhielt der Traktor eine entsprechende Luftgummibereifung, mit der er auch als Straßenfahrzeug dienen konnte.

Damit ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Mecklenburg bis 1945 in groben Zügen umrissen. Die Geschichte der modernen Agrartechnik war über hundert Jahre hinweg eng mit der Geschichte der Landwirtschaft im kapitalistischen Zeitalter verbunden geblieben. Stärker als der gegebene Abriß es zu zeigen vermochte, hatten die allgemeinen wirtschaftlichen Faktoren – Marktlage, Konjunktur, Krise, Transportprobleme, Arbeitsbedingungen, Bevölkerungsbewegung – den Verlauf der Technisierung bestimmt, ihn bei stetigem Fortschritt doch zögernd oder sprunghaft, widersprüchlich und oft anarchisch gestaltet. Als Ergebnis dieser Entwicklung waren in Mecklenburg die Großgrundbesitzer, Gutspächter, Großbauern und Ackerbürger, entsprechend ihrem dominierenden Besitzanteil am Grund und Boden, dem wichtigsten Produktionsmittel, auch die Hauptnutznieser aller wesentlichen technischen Neuerungen und Fortschritte geworden und hatten damit ihre ökonomische Machtstellung noch bedeutend verstärkt. Diese Entwicklung endete 1945.

*

Mit dem historisch gerechten Akt der demokratischen Bodenreform im Osten Deutschlands in den Jahren 1945 und 1946¹⁰³ begann auch eine neue Etappe

100 *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 410, a. a. O., S. 466f. u. 470.

101 Ebenda, S. 438f. u. 444f.

102 *Proas*, 25 Jahre luftbereifte Ackerwagen. Die umwälzende Idee eines Stellmachermeisters, in: *Deutsche Bauerntechnik*, 9/1946/47, S. 9. – Ob die Erfindung Graupmanns nur für Mecklenburg oder für ganz Deutschland und darüber hinaus bahnbrechend war, konnte nicht genau ermittelt werden, da die obige Quelle ebenso wie einige mündliche Mitteilungen subjektiv gefärbt erscheinen.

103 Zum Grundsätzlichen vgl. *Doernberg, Stefan*, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949, Berlin 1959, S. 127–233; für Mecklenburg:

in der Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen. Die Volkseigenen Güter übernahmen den oft stark dezimierten Maschinenbestand der unaufgeteilten Güter aus der Zeit vor 1945 und vervollkommneten ihn in den folgenden Jahren bedeutend. Der Maschinen- und Gerätepark der enteigneten und unter Landarbeiter, Umsiedler und landarme Bauern aufgeteilten Güter ging aus den Händen der Gemeindekommissionen für die Durchführung der Bodenreform an die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) über. Die örtlichen Komitees der VdgB organisierten darüber hinaus die Gemeinschaftshilfe zwischen den Alt- und Neubauern.¹⁰⁴

Die VdgB-Maschinenhöfe bildeten den Grundstock für die seit 1949 gegründeten staatlichen Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), die die technische Unterstützung der häufig nur mit einfacheren Geräten ausgerüsteten klein- und mittelbäuerlichen Betriebe übernahmen. Unter ihrer neuen Bezeichnung MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) führten sie seit 1951/52 den entscheidenden Aufschwung der landwirtschaftlichen Mechanisierung nach dem zweiten Weltkrieg herbei.¹⁰⁵ Neben die maschinelle Betreuung der Einzelbauern trat von diesem Zeitpunkt an vorrangig die Arbeit auf den Feldern und Höfen der aus dem Zusammenschluß mehrerer Bauern entstandenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).¹⁰⁶ Die durch sie erzielte Vergrößerung der zu bearbeitenden Schläge wurde entscheidend für das spezifisch Neue der jüngsten Etappe der agrartechnischen Entwicklung, den Einsatz von Großmaschinen.

Hervorragende Bedeutung erlangte besonders der Mähdrescher. Diese Kombination von Mäh- und Dreschmaschine ist eine amerikanische Erfindung, von deren erster Erprobung bereits vor hundert Jahren Kunde auch nach Mecklenburg gedrungen war.¹⁰⁷ Praktische Versuche folgten erst in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts auf einigen Gütern. Erst in der Zeit nach 1945 jedoch erlangte der Mähdrescher in Mecklenburg seine heutige Bedeutung

Döring, H., Von der Bodenreform zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Berlin 1953, S. 67–94; einzelne Kreise des Landes behandeln *Pohl, Eva-Maria*, Die demokratische Bodenreform Deutschlands, ihre Bedeutung und ihre Durchführung im Kreise Parchim, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 8, 1958/59, S. 211–229, und *Becker, Horst*, Die demokratische Bodenreform Deutschlands, dargestellt an Hand ihrer Durchführung im Kreise Grimmen, in: ebenda, S. 231–247.

104 Vgl. *Döring, H.*, a. a. O., S. 75 u. 78; *Pohl, Eva-Maria*, a. a. O., S. 224f.

105 *Rühle, Otto*, a. a. O., S. 205. — Über die Entwicklung und den Charakter der MAS vgl. *Doernberg, Stefan*, a. a. O., S. 214–216.

106 *Döring, H.*, a. a. O., S. 202.

107 *Mecklenburgisches Gemeinnütziges Archiv*, a. a. O., 1851, S. 508. Vgl. allgemein *Brenner, W. G.*, Zur Geschichte der Mähdrescherentwicklung. Festansprache anlässlich der Ehrenpromotion an der Universität Bonn, o. O. 1960.

als eine der wichtigsten und unentbehrlichsten landwirtschaftlichen Maschinen. 1959 wurden in den drei mecklenburgischen Bezirken 1679 Mähdrescher sowjetischer und deutscher Bauart verwendet.¹⁰⁸ Die dadurch anfallende Räum- und Sammelarbeit übernahmen die Pick-up-Pressen. Eine weitere wesentliche Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit wurde und wird durch den Einsatz von Kartoffel- und Rübensollerntemaschinen erzielt. 1959 benutzten in den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und Rostock 163 MTS und 176 VEG insgesamt 1651 Kartoffel- und 728 Rübenkombines.¹⁰⁹

Die Zahl der eingesetzten Traktoren macht den gegenüber den früheren Verhältnissen erreichten Fortschritt besonders deutlich. War auf den mecklenburgischen Großbetrieben in dem auf Grund der statistischen Unterlagen letzten vergleichbaren Jahr 1925 einer der 200 Traktoren auf durchschnittlich 2867,70 Hektar gekommen, so hatte 1959 jeder der 1700 im Besitz der VEG befindlichen Traktoren eine Durchschnittsfläche von nur 76,53 Hektar zu bearbeiten.¹¹⁰

Noch in der Entwicklung befindet sich die Anwendung von Melkmaschinen, die zunehmend die allgemeine Mechanisierung auf das Gebiet der Viehwirtschaft ausdehnen, von Kartoffeldämpfkolonnen und neuartigen Häckselverfahren.

Tabelle 3 gibt über die Benutzung der wichtigsten Landmaschinen in den drei mecklenburgischen Bezirken (Stand der Ausrüstung der MTS und VEG von 1959) Auskunft. Statistisches Material über landwirtschaftliche Maschinen in einzelbäuerlichem oder genossenschaftlichem Besitz lag (für 1959) nicht vor. Darüber hinaus lassen auch die Verschiedenartigkeit der vor und nach 1945 verwendeten Maschinen und Geräte¹¹¹ und die bei der Bezirkseinteilung (1952) geänderten Grenzen keinen formalen, exakten Gesamtvergleich der Agrartechnik im früheren und heutigen Mecklenburg (1959) zu. Zweifellos wird die Entwicklung der nächsten Jahre mit der Konsolidierung der sozialistischen Großraumbauwirtschaft die Mechanisierung der mecklenburgischen Landwirtschaft beschleunigen und vollenden, ging doch im Jahre 1960 ein wesentlicher Impuls zur Einsicht in die Vorteile der Großraumbauwirtschaft gerade von der realen Einschätzung der Rolle der Technik aus.

108 *Statistisches Jahrbuch der DDR 1959*, Berlin 1960, S. 427. — 1956 waren es 1399 Mähdrescher (*Statistischer Jahresbericht 1956*. Bezirke der DDR, Berlin 1957/58: Neubrandenburg, S. 101 u. 205, Schwerin, S. 92f. u. 100f., Rostock, S. 110 u. 112). — Angaben für die jüngste Zeit sind dem *Statistischen Jahrbuch 1960/61* ff., Berlin 1962ff. zu entnehmen.

109 *Statistisches Jahrbuch der DDR 1959*, a. a. O. — Vergleichszahlen von 1956: 274 bzw. 8(!) (*Statistischer Jahresbericht*, a. a. O.).

110 Errechnet nach *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd 409, Berlin 1928, S. 46; Bd 410, a. a. O., S. 467 u. 471; *Statistisches Jahrbuch der DDR 1959*, a. a. O., S. 420 u. 426.

111 So würde z. B. eine größere Zahl von Mäh- und Dreschmaschinen im Jahre 1925 nichts oder wenig besagen, da inzwischen der Mähdrescher weitgehend an deren Stelle getreten ist.

Tabelle 3

Bezeichnung der Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	Anzahl der Maschinen usw.		
	MTS	VEG	insgesamt
Traktoren	12 332	1700	14 032
Lastkraftwagen	1 139	305	1 444
Pflüge (ohne Schäl- u. Spezial- pflüge)	10 350	1336	11 686
Scheibeneggen	2 691	292	2 983
Kultivatoren (Grubber)	3 717	469	4 186
Düngerstreumaschinen	6 594	1170	7 764
Drillmaschinen	4 717	422	5 139
Kartoffellegemaschinen	1 462	158	1 620
Kartoffelroder	2 666	471	3 137
Kartoffelkombines	1 558	93	1 651
Rübenroder	970	83	1 053
Rübenkombines	668	60	728
Mähbinder (nur Zapfwellenbinder)	4 560	540	5 100
Mähdröcher	1 532	147	1 679
Räum- u. Sammelpressen	2 079	182	2 261
Dreschmaschinen	2 967	339	3 306

*Maschinenbestand der MTS
und VEG in den Bezirken
Neubrandenburg, Schwerin
und Rostock 1959**

Zahl der MTS: 163. Bear-
beitungsfläche: 770 691 ha
(LPG)**

Zahl der VEG: 176. Bear-
beitungsfläche: 130 101 ha
(VEG)

* Errechnet nach *Statistisches Jahrbuch der DDR 1959*, Berlin 1960, S. 426 f.

** Dazu muß die Arbeit der MTS für die einzelbäuerlichen Betriebe veranschlagt werden, die jedoch nach Maßgabe des vorliegenden Materials zahlenmäßig nicht exakt faßbar ist. — Nicht erfaßt ist in der Tabelle der genossenschaftliche Eigenbesitz der LPG an Maschinen (also außerhalb des MTS-Maschinenparks).

*Anhang**Landmaschinentechnik in Mecklenburg*

Schematische Zusammenfassung

zirka 1800 bis 1860 (Vorstufe)	Verbesserung der alten Geräte, meist nach englischem Vorbild. Zunehmender Ersatz des Holzes durch Eisen. Pflug, Haken, Egge; Kornreinigungs-, Häcksel- und Sämaschine.
1850 bis 1880 (1. Etappe)	Einführung der neuen Landmaschinentechnik. Verstärkter Ersatz der menschlichen durch tierische Kraft. Göpeldresch-, Mähmaschine.
1870 bis 1920 (2. Etappe)	Ausnutzung der Dampfkraft in der Landwirtschaft. Dampfdrusch, Dampfpflugkultur; (damit im Zusammenhang:) Drill-, Hack-, Düngerstreumaschine; Ausbau landwirtschaftlicher Nebenindustrien.
1900 bis 1945 (3. Etappe)	Motorenantrieb und Elektrizität im Vordringen; weitere Vervollkommnungen; neue Geräte. Verbrennungs- und Elektromotor, Traktor; Mähbinder, kombinierte Dreschmaschine; Heuwender, Kartoffel- und Rübenrodemaschine; Heugebläse, Höhenförderer; Vielfachgerät; verbesserter Ackerwagen.
1950 – (4. Etappe)	Großmaschinen in der Landwirtschaft. Mähdrescher, Kartoffel- und Rübenvollerntemaschine, Räum- und Sammelpresse; Melkmaschine, Kartoffeldämpfkolonne, Mähhäcksler und andere.

Die Bodennutzungssysteme und die Separation in Brandenburg vor den Agrarreformen von 1807

VON HANS-HEINRICH MÜLLER

Die Dreifelderwirtschaft
Zweifelder- und Einfelderwirtschaften
Die verbesserte Dreifelderwirtschaft
Die Vierfelderwirtschaft
Die Koppelwirtschaft
Die Fruchtwechselwirtschaft
Die Separation
Anhang

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in der in Deutschland zahlreiche Erscheinungen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus festzustellen sind, vollzogen sich wesentliche Veränderungen der Produktivkräfte. Im Gewerbe und in der Landwirtschaft setzten sich neue und intensivere Produktionsmethoden durch. Auch im Bereich der ostelbischen Gutsherrschaft traten solche Veränderungen ein.

Über die Fortschritte in der ostelbischen Landwirtschaft besitzen wir noch immer unzureichende Kenntnisse. In den meisten Werken über die deutsche Agrar- und Wirtschaftsgeschichte lesen wir, daß die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, mit Ausnahme der holsteinischen und mecklenburgischen, kaum über die „verbesserte Dreifelderwirtschaft“ hinausgekommen war. Zu einer solchen Feststellung mußte man zwangsläufig gelangen, weil die Untersuchung der agraren Produktivkräfte arg vernachlässigt worden war. Aber zahlreiche Guts- und Domänenarchive und die zeitgenössische Spezialliteratur verraten uns, daß die Entwicklung der Landwirtschaft doch schon recht beachtliche Fortschritte gemacht hatte.

Von den produktionstechnischen Veränderungen in der Nutzung des Bodens in der Mark Brandenburg soll in der folgenden Studie die Rede sein.

DIE DREIFELDERWIRTSCHAFT

Nach übereinstimmenden Nachrichten herrschte um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Dreifelderwirtschaft vor. Sie war das verbreitetste, wenn auch

nicht einzige System der Bodennutzung und bildete die produktionstechnische Grundlage der feudalen Produktionsweise in der Landwirtschaft.

Die Dreifelderwirtschaft, die jahrhundertlang und in kaum veränderter Weise das Bild der Landwirtschaft im größten Teil Deutschlands prägte, war ein reines Bodennutzungssystem und muß mit ihrer Arbeitsteilung und -organisation zu den Produktivkräften gerechnet werden. Der Boden als Produktionsmittel und -instrument¹, die Arbeitsteilung und die Arbeitsorganisation werden von Marx im „Kapital“ eindeutig in die Kategorie der Produktivkräfte eingereiht.²

Die Erkenntnis von der Zugehörigkeit der Dreifelderwirtschaft zu den Produktivkräften wird allerdings durch die feudalen Produktionsverhältnisse wesentlich erschwert, was bei der Fruchtwechselwirtschaft im Kapitalismus oder Sozialismus nicht der Fall ist. Bezüglich der Fruchtwechselwirtschaft herrscht im allgemeinen Übereinstimmung darüber, daß sie und die mit ihr eng zusammenhängende Arbeitsorganisation Bestandteile der Produktivkräfte sind. Natürlich kann man auch die Fruchtwechselwirtschaft nicht unabhängig von den jeweilig herrschenden Produktionsverhältnissen betrachten. So ist zu beobachten, daß die kapitalistische Profitproduktion der individuell wirtschaftenden Betriebe den Einsatz der Produktionsmittel und die Ausnutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse der Fruchtwechselwirtschaft begrenzt oder teilweise ausschließt, während die sozialistischen Genossenschaften alle Voraussetzungen für eine optimale Ausnutzung des Fruchtwechselprinzips bieten.³ Trotzdem waren die Einführung und Ausdehnung der Fruchtwechselwirtschaft in der kapitalistischen Epoche ein gewaltiger Fortschritt, eine echte Revolution im Landbau.

Die Schwierigkeit der Klassifizierung der Dreifelderwirtschaft als den Produktivkräften immanentes Bodennutzungssystem beruht hauptsächlich darauf, daß dieses System mit feudal-genossenschaftlichen Verhältnissen eng verknüpft ist. Wenn wir voraussetzen, daß sich die Produktivkräfte nicht selbst hemmen, so muß vor allem geklärt werden, welche Gründe für die relativ langsame Entwicklung und Veränderung der Dreifelderwirtschaft maßgebend waren. Es ist die Frage zu beantworten, ob es allein die feudalen Produktionsverhältnisse – Eigentums-, Ausbeutungs- und Verteilungsverhältnisse – waren, die die Entwicklung der Produktivkräfte behinderten, oder ob auch noch andere Faktoren eine Rolle spielten.

Bekanntlich wurde bei der Dreifelderwirtschaft die Feldmark eines Dorfes, besonders bei den märkischen „Plansiedlungen“ und Siedlungen mit „regelmäßigen Gewinnfluren“, in drei Gewanne, die meist als „Hufen“, mitunter

1 Marx, Karl, Das Kapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd 25, Berlin 1964, S. 789.

2 Ebenda, Bd 23, Berlin 1962, S. 341–356.

3 Vgl. dazu Berthold, Rudolf, Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaus vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 93.

auch als „Felder“⁴ bezeichnet sind, eingeteilt, auf denen unter Einschluß eines Brachjahres die Früchte jährlich gewechselt wurden. Die Einteilung der Feldmark in Sommer-, Winter- und Brachfeld entsprach dem damaligen Stand der Produktivkräfte und bot auf Grund der ökonomischen Bedingungen die beste Form eines „rationellen“ Ackerbaues. Die feudalen Produktionsverhältnisse erschwerten jedoch die Bewirtschaftung der Felder, denn das Eigentum der Bauern und Feudalherren war zersplittert, es lag zerstreut in der Feldmark.

Ursprünglich mußte der Ackerboden, der in der Feldmark in den unterschiedlichsten Güteklassen und Bodenarten ausgebreitet lag, gerecht verteilt werden. Denn es „gehört zu den Grundzügen der reinen und intensiven Dreifelderwirtschaft, daß der Ackerboden der wertvollste Teil der Bauernwirtschaft ist“⁵. Eine möglichst gerechte Verteilung bot die Einteilung in Gewanne, die wiederum in Streifenparzellen gegliedert war. Mit dem Anteil der Bauern an allen Gewannen wurde anfänglich eine relativ gleiche ökonomische Lage der Bauern ermöglicht, die dann im weiteren Verlaufe der Entwicklung durch verschiedene Ursachen, wie Erbteilung, Zukauf, Pacht, Abtretungen usw., verloren gegangen ist.

Der wertvolle Ackerbesitz in der Feldmark wurde durch die Hufenverfassung gesichert, die wohl nicht immer eingehalten worden ist. Sie garantierte den Bauern innerhalb der bäuerlichen Gemeinschaft den Ackerbesitz und schloß alle später auftretenden Interessenten an der Feldmark, wie Kossäten, Büdner, Einlieger usw., aus. Diese an die Feldmark gebundene Hufenverfassung legte zugleich die Größe und genaue Abgrenzung des Besitzes der einzelnen Berechtigten fest.⁶

Die Hufenverfassung führte dazu, daß der Boden eines bäuerlichen Betriebes mit dem der anderen im Gemenge lag. Diese Form und Verteilung des Eigentums schränkte die Freiheit der Bewirtschaftung durch den einzelnen ein. Der Bauer konnte den Boden nicht nach seinen eigenen Interessen und nach den für ihn besten betrieblichen Bedingungen bewirtschaften. Die Gemengelage machte den Flurzwang notwendig. Denn zu den zerstreut liegenden Landstücken konnte man infolge Fehlens eines ausreichenden Wegenetzes nur über die Felder der Nachbarn gelangen. Solch einem „Mißstand wurde durch den Flurzwang vorgebeugt; der einzelne ist bei der Bebauung seiner Landstücke an die Beschlüsse der Gemeinheit gebunden; er darf nur dann säen und ernten, wenn auch die Nachbarn es tun, nur dann, wenn es die Gemeinde beschließt. Der Flurzwang ist ein notwendiges Korrelat der Gemengelage“⁷.

4 Die Bezeichnung „Felder“ war nur bei Großgewannen, die in Brandenburg häufig vorkamen, üblich.

5 *Krenzlin, Anneliese*, Dorf, Feld und Wirtschaft im Gebiet der großen Täler und Platten östlich der Elbe = Forschungen zur Deutschen Landeskunde, Bd 70, Remagen a. Rh. 1952, S. 25.

6 Ebenda, S. 57.

7 *Below, Georg*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft im Mittelalter, Jena 1937, S. 13.

Auch die Äcker der feudalen Gutsbetriebe lagen zunächst mit den Bauernäckern im Gemeindegelände, daher waren auch die Feudalherren an den Flurzwang gebunden.

Die Beschlüsse der Gemeinde über Anbau, Bestellung und Ernte wurden für jeden verbindlich erklärt und fanden ihren Niederschlag in Feld- und Dorfordinungen, die zunächst wohl gewohnheitsrechtlichen Charakter hatten, später aber immer mehr zu einer schriftlich fixierten Rechtsordnung wurden.

Der Flurzwang besaß aber nicht nur für die gemeinsame Durchführung der Ackerarbeiten große Bedeutung, sondern diente auch der Regelung der Viehtrift und Weidennutzung.

Die Dreifelderwirtschaft war bei den märkischen großen Hufengewannfluren vor allem eine Wirtschaftsform des Ackerbaues. Wiesen und Grünland waren vielfach nicht vorhanden oder nahmen nur einen kleinen Teil der Gemarkungen ein. Deshalb mußten bei der Nutzung der ganzen Feldmark für den Ackerbau Weidemöglichkeiten für das zur Zugleistung, Düngerbeschaffung und Fleisch- und Milchversorgung notwendige Vieh geschaffen werden. Diese Möglichkeit fand man im jährlichen Brachliegen des dritten Teiles des Ackerlandes. Die Brache war eine produktionstechnische Notwendigkeit. „In dieser Lösung der Weidefrage, d. h. in dem Ausbalancieren zwischen größtmöglicher Intensität und Ausdehnung des durch die Bodenverhältnisse begünstigten und daher erstrebten Ackerbaues einerseits und der Schaffung der Möglichkeiten für die notwendige Viehhaltung andererseits, liegt der Kern der Dreifelderwirtschaft.“⁸

Brache und Stoppelfelder dienten also als Weide und Futtergrundlage. Der Flurzwang regelte den Beginn und das Ende der Feldweidennutzung und der Viehtrift. Beides hatte gerade für die bäuerliche Viehhaltung die größte Bedeutung. Jedoch mit der Ausdehnung und Festigung der Gutsherrschaften beschnitten die Gutsherren diese bäuerlichen Weiderechte mehr und mehr. Sie betrachteten sie als eine dem Rittergut zustehende Gerechtigkeit. Dadurch wurde ein Teil genossenschaftlicher, produktionstechnisch notwendiger Einrichtungen in einen Bestandteil des feudalen Produktionsverhältnisses verwandelt. Die Weidgerechtigkeiten waren in der spätfudalen Zeit ständiger Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen Feudalherren und Bauern. Sie bestimmten zu einem großen Teil den Klassenkampf.

Wir können also feststellen, daß das Feudaleigentum mit der Gemengelage und dem Flurzwang eng verbunden ist. Diese Erscheinung wird in der agrarhistorischen Literatur fast einmütig hervorgehoben. Das Feudaleigentum ist hinsichtlich seiner Bewirtschaftung, so wie wir es in Brandenburg immer wieder feststellen können, ohne Gemengelage, Flurzwang und Gerechtigkeiten nicht denkbar.

Welche Bestandteile der damaligen Verfassung des Ackerbaues gehörten nun zu den Produktivkräften und welche zu den Produktionsverhältnissen? Soweit

der Flurzwang auf feudalgemeinschaftlicher Grundlage die sich aus dem Entwicklungsstand der agraren Produktivkräfte ergebenden ackerbautechnischen Notwendigkeiten regelte, gehört er unbedingt zu den Produktivkräften. Er war eine Form der Arbeitsorganisation. „Gleichzeitig machte der Flurzwang die ackerbautechnischen Notwendigkeiten zu Pflichten in der Durchführung des landwirtschaftlichen Betriebes und zu Rechten, wie beispielsweise den Hutungs- und Triftrechten, die vor allem den Interessen der Feudalherren dienten. Damit war der Flurzwang gleichzeitig Bestandteil der feudalen Produktionsverhältnisse.“⁹

An dieser Stelle haben wir zu erwähnen, daß es die Feudalherren im 17. und 18. Jahrhundert waren, die im Interesse ihrer Viehhaltung, besonders ihrer zahlreichen Schafherden, die größer waren, als es die eigene Futtergrundlage erlaubte, ohne Rücksicht auf die Bauern an einem strengen Flurzwang festhielten. Die Feudalherren erstickten damit – die Quellen bieten dafür gute Beispiele – manche bäuerliche produktionstechnische Neuerungen und behinderten dadurch in einem starken Maße die Entwicklung der Produktivkräfte.

Zu den Produktionsverhältnissen ist auch die Gemengelage zu zählen. Die Gemengelage, als eine der Hauptursachen des Flurzwanges, war die Erscheinungsform des Feudaleigentums, das vor den Agrarreformen durch die Teilung in Herrenland und Bauernland in der Nutzung antagonistischer Klassen stand. Die Dreifelderwirtschaft selbst gehörte zu den dem Feudalismus eigentümlichen Produktivkräften. Wie sehr diese Bodennutzungsart ein Bestandteil der Produktivkräfte war, zeigen die in Brandenburg vorkommenden Einzelhofanlagen oder die Dörfer mit geschlossenen Hufen. Die Nutzfläche dieser Höfe war nicht zersplittert und lag nicht zerstreut über die gesamte Feldflur. Jeder Hof lag im Mittelpunkt oder am Rande seiner Ländereien. Auch hier wurde die Rotation der Dreifelderwirtschaft angewandt, und die Brach- und Stoppeläcker wurden beweidet. Was diese Höfe nicht kannten, war der Flurzwang. Sie waren viel freier in der Bewirtschaftung. Mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte im 18. Jahrhundert waren sie daher viel eher in der Lage, die Dreifelderwirtschaft zu verbessern, zu anderen Bewirtschaftungssystemen überzugehen und die Bodenfruchtbarkeit zu steigern als die dem Flurzwang unterworfenen Wirtschaften.¹⁰

Das Wesen der Dreifelderwirtschaft ist, wie schon erwähnt, durch den jährlichen Wechsel von Sommerung, Winterung und Brache gekennzeichnet. Folgendes Schema verdeutlicht uns die Rotation:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
Feld I	Sommerfrucht	Winterfrucht	Brache
Feld II	Winterfrucht	Brache	Sommerfrucht
Feld III	Brache	Sommerfrucht	Winterfrucht

⁹ Berthold, Rudolf, a. a. O., S. 95.

¹⁰ Ebenda, S. 94.

Die damalige Wirtschaftsform des Ackerbaues war äußerst extensiv. Aber andere Bodennutzungssysteme waren zum Teil noch extensiver als die Dreifelderwirtschaft.

Eine streng durchgeführte Dreifelderwirtschaft, bei der das ganze Ackerland mit Ausnahme des Brachfeldes vollständig bebaut wurde, war in Brandenburg nicht häufig zu finden. Vielmehr war eine extensivere Form gang und gäbe, bei der sich die „Bewirtschaftung des dorfnahen Binnenfeldes von der des Außenfeldes in der Intensität unterscheidet“¹¹. Die Binnenfelder wurden gedüngt, und auf ihnen fand die Rotation der Dreifelderwirtschaft statt. Die Düngung geschah vor allem auf dem Sommerfeld und in der Regel vor Aussaat der Gerste. War Dünger ausreichend vorhanden, dann wurde er auch dem Winterfeld zugeführt.

Die Außenfelder der Feldmark, die in Brandenburg in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht unbeträchtlich waren, wurden extensiver bewirtschaftet. Hier fand die Feldgraswirtschaft Anwendung, bei der es keine Trennung zwischen Acker- und Weideland gab. Auf dem Sommerfeld dieser Ländereien wurde entweder Hafer (Haferland) oder Roggen gesät oder es blieb als unbebautes sogenanntes „Roggenland“ liegen. Im allgemeinen beschränkte man sich auf eine Roggenernte in Abständen von drei Jahren, so daß wir die Rotation Roggen—Brache—Brache haben. Bei ungünstigeren Verhältnissen wurden die Außenfelder alle sechs, neun oder zwölf Jahre mit Roggen besät, während man sie in der Zwischenzeit als Viehweide benutzte. Häufig bezeichnete man das „Roggenland“ auch als drei-, sechs-, neun- und zwölfjähriges Land. Diese Bezeichnung deutet darauf hin, daß die extensivere Feldgraswirtschaft in den Turnus der Dreifelderwirtschaft eingeordnet ist.

Je schlechter der Boden, desto geringer die Erträge, um so weniger Vieh kann gehalten werden, und um so kleiner ist der Düngieranfall. Andererseits muß aber schlechterer Boden stärker gedüngt werden. Viele Landwirte meinten, daß in der Dreifelderwirtschaft der Dünger gerade dazu ausreichte, nur den zwanzigsten Teil des Ackerlandes zu düngen.¹² Darum ist es gar nicht erstaunlich, daß besonders im 17. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, wie Anneliese Krenzlin durch vergleichende Betrachtung der Flurkarten nachwies, mit der Abnahme der Bodenfruchtbarkeit der Umfang der Binnenfeldmark immer kleiner wurde. Es gab Beispiele, wo die feldgraswirtschaftlichen Ländereien größer waren als die Binnenfeldmarken, so daß von einer Dreifelderwirtschaft kaum mehr gesprochen werden konnte.¹³ Diese rückläufige Entwicklung wurde im allgemeinen erst seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zum Stillstand gebracht.

Hier ist jedoch der Ort, einigen einseitigen Auffassungen bei der Beurteilung der Entstehung dieser extensiveren Außenländereien entgegenzutreten.

11 Krenzlin, *Anneliese*, a. a. O., S. 51.

12 Hofmann, *August*, Fragen an den Geh. Rat Thaer, in: *Annalen des Ackerbaues*, Bd 1, 1805, S. 490.

13 Vgl. Krenzlin, *Anneliese*, a. a. O., S. 52 u. Anhang, Nr 5.

Der Düngermangel als die Hauptursache der feldgraswirtschaftlich genutzten Außenländereien im Osten Deutschlands wird von sehr vielen Agrarhistorikern und -ökonomen zumeist aus der traditionellen Verfassung der Dreifelderwirtschaft hergeleitet, die, wie zum Beispiel Bittermann schreibt, „nicht nur eine Art der Felderfolgen, sondern . . . geradezu eine Art Betriebssystem (war) – ja noch mehr –, die ganze Agrarverfassung war weitgehend auf sie zugeschnitten. Infolge dieses nun nicht mehr angebrachten Zuschnittes wurde die Agrarverfassung immer mehr zu einer erstarrten und überlebten Ordnung, die dem Fortschritt hemmend entgegenwirkte, indem sie die Landnutzung nur innerhalb des von ihr gesteckten Rahmens zuließ, aber alle Abweichungen hiervon . . . weitgehend vereitelte“¹⁴. In diesem „gesteckten Rahmen“ überwog eindeutig der, man kann sagen, übertriebene Getreideanbau, während die Viehzucht – die im ökonomischen Sinne vielfach nur als ein „notwendiges Übel“¹⁵ galt – und ihre Futtergrundlagen stark vernachlässigt wurden; eine niedrige Düngerproduktion war die zwangsläufige Folge. So richtig der Hinweis auf die eben geschilderten Umstände ist, so darf man aber auch nicht vergessen, daß Brandenburg insgesamt keine günstige Bodenstruktur besaß und besitzt. Knapp die Hälfte des märkischen Landes wird den leichteren Bodenklassen zugerechnet, die als Ackerland und Weiden nur geringe Erträge lieferten. Vor allem aber sind die feudalen Produktionsverhältnisse nicht ohne Einfluß auf die Herausbildung der Feldgraswirtschaft geblieben. Mancher Wissenschaftler verschloß sich dieser Erkenntnis und mußte daher zu einer einseitigen Auffassung gelangen. Auch von Krenzlin werden die feudalen Produktionsverhältnisse und ihre negativen Auswirkungen in der sehr anregenden und aufschlußreichen Studie über die märkischen Siedlungsstrukturen und über die Dreifelderwirtschaft nicht berücksichtigt. Besonders die Frondienste und die vielfältigen Abgaben und Leistungen stellten eine große Belastung für die Bauern dar, so daß sie nicht immer im vollen Maße ihrer Leistungsfähigkeit das Land ausnutzen konnten. Die Frondienste führten des weiteren bei den Bauern zu einem, gemessen am Gesamtviehbestand, relativ hohen Anteil von Zugvieh, dessen Dünger von minderer Qualität war als der des Nutzviehs. Sehr oft ging der dringend benötigte Dünger durch die auf den herrschaftlichen Ländereien zu leistenden Gespanneinsätze gerade zur Zeit des höchsten Dunganfalles verloren. Mitunter bestanden Feudalabgaben in der Lieferung einiger „Fuder Mist“. Im Dorf Falkenberg (Oberbarnim) hatte zum Beispiel jeder Bauer „3 vierspännige Fuder Mist“ an die Gutsherrschaft abzuliefern, eine Abgabe, die erst 1793 gegen einen Zins abgelöst wurde.¹⁶

14 *Bittermann, Eberhard*, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800–1950, in: Kühn-Archiv, Bd 70, Halle 1956, S. 109/110.

15 *Settegast, H.*, Die deutsche Viehzucht, ihr Werden, Wachsen und gegenwärtiger Standpunkt, Berlin 1890, S. 25.

16 *Schmidt, Rudolf*, Aus der Pfuellen Land = Oberbarnimer Heimatbücher, Bd 8, Bad Freienwalde 1928, S. 61.

Schließlich haben auch ungünstige Entfernungen zu dieser feldgraswirtschaftlichen Nutzung geführt. Manche durch Kriege und Seuchen wüst gewordenen Hufen einer Gemeinde wurden anderen Gemeinden zugeschlagen. So bewirtschafteten die Bauern des Dorfes Ketzlin „die wüst gewordene Feldmark von Netzmar gegen einige jährliche Pächte an das Amt Alt-Ruppin“¹⁷. Die Bauern nutzten fünf und die Kossäten vier Hufen. Die Prignitzer Ortschaften Gerdshagen, Grabow, Frehne und Meyenburg teilten sich in die wüste Feldmark des ehemaligen Dorfes Gülitz.¹⁸ Für die Bauern einer auf solche Weise groß gewordenen Gemeinde lohnte wegen der weiten Entfernung und des chronischen Düngermangels eine intensive Bodennutzung nicht. Sie hätten für die Bewirtschaftung der weit entfernten Außenfelder mehr Gesinde und Zugvieh gebraucht als bei einer anderen Hoflage. Auch die Frondienste dürften kaum zu einer Intensivierung der Außenfelder beigetragen haben. Aus all diesen Gründen beschränkte man sich auf eine Roggenernte alle drei, sechs oder neun Jahre und hatte dabei noch eine einigermaßen sichere Gewähr für eine relativ gute Ernte. Ganz ohne Dünger blieben aber auch diese Felder nicht. Die ausgedehnten Schafherden der Gutsherrschaften düngten, wenn auch nicht systematisch, diesen Boden (Hordenschlag).

Das intensivst genutzte Ackerland der damaligen Zeit war das Wördenland. Es lag in unmittelbarer Nähe des Dorfes, in der Nähe des Guts- oder Bauernhofes, vielfach zwischen den einzelnen Gewannen der Bauern. In der Regel gehörten zu jeder Wirtschaft Feldgärten oder sogenannte Achterhöfe, wie die Anteile an Wördenland auch genannt werden. In verschiedenen Gegenden hießen sie Kohl- oder Grabeland. Die Feldgärten wurden vom Besitzer nach eigenem Gutdünken genutzt. „Sie sind zum Gemüsebau, aber auch zum Ackerbau bestimmt und sind von den Hausgärten zu unterscheiden, in denen der Spaten allein herrscht.“¹⁹ Der Flurzwang war hier unbekannt. Die Feldgärten wurden jährlich gedüngt und jährlich genutzt.

In Brandenburg unterschied man im Rahmen der Dreifelderwirtschaft hauptsächlich folgende Bodenklassen:

Wördenland (jährlich gedüngt und bestellt)

Weizen- oder Gerstland (alle 3 Jahre gedüngt, 2 von 3 Jahren bestellt)

Haferland (nicht gedüngt, 2 von 3 Jahren bestellt)

3jähr. Roggenland (nicht gedüngt, alle 3 Jahre bestellt)

6jähr. Roggenland (nicht gedüngt, alle 6 Jahre bestellt)

9jähr. Roggenland (nicht gedüngt, alle 9 Jahre bestellt)

12jähr. Roggenland (nicht gedüngt, alle 12 Jahre bestellt)

17 *Bratring, Friedrich Wilhelm August*, Die Grafschaft Ruppin in historischer, statistischer und geographischer Hinsicht, Berlin 1788, S. 420.

18 *Seehaus*, Meyenburger Chronik, Pritzwalk 1929, S. 46.

19 *Knapp, Georg Friedrich*, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, Bd 1, München-Leipzig 1927, S. 5; zum gleichen Problem siehe auch *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Auszug aus der *Oeconomica forensis*, Bd 1, Berlin 1788, S. 18.

„Mit Winterung, und zwar mit Roggen, werden jährlich besät $\frac{1}{2}$ Wördenland, $\frac{1}{3}$ Gerstland, $\frac{1}{3}$ Haferland, $\frac{1}{3}$ dreijähriges Roggenland, $\frac{1}{6}$ sechsjähriges Roggenland, $\frac{1}{9}$ neunjähriges Roggenland, ($\frac{1}{12}$ zwölfjähriges Roggenland – H.-H. M.). Wo Weizen gebaut wird, kommt er auf das Wörden- und Gerstland. Mit Sommerung, und zwar mit Gerste, werden jährlich besät $\frac{1}{2}$ Wördenland, $\frac{1}{3}$ Gerstland, mit Hafer $\frac{1}{3}$ Haferland. Zur Brache bleibt $\frac{1}{3}$ Gerstland, $\frac{1}{3}$ Haferland, $\frac{2}{3}$ dreijähriges Roggenland, $\frac{5}{6}$ sechsjähriges Roggenland, $\frac{8}{9}$ neunjähriges Roggenland (und $\frac{11}{12}$ zwölfjähriges Roggenland – H.-H. M.). Die Intensität der Bewirtschaftung spiegelt das Verhältnis der Aussaatmenge von Winterung und Sommerung wider. Wo die strenge Dreifelderwirtschaft die ganze Ackerfläche einnimmt, ist dieses Verhältnis 1:1. Es wird ebenso viel Winterung wie Sommerung gesät. Je stärker sich das Verhältnis zuungunsten des Sommerkorns verschiebt, um so kleiner ist die Fläche des intensiv genutzten Binnenlandes.“²⁰

Die Ausübung des Flurzwanges beschränkte sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf die Binnenfeldmark. Verschiedene überlieferte Nachrichten aus einigen Dörfern deuten darauf hin, daß die Außenfelder ziemlich frei bewirtschaftet wurden.²¹ Bei der geschilderten extensiven Bewirtschaftung lag kein ausreichender Grund vor, den Flurzwang anzuwenden; er verlor hier seine Bedeutung, und sollte er dennoch angewandt worden sein, dann sicherlich nur in einer lockeren Form.

Über den Umfang der Außenländereien in Brandenburg sind wir hinreichend informiert. Bratring schätzte den Umfang für die Kurmark um 1800 auf

391 739 Morgen dreijähriges Land
7745 Morgen fünfjähriges Land
125 090 Morgen sechsjähriges Land
57 560 Morgen neunjähriges Land
54 105 Morgen zwölfjähriges Land
<hr/>
636 239 Morgen Roggenland ²²

Für die Neumark übermittelte Bratring folgende Zahlen:

3382 Morgen fünfjähriges Land
21 356 Morgen sechsjähriges Land
12 099 Morgen neunjähriges Land
6163 Morgen zwölfjähriges Land
11 633 Morgen unfruchtbares Land
<hr/>
54 633 Morgen Roggenland ²³

20 Krenzlin, Anneliese, a. a. O., S. 52.

21 Ebenda.

22 Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd 1, Berlin 1804, S. 12.

23 Ebenda, Bd 3, Berlin 1809, S. 9.

Die Richtigkeit dieser Zahlen muß jedoch für 1800 bezweifelt werden. Bratring übernahm sie von Borgstede, der sie für die achtziger Jahre berechnet hatte.²⁴ Aber gerade nach dieser Zeit wurden auf den Außenfeldern vieler Domänen- und Rittergüter neue, intensivere Produktionsmethoden (Schlagwirtschaft) eingeführt. Andere Güter schrieben ihre Außenfelder für den Getreidebau völlig ab und benutzten sie nur noch als Weidereviere. Der Umfang der für den Ackerbau bestimmten Außenländereien muß also geringer geschätzt werden. Nach den Zahlenangaben für die Kurmark wären um 1780 etwa 18 bis 20 Prozent der gesamten Ackerfläche feldgraswirtschaftlich und davon nur 26 Prozent getreidebaulich genutzt worden, wenn man voraussetzt, daß auf diesem mehrfeldrigen Land tatsächlich der Rotation entsprechend Getreide kultiviert wurde.²⁵ Für die Neumark könnte man ähnliche Verhältnisse annehmen.

Bei dem dreijährigen Land scheint in der Regel alle drei Jahre Roggen gesät worden zu sein. Bei dem übrigen Lande ist dies schon strittiger. Das extensiver genutzte Land des Dorfes Schönow (Barnim) zum Beispiel, welches im Jahre 1748 auf der Flurkarte noch verzeichnet war, wurde im Jahre 1842 als Weide ausgewiesen.²⁶ Vielfach wurde das neun- und zwölfjährige Land seit dem Ende des 18. Jahrhunderts auch aufgefurstet.

Wie groß war nun der Anteil des feldgraswirtschaftlich genutzten Landes bei den Gütern und bäuerlichen Wirtschaften? Führen wir einige Beispiele an. Nach einer Zusammenstellung der Domänenkammer gab es auf den kurmärkischen Domänen im Jahre 1750

2561 Hufen Weizen- und Gerstland
1777 Hufen Mittelland (Roggen- und Haferland)
3843 Hufen 3-, 6- und 9jähriges Land
<hr style="width: 50%; margin: 0 auto;"/> 8182 Hufen Ackerland ²⁷

Reichlich 46 Prozent aller im kurmärkischen Domänenbesitz befindlichen Hufen waren demnach einer extensiveren Bewirtschaftung unterworfen. Das war gewiß ein sehr hoher Anteil. Aber man muß hier berücksichtigen, daß der preußische Staat fast alle unfruchtbaren Sandschollen und wenig ergiebigen Böden den Domänen zuwies.²⁸ Außerdem kann das Vorhandensein dieser um-

24 Vgl. *Borgstede, A. H. v.*, Statistisch-topographische Beschreibung der Mark Brandenburg, Berlin 1788, S. 108.

25 Bei dieser Annahme wären jährlich 166 000 Morgen mit Getreide bestellt worden. Die Getreidefläche betrug nach der Berechnung von Goldschmidt 3 530 000 Morgen, die Brache 897 000 Morgen (*Goldschmidt, Hans*, Die Grundbesitzverteilung in der Kurmark Brandenburg um 1800, staatswiss. Diss. Tübingen 1909, S. 71 ff.).

26 Vgl. *Krenzlin, Anneliese*, a. a. O., S. 63.

27 Deutsches Zentralarchiv Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Gen. Dir. Kurmark, Tit. XXVIII, Varia, Nr 14.

28 Vgl. *Bodelschwingh, E. v.*, Leben des Ober-Präsidenten Freiherrn von Vincke, Berlin 1853, S. 88 ff.

fangreichen Außenländereien auch mit der ausgedehnten Schafzucht auf den Domänen erklärt werden.²⁹ Die Schafzucht war ein wesentliches Element der feudalen Wirtschaft. Dreifelderwirtschaft und Schafzucht bedingten sogar einander, denn die Produktivität des Landes hing in nicht unbedeutendem Maße vom Schafdünger ab. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verringerte sich das extensiv bewirtschaftete Land jedoch beträchtlich durch die Einführung der Koppelwirtschaft. Trotzdem bestanden aber auch am Ende des 18. Jahrhunderts auf verschiedenen Domänengütern noch verhältnismäßig große Außenländereien. Sie waren vielfach eine Konzession an die Schafhaltung. Das Vorwerk Bornim (Amt Potsdam) besaß um 1800 von 1381 Morgen Gesamtackerfläche 258 dreijähriges und 86 Morgen sechsjähriges Land (knapp 25%).³⁰ Ein von Thaer genanntes Vorwerk umfaßte zu Beginn des 19. Jahrhunderts 1385 Morgen Ackerland, davon wurden 325 Morgen als dreijähriges und 521 Morgen als wertloses Land, „wovon zwei Morgen kaum eine dürrtige Weide für ein Schaf abgeben“³¹, bezeichnet.

Das Rittergut Verbitz (v. Schätzel) im Havelland besaß 1783 nach der Taxe 896 Morgen Ackerland, davon 123 Morgen drei- und 54 Morgen sechsjähriges Land (19,7%).³² Das Rittergut Hackenberg hatte im Jahre 1805 von 837 Morgen Gesamtackerfläche dagegen nur noch 44 Morgen dreijähriges Land (5,5%) aufzuweisen.³³

Ein Bauerngut in Klosterfelde besaß im Jahre 1781 96 Morgen Ackerland inklusive 8 Morgen dreijähriges und 13 Morgen bewachsenes Land (21%).³⁴ Die bäuerliche Ackerfläche des Dorfes Fredersdorf bestand im Jahre 1772 aus 317 Morgen Gerstland, 51 Morgen Haferland und 189 Morgen dreijähriges Land.³⁵ Das dreijährige Land umfaßte 34 Prozent.

Recht ungünstig in dieser Beziehung waren die Bauern des neumärkischen Dorfes Sandow (Sternberg) bedacht. Die einzelnen Bauern besaßen³⁶:

29 Die kurmärkischen Domänen besaßen ca. 15 Prozent aller in der Kurmark gezählten Schafe, während ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche nur 3,2 Prozent ausmachte.

30 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (im folgenden: LHA Potsdam), Rep. 2, Dom. Reg. Potsdam, Fach 3, Nr 11.

31 [*Thaer, Albrecht*], Wirtschaftsrechnung eines Domänenvorwerks, in: Annalen der Fortschritte der Landwirtschaft in Theorie und Praxis, hg. v. Albrecht Thaer, Bd 3, 1812, S. 51.

32 LHA Potsdam, Kur- und Neumärkische Ritterschafts-Direktion, ohne Nr, Taxe des Schätzelschen Rittergutes.

33 Ebenda, Nr 25.

34 Ebenda, Nr L 1, vol. 5.

35 *Hosemann, F.*, Ortsgeschichte der Dörfer Fredersdorf, Vogelsdorf, Bollensdorf, o. O., 1927, S. 70.

36 *Pilsach, Ch. Freiherr Senfft v.*, Bäuerliche Wirtschaftsverhältnisse in einem neumärkischen Dorfe (Land Sternberg) vor der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und der erste dortige Regulierungsversuch, in: Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Jg. 1909, S. 466.

42 Morgen raumen*	56 Morgen bewachsenen Acker**	L***
65 „ „	50 „ „	L
42 „ „	53 „ „	L
56 „ „	59 „ „	L
50 „ „	57 „ „	L
57 „ „	73 „ „	L
45 „ „	79 „ „	E°
48 „ „	52 „ „	E
50 „ „	68 „ „	E
58 „ „	55 „ „	E

513 Morgen raumen 602 Morgen bewachsenen Acker

Die einzelnen Kossäten besaßen:

41 Morgen raumen	27 Morgen bewachsenen Acker	L
46 „ „	13 „ „	L
27 „ „	33 „ „	L
32 „ „	24 „ „	L
57 „ „	41 „ „	L
57 „ „	97 „ „	L
48 „ „	95 „ „	L
25 „ „	44 „ „	E
46 „ „	24 „ „	E
30 „ „	54 „ „	E
43 „ „	16 „ „	E

452 Morgen raumen 468 Morgen bewachsenen Acker

* raumer Acker = gutes, kultiviertes Land

** bewachsener Acker = drei- und mehrjähriges Land

*** L = Laßbauer

° E = Eigentümer

Der Unterschied des Besitzes an raumem Acker war bei den Bauern und Kossäten in Sandow nicht sehr bedeutend, im Durchschnitt besaßen die Bauern etwa zehn Morgen mehr. Dagegen besaßen aber im allgemeinen die Bauern bedeutend mehr bewachsenen Acker als die Kossäten.

Nähere Hinweise über die Verteilung des Außenlandes zwischen Gütern und bäuerlichen Wirtschaften sind aus den Quellen nicht bekannt. Man darf jedoch annehmen, daß mit der Entwicklung des Ackerbaues seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Verhältnisse sich zuungunsten der Bauern verschoben, da die Domänen und Rittergüter weit schneller ihre extensiveren Flächen verkleinerten als die Bauernwirtschaften.

Der extensiv betriebene Ackerbau macht auch verständlich, warum die Ausstattung der bäuerlichen Wirtschaften mit Land, verglichen mit heute, so unverhältnismäßig hoch war. Eine Wirtschaft, die einen beträchtlichen Teil „Roggenland“ umfaßte und deren übriger Boden, gemessen an den Ertragsquoten für Getreide, welches den größten Teil der Ackerfläche einnahm, eine niedrige Produktivität aufwies, bedingte eine größere Landausstattung als heute. Mentzel, ein bekannter kapitalistischer Agrarökonom und Schafzüchter,

der die preußische Landwirtschaft jener Zeit gut kannte, stellte fest, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts bäuerliche Betriebe von 6 bis 25 Morgen Größe auf schlechteren Böden gerade notdürftig bestehen konnten und ein Einkommen, mit dem man mehr als den nötigen Lebensbedarf bestreiten konnte, erst bei 50 bis 80 Morgen gegeben war.³⁷

ZWEIFELDER- UND EINFELDERWIRTSCHAFTEN

In Brandenburg existierten neben der vorherrschenden Dreifelderwirtschaft noch andere Bodennutzungssysteme. Es sind die Zweifelder- und Einfelderwirtschaften, auch unter dem Begriff „zelgenfreie Feldsysteme“ bekannt.

Häufiger waren die Zweifelderwirtschaften. Sie befanden sich besonders in Gebieten mit vorherrschend schlechten Sandböden. Man unterschied zwei Gruppen. In der ersten wurde nur die Hälfte des Ackerlandes mit Getreide bestellt, während die andere Hälfte als Brache liegenblieb. So berichtet Büsching über das Vorwerk Tegel (Amt Schönhausen), daß von 115 Morgen Ackerland 57 Morgen brachlagen und die andere Hälfte mit Roggen besät worden war.³⁸ Diese Art der Bebauung war jedoch seltener.

Größere Bedeutung fand die Zweifelderwirtschaft ohne Brache. Sie gab es in der Neumark, vor allem in den Kreisen Königsberg, Krossen, Züllichau und Cottbus. Auch in der Kurmark kam sie verstreut vor. Bei dieser Form wurden beide Felder jährlich besät, und zwar abwechselnd mit Wintergetreide (Roggen) und Sommergetreide (Gerste, Hafer, Buchweizen, Erbsen). In vielen Dörfern, zum Beispiel im Kreis Cottbus, überwog der Roggenanbau, und in manchen Fällen wurden beide Felder ausschließlich mit Roggen besät, so daß man fast von einem „Einfeldsystem“³⁹ sprechen kann.

Nach Krenzlin unterschied sich dieses Feldsystem von der Dreifelderwirtschaft besonders dadurch, „daß hier ständiges Ackerland und Weideland zwei voneinander getrennte Bereiche sind. Ursache hierfür ist die Ungunst der sandigen Böden, die eine Beackerung der niemals gedüngten Außenländer verbietet. Sie würde sich im Ertrag nicht lohnen. Wesentlicher ist aber, daß die Beseitigung der natürlichen Vegetationsdecke bei den leichten Böden, wenn sie ungedüngt sind, Sandverwehungen zur Folge hat . . . Es kann also auf sterilen Böden nur der Teil der Feldmarken zu Ackerland umgelegt werden, der mindestens alle paar Jahre einmal gedüngt werden kann. Und auch dieses Ackerland muß aus dem gleichen Grunde jährlich bestellt werden. Denn die

37 *Mentzel, F. O.*, Die Remontierung der Preußischen Armee, Berlin 1845, S. 90.

38 *Büsching, A. F.*, Beschreibung seiner Reise von Berlin nach Kyritz in der Prignitz, Berlin 1780, S. 14.

39 Vgl. *Krenzlin, Anneliese*, a. a. O., S. 53; zum gleichen Problem siehe auch *Czybulka, Gerhard*, Die Lage der ländlichen Klassen Ostdeutschlands im 18. Jahrhundert, in: Beiträge zum Geschichtsunterricht, 15/1949, S. 23.

Quellen heben hervor, daß der Acker jährlich besät wird, weil er schlechtes Sandland ist.“⁴⁰

Die Dreifelderwirtschaft konnte sich also auf sehr ungünstigen Sandböden nicht entfalten. Krenzlin erbrachte den Nachweis, daß viele Dörfer, die ehemals nach dem Dreifeldersystem das Ackerland bebaut hatten, auf Grund der schlechten Sandböden zur Zweifelderwirtschaft übergingen. Nachgewiesen wurde das in den Dörfern des Kreises Cottbus, in Chorin (Uckermark), in Biesenthal und Schönow (Barnim), in Grunow im Sternberger Land, in Dölzig im Kreis Soldin und in Reesdorf in der Zauche.⁴¹ Die Quellen berichten von zahlreichen Versandungen der Äcker. So wurde das Ackerland der Vorwerke Biesenthal und Melschow (Amt Biesenthal) im Jahre 1772 durch Flugsand verwüstet. Mit Kiefernanzpflanzungen versuchte man, den Sandverwehungen zu begegnen.⁴² Jahre später wurden die Biesenthaler Amtsdörfer Tuchen und Klobikau von diesem gefährlichen Sand heimgesucht. In der Zeit von 1791 bis 1797 wurden 500 bis 600 Morgen tragbaren Ackers in Sandschollen verwandelt. Die Bauern wehrten sich verzweifelt gegen diese drohenden Gefahren. Der preußische Staat überließ die Bauern sehr lange ihrem Schicksal. Erst als sie nicht mehr in der Lage waren, die fälligen Steuern und Abgaben zu leisten, bequeme man sich, die Gemeinden zu unterstützen, „weil sonst der Zustand der Gemeinde immer trauriger werden dürfte“⁴³. Versandet wurden die Äcker des Vorwerkes Vehlefanzen im Jahre 1767.⁴⁴ Den gleichen Unbilden war das Vorwerk Schenkendorf (Amt Saarmund) ausgesetzt. Die Bauern der zu dem Amte Saarmund gehörenden Gemeinde Nickel schrieben über die Versandung an die Kammer: „Viele unserer Äcker, die sonst gutes Weizenland waren, sind jetzt nur mittelmäßig tragende Gerstenfelder, wovon der Grund in den starken Versandungen liegt, die durch die Niederhauung der, unsere Äcker begrenzenden, Büsche verursacht worden ist“, und sie legten weiter dar, daß „der jetzige hohe Getreidepreis für uns kein Gewinn ist, weil uns eines Teils wenig zum Verkauf übrig bleibt, anderenteils aber der etwa mögliche Gewinn davon, durch die ebenso sehr gestiegenen Preise aller Lebensmittel und aller Wirtschaftssachen völlig aufgezehrt wird“⁴⁵. In diesem Falle war es das Vergehen an einst vorsorglich angelegten Wald- oder Buschstreifen, das sich bitter an der landwirtschaftlichen Produktion rächte.

Die bei der Zweifelderwirtschaft fehlende Brachweide hatte eine Bewirtschaftung zur Folge, die weniger strengen Regeln als bei der Dreifelderwirtschaft

40 Krenzlin, *Anneliese*, a. a. O., S. 53.

41 Ebenda, S. 62 u. 115.

42 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. XXXIII, Amt Biesenthal, Verpachtung des Amts, Nr 1.

43 Stadelmann, *Rudolf*, Preußens Könige in ihrer Tätigkeit für die Landeskultur, Bd 3, Leipzig 1885, S. 15.

44 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LXXIX, Amt Vehlefanzen, Amts-Verpachtung, Nr 1.

45 Ebenda, Tit. LXX, Amt Saarmund, Amts-Verpachtung, Nr 1, vol. 2.

unterworfen war. Vielfach herrschte kein Flurzwang, und die Getreideaussaat war an kein festes und vorgeschriebenes Schema gebunden. Das dichtere Wegenetz gestattete den Bauern, auch ihre Ackerländereien jederzeit zu erreichen. In den Niederungen der Elbe, Havel, Bober, Netze, Warthe und teilweise an der Oder, in denen die Kleingewannfluren oder regellosen Formen der Blockfluren stark in den Vordergrund traten und eine Hufenverfassung nicht vorhanden war, herrschte die Einfelderwirtschaft. Der feuchte, schwere Acker erlaubte auf den meist kleinen Feldern die jährliche Bestellung. Es wurde Winter- und Sommergetreide ausgesät; in einzelnen Dörfern überwog der Anbau des Sommergetreides. Im übrigen gab es eine freie Körnerfolge. Flurzwang war unbekannt. Der in diesen Landstrichen größere Wiesenreichtum gestattete zudem eine größere Viehhaltung, durch die sich das Dungaufkommen beträchtlich erhöhte. Die Bodenfruchtbarkeit konnte wesentlich leichter und besser erhalten werden. So waren namentlich in diesen Gebieten die Bauern im allgemeinen wohlhabender.⁴⁶

DIE VERBESSERTE DREIFELDERWIRTSCHAFT

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts, besonders aber im letzten Drittel, beginnt in Brandenburg eine Veränderung in den Nutzungssystemen. Dieser Prozeß erhielt seinen ökonomischen Anreiz durch vielfältige Faktoren. Die Bevölkerungszunahme, die Entwicklung und Konzentration der Manufakturen, hauptsächlich in Berlin, und der zunehmende Getreidebedarf westeuropäischer Länder wirkten anregend auf eine Bodenverbesserung und Umgestaltung der Fruchtfolge ein. Die größere Nachfrage nach Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen, die allmähliche Vergrößerung des inneren und äußeren Marktes verdrängten die bisherige strenge Dreifelderwirtschaft. Gefördert wurde dieser Vorgang durch die Einflüsse der kapitalistischen europäischen Länder, vor allem der Niederlande und Englands. Diese Länder kannten keine feudale Ausbeutung mehr; sie hatten die Leibeigenschaft schon längst in die Requisitekammer der Geschichte geworfen. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse gestalteten auch die niederländische und englische Landwirtschaft nach kapitalistischen Prinzipien um. Die Verbesserungen der englischen Landwirtschaft fanden in Brandenburg Eingang. Mehrere Rittergutsbesitzer und Domänenpächter überzeugten sich an Ort und Stelle von den Vorzügen der neuen Produktionsmethoden und wandten sie unter feudalen Produktionsbedingungen in der Mark an. Auch der preußische Staat bekundete großes Interesse an den Neuerungen und entsandte offizielle Delegationen nach England, um durch sie die englische Landwirtschaft näher kennenzulernen. Verschiedentlich waren sogar englische Landwirte in der Mark tätig.

⁴⁶ Vgl. *Schultze, Johannes*, Die Prignitz = Mitteldeutsche Forschungen, Bd 8, Köln-Graz 1956, S. 83; *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, Bd 1, Züllichau 1785, S. 495.

Die Durchsetzung der neuen Produktionsmethoden war unterschiedlich. In größeren Teilen der Mark ging man noch nicht radikal von der Dreifelderwirtschaft ab. Mit dem Aufkommen neuer Pflanzen und Früchte — Klee, Esparsette, Luzerne, Kartoffeln, Rüben, Farbkräuter usw. — erhielt man ein Saatgut, mit dem zunächst das Brachfeld bebaut wurde. In den edierten Taxprinzipien der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftsdirektion von 1777 wird die Nutzung der Brache schon als etwas sehr Bekanntes angesehen.⁴⁷ An der Dreifelderwirtschaft änderte sich aber im wesentlichen noch nichts. Es wurde in der Regel auch nicht die ganze Brache mit Brachfrüchten bestellt, weil man eine zeitweise Brachhaltung noch nicht völlig entbehren zu können glaubte.⁴⁸ Die verbesserte Dreifelderwirtschaft oder Besömmerung der Brache, wie die Wissenschaft dieses Nutzungssystem klassifizierte, war gewissermaßen die gesetzmäßige Weiterentwicklung der Produktivkräfte im Ackerbau des Spätfendalismus. Hierin zeigt sich deutlich, ja direkt klassisch, daß die Menschen nicht freie Herren ihrer Produktivkräfte sind, sondern daß die Entwicklung auf Grund der vorgefundenen Produktivkräfte, der vorherigen Produktion und menschlichen Tätigkeit, in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt wird, deren Resultat in unserem Falle die verbesserte Dreifelderwirtschaft war. Die Entwicklung vollzog sich also noch innerhalb der traditionellen Dreifeldereinteilung, in vielen Fällen noch bei Fortbestehen der Gemengelage und des Flurzwanges. Jedoch bedeutete die verbesserte Dreifelderwirtschaft einen sehr großen Fortschritt gegenüber der strengen Dreifelderwirtschaft. Durch die teilweise oder auch ganze Beseitigung der Brache konnte viel unbebautes Land in die pflanzliche Produktion einbezogen werden.

Der Anbau verschiedener produktiverer Kulturen führte zu einer Verbesserung der Viehhaltung, zur Vermehrung des Dungaufkommens und zu einer besseren Bodenbearbeitung. Aber der Getreideanbau war weiterhin vorherrschend. Ihm wurde eine zu große Fläche eingeräumt, und es folgten mehrere Halmfrüchte hintereinander. Trotzdem brachte die Verbesserung des althergebrachten Betriebssystems eine allmähliche Ertragssteigerung von durchschnittlich 20 bis 30 Prozent.

An dieser Entwicklung waren entgegen den Behauptungen verschiedener Historiker die Güter und bäuerlichen Wirtschaften gleichermaßen beteiligt.⁴⁹ Genau genommen, besaßen die Bauern, Pächter und Gutsbesitzer schon längst die Erfahrung, daß das gesamte Ackerland auch ohne das Dazwischenschalten

47 Vgl. *Koppe, J. G.*, Kurze Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Mark Brandenburg (im folgenden: Kurze Darstellung), Berlin 1839, S. 11; *Meitzen, August*, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd 2, Berlin 1869, S. 14.

48 Vgl. dazu: *Goltz, Th. Freiherr v. d.*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Bd 2, Stuttgart-Berlin 1903, S. 219.

49 Siehe *Müller, Hans-Heinrich*, Der agrarische Fortschritt und die Bauern in Brandenburg vor 1807, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 3/1964.

eines Brachsches bestellbar werden konnte. Die außerhalb der Flur liegenden Haus- und Feldgärten erbrachten ja den Beweis, daß dem Boden bei entsprechender Bearbeitung und Düngung jährlich sogar mehrere Ernten abgerungen werden konnten.⁵⁰ Daß die Nutzung des Brachfeldes vor allem auf den bäuerlichen Wirtschaften nicht geschehen war, lag in dem Zuschnitt der Wirtschaften, in den Feudalverhältnissen, in der noch auf niedriger Stufe stehenden und daher wenig Dünger liefernden Viehzucht und in der Hauptsache jedoch darin begründet, daß die Feldfutterpflanzen und Hackfrüchte noch zu wenig oder gar nicht bekannt waren.

Mit der Weiterentwicklung der agraren Produktivkräfte im 18. Jahrhundert schritten dann auch die Bauern zu Verbesserungen in ihrer Wirtschaft. So schreibt im Jahre 1767 der Domänenpächter des Amtes Vehlefanzen über seine untertänigen Bauern: „Die Untertanen befeißigen sich übrigens von Zeit zu Zeit des durch die Erfahrung belehrten nützlichen Erdtöffelbaues immer mehr und mehr und pflanzen bereits gute Quantitäten davon im Feld.“⁵¹ Der bekannte fortschrittliche Landwirt Benekendorf wußte zu berichten, daß man in einem Teil der Altmark „nur selten eine Brache antrifft, sondern den Acker fast alle Jahre nutzt . . .“⁵² Auf den Dörfern des Amtes Neuenhagen, unter anderem in Alt-Glietzen, Hohenwutzen, Neuenhagen, bebauten die Bauern um 1782 „die Brache nicht ungebührlich“ mit Kartoffeln, Flachs und Hanf.⁵³ Von ritterschaftlichen Dörfern in der Uckermark wird um 1785 berichtet, daß die Bauern „1/12 der Brache mit Erbsen und Wicken und die Hälfte der Brache mit Kartoffeln bestellen“⁵⁴. Nach diesen Angaben hatten die Bauern knapp 60 Prozent der Brache mit Futterpflanzen und Hackfrüchten angebaut, was schon ein sehr großer Fortschritt war. Die Bauern des Dorfes Schönerlinde (Amt Mühlenbeck) besäten im Jahre 1772 „aus eigenem Antriebe 50 Morgen mit Klee“⁵⁵. Im Jahre 1795 wurden in verschiedenen Dörfern des Amtes Arendsee ein Zwölftel der gesamten Feldmark mit Klee bestellt.⁵⁶ In anderen Dörfern wurden außer Kartoffeln, Flachs, Erbsen und Wicken auch größere Mengen Rüben im Brachfeld angebaut.⁵⁷ In dem ritterschaftlichen Dorfe

50 Vgl. *Über die hohen Verpachtungen*, in: Annalen des Ackerbaues, Bd 2, 1805, S. 21.

51 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LXXIX, Amt Vehlefanzen, Amts-Verpachtung, Nr 1.

52 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine ökonomische Schriften, Bd 1, Küstrin 1784, S. 19.

53 LHA Potsdam, Rep. 7, Amt Neuenhagen, Bereisung der Dörfer, Nr 5.

54 Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (im folgenden: Akademiearchiv), Ellersches Legat, Preisschrift über die Stallfütterung, 1788, Nr. 36.

55 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LX, Amt Mühlenbeck, Amts-Verpachtung, Nr 2, vol. 2.

56 Ebenda, Tit. XXIX, Amt Arendsee, Verpachtung des Amtes, Nr 1, vol. 2.

57 Vgl. LHA Potsdam, Rep. 2, Dom. Reg. Oranienburg, Fach 2, General-Pacht-Sachen, Nr 12.

Sandow in der Neumark wurde die Hälfte der Brache, ungefähr sieben Morgen je Wirtschaft, mit Brachfrüchten kultiviert.⁵⁸ Diese Beispiele kann man ergänzen. Sie beweisen, daß der Fortschritt im Ackerbau trotz aller feudalen Hindernisse auch von den bäuerlichen Wirtschaften getragen wurde.

DIE VIERFELDERWIRTSCHAFT

Mottek schreibt in seiner „Wirtschaftsgeschichte“, daß in Deutschland, ausgenommen in Holstein und Mecklenburg, kaum radikal von der Dreifelderwirtschaft abgegangen wurde.⁵⁹ Andere Nutzungssysteme hätten sich also nicht entwickelt. Das ist jedoch unrichtig. In Brandenburg setzte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sogar eine ganze Anzahl neuer Bewirtschaftungssysteme durch; verschiedene Güter erreichten dabei eine weit höhere Entwicklungsstufe im Ackerbau als in Mecklenburg.

Häufig bildete die verbesserte Dreifelderwirtschaft nur eine Übergangsstufe zur geregelten Vierfelderwirtschaft. So wurde im Jahre 1779 auf dem adligen Gute Britz (v. Hertzberg) nach den Angaben einer Preisschrift die Vierfelderwirtschaft „infolge Vermehrung des Düngers“ eingerichtet. Die Vermehrung des Düngers erreichte man durch den Anbau von Luzerne-Klee, der „im Jahr fünfmal gemäht wurde“. Auch die Einführung neuer und leistungsfähigerer Rindviehrassen, die zusätzlich mit Treber und Schlempe aus Berliner Brauereien gefüttert wurden, steigerten das Dungaufkommen beträchtlich. Anstatt zwei Drittel, wurden nunmehr drei Viertel des Landes mit Getreide bestellt. Die Brache wurde gänzlich abgeschafft.⁶⁰

Auf der Gutsherrschaft Gusow ging der Graf von Podewils im Jahre 1789 auf verschiedenen Ländereien von der Dreifelder- zur Vierfelderwirtschaft über.⁶¹

Im Oderbruch war auf vielen Bauernwirtschaften, die nach Albrecht Thaer „eine große Aufmerksamkeit auf die Bestellung“ richteten und „einen emporstrebenden Verbesserungsgeist“ zeigten⁶², die Vierfelderwirtschaft, jedoch mit unterschiedlichen Fruchtfolgen, recht verbreitet. So gab es in einigen Dörfern folgende Fruchtfolge: 1. Kartoffeln, 2. Gerste, 3. Winterung, 4. Hafer.⁶³ In Alt-Wriezen dagegen bewirtschaftete ein Bauer sein Land nach folgender Ein-

58 *Pilsach, Ch. Freiherr Senfft v.*, a. a. O., S. 467.

59 *Mottek, Hans*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 1, Berlin 1957, S. 356.

60 Akademiearchiv, a. a. O., Nr 32; siehe auch *Beschreibung des dem Grafen v. Hertzberg gehörigen Gutes Britz*, in: Annalen der Märkischen Oekonomischen Gesellschaft zu Potsdam, Bd 1/2, 1793, S. 4; *Lenz, F.*, Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik, Berlin 1912, S. 9.

61 *Podewils, Graf v.*, Wirtschafts-Erfahrungen in den Gütern Gusow und Platow, Bd 1, Berlin 1801, S. 5.

62 *Thaer, Albrecht*, Über meine Wirtschaft in Möglin, in: Annalen des Ackerbaues, Bd 1, 1805, S. 154.

63 *Meitzen, August*, a. a. O., S. 176.

teilung: 1. Getreide, Wiese, Kartoffeln; 2. Getreide, Wiese, 3. Getreide, Wiese, 4. Weide.⁶⁴ Auf den Wiesen wurde vielerorts Ray- und Thimotiengras und auf der Weide Klee ausgesät.⁶⁵

Größere Verbreitung fand die „Englische Wirtschaft“, die in ihrer Art ebenfalls zur Vierfelderwirtschaft zu rechnen ist. Sie wurde erstmals im Jahre 1767 auf den Gütern des Grafen Kameke durch den englischen bürgerlichen Landwirt Brown eingeführt. Im Anhang der vorliegenden Arbeit befindet sich eine von Kameke selbst verfaßte Beschreibung dieser Wirtschaft, die hiermit zum erstenmal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die Fruchtfolge war im wesentlichen: 1. Turnips (Rüben), 2. Gerste, 3. Klee und Hülsenfrüchte, 4. Roggen und Weizen. Bei diesem Betriebssystem erkennt man den Norfolker Fruchtwechsel mit Beginn der Schlaghalbierung, ein System, das dann später von Albrecht Thaer vervollkommnet wurde.⁶⁶

Gedüngt wurde zu Rüben. Der Klee wurde unter die Gerste gesät, damit er sich im folgenden Jahr gut entwickeln konnte. Nach der Aussage Kamekes schlug diese Fruchtfolge auf seinen Gütern sehr gut an. Auf seinem Gut Prädikow konnte durch diese neue Wirtschaft die Viehhaltung maßgeblich vergrößert werden. Vor der Einführung hielt Kameke 86 Kühe und 50 Ochsen, nach der Einführung der „Englischen Wirtschaft“ 146 Kühe und 60 Ochsen. Die Düngerproduktion konnte somit bedeutend gehoben werden. Diese Bewirtschaftungsart wurde zuerst auf einem „mittelmäßigen Lande“ eingeführt. Boden, der ehemals nur Hafer oder Roggen trug, wurde in gerstenfähiges Land verwandelt. Aber die Verbesserung des Bodens war schließlich auch der Einführung neuer Ackergeräte zu verdanken. Die neuen englischen Pflüge, die Kameke mit der Umgestaltung gleichzeitig aus England einfuhrte, durchzogen den Boden tiefer als die märkischen Beetpflüge, so daß auch bisher nicht genutzte Nährstoffe aus den tieferen Bodenlagen verwertet werden konnten und zum Erfolg der neuen Fruchtfolge beitrugen. Aber nicht immer und nicht überall bewährte sich anfangs die „Englische Wirtschaft“, wie noch zu sehen ist.

Zunächst wurde der preußische Staat auf die Bewirtschaftung der Kamekeschen Güter aufmerksam. Friedrich II. bekundete sehr großes Interesse für diese neue Bewirtschaftung. Er war überhaupt für englische Neuerungen in der Landwirtschaft sehr empfänglich. Viele fortschrittliche Landwirte und Beamte legten ihm die Erfolge der englischen Landwirtschaft nahe.⁶⁷ Nachdem

64 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Ämter-Sachen-Generalia, Tit. XVI, Nr 6 (1795).

65 Vgl. *Noeldechen, F. W.*, Oekonomische und staatswirtschaftliche Briefe . . . , Berlin 1800, Tabelle 8.

66 Vgl. *Habernoll, P.*, Die Versuche Friedrich des Großen, das englische System der Fruchtwechselwirtschaft in Preußen einzuführen, in: *Landwirtschaftliche Jahrbücher*, Bd 29, Berlin 1900, S. 90; *Thaer, Albrecht*, Einleitung zur Kenntnis der englischen Landwirtschaft, Bd 1, Hannover 1798, S. 298.

67 Vgl. *Steuer, Joseph*, Motive und Grundlagen der Agrarpolitik Friedrich des

sich mehrere Kammerbeamte von den Vorzügen der „Englischen Wirtschaft“ auf den Kamekeschen Gütern überzeugt hatten, beschloß man, sie auf den kurmärkischen Domänen ebenfalls einzuführen. Brown wurde im Jahre 1769 die Domäne Mühlenbeck übertragen. Hier gestaltete er den Ackerbaubetrieb genauso um wie auf den Kamekeschen Gütern Harnekop und Prädikow. Die Pächter anderer Domänen wurden aufgefordert, bei Brown in die Schule zu gehen. In den Jahren 1770/71 führten dann zahlreiche Domänenpächter die „Englische Wirtschaft“ auf ihren Domänen ein.⁶⁸ Die Domänen sollten zugleich Vorbild für die Rittergüter und Bauernwirtschaften sein.

Friedrich II. schwebte vor Augen, mit der Einführung dieser Wirtschaft alles drei- und mehrjährige Land mit Klee und anderen Futterkräutern bestellen zu lassen, um die Viehzucht zu steigern und dadurch die Landwirtschaft insgesamt zu heben, damit die Bauern, die große Masse der Steuerzahler, leichter ihre „Praestanda zu praestieren“ imstande seien.

Das beabsichtigte Ziel des Königs wurde nicht erreicht. Die feudalen Produktionsverhältnisse standen einer radikalen Umgestaltung noch hindernd im Wege. Gemengelage und Flurzwang auf den bäuerlichen Äckern waren weitere große Hindernisse. Eine durchgreifende Veränderung der landwirtschaftlichen Betriebsweise setzte die Separation, das heißt die Beseitigung der Gemengelage und der Weidgerechtigkeiten, voraus. Sie wurde nur auf den Domänen und Rittergütern erfolgreich durchgeführt.

Man machte sich auch noch falsche Vorstellungen über den Klee. Viele Landwirte sahen im Klee eine Wunderpflanze, von der alles Heil komme. Man brauche ihn nur auf die mittelmäßigen und schlechten Böden, die bisher alle paar Jahre recht und schlecht einmal Roggen trugen, auszusäen und ohne weiteres Zutun wachse er von allein. Stallfutter für das Vieh würde es dann in Hülle und Fülle geben.

Die Landwirte ließen außer acht, daß auch der Klee eines gut vorbereiteten und gedüngten Bodens bedarf. Und auch der beste Boden verträgt nicht Jahre hintereinander Kleebestand. Er wird dann kleemüde, und die nachfolgenden Früchte geraten nicht gut. Es fehlte die Erfahrung, die sich erst im Laufe der Zeit einstellte.

Begünstigt durch die Agrarkonjunktur, die ein Steigen der Getreidepreise zur Folge hatte, verwandelten viele Landwirte zunächst zugunsten der Weizenkultur „einen nicht unbedeutenden Teil der Wiesen in Ackerland und hofften, den Ausfall der Heuernte durch Vermehrung des Kleebaues zu decken. Deshalb kamen sie nun darauf, den Kleebau über Gebühr auszudehnen und fast das ganze Brachfeld mit Klee und Wickfutter zu bestellen. Das konnte freilich nicht lange mit guten Erfolgen bestehen, denn die Äcker, welche ohnehin

Großen, jur. Diss. Göttingen 1942 (MS), S. 137; *Heimatkalender für den Kreis Prenzlau*, 1931, S. 133; *Koppe, J. G.*, Kurze Darstellung, a. a. O., S.14.

68 Vgl. DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LX, Amt Mühlenbeck, Verpachtung des Amts, Nr 1.

schon wegen ihrer sandigen Natur dem Klee nicht ganz zusagten, gingen zu Grunde.“⁶⁹

Darum waren viele Landwirte zunächst enttäuscht und kamen mit der „Englischen Wirtschaft“ mitunter in große Schwierigkeiten, besonders da, wo man glaubte, diese Betriebsweise sei ein probates Mittel nur für die wenig ertragreichen Außenländereien, deren Boden nicht besonders gründlich bearbeitet und gedüngt wurde.

Doch nur die allerwenigsten der enttäuschten Landwirte kehrten zur Dreifelderwirtschaft zurück. Vielmehr begann man zur Koppelwirtschaft, manchmal auch „verbesserte Englische Wirtschaft“ genannt, überzugehen, in der der Boden durch eine zweckmäßigere Fruchtfolge ertragreicher gestaltet und dabei gleichzeitig geschont wurde.

Wenn Habernoll schreibt, daß die „Englische Wirtschaft“, besonders das System des Fruchtwechsels, nicht Eingang fand und vergessen worden sei, bis es dann Thaer in weiter entwickelter Form einbürgerte⁷⁰, so kann man dem nicht zustimmen. Wie er ja selbst mitteilt, kam man ziemlich schnell hinter das Geheimnis des Fruchtwechsels als Mittel zum Erfolg in der Ackerbautechnik. Im Jahre 1775 wurde Friedrich II. ein beachtenswertes Memoire mit dem Titel „Versuch eines zweckmäßigen landwirtschaftlichen Systems und die Mittel, die Landwirtschaft in den königlich preußischen Staaten zu verbessern“ eingereicht. Außer anderen ökonomischen Maßnahmen wurde darin der Fruchtwechsel nachdrücklich empfohlen und ganz besonders auf die Reihenfolge der anzubauenden Gewächse aufmerksam gemacht: „Das Geheimnis, einen Acker jährlich zu benutzen, besteht darin, mit den Früchten jährlich dergestalt zu wechseln, daß nicht einerlei Früchte hintereinander auf ein Feld gebracht, sondern jährlich damit dergestalt abgewechselt werde, daß einer Körnerfrucht immer Wurzelgewächse folgen.“⁷¹ Diese Erkenntnis gewann ziemlich schnell an Boden. Sichtlich von dem Memoire inspiriert, wies der Domänenrat Neuhaus, einer der von Friedrich II. nach England delegierten Landwirte, darauf hin, daß die Bebauung der Außenländereien in der bisherigen Art nicht der rechte Weg sei. Man könne zwar diese Ländereien mit Lehm, Mergel, Kompost, Tonerde und sonstigem Dünger verbessern, aber zweckmäßiger sei es doch, mit der Umgestaltung auf den besseren Ländereien der Binnenfeldmark zu beginnen. Und man begann tatsächlich auch mit dem Futteranbau auf den besseren Böden und führte den von Brown eingeführten Fruchtwechsel, mitunter etwas modifiziert, fort, „so Viehstand und Dünger zu vermehren und dann mit Hilfe des letzteren nach und nach die schlechteren Stücke zur Produktion heranzuziehen“⁷².

69 *Langenthal, Ch. Eduard*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Bd 4, Jena 1856, S. 454; siehe auch *Thaer, Albrecht*, Über den Abriß der Staatsökonomie von Leopold Krug, in: *Annalen des Ackerbaues*, Bd 8, 1808, S. 183.

70 *Habernoll, P.*, a. a. O., S. 93 ff.

71 Zit. nach: ebenda, S. 94.

72 Zit. nach: ebenda, S. 100.

So läßt sich nachweisen, daß die „Englische Wirtschaft“ auf den kurmärkischen Domänen Ende der siebziger Jahre bis zur Jahrhundertwende ihren festen Platz behauptete. Genannt seien nur die Ämter Goldbeck, Lebus, Ruppín und Zossen. In den beiden letzten bestand diese Betriebsweise noch in den Jahren 1789 und 1802.⁷³

Manche Pächter hielten einen Brachschatz für notwendig, so daß die „Englische Wirtschaft“ dann aus fünf Schlägen bestand. In Burgstall zum Beispiel blieb 1782 ein Viertel des Landes brach liegen, ein Viertel wurde mit Futterkräutern bebaut, und das übrige Land wurde in drei Schlägen mit Roggen, Gerste und Hafer besät.⁷⁴

DIE KOPPELWIRTSCHAFT

Die Koppelwirtschaft breitete sich in Brandenburg relativ stark auf großen Gütern aus.⁷⁵ Sie war aber nicht nur eine Fortsetzung der „Englischen Wirtschaft“, wie man aus den bisherigen Ausführungen schlußfolgern könnte, sondern sie wurde schon frühzeitig auf gutsherrschaftlichen Gütern eingerichtet. Um die Jahrhundertmitte ist sie bereits im Ruppiner Kreise nachgewiesen. Im Jahre 1764 berichtet die kurmärkische Kammer, daß in „der Uckermark auf einigen Gütern die holsteinische Koppelwirtschaft mit gutem Erfolg“ eingeführt worden sei.⁷⁶ Obwohl keine genaue Beschreibung der Schlageinteilung gegeben wurde, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es sich tatsächlich um die Einführung der „Mecklenburgischen Schlag- oder Koppelwirtschaft“ handelte. Dafür spricht schon die enge Nachbarschaft der Uckermark mit Mecklenburg. In späteren Jahren bestätigten dann viele Landwirte, daß in der Uckermark die „Mecklenburgische Koppelwirtschaft“ herrschte.

Die Koppelwirtschaft, mit deren Einführung in Mecklenburg eine neue Periode der Vernichtung des Bauernstandes verbunden war, zeichnet sich gegenüber der Dreifelderwirtschaft dadurch aus, daß es nicht mehr ständiges Ackerland und ständige Weide gab, sondern daß ein periodischer Wechsel zwischen Getreide und Grasschatz stattfand.⁷⁷

73 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LX, Amt Mühlenbeck, Amts-Verpachtung, Nr 2, vol. 2; Tit. LIII, Amt Lebus, Verpachtung des Amtes, Nr 1, vol. 1; Tit. LXIX, Amt Ruppín, Amts-Verpachtung, Nr 1; Tit. LXXXVII, Amt Zossen, Verpachtung des Amtes, Nr 1, vol. 1.

74 Ebenda, Tit. XXXVI, Amt Burgstall, Verpachtung des Amtes, Nr 1.

75 Vgl. *Koppe, J. G.*, Kurze Darstellung, a. a. O., S. 12/13; *Thaer, Albrecht*, Grundriß einer Geschichte des Ackerbaues, in: Annalen des Ackerbaues, Bd 5, 1807, S. 46; Akademiearchiv, a. a. O., Nr 20.

76 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. 261, Nr 10.

77 Vgl. *Mager, Friedrich*, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 266; zur Koppelwirtschaft vgl. *Nichtweiss, Johannes*, Das Bauernlegen in Mecklenburg, Berlin 1954, S. 74 ff.; *Schröder-*

Mecklenburg empfing die unmittelbare Anregung zu diesem Anbausystem aus dem nahen Holstein, in dem sich die alte Feldgraswirtschaft erhalten, aber geregeltere Formen angenommen hatte. In Holstein teilte man das Land in 10 bis 11 Koppeln, die mit Hecken (Knicks) eingefriedet waren.⁷⁸ Mecklenburg übernahm diese Betriebsweise in abgewandelter Form; sie wurde den klimatischen und materiellen Bedingungen angepaßt. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts schwankte die Zahl der Koppeln zwischen 9 und 14. Allgemein verbreitet war die zwölfschlägige Wirtschaft.⁷⁹ Gegen Ende des Jahrhunderts setzte sich die siebenschlägige Wirtschaft durch, die keine Heckeneinfriedungen mehr kannte.⁸⁰ Bei dieser Form folgten auf die Brache drei Getreide- und drei Weidejahre. Hierbei erlangte der Kleeanbau große Bedeutung. „Der Klee grasanbau im großen kennzeichnet geradezu die Koppelwirtschaft Mecklenburgs . . . in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts.“⁸¹ Bevorzugt wurde der Weißklee und später, nach der Verbesserung der Bodenqualität, ein Rot- und Weißklee gemisch. Die leistungsfähigere Wechselweide ermöglichte nunmehr die Verbesserung der Viehzucht und damit eine bessere Düngung. Die tierischen Exkreme auf den Weiden kamen dem Acker unmittelbar zugute. Eine allmähliche Ertragssteigerung bei Getreide um 20 bis 30 Prozent war die Folge.⁸²

Zwischen der Wirtschaftsweise von Holstein und Mecklenburg bestand eigentlich kein wesentlicher Unterschied. Die Mecklenburger Landwirte pflegten nur weniger Weideschläge einzurichten.⁸³ Lediglich der Umstand, daß die Holsteiner keine Brache kannten, die Mecklenburger aber zwischen Weide und Getreideanbau einen reinen Brachschlag einschoben, könnte als charakteristisches Unterscheidungsmerkmal beider Nutzungssysteme gelten. Im allgemeinen jedoch war in Holstein die Rindviehzucht, in Mecklenburg dagegen der Ackerbau vorherrschend. „Die letztere Betriebsart konnte man damals auch schon in vielen Landstrichen des nördlichen Brandenburgs finden.“⁸⁴ Hier wurde aber auf eine Verbesserung des Ackerbaues und der Viehzucht gleichzeitig hingezielt. Besonders die Schafzucht stand dabei im Vordergrund. Auf dem Rittergut Meseberg (Ruppin) gab es um 1750 die Koppelwirtschaft in 11 Schlägen: 2 Roggen-, 3 Gersten- und Haferschläge, 1 Hülsen- und Brachfruchtschlag

Lembke, Gertrud, Die mecklenburgische Koppelwirtschaft, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 1/1956, S. 49; *Steinmann, Paul*, Bauer und Ritter in Mecklenburg, Schwerin 1960.

78 *Nichtweiss, Johannes*, a. a. O., S. 74; *Steinmann, Paul*, a. a. O., S. 44.

79 *Mager, Friedrich*, a. a. O., S. 268.

80 *Steinmann, Paul*, a. a. O., S. 44.

81 *Schröder-Lembke, Gertrud*, a. a. O., S. 56.

82 Vgl. *Steinmann, Paul*, a. a. O., S. 44; *Nichtweiss, Johannes*, a. a. O., S. 80.

83 Vgl. *Schröder-Lembke, Gertrud*, a. a. O., S. 49.

84 *Langenthal, Ch. Eduard*, a. a. O., S. 454; siehe auch *Zwei Preisschriften über den Dünger und dessen Stellvertreter zur vorteilhaften Benutzung des Ackerbaues*, Berlin 1801, S. 5.

und 5 Schläge zur Fettweide.⁸⁵ In einer an die Preußische Akademie der Wissenschaften eingereichten Preisschrift heißt es, daß die Besitzer oder Pächter uckermärkischer Rittergüter bei der mecklenburgischen Koppelwirtschaft jährlich 1 bis 2 Koppeln ihres Feldes mit Holländischem Klee besäen, „den sie durch die Kühe abweiden lassen, nachdem der erste den Pferden verfüttert“ wurde. Ein Teil des Klees wurde zu Heu gemacht. „Bei dieser Wirtschaft wird immer nur das halbe Feld mit Getreide bestellt.“⁸⁶

Benekendorf, der Verfasser der voluminösen „Oeconomica forensis“, schreibt in seiner Reisebeschreibung, daß die „Mecklenburgische Koppelwirtschaft“ in Brandenburg nach dem Vorbild der Gräflich Plessischen Güter in Mecklenburg eingerichtet wurde, führt jedoch keine näheren Hinweise an.⁸⁷

Im südlichen Brandenburg setzte sich die Koppelwirtschaft ebenfalls durch. Man nannte sie zwar auch „Mecklenburgische Koppelwirtschaft“, aber auf Grund anderer klimatischer und vor allem geologischer Bedingungen mußte diese Betriebsweise allmählich andere Formen annehmen. Es bildete sich ein System heraus, das die Landwirte später „Märkische Koppelwirtschaft“ nannten. Die märkische Koppelwirtschaft war eine besondere Art der Weidewirtschaft. Sie wich ganz von der holsteinischen und mecklenburgischen Koppelwirtschaft ab, indem sie die Hackfrüchte in ihre Hauptschläge aufnahm, auf die sich geradezu „das Bestehen und Vorwärtsschreiten“ dieser Wirtschaft gründete, wie Koppe schreibt.⁸⁸ Bekanntlich war der Hackfruchtanbau in Holstein und Mecklenburg ganz ausgeschlossen, oder er wurde nur gering betrieben.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts machte sich der Einfluß der märkischen Koppelwirtschaft dann auch in den nördlichen Gegenden Brandenburgs bemerkbar. Die Einführung der märkischen Koppelwirtschaft mit ihrem starken Hackfruchtanbau hatte aber schließlich auch ihre Ursache in der mangelnden Kleefähigkeit der märkischen Sandböden. Lengerke begründete das mit den Worten: „Die Schwierigkeit, die sich in einem Teile der Mark Brandenburg dem Bau des roten Klees entgegensetzt, wo also der Boden im ganzen schlecht zu nennen und man keine, oder doch sehr geringe auswärtige Mittel zum Düngererwerb hat, gab Gelegenheit zur Einführung der märkischen Koppelwirtschaft, die sich hauptsächlich dadurch von der mecklenburgischen unterscheidet, daß sie Kartoffeln zur Hälfte in den Mistbrachs Schlag aufnimmt, um den Ausfall des Mähklees zu ersetzen.“⁸⁹ Es wurden auch Rüben und Kohl in die Schläge aufgenommen. Die Hackfrüchte, besonders die Kartoffel, lieferten die größte Masse tierischer Nahrung.

85 *Ruppiner Heimathefte*, Bd 3, 1929, S. 26. 86 Akademiearchiv, a. a. O., Nr 36.

87 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, Bd 2, Züllichau 1786, a. a. O., S. 47.

88 *Koppe, J. G.*, Unterricht im Ackerbau und in der Viehzucht, Bd 1, Berlin 1841, S. 278; vgl. *Schröder-Lembke, Gertrud*, a. a. O., S. 59.

89 *Lengerke, Alexander v.*, Landwirtschaftliche Statistik der deutschen Bundesstaaten, Bd 2, T. 1, Braunschweig 1840, S. 345.

Nach Ansicht vieler zeitgenössischer Landwirte war die märkische Koppelwirtschaft ungleich mehr geeignet, die Dreifelderwirtschaft abzulösen als die mecklenburgische.

Schröder-Lembke schreibt, daß die „märkische Koppelwirtschaft“ erst im 19. Jahrhundert durch J. G. Koppe nach Brandenburg übertragen worden sei.⁹⁰ Aber die Fruchtfolgen der märkischen Koppelwirtschaft auf den Rittergütern und Domänen vor den Agrarreformen unterscheiden sich kaum von denen des 19. Jahrhunderts. Und Koppe weist selbst darauf hin, daß schon vor der Zeit Albrecht Thaers die märkische Koppelwirtschaft in Brandenburg existierte.⁹¹

Die Anzahl der Schläge war sehr unterschiedlich. Eine bestimmte Zahl von Schlägen, wie man sie in Mecklenburg hatte, wurde in Brandenburg nicht angestrebt. Man richtete sich nach den Bedürfnissen der anzubauenden Früchte, nach der Betriebsstruktur, nach den Bodenverhältnissen und nach den Düngervorräten. Sieben bis zehn Schläge waren jedoch verbreitet. Üblich war zum Beispiel folgende Schlageinteilung: 1. Kartoffeln, 2. Hafer, 3. Erbsen mit Klee, 4. Weide, 5. Weide, 6. Brache, 7. Roggen, 8. Hafer.⁹² Auf dem Amte Sachsendorf herrschte um 1800 folgende Fruchtfolge⁹³:

- | | |
|--|----------------------|
| 1. Hafer | 8. Weizen |
| 2. Hafer | 9. Erbsen und Wicken |
| 3. Brache und Hackfrüchte
(pro Morgen 6 Fuder Mist) | 10. Gerste |
| 4. Gerste | 11. Roggen mit Klee |
| 5. Roggen mit Klee | 12. Klee |
| 6. Klee zu Heu | 13. Kuhweide |
| 7. Gerste | 14. Kuhweide |
| (pro Morgen 6 Fuder Mist) | 15. Schafweide |

Das Land wurde in Sachsendorf zu $\frac{1}{5}$ mit Wintergetreide, zu $\frac{1}{3}$ mit Sommergetreide bestellt und zu $\frac{3}{15}$ als Weide genutzt. Der Rest wurde mit Hackfrüchten und Futterpflanzen bebaut. Auf dem zu Sachsendorf gehörenden Vorwerk Werder bestand eine Vierfelder- und eine Neunfelderwirtschaft.

Mit der Einführung der märkischen Koppelwirtschaft wurden auf einer Anzahl Güter auch die Weiden und Wiesen durch die Aussaat neuer Grassorten leistungsfähiger. Hauptsächlich wurden Raygras, Thimotiengras, Pimpinelle und Trefoil (Hopfenklee) ausgesät.⁹⁴

Noeldechen, ein bekannter Landwirt im Oderbruch und Erbpächter des Domänenvorwerks Zellin, beschrieb Ende der neunziger Jahre des 18. Jahr-

90 Schröder-Lembke, *Gertrud*, a. a. O., S. 59.

91 Koppe, J. G., *Kurze Darstellung*, a. a. O., S. 13.

92 Derselbe, *Unterricht im Ackerbau und in der Viehzucht*, a. a. O., S. 281.

93 Friedrich, Herzog v. Holstein-Beck, *Oekonomische Ausflucht ins Oderbruch*, in: *Annalen des Ackerbaues*, Bd 8, 1808, S. 134 ff.

94 Vgl. *Benekendorf*, Carl Friedrich v., *Kleine Oeconomische Reisen*, Bd 2, a. a. O., S. 532; *Habernoll*, P., a. a. O., S. 95 ff.

hunderts die märkische Koppelwirtschaft folgendermaßen: „Auf eine nützliche Feldeinteilung richtete ich bald meine Aufmerksamkeit. Ich teilte meine Äcker in 7 Schläge und bestellte davon 4 mit Körner, 1 mit Brachfrüchten und 2, welche bei der letzten Bestellung mit Klee besät ward, wozu ich größtenteils den weißen oder Wiesenklee nahm, blieben zur Weide für die Hammel. Was mit roten Klee besät ward, das ließ ich einmal schneiden, zu Heu machen und dann mit dem Vieh behüten. In der Regel wird alles Rindvieh, Zugochsen und Kühe, auf dem Stall gefüttert. Selten aber können die Hammel das Gras auf der für sie bestimmten Weide verzehren, und dann werden auch die Kühe ausgetrieben.“⁹⁵ Bei dieser Betriebsweise säte er auf der 572 Morgen großen Wirtschaft aus: 8 Wispel Gerste, 6 Scheffel Erbsen, 5 Scheffel Hanf, 6 Scheffel Wicken, 20 Wispel Kartoffeln und bepflanzte 15 Morgen mit Tabak.⁹⁶

Da es in Brandenburg die ziemlich scharf getrennten Binnen- und Außenfeldmarken gab, wurden sehr oft zwei Rotationen eingeführt. Die von Wolffschen Güter in Haselberg hatten zum Beispiel 10 Binnen- und 6 Außenschläge.⁹⁷ Die Außenschläge besaßen verhältnismäßig wenig Getreideschläge, aber desto mehr Weideschläge, die vorzugsweise der Schafhaltung zugute kamen. Auf der Binnenfeldmark fand die Hauptrotation statt. Die hier weniger vorhandenen Weideschläge dienten mehr der Rindvieh- und Pferdehaltung.

Gedüngt wurde in der Regel zu Kartoffeln und Rüben, da sie, wie auch die Winterölsaaten, starke Zehrer sind und daher den frischen Dung besser vertragen als das Wintergetreide. Die nachfolgenden Halmfrüchte und darauffolgenden Klee- und Grassaaten fanden dann entsprechendere Bodenverhältnisse vor.

Die märkische Koppelwirtschaft war sozusagen eine Kombination von Fruchtwechsel- und Feldgraswirtschaft. Es war noch keine ausgesprochene Fruchtwechselwirtschaft. Es wurden zwar Hackfrüchte zwischen die Getreideschläge eingeschoben, aber es folgten häufig noch zwei bis drei Kornsaaten hintereinander. Auch die Brache, allerdings schon sehr eingeschränkt, fand noch ihren Platz. Unstreitig bedeutete die Koppelwirtschaft auch in dieser Form einen sehr großen Fortschritt für Ackerbau und Viehzucht im 18. Jahrhundert, eine beachtenswerte Entwicklung der agraren Produktivkräfte in Brandenburg. Es wurde bewiesen, daß auch auf schlechteren Böden eine zweckmäßige Einrichtung getroffen werden konnte, die ertragssteigernd für das Getreide war, die eine ganzjährige Stallfütterung – vielfach besser als in Mecklenburg – ermöglichte und mitunter ständige Weiden und Wiesen überflüssig machte.

⁹⁵ *Noeldechen, F. W.*, a. a. O., S. 300.

⁹⁶ 1 Wispel = 24 Scheffel, 1 Scheffel = 16 Metzen. 1 Scheffel Weizen = 42,15 kg, 1 Scheffel Roggen = 40,55 kg, 1 Scheffel Gerste = 34,55 kg. 1 Scheffel Hafer = 24,75 kg, 1 Scheffel Erbsen = 44 kg, 1 Scheffel Raps oder Rübsen = 36 kg, 1 Scheffel Kartoffeln = ca. 49 kg.

⁹⁷ *Janeke, O. B.*, Über die Anwendung der Koppelwirtschaft in der Mark Brandenburg, Hamburg 1794, S. 30; *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, Bd 2, a. a. O., S. 527.

Die märkische Koppelwirtschaft dehnte sich in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in der Mark aus.⁹⁸ Staatsminister von Wöllner, der auf seinen umfangreichen Besitzungen im Beeskowschen Kreise diese Betriebsweise einführte, schrieb, daß in der Mark die von ihm noch „Mecklenburgische“ genannte Koppelwirtschaft anfang, „in den besten Flor“ zu kommen.⁹⁹ Der Schrift Janekes, der ein eifriger Befürworter dieser Wirtschaftsart war, läßt sich entnehmen, daß die märkische Koppelwirtschaft zahlreiche Anhänger gefunden hatte.¹⁰⁰

Auf den märkischen Domänen war sie ziemlich stark verbreitet.¹⁰¹ Die Domänenpächter, in der Mehrzahl echte landwirtschaftliche Unternehmertypen bürgerlicher Herkunft und die wahren Pioniere des agraren Fortschritts, waren wohl die ersten, die zur märkischen Koppelwirtschaft übergingen. Sehr schön läßt sich die Veränderung der Nutzungssysteme auf dem Domänenamt Oranienburg verfolgen: Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1770 verbesserte Dreifelderwirtschaft, 1771/72 bis 1779 fünfschlägige „Englische Wirtschaft“ (1 Rüben- und 1 Kleeschlag und 3 Schläge zum Getreideanbau), 1780 Übergang zur Koppelwirtschaft mit folgender Schlageinteilung: 1. Tabak, Weißkohl, Kartoffeln, Rüben und Spark, 2. Roggen und Gerste, 3. Sommerung, 4. Hülsenfrüchte, 5. Sommerung, 6. bis 8. Klee. Auf dem zugehörigen Vorwerk Bärenklau wurde im Jahre 1803 eine zehnschlägige Koppelwirtschaft eingerichtet.¹⁰²

Auf dem Amte Schönhausen, wo 1772 Brown die „Englische Wirtschaft“ einführte, ging sein Nachfolger 1781 zur Koppelwirtschaft über. Es herrschten 11 Schläge, und zwar: 2 Brachsschläge (Hack- und Futterfrüchte), 5 Getreideschläge und 4 Weideschläge (Klee). Der Pächter schrieb über diese Wirtschaft: „Da also nur statt $\frac{2}{3}$, $\frac{5}{11}$ bestellt werden (Getreide), so ist es natürlich, daß bei weitem nicht die anschlagsmäßige Aussaat erreicht wird. Der Verlust, welche diese Wirtschaftsmethode in Rücksicht auf die Aussaat mit sich führt, wird indessen durch die größere Anzahl des zu haltenden Rindviehs und durch die bessere Fütterung derselben, auch durch die mehrere Düngung, wodurch ein mehr als gewöhnlicher Körnerertrag sich erwarten läßt, wohl mehr als ersetzt. Es erfordern aber auch dergleichen Wirtschaften aus dem Grunde ein größeres Kapital.“¹⁰³

98 Vgl. *Koppe, J. G.*, Kurze Darstellung, a. a. O., S. 12/13; *Thaer, Albrecht*, Grundriß einer Geschichte des Ackerbaues, a. a. O., S. 46; Akademiearchiv, a. a. O., Nr 20.

99 Zit. nach: *Preuß, J. D. E.*, Zur Beurteilung des Staatsministers von Wöllner, in: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde, Jg. 1899, S. 83.

100 *Janeke, O. B.*, a. a. O.

101 Vgl. DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. XXIX bis LXXXVII, Verpachtungen der einzelnen Ämter.

102 Ebenda, Tit. LXVI, Amt Oranienburg, Amts-Verpachtungen, Nr 1, vol. 1 u. 2.

103 Ebenda, Tit. LXXIII, Amt Schönhausen, Amts-Verpachtungen, Nr 2, vol. 2. – Bei der Berechnung der Aussaat wurde die Dreifelderwirtschaft als Ausgangsbasis genommen.

Auch auf Rittergütern ist die märkische Koppelwirtschaft nachgewiesen. So bestand diese Nutzungsart zum Beispiel um 1780 auf dem Gute Blumenfelde (v. Benekendorf) in der Neumark¹⁰⁴, auf dem Gut Schönrade (v. Schöning) im Jahr 1785¹⁰⁵ und in Neukünckendorf (Kr. Angermünde) im Jahre 1805.¹⁰⁶ Auf der Gutsherrschaft Krüge-Gersdorf (Barnim) ging der Pächter um 1780 von der Dreifelderwirtschaft zur Koppelwirtschaft über, von der er sich „einen besseren Ertrag des Landes erhoffte“.¹⁰⁷ Auf der Herrschaft Zernikow (Ruppin) war der Pächter 1804 im Begriff, die siebenschlägige Koppelwirtschaft einzurichten. Die Schlägeinteilung hatte folgendes Aussehen: 1. Winterkorn, gedüngt mit 10 vierspännigen Hoffudern Mist pro Morgen, 2. Erbsen, 3. Wurzelgewächse gedüngt, 4. Gerste, 5. und 6. Klee, 7. Brache. Auf 19 Morgen wurden 171 Scheffel Kartoffeln ausgepflanzt.¹⁰⁸

Im Jahre 1793 wurde die Koppelwirtschaft auf den Gütern Ragow und Merz (Beeskow) eingeführt. Interessant ist hier die Einteilung und ihre Bezeichnung: 1. Jähe Brache, 2. Winterung, 3. Sommerung, 4. mürbe Brache – fette Brache, 5. Winterung, 6. Gerstenschlag, 7. Hafer – abtragender Schlag, 8. Mähekle, 9. und 10. Kleehütung. Wörtlich heißt es in einem Bericht über diese Einteilung: „Die Tragbarkeit des Ackers wird durch 1) die vollständige Düngung der mürben Brache, 2) die 3jährige Ruhe vor der jähen Brache, 3) die Benutzung der jähen Brache durch den Bau von Brachfrüchten in frischer Düngung hervorgebracht.“¹⁰⁹ Unter den Brachfrüchten nahmen Kartoffeln und Kohlgewächse den größten Platz ein.

Im Jahre 1792 stellte die Preußische Akademie der Wissenschaften eine Preisfrage über die Nützlichkeit der Koppelwirtschaft und besonders über ihre Anwendung in der Mark Brandenburg.¹¹⁰ Zahlreiche Landwirte sandten ihre Schriften ein, in denen die Vorzüge und auch Nachteile der Koppelwirtschaft geschildert wurden. Diese Tatsache spricht für die Verbreitung dieses Nutzungssystems.¹¹¹

104 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, Bd 1, a. a. O., S. 109.

105 Ebenda, Bd 2, a. a. O., S. 495.

106 *Schmidt, Rudolf*, Geschichte des Geschlechts von Buch, Eberswalde 1939, S. 384.

107 *Derselbe*, Aus der Pfulen Land, a. a. O., Bd 9, S. 86.

108 LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Zernikow, Nr 1338.

109 Ebenda, Gutsarchiv Ragow, Nr 6.

110 Vgl. *Langenthal, Ch. Eduard*, a. a. O., S. 454; *Lenz, F.*, a. a. O., S. 9; *Thaer, Albrecht*, Grundriß einer Geschichte des Ackerbaues, a. a. O., S. 46.

111 Die Originalschriften sind im Akademiearchiv nicht mehr vorhanden. Aber mindestens 10 dieser eingereichten Schriften sind gedruckt worden (vgl. *Weber, F. B.*, Handbuch der ökonomischen Literatur, 2 Bde, Berlin 1803); auch diese Druckschriften sind nicht alle auffindbar. Die Kenntnis der anderen erhaltenen Preisschriften – über Stallfütterung, Futterkräuter, Düngung – läßt mit einiger Sicherheit den Schluß zu, daß die märkische Koppelwirtschaft von den meisten Verfassern der damals eingereichten Preisschriften über diese Wirtschaft auf ihren Gütern angewandt wurde.

In den Bruchgegenden an der Oder, Warthe und Bober scheinen auch verschiedene Bauernwirtschaften die Schlagwirtschaft eingeführt zu haben. So schreibt zum Beispiel Bratring, daß hier der „Acker jährlich bestellt“ wird. Hat der Acker „einige Jahre hintereinander Getreide getragen, so werden die Beete einige Jahre hintereinander zum Kleebau, zur Hütung oder auch zum Wiesenwachs benutzt, je nachdem der Ökonom es für gut befindet. Diese Abweichung von der eigentlichen Felderwirtschaft ist aber nur bei sehr fruchtbarem Boden und einem hinlänglichen Düngungszustande anwendbar, und gewährt unstreitig den höchsten Ertrag.“¹¹²

DIE FRUCHTWECHSELWIRTSCHAFT

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, noch vor den Agrarreformen von 1807, führten einige Güter in der Mark die Fruchtwechselwirtschaft ein, das höchstentwickelte Nutzungssystem im Ackerbau, welches auch noch heute wesentlicher Bestandteil unserer modernen Landwirtschaft ist. Man bezeichnete es damals als „Wechselwirtschaft“ oder „englische Wechselwirtschaft“. Mit der Fruchtwechselwirtschaft wurde der Ackerbau am radikalsten umgestaltet. Die Brache fiel gänzlich weg, und es folgten in der Regel nicht mehr zwei halmtragende Früchte hintereinander. Dieses Nutzungssystem ist untrennbar mit dem Namen Albrecht Thaer auf Möglin im Oberbarnimer Kreise verbunden, obwohl verschiedene Güter schon vor dem Wirken Thaers in der Mark die Wechselwirtschaft anwandten. Als Beispiele können wir das Gut Bredow im Osthavelland nennen, auf dem der Besitzer 1794 die Fruchtwechselwirtschaft anwandte¹¹³, ferner die Güter Coethen (Oberbarnim), Buckow (Beeskow) und Güter in einigen Orten der Neumark.¹¹⁴ 1803 begann Staatskanzler von Hardenberg mit der Einführung der Fruchtwechselwirtschaft auf seinem Gute Tempelberg.¹¹⁵ Einen besonderen Namen machte sich August Karbe. Er führte nicht nur die Fruchtwechselwirtschaft auf den von ihm gepachteten Gütern – zum Beispiel auf Weselitz und Blankenburg – ein, sondern legte auch seine Erfahrungen in dem Buch „Die in der Mark Brandenburg und anderen deutschen Provinzen mögliche und nützliche Einführung der englischen Wechselwirtschaft“ (Prenzlau 1802) nieder. Albrecht Thaer, der kapitalistische Landwirt und bedeutende Reformator der deutschen Landwirtschaft, nannte es „eine vortreffliche Schrift“

112 *Bratring, Friedrich Wilhelm August*, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, a. a. O., Bd 3, S. 42.

113 Vgl. *Bardey, E. G.*, Geschichte von Nauen und Osthavelland, Rathenow 1892, S. 451.

114 Vgl. *Thaer, Albrecht*, Geschichte meiner Wirtschaft zu Möglin, Berlin 1815, S. 9; *Lenz, F.*, a. a. O., S. 8/9; *Bewirtschaftungsplan eines Gutes in der Neumark*, in: Annalen des Ackerbaues, Bd 5, 1807, S. 55.

115 *Thaer, Albrecht*, Über meine Wirtschaft zu Möglin, a. a. O., S. 157.

und besprach es in seinen „Niedersächsischen Annalen“ mit größter Anerkennung.¹¹⁶

Nach Ehrenberg wurde die Fruchtwechselwirtschaft um 1800, „einer Zeit gewaltiger Wandlungen der deutschen Landwirtschaft“, jedenfalls schon vielfach angewandt.¹¹⁷ Natürlich verlief die Einführung der Fruchtwechselwirtschaft nicht ohne Schwierigkeiten. Es gehörte notwendigerweise einige Zeit dazu, die Grundsätze der englischen Fruchtwechselwirtschaft auf die märkischen Verhältnisse zweckmäßig in Anwendung zu bringen.

Die Einführung der Fruchtwechselwirtschaft in Brandenburg war nicht nur ein Ergebnis stärker wirkender ökonomischer Faktoren und Triebkräfte, sondern hing auch mit der zunehmenden Bedeutung der Wissenschaft zusammen. Bei der Fruchtwechselwirtschaft wurden in immer größerem Maße wissenschaftliche Erkenntnisse besonders hinsichtlich der Düngung und der Pflanzenernährung, bewußt angewandt. Besonders Thaer und seine Mitarbeiter, die aus England viele Impulse empfangen, leisteten darin Beispielhaftes.

Diese Nutzungsform des Ackerbaues setzte die völlige Beseitigung der Hemmnisse für einen produktionstechnischen Fortschritt voraus. Sie repräsentiert den Stand der Produktivkräfte in der kapitalistischen Landwirtschaft und verlangt entsprechende Produktionsverhältnisse. Wenn daher Rittergüter oder Domänen zu dieser Betriebsweise übergangen, dann wirtschafteten sie nur noch mit Tagelöhnern (Einlieger), die weitestgehend persönlich frei waren.¹¹⁸

Die erste Fruchtfolge, die ein Rittergut vor den Agrarreformen einführte und später vervollkommnete, wurde wie folgt beschrieben¹¹⁹:

1. Behackte Früchte, ganz gedüngt
2. Gerste mit Klee
3. Klee
4. Winterung
5. Bohnen und Erbsen, ganz gedüngt, oder auch nur halb, und die andere Hälfte dann mit Wicken
6. Sommerung und Winterung
7. Wicken, grün gemäht
8. Winterung
9. Hafer¹²⁰

Außer den bisher geschilderten Fruchtfolgen gab es in der Mark auch andere Wirtschaftssysteme, über deren Prinzip nichts Genaues bekannt ist. So führte

116 *Derselbe*, Literaturbericht, in: Annalen der Niedersächsischen Landwirtschaft, Bd 4, 1802, S. 359 ff.

117 *Ehrenberg, Richard*, Thünen und Thaer, in: Thünen-Archiv, Bd 1, Jena 1906, S. 16 ff. u. 547 ff.

118 Siehe *Müller, Hans-Heinrich*, Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, wirtsch.-wiss. Diss. Berlin 1962 (MS), S. 227 ff.

119 *Bewirtschaftungspläne und Anschläge*, in: Annalen des Ackerbaues, Bd 7, 1808, S. 319.

120 Thaer, der zu dieser Fruchtfolge Stellung nahm, war der Meinung, daß am

zum Beispiel der aus dem Anhaltischen stammende, durch Pferdehandel und Heereslieferungen reich gewordene und mit der Durchführung der Meliorationen des Netze- und Warthebruchs betraute Schönberg von Brenkenhoff um 1770 bis 1780 auf seinen Gütern Breitenwerder, Lichtenow, Hohen-Karzig, Kernein und Roßwiese in der Neumark die sogenannte „Anhaltinische Wirtschaft“ ein.¹²¹ Sicherlich war es eine Koppelwirtschaft oder eine noch unvollkommene Fruchtwechselwirtschaft. Dafür spricht schon der äußerst starke Viehbestand, den er auf seinen Gütern hielt. Den Acker ließ er durch „lauter Ausländer“, die nichts anderes als angesiedelte Kolonisten und Tagelöhner waren, bestellen. Schönberg von Brenkenhoff war in der Tat ein schöpferischer Landwirt. Er stellte sehr viele Versuche an, da er „alles mögliche zu wagen gewohnt war“.¹²² Auf dem Gut Lichtenow kultivierte Brenkenhoff böhmischen Staudenroggen. Der Ertrag belief sich auf das Sieben- bis Achtfache der Aussaat. Mit großer Vorliebe wurde Archangelsker Roggen gesät. Brenkenhoff erntete nach seiner Aussage bei einer Aussaat von 18 Scheffeln 14 Wispel. Selbst auf schlechten Böden gewann er nicht unter dem 15fachen Ertrag bei einer Aussaat von 8 bis 9 Metzen pro Morgen. Dieser Roggen gelangte auch in der übrigen Neumark zum Anbau und war im 19. und 20. Jahrhundert auch bei den Bauern beliebt.¹²³ Aus Holstein bezog Brenkenhoff Marsch- oder Moorhafer, von dem er das 24fache der Aussaat erntete. Auf seinen Feldern waren englischer Wuppenhafer (20faches der Aussaat), türkischer Hafer und englischer Weizen zu finden. Englische und litauische Erbsen, Linsen und Bohnen wurden ausgesät. Von den englischen Erbsen gewann er das 12fache und von den Linsen das 10fache der Aussaat. Angebaut wurden in einem nicht unbeträchtlichen Maße Klee, Luzerne und Esparsette. Von seinem Gut Breitenwerder wissen wir, daß er dort Kartoffeln, Wruken, Erfurter Rettiche, rote Rüben, Kümmel, Gurken und Zwiebeln im großen kultivierte. Bei Raps und Rüben erzielte er bei einer Aussaat von 1 Metze auf 1,25 Morgen 6 Wispel. Jährlich erntete er 50 Tonnen Waid; diese Farbpflanze baute er auf vier Morgen an. Sieben Morgen waren zum Hopfenanbau bestimmt, davon erntete er ca. 100 Wispel.¹²⁴ Die Brenkenhoffschen Güter waren vorbildliche Wirtschaften und wurden „bahnbrechend für die landwirtschaftliche Kultur des ganzen Gebietes“.¹²⁵

Schluß der Reihenfolge zweimal hintereinander Getreide kultiviert werden könnte, wenn die Hackfrüchte darauf folgten, die Verwilderung und Verballung des Bodens also nicht schädlich wirken könne.

- 121 Siehe *Schwartz, Paul*, Brenkenhoffs Berichte über seine Tätigkeit in der Neumark, in: *Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark*, 20/1907; *Rehmann*, Die Schicksale der Brenkenhoffschen Güter, in: *Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark*, 23/1909.
- 122 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, *Kleine ökonomische Schriften*, a. a. O., S. 305.
- 123 Vgl. *Oststernberger Heimatkalender*, 1929, S. 60.
- 124 *Schwartz, Paul*, a. a. O., S. 69, 75 u. 77 ff.
- 125 *Neuhaus, E.*, Die Fridericianische Kolonisation im Warthe- und Netzebruch, in: *Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark*, 18/1907, S. 52.

Auch verschiedene andere Güter scheinen die Anhaltinische oder Dessauische Wirtschaft eingeführt zu haben. Wir können uns hier auf Benekendorf berufen. Er bemerkt, daß die „Dessauische Wirtschaft“, wie sie auf dem Fürstlich Dessauischen Amt Wörlitz bestand, in der Mark angewandt werde. Ebenfalls werde die „Schlesische Wirtschaft“, wie sie von Kalkreuth auf Siegersdorf bevorzugt werde, gepflegt.¹²⁶ Daß man sich davor hüten muß, unter dem Namen Dreifelderwirtschaft immer nur die alte und rückständige Wirtschaftsmethode zu verstehen, beweist auch folgendes Beispiel: In einem offiziellen Revisionsprotokoll der kurmärkischen Domänenkammer heißt es, daß auf dem Vorwerk Klein-Ziethen des Amtes Vehlefanz die Dreifelderwirtschaft herrsche. Aber beim näheren Hinsehen habe sich herausgestellt, daß zwar „die gewöhnliche Ackerwirtschaft in 3 Feldern stattfindet, jedoch sind in jedem Felde 4 Abteilungen zum Kleebau bestimmt, der mit der Gerste gesät wird“.¹²⁷ Der Ackerbau in Brandenburg war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in fortschreitender Wandlung begriffen. Am Ende des Jahrhunderts bot sich eine vielfarbige Palette der verschiedenartigsten Nutzungssysteme. Die verbesserte Dreifelderwirtschaft, die englische Wirtschaft, die mecklenburgische und die märkische Koppelwirtschaft, die Fruchtwechselwirtschaft und andere fortschrittliche Bewirtschaftungssysteme zeugten von einer beachtlichen Entwicklung der Produktivkräfte.

DIE SEPARATION

Die wachsende gutswirtschaftliche Produktion für den Markt und die durch die Agrarkonjunktur in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begünstigte Einführung der verschiedenen Wirtschaftsmethoden förderten gewaltig die Zusammenlegung vieler in Teilbesitz aufgesplitteter Güter¹²⁸ und die Separation.

Unterstützt wurde dieser Prozeß durch den preußischen Staat. Im Hinblick auf die fortgeschrittensten Verhältnisse im kapitalistischen England äußerte Friedrich II., daß „alles, was man Gemeinheiten nennt, dem öffentliche Wohle nachteilig“ sei, und betrieb deren Aufhebung.¹²⁹

126 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, Bd 2, a. a. O., S. 471.

127 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LXXIX, Amt Vehlefanz, Amts-Verpachtung, Nr 1, vol. 1.

128 Etwa 10 Prozent des adligen Besitzes in der Kurmark waren juristisch zerstückelt (vgl. *Martiny, F.*, Die Adelsfrage in Preußen vor 1806 als politisches und soziales Problem, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 35/1938, S. 18).

129 *Meitzen, August*, a. a. O., Bd 1, Berlin 1868, S. 391.

Angeregt durch zahlreiche landwirtschaftliche Schriften¹³⁰ und bedrängt durch manchen adligen Landrat und Gutsherrn, erließ der preußische Staat eine Unmenge von Reglements, Reskripten, Verordnungen und Instruktionen, die der Durchführung der Gemeinheitsteilung und der Separation die rechtliche Handhabe verliehen.¹³¹

Die größten Fortschritte wurden in der Separation erreicht. Für die Zeit von 1767 bis 1769 werden zwar nur 15 Teilungen genannt¹³², aber vordem sind schon eine Reihe von Separationen durchgeführt worden. So separierte Baron von Vernezobre im Jahre 1754 seine Gutsäcker von den Bauernäckern in Hohenfinow und Tornow.¹³³ Aufgehoben wurde die Gemengelage auf dem Rittergut Britz (v. Hertzberg) im Jahre 1765.¹³⁴ Auf dem Gut Friedersdorf (v. d. Marwitz) fand die Separation bereits vor der Jahrhundertmitte statt.¹³⁵

In den siebziger Jahren setzte eine Beschleunigung der Separation ein. In der Mittelmark sind von 1769 bis Ende 1774 365 Teilungen zustande gekommen.¹³⁶ Auch danach ist dieser Prozeß in vollem Gange. Nach dem Urteil des Verfassers einer Preisschrift waren 1786 „sämtliche Güter“ in der Uckermark separiert.¹³⁷

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren nur noch wenige Ritter- und Domänen-güter in der Gemengelage verblieben, die überwiegende Mehrzahl der Güter war ausgeschieden. Die Mark Brandenburg scheint von allen preußischen Provinzen die Auseinandersetzung am erfolgreichsten betrieben zu haben. Denn Schlitte, der die Zusammenlegung der Äcker in Preußen eingehend untersuchte, schreibt: „Von den älteren Sachen fällt überhaupt vor Erlaß der Gemeinheits-

130 Es sind vor allem zu nennen: *Justi, J. H. Gottlob*, Oekonomische Schriften über die wichtigsten Gegenstände der Stadt- und Landwirthschaft, 2 Bde, Berlin-Leipzig 1760; *Wöllner, J. Ch.*, Die Aufhebung der Gemeinheiten in der Mark Brandenburg nach ihrem großen Vorteile ökonomisch betrachtet, Berlin 1766; *Bergen, J. Ch.*, Anleitung für die Landwirthe zur Verbesserung der Viehzucht, Berlin-Stralsund 1781; *Schubart, J. Ch.*, Oekonomisch-kameralistische Schriften, 6 Teile, Leipzig 1784 bis 1785; *Janeke, O. B.*, a. a. O.; *Lange*, Grundsätze über Gemeinheitsteilung, o. O. 1793; *Jahn, A. F.*, Erfahrungen über Gemeinheitsteilungen, Berlin 1793; *derselbe*, Gedanken über Gemeinheitsteilungen, Berlin 1806.

131 Vgl. *Schlitte, Bruno*, Die Zusammenlegung der Grundstücke, 2. Abt., Leipzig 1886, S. 159.

132 *Riedel*, Übersicht der Einrichtungen, welche König Friedrich II. für das Gedeihen des landwirtschaftlichen Gewerbes in der Mark Brandenburg getroffen, in: Annalen der Landwirtschaft der Königlich Preußischen Staaten, Bd 21, 1853, S. 414.

133 *Passow, Siegfried*, Ein märkischer Rittersitz, Bd 1, Eberswalde 1907, S. 158.

134 *Beschreibung des dem Grafen v. Hertzberg gehörigen Gutes Britz*, a. a. O.

135 *Görlitz, Walter*, Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten, Glücksburg/Ostsee 1956, S. 99.

136 *Schlitte, Bruno*, a. a. O., S. 164 Anm. 2.

137 Akademiarchiv, a. a. O., Nr 36.

teilungsordnung von 1821 die Mehrzahl der Separationen auf die Kur- und Neumark.“¹³⁸

Die Ackerseparation kam in der Hauptsache den Gutsherrschaften und einigen größeren Freibauern und Lehnschulden zugute. Mit dem Ausscheiden aus der Gemengelage verfügten die Grundbesitzer nunmehr in der Regel über einen zusammenhängenden Feldbesitz, der den Flurzwang völlig überflüssig machte. Das bedeutete einen außerordentlich großen Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktion. Die großen Güter konnten jetzt zu neuen Fruchtfolgen, zu einer besseren landwirtschaftlichen Organisation usw. übergehen, ohne auf die hemmenden Regeln des Flurzwanges Rücksicht nehmen zu müssen.

Aber dieser Fortschritt rechtfertigt noch keinesfalls die weitverbreitete Auffassung, daß hiermit eine generelle Großproduktion im kapitalistischen Sinne entstanden sei.¹³⁹ Die Historiker, die diese These vertreten, übersehen, daß besonders bei den frühen Separationen die Produktion zwar auf großem Areal, aber weiterhin mit frondpflichtigen Bauern und mit den bisher üblichen Produktionsinstrumenten und Anbaumethoden betrieben worden ist. Als zum Beispiel die Gutsherrschaft Friedersdorf (v. d. Marwitz) vor der Jahrhundertmitte ihre Ländereien von denen der bäuerlichen separierte, änderte sich danach keineswegs der Ackerbaubetrieb. Friedersdorf verblieb bei der Dreifelderwirtschaft, und die sozialökonomische Lage der Bauern erfuhr nicht die geringste Verbesserung. Grundlegendes Kriterium der kapitalistischen Produktion ist der doppelt freie Lohnarbeiter, und solange er nicht vorhanden ist, kann von einer kapitalistischen Produktion nicht die Rede sein. Deshalb können wir auch Meiman und Skaskin zustimmen, wenn sie schreiben: „Die Feudalgüter sind im Gegensatz zu den kapitalistisch betriebenen Gütern nicht die Stütze der Großproduktion, sondern der auf Frondienst beruhenden Kleinlandwirtschaft. Das große Grundeigentum bildet eine der Voraussetzungen der Großproduktion.“¹⁴⁰ Gewisse kapitalistische Elemente kann man darin erblicken, daß die Separation auf den Feudalgütern nunmehr eine bessere Arbeitsorganisation erlaubte. Aber die von Meiman und Skaskin charakterisierte „Kleinlandwirtschaft“ erfuhr in Brandenburg in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine zunehmende Wandlung. Besonders seit den siebziger Jahren, in manchen Fällen auch schon vorher, erfolgte die Separation im Zusammenhang mit der Einführung neuer Bodenbewirtschaftungssysteme, und in nicht seltenen Fällen verknüpften die adligen Gutsbesitzer und Domänenpächter

138 *Schlitte, Bruno*, a. a. O., S. 359.

139 Vgl. *Büsch, Otto*, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen, Berlin (West) 1962, S. 156; *Wittich, W.*, Epochen der deutschen Agrargeschichte, in: Grundriß der Sozialökonomik, 7. Abt., Tübingen 1922, S. 17; *Hanefeld, Kurt*, Die Geschichte des deutschen landwirtschaftlichen Grundeigentums, phil. Diss. Leipzig 1929, S. 123.

140 *Meiman, M. N., Skaskin, S. D.*, Zum ökonomischen Grundgesetz der feudalen Gesellschaftsformation, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Abt., 4/1954, S. 515.

damit die Beseitigung des Fron- und Zwangsgesindeendienstes und gingen zur Lohnarbeit über. Verschiedene Pächter und Besitzer führten auch schon bessere Produktionsinstrumente – englische Ackergeräte – ein. Diese Maßnahmen bedeuteten zweifellos einen Schritt weiter auf dem Wege zur kapitalistischen Produktionsweise.

Die Separation reformierte vielfach nur die Wirtschaft der Großgüter, die sich auf Kosten der bäuerlichen Betriebe vergrößerten und sich dabei vielfach das beste Ackerland aneigneten. So bekamen zum Beispiel die Bauern auf dem Ziethen-Sitz Wustrau bei der Separation im Jahre 1771 „weniger Gesamtfläche, mehr Unland und kein Roggenland“.¹⁴¹

Als der preußische Staat diese Tendenz in den ersten Jahren der Separationsbewegung überschauen konnte, erließ er am 5. 2. 1774 ein Reskript, welches neue Richtlinien für das mit der Durchführung der Separation betraute Kammergericht enthielt. Darin wurde die Fürsorge für die bäuerlichen Betriebe betont und auf Vorschläge zum Schutz gegen Willkürmaßnahmen der den Bauern überlegenen Gutsherren hingewiesen.¹⁴² Wenn die Gutsherren immer wieder versuchten, die Teilungsgeschäfte zu ihrem Vorteil auszunutzen, so wurden in der Folgezeit doch größere Mißbräuche verhindert. In einzelnen Fällen erhielten die Bauern sogar besseres Land. Vom Amt Mühlenhof wird berichtet, daß der Amtspächter durch die Separation „Verluste“ erlitten habe, „da er schlechtes Untertanenland bekommen habe, während das gute Gerstenland von den Bauern nicht gehörig benutzt werde“.¹⁴³ Während die Gutsherrschaften aus der Separation in der Regel Vorteile und Nutzen ziehen konnten, gingen die Bauern nach der ihnen meist aufgezwungenen Flurbereinigung wieder in die Gemengelage und Feldgemeinschaft ein. Man sah darin oft eine Fortschrittsfeindlichkeit der Bauern, eine Abneigung gegen Neuerungen überhaupt. Aber diese erneute Feldgemeinschaft dürfte wohl eher als ein Rückhalt gegenüber der Gutsherrschaft zu deuten sein.¹⁴⁴ Die herrschenden Feudalverhältnisse und die Ausbeutung der Bauern gestatteten nur eine geringe Kapitalakkumulation und machten daher eine radikale Abkehr von der alten Betriebsweise illusorisch.¹⁴⁵ Das erneute Ein-

141 *Brinkmann, Carl*, Wustrau. Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Rittergutes, in: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, 155/1911, S. 100. 142 Ebenda.

143 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LXI, Amt Mühlenhof, Amts-Verpachtung, Nr 2, vol. 1.

144 Zweifellos hätte eine separierte Bauernwirtschaft von der Gutsherrschaft viel eher gelegt oder aufgekauft werden können als eine Wirtschaft mit 60 bis 100 zerstreut liegenden Ackerparzellen, die für eine Großlandwirtschaft unbrauchbar war. Zu bedenken ist auch, daß sich in den letzten Jahrzehnten vor den Reformen die Klassengegensätze erheblich verschärften und die Frage der Macht noch nicht entschieden war.

145 Die Separation war zugleich eine Geldfrage. Mit der Flurbereinigung waren in vielen Fällen ein Abbau und ein Neuaufbau der Gehöfte verbunden, was sehr hohe Kosten verursachte. Auch aus diesem Grund dürfte ein Teil der Bauern der Separation ablehnend gegenübergestanden haben.

gehen in die Feldgemeinschaft war im Hinblick auf die bäuerliche Viehhaltung darum immer noch die beste, wenn auch nicht vorteilhafteste, Existenzgrundlage. Bei den meist unbefriedigenden Wiesenkulturen und in manchen Gebieten unzureichenden Wiesen und Weiden waren die innerhalb der Dreifelderwirtschaft bestehenden Hütungsmöglichkeiten auf der Brache und auf den Stoppeläckern die wichtigste Futterquelle. Indirekt aber bedeutete die Trennung von Herren- und Bauernland auf der Feldflur für die Bauern doch eine gewisse Verbesserung. Der gesamte bäuerliche Besitz lag jetzt zusammen und ersparte in vielen Fällen größere Anmarschwege für Mensch und Vieh.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung konnte bisher keine Beispiele bäuerlicher Separationen nachweisen. Zum Beispiel schreibt Wilhelm Treue: „Friedrichs Rücksichtnahme auf den Adel und der Mangel an Einsicht bei den Bauern verzögerten und begrenzten die Durchführung von Reglements und Empfehlungen, so daß Friedrichs Ideen erst im 19. Jahrhundert, meist auf gesetzlichem Wege, erzwungen werden mußten.“¹⁴⁶ Diese Feststellung, die für viele andere steht, zeugt von einer völlig ungenügenden Untersuchung der bäuerlichen produktionstechnischen Bestrebungen in Ostelbien. Gewiß waren bei den Separationen die größten Schwierigkeiten zu verzeichnen, und der wirklich sichtbare Fortschritt der bäuerlichen Separationen setzte erst im 19. Jahrhundert ein, aber schon im 18. Jahrhundert begannen manche Bauern zu erkennen, daß eine Separation der Äcker von Vorteil für die Produktion sei. So separierten drei fronpflichtige (!) Bauern im Dorfe Letschin (Oderbruch) ihre Ländereien und bauten ihre Höfe ab. Sie erhielten, da die anderen Mitbesitzer der Flur sich einer Flurbereinigung noch widersetzen, je 400 Morgen am Rande der Feldmark und bauten dort ihre Höfe wieder auf. Nach zwei Jahren sahen die anderen Bauern schon die daraus entstandenen Vorteile. Daraufhin beantragten im Jahre 1790 vier Bauern und zwei Kossäten die Auseinandersetzung, die auch erfolgreich durchgeführt wurde. Nach weiteren zwei Jahren verlangten die restlichen Bauern die Separation, und alle Bauern des Dorfes waren aus der lästigen Gemengelage ausgeschieden. Noeldechen schreibt, daß ein Bauerngut in Letschin vor der Separation mit 600 bis höchstens 2000 Talern bewertet wurde, nach der Separation veranschlagte man es mit 9500 Talern.¹⁴⁷

Das Beispiel der Bauern von Letschin fand Nachahmung in den Dörfern von Zechin und Kienitz.¹⁴⁸ Die Bauern machten nach der Separation durchaus

146 *Treue, Wilhelm*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, hg. v. H. Grundmann, Bd 2, Stuttgart 1955, S. 421.

147 *Noeldechen, F. W.*, a. a. O., S. 81; zur bäuerlichen Separation vgl. auch *Wentz, G.*, Geschichte des Oderbruchs, in: Das Oderbruch, hg. v. P. F. Mengel, Bd 1, Eberswalde 1930, S. 224.

148 Vgl. *Wentz, G.*, a. a. O., S. 219; vgl. *Schmidt, Rudolf*, Oderbruch-Siedlungen im Kreise Oberbarnim = Oberbarnimer Heimatbücher, Bd 10, Bad Freienwalde 1930, S. 11 u. 111.

Einsparungen an Geldmitteln und Arbeitskräften. Eine 60 Morgen große Wirtschaft hielt zum Beispiel nach der Separation eine Magd weniger, und eine 100 Morgen große Wirtschaft konnte zwei Pferde einsparen.¹⁴⁹

Auch in anderen Dörfern ließen sich schon einzelne Bauern separieren, wie in Pammin (Kr. Arnswalde) im Jahre 1781, in Neu-Karbe (Kr. Friedeberg) im Jahre 1792 und in Hohenwalde (Kr. Landsberg) im Jahre 1794. In den Dörfern Langsow (Kr. Lebus), Gurkow (Kr. Friedeberg), Langenpfohl (Kr. Sternberg), Teschendorf (Kr. Ruppín), Baudach (Kr. Zossen), Hermsdorf, Lauchstädt (Kr. Friedeberg), Arensdorf (Kr. Lebus) und Hasselbusch (Kr. Soldin) scheinen ebenfalls bäuerliche Separationen vor sich gegangen zu sein.¹⁵⁰ Im Jahre 1785 schrieb Buchwald, ein dänischer Gutsbesitzer, der in den achtziger Jahren eine Studienreise durch das östliche und nördliche Deutschland unternahm, daß im Kreis Friedeberg schon eine ganze Reihe von Bauern auf Gemeinheits- teilung drängten.¹⁵¹ Auch auf Kämmereigütern beobachteten wir diesen Prozeß. Im Jahre 1783 bereinigten einige Bauern des Dorfes Lichtenberg bei Berlin ihre Flur.¹⁵²

Andere Dörfer, die sich nicht zu einer totalen Separation entscheiden konnten, separierten ihre Weideflächen und Hütungen. Diesen Weg beschritten die Dörfer Neu-Kietz, Neu-Mädewitz, Neu-Lewin, Neu-Trebbin und Neu-Lietzen- goricke bereits in den siebziger Jahren. Eine Aufteilung der Hütungen fand auch in den Dörfern Alt-Bliesdorf, Neuenhagen und Kerstenbruch statt.¹⁵³ Im Jahre 1768 teilten die kleineren Kolonisten des Dorfes Neu-Barnim die Hütungen unter sich auf, während einige Jahre später die Großkolonisten auch die Äcker separierten. Seit dieser Zeit war bei diesen Bauern die Stallfütterung eine ständige Einrichtung geworden.¹⁵⁴ Um die Jahrhundertwende weideten die Bauern in Tschicherzig (Amt Züllichau) ihr Vieh nicht mehr gemeinsam auf der Feldmark, sondern jeder für sich auf seiner Brache.¹⁵⁵

In Neu-Lewin schritten bereits 1776 drei größere Bauern zur Separation ihrer gesamten Ländereien, aber die Kammer widersetzte sich dieser fortschritt- lichen Maßnahme, weil das zuständige Amt eine Schmälerung der Dienste und des Vorspannes befürchtete. Als zwei Laßbauern in Wintdorf-Leuthen (Cott- bus) separieren und außerhalb des Dorfes ihre Wirtschaften aufbauen wollten, wurde das von der Gutsherrschaft mit der Begründung abgelehnt, „weil diese Leute in entfernter Aufsicht als der übrigen im Dorfe lebten und die Herr-

¹⁴⁹ Vgl. *Noeldechen, F. W.*, a. a. O., S. 88, 119.

¹⁵⁰ *Schlitte, Bruno*, a. a. O., S. 358/359, 360 Fußnote 1.

¹⁵¹ *Buchwald, F. v.*, Oekonomische und statistische Reise durch Mecklenburg, Pommern, Brandenburg und Holstein, Kopenhagen 1786, S. 118.

¹⁵² *Unger, E.*, Geschichte Lichtenbergs bis zur Erlangung der Stadtrechte, Berlin 1910, S. 76.

¹⁵³ *Wentz, G.*, a. a. O., S. 219.

¹⁵⁴ *Schmidt, Rudolf*, Oderbruch-Siedlungen im Kreise Oberbarnim, a. a. O., S. 10 u. 109.

¹⁵⁵ *Heimatkalender des Kreises Züllichau-Schwiebus*, 1930, S. 78.

schaft sich wegen derselben fast einen besonderen Boten halten müßte, der ihnen täglich die herrschaftlichen Ordres und anderen Befehle überbrächte“.¹⁵⁶ Diese Beispiele zeigen, daß ein Teil der Bauern durchaus zur Separation bereit war, aber verschiedene Rittergutsbesitzer und Domänenpächter solche Bestrebungen unterbanden. So konstatierte schon Benekendorf, „daß es noch viele Obrigkeiten gibt, welche dem Separationswerk auf alle ersinnliche Art zuwider sind“¹⁵⁷.

In einzelnen Fällen scheute sich der preußische Staat nicht, mit militärischen Mitteln die Beseitigung der Gemengelage auf den bäuerlichen Feldern durchzusetzen. Schlitte schreibt von einer Flurbereinigung in einem Oderbruchdorfe, die im Jahre 1770 durch militärischen Druck bewerkstelligt wurde, weil die Bauern trotz des guten Bodens mit ihren Steuern im Rückstand geblieben seien. Zwanzig Jahre später wurden einzelne Höfe dieses Dorfes, die 43 bis 51 ha umfaßten, für 90000 bis 120000 Mark verkauft.¹⁵⁸ Solche hohen Verkaufssummen für eine bäuerliche Wirtschaft deuten auf einen wohlarrondierten Besitz und auf eine gut geführte Wirtschaft hin. Dem Staat ging es bei der Separation jedoch weniger um den Wohlstand der Bauern als um die Eintreibung und Erhöhung der Steuern für das kostspielige Heer und für die Bürokratie.

In einigen Amtsdörfern gingen die Bauern unmittelbar nach der Dienstaufhebung am Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts an eine Separation. Der Oranienburger Domänenpächter konnte feststellen, daß in der Gemeinde Marwitz im Jahre 1804 vier Bauern „auf spezielle Separation ihrer Grundstücke angetragen haben“¹⁵⁹.

In manchen Gegenden der Mark Brandenburg gab es auf den bäuerlichen Besitzungen überhaupt keine Gemengelage und keinen Flurzwang, weil die Bauern bereits anfänglich mit geschlossenen Hufen ausgestattet worden waren, zum Beispiel in der altmärkischen Wische und anderen Gegenden der Altmark, in der Prignitz, im Warthe- und Netzebruch und teilweise im Oderbruch. Hören wir dazu Steinhart, den Kenner der Altmark. Er schreibt, daß es in der Wische „keine geschlossenen Dörfer und Gemeinheiten gibt, sondern ein jeder Hof liegt . . . in dem Mittelpunkt seiner Ländereien“. Der Bauer könne mit seinem Eigentum „ungehindert nach den Regeln einer vernünftigen Oeconomie verfahren“ und brauche sich nicht „dem Eigensinn oder der Unwissenheit der Dorfgerichte oder einzelner Schreier aus der Gemeinde“ zu beugen. Steinhart rühmt den Fleiß der Wischebauern. „Das Auge ergötzt sich an den üppigen Weizenstreifen und Kleefeldern“ und an „zahlreichen Herden

156 LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Windtdorf-Leuthen, XV, Nr. 374.

157 Benekendorf, *Carl Friedrich v.*, Auszug aus der *Oeconomica forensis*, a. a. O., S. 344.

158 Schlitte, *Bruno*, a. a. O., S. 358.

159 LHA Potsdam, Rep. 2, Dom. Reg. Oranienburg, Fach 2, Generalpacht-sachen, Nr 12.

von Rindern und Pferden, die zum Teil sehr schön sind“. An Getreide ernteten die Bauern das 12- bis 16fache der Aussaat.¹⁶⁰

Waren an der Separation hauptsächlich die Gutsherren und Pächter, in unterschiedlichem Maße auch die Bauern, und an der Ablösung der Dienste im allgemeinen beide Seiten interessiert, so war das bei der Beseitigung der Schafgerechtigkeit nicht der Fall. Der überwiegende Teil der Rittergüter bestand im Interesse der profitablen Schafhaltung auf der Behütung des Bauernlandes. Die Schafhaltung war neben dem Getreideanbau die zweite große Einnahmequelle der herrschaftlichen Güter. Nicht selten war die Schafhaltung für den Wert eines Gutes ausschlaggebend. Das Recht, die Schafe auf dem bäuerlichen Lande auszutreiben, brachte den Gutsbesitzern daher große wirtschaftliche Vorteile.¹⁶¹

Doch gab es schon in Brandenburg Güter, die frühzeitig auf die Schafgerechtigkeiten verzichteten. Aber im Gegensatz zu den „wechselseitigen Servituten“¹⁶², die auf verschiedenen Gütern durch gegenseitigen Verzicht aufgehoben wurden, sind die Schafgerechtigkeiten gegen einen baren Zins oder gegen Land abgelöst worden. Die Rittergüter betrachteten die „Schaftrift nicht als gleichberechtigt mit dem gegenseitigen Behütungsrecht“¹⁶³. Die Bauern traten der Herrschaft Wustrau (v. Ziethen) für die Aufhebung der Schafgerechtigkeiten etwa 450 Morgen an das Gut ab.¹⁶⁴ Das war zwar ein glatter Landraub, wenn auch mit rechtllichem Anstrich, aber er gab den Bauern doch die Möglichkeit, ihre Wirtschaften zu entwickeln und zu verbessern, nachdem sie von allen den Fortschritt erschwerenden Gerechtigkeiten befreit waren.

Für das Rittergut Möckern (Ruppin) ist überliefert, daß es im Jahre 1769 keine Hütungsrechte mehr außerhalb der eigenen Gutsländereien besaß.¹⁶⁵ Sämtliche Weidgerechtigkeiten wurden auf dem Rittergut Dannenberg im Jahre 1774 und auf dem Rittergut Garzau im Jahre 1783 aufgehoben.¹⁶⁶

Auf den Domänen finden sich ebenfalls Aufhebungen der Schäfereigerechtigkeiten. Im Jahre 1775 wurden zum Beispiel die Gerechtigkeiten auf den bäuerlichen Feldmarken Eichstädt, Vehlefan, Marwitz, Velten, Germendorf und Schwante des Amtes Oranienburg gegen Entrichtung eines Hütungszinses gänzlich abgeschafft.¹⁶⁷

Ansonsten wurden auf den Ämtern die Schafgerechtigkeiten gesetzlich eingeschränkt. Übertretungen durch die Domänenpächter wurden weitestgehend

160 *Steinhart, A. Ch.*, Über die Altmark, Bd 2, Stendal 1802, S. 51 ff.

161 Vgl. *Riemann, Friedrich-Karl*, Ackerbau und Viehzucht im vorindustriellen Deutschland, Kitzingen-Main 1953, S. 106.

162 Gegenseitiges Behütungsrecht der Bauern und Feudalherren. Es betraf nur die Pferde, Rinder und Schweine.

163 *Brinkmann, Carl*, a. a. O., S. 100.

164 Ebenda.

165 Vgl. *Ruppiner Heimathefte*, Bd 6, 1935, S. 23.

166 Vgl. *Schmidt, Rudolf*, Aus der Pfuelen Land, Bd 8, a. a. O., S. 10 u. 66.

167 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LXVI, Amt Oranienburg, Amts-Verpachtung, Nr 1, vol. 1.

unterbunden. Als der Pächter des Amtes Brüssow versuchte, die Amtsschafe auf die Bauernfelder zu treiben, wurde er auf Grund eines bäuerlichen Protestes durch Gerichtsurteil gezwungen, die Schafhütung auf die wenigen „geschwänzten Hammel“ zu beschränken.¹⁶⁸ Ähnlich war es auf dem Amt Arendsee. Die Bauern hatten um 1795 bereits ein Zwölftel ihrer Feldmark mit Klee angebaut, doch der Beamte trieb seine Schafe auf die bäuerlichen Felder und ließ den Klee abfressen. Die Beschwerde der Bauern bei der Kammer hatte Erfolg. Der Domänenpächter wurde ermahnt, „sämtliches mit Klee oder anderen Futterkräutern im Hufenschlag bestelltes Land der Amtsgemeinen, auf deren Feldmarken dem Amte die Hütung zusteht, zu allen Zeiten gänzlich mit der Hütung zu verschonen und für deren Schonung weder von der Gemeinde noch von der Königlichen Kasse eine Entschädigung zu verlangen.“¹⁶⁹

Aus den geschilderten Beispielen können wir ersehen, daß ein Teil der märkischen Bauern von lästigen produktionstechnischen Hemmnissen befreit wurde, die sie bisher vom Fortschritt ausschlossen. Damit konnten die bäuerlichen Betriebe ebenso wie die feudalen Güter, wenn auch in unterschiedlichem Grade, die Produktivkräfte entwickeln. Im Gegensatz zu den Behauptungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die den Bauern im Feudalismus jede Initiative zur Entwicklung der Landwirtschaft abspricht, läßt sich also durchaus nachweisen, daß die Bauern in Brandenburg an der Entwicklung der agraren Produktivkräfte beteiligt waren.

168 Vgl. *Jahrbuch des Uckermärkischen Museums- und Geschichtsvereins zu Prenzlau*, Bd 2, Prenzlau 1941, S. 83.

169 DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. XXIX, Amt Arendsee, Verpachtung des Amtes, Nr 1, vol. 2.

*Originalbericht des Grafen von Kameke über die Einführung der „Englischen Wirtschaft“ auf seinem Gute Harnekop im Jahr 1767/1768**

„Da Sr. Königliche Majestät Höchst selbst befohlen, die auf meinen Güthern, insbesondere aber zu Harnekop, eingeführte Englische Wirtschaft zu reserschiren, und deren Vortheile gegen die bisherige Wirtdschaft zu Balanciren, so habe ich nach dem dem Herrn Commissario Krieges und Domainen Rath Neuhaus alles und jedes in loco unter die Augen gelegt worden, demselben nachstehende Auskunft darüber zu geben mich für Verbunden geachtet.

Das Englische Ackergeräthe besteht in Pflügen, Eggen und Karren, welche jedes in seiner Arth merkliche Vorzüge für das bisher im Lande übliche haben. Denn die Pflüge greifen tiefer, geben gleiche Fahre, lockern die Erde mehr auf, bedürfen keiner mehreren Ausspannung, kosten zwar etwa Drey Rth. mehr als ein Uckermärkischer und 4 Rth. mehr als ein ordinaier Höhe-Pflug im Ober und Nieder Barnimschen Creyse, dauern aber wohl dreymal so lange, als ein hiesiger Landpflug: Indeß ist man nicht in Abrede, daß, wenn bey denen hiesigen Pflügen, die Streich-Bretter um ein Drittel länger, mehr nach einen Schärferen Winckel ausgeschweiset, und oben überstehend, eingerichtet würden, dadurch fast ein gleicher Effect hervorgebracht werden könnte, obgleich die Englischen allemahl den Vorzug behalten, daß sie nicht gleich denen Deutschen, tiefer und flächer gespannt werden dürfen, wobey der Ackersmann allzeit Stille halten muß, indem bey denen ersteren durch die bloße direktion der Hand das tiefe oder seichte Pflügen bestimmt, also keine Zeit verlohren wird, ein nicht außer acht zu laßender Vortheil ist auch, daß das Vieh mit dem Halse vermittelst auf englischer Arth verfertigter Cummets, und nicht wie hier zu Lande mit der Brust ziehet, wobey die Schultern mehr geniret sind, und dadurch zum gehen mehr Freyheit erhält.

Die Englischen Eggen sind von denen hiesigen darin unterschieden, das sie im verschobenen Quadrat fortgezogen werden, wodurch, wenn man die Diagonal-dreyer Englischen Eggen, mit der Diagonale von vier Deutschen Eggen, nach mißet, man eine gleiche Breite des mit bey den Sorten beeggten Landes bemerken wird, über dem so zeigt sich eine große Ersparung der Eisernen Zincken. Eine eiserne Englische Egge hat nur 24 Zincken, eine deutsche hat deren 32, und, da bey der Englischen keine Zincken der anderen folget, so thut sie noch mehr Effect als die Deutsche, auch sind die Zincken in denen ersteren weit länger, wodurch dann der Boden weit besser berührt und aufgelockert wird, auch wird, da drey Englische Eggen so viel verrichten als vier Deutsche, eine Egge und ein Pferd gespahret.

Die große Englische Egge, so aus zwey Blättern, welche wie zwey Thüren, mit Angeln und Haken aneinander hängen, mit acht und vierzig Zincken versehen ist, und von drey Pferden gleichfalls im verschobnen Quadrat gezogen wird, ist im

* Der Bericht ist entnommen aus: DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark. Tit. LX, Amt Mühlenbeck, Nr 2, vol. I.

pfültigen und mit Heden verwilderten Boden von vortrefflichen Nutzen, diese zwey Blätter nehmen accurat die Breite von drey folgenden kleinen Englischen Eggen ein, und muß bey Beegung eines Stück Landes die große Egge voraus, und drey kleine imidiat folgen, und dieses nur einmal herauf und herunter, so ist der gepflügte Boden glatt, es sey dann, das er extraordinaire Rau und verwildert, dann nach maßgabe der Nothwendigkeit er noch ferner gebrauchtet werden muß, welches einen solchergestalt geeegten Boden einem wohlbearbeiteten Kohl Lande gleichmachtet. Daß die Reinigung des Ackers von großen Steinen ohnumgänglich nöthig, um das Land auf solche Arth zu bearbeiten, kann wohl nicht unter die Kosten zum Anschlage gebracht werden, da solches eine jede vernünftige Wirdtschaft erfordert.

Die Karren auf zwey Rädern, so von drey hinereinander gehenden Pferden gezogen werden, haben den Vorzug für ordinaire Leiter Wagens, daß 1. ohne mehrere Beschwehung der Anspannung mehr Mist darauf geladen werden kann, und 2. daß die Modder oder Bruch-Erde, auch verstaubter Mist, und Kiehn Nadeln, nicht auf dem Wege verschüttet werden.

Um nun auf das eigentliche objectum Commissionis zu kommen, nemlich der Balance der Englischen Wirdtschaft so der Braun in Harnekop geführt, gegen derjenigen so nach Deutscher Arth eingerichtet gewesen, so will ich das Guth Harnekop, welches aus drey Feldern, jedes zu 20 Wispel Roggen aussath, also in Summa 60 Wispel Pflug und Mistbaren Roggen Land bestehet, zum Beispiel nehmen, und dessen Nutzung so wohl nach der Deutschen, als auch nach der Englischen Bewirtung, beurteilen. Zuerst ist zu bemerken, daß bei diesem Gute nur 25 Fuder mittelmäßig Heu, und die Hüthung für Rind-Vieh sehr mittelmäßig, für Schafe aber für 1000 Stück hinlänglich ist, weil solche in der Kiehn Heyde und Birken Büschen gefütteret werden, an Rind-Vieh aber bis zum Anzug des Herrn Brauns nur 17 Stück Kühe, 6 Stück jung Vieh, 27 Stück Ochsen, und 10 Stück Pferde haben gehalten werden können.

Mit diesem Viehstand seynd in jedem Felde 5 Wispel 12 Scheffel zur 4. und 6. Frucht, in Dünger gehalten worden, so daß auf allen drey Felder 161 Wispel 12 Scheffel, also etwas über $\frac{1}{4}$ der gantzen herrschaftlichen Feldmark im Dünger gesetzt, der überrest aber, alle drey Jahre mit Roggen, und ohngefähr mit 5 Wispel Haber, in jeden einfallenden Sommer Felde gesähet worden, nach dieser Angabe ist leicht zu rechnen, was in jeder Saath von 5 Wispel 12 Scheffel Gersten, 5 Wispel Haber, in jeder Brache von 1 Wispel 3 Scheffel Erbsen, Wick-Futter, Lein und Hanf Saamen, und was in jedem Winter Felde von 5 Wispel 12 Scheffel und zur 4. und 6. Frucht und zum 4. und 5. Korn, von überrest des Feldes, von 14 Wispel 12 Scheffel zum 3. Korn gerechnet, an Roggen zur Saat, zur Wirdtschaft und zum Verkauf ausgesetzt, und wie dadurch der Überschuß, deß sämtlichen Vieh-Standes und Ackerbau bestimmt werden kann.

Herr Broun hat anno 1767 um Ostern das Guth Harnekop zu bewirtschafthen angefangen, und nach denen Englischen Grundsätzen zur Verbesserung deß mittelmäßigen Landes, einen Fleck von $1\frac{1}{2}$ Wispel Aussath zu Rüben (*Turneps*) beachert, gemistet und besähet, welche ihren guten Fortgang gehabt, und in anno 1768 so wie es das gantze Dorf bezeuget, die beste Gerste und Kleewer im gantzen Felde getragen, wobey zu bemerken, daß dieser Fleck von $1\frac{1}{2}$ Wispel niemahls Haber und Gersten getragen, sondern nur zu dreyjähriger Roggen Saath employret worden, und als eine würlkliche nützliche Vermehrung des Gerstenlandes

angesehen werden muß, indem vorhin 5 Wispel 12 Scheffel, in diesem Jahr 1768 wirklich $1\frac{1}{2}$ Wispel mehr, also 7 Wispel Gerste ausgesäet worden, welche wegen der guten Beackerung mit Englischen Pflügen und Eggen, 666 Mandeln und also pro Wispel fast 100 Mandeln eingebracht, diese gute Ernte ist wohl eine der besten Gerst-Ernten auf der Höhe, zumahl die kleine Gerste in diesem Jahre allerorthen nur mittelmäßig, in Bruch aber vortrefflich gerathen. In diesem Frühjahr 1768 hat Herr Braun mit 3 Wispel 12 Scheffel Gersten Aussaath den erforderlichen Kleewer Saamen mit 500 Pfund Sath bestellt, welcher so wie der Herr Krieger und Domainen Rath Neuhaus es gesehen, sehr gut stehet, überdem ist in diesen Jahre von selbigen in einem Fleck von 6 Scheffel Gersten Aussaath, die erforderliche Rüben Saath bemistet, dreyimal gepflüget, mit Englischen Eggen beeggt, und auf einen mittelmäßigen dreyjährigen Roggenlande gesäet worden, welcher Fleck von 6 Wispel Aussaath auf künftiges Jahr 1769 6 Wispel Gersten Sath mehr als sonst in dem Sommer Felde de anno 1769 gesäet worden wären, verspricht, daß also statt der 5 Wispel 12 Scheffel, 11 Wispel 12 Scheffel Gerste 1769 ausgesäet werden, zu geschweigen, daß der Kleewer so in diesem Jahre mit Gerst der Aussath 3 Wispel 12 Scheffel gesäet worden, in der künftigen Brache, 1769 wenigstens 70 bis 80 Fuder Heu mehr als jemahls in Harnekop gewonnen, geben muß, hieraus folget, daß die Fütterung vermehret, mehr Vieh gehalten, mehr Dünger gemacht, und in einer Zeit von 2 Jahren a dato das gantze Harnekopfsche Feld, so bisher meistens nur alle 3 Jahre mit Roggen ohne Mist besäet worden, alsdann nach Englischer Wirthschafts-Arth, tractiret und wie folget, in den brauchbarsten und vollkommensten Stande gesetzt werden kann.

Der Engländer theilet das ganze seines pflugbaren Mistbahren und Ackerungs würdigen Feldes in 4 Theile ein; das Harnekopfsche hatt in seinen dreyen Feldern 60 Wispel Aussath, diese 60 Wispel werden in 4 Theile getheilet und zwar wird das erste so 15 Wispel in sich hält, nach und nach, und in proportion des vorhandenen Düngers mit Rüben Saath bestellt, es wird gepflüget, gewendet, geeget, gemistet, zur Saath gepflüget, wieder geeget, besäet, und die Saat leicht eingeeget, diese Rüben werden zur Haushaltung theils ausgezogen, und zum Wintergebrauch in die Erde vergraben, theils wenn auf den Feldern, für das Rindt-Vieh kein Graß mehr vorhanden, als medio und in fine Octoberis von selbigen zuerst, und in der Folge durch Schaafe bis zu einfallenden Frost abgefüttert, das Jahr darauf wird dieses erste Feld zur Gersten Saat employiret, und auf $\frac{1}{3}$ tel mit Kleewer und Gerste, der überrest soweit der Mist gelanget, gleichfalls mit Gersten, und 6 jähriges Mistland mit Haber besäet, der zu Wispel gesäte Kleewer wird im dritten Felde, in der Brache, zweymal geschnitten, theils geheuet, theils in denen Ställen gefüttert, von der zweithen Sath bleibt derjenige Kleewer ausgeschlossen, welcher zur Gewinnung des Sammens bestimmt ist Bey diesen Kleewer-Heu ist zu bemerken, daß der Kleewer wenigstens 14 Tage eher zu mähen und heuen tauglich, als der beste Wiesengrund, folglich das Kleewer Heu, dem Wirth die Zeit läßet, nachgehende seine Wießen zu mähen und zu heuen, in eben dieser Brache, woselbst der Kleewer den Theil einnimth, werden die nöthigen Hülsenfrüchte als Erbsen, Wicken, Wickhaber, Lein und Hanf gesäet. So bald der Kleewer mit zweyen Einschnitten obengedachtermaßen eingekommen ist, wird dieser abgenutzte Kleewer Fleck auf eine Fahre mit Roggen besäet, welcher dann das Jahr darauf geerntet wird. Aus dieser angezeigten Folge, der verschiedenen Saaten und Nutzungen erhaltet die Englische Ein-

teilung der 4 Felder. Daß 1. wird nemlich mit Rüben und anderen gefälligen Früchten theils besäet, theils so lange zur Hüthung ausgesetzt, bis man mit der Menge des Düngers das gantze Feld benutzen kan, daß 2. darauf folgende wird mit ein Drittel Gerste und Kleewer, daß noch überdem darin gemistete Land gleichfals mit Gerste, und das darin liegende aelteste Mistland mit Haber besäet, daß 3. Feld, die eigentlich sogenannte Brache wieder auf $\frac{1}{3}$ tel durch den 2 mahligen Kleewer Schnitt genützet, überdem Erbsen und andere Hülsenfrüchte hinein gesäet, der überrest aber bleibet zur Hüthung und wird so bald der Kleewer und Brachfrüchte genossen sind, zur Winter-Saat gehörig bestellet, der Kleewer Fleck jedoch nur einmahl zur Roggen Saat gepflüget und mit Roggen, auch besonderen Umständen nach, auch mit Weitzen bestellet, welcher in den 4. Felde eingeerntet wird, sobald solches geschehen, wird dieses 4. Feld bis medio Octoberis behüthet, sodann um gepflüget und auf das folgende Jahr zu Rüben obgedachtermaßen praepariret, so daß nun mehr daß 4. Feld zum ersten Feld wieder gerechnet, und nach der gegebenen Vorschrift ferner verfahren wird.

Aus dieser Arth die Englische Wirtdschaft zu führen erhaltet ohnleugbar, daß selbiger der bishero üblichen Wirtdschaft vorzuziehen, da 1lich durch das Rübensäen daß Land zur folgenden Gerste und Kleewer nicht allein tüchtiger, sondern 2tens durch das Kleewer Sähen unter der Gerste der Heugewinst um ein großes verstärkt wird, dadurch in der Folge dreymahl so viel Vieh wenigstens gehalten, auch dreymahl mehr Dünger gewonnen wird. 3tens das nach einem Verlauf von 3 Jahren von Anfang der Introdurirten Englischen Wirtdschaft, das gantze pflugbarhe Roggenfeldt in Mist gesetzt, folglich gewiß auch 2 und mehr Körner plus Saat gemacht werden können. 4tens daß da das vorjährige Rüben Land zu Gerste und Kleewer nur einmahl, und dieser Kleewer Fleck auch nur einmahl gepflüget werden darf, die Pflugarbeit, auch 4 Fahren erspahret wird. 5tens ist nicht außer acht zu lassen, daß obgleich die Scheffel Zahl durch die Eintheilung in 4 Felder auf 5 Wispel in der Aussaath jährlich vermindert wird, demnach helleuchtend in die Augen fallen muß, daß 15 Wispel Mistland, welche in der Folge alle 4 Jahre Mist erhalten, ungleich mehr Körner versichern und weniger Arbeit erfordern, als 20 Wispel Aussaat, worunter nur $5\frac{1}{2}$ Wispel Mist-Land, das 4. und 5. Korn und 14 Wispel 12 Scheffel ohngemistetes Land, kaum das 3. versprochen, zu geschweigen, daß die Hüthung durch die Englische procedur handgreiflich verbessert wird. Endlich nun die Kosten der Englischen Wirtdschaft gegen die Deutsche Ballanciren, so ist wohl solches in Ansehung der Pflüge und kleinen Eggen schon geschehen, in Ansehung der großen zwey blättrigen Eggen wird hier angemerkt, daß eine solche große mit gehörigen Zincken und Beschlag ohngefehr 9 Rtlr. kosten wird, daß eine Karre gegen einen beschlagenen Mistwagen noch einmal so viel kosten wird. Von dem Kleewer und Rüben Saamen müßen die zwey ersten Saaten bar gekauft werden, nachgehends aber und im dritten Jahr gewinntet man den Saamen selbst und fällt diese Ausgabe auf beständig weg. Ein Pfund Kleewer Samen kostet 4 Groschen, ein Pfund Rüben Saamen kostet 3 Groschen 9 Pfennig, auf einen Scheffel Gersten Aussath fallet 1 Pfd. Samen, welches pro Scheffel eine Auslage von 3 Groschen 3 Pfennig beträgt und wäre also nach eine aus vorangezeigten dates sehr leicht zu ziehenden Balance der Vorteil der Englischen Wirtdschaft für die Deutsche und deren vorzüglicher Nutzen in unserem Vaterlande zu determiniren, es bleibt mich also nichts weiter anzuzeigen übrig, als, daß da ich die Englische Wirtdschaft schon eingeführet,

ich auch daselbst überzeugende Proben des Vorzugs der Englischen Wirdtschaft erfahren, welche anzuführen mich Schuldig erachte. 1. Habe ich für 3 Jahre einen Fleck von 3 Wispel Aussath mit Rüben besäet, auf welchen für 2 Jahre meine beste Gerste und Kleewer in mittelmäßigen 3 jährigen Roggenlande, woselbst noch nie Gersten gestanden, eingeerntet worden.

2. Auf diesem Fleck 58 Fuder Kleewer Heu gewonnen und überdem 400 Pfd. Kleewer Saamen erdroschen.

3. Ist der auf diesen Kleewer Fleck in verwigenen Herbst gesäte Roggen, der beste gewesen, den ich nach Zeugniß meiner Wirdtschaft Schreiber und Meyer gewonnen.

4. Da ich vor dem nur 86 Stück Kühe und 50 Ochsen gehalten, so nutze ich gegenwärtig 146 Stück Kühe und 60 Ochsen in Praedickow, welches alles der Vermehrung und Verbesserung des Futters zuzuschreiben. Ich vermeine nach möglichkeit meiner wenigen Einsicht und meiner Schuldigkeit gemäß, dem Befehl Sr. Königl. Majestät allerunterthänigst befolget zu haben, als welches der größte meiner Wünsche ist.“

Proetzell den 7. Sept. 1768

Kameke

Fränkisch-karolingische Klöster als Grundherren in Friesland

VON WALTRAUT BLEIBER

Die Unterwerfung der die Nordseeküste vom Sinkfal bei Brügge bis zur unteren Weser bewohnenden Friesen durch den fränkisch-karolingischen Feudaladel erstreckte sich, betrachtet man Friesland als ein Ganzes, über einen Zeitraum von nahezu einhundert Jahren. Man wird sagen dürfen, daß es neben den Sachsen und den Bretonen die Friesen waren, die den fränkischen Angriffen den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzten.

Dem Hausmeier Pippin gelang es zwar bereits im Jahre 689, seine Herrschaft über gewisse Teile Westfrieslands¹ auszudehnen, jedoch konnten die Franken hier zunächst nur vorübergehend Fuß fassen. Nach 714 mußten sie das Land aufgeben. König Radbod wurde wieder Herr von „Fresia citerior“, und er behauptete diese Stellung bis zu seinem Tod im Jahre 719.² Erst nachdem sich

1 Die Bezeichnungen Westfriesland, Mittelfriesland und Ostfriesland werden im vorliegenden Aufsatz entsprechend ihrer Verwendung bei Richthofen gebraucht. Demnach erstreckte sich Westfriesland vom Sinkfal bis zum Fli, Mittelfriesland vom Fli bis zur Lauwers und Ostfriesland von der Lauwers bis zur Wesermündung. (*Richthofen, Karl Freiherr v.*, Untersuchungen über Friesische Rechtsgeschichte, Bd 1, Berlin 1880, S. 3f.) Diese Dreiteilung geht auf die Lex Frisionum zurück. (Vgl. *Amira, Karl v.*, Germanisches Recht, Bd 1, 4. Aufl., bearb. v. Karl August Eckhardt, Berlin 1960, S. 66f.; *Van Lengen, Hajo*, Zur Geschichte des Namens „Ostfriesland“ im Mittelalter, in: Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden, 42/1962, S. 6.)

2 Beda berichtet, daß Pippin im Jahre 689 „citeriorem Fresiam“ unterworfen hätte. (*Beda*, Hist. eccl. gentis Anglor., V, 10, hg. v. C. Plummer.) Welchen Teil Frieslands er dabei im Auge hat, ist allerdings nicht sicher. Jedenfalls wohl aber nicht ganz Westfriesland, wie *Richthofen, Karl Freiherr v.*, a. a. O., S. 3, und *Mühlbacher, Engelbert*, Deutsche Geschichte unter den Karolingern, 2. Aufl., hg. v. Harold Steinacker, Stuttgart 1959, S. 33, meinen. Eher ist wohl an dessen südliche Teile zu denken. *Moll, Willem*, Kerkgeschiedenis van Nederland vóór de hervorming, Bd 1, Arnhem 1864, S. 91, und *Hauck, Albert*, Kirchengeschichte Deutschlands, 5 Bde, 8. Aufl., Berlin 1954, Bd 1, S. 406 Anm. 3, vermuten, daß die südlich des Rheins gelegenen Gebiete Frieslands gemeint sind. Ebenso im Anschluß an Hauck: *Boeles, P. C. J. A.*, Friesland

die innerfränkischen Machtverhältnisse in den ersten Regierungsjahren Karl Martells geklärt hatten und die Stellung der karolingischen Hausmeier endgültig gesichert war, vermochte das Frankenreich erneut zur Basis einer bedeutenderen Expansionsbewegung zu werden. Ihr fiel die Selbständigkeit Westfrieslands, das dem Gegner am nächsten und seinen Einflüssen deshalb am stärksten ausgesetzt war, schon sehr bald zum Opfer. Es ist anzunehmen, daß die zwischen Sinkfal und Fli gelegenen Gebiete etwa 720 oder doch wenig danach endgültig unter fränkische Oberherrschaft gerieten.

Im Jahre 734 schließlich gelang es Karl Martell, das Zentrum des friesischen Stammesgebietes, nämlich Mittelfriesland, seinem Reich einzuverleiben. Ostfriesland hingegen trotzte nach wie vor dem Angreifer, und es blieb Karl dem Großen vorbehalten, die Unabhängigkeit der zwischen Lauwers und Wesermündung wohnenden Friesen gemeinsam mit der des sächsischen Stammes zu vernichten.³

Bei der Unterwerfung Frieslands spielte ähnlich wie bei der Eingliederung Sachsens in das Karolingerreich die mehr oder weniger gewaltsame Verbreitung der christlichen Religion und die Verankerung kirchlicher Institutionen gegen den offenbar häufig erbitterten Widerstand der einheimischen Bevölkerung eine wesentliche Rolle. Die christliche Ideologie und die kirchliche Organisation dienten den fränkischen Feudalgewalten zur leichteren Unterwerfung der angegriffenen Stämme und, wenn die Unterwerfung dem äußeren Geschehen nach vollendet war, zur weiteren Festigung ihrer Herrschaft, zur politischen Durchdringung und zur wirtschaftlichen Erschließung des betreffenden Landes.⁴ Die Quellen bezeugen, daß bei keinem Versuch, einen noch nicht oder nur lose dem karolingischen Reich einverlebten Stamm zu unterwerfen, die Vertreter der Kirche fehlten und daß sie an der Unterwerfung zumeist entscheidend beteiligt waren.⁵ Gerade die Tatsache aber, daß die christliche Kirche zu den Friesen

tot de elfde eeuw, 2. Aufl., 's Gravenhage 1951, S. 274. Vgl. auch *Niermeyer, J. F.*, Het Midden-Nederlands rivierengebied in de Frankische tijd, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis*, 66/1953, S. 154f.

3 Zu den einzelnen Etappen der Eroberung Frieslands durch die Franken vgl. *Boeles, P. C. J. A.*, a. a. O., S. 274ff.; *van Blom, Ph.*, Geschiedenis van Oud-Friesland, in: *De vrije Fries*, 19/1900, S. 656ff.; *Post, R. R.*, Kerkgeschiedenis van Nederland in de Middeleeuwen, Bd 1, Utrecht-Antwerpen 1957, S. 15.

4 *Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 1, S. 406; *Post, R. R.*, a. a. O., S. 19, schreibt: „Er was geen twijfel aan, dat een gechristianiseerd volk de Frankische heerschappij gemakkelijker zou dragen en sneller met de Franken tot één volk zou kunnen vergroeien, dan één volk, dat zijn oude godsdienst handhaafde“. *Blink, H.*, Geschiedenis van den boerenstand en den landbouw in Nederland, Bd 1, Groningen 1902, S. 84. Vgl. *van Blom, Ph.*, a. a. O., S. 635.

5 So gibt Eigil in seiner Lebensbeschreibung des Abtes Sturmi folgende interessante Schilderung von einem der Sachsenzüge Karls des Großen: „Congregato tam grandi exercitu, in vocato Christi nomine, Saxoniam profectus est, adsumtis universis sacerdotibus, abbatibus, presbyteris et omnibus orthodoxis atque fidei cultoribus, ut gentem quae ab initio mundi daemonum vinculis fue-

und zu den Sachsen als eine mit den Angreifern verbündete Macht kam, mußte den Angegriffenen die altangestammten Götter als die Verkörperung ihrer Freiheit, die christliche Religion und deren Verkünder aber als das Sinnbild der Unterjochung und der Fremdherrschaft erscheinen lassen. So verschmolz für diese Stämme notwendigerweise der Kampf um die Freiheit mit dem Kampf gegen die fremde Kirche und gegen alles, was ihr diente. Hauck schreibt deshalb nicht zu Unrecht, daß „die Sachsen . . . in jedem fränkischen Missionar einen feindlichen Spion, in jeder christlichen Niederlassung einen Stützpunkt für die angreifenden fränkischen Heere erblicken . . .“ mußten.⁶ Man wird diese Bemerkungen, obwohl sie sich ausdrücklich nur auf die Auseinandersetzungen zwischen Sachsen und Franken beziehen, auch bei der Untersuchung der sehr ähnlichen Vorgänge in Friesland zu beachten haben.

Während des gesamten Verlaufs der gewaltsamen Eingliederung des friesischen Stammesgebietes in das fränkisch-karolingische Universalreich erscheinen der Gegensatz zwischen angreifenden Franken und bedrohten Friesen und der Unterschied in den bei ihnen herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen zugleich als ein scharfer Gegensatz zwischen Christen und Nichtchristen. Insofern spiegelt der Grad, bis zu dem die Kirche, ihre Ideologie und ihre Organisation im friesischen Stammesgebiet Fuß zu fassen vermochten, die Festigkeit der fränkisch-karolingischen Herrschaft wider, und er macht gleichzeitig deutlich, in welchem Maße neue Verhältnisse in den eroberten Gebieten entstanden waren. Andererseits vermochten nun aber die Vertreter der Kirche eben wegen des heftigen Widerstandes, auf den sie bei ihrer Tätigkeit stießen, in der Regel nicht ohne die Unterstützung des fränkischen Staatsapparates, ohne Rückhalt beim fränkischen Feudaladel auszukommen.⁷

Die Missionierungsversuche einzelner Geistlicher in Gebieten, die nicht oder nicht genügend fest dem fränkisch-karolingischen Machtbereich eingegliedert waren, geben über diese Zusammenhänge klare Auskunft. Es sei an den Versuch erinnert, den der Angelsachse Wynfrith-Bonifatius um 716 unternahm, in den südlichen, zur damaligen Zeit von König Radbod beherrschten Teilen Westfrieslands die christliche Ideologie zu verbreiten. Er mußte sein Vorhaben

rat obligata, doctrinis sacris mite et suave Christi iugum credendo subire fecissent“ (MG SS, II, S. 376).

6 Hauck, Albert, a. a. O., Bd 2, S. 376.

7 Auf diese Zusammenhänge weist neuerdings die westdeutsche Geschichtsschreibung besonders hin. Vgl. Sante, Georg W., Bonifatius, der Staat und die Kirche, in: Sankt Bonifatius, Gedenkgabe zum zwölfhundertsten Todestag, 2. Aufl., Fulda 1954, bes. S. 205 ff., wo gerade auch zu den friesischen Verhältnissen Stellung genommen wird. Büttner, Heinrich, Bonifatius und die Karolinger, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 4/1954, S. 23 f. Büttner betont, daß bei der Stabilisierung der Grenzen des Frankenreiches bzw. seinem erneuten Ausgreifen nach Norden und Osten in der Zeit Pippins des Mittleren die „selbstverständliche Gemeinschaft zwischen dem Eingreifen des König-

aufgeben.⁸ Jedoch kehrte er nach dem Tode des Radbod zurück und wirkte jetzt gemeinsam mit Willibrord anscheinend relativ unbehelligt und erfolgreich unter der friesischen Bevölkerung, die Karl Martell zuvor seiner Macht unterworfen hatte.⁹ Nahezu ein halbes Jahrhundert nach diesem Auftreten des Willibrord und des Bonifatius in Westfriesland versuchte Willehad von Dokkum aus, das im seit 734 formell unterworfenen Mittelfriesland gelegen war, über die Lauwers nach dem noch freien Ostfriesland vorzudringen. Nach den Angaben seiner Vita gelangte er bis „ad locum qui dicitur Humarcha“¹⁰. Humarche bzw. Hummerke oder Hugmerchi ist das Humsterland, also das Gebiet, das sich nordwestlich von Groningen von der Lauwers bis zum Reitdiep erstreckt.¹¹ Willehad bewegte sich demnach bei dem geschilderten Unternehmen im Grenzgebiet des damals noch freien Ostfriesland und des bereits unterworfenen Mittelfriesland. Er hätte sein Unternehmen trotzdem um ein Haar mit dem Leben bezahlt. Denn sein Auftreten erregte unter den Bewohnern jenes westlichsten Teils von Ostfriesland starke Empörung. Die wilde und dem Götzendienst überaus ergebene gens, so berichtet die Quelle, geriet in großen Zorn und war der Meinung, daß ein Mensch, der ihre Götter derartig lästere, des Todes schuldig sei. Es wäre sicher um Willehad geschehen gewesen, wären nicht einige der Friesen für ihn eingetreten.¹²

Die Verhältnisse fügten es also, daß die fränkischen Eroberer einerseits in den Geistlichen ihre getreuesten Helfer fanden, während andererseits den Vertretern der christlichen Religion wiederum die fränkischen Könige, aber auch die übrigen Angehörigen des fränkischen Feudaladels eifrige Förderer waren. Es überrascht deshalb durchaus nicht, daß bei den Sachsen wie auch bei den Friesen gerade der Geistlichkeit besonderer Haß und die größte Feindseligkeit entgegengebracht wurden und daß die Bekämpfung der fränkischen Herrschaft zusammenfiel mit der hartnäckigen Verfolgung der Vertreter der Kirche. Jeder Aufstand, jede größere Aktion gegen die fränkischen Eroberer hatte deshalb auch unweigerlich die Zerstörung der christ-

tums und der Ausbreitung und Organisation der christlichen Kirche“ hervorzuheben sei.

8 *Vita Bonifatii auct. Willibaldo*, hg. v. Wilhelm Levison, Hannover-Leipzig 1905, S. 16f. (MG SS in us. schol.).

9 Ebenda, S. 23f.; vgl. auch *Ypma, Eelcko*, De eerste Christianisering, in: *Bijdrage tot de kerkgeschiedenis van Friesland*, 2. Aufl., Franeker 1951, S. 14ff.

10 *Vita Willehadi*, AA SS Nov. 3, Brüssel 1910, S. 843. — Nach *Dehio, G.*, Geschichte des Erzbistums Hamburg-Bremen, Bd 1, Berlin 1877, Anmerkungen u. Ausführungen, S. 52, bilden den Kern der Vita kurze Nachrichten, die entweder noch zu Willehads Lebzeiten oder doch kurz nach seinem Tode entweder in Bremen selbst oder in „einer benachbarten Missionsstation“ aufgezeichnet wurden.

11 *Geschiedkundige Atlas van Nederland*, De Romeinsche tijd en de Frankische tijd, bearb. v. P. J. Blok u. A. W. Byvanck, 's Gravenhage 1929, T. B, S. 10.

12 *Vita Willehadi*, a. a. O.

lichen Gotteshäuser und die Vertreibung ihrer Priester im Gefolge. Bereits in den Jahren 714 bis 719, als sich die Westfriesen unter der Führung ihres Königs Radbod gegen die Franken erhoben, wurde der sowieso erst schwache kirchliche Einfluß im Gebiet von Utrecht völlig beseitigt. Die Missionare mußten Westfriesland verlassen, die wenigen bisher errichteten Kirchen wurden zerstört.¹³ Radbod erwies sich zumindest in dieser Periode als ein überzeugter Gegner der christlichen Religion, dem vermutlich die Zusammenhänge zwischen der Verteidigung der Unabhängigkeit seines Landes und der Abwehr der kirchlichen Ideologie und Organisation durchaus bewußt waren.

In Mittelfriesland ähnelten die Verhältnisse bis zum Ende des 8. Jahrhunderts offenbar sehr denjenigen Westfrieslands im ersten Viertel des gleichen Jahrhunderts. Die karolingische Herrschaft war zur angegebenen Zeit noch wenig gefestigt, und die Christianisierung machte nur langsame Fortschritte. Da das Land zwischen Fli und Lauwers sehr isoliert war und dem fränkischen Machtbereich sehr viel ferner lag als die Gebiete westlich der Zuider-See, drangen fränkisch-kirchliche Einflüsse nur zögernd ein. Deshalb war das Heidentum in der Mitte des 8. Jahrhunderts in Mittelfriesland noch weit verbreitet, und seine Überwindung nahm einen langen Zeitraum in Anspruch. Die Quellen berichten, daß es im zweiten Drittel des 8. Jahrhunderts in Mittelfriesland einzelne Stützpunkte der fränkischen Staatsmacht gab, die gleichzeitig Inseln der christlichen Mission bildeten. Als eine solche Insel ist wohl seit Beginn der sechziger Jahre des 8. Jahrhunderts das in der heutigen niederländischen Provinz Friesland gelegene Dokkum mit seiner näheren und weiteren Umgebung anzusehen. Hier trat sehr früh, nämlich bald, nachdem Bonifatius erschlagen worden war, ein Mann mit dem Namen Abba in Erscheinung. Er war von Pippin dem Kurzen, also von der fränkischen Zentralgewalt, eingesetzt worden, damit er „*officium praefecturae secundum indictum gloriosi regis Pippini super pagum locumque illum gerebat . . .*“¹⁴ Die *Vita Bonifatii* berichtet, daß in den Händen eben dieses Abba die Leitung des Baues einer Kirche in Dokkum lag.¹⁵

Trotz dieser Stützpunkte und Inseln ist das Land aber offenbar keineswegs als wirklich echter Bestandteil des fränkischen Reiches¹⁶ und noch viel weniger als wirklich christianisiert und der Herrschaft der Kirche unterworfen anzusehen. Der Fortsetzer der Chronik des Fredegar berichtet im Zusammenhang mit der Schlacht an der Bordena (734) ausdrücklich, daß die Bevölkerung Mittelfrieslands in dieser Zeit noch heidnisch gewesen sei.¹⁷ Dieser Bericht des Chronisten wird für die Mitte des 8. Jahrhunderts von Willibald bestätigt, der

13 Hauck, Albert, a. a. O., Bd 1, S. 412f.

14 *Vita Bonifatii auct. Willibaldo*, a. a. O., S. 57.

15 Ebenda, S. 56f.

16 Van Blom, Ph., a. a. O., S. 663, meint sogar, daß Mittelfriesland selbst nach der Schlacht an der Bordena den Franken nur tributpflichtig gewesen sei.

17 MG SS rer. Merov., II, S. 176.

in seiner „Vita Bonifatii“ davon spricht, daß Bonifatius über die Zuider-See gefahren sei und jenseits dieses Gewässers „gentemque paganam Fresonum visitaret“¹⁸. Von der bedrohlichen Wendung, die die Ereignisse nahmen, als Willehad den Versuch machte, im Humsterland zu predigen, ist bereits gesprochen worden. Willehad hatte sich um 770 in Dokkum niedergelassen¹⁹ und hielt sich längere Zeit dort auf, bevor er die Lauwers überschritt. Während dieses Aufenthaltes bestand ein wesentlicher Teil seiner Tätigkeit darin, Heiden mit der christlichen Lehre vertraut zu machen und zu taufen. Weiter wird von der Vita des Willehad berichtet, daß der Missionar manchen Irrenden wieder zum wahren christlichen Glauben zurückführte.²⁰ Gerade dieser letzte Satz läßt ahnen, wie mühevoll es zunächst war, die Unterworfenen zu wirklich überzeugten und bleibenden Anhängern des Christentums zu machen und wie relativ häufig eintretende Rückschläge bereits Erreichtes vernichteten.

Das Bild, das die Quellen für die Umgebung von Dokkum noch für das letzte Drittel des 8. Jahrhunderts zeichnen, also für ein Gebiet, in welchem sich fränkisch-christliche Einflüsse doch relativ früh nachweisen lassen, will nur schlecht zu der mitunter in der historischen Literatur geäußerten Auffassung passen, daß Friesland bereits beim Tode des Bonifatius bis zur Lauwers christlich gewesen und daß höchstens im äußersten Osten noch das eine oder andere zur Christianisierung zu tun geblieben sei.²¹ Eher entspricht die Meinung von Hauck den Aussagen der Quellen, daß nämlich zu der Zeit, als Bonifatius in Mittelfriesland erschien, „das Land fränkisch, aber heidnisch“ gewesen sei²², und daß bei der Ankunft des Willehad in Dokkum, also etwa 25 Jahre nachdem Bonifatius getötet worden war, die Situation hier gefährlicher gewesen sei als beispielsweise an der IJssel, da im friesischen Ostergau damals noch Heiden und Christen nebeneinander wohnten.²³ Die Darstellung Haucks entspricht auch derjenigen, die Altfrid, der außerordentlich gut informierte Verfasser der „Vita sancti Liudgeri“, gibt. Er berichtet, daß Liudger von Alberich, dem Nachfolger Gregors in Utrecht, mit anderen Geistlichen zu den Friesen geschickt worden sei, um heidnische Götterbilder zu zerstören und die bei ihnen offensichtlich noch weitverbreitete Verehrung nichtchristlicher Götter zu be-

18 *Vita Bonifatii auct. Willibaldo*, a. a. O., S. 47.

19 *Moll, Willem*, a. a. O., S. 169; *Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 2, S. 363 Anm. 1; *Post, R. R.*, a. a. O., S. 40.

20 *Vita Willehadi*, a. a. O., S. 843.

21 *Post, R. R.*, a. a. O., S. 37. An anderer Stelle urteilt Post zurückhaltender. Vgl. *derselbe*, *De overgang van de Friezen tot het Christendom, 's Hertogenbosch* 1948, S. 24f.

22 *Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 1, S. 549; *Van de Kieft, C.*, *Bonifatius en het Bisdom Utrecht*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis*, 74/1961, bes. S. 63. — Der Verfasser schätzt gerade die Ergebnisse der Tätigkeit des Bonifatius sehr gering ein.

23 *Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 2, S. 362f.

kämpfen.²⁴ Dieses Unternehmen ist zwischen 775 und 778 anzusetzen²⁵, und der damaligen politischen Situation entsprechend kann nur Mittelfriesland das Tätigkeitsfeld des Liudger gewesen sein. Die Erzählung Altfrids gibt einen interessanten Aufschluß darüber, wie verbreitet heidnische Göttervorstellungen zwischen Fli und Lauwers im letzten Drittel des 8. Jahrhunderts noch waren und wie wenig tief damals die christliche Religion im Lande verwurzelt war. Ostfriesland schließlich wird man noch im letzten Drittel des 8. Jahrhunderts als vorwiegend heidnisch anzusehen haben. Denn erst mit seiner Unterwerfung durch Karl den Großen wurden hier die notwendigen Voraussetzungen für eine breitere Wirksamkeit der Kirche geschaffen.

Ein Ausdruck der ungeklärten Verhältnisse ist, daß sowohl in Mittel- wie auch in Ostfriesland der Widerstand gegen die fränkischen Eroberer und deren Christianisierungsversuche sehr hartnäckig und mitunter überaus erbittert war. Dabei traf auch hier der Zorn der friesischen Bevölkerung die Vertreter der Kirche in seiner ganzen Heftigkeit.

Als Bonifatius im Sommer des Jahres 754 an der Bordena erschien, um hier zu predigen, wurde er mit einem halben Hundert seiner Begleiter von den empörten Friesen als Vorkämpfer der fränkischen Eindringlinge erschlagen.²⁶ Die näheren Umstände seines Todes verdienen besonderes Interesse, weil sie deutlich machen, daß selbst in Gebieten, die bereits seit mehreren Jahrzehnten nominell zum fränkischen Reich gehörten, die Gegensätze noch in außerordentlich zugespitzter Form auftraten. Die Herrschaft der Franken war noch wenig gesichert, und die Kirche stand gewissermaßen noch am Anfang ihrer Tätigkeit.

Der deutlichste Ausdruck der Tatsache aber, daß das fränkische Feudalsystem mit seinem Staatsapparat und die mit beiden fest verknüpfte Kirche bis zum Ende des 8. Jahrhunderts in Mittel- und ganz besonders in Ostfriesland noch nicht festen Fuß zu fassen vermocht hatten, ist der große Aufstand des Jahres 784. Die Bevölkerung Ostfrieslands erhob sich gemeinsam mit den Sachsen unter der Führung Widukinds, und ihnen schlossen sich offenbar große Teile der zwischen Fli und Lauwers wohnenden Friesen an. Die Priester und Missionare, die mühselig Eingang in diese Landstriche gefunden hatten, wurden entweder erschlagen oder aus dem Lande vertrieben. Die Kirchen wurden zerstört, der christliche Glaube aufgegeben. Die Bevölkerung kehrte

24 „Misit Albricus Liudgerum et cum eo alios servos Dei, ut distruerent fana deorum et varias culturas idolorum in gente Fresonum“ (*Altfridi vita sancti Liudgeri* [im folgenden: *Altfridi vita s. Liudgeri*], I, 16, in: *Die vitae sancti Liudgeri*, hg. v. Wilhelm Diekamp, Münster 1881. — Die in der gleichen Ausgabe abgedruckte *Vita secunda* bzw. *Vita tertia s. Liudgeri* im folgenden: *Vita sec. s. Liudgeri* bzw. *Vita tert. s. Liudgeri*).

25 *Schröer, Alois*, Chronologische Untersuchungen zum Leben Liudgers, in: *Westfalia Sacra*, 1/1948, S. 110 f.

26 *Vita Bonifatii auct. Willibaldo*, a. a. O., S. 48 ff.; *Halbertsma, H.*, Bonifatius' levenseinde in het licht der opgravingen, in: *De vrije Fries*, 44/1960, S. 5 ff.

zu dem ihr altvertrauten Götterglauben zurück.²⁷ Die fränkische Oberherrschaft geriet ins Wanken, und die auf die Stabilität der Herrschaft angewiesenen Geistlichen wagten sich erst nach geraumer Zeit wieder ins Land.²⁸

Der Aufstand von 784 war die letzte größere Erhebung in Friesland. Dennoch sind aber auch danach die Auseinandersetzungen keineswegs zu Ende. Etwa zehn Jahre später kam es im östlichen Friesland zu neuen Unruhen, deren Führer Unno und Eilrat waren. Wiederum wurden die Kirchen zerstört und die Geistlichen verjagt. Auch Liudger mußte fliehen.²⁹ Danach berichten die Quellen nichts mehr von bewaffneten Kämpfen zwischen Friesen und Franken. Offensichtlich war jetzt das Land soweit „befriedet“, daß es zu keinem nennenswerten Aufstandsversuch mehr kam. Trotzdem ist anzunehmen, daß Mittel- und vor allem Ostfriesland um das Jahr 800 und selbst geraume Zeit danach keineswegs völlig christianisiert waren. Vor allem das Gebiet östlich der Lauwers wurde wohl erst nach den genannten Auseinandersetzungen in die kirchliche Organisation einbezogen.³⁰ Zwar war die fränkische Herrschaft inzwischen so gefestigt, daß sie kaum noch abgeschüttelt werden konnte, aber die christliche Religion und erst recht die kirchliche Organisation hatten sich bei weitem noch nicht durchgesetzt. Das Land galt formell als christlich, trotzdem verharrte seine Bevölkerung weitgehend in heidnischen Vorstellungen und Gebräuchen, und bis ins hohe 9. Jahrhundert blieb es eine Hauptaufgabe der ins

27 „Cumque vir Dei Liudgerus in eadem regione annis fere septem in doctrinae studio persisteret, consurrexit radix sceleris Widukind, dux Saxonum eatenus gentilium, evertit Fresones a via Dei combussitque ecclesias et expulit Dei famulos et usque ad Fleo fluvium (Hervorhebung von mir – d. Verf.) fecit Fresones Christi fidem relinquere et immolare idolis, iuxta morem erroris pristini“ (Alfridi vita s. Liudgeri, I, 21, a. a. O.) Der Aufstand wird in der Literatur häufig, aber wohl zu Unrecht, mit dem Sachsenaufstand von 782 in Verbindung gebracht. Für 784 spricht sich neuerdings wieder *Schröer, Alois*, a. a. O., S. 111 f., mit einleuchtenden Gründen aus, wie auch vor ihm schon *Abel, Sigurd*, Jahrbücher des Fränkischen Reiches unter Karl dem Großen, Bd 1, Berlin 1866, S. 539 f., und Wilhelm Diekamp in seiner Ausgabe der *Vita Liudgeri des Altfriid*, a. a. O.

28 Liudger wurde 786 oder 787 von Karl dem Großen mit der Missionierung der fünf friesischen Gaue Hugmerchi, Hunusga, Fivilga, Emisga und Fediritga betraut. (Vgl. *Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 2, S. 367; *Schröer, Alois*, a. a. O., S. 138.)

29 „Tunc iterum operante maligno ab orientalibus Fresonibus nox infidelitatis magnae fuerat exorta. Cuius mali Unno et Eilrat fuere principes, et combustae sunt ecclesiae servique Dei repulsi“ (Alfridi vita s. Liudgeri, I, 22, a. a. O.); vgl. auch *Woebcken, Carl*, Die Einführung des Christentums in dem östlichen Teile Frieslands, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte, 47/1949, S. 34. Diekamp vermutet einen Zusammenhang zwischen dieser Erhebung und dem sächsischen Aufstand von 792/93, a. a. O., S. 27 Anm. 2. Ebenso *Schröer, Alois*, a. a. O., S. 115 f.

30 *Schubert, Hans v.*, Geschichte der christlichen Kirche im Frühmittelalter, Tübingen 1921, S. 337.

Land gekommenen oder nach und nach aus den Reihen der Friesen selbst gewonnenen Geistlichen, die christliche Ideologie zur allein herrschenden zu machen. Hierüber geben die Quellen zwar sparsam, aber doch unmißverständlich Auskunft. Moll, dessen Darstellung der niederländischen Kirchengeschichte bis zum heutigen Tage unentbehrlich ist, sagt von den Friesen des 9. und sogar noch des 10. Jahrhunderts, sie seien in der Mehrzahl getaufte Heiden gewesen, die höchstens die Formen des neuen Gottesdienstes angenommen hatten.³¹

Da der kirchlichen Einteilung entsprechend ein beträchtlicher Teil des friesischen Stammesgebietes in spätkarolingischer Zeit zum Bistum Utrecht gehörte, mußte naturgemäß vor allem seinen Bischöfen die Aufgabe zufallen, die Christianisierung der Friesen weiterzuführen und schließlich zu vollenden. Tatsächlich finden sich in den Quellen Hinweise auf entsprechende Bemühungen der Bischöfe von Utrecht. So bestätigte Ludwig der Fromme im Jahre 815 dem Bischof Ryxfrid von Utrecht in einer Urkunde bestimmte Zehnten, Zölle und andere Einnahmen. Als Begründung für die Bestätigung dieser Einnahmen wird gesagt, daß der Bischof „gentiles, qui ad christianitatem convertuntur alere et docere . . .“ können solle.³² In die gleiche Richtung weist die Grabinschrift des genannten Bischofs, die ausdrücklich zu seinen Verdiensten zählt, daß er „paganos stravit, hinc et eos pepulit“³³. Es fragt sich, wer diese Heiden waren, die durch Ryxfrid selbst oder doch während seiner Amtszeit, also in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts zum christlichen Glauben bekehrt wurden. Wir werden kaum fehlgehen, wenn wir in diesem Zusammenhang an die Sachsen denken, die jenseits der Ijssel lebten. Unter ihnen hatte Willehad gewirkt, nachdem sein Missionierungsversuch im friesischen Humsterland gescheitert war. Jedoch hatte sein Auftreten auch hier Widerstand und Abwehr geweckt.³⁴ Vor allem aber wird an die Friesen gedacht werden müssen, die in den zur Diözese des Bistums Utrecht gehörenden Teilen Frieslands wohnten. Das aber sind alles Gebiete, die zu West- und Mittelfriesland gehörten, denn die Diözesangrenze zwischen den Bistümern Münster und Utrecht wurde im äußersten Norden etwa von der Lauwers gebildet³⁵, deckte sich also annähernd

31 Moll, Willem, a. a. O., S. 320: „De meesten waren gedoopte heidenen, die alleen de vormen des middeneeuwchen christendoms hadden aangenomen . . .“ Aufschlußreich für das lange Weiterleben heidnischer Vorstellungen und Gebräuche sind Funde, die bei Ausgrabungen in Emden gemacht wurden. (Haarnagel, Werner, Die frühgeschichtliche Handels-Siedlung Emden und ihre Entwicklung bis ins Mittelalter, in: Friesisches Jahrbuch 1955, bes. S. 54 ff.) Man wird auch der Feststellung zustimmen müssen, daß vom Beginn der Mission durch Liudger noch ein Jahrhundert verging, „bis ganz Ostfriesland sich dem christlichen Glauben zuwandte“ (ebenda, S. 76).

32 Oorkondenboek van het Sticht Utrecht tot 1301, hg. v. S. Muller u. A. C. Bouman, Bd 1, Utrecht 1920, Nr 56, S. 61 f.

33 Gedruckt bei Moll, Willem, a. a. O., S. 530.

34 Vita Willehadi, a. a. O., S. 843.

35 Vgl. Moll, Willem, a. a. O., S. 293 f.; Schönfeld, M., Friese relicten in het Gronings, in het bijzonder in de toponiemen, in: Bijdragen en mededelingen

mit der Grenze von Mittel- und Ostfriesland. Eben deshalb dürften sich die Angaben über Ryxfrids Anteil an der Heidenbekehrung am ehesten auf mittelfriesische, kaum aber auf ostfriesische Verhältnisse beziehen.

Was das allgemeine Verhältnis zwischen Friesen und Franken in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts betrifft, so gab es selbst in der Zeit der Normanneneinfälle unter der friesischen Bevölkerung stärkere Gruppen, die sich lieber mit den Normannen verbündeten, als mit den Franken zusammen gegen sie kämpften. Jedenfalls deutet darauf der Umstand hin, daß Ludwig der Fromme nach dem großen Einfall des Jahres 837, der besonders die Insel Walcheren und den wichtigen Handelsplatz Dorstadt mit den angrenzenden Gebieten traf, bei seinem damaligen Aufenthalt in Nijmegen eine Untersuchung über die Ursachen für die Nachlässigkeiten bei der Verteidigung des Landes durchführte. Dabei trat zutage, daß sich ein Teil der friesischen Bevölkerung geweigert hatte, gegen die Normannen zu kämpfen. Bezeichnenderweise sandte Kaiser Ludwig neben Grafen damals auch Äbte ab, um den Ungehorsam der Friesen zu brechen.³⁶ Wir wissen nichts über die Motive der normannenfreundlichen Bevölkerungsgruppen, und wir wissen auch nicht, wer zu diesen Gruppen gehörte.³⁷ Aber immerhin lassen sie deutlich werden, daß sich Spannungen zwischen Friesen und den fränkischen Feudalgewalten entweder bis ins 9. Jahrhundert hinein erhielten oder daß sie doch erneut entstanden.

Die Kirche trat in Friesland von vornherein als ein integrierender Bestandteil der Kräfte in Erscheinung, deren Bestimmung es war, die friesische Freiheit und Selbständigkeit zu untergraben. Daß die Bedrohung empfunden wurde, lehrt der zähe Widerstand, der dem Vordringen der christlichen Religion und der Einwurzelung der kirchlichen Organisation erwuchs. Er hielt, wie oben ausgeführt, in Mittel- und Ostfriesland bis zum Ende des 8. Jahrhunderts an, und eine spürbare Abneigung gegen die Kirche und ihre Einrichtungen läßt sich in diesen Gebieten selbst im 9. Jahrhundert feststellen. So findet sich noch rund einhundert Jahre, nachdem die Unterwerfung Frieslands abgeschlossen war, zwischen Fli und unterer Weser nur eine ganz geringe Zahl von Klöstern, und es könnte fast so scheinen, als träte auch in dieser Tatsache ein Widerwille gegen kirchliche Institutionen zutage, die von den Franken ins Land gebracht wurden. Um so mehr muß auffallen, daß in der Zeit, als das Karolingerreich endgültig zerfiel, gerade Klöster aus dem fränkisch-karolingischen Raum in Mittel- und Ostfriesland und im Grenzgebiet von West- und Mittelfriesland über bedeutendes Landeigentum verfügten.

der Dialecten – Commissie van de Koninklijke Nederlandse Akademie van wetenschappen te Amsterdam, 10/1947, S. 2.

³⁶ Annales Bertiniani zu 837.

³⁷ Waller Zeper, S. A., Cammingehunderi, in: De vrije Fries, 26/1918, S. 148 Anm. 1, vermutet einen Zusammenhang zwischen der Güterentziehung, mit der ein Gerolf in den 30er Jahren des 9. Jahrhunderts von Ludwig dem Frommen bestraft wurde, und den genannten Vorfällen bei der Grenzverteidigung.

In den folgenden Ausführungen soll untersucht werden, wie die Anfänge des Eindringens jener klösterlichen Grundherrschaften in das friesische Stammesgebiet ausgesehen haben. Da dieses Eindringen offenbar mit der Unterwerfung direkt in Zusammenhang stand, verspricht eine solche Untersuchung Aufschluß darüber zu geben, wie diese Unterwerfung vor sich ging, mit welchen Mitteln sie erreicht wurde und auf welche Kräfte sie sich stützte.

Die größten geistlichen Grundherren Frieslands waren um 900 die Klöster Fulda und Werden an der Ruhr. Das Kloster Fulda, das bereits unter den Karolingerkönigen eine bedeutende Rolle spielte³⁸, und das um 800 von Liudger gegründete Kloster Werden³⁹ beherrschten mit den ihnen gehörenden umfangreichen Ländereien in der Zeit des endgültigen Zerfalls des Karolingerreiches weite Strecken Frieslands. Beide Klöster waren sowohl in West- wie in Mittel- und Ostfriesland begütert, jedoch traten bestimmte Teile des friesischen Stammgebietes in ganz besonderem Maße als Konzentrationsgebiete von Grundeigentum eines der beiden oder auch beider Klöster hervor. Kötzschke unterscheidet für das Kloster Werden ein mittel- und ein ostfriesisches Besitzgebiet.⁴⁰ In Mittelfriesland lagen seine Güter vor allem in dem Raum, der heute den Westen der niederländischen Provinz Friesland ausmacht. Hier sind unter anderem die Orte Hieslum, Dedgum, Eemswoude, Westerburen, Schettens und Midlum zu nennen, in denen uns Werden als Grundherr begegnet. Das ostfriesische Besitzgebiet war nicht in sich geschlossen, sondern zerfiel wiederum in einen westlichen und einen östlichen Teil. Zum westlichen gehörten die Ländereien, die die Stiftung Liudgers in den nordwestlich Groningen gelegenen Siedlungen Wierum (?), Joeswerd, Beswerd, Feerwerd, Selwerd und Roetsum besaß. Der östliche Teil lag jenseits von Dollard und Ems.⁴¹

Beim Kloster Fulda ist in erster Linie auf seine in Mittelfriesland gelegenen Ländereien zu verweisen. Hier fällt vor allem ein in der Umgebung von Dokkum, also im mittelfriesischen Ostergau nachweisbarer Güterkomplex auf. Er umfaßte Liegenschaften nahe bei der Lauwers-See, nämlich in Tibma und in

38 Zu seinem Einfluß vor allem im Hessischen und im Ostfränkischen vgl. *Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 2, S. 584, zu seiner Bedeutung für das Geistesleben ebenda, S. 628 ff.

39 Ebenda, S. 416 ff. — Liudger war Friese. Er war um 780 in Dokkum und im Gebiet westlich der Lauwers tätig. (Ebenda, S. 365 f.) *Kötzschke, Rudolf*, Studien zur Verwaltungsgeschichte der Großgrundherrschaft Werden an der Ruhr (im folgenden: Studien), Leipzig 1901, S. 1.

40 Ebenda, S. 6.

41 Güter in Hieslum, Dedgum, Eemswoude, Schettens, Midlum, Wierum, Joeswerd, Beswerd, Feerwerd, Selwerd und Roetsum schenkte Folker neben anderen im Jahre 855 dem Kloster Werden. Die Schenkungsurkunde ist gedruckt in: *Rheinische Urbare*, Bd 2, hg. v. Rudolf Kötzschke, Bonn 1906, S. 8 ff. Die östlich von Dollard und Ems gelegenen Güter werden in zwei im 10. Jh. angelegten Urbaren genannt (vgl. *Rheinische Urbare*, a. a. O., § 22, S. 47 ff. u. § 23, S. 52 f.).

Morra (?), und griff über Ternaard, Dokkum und Bornwerd in westlicher Richtung bis nach Ferwerd und Marrum und schließlich sogar vom Festland bis zur Insel Ameland hinüber.⁴² In ähnlicher Dichte und Häufigkeit traten friesische Güter des Klosters Fulda anderswo kaum auf. Lediglich das Gebiet von Leeuwarden besaß in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts für die Grundherrschaft Fulda vielleicht eine ähnliche Bedeutung. Denn hier fanden sich Ländereien dieses Klosters in Leeuwarden selbst, in Goutum (?) Hettinga (?), Techum, Wartena, Wyns, Britsum, Lekkum und in einigen anderen Orten.⁴³

Neben diesen ausgesprochenen Konzentrationsgebieten läßt sich Grundeigentum des Klosters Fulda zeitweilig auch im Texel- und im Westergau sowie in der heutigen niederländischen Provinz Groningen und vor allem nordwest-

42 In Tibma erwarb Fulda durch zwei Schenkungen Güter. (*Dronke, Ernst F. J.*, *Traditiones et antiquitates Fuldenses*, Fulda 1844, S. 48, Nr 87, u. S. 49, Nr. 95.) Die Zeit, in der die Schenkungen vollzogen wurden, ist nicht überliefert, sie gehören aber wohl in das 9. Jh. Zur Identifizierung des Ortes vgl. *van den Bergh, L. Ph. C.*, *Handboek der Middelnederlandse Geographie*, 3. Aufl., bearb. v. A. A. Beekman u. H. J. Moerman (im folgenden: *Beekman/Moerman*), 's Gravenhage 1949, S. 269. Morra, Ternaard, Marrum und die Insel Ameland werden ebenfalls wiederholt in den Traditionsurkunden des Klosters genannt. (Vgl. *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 44, Nr 21 = S. 51, Nr 122; S. 44, Nr 22 = S. 51, Nr 123; S. 46, Nr 57 u. Nr 60; S. 47, Nr 70 u. 72; S. 47, Nr 79 = S. 99, Nr 73; S. 47f., Nr 80 = S. 99, Nr 74; S. 48, Nr 87.) Zur Identifizierung der Orte vgl. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 269f.; *Bunte, B.*, Ausführliche Untersuchungen über die auf Friesland sich beziehenden traditiones Fuldenses, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden*, 10/1892 u. 11/1895 (im folgenden: *Bunte, B.*, I u. II); *Buitenrust-Hettema, F.*, Friese Plaatsnamen, in: *Nomina Geographica Neerlandica* (im folgenden: NGN) 4/1899, S. 96f.

43 „In uilla Lintarwrde“ schenkt Folkmar dem Kloster Fulda „terram pascualem sex boum“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 46, Nr 49). Zur Identifizierung des Ortes vgl. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 269. Fridurint überträgt dem Kloster „in uilla Gottinheim quicquid ibi proprietatis habui . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 46, Nr 50.) Zur Identifizierung des Ortes vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 92, Nr 72. — Vielleicht bestanden verwandtschaftliche Beziehungen zwischen diesem Tradenten und einer Gruppe von Schenkern, die dem Kloster bereits etwas früher Güter in dem in der gleichen Gegend gelegenen Hettinga (?) übertrugen: „Ego Frigart et due filie mee Friduwic et Friurch et filius meus Rudolf dedimus . . . quicquid in Hettinchetmeuelden proprium habuimus . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 43, Nr 7 = S. 49, Nr 108). Zur Identifizierung von „Hettinchetmeuelden“ vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 91, Nr 49. Von Grundeigentum des Klosters in Techum (dacheim), Wartena (Wartengahe), Wyns (Weingi), Britsum (bruggiheim) und Lekkum (lakki) erfahren wir durch das im Jahre 945 angelegte Zinsverzeichnis des Klosters. (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 67f., Nr 37. Zur Identifizierung der genannten Orte vgl. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 270.

lich von Emden nachweisen.⁴⁴ Während uns nun aber auffallenderweise in der Umgebung von Dokkum und von Leeuwarden nur das Kloster Fulda als Grundherr begegnet, treten Fulda und Werden im nördlichen Westfriesland, im Westen der heutigen niederländischen Provinz Friesland, hier besonders in der Gegend von Bolsward und Sneek, in der heutigen Provinz Groningen und vor allem bei Emden gemeinsam als Grundeigentümer auf. In einigen Orten, so in Antum, Feerwerd und Krassum nordwestlich von Groningen⁴⁵, in Groot-husen, Groot-Midlum und Pewsum nordwestlich von Emden⁴⁶, in Hieslum und Schettens im Westen der heutigen niederländischen Provinz Friesland⁴⁷ und in Westerburen (?)⁴⁸ waren sowohl Werden wie auch Fulda begütert.

44 *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 42, Nr 1; S. 43, Nr 2 bis 11, Nr 14; S. 44, Nr 19 u. 20 u. a.

45 Dem Kloster Fulda überträgt ein Graf Dietrich um das Jahr 820 „partem hereditatis . . . in uilla . . . Antlida . . . et . . . in uilla . . . Creslinge . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 50, Nr 121 = S. 44, Nr 20.) Zur Identifizierung der Ortsnamen vgl. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 274. Die Identität von Antlida mit dem bei Garnwerd nordnordwestlich von Groningen gelegenen Antum wies vor allem *de Vries, W.*, *De oudste Plaatsnamen in't Westerkwartier*, in: NGN, 8/1932, S. 39, überzeugend nach. Er setzt sich auch mit der älteren, u. a. von *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 87, Nr 9, vertretenen Ansicht auseinander, nach der Antlida mit Andel bei Baflo identisch sei. Völlig irreführend ist der Verweis bei *Förstemann, Ernst*, *Altdeutsches namenbuch*, Bd 2, T. 1, 3. Aufl., hg. v. Hermann Jellinghaus, Bonn 1913, S. 146, auf NGN, 2/1892, S. 106. Das dort behandelte Andel liegt in der niederländischen Provinz Nord-Brabant an der Maas und ist in der Schenkungsurkunde des Grafen Dietrich sicher nicht gemeint. In Feerwerd erwirbt Fulda außerdem noch durch zwei weitere Traditionen Ländereien. (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 46, Nr 60 u. S. 49, Nr 97.) Das Kloster Werden erhält in den gleichen drei Orten im Jahre 855 durch Folker Güter geschenkt. (*Rheinische Urbare*, a. a. O., § 2, S. 8ff.)

46 Güter des Klosters Fulda in Groothusen und Groot-Midlum werden im Zinsverzeichnis von 945 genannt: „in Husen siclos VII et dim. . . in mitesheim II siclos . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 68.) Zur Identifizierung vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 93, Nr 86 und S. 96, Nr 114. In Pewsum erhält das Kloster von Gerhart Güter geschenkt. (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 46, Nr 62.) Zur Identifizierung vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 96, Nr 124. Einnahmen des Klosters Werden von in Groot-Midlum, Pewsum und Groothusen gelegenen Ländereien werden in einem Verzeichnis des Grundbesitzes dieses Klosters im östlichen Friesland erwähnt: „In Middilhem II^e pertice . . . In Pēushem . . . In Husun tertii pedis . . .“ (*Rheinische Urbare*, a. a. O., § 22, S. 47.)

47 Das Kloster Werden erhielt von dem bereits genannten Folker Liegenschaften in Hieslum und in Schettens geschenkt. (*Rheinische Urbare*, a. a. O., § 2, S. 13f.) An Fulda übertrug Graf Gerhart Güter, die „in loco . . . Hasalon . . .“ gelegen waren. (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 47, Nr. 74 = S. 48, Nr 86.) Im gleichen Ort gelegene Ländereien schenken Wulpolt, Alptag und Folcwar.

Neben den bisher genannten Klöstern sind zeitweilig noch Lorsch und Echternach als Grundeigentümer in Friesland nachweisbar.⁴⁹

Im Jahre 764 gründete Cancor, Graf im Oberrheingau, das Kloster Lorsch.⁵⁰ Dieses wenig ostnordostwärts Worms gelegene Kloster erwarb sehr früh einige Ländereien im friesischen Stammesgebiet. Sie lagen in Westfriesland, und zwar in seinem südlichsten und in seinem nördlichsten Teil.⁵¹ Über Grundeigentum des gleichen Klosters in Mittel- und Ostfriesland ist dagegen nichts bekannt.

(*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 47, Nr 76.) Zur Identifizierung von Hasalon bzw. Hasulun mit Hieslum vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 93, Nr 76 u. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 264. Daß das Kloster Fulda auch in Schettens begütert war, geht aus dem 945 angelegten Zinsverzeichnis hervor: „Scettefurt VIII uncias . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 68.) Zur Identifizierung vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 98, Nr 133 u. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 264.

48 Dem Kloster Fulda wurde durch Folkwar „terram XII boum infra terminos uille westerbure . . .“ geschenkt. (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 47, Nr 73 = S. 48, Nr 83.) Zur vermutlichen Identität von „westerbure“ und dem westsüdwestlich Sneek gelegenen Westerburen vgl. *Buitenrust-Hettema, F.*, a. a. O., S. 227f. Im Jahre 845 übertrug Imma dem Kloster Werden „XII animalium terram . . . in uuestarburon in pago uuestrachi . . .“ (*Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins*, hg. v. Theodor J. Lacomblet, Bd 1, Düsseldorf 1840, Nr 61.)

49 Am Ende des 9. Jhs. hatte offenbar auch die Abtei Prüm Grundeigentum in Friesland. (*Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die Preußischen Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelhheinischen Territorien*, hg. v. Heinrich Beyer, Bd 1, Coblenz 1860, S. 201. Vgl. auch *Lamprecht, Karl*, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Bd 2, Leipzig 1885, S. 131.) Jedoch liegen die Anfänge dieser Erwerbungen bis jetzt völlig im Dunkeln. Ob sie weit zurückreichen, ist nicht zu sagen. Die friesischen Güter des Klosters Corvey wurden im vorliegenden Aufsatz nicht berücksichtigt. Corvey ist erst in der Zeit Ludwigs des Frommen gegründet worden und hatte keine Beziehungen zur ursprünglichen Missionierung Frieslands.

50 *Glöckner, Karl*, Lorsch und Lothringen, Robertiner und Capetinger, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (NF)*, 50/1937, S. 302.

51 Godebertus schenkte 776 „in . . . uilla Maudaco . . . mansum unum, et . . . basilicam . . .“ (*Codex Laureshamensis*, hg. v. Karl Glöckner, Bd 1, Darmstadt 1929, S. 380, Nr 97). Glöckner suchte die genannte Siedlung auf der Insel Süd-Beveland. Gegen seine Auffassung macht aber Obreen Bedenken geltend. (*Oorkondenboek van Holland en Zeeland*, 2. Aufl., hg. v. H. G. A. Obreen, 's Gravenhage 1937, S. 5 Anm. 3 zu Nr 9.) Er vermutet, daß die geschenkten Güter auf der Beveland benachbarten Insel Schouwen gelegen waren. (Vgl. auch *Hülßen, Friedrich*, Die Besitzungen des Klosters Lorsch in der Karolingerzeit, Berlin 1913, S. 148.) Ebenfalls 776 tradierten Gerrich und Ratgart „in . . . Forsmarsche . . . in Tesla et in Leunspih . . .“ (*Codex Laureshamensis*, a. a. O., Bd 1, S. 380f., Nr 3801). Die Orte sind zwar unbekannt, daß sie aber im nördlichen Westfriesland gelegen waren, steht außer Zweifel. (Vgl. *Hülßen, Friedrich*, a. a. O., S. 147, u. *Oorkondenboek van Holland en Zeeland*, a. a. O., Anm. 2 zu Nr 7.)

Das Kloster Echternach, nordnordwestlich von Trier an der Sauer gelegen, wurde am Ende des 7. Jahrhunderts von Nachkommen des Arnulf von Metz gegründet. Sie übergaben es 698 samt den zugehörigen Gütern an Willibrord, den ersten Bischof von Utrecht, den Hauptträger einiger sehr früher in Friesland durchgeführter Christianisierungsversuche, die sich vor allem auf die westfriesischen Gebiete konzentrierten.⁵² Das Kloster Echternach ist später im Raum zwischen Lauwers und Wesermündung als Eigentümer von allerdings nicht sehr umfangreichen Liegenschaften nachweisbar, denn ihm wurden im letzten Viertel des 8. Jahrhunderts von Gotrich Eigengüter in Ostfriesland geschenkt. Sie lagen „in pago Hugumarchi . . . et . . . in pago Midochi“, das heißt im Humsterland, das bereits im Zusammenhang mit Willehad erwähnt wurde.⁵³ Wesentlich früher hatte Echternach bereits in Westfriesland Fuß gefaßt. Ihm gehörten hier seit der Zeit Karl Martells im Kinhem-Gau die Kirche zu Velzen mit umfangreicheren Ländereien. Offenbar waren diese Güter durch eine Schenkung Karl Martells an das Kloster gekommen.⁵⁴

Es ist gewiß an sich schon ein bemerkenswertes Faktum, daß uns das Kloster Lorsch, das in einem der Kerngebiete des Karolingerreiches gelegen war, in einem ausgesprochenen Randgebiet, wie es Friesland von diesem Reich aus gesehen immerhin war, als Grundeigentümer begegnet. Nicht weniger Aufmerksamkeit erheischt der Umstand, daß gerade Klöster, die außerhalb Frieslands gelegen waren, wie eben Fulda und Werden, sich im Verlaufe des 9. Jahrhunderts zu dessen größten geistlichen Grundherren entwickeln konnten. Doppelt bemerkenswert erscheint das alles, da die Grundlagen zu dem in der Zeit des endgültigen Zerfalls des Karolingerreiches nachweisbaren außerordentlich umfangreichen Grundeigentum auswärtiger Klöster bereits zu einer Zeit gelegt wurden, die der jeweiligen Periode der Unterwerfung der einzelnen friesischen Teilgebiete durch den fränkisch-karolingischen Feudaladel und der intensiveren Bemühungen der fränkischen Kirche, im neuerobernten Land selbst Fuß zu fassen, auffallend nahe kommt. Das Kloster Lorsch erwarb seine friesischen Güter jedenfalls im Jahre 776. Echternach wurde vermutlich am Anfang der zwanziger Jahre des 8. Jahrhunderts durch Karl Martell mit Grundeigentum in Westfriesland beschenkt.⁵⁵ Seine ostfriesischen Güter dagegen erhielt es wohl 786 oder 787, wobei hervorzuheben ist, daß gerade sie im zuletzt unterworfenen Teil des friesischen Stammesgebietes gelegen waren.

⁵² Hauck, Albert, a. a. O., Bd 1, S. 281. Über Willibrord schreibt der gleiche Verf. ausführlich ebenda, S. 404 ff.

⁵³ Gotrich schenkte diesem Kloster 786 oder 787 „ultra fluvium Lauvichi in pago Hugumarchi in villa . . . Chinicwirde, et . . . in pago Midochi in loco qui dicitur Urva quatuor virgas . . . et in tercio loco . . . Thelingi quicquid . . . ibidem de paterna hereditate obvenisset . . .“. Die Urkunde ist gedruckt bei *Wampach, Camillus*, Geschichte der Grundherrschaft Echternach im Frühmittelalter, Bd 1, T. 2, Luxemburg 1930, S. 160 ff. Vgl. oben, S. 130.

⁵⁴ Ebenda, S. 98 ff.

⁵⁵ Ebenda.

Die Friesland betreffenden Traditionsurkunden des Klosters Fulda, denen die Forschung vor allem ihr Wissen über die in den angeführten Gebieten gelegenen Gütermassen der Abtei verdankt, liegen heute nur noch in Gestalt der sogenannten Summarien des Eberhard vor. Eberhard, ein Mönch des Klosters Fulda, fertigte um 1160 Auszüge aus der Sammlung der Privaturkunden seines Klosters an, die einen vollständigen Überblick über den Inhalt dieser Sammlung bieten. Als Vorlage dienten ihm bei seiner Arbeit die in ihrem Kern in der Abtszeit des Hrabanus Maurus (822 bis 842) angelegten Cartulare des Klosters. Das Original des hier interessierenden Cartulars der friesischen Schenkungen ist inzwischen verlorengegangen, so daß wir für sie allein auf die Summarien des Eberhard angewiesen sind.⁵⁶ Da Eberhard nun aber bei der Anfertigung seiner Auszüge regelmäßig das Ausstellungsdatum der jeweiligen Urkunde übergang, lassen sich die einzelnen Schenkungen nur noch unter großen Schwierigkeiten zeitlich einigermaßen fixieren. Wir sind deshalb im Falle Fuldas nicht in der Lage, den Beginn der Landschenkungen mit ähnlicher Genauigkeit zu bestimmen, wie das bei den Klöstern Lorsch und Echternach möglich ist. Jedoch darf mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß einzelne der am frühesten erworbenen umfangreichen friesischen Liegenschaften bereits im letzten Drittel des 8., eine Reihe anderer im ersten Viertel des 9. Jahrhunderts an das Kloster Fulda fielen. Die ersten Traditionen west- und mittelfriesischer Herkunft erfolgten wohl bereits vor oder um 780, die ostfriesischen Güterübertragungen dagegen mögen um oder nicht lange nach 800 eingesetzt haben.⁵⁷

Von dem umfangreichen Landeigentum, über das das Kloster Werden um 900 im friesischen Stammesgebiet verfügte, erfahren wir vor allem durch Aufzeichnungen urbarialen Charakters.⁵⁸ Dagegen ist die Anzahl der überlieferten Traditionsurkunden friesischer Provenienz relativ gering, die älteste wurde im Jahre 845 von der schon genannten Imma ausgestellt.⁵⁹ Aber trotzdem gibt es auch hier Indizien, die darauf hindeuten, daß das Kloster wesentlich früher

56 Stengel, Edmund E., Über die karlingischen Cartulare des Klosters Fulda, in: Stengel, Edmund E., Abhandlungen u. Untersuchungen zur Hessischen Geschichte, Marburg 1960, S. 147 ff., zuerst gedruckt in: Archiv für Urkundenforschung, 7/1921; *Urkundenbuch des Klosters Fulda*, Bd 1, hg. v. Edmund E. Stengel, Marburg 1958 (im folgenden: FU), S. XXVIII ff.; Roller, Otto K., Eberhard von Fulda und seine Urkundenkopien, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Supplementbd 13, 1913; Vaupel, Rudolf, Die Chartulare des Klosters Fulda, phil. Diss., Marburg 1918; Hessler, Wolfgang, Fuldaer Studien, in: Archiv für Diplomatik, 7/1961, S. 1 ff.

57 Ein Versuch, die friesischen Traditionen des Klosters Fulda zeitlich einzuordnen, findet sich bei Bleiber, Waltraut, Untersuchungen zur Lage kirchlichen Grundbesitzes in Ostfranken, Westfranken und Lothringen vom Abschluß des Vertrages von Verdun bis zum Anfang des 11. Jahrhunderts, phil. Diss., Berlin 1962, S. 113 ff.

58 Rheinische Urbare, a. a. O., S. IV ff.

59 Siehe Anm. 48 der vorliegenden Arbeit.

im friesischen, vor allem im ostfriesischen Bereich Fuß zu fassen vermochte, spricht doch Altfrid in seiner *Vita Liudgeri* bereits davon, daß Liudger, der 809 starb, in Leer an der Ems eine Kirche besaß.⁶⁰ Im gleichen Ort gehörten dem Kloster Werden in späterer Zeit beträchtliche Liegenschaften⁶¹, und man wird Kötzschke zustimmen haben, der die Meinung vertritt, daß der Grundstock zu diesem Gut durch Liudger gelegt wurde.⁶² Ebenso dürften die anfänglichen Erwerbungen nördlich von Utrecht zu Liudgers Tätigkeit in dieser Gegend Beziehung haben.⁶³

Bei der Erwerbung der Güter durch diese Klöster spielte die karolingische Zentralgewalt auffallenderweise kaum eine Rolle. Denn sowohl das Kloster Lorsch wie auch die Klöster Fulda und Werden verdankten ihre grundherrliche Stellung ausschließlich dem Umstand, daß ihnen durch Privatpersonen mehr oder weniger umfangreiche Eigentumsrechte an Grund und Boden übertragen wurden. Lediglich bei den westfriesischen Gütern Echternachs ist anzunehmen, daß sie dem Kloster durch Karl Martell geschenkt wurden. Deshalb kann auch nur in diesem vereinzelt Fall die Erklärung der zu untersuchenden Erscheinung darin gesehen werden, daß die karolingische Staatsmacht zur Sicherung neueroberter Landes kirchlichen Institutionen ihres eigenen Machtbereiches Eingang in das annektierte Gebiet verschafft hat, etwa auf dem Wege der Überlassung konfiszierter Ländereien. Gerade weil ganz überwiegend Traditionen durch Privatpersonen den Einfluß der auswärtigen Klöster in West-, Mittel- und Ostfriesland begründeten, unterliegt es keinem Zweifel, daß den eindringenden Eroberern, zu denen die Klöster zu zählen sind, der Weg gewissermaßen von innen heraus geebnet wurde.

Obwohl in der Forschung dem friesischen Grundeigentum vor allem der Klöster Fulda und Werden in der Vergangenheit sowohl von niederländischer wie von deutscher Seite wiederholt Aufmerksamkeit gewidmet wurde, sind die Ursachen des Eindringens auswärtiger kirchlicher Grundherrschaften in die genannten Gebiete bisher kaum eingehender untersucht worden. Zumeist begnügte man sich mit rein äußerlichen Erklärungen, die der Bedeutung der Tätigkeit des Bonifatius und des Liudger allein Gewicht beilegen. Charakteristisch für solche Erklärungsversuche ist das, was Lübeck zu dem aufgeworfenen Problem sagt. Er schreibt, daß das christlich gewordene Friesland „seine Ehrenpflicht Bonifatius gegenüber erkannt und getreulich erfüllt“ habe. „Es hat das Bonifatiusgrab in Fulda geehrt und es mit vielen Schenkungen bedacht . . . die in ihrer

60 „Dum igitur in Fresia docendi gratia ad aecclesiam suum venisset in loco, qui dicitur Hleri . . .“ (*Altfridi vita s. Liudgeri*, a. a. O., I, 29.)

61 Besitzungen des Klosters Werden in Leer werden genannt in zwei Verzeichnissen des Grundbesitzes im östlichen Friesland aus dem 10. Jahrhundert. (*Rheinische Urbare*, a. a. O., § 22, S. 48 u. § 23, S. 52.)

62 Kötzschke, *Rudolf*, Die Wirtschaftsverfassung und Verwaltung der Großgrundherrschaft Werden, Bonn 1958 = *Rheinische Urbare*, IV, 2, S. CCLIII.

63 Ebenda, S. CCLXXVII.

Gesamtheit das Bestreben zeigten, die auf ihrem Volksstamm lastende Blutschuld durch Gaben sührender Liebe und Verehrung . . . abzuwaschen.“⁶⁴

Es kann und soll keineswegs bestritten werden, daß die Missionierungsversuche des Bonifatius, der ja bekanntlich in enger Beziehung zum Kloster Fulda und dessen erstem Abt Sturmli gestanden hat, und die einer etwas späteren Periode angehörende Tätigkeit des Liudger mit dem Vordringen der beiden Klöster nach Friesland zu tun hatten. Durch diese Tätigkeit mögen Verbindungen entstanden sein, die für spätere Zeiten bedeutsam wurden. Aber um voll zu erklären, weshalb die Bevölkerung des friesischen Stammesgebietes, die ihren Gegnern bis in das letzte Viertel des 8. Jahrhunderts hinein die härtesten Kämpfe lieferte, scheinbar über Nacht anderen Sinnes wurde und diesen Gegner jetzt plötzlich durch Güterübertragungen an seine Kirche geradezu ins Land holte, genügen sie keineswegs. Hier müssen noch andere Faktoren wirksam gewesen sein, die aus den inneren, den sozialen Verhältnissen Frieslands, wie sie in der Zeit der Auseinandersetzungen mit den fränkisch-karolingischen Eindringlingen und unmittelbar danach existierten, erwachsen.

Um der Lösung dieses Problems näher zu kommen, erscheint es angebracht, zunächst zu untersuchen, wer die Schenker waren, die den genannten Klöstern Güter übertrugen, und welchen sozialen Schichten sie angehörten.

Die Auszüge des Mönches Eberhard aus den rund 80 Friesland betreffenden Schenkungsurkunden des Klosters Fulda sind bei Dronke im Kapitel 7 gedruckt.⁶⁵ Für unsere Thematik sind die ersten 30 vor allem interessant, weil sie mit einiger Wahrscheinlichkeit in das letzte Drittel des 8. bzw. in das erste Viertel des 9. Jahrhunderts gehören. Von diesen wiederum liegt uns der weit-aus größte Teil, nämlich die Nummern 4 bis 28, in einer zweiten Redaktion vor, die bei Dronke die Nummern 105 bis 127 bzw. 130 und 131 des Kapitels 7 einnehmen.⁶⁶ Jedoch müssen aus den 30 Schenkungen 4 ausgesondert werden, da sie entweder eindeutig nicht Friesland betreffen⁶⁷ oder es nicht mit genügender Sicherheit zu klären ist, ob sie wirklich hierher gehören.⁶⁸ Unter den verbleibenden 26 Traditionen ist eine, die von einem Grafen Dietrich vollzogen wurde. Er schenkte etwa in den Jahren 818 bis 822 dem Kloster relativ umfangreiche Güter, die, soweit sich ihre Lage sicher bestimmen läßt, alle in der Umgebung von Groningen gelegen waren.⁶⁹ Da Dietrich in dem Ur-

64 Lübeck, *Konrad*, Fuldaer Studien, Bd 1, Fulda 1949, S. 102.

65 Siehe Anm. 42 der vorliegenden Arbeit.

66 Stengel, *Edmund E.*, a. a. O., S. 163.

67 Dronke, *Ernst F. J.*, S. 43, Nr 17 u. S. 44, Nr 26.

68 Ebenda, S. 43, Nr 12 u. S. 45, Nr 30.

69 Siehe Anm. 45 der vorliegenden Arbeit. — *Jaekel, Hugo*, Die Grafen von Mittelfriesland aus dem Geschlechte König Ratbods, Gotha 1895, S. 12ff., wollte diesen Tradenten mit jenem Grafen Theodoricus identifizieren, der von den Quellen verschiedentlich im Zusammenhang mit den Avarenkriegen Karls des Großen genannt wird und der bereits 782 eine politische Rolle spielte. Jaekel behauptet, daß „der im Jahre 793 in Rüstringen gefallene

kundenauszug ausdrücklich als Graf bezeichnet wird, ist die soziale Stellung des Tradenten eindeutig. Schon seine Funktion weist ihn unzweifelhaft dem Feudaladel zu. Außerdem spricht gerade in diesem Falle auch das Schenkungsobjekt, nämlich die Größe der übertragenen Güter, die Anzahl der Orte, in denen sie gelegen waren, und die Anzahl der aufgezählten abhängigen Leute, eine deutliche Sprache.

Die von einer ganzen Anzahl weiterer Fuldaer Tradenten übertragenen Güter sind von einem solchen Umfang und erstreckten sich oft über so ausgedehnte Räume, daß sie schwerlich von Vertretern der unteren sozialen Schichten stammen können.

So schenkte ein Altfrid wohl vor 818 für das Seelenheil seines Vaters Ratger in Lutje Saaxum im Norden der heutigen niederländischen Provinz Groningen sowie in drei weiteren nicht näher bestimmbarcn Orten gelegene Ländereien, die zu seinem Erbgut gehörten. Auf die grundherrliche Stellung des Tradenten deutet allein schon die Tatsache hin, daß die ihm gehörenden Erbgüter in vier verschiedenen Orten gelegen waren. Das wird für die Liegenschaften von Landeigentümern bäuerlichen Typs zumindest als nicht charakteristisch angesehen werden müssen.⁷⁰ Weiter ist die Größe der geschenkten Ländereien auffallend. Der Urkundenauszug nennt insgesamt 60 „animalium terram“ und außerdem 12 Manzipien als Schenkungsobjekt. Obwohl die verschenkten Güter also von bedeutender Größe waren, stellten sie kaum das Gesamteigentum des Altfrid dar, denn in der Traditionsurkunde betont der Schenker ausdrücklich, daß er „portionem hereditatis“ übergibt. In Altfrid und seinem Vater Ratger treten uns also ganz offensichtlich zwei Mitglieder einer in Ostfriesland ansässigen Familie entgegen, die ihrer sozialen Stellung nach bereits am Anfang des 9. Jahrhunderts Züge eines grundherrlichen Adels mit feudalem Einschlag trug. Diese Feststellung wird noch dadurch besonders unterstrichen, daß von Altfrid auch „mancia XII cum suis rebus“ vergeben wurden.⁷¹

Dietrich von Mittelfriesland bereits . . . 782 als Graf waltete“ (ebenda, S. 25). Der Identifizierungsversuch Jaekels ist durch Stengel erschüttert worden, der es sehr wahrscheinlich macht, daß die oben genannte Schenkung des Grafen Dietrich in die Zeit des Abtes Eigil (818–822) gehört (Stengel, *Edmund E.*, a. a. O., S. 171). Die Identität des Tradenten mit dem im Zusammenhang mit den Avarenkriegen und den Ereignissen bei Rüstringen von den Quellen erwähnten Theodoricus erscheint demnach nahezu ausgeschlossen. Damit hängt aber die sowieso kaum bewiesene These Jaekels, daß Theodoricus Graf von Mittelfriesland gewesen sei, völlig in der Luft.

70 Lütge, *Friedrich*, Die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum vornehmlich in der Karolingerzeit, Jena 1937, S. 91.

71 Die Summarien des Eberhard bieten zwei, nämlich einen kürzeren und einen längeren Auszug aus der Urkunde des Altfrid. Hier der unwesentlich gekürzte Text des längeren Auszuges: „Ego . . . Altfrid trado . . . pro anima patris mei Ratgeru portionem hereditatis mee . . . in uilla . . . Sahsenheim quicquid ibidem habui id est XX animalium terram. et in Catuwrt XXIII animalium terram et mancipia XII cum suis rebus. et in Scuinvorst partem uiredis. et

Etwa gleichzeitig mit der Schenkung des Grafen Dietrich, die vermutlich in die Zeit des Abtes Eigel gehört oder doch kurz davor oder danach vollzogen wurde, dürften die Brüder Reginmunt und Folkrich ihre Güter tradiert haben. Reginmunt schenkte Besitzungen in Sijewier (?), Ferwerd, Hooge Beintum, auf der Insel Ameland, in Ternaard und in einem weiteren Ort, der bisher nicht sicher identifiziert werden konnte, bei dem es sich aber vermutlich um das nordöstlich Dokkum gelegene Morra handelt.⁷² Hier vergibt also eine einzelne Person Güter, die über das gesamte Gebiet westlich und nördlich von Dokkum bis zur Nordseeküste verstreut lagen und die sogar bis zu der heute westfriesischen Insel Ameland hinübergriffen. Reginmunts Bruder Folkrich überließ Fulda ebenfalls Güter in Sijewier (?), Ternaard und in Morra (?). Darüber hinaus aber wurde von ihm noch zumindest in einem weiteren Ort, nämlich „in kinheim“, Land geschenkt.⁷³ Die Lage dieses Ortes konnte bisher leider nicht bestimmt werden, er wird jedoch im Auszug aus der Urkunde des Reginmunt nicht erwähnt. Die von den beiden Brüdern an Fulda tradierten Güter gehörten offenbar zu deren Allodialbesitz, denn sie werden ausdrücklich als hereditas bzw. als proprietas bezeichnet. Sind zwei Brüder in der Lage, in sieben verschiedenen Orten Grundeigentum von, wie sich aus den zitierten Urkundenauszügen ergibt, beachtlicher Größe zu verschenken, so können sie kaum zu den unteren sozialen Schichten gehört haben. Hier bleibt nur der Schluß übrig, daß Reginmunt und Folkrich Mitglieder einer ihrem Eigengut und vermutlich auch ihrer politischen Stellung nach bedeutenden Familie waren, die auf Grund ihrer ökonomischen Situation in der näheren und weiteren Umgebung von Dokkum sicher beachtlichen Einfluß hatte. Einige Zeit nach Reginmunt und Folkrich – völlige Klarheit läßt sich leider über den zwischen den einzelnen Traditionen liegenden zeitlichen Abstand

in friefurt XIII animalium terram. Hanc traditionem pater meus fieri iussit . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 50, Nr 110. Der kürzere Auszug ist ebenda, S. 43, als Nr 9 gedruckt). Zur Identifizierung der Ortsnamen vgl. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 276. *Gysseling, Maurits*, Toponym. woordenboek van Belgie, Nederland, Luxemburg, Nord-Frankreich en West-Duitsland (vóór 1226), Brüssel 1960, Bd 1, S. 223, Bd 2, S. 876 u. 1082.

72 „Ego Reginmunt, dono . . . in pago Ostrae . . . in Sabinwerde. in fatruwerde. in bintheim. in insula . . . Ambla et in uilla Tunuwerde. quicquid proprietatis habeo . . . Similiter . . . in uilla . . . Longonmor. unum seruum nomine Tetilo cum uxore et filiis. cum sua huba . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 44, Nr 21). Auch von dieser Schenkungsurkunde gibt es einen zweiten Auszug (ebenda, S. 51, Nr 122). Zur Identifizierung der Orte vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 98, Nr 135; S. 91, Nr 55; S. 89, Nr 22; S. 86, Nr 5; S. 99, Nr 149; S. 94, Nr 102. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 269; *Buitenrust-Hettema, F.*, a. a. O., S. 117f.

73 „Folcrih . . . trad. . . in Múore XX uirgas de terra arabili et in kinheim Tri-lant. et finfluзу et in sibinfurte pascua XIII boum. et in tunfurte equalem portionem fratris mei Reginmuntis . . . mancipiis XII et eorum filiis“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 51, Nr 123 = S. 44, Nr 22).

nicht gewinnen – erfolgte eine Güterübertragung von einem Schenker namens *Reginhart*. Er überließ der Abtei Güter, die ebenfalls in Ternaard und auf der Insel Ameland lagen. Hinzu kommen diesmal aber auch noch Ländereien in Lutke Laard in der Nähe von Dokkum, in Waaxens, Medderd und Rinsumageest. Alle diese Orte sind westlich bzw. nördlich von Dokkum zu finden. Darüber hinaus verfügte *Reginhart* aber bemerkenswerterweise über Ländereien, die viel weiter östlich, nämlich in der Umgebung von Groningen gelegen waren. Die entsprechende Schenkungsurkunde nennt Güter in Feerwerd und Kollum. Schließlich hatte er noch Besitzungen in einer Siedlung mit dem Namen *Echmari*, die mit einiger Wahrscheinlichkeit mit dem ost-südöstlich Sneek gelegenen *Akmarijp* identisch sein dürfte.⁷⁴ Auch *Reginhart* erweist sich also durch sein über weite Entfernungen verstreutes Grundeigentum recht eindeutig als Vertreter einer Schicht großer Grundeigentümer jener Zeit. Hinzu kommt aber noch, daß zwischen ihm und den eben behandelten Tradenten *Reginmunt* und *Folkrich* offenbar verwandtschaftliche Beziehungen bestanden. Hierauf deuten einmal die Namen *Reginhart* und *Reginmunt* hin, bei denen das jeweilige Auftreten von *Regin* als erstes Namenselement auffällt. Zum anderen aber weist die Lage der durch *Reginmunt*, *Folkrich* und *Reginhart* verschenkten Güter weitgehende Übereinstimmung auf. Diese Faktoren, nämlich die Gleichheit der Namenselemente sowie das auffallende Beieinanderliegen der vergebenen Ländereien, machen es recht wahrscheinlich, daß es sich bei den drei genannten Schenkern um Verwandte handelte. Die Güterübertragungen des *Reginhart* gehören vermutlich in die Zeit, in der *Hrabanus Maurus* Abt des Klosters Fulda gewesen ist. Sie können also nicht allzu lange nach denen der Brüder *Reginmunt* und *Folkrich* vorgenommen worden sein. Bei *Reginhart* könnte es sich entweder um einen weiteren Bruder des *Reginmunt* oder aber um einen seiner oder seines Bruders *Folkrich* Söhne gehandelt haben. Sicherheit allerdings wird hierüber kaum jemals zu erlangen sein. Jedoch, wie dem auch sei, so ist doch keineswegs zu bezweifeln, daß sowohl *Reginmunt* und *Folkrich* wie auch *Reginhart* zu den bedeutenden Grundeigentümern Mittelfrieslands ihrer Zeit zu zählen sind.

Eine Stellung, die in sozialökonomischer Hinsicht derjenigen ähnelt, die die Familie der Brüder *Reginmunt* und *Folkrich* im mittelfriesischen Ostergau einnahm, muß eine andere im ersten Viertel des 9. Jahrhunderts in den nördlichen Gauen Westfrieslands innegehabt haben. Annähernd gleichzeitig mit *Reginmunt* und *Folkrich* übertrug ein *Burgolf* dem Kloster Fulda Güter, und wie bei jener Tradentengruppe des Ostergaus fällt auch bei *Burgolf* die relativ

74 „*Reginhart* . . . trad. . . . bona sua in Colleheim XVI boum terram. In tununfurt trium boum terram. In Lanfurt unius bouis terram. In Wacheringe unius. In feterwrde unius. In amblum unius“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 46, Nr 60). „Item *Reginhart* trad. . . . in pago Osterriche in uilla . . . Metwid terram XII boum. Et in . . . Ringesheim terram unius bouis et in . . . *Echmari*. terram duorum boum et dimidium“ (ebenda, Nr 61). Zur Identifizierung der Ortsnamen siehe Anm. 42, 72 u. 73 der vorliegenden Arbeit.

große Anzahl von Orten auf, in denen er begütert war.⁷⁵ An den Traditionen des Burgolf ist aber noch etwas anderes recht bemerkenswert. Die Güter, die durch ihn an das Kloster Fulda kamen, hatte er nur zu einem Teil von seinen Eltern, die namentlich genannt werden, als Erbe empfangen. Einen anderen Teil, nämlich die in Wimmenum (?) gelegenen, kaufte er erst von einem Folkrahan, und auch die umfangreichen Ländereien „in uilla Lienesbach“ und auf der Insel Ganc hatten kurz vor ihrer Übertragung an Fulda den Eigentümer oder zumindest den Besitzer gewechselt. Denn der zitierte Urkundenauszug spricht ausdrücklich davon, daß Land geschenkt wird „quam . . . fosso“ bzw. „Lubaldus habuerat“.⁷⁶ Burgolf betrieb demnach eine intensive Erwerbspolitik, deren Früchte am Ende dem Kloster Fulda zufielen und dessen ökonomische Stellung im nördlichen Westfriesland auszubauen halfen. Von den in unserem Zusammenhang interessierenden 25 ersten friesischen Traditionen an das Kloster Fulda erwiesen sich also in sechs Fällen die Tra-

75 Eberhards Auszüge geben den Inhalt von zwei Schenkungsurkunden des Burgolf wieder, die beide doppelt verzeichnet sind. Sie werden hier jeweils nach ihrer ausführlicheren Fassung zitiert: „Ego Burgolf trado . . . in uilla widimuntheim quod emi predium a folcratebane. et in uilla Lienesbach terram X hubarum quam Lubaldus habuerat ibi. et in Ganc VIII. hubarum terram. quam habuerat fosso et in Westerkinloson quicquid hereditate possedi“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 44, Nr 24 = S. 51, Nr. 125). „Item idem Burgolf trad. . . hereditatem suam quam sibi pater suus Antulf et mater sua Wofolcrid reliquerunt uel que ipse postea conquisiuit . . . in Fresia situm . . . in Bogeheim et in Leonesbac et in witmuntheim et in Horgana et aliis locis“ (ebenda, S. 44, Nr 25 = S. 51, Nr 126). — Das genannte Widimuntheim (Witmuntheim) ist wohl mit dem westlich von Alkmaar in der niederländischen Provinz Nord-Holland gelegenen Wimmenum identisch. (Vgl. *Muller, J. W.*, Over twee oude waterloopnamen: loos en kin, kene, in: NGN, 10/1936, S. 32; *Karsten, G.*, Noordhollandse plaatsnamen, Amsterdam 1951, S. 48). Der gleiche Ort wird in einer Güterliste des Bistums Utrecht genannt (*Oorkondenboek van het Sticht Utrecht tot 1301*, a. a. O., Nr 49, S. 45). Bogeheim ist vielleicht Bakkum südwestlich von Alkmaar (vgl. NGN, 1/1885, S. 176f. u. *Förstemann, E.*, a. a. O., Bd 2, T. 1, S. 509). Horgana wahrscheinlich Hargen nordwestlich von Schoorl in der niederl. Provinz Nord-Holland (vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 93, Nr 82). Die übrigen Orte sind unbekannt. Lienesbach (Leonesbac) ist nach seiner Stellung zu den in den Traditionsnotizen mitgenannten Orten wahrscheinlich im Texelgau zu suchen. (Vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 94, Nr 98.) Die Insel Ganc lag vermutlich in der Nähe der heutigen Insel Texel. (*Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 92, Nr 66. Der gleiche Verf. äußert sich außerdem im Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden, 12/1897, S. 149f., ausführlich zur vermutlichen Lage dieser Insel.) Westerkinloson lag vielleicht im Gau Kinhem (vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 93, Nr 89 u. S. 101, Nr 168; auch *Muller, J. W.*, a. a. O., S. 32ff., beschäftigt sich ausführlich mit Kynlosen, Westerkinlosen, Kinlesum u. a.).

76 Siehe Anm. 75 der vorliegenden Arbeit.

denten als Angehörige einer Schicht von großen Grundherren, die schon recht feudal anmutet. Ihr Grundeigentum war über auffallend weite Räume verstreut, und sie wirtschafteten weitgehend mit abhängigen Arbeitskräften, wie etwa der oben behandelte Altfrid und der in Ostfriesland begüterte Graf Dietrich. Die Objekte einer weiteren Gruppe von Schenkungen sind von geringerem Ausmaß. Dennoch ergibt auch hier eine Analyse in jedem einzelnen Fall, daß die Tradenten Grundeigentümer nichtbäuerlichen Typs gewesen sind. So erscheint in den Urkundenauszügen zweimal ein Tradent Hilderat. Die von ihm herrührenden Schenkungen gehören wohl einer sehr frühen Zeit, vermutlich sogar den Jahren vor 779 an. Hilderat übergab dem Kloster Fulda im Westergau, also in Mittelfriesland gelegene Güter, zu denen eine halbe Hufe in Kornwerd und 20 Manzipien gehörten.⁷⁷ Eben wegen dieser hohen Anzahl verschenkter Manzipien scheint es nicht angängig, Hilderat als bäuerlichen Landeigentümer anzusehen. Die Zahl der abhängigen Arbeitskräfte ist zweifellos ein entscheidendes Kriterium für die Bestimmung des sozialen Status der Schenker. Darauf wurde von Vertretern der sowjetischen Mediävistik gerade in letzter Zeit sicher mit vollem Recht hingewiesen. Denn wurden von einem Grundeigentümer in größerem Ausmaß unfreie Arbeitskräfte verwandt, so läßt dieser Umstand darauf schließen, daß sein Eigentum dem Ziel diene, ein Mehrprodukt zu erlangen.⁷⁸ Im Falle der friesischen Traditionen des Klosters Fulda wurde jedoch die Zuverlässigkeit der in den Auszügen enthaltenen Zahlenangaben angezweifelt. So ist der niederländische Historiker Postma der Meinung, daß die Anzahl der genannten Manzipien im Verhältnis zum geschenkten Land zu groß sei, und er glaubt diesen scheinbaren Widerspruch auf Fehler bei den Zahlenangaben zurückführen zu müssen.⁷⁹ Nun ermöglicht aber der glückliche Zufall, daß, wie bereits angeführt, ein Teil der Urkundenauszüge in zwei unabhängig voneinander entstandenen Redaktionen überliefert ist, einen Vergleich und somit eine Kontrolle der Zahlenangaben. Das Ergebnis ist eindeutig. Denn in allen Fällen, in denen in beiden Auszügen

77 „... ego Hilderat filius Geldredis tradidi . . . terram iuris mei in westerriche et mancipia XX cum omni successione prolis eorum“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 42, Nr 1). Zu dem genannten Gau, der den Teil Frieslands einnahm, der heute den Westen der niederländischen Provinz Friesland ausmacht, vgl. *Geschiedkundige Atlas van Nederland*, a. a. O., S. 11f. „Ego Hilderat, tradidi . . . dimidiam hubam in Quirnifurt“, *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 43, Nr 2. Zur Identifizierung des genannten Ortes mit dem nördlich Makkum an der Zuider-See gelegenen Kornwerd vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 97, Nr 125; siehe auch *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 264.

78 *Mil'skaja, L. T.*, Svetskaja votčina v Germanii 8–9 vekov i eë rol v zakre-poščenii krestjanstva, Moskau 1957, S. 24.

79 *Postma, O.*, De Friesche kleihoeve, Leeuwarden 1934, S. 101. *Hessler, Wolfgang*, a. a. O., S. 4ff., macht grundsätzliche Ausführungen zu der Problematik, die die Summarien des Eberhard hinsichtlich der Angaben über die Manzipien bieten.

Zahlen genannt werden, stimmen diese überein.⁸⁰ Demzufolge ist kaum Grund vorhanden, die überlieferten Zahlen anzuzweifeln, ganz gleich, ob sie sich auf die abhängigen Leute oder auf das geschenkte Land beziehen. Der von Postma zu Recht konstatierte Widerspruch mag sich eher daraus erklären, daß die Auszüge nicht in allen Fällen die in der jeweiligen Urkunde genannten Ländereien vollständig aufführen, die Zahl der abhängigen Leute aber, da diese in Traditionsurkunden häufig geschlossen genannt werden, unverändert wiedergeben. Daß das im Falle der friesischen Traditionen des Klosters Fulda tatsächlich vorkommt, läßt sich ebenfalls wieder mit Hilfe der doppelt exzerpierten Urkunden feststellen.⁸¹

Es kommt bei der Schenkung des Hilderat aber hinzu, daß Einnahmen des Klosters Fulda aus eben diesen Gütern offenbar in einem bereits in der Abtszeit des Hrabanus Maurus angelegten Zinsverzeichnis⁸² genannt werden. Die dort angeführten Einnahmen sind so bedeutend, daß sie eigentlich den durch die beiden erwähnten Schenkungen des Hilderat übertragenen Liegenschaften nur schlecht entsprechen.⁸³ Handelt es sich wirklich um Einnahmen von den Gütern, die Hilderat unter anderem in Kornwerd tradierte, so wird man entweder anzunehmen haben, daß der gleiche Tradent durch weitere Schenkungen noch anderes Gut übertragen hat, über dessen Erwerbung in den überlieferten Quellen des Klosters Fulda nichts ausgesagt wird, oder aber, und diese Annahme liegt fast noch näher, der Mönch Eberhard kürzte bei der Anfertigung seiner Summarien stark den Text der Urkunden. So wäre es möglich, daß uns der wirkliche Umfang der durch Hilderat tradierten Güter nicht bekannt ist, daß diese in Wirklichkeit also größer waren, als aus den zitierten Summarien erkennbar wird.⁸⁴ Die Diskrepanz zwischen der Größe der geschenkten Güter und der Zahl der Manzipien, die bereits Postma auffiel, läßt eine solche Annahme gerechtfertigt erscheinen. Immerhin wird man allein schon auf Grund der beiden Schenkungen Hilderat zu den großen Grundeigentümern Mittelfrieslands zu rechnen haben.

80 Es sind dies folgende Nummern des Kapitels 7 bei *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O.: 11 = 112; 17 = 118; 20 = 121; 22 = 123; 24 = 125; 27 = 130 und 28 = 131.

81 So werden ebenda, Kap. 7, Nr 9 (Schenkungen des Altfrid), nur Güter in zwei Orten genannt. Wir wissen aber aus der zweiten Redaktion (ebenda, Kap. 7, Nr 110), daß Altfrid in Wirklichkeit Güter wenigstens in vier Orten übertrug. Ähnlich ist es bei Nr 21 = 122 u. a.

82 *Bleiber, Waltraut*, a. a. O., S. 132; *Werner-Hasselbach, Traut*, Die älteren Güterverzeichnisse der Reichsabtei Fulda, Marburg 1942, S. 83 Anm. 24.

83 „De possessione Hiltrates LXX. II. pallia et XV libre et VIII uncie. in quinto anno de possessione Hiltrates LX pallia et III. uncie. et dimidia libra. et VI. den“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 45, Nr 41).

84 Daß solche Kürzungen vorgekommen sind, beweist ein Vergleich der doppelt verzeichneten Urkunden (ebenda, S. 43, Nr 17 = S. 50, Nr 118; S. 44, Nr 21 = S. 51, Nr 122; S. 44, Nr 25 = S. 51, Nr 126 u. a.).

Zu ihnen gehörte wohl auch Goto, der dem Kloster Fulda in Jennelt nord-nordwestlich von Emden in früher Zeit (vor 818?) 6 Mansen mit Manzipien übertrug.⁸⁵

Zur gleichen sozialen Schicht wie Goto und Hilderat sind ganz offensichtlich auch zwei Schenkerinnen, nämlich Hera und Ratburg, sowie ein Ehepaar Engelmar und Goltgart und ein Tradent aus dem östlichsten Ostfriesland mit dem Namen Wilo zu zählen. Ratburg übergab zwar nur zwei in Kornwerd gelegene Hufen, also Güter relativ geringen Umfangs, aber sie schenkte diese Hufen „cum seruis et ancillis numero XX cum prole sua“.⁸⁶ Hera tradierte an zwei verschiedenen Orten gelegene Ländereien, zu denen ebenfalls zwanzig Manzipien gehörten.⁸⁷ Engelmar und Goltgart schenkten in Hindeloopen ein größeres Grundstück und 16 Manzipien.⁸⁸ Wilo tradierte wohl noch vor dem oben bereits genannten Grafen Dietrich Erbgüter, die in der Gegend von Emden gelegen waren. Von seiner Schenkungsurkunde liegen wieder zwei Auszüge vor. Sie besagen, daß neben Land „in uilla Frisgana“, dessen Größe nicht mitgeteilt wird, auch „unam aream“ in Damhusen nordnordwestlich von Emden und insgesamt 23 Manzipien dem Kloster überlassen wurden.⁸⁹

85 „Ego Goto tradidi . . . proprietatem meam in fetergewe in marca nortwaldo in uilla Geinlete terre VI mansos cum mancipiis“ (ebenda, S. 43, Nr 6 = S. 49, Nr 107). Zur Identifizierung des Ortes vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 92, Nr 69; *Förstemann, E.*, a. a. O., Bd 2, T. 1, S. 1029.

86 „... ego Ratburc tradidi . . . duas hubas in eadem uilla (Kornwerd. – W. B.) cum seruis et ancillis numero XX cum prole sua“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 43, Nr 3).

87 „Ego hera filia habonis tradidi . . . bona mea in insula Ganc IIII hubas in Fardinheim X pedes cum mancipiis XX“, ebenda, S. 43, Nr 10 = S. 50, Nr. 111. Zur Insel Ganc siehe Anm. 75 der vorliegenden Arbeit. – Die Identifizierung von Fardinheim ist unsicher. *Buitenrust-Hettema, F.*, a. a. O., S. 232, verweist auf Firdgum nördlich Franeker im Westen der niederländischen Provinz Friesland. Auf die Ähnlichkeit in der Namensform verwies vorher bereits *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 91, Nr 56; *Postma, O.*, *Virga en pes in de registers der klosters te Fulda en te Werden*, in: *De vrije Fries*, 27/1924, S. 276 Anm. 2, sieht diese Identifizierung offenbar als gesichert an. Ebenso *Gysseling, Maurits*, a. a. O., Bd 1, S. 357.

88 „Ego Engelmar et Goltgart uxor mea tradimus . . . in pago Westrahe. in uilla Hintinlvofe XXX boum terram cum. XVI. mancipiis“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 51, Nr 131 = S. 44, Nr 28). Zur Identifizierung des Ortes vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 93, Nr 80 u. *Beekman/Moerman*, a. a. O., S. 264. Es ist eine Frage, ob mit dem Engelmar der soeben behandelten Traditionsnotiz jener Angilmar identisch ist, der dem Kloster Fulda Güter „in leimspih“ schenkte (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 44, Nr 23 u. S. 51, Nr 124).

89 „Ego . . . Wilo trado . . . in pago federatgewe. et in uilla frisgana. terram quam mihi hereditauit pater meus cum mancipiis XVII. et in uilla duonhusen aream unam cum suis appendiciis“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 50, Nr 120). Die oben genannte Zahl von 23 Manzipien ergibt sich aus einem Vergleich des zitierten Urkundenauszuges mit seinem Doppel (ebenda, S. 44,

Selbst in Fällen, in denen durch die Schenkungen relativ geringfügige und wegen ihrer Größe nicht besonders bemerkenswert erscheinende Güter übertragen wurden, stellt sich bei eingehenderer Untersuchung zumeist heraus, daß die Tradenten nicht Eigentümer bäuerlichen, sondern grundherrlichen Typs gewesen sein müssen. Als Beispiele seien die Schenkungen von Gerwich und eine weitere von Tetta angeführt. Über Gerwich erfahren wir nur, daß er Land übertrug, das am Marsdiep, das ist der Meeresarm, der die Insel Texel vom südlichen Festland, der heutigen niederländischen Provinz Nordholland, trennt, gelegen war. Die übrigen Angaben sind so summarisch und formelhaft, daß sie keine weiteren Schlüsse zulassen.⁹⁰ Deshalb ist es völlig unmöglich, an Hand der Urkundenauszüge die soziale Stellung des Gerwich zu klären. Hier kann unter Umständen wieder das bereits genannte Zinsverzeichnis helfen. Denn in diesem Verzeichnis sind auch Aufzeichnungen über Einnahmen des Klosters Fulda „De possessione Gerwih“ bzw. „De possessione gerwiches“ enthalten.⁹¹ Da in dem Zinsverzeichnis mehrere Namen auftreten, die auch in den vorangehenden Urkundenauszügen begegnen, taucht natürlich die Frage auf, ob hier ein Zusammenhang besteht. Neben dem bereits behandelten Hilderat finden wir im Verzeichnis Gerwich, Gebi und Engilmar (Angilmar) wieder. Es hat fast den Anschein, als träten jene vor geraumer Zeit durch die vier genannten Tradenten dem Kloster Fulda überlassenen Güter im Zinsverzeichnis wieder in Erscheinung, wobei jetzt die von ihnen zu erwartenden Einnahmen fixiert werden. Das muß nicht unbedingt bedeuten, daß die Schenker zu dem Zeitpunkt, zu dem das Verzeichnis angelegt wurde, noch im Besitz der von ihnen verschenkten Ländereien oder überhaupt noch am Leben waren.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Anlage solcher frühmittelalterlichen Verzeichnisse in der Regel von bestimmten Ordnungsprinzipien beherrscht wurde. Sie ergaben sich aus der Organisation der Grundherrschaften jener Zeit und bestanden in einer mehr oder weniger korrekten

Nr 19). Dort werden bei der „uilla Frisgana“ keine Manzipien genannt, dafür bei der „uilla Donehusen“ 6. Offenbar gehörten aber sowohl zu den in „Frisgana“ wie zu den in Damhusen geschenkten Gütern Manzipien, nämlich 17 zum ersten und 6 zum zweiten Ort. Bei der Anfertigung der Auszüge ist jeweils die eine Zahl weggefallen. Der Schenker wird im Auszug (ebenda, S. 44, Nr 19) irrtümlich Albricus genannt. Das Versehen erklärt sich wohl daraus, daß die in den beiden vorangehenden Auszügen genannten Tradenten (ebenda, S. 43, Nr 17 u. S. 44, Nr 18) Albrich hießen. Wahrscheinlich hat der Abschreiber bei der folgenden Nr 19 ein drittes Mal Albricus statt Wilo geschrieben. Zur Identifizierung der Ortsnamen vgl. *Bunte, B.*, a. a. O., II, S. 90, Nr 41 u. 46; *Förstemann, E.*, a. a. O., Bd 2, T. 1, S. 679.

90 „Ego Gerwic tradidi . . . terram iuris et proprietatis mee . . . cum familiis et possessionibus“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 43, Nr 5). Die zweite Fassung lautet: „Ego Gerwic . . . trad. . . . terram iuris mei iuxta . . . Maresdeop . . .“ (ebenda, S. 49, Nr 106). Zum Ortsnamen vgl. *Geschiedkundige Atlas van Nederland*, a. a. O., S. 18.

91 *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 45, Nr 32 u. Nr 36.

Gruppierung der Einnahmen und Leistungen entsprechend der Lage der Güter, aus denen diese flossen. So stehen in urbarialen Aufzeichnungen frühmittelalterlicher Grundherrschaften mit großer Regelmäßigkeit die Orte beieinander, die einander benachbart waren. Nach diesem Prinzip ist das 945 entstandene jüngere Verzeichnis der friesischen Zinse des Klosters Fulda angelegt worden⁹², und man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß auch das zitierte ältere Zinsverzeichnis, das die Angaben über die Güter von Gerwich, Gebi, Hilderat und Engilmar enthält, in dieser Art geordnet ist. Ist dem so, so müssen aber die Besitzungen von Gebi und Gerwich in der gleichen Gegend Frieslands zu suchen sein. Denn im Verzeichnis stehen die Abgaben „De possessione Gebes“ einmal unmittelbar vor denen „De possessione Gerwih“, ein zweites Mal folgen Angaben über Einnahmen „De possessione Gebes“ auf Angaben „De possessione gerwiches“.⁹³ Die Liegenschaften, die die Schenker Gebi und Gerwich nach den Angaben der Urkundenauszüge dem Kloster zukommen ließen, waren, das wird ausdrücklich betont, im gleichen Gau, nämlich „in pago Wirense“ gelegen.⁹⁴ Da sich die von Gerwich tradierten Güter zumindest teilweise am Marsdiep fanden, lagen sie also im Grenzbereich von Wiron- und Texelgau.⁹⁵ Weiter folgen die Einnahmen „De possessione Engilmars“ unmittelbar auf diejenigen, die mit dem Namen Gebi verknüpft sind. Schenker mit dem Namen Engilmar (Angilmar) werden in den dem Zinsverzeichnis vorausgehenden Schenkungen zweimal genannt. Das erste Mal tradiert „Hangil de fresia . . . in leimspih“ verschiedene Güter.⁹⁶ Leimspih ist unbekannt, wir wissen aber, daß der Ort im Texelgau zu suchen ist, der dem Wirongau benachbart war.⁹⁷ Mit der zweiten Schenkung überlassen Engelmar und Goltgart dem Kloster Fulda umfangreiche Liegenschaften sowie eine größere Anzahl von Manzipien in Hindeloopen im Westergau.⁹⁸ Ganz in seiner Nähe liegt Kornwerd, wo ein Teil der von Hilderat übertragenen Güter gelegen war. Man gewinnt also den Eindruck, daß die Einnahmen aus den Gütern Gerwichs, Gebis, Hilderats und Engilmars im Zinsverzeichnis deshalb so dicht beieinander stehen, weil die Orte, in denen diese Güter lagen, ebenso wie diejenigen, in denen die vier Tradenten gleichen Namens über Grundigentum verfügten, einander benachbart waren.

Das Auftreten der Namen dieser Schenker in den Traditionsurkunden einerseits und im Zinsverzeichnis andererseits macht es doch unter diesen Umständen sehr wahrscheinlich, daß es sich bei den von den Traditionsurkunden und dem Zinsverzeichnis erwähnten Ländereien der vier Personen zumindest

92 *Ebenda*, S. 67f.

93 *Ebenda*, S. 45, Nr 31, 32, 36 u. 37.

94 *Ebenda*, S. 43, Nr 4 u. 5.

95 *Geschiedkundige Atlas van Nederland*, a. a. O., S. 18.

96 „Ego Hangil . . . trado . . . quicquid mihi in leimspih lege hereditatis obuenit . . .“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 51, Nr 124 = S. 44, Nr 23).

97 *Geschiedkundige Atlas van Nederland*, a. a. O., S. 18.

98 Siehe Anm. 88 der vorliegenden Arbeit.

im Kern um die gleichen Güter handelt. In diesem Falle wären, wie für Hilderat bereits ausgeführt wurde, durch die detaillierteren Angaben des Zinsverzeichnisses auch Rückschlüsse auf die Größe der übertragenen Güter möglich. Gerade diese Auskünfte aber würden von den vier Tradenten neben Hilderat auch Gebi und Gerwich den größeren Grundeigentümern zuordnen.

Bei der Schenkung der Tetta vermögen andere Indizien weiterzuhelfen. Die beiden überlieferten Auszüge der von Tetta ausgestellten Urkunde besagen übereinstimmend, daß Tetta in zwei Orten, nämlich in „Gotolfeim“ und in „texalmore“ über Eigentum verfügte.⁹⁹ Nun fällt es auf, daß noch eine weitere Schenkerin „brunihilt cognomento Tettla“ dem Kloster Fulda Güter überließ. Sie lagen in sieben verschiedenen Orten, unter anderem auch in „Tyeslemore“.¹⁰⁰ Da „texalmore“ mit „Tyeslemore“ identisch ist¹⁰¹, ergibt sich eine deutliche Übereinstimmung in der Lage der Güter, die einmal von einer Schenkerin Tetta und ein zweites Mal von einer Schenkerin Brunhild, die den Zunamen Tettla trägt, dem gleichen Kloster übergeben wurden. Das zeitliche Verhältnis, in dem diese Schenkungen zueinander stehen, ist zweifelhaft. Sie können annähernd gleichzeitig erfolgt sein, es ist aber auch möglich, daß zwischen ihnen ein größerer Abstand liegt.¹⁰² In dem einen wie in dem anderen Falle würde jedoch die merkwürdige Übereinstimmung sowohl bei den Namen der Schenkerinnen wie auch in der Lage der tradierten Güter darauf schließen lassen, daß zwischen den Tradentinnen zumindest verwandtschaftliche Beziehungen bestanden haben. Vielleicht ist Tetta sogar mit Brunhild-Tettla identisch. Demnach wäre aber auch klar, daß Tetta zu einer Familie bedeutender Grundeigentümer gehört haben muß. Denn Brunhild-Tettla schenkte Güter in sieben Orten und betonte ausdrücklich, daß diese Güter „quartam partem paterne proprietatis“ ausmachten.¹⁰³

So führt eine Analyse der 26 interessierenden friesischen Traditionen zugunsten des Klosters Fulda zu dem Ergebnis, daß die Tradenten in 13 Fällen eindeutig, in 4 Fällen wahrscheinlich (Gebi, Gerwich, Tetta, der eine Schenker Engilmar) Grundherren gewesen sind. Nur bei 9 Traditionen, also bei einem Drittel der untersuchten, bleibt die soziale Zugehörigkeit der Schenker ungeklärt, und nur von diesem Rest könnte der eine oder andere Tradent Zwischenschichten zuzuordnen oder bäuerlicher Herkunft gewesen sein. Gegen die Annahme, daß

99 „Ego Tetta trado . . . in regione Fresonum . . . in Gotolfeim. in texalmore. pascua. XIII. pecudam et alia multa“ (*Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 43, Nr 14). „Ego Tetda (?) trado . . . in gotolfheim in texalmore . . .“ (ebenda, S. 50, Nr 115).

100 „Ego brunihilt cognomento Tettla . . . tradidi . . . in pago Tyelle. quartam partem paterne proprietatis . . . in his septem uillis . . . in Lanthoy. et in Langenmore siue in Ostmore et in bretenmore. et in witmuntheim. et in Tyeslemore. et in kintlosen. et in gankchala“ (ebenda, S. 49, Nr 96).

101 *Gysseling, Maurits*, a. a. O., Bd 2, S. 956.

102 *Bleiber, Waltraut*, a. a. O., S. 134.

103 Siehe Anm. 100 der vorliegenden Arbeit.

das gesamte restliche Drittel ausschließlich von bäuerlichen Schenkern herühren sollte, sprechen entschieden die exakt bestimmbareren Fälle.¹⁰⁴

Da für die das Kloster Fulda betreffenden friesischen Güterübertragungen nur Auszüge aus den Urkunden zur Verfügung stehen, sind den Möglichkeiten zur Klärung des sozialen Status der Schenker leider spürbare Schranken gesetzt. Schwierigkeiten entstehen vor allem daraus, daß den Kürzungen des Eberhard wesentliche Teile der Urkundentexte wie Angaben zu den Schenkungsbedingungen, die Namen der Verwandten des Tradenten und der Zeugen zum Opfer fielen.¹⁰⁵ Dennoch ist mit Sicherheit zu sagen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der frühesten zum Nutzen des Klosters Fulda vollzogenen friesischen Traditionen von Grundeigentümern grundherrlichen Typs herrühren. Man wird sogar so weit gehen können zu sagen, daß bäuerliche Schenker unter diesen Tradenten eine seltene Ausnahme bildeten, wenn sie nicht überhaupt ganz und gar fehlten.

Zu den gleichen Ergebnissen, die soziale Stellung der Tradenten betreffend, führt eine entsprechende Untersuchung der allerdings wesentlich spärlicheren friesischen Schenkungen an die Klöster Echternach, Lorsch und Werden aus früherer Zeit. Jener Gotrich, der dem Kloster Echternach im Jahre 786 oder 787 Güter in Ostfriesland schenkte, war in der Lage, in drei verschiedenen Orten Ländereien zu vergeben. Im bisher nicht identifizierten Urva gehörten ihm allein wenigstens vier Virgas.¹⁰⁶ Und wenn Godebert zehn Jahre früher dem Kloster Lorsch unter anderem auch eine „basilica“ überträgt, so spricht das ebenfalls gegen eine Tradition bäuerlichen Ursprungs.¹⁰⁷ Eine weitere Friesland betreffende Güterübertragung an das Kloster Lorsch erregt ganz besonderes Interesse. Das Ehepaar Gerrich und Ratgart schenkte neben Gütern in zwei im nördlichen Westfriesland gelegenen Orten auffallenderweise auch solche in Elshout westnordwestlich von Hertogenbosch und im Mündungsgebiet von Maas und Rhein. Zu den Gütern gehörten 6 Manzipien. Die Schenkungsurkunde wurde im Kloster Lorsch ausgestellt.¹⁰⁸ Natürlich liegt es auf der Hand, daß zu einer bäuerlichen Wirtschaft nicht gleichzeitig sowohl Ländereien südlich der unteren Maas wie auch im nördlichen Westfriesland gehört

104 Die von *Postma, O.*, *De Friesche kleihoeve*, a. a. O., S. 102, geäußerte und auch von *Boeles, P. C. J. A.*, a. a. O., S. 412, im Anschluß an Postma vertretene Auffassung, daß mindestens die Hälfte der friesischen Schenkungen für Fulda von freien Bauern mit gleichem Grundeigentum vollzogen wurde, bestätigt sich also für die untersuchten Traditionen nicht.

105 Ihre Bedeutung für die Bestimmung des sozialen Status der Schenker heben *Mil'skaja, L. T.*, a. a. O., S. 26, u. *Njeussychin, A. J.*, *Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. bis 8. Jahrhundert*, Berlin 1961, S. 102, hervor.

106 Siehe Anm. 53 der vorliegenden Arbeit.

107 Die Basilika und die übrigen Güter lagen allerdings im südlichen Teil Westfrieslands (siehe Anm. 51 der vorliegenden Arbeit).

108 Siehe Anm. 51 der vorliegenden Arbeit.

haben können. Man wird aus diesem Grunde in Gerrich und Ratgart Vertreter bestimmter Oberschichten zu sehen haben, die im fränkisch-friesischen Grenzraum durch Grundeigentum verwurzelt waren. Ungeklärt muß an dieser Stelle jedoch bleiben, welche Vorgänge sich hinter der bemerkenswerten Tatsache verbergen, daß die genannten Schenker in so getrennten Räumen über Grundeigentum verfügten.¹⁰⁹

Im Falle des Klosters Werden ist, bedingt durch die bereits behandelte Eigenart der Überlieferung¹¹⁰, eine Bestimmung des sozialen Status der Schenker der friesischen Güter kaum möglich. Wohl wissen wir, daß auch durch dieses Kloster sehr früh Rechte in Friesland erworben wurden, aber die frühesten überlieferten Traditionsurkunden gehören erst der Mitte des 9. Jahrhunderts an.¹¹¹ Daß die in ihnen beurkundeten Schenkungen grundherrlicher Herkunft waren, steht außer Zweifel. Für frühere Jahrzehnte verbieten sich aber eingehendere Aussagen.

Die Untersuchung der Traditionsurkunden ergibt also eindeutig, das wird man trotz der Lücke, die durch das Fehlen von frühen Urkunden des Klosters Werden entsteht, sagen dürfen, daß die nichtfriesischen Klöster, die im 9. und 10. Jahrhundert zum Teil als die bedeutendsten kirchlichen Grundherren in Erscheinung traten, im friesischen Stammesgebiet durch Güterübertragungen Fuß zu fassen vermochten, die von Landeigentümern grundherrlichen Typs herrührten. Das Eindringen dieser geistlich-feudalen Institutionen in ein Randgebiet des karolingischen Reiches wurde offensichtlich durch gewisse Gruppen des einheimischen Adels gefördert. Man wird aus dieser Tatsache den Schluß zu ziehen haben, daß es in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts zwischen einzelnen Vertretern des im nördlichen Westfriesland sowie in Mittel- und Ostfriesland ansässigen Adels und bestimmten fränkisch-karolingischen Kircheninstitutionen bereits relativ enge Beziehungen gab, die sich anhand der Traditionsurkunden bis in die letzten Jahrzehnte des 8. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Bestimmte Adelsgruppen des sich zwischen Marsdiep und unterer Weser erstreckenden Teils von Friesland standen demnach bereits seit dem Beginn des 9. Jahrhunderts der fränkischen Kirche sehr aufgeschlossen gegenüber und brachten ihrer Tätigkeit einiges Interesse entgegen. In den oben behandelten Traditionen, durch die ausgedehnte Ländereien mit ihrem Zubehör an Klöster gegeben wurden, die außerhalb Frieslands im fränkisch-karolingischen Machtbereich gelegen waren, fanden diese Aufgeschlossenheit und dieses Interesse ihren deutlichen Ausdruck.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß sich Vertreter des friesischen Adels sowohl in West- wie in Mittel- und Ostfriesland bereits zu einer Zeit um Beziehungen zur fränkischen Kirche bemühten und zu ihr mehr oder

109 Vielleicht macht sich hier ein Ausgreifen von grundherrlichen Geschlechtern nach dem Norden bemerkbar.

110 Vgl. S. 142 der vorliegenden Arbeit.

111 Ebenda.

weniger engen Kontakt aufzunehmen suchten, als die einzelnen Teile Frieslands noch nicht der fränkischen Herrschaft unterworfen worden waren. Die auffallenden Landschenkungen aus dem letzten Drittel des 8. bzw. aus den ersten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts lassen auf schon länger vorhandene Kontakte oder zumindest weiter zurückreichende Versuche solcher adliger Schichten schließen, der fränkischen Kirche und damit notwendigerweise der fränkischen Gewalt in Friesland selbst Einfluß zu verschaffen.

Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Familie, der Liudger, der Gründer des Klosters Werden an der Ruhr, entstammte. Liudgers Großvater Wurssing, der in den Quellen ausdrücklich als „vir quidam nobilis“ bezeichnet wird¹¹², mußte zur Zeit der Herrschaft des Friesenkönigs Radbod, der wegen seiner hartnäckigen Kämpfe mit den Franken und wegen seiner beharrlichen Weigerung, der fränkischen Kirche Zugang zu seinem Herrschaftsbereich zu gewähren, bekannt geworden ist, Westfriesland verlassen. Er ging zu den Franken, ließ sich hier taufen¹¹³ und erhielt später, als es nach dem Tode Radbods dem Hausmeier Karl Martell gelungen war, das Gebiet zwischen Zuider-See, Lek und dem Meer erneut zu unterwerfen, von diesem ein „beneficium in confinio Fresonum“. Karl Martell schickte Wurssing in seine Heimat zurück, damit er hier in Zukunft für die Stärkung des christlichen Glaubens tätig sei.¹¹⁴ Wurssing machte sich offenbar mit großem Eifer an die Erfüllung dieses Auftrages, wobei er gemeinsam mit seinen Söhnen und anderen Verwandten direkt mit dem damals in der Umgebung von Utrecht wirkenden Willibrord zusammenarbeitete und ihm Unterstützung bei der Bekehrung seiner Stammesgenossen gewährte.¹¹⁵ Die gleiche Familie unterhielt auch engen und guten Kontakt zu Bonifatius, als er sich in dieser Gegend aufhielt.¹¹⁶ Wurssing gehörte also mit seiner gesamten Familie zu jenen gesellschaftlichen Kräften, die den Franken und der christlichen Religion bei ihrem Ansturm gegen den westlichen Teil des friesischen Gebietes von innen den Weg ebnen halfen. Darüber hinaus kann es aber auch keinem Zweifel unterliegen, daß die gleiche Familie seit der Wende des 7. zum 8. Jahrhundert sowohl in politischer wie in sozialer Hinsicht in Friesland von einigem Einfluß gewesen ist. Das deutet schon die Tatsache an, daß Wurssing den Verfolgungen König Radbods ausgesetzt war und deshalb vorübergehend das Land hatte

112 „Fuit in diebus Radbodi regis Fresonum vir quidam nobilis . . . Wrssingus nomine, cognomento Ado . . .“ (*Altfriidi vita s. Liudgeri*, a. a. O., I, 1).

113 „ . . . benigne ab eodem duce (Grimoald. — W. B.) susceptus habitavit in regione Francorum et imbutus fide catholica baptismi consecutus est gratiam una cum coniuge sua et filio ac domo reliqua“ (ebenda, I, 2).

114 „Dedit igitur Carolus memorato Wrssingo beneficium in confinio Fresonum et direxit eum ad patriam suam causa fidei roborandae“ (ebenda, I, 4).

115 „Qui (Wurssing. — W. B.) veniens accepta hereditate propria habitavit in loco, qui dicitur Suabsna iuxta Traiectum et coepit esse adiutor Willibrordi cum filiis et propinquis suis, in quibuscumque potuerat“ (ebenda).

16 Ebenda, I, 5.

verlassen müssen. Weiter betont die bereits um die Mitte des 9. Jahrhunderts, also nur rund 40 Jahre nach dem Tode Liudgers, von einem Werdener Mönch verfaßte¹¹⁷ sogenannte „Vita tertia Liudgeri“ ausdrücklich, daß Liudger nicht nur wegen der „Reinheit seines Glaubens“ und wegen seiner Standhaftigkeit zu den Friesen geschickt worden sei, sondern auch „propter suos parentes, qui apud eos potentissimi habebantur . . .“¹¹⁸ Auch diese Bemerkung kennzeichnet gut die gesellschaftliche Stellung, die derjenige Teil der friesischen Bevölkerung, dem die Kirche vor allem ihr Vordringen verdankte, einnahm.

Daß die Familie des Liudger zu ihrer Zeit nicht die einzige in Westfriesland war, die schon sehr früh die Kirche und ihre Religion mit allen Kräften unterstützte, beweist das Beispiel jener Adelburg, die ihre beiden Brüder Willibrat und Tiadbrat dem Willibrord übergab. Sie waren später die ersten Friesen, die ein geistliches Amt bekleideten.¹¹⁹

Ähnliche Erscheinungen lassen sich, wenn auch entsprechend der unterschiedlichen Entwicklung erst in wesentlich späterer Zeit, auch für die übrigen friesischen Gebiete nachweisen. Die Vita Willehadi erzählt, daß dem Willehad bei seinem Aufenthalt in Dokkum „plurimi nobilium infantes suos“ zum Unterricht anvertrauten¹²⁰, und Altfrid berichtet, daß dem Liudger, als er um das Jahr 790¹²¹ seine Fahrt nach Helgoland, dem Zentrum der nichtchristlichen Götterverehrung in Friesland, unternahm, Landrich, der Sohn eines friesischen Fürsten, übergeben wurde, den er unterrichtete und später zum Priester weihte. Wir wissen, daß dieser Landrich dann in seinem geistlichen Amt lange Zeit hindurch bei den Friesen tätig war.¹²²

Den fränkisch-kirchlichen Kräften wurde also das Eindringen in das friesische Stammesgebiet einmal dadurch erleichtert, daß einzelne Familien des friesischen Adels sehr früh zum Christentum übertraten, zum anderen erhielten sie bewußte Förderung dadurch, daß Angehörige dieser Familien zu Geistlichen ausgebildet wurden, die als Prediger und Missionare unter der Bevölkerung Frieslands bereits zu einer Zeit wirkten, da die Macht durchaus noch nicht endgültig an die Franken übergegangen war. Darüber hinaus aber lieferte offensichtlich das Grundeigentum des friesischen Adels schon vor dem Einsetzen der Traditionen an die genannten Klöster die materiellen Voraus-

117 *Diekamp, Wilhelm*, Die vitae s. Liudgeri, a. a. O., bes. S. XLIX ff.

118 *Vita tert. s. Liudgeri*, a. a. O., I, 12.

119 *Altfridi vita s. Liudgeri*, I, 5.

120 *Vita Willehadi*, a. a. O., S. 843.

121 *Schröer, Alois*, a. a. O., S. 115.

122 „Cuiusdem enim principis eorum filium Landricum nomine accepit a fonte, quem sacris litteris imbutum ordinavit presbiterum, qui multis annis genti Fresonum in doctrinae praefuit studio“. (*Altfridi vita s. Liudgeri*, a. a. O., I, 22.) Der Verf. der „Vita secunda Liudgeri“, der sein Werk zwischen 850 und 860 schuf, ist diesem als Priester bei den Friesen wirkenden Landrich noch begegnet (*Vita sec. s. Liudgeri*, a. a. O., I, 18). — Zur Entstehung dieser Vita vgl. *Diekamp, Wilhelm*, Vitae s. Liudgeri, a. a. O., S. XXXIX.

setzungen für die Tätigkeit sowohl der auswärtigen wie der einheimischen Geistlichkeit.

Wir wissen aus der Vita Liudgeri des Altfrid, daß ein Teil der Erbgüter des Wurssing „in loco, qui dicitur Suabsna iuxta Traiectum . . .“ gelegen waren.¹²³ Suabsna ist nach Diekamp Zuilen an der Vecht. Zwischen Zuilen und Utrecht liegt Zweesereng, wo nach den Angaben einer Werdener Quelle aus dem letzten Drittel des 9. Jahrhunderts Liudger, der Enkel des Wurssing, geboren wurde.¹²⁴ Seit den letzten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts ist das Kloster Werden im Gebiet zwischen Utrecht und Zuider-See in einer Reihe von Orten als Grundeigentümer nachweisbar. In einigen Siedlungen gehörte ihm die Kirche. Zweesereng war in dieser Zeit wohl vollständig Eigentum des Klosters.¹²⁵ Die Erwähnung von Zweesereng als Geburtsort des Liudger und gleichzeitiges Eigentum des Klosters Werden und die Tatsache, daß die Gegend von Utrecht im Zusammenhang mit den Erbgütern des Wurssing genannt wird, deuten darauf hin, daß hier zumindest ein Teil der Stammgüter dieser Familie gelegen hat. Utrecht und seine Umgebung waren aber auch das Gebiet, das die Basis für die friesischen Unternehmungen sowohl des Willibrord wie auch des Bonifatius abgab.¹²⁶ Man wird deshalb einerseits die Unterstützung, die nach Aussage des Altfrid beiden Missionaren von der Familie des Wurssing zuteil wurde, mit diesen Gütern in Verbindung zu bringen haben, und andererseits dürfte sich der Umstand, daß das Kloster Werden später zwischen Utrecht und Zuider-See so reich begütert war, aus seinen Beziehungen zu der friesischen Adelsfamilie erklären.

Ähnliche Zusammenhänge lassen sich für Mittelfriesland im Falle Dokkums vermuten. In der näheren und weiteren Umgebung von Dokkum war, das wurde bereits ausgeführt, in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts das Kloster Fulda reich begütert. Dokkum aber stellte seit der Mitte des 8. Jahrhunderts einen Stützpunkt der Christianisierung Mittel- und Ostfrieslands dar. Hier wirkten nacheinander Bonifatius, Willehad und Liudger. Im ersten Viertel

123 Vgl. Anm. 115 der vorliegenden Arbeit.

124 *Rheinische Urbare*, Bd 2, a. a. O., S. 73f., § 38. — Nach den Angaben des Hg. handelt es sich um eine Aufzeichnung über Grundbesitz des Klosters Werden im westlichen Friesland, die im letzten Drittel des 9. Jahrhunderts entstand. Suecsnon ist wohl das heutige Zweesereng.

125 Genannt werden u. a. Naarden und Muiden an der Zuider-See, beide mit Kirche und Kirchenland, weiter Uitermeer bei Veesp, Zweesereng zwischen Zuilen und Utrecht und Eiteren südwestlich von Utrecht (*Rheinische Urbare*, Bd 2, a. a. O., S. 73f., § 38).

126 Liudger nennt in seiner Lebensbeschreibung Gregors von Utrecht „Attingahem iuxta fluvium Fehta“ als einen der Orte, in denen Bonifatius wirkte (MG SS XV, S. 67). Attingahem ist wohl identisch mit dem wenige km nördlich von Utrecht und nordöstlich von Zuilen gelegenen Achttienhoven (*Geschiedkundige Atlas van Nederland*, a. a. O., S. 28). Im gleichen Ort, nämlich „in Attinghem“, ist das Kloster Werden später begütert (*Rheinische Urbare*, Bd 2, a. a. O., S. 119).

des 9. Jahrhunderts tritt dadurch, daß die Brüder Reginmunt und Folkrich an Fulda umfangreiches Gut tradierten, im gleichen Gebiet eine Adelsfamilie ins Licht der Geschichte, die im Ostergau eine entscheidende Stellung bekleidet haben muß. Wegen des auffallenden Zusammentreffens der drei genannten Tatsachen scheint die Frage berechtigt, ob nicht Dokkum gerade deshalb zu einem christlichen Stützpunkt für Mittel- und Ostfriesland wurde, weil hier ein einflußreiches, an der Verwurzelung der Kirche interessiertes Adelsgeschlecht ansässig war.

Es läßt sich leicht nachweisen, daß nicht nur in Friesland Adelsfamilien auftraten, die schon zur Zeit der offenen Auseinandersetzungen mit dem fränkisch-karolingischen Gegner das Eindringen der Kirche nach Kräften unterstützten. Für Sachsen verwies Lintzel bereits vor einiger Zeit darauf, daß das Verhältnis des sächsischen Adels zur Kirche und zum fränkischen Reich in der Zeit, die der Eroberung unmittelbar folgte, auffallend gut gewesen sei.¹²⁷ Für dieses gute Verhältnis sprechen nach Lintzels Auffassung die vielen Klostergründungen, die bereits in den ersten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts durch den sächsischen Adel vorgenommen wurden. Lintzel vermochte sich weiter auf Heiligenviten und Translationsbeschreibungen zu stützen, aus denen hervorgeht, wie sehr sich der Adel in dieser Zeit auch in anderer Beziehung „um die Einwurzelung des Christentums in Sachsen bemühte“.¹²⁸ Auf einen Umstand jedoch, durch den die Parallelität der sächsischen und der friesischen Entwicklung besonders deutlich wird, verwies Lintzel nicht: Auch im sächsischen Stammesgebiet setzten nachweisbar bereits in der Zeit der offenen Kämpfe bemerkenswerte Güterübertragungen an auswärtige Klöster ein. In den letzten beiden Jahrzehnten des 8. Jahrhunderts treten mehrere Personen auf, die das Kloster Fulda mit in Sachsen gelegenen Gütern ausstatteten. Einige von ihnen sind aus der Geschichte bekannt, und wir wissen, daß sie dem sächsischen Adel entstammten. Zu nennen ist Hessi, der dem Kloster Güter im südöstlichsten Ostfalen und 80 Manzipien übertrug. Der Schenker ist mit jenem Hessi identisch, der sich bereits 775 den Franken unterwarf, später in das Kloster Fulda eintrat und dort im Jahre 804 starb.¹²⁹ Weiter nennen die Urkunden des gleichen Klosters einen Brun als Tradenten. Er übergab an Fulda unter anderem Güter, die in Borsum nordöstlich von Hildesheim gelegen waren. Es handelt sich hier offenbar um den gleichen Brun, der sich im Jahre 777 als Führer der engrischen Sachsen unterwarf.¹³⁰ Auffallend ist weiter, daß

127 Lintzel, Martin, Die Unterwerfung Sachsens durch Karl den Großen und der sächsische Adel (im folgenden: Die Unterwerfung Sachsens . . .), in: *derselbe*, Ausgewählte Schriften, Bd 1, Berlin 1961, S. 116. (Zuerst gedr. in: Sachsen und Anhalt, 10/1934, S. 30 ff.)

128 Ebenda.

129 FU, Nr 503.

130 FU, Nr 507. Die geschenkten Güter lagen in Ostfalen. Nach Stengel, Edmund E., a. a. O., schließt dieser Umstand aber durchaus nicht die Möglichkeit aus, den Tradenten Brun als Oberhaupt der Engern anzusehen.

auch ein Liudolf unter den sächsischen Schenkern vertreten ist, die dem Kloster Fulda in den beiden letzten Jahrzehnten des 8. Jahrhunderts Ländereien überließen. Stengel hält es für wahrscheinlich, daß dieser Liudolf der bekannte, 777 gemeinsam mit Brun unterworfenen Sachsenführer gleichen Namens gewesen ist. Er starb bereits 785. Seine Schenkung an Fulda müßte also, Identität der Personen vorausgesetzt, bereits in der Zeit der härtesten Kämpfe erfolgt sein.¹³¹ Diese drei Schenker Hessi, Brun und Liudolf gehörten offensichtlich zu den führenden politischen Schichten des sächsischen Adels, die relativ früh auf die Seite der Franken übergingen. Jedoch beschränken sich die Traditionen nicht auf die genannten Personen. Die Zahl derjenigen, die so früh Güter an Fulda übertrugen, ist größer, und alle diese Schenker gehörten zum grundbesitzenden Adel. So schenkte ein Hadolf „bona sua cum mancipiis XLVIII“¹³², und ein Ehepaar, Uodiltag und Wentelsvint, tradierte Güter in 14 namentlich aufgeführten Orten, die alle in Ostfalen, vor allem in der Umgebung von Wolfenbüttel, Braunschweig und Gifhorn, gelegen waren.¹³³ Beldinc und seine Gattin Hitta schenkten Liegenschaften in zwei Orten mit 10 Manzipien „in pago Zilgide“, also im Gebiet, das sich beiderseits der Weser oberhalb Minden erstreckte und mithin einen Teil von Engern ausmachte. In dieser Gegend schenkte auch Alwart zwischen 780 und dem Beginn des 9. Jahrhunderts Güter¹³⁴, und gleichzeitig erwarb das Kloster Fulda durch eine Schenkung des Nithart und seiner Frau Eiggihilt im südöstlichen Engern in sechs in der Umgebung von Northeim gelegenen Orten Land.¹³⁵

Man wird diese frühen Güterübertragungen an auswärtige Klöster, die in Sachsen ebenso wie in Friesland bereits zu einer Zeit einsetzten, in der das Land am Anfang der Christianisierung stand und es noch zu keinen Klostergründungen gekommen war, nur als Ausdruck eines Bemühens um auswärtige Kircheninstitutionen werten können. Sie bestätigen also das, was Lintzel bereits für das Ende des 8. Jahrhunderts über das gute Verhältnis und die engen Beziehungen des sächsischen Adels zur Kirche feststellte.

Für Thüringen schließlich soll darauf verwiesen werden, daß Bonifatius sich, als er nach Thüringen kam, zuerst an die „seniores plebis populique principes“ wandte, um sie zum rechten Glauben zu führen.¹³⁶

Lintzel suchte in seinen Arbeiten über die Sachsenkriege das von ihm konstatierte Übertreten des sächsischen Adels zu den Franken dadurch zu erklären, daß er die Existenz zweier Parteien innerhalb des angegriffenen Stammes annahm. Er vertrat die Auffassung, der Adel wäre zu seinem Verhalten durch

131 FU, Nr 159. Vgl. zur Person Liudolfs die Ausführungen von *Stengel, Edmund E.*, a. a. O., zu FU Nr 491.

132 FU, Nr 491.

133 FU, Nr 493.

134 FU, Nr 494, 495, 496.

135 FU, Nr 497.

136 *Vita Bonifatii auct. Willibaldo*, a. a. O., S. 32.

den Gegensatz zu den beiden unteren Ständen, den Frilingen und Liten, gedrängt worden. Dem sächsischen Adel hätte eine Revolution seitens dieser Stände gedroht, und das sei das Moment, welches ihn Rückhalt bei den Franken suchen ließ. Die unteren Stände hätten nicht nur gegen die Franken, sondern auch gegen den eigenen Adel gekämpft.¹³⁷ Der Meinung Lintzels ist im entscheidenden Punkt, nämlich in der selbständigen Aktion, die er den beiden unteren sächsischen Ständen zuschrieb, widersprochen worden. Schon Brandi sagte, daß wir von dem Sachsenaufstand von 782 „schwerlich mit so großer Sicherheit, wie es geschehen ist, annehmen dürfen, daß er vom kleinen Volk ausgegangen sei.“¹³⁸ In jüngster Zeit hat Baaken, ein Anhänger der Königsfreienlehre und der Theorie von der Adelherrschaft, versucht, Lintzels Auffassung zu Fall zu bringen.¹³⁹ Baaken erkennt zwar an, daß Teile des sächsischen Adels schon während der offenen Feindseligkeiten die Partei der Franken ergriffen, aber er bestreitet energisch, daß der Widerstand gegen die Franken von „den kleinbäuerlichen Frilingen oder Liten“ ausgegangen sei. Seiner Meinung nach entstammten die Gegner der fränkischen Eindringlinge dem Adel. Den unteren Schichten spricht Baaken jede Fähigkeit ab, selbständig in den Gang der Dinge einzugreifen.¹⁴⁰ Die Frilinge und Liten „folgen ihrem Herrn entweder in den neuen Glauben und in die Unterwerfung . . . oder sie führten jahrelang gemeinsam mit ihm den Kampf gegen die Franken.“¹⁴¹ Da Baaken sich bei seiner Darstellung von der Adelherrschaftstheorie leiten läßt und dementsprechend dem Adel allein „geschichtsbildende“ Kraft zuerkennt, muß er zwangsläufig zu seiner Kritik an Lintzel kommen. Wollten wir ihm folgen, so hätten wir bei den behandelten Vorgängen in Friesland sowohl den Träger des hartnäckigen Abwehrkampfes gegen die Franken und der langandauernden Abneigung gegen die Kirche wie auch den Träger der früh einsetzenden Begünstigung beider gleichermaßen im Adel des Landes, also in ein und derselben sozialen Schicht zu suchen. Das erscheint wenig einleuchtend, und Baaken bleibt die Erklärung dieser Merkwürdigkeit leider schuldig. Es erscheint eher angebracht, sich die Frage vorzulegen, ob es in Friesland Kräfte gab, deren Interessen sich nicht mit denen des Adels deckten und die deshalb ein anderes Verhalten als dieser an den Tag legten. Die rechtliche und soziale Gliederung der Friesen ist, nachdem Heck im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts seine Untersuchungen über die altfriesische Gerichtsverfassung veröffentlichte, ebenso wie die der meisten anderen germanischen Stämme recht problematisch geworden.¹⁴²

137 Lintzel, Martin, Die Unterwerfung Sachsens . . ., a. a. O., S. 115.

138 Brandi, Karl, Karls des Großen Sachsenkriege, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 10/1933, S. 41.

139 Baaken, Gerhard, Königtum, Burgen und Königsfreie, in: Vorträge und Forschungen, Bd 6/1961.

140 Ebenda, S. 35 ff.

141 Ebenda, S. 36.

142 Heck, Philipp, Die altfriesische Gerichtsverfassung (im folgenden: Gerichtsverfassung), Weimar 1894; derselbe, Die friesischen Standesverhältnisse in

Den Kern der seitdem geführten Kontroverse bildete zunächst die Stellung der sogenannten Gemeinfreien. Nach der Auffassung der klassischen Lehre, vertreten durch Historiker wie Waitz und Heinrich Brunner, bildeten freie Leute, die nach dem Übergang zur Selbsthaftigkeit als Bauern lebten, die Masse und den Kern der germanischen Stämme nach der Völkerwanderungszeit. Über ihnen standen die Adligen (nobiles, adalingi), unter ihnen die Halbfreien und die Knechte.¹⁴³ Heck suchte dagegen, ausgehend von der Lex Frisionum, zu beweisen, daß nicht die in dieser Quelle genannten liberi, sondern die nobiles die Gemeinfreien gewesen seien. In den liberi hingegen wollte er Schichten minderen Rechtes wie Freigelassene, unehelich Geborene oder Stammesfremde erkennen.¹⁴⁴ Hecks Theorie fand hier und da Zustimmung, rief jedoch auch strikteste Ablehnung hervor¹⁴⁵, und im Grunde genommen hat sie wohl heute als überholt zu gelten. Dennoch befindet sich die Geschichtswissenschaft augenblicklich in einer Situation, in der das Bild von der sozialen Struktur, der standesmäßigen Gliederung und der Verfassung der germanischen Stämme nach der Völkerwanderungszeit viel von der trügerischen Klarheit verloren hat, die es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits unentwertbar zu besitzen schien. Neuere Theorien, begründet in den letzten Jahrzehnten vor allem von bürgerlichen deutschen Historikern, bestreiten unter anderem überhaupt, daß es jemals Gemeinfreie im Sinne der klassischen Lehre des vorigen Jahrhunderts gegeben hat. Dannenbauer, einer der Begründer dieser Theorien, berührt in seinen Darlegungen auch friesische Verhältnisse.¹⁴⁶

nachfränkischer Zeit, in: Festgabe der Tübinger Juristenfakultät für Friedrich v. Thudichum zum 50jährigen Doktorjubiläum, Tübingen 1907.

143 Zusammenfassend hierzu: *Brunner, Heinrich*, Nobiles und Gemeinfreie der karolingischen Volksrechte, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung*, 19/1898, S. 76.

144 *Heck, Philipp*, Gerichtsverfassung, a. a. O., S. 224 f.

145 *Brunner, Heinrich*, a. a. O., S. 77. Er führt hier bereits weitere Gegner an. Vgl. dazu: *Harsin, P.*, Contribution à l'étude de la condition des personnes en Germanie dans le haut moyen âge, in: *Revue Belge*, 6/1927, S. 147 ff.

146 *Dannenbauer, Heinrich*, Hundertschaft, centena und huntari, in: *Historisches Jahrbuch*, 62–69/1949, S. 174 f. Die Ausführungen Dannenbauers muten jedoch reichlich konstruiert an. Das von ihm erwähnte Geschlecht der Camminga ist, wie aus seinen Angaben hervorgeht, erst im Hochmittelalter nachweisbar. Es ist deshalb nicht recht verständlich, weshalb die in Quellen des 9. Jahrhunderts genannte villa Cammingahunderi ihren Namen so unbedingte von einem Geschlecht ableiten soll, das erst Jahrhunderte später faßbar wird. Einen wohlabgewogenen und durchdachten Abriß der „Grundansichten der deutschen Geschichtsschreibung über die fränkischen ingenui und liberi“ bietet *Müller-Mertens, Eckhardt*, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien, Berlin 1963, S. 10 ff. Dieses Buch entstand ebenso wie verschiedene andere Arbeiten aus Forschungen, die während der letzten Jahre in der DDR zu Problemen der Sozialstruktur der frühmittelalter-

Nach der *Lex Frisionum* gab es in Friesland in karolingischer Zeit vier Stände, die ihrer rechtlichen Stellung nach unterschiedlich behandelt wurden. Es sind dies die *nobiles*, die *liberi*, die *liti* und die *servi*.¹⁴⁷ Die Quelle nennt sie wiederholt, jedoch gibt sie keine direkten Aufschlüsse über ihren sozialen Status. Man wird aber nun nicht ohne weiteres von der Voraussetzung ausgehen können, daß die von der *Lex Frisionum* in rechtlicher Hinsicht unterschiedenen Stände direkt vier verschiedenen sozialen Schichten entsprachen. Auf die Gefahren, die sich aus einer zu schematischen Beurteilung der Stände der germanischen Stämme ergeben, hat bereits vor einiger Zeit Lintzel aufmerksam gemacht¹⁴⁸, und neuerdings weist der sowjetische Historiker Njeussychin wieder darauf hin, wie kompliziert die Beziehungen zwischen den verschiedenen in den Volksrechten erkennbaren Ständen waren und wie fließend die Grenzen, die sie in sozialer Hinsicht voneinander schieden.¹⁴⁹

Dennoch kann bereits auf Grund der Aussagen der *Lex Frisionum* mit Sicherheit gesagt werden, daß die Bevölkerung des friesischen Stammesgebietes zur Zeit ihrer Auseinandersetzungen mit den fränkischen Eroberern keine einheitliche vor Recht und Gesetz gleiche Masse darstellte. Sie gliederte sich in mehrere Stände, die eine unterschiedliche Rechtsfähigkeit besaßen.¹⁵⁰ Trotz der aus den genannten Gründen gebotenen Vorsicht steht es aber wohl außer Zweifel, daß die beschriebene Vierteilung Ausdruck einer bereits im 8. Jahrhundert relativ starken sozialen Differenzierung gewesen sein muß und daß eben eine solche starke soziale Differenzierung die Grundlage der in der *Lex Frisionum* fixierten rechtlichen Ungleichheit war. Diese Feststellung wird man zunächst einmal unabhängig von der Beantwortung der Frage nach dem Rechtsstatus der vier genannten Stände treffen können. Jedoch läßt die Quelle darüber hinaus noch weitergehende Aussagen über die Gliederung des friesischen Stammesverbandes zu. Zu verweisen ist vor allem auf den Titel 22 der *Lex Frisionum*, der in 89 einzelnen Paragraphen die Bußen für bestimmte Rechtsverletzungen aufführt. Der den Titel abschließende § 90 sagt dann ausdrücklich, daß alle in den 89 vorangehenden Paragraphen enthaltenen Strafbestimmungen „ad liberum hominem pertinent“, daß die Bußen des *nobilis* aber gegenüber denen des *liber* in jedem einzelnen der angeführten Fälle um

lichen Gesellschaft und zur Geschichte des Karolingerreiches durchgeführt wurden. (Siehe auch *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates, phil. Diss., Halle 1961; *derselbe*, Die Entstehung des ersten selbständigen Staates auf deutschem Boden, in: Beiträge zum nationalen Geschichtsbild der deutschen Arbeiterklasse [Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1962, S. 359 ff.]).

147 Heck, Philipp, Gerichtsverfassung, a. a. O., S. 223 ff.; Harsin, P., a. a. O., S. 165.

148 Lintzel, Martin, Die Stände der deutschen Volksrechte, in: *derselbe*, Ausgewählte Schriften, a. a. O., Bd 1, S. 317 ff., zuerst erschienen Halle 1933.

149 Njeussychin, A. J., a. a. O., bes. S. 255 ff.

150 Ebenda, S. 309.

ein Drittel zu erhöhen, die des Liten um die Hälfte zu verringern seien.¹⁵¹ Der liber wird also in diesem Teil des friesischen Stammesrechtes als *der* Stammesangehörige behandelt, der im Rechtsleben die zentrale Stellung einnahm. Er war derjenige, der, in der Terminologie von Heck gesprochen, als Normträger des Rechts angesehen wurde. Die friesischen liberi müssen demnach, darauf wurde vor einiger Zeit von belgischer Seite aus dem gleichen Grunde nachdrücklich hingewiesen¹⁵², Vollfreie gewesen sein. Allerdings stellten sie rechtlich nicht den gehobenen Stand dar. Dieser wurde ganz offensichtlich von den nobiles gebildet, die über den liberi standen und in rechtlicher Hinsicht einen Adel darstellten.

Man wird also nicht fehlgehen, wenn man aus den Angaben der *Lex Frisionum* den Schluß zieht, daß es zu der Zeit, als der Einbruch der Franken erfolgte, innerhalb des friesischen Stammesverbandes neben dem Adel noch eine weitere starke Schicht von rechtlich Freien gegeben hat. Allerdings wissen wir damit noch nicht, aus welchen sozialen Kategorien sich diese Schicht zusammensetzte. Es ist durchaus möglich, daß sie heterogen war und sowohl freie Bauern wie auch freie Grundherren umfaßte.

Die ausgewerteten Schenkungsurkunden geben darüber Aufschluß, daß in Mittel- und Ostfriesland am Ende des 8. Jahrhunderts bereits starke Elemente einer Klassengesellschaft vorhanden waren. Die Urkunden bestätigten das Bild, das die *Lex Frisionum* über die rechtliche und soziale Differenzierung der zwischen Fli und unterer Weser wohnenden Bevölkerung gibt. Vor allem lassen sie sehr deutlich eine Schicht großer Grundeigentümer erkennen, die auch in sozialer Hinsicht alle Merkmale eines Adels trägt. Dieser Adel lebte von der Arbeit, welche die von ihm abhängigen Leute zu leisten hatten. In den meisten der untersuchten frühen Traditionen, die noch vor oder relativ kurze Zeit nach 800 vollzogen wurden, weisen sich die Tradenten in beträchtlichem Maß als Nutznießer der Arbeit abhängiger Schichten aus. Von den Urkunden werden *servi* und *ancilliae* ebenso wie *mancipia* und *familiae* genannt, die diesen Schichten zuzuordnen sind. Ihre Güter besaßen die Adelsfamilien zu vollem Eigentum, sie wurden von ihnen uneingeschränkt vererbt sowie ge- und verkauft. Man wird deshalb die bisher häufig vertretene Auffassung, daß sich das große Grundeigentum bei den Friesen erst seit dem 9. und 10. Jahrhundert gebildet habe¹⁵³, einer Korrektur unterziehen müssen.

151 „Haec omnia ad liberum hominem pertinent, nobilis vero hominis compositio, sive in vulneribus et percussionibus, et in omnibus quae superius scripta sunt, tertia parte maior efficitur; liti vero compositio, sive in vulneribus, sive in percussionibus . . . et in omnibus superius descriptis, medietate minor est, quam liberi hominis“ (MG LL, Bd 3, S. 682).

152 *Harsin, P.*, a. a. O., S. 165 f.

153 *Blink, H.*, a. a. O., S. 69. — *Van Apeldoorn, L. J.*, De historische ontwikkeling van het grondbezit in Friesland, in: *De vrije Fries*, 27/1924, S. 224, ist der Ansicht, daß noch in nachkarolingischer Zeit der normale Besitz „de gewone boerenhoeve“ ist. Seiner Meinung nach haben „de verschillende

Es ist offensichtlich auch in Mittel- und Ostfriesland um 800 bereits zu einer Erscheinung geworden, die die gesellschaftlichen Verhältnisse im starken Maße mit beeinflusste. Diese Verhältnisse aber sind ohne Zweifel das Ergebnis einer seit langer Zeit vor sich gehenden Entwicklung, die keineswegs erst durch die fränkisch-karolingische Eroberung ausgelöst wurde.

In den vergangenen Jahrzehnten sind an der südlichen Nordseeküste, und zwar sowohl im niederländischen wie im deutschen Bereich, intensive Ausgrabungen vorgenommen worden. Sie konzentrierten sich vor allem auf die zahlreichen Wohnhügel, die unter dem Namen Wurt, Warf, Wierde oder Terp bekannt sind. Diese Wohnhügel sind zu einer Zeit künstlich aufgeschüttet worden, als das Land noch nicht durch Deiche gesichert war. Sie sollten den Bewohnern der Küste Schutz vor den Fluten der Nordsee bieten.

Die bisherigen Ergebnisse dieser Grabungen sind für die Behandlung einiger Probleme der frühmittelalterlichen Geschichte außerordentlich beachtenswert.¹⁵⁴ Soweit sie bereits klare Aussagen über sozialökonomische Verhältnisse gestatten, sprechen sie für die oben anhand schriftlicher Quellen gemachten Ausführungen. Besonders aufschlußreich sind in dieser Hinsicht die Ergebnisse der Untersuchungen, die in den Jahren 1955 bis 1959 auf der im Lande Wursten nördlich von Bremerhaven gelegenen Feddersen Wierde durchgeführt wurden. Die genannte Wurt war etwa vom Beginn unserer Zeitrechnung bis zum 4. bis 5. Jahrhundert besiedelt.¹⁵⁵ In ihren einzelnen Siedlungshorizonten fanden sich Häuser von 29 bis 30 m neben solchen von 10 m Länge. Die großen Häuser besaßen einen Stallteil, der bis 16 m lang war und etwa 32 Rindern Platz bot, die Stallteile der kleineren Häuser dagegen vermochten nur 2 bis 4 Rinder, die der kleinsten sogar nur 3 bis 4 Schafe oder Ziegen aufzunehmen.¹⁵⁶ Bereits im 1. Jahrhundert unserer Zeitrechnung (Siedlungshorizont II B) existierte im Mittelpunkt der damaligen Siedlung ein Wirtschaftsverband, der sich aus einem großen und mehreren kleinen Höfen zusammensetzte. Er war gegen

markegenooten nog een evengroot aantal akkers en eenzelfde aandeel in de gemeene mark“.

154 Über die Entwicklung der Wurtenforschung informieren: *Haarnagel, Werner*, Die historische Entwicklung der Forschung, insbesondere der Wurten- oder Warfenforschung im Küstengebiet der Nordsee, in: Zur Ur- und Frühgeschichte Nordwestdeutschlands, Festschrift zum 70. Geburtstag von K. H. Jacob-Friesen, hg. v. Peter Zylmann, Hildesheim 1956; *derselbe*, Die Niedersächsische Landesstelle für Marschen- und Wurtenforschung in Wilhelmshaven (im folgenden: Die Niedersächsische Landesstelle . . .), in: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte, 32/1963 (Beilage zum Niedersächsischen Jahrbuch 35/1963); *Halbertsma, H.*, Terponderzoek tussen Flie en Ems, gedurende de jaren 1947–57, in: Friesisches Jahrbuch 1958.

155 *Haarnagel, Werner*, Die Ergebnisse der Grabung auf der Wurt Feddersen Wierde bei Bremerhaven in den Jahren von 1955–1957, in: Neue Ausgrabungen in Deutschland, hg. v. der Römisch-Germanischen Kommission des deutschen archäologischen Instituts, Berlin 1958, S. 215 ff.

156 Ebenda, S. 219.

benachbarte Hofstellen durch Zaun und Graben abgegrenzt. Es handelt sich hierbei offensichtlich um einen Wirtschaftsverband, der aus dem Hof eines Großbauern und den Hofstellen zugehöriger Hintersassen gebildet wurde. Daneben existierten aber außerhalb dieses Verbandes auch selbständige, voneinander unabhängige Bauernhöfe auf eigenen Wurtten.¹⁵⁷ Eine ähnliche soziale Schichtung ließ sich auch für die jüngeren Siedlungshorizonte nachweisen, jedoch existierte seit dem dritten Jahrhundert im Dorf bereits ein Herrenhof. Trotzdem konnten eine Reihe von Familien ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und ihre Freiheit weiterhin, und zwar bis zur Aufgabe der Siedlung, wahren.¹⁵⁸ Werner Haarnagel, der die Grabungen leitete, ist der Auffassung, daß „die Bevölkerung der Feddersen Wierde . . . nach den vorliegenden Grabungsergebnissen in freie Bauern, Hintersassen und Handwerker gliedert“ war.¹⁵⁹

Die bisherigen Ergebnisse der Ausgrabungen an der südlichen Nordseeküste deuten also darauf hin, daß selbst in Gebieten, die relativ eigenständig und von Einflüssen der römischen Sklavenhalterordnung wenig berührt waren und in denen die gesellschaftliche Entwicklung deshalb langsamer als anderswo verlief, bereits vor der eigentlichen Völkerwanderungszeit eine beträchtliche soziale Differenzierung der Bevölkerung vorhanden war. Diese Tatsache wird man bei der Untersuchung der Verhältnisse des 8. und 9. Jahrhunderts zu beachten haben, obwohl an eine Siedlungskontinuität von der Vorvölkerwanderungs- zur Karolingerzeit für weite Bereiche der südlichen Nordseeküste nicht zu denken ist.¹⁶⁰ Andererseits ist es aber notwendig zu betonen, daß die Grabungen auf der Feddersen Wierde, gerade weil sie neben Großbauern und abhängigen Leuten einen starken Anteil selbständig wirtschaftender freier Bauern nachweisen, das freie bäuerliche Element als am Ausgangspunkt einer Entwicklung stehend erkennen lassen, die eine fortlaufende Ausweitung und Vertiefung von Abhängigkeitsverhältnissen beinhaltete. Sie sprechen insofern also gegen Theorien, die die Grundherrschaft oder andere Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse als wenigstens seit Tacitus bei den germanischen Stämmen vorherrschend ansehen wollen.¹⁶¹ Njeussychins Meinung

157 *Haarnagel, Werner*, Zur Grabung auf der Feddersen Wierde 1955–1959 (im folgenden: Zur Grabung . . .), in: *Germania* 39/1961, S. 63 ff.; *derselbe*, Die Niedersächsische Landesstelle . . ., a. a. O., S. 23.

158 *Derselbe*, Zur Grabung . . ., a. a. O., S. 67 ff.; *derselbe*, Die Niedersächsische Landesstelle . . ., a. a. O., S. 24.

159 *Ebenda*, S. 25.

160 Feddersen Wierde wurde im 4. bis 5. Jahrhundert unserer Zeitrechnung aufgegeben und ist danach nicht mehr besiedelt worden. Andere Wurtten in den Küstenabschnitten der Jade-, Weser- und Elbmarschen wurden zur gleichen Zeit wüst und sind z. T. im 7. bis 8. Jh. wieder besiedelt worden (*ebenda*, S. 25).

161 Zu diesen Theorien vgl. *Müller-Mertens, Eckhardt*, a. a. O., S. 28 ff. Eine ähnliche Interpretation der Grabungsergebnisse wie die oben vorgenommene

jedoch, daß der „Feudalisierungsprozeß in Sachsen in der Mitte des 9. Jahrhunderts gerade erst begonnen . . .“ habe¹⁶², kann für Mittel- und Ostfriesland nicht übernommen werden.¹⁶³ Hier war dieser Prozeß sicher vor dem Einbruch der fränkisch-karolingischen Feudalaristokratie im Gange, ohne daß er indessen schon seine abschließende Phase erreicht hätte. Gerade die Existenz einer nennenswerten Schicht von Vollfreien neben Gruppen von bereits sehr feudal anmutenden Adelsfamilien, die keineswegs mehr als bloßer Geburts- oder Stammesadel angesehen werden können, spricht dafür, daß diese Entwicklung unvollkommen war und vielleicht sogar noch nicht einmal ihren Kulminationspunkt erreicht hatte. Trotzdem scheint es nicht mehr unbedingt geraten, bei der Charakterisierung der Sozialstruktur Mittel- und Ostfrieslands am Ende des 8. Jahrhunderts noch von einer Schicht von Gemeinfreien im Sinne der klassischen Lehre zu sprechen. Dieser Terminus ist zu stark mit der Vorstellung von einer geschlossenen Schicht sozial und rechtlich gleichgestellter und vollberechtigter Stammesmitglieder verbunden, als daß er auf die Zu-

findet sich bei Lütge, *Friedrich*, Das Problem der Freiheit in der frühen deutschen Agrarverfassung, in: *derselbe*, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1963, S. 25f. Lütge sagt hier (S. 26): „Die Auffassung, daß eine breite Schicht von Freien als Kern des Volkes anzunehmen ist, dürfte sich . . . aus den neuesten archäologischen Untersuchungen bestätigen.“ Völlig irrig wäre es allerdings, in Lütge wegen dieser Ansichten etwa einen prinzipiellen Gegner der Adelherrschaft-Königsfreientheorie zu sehen. Er nimmt zu ihr kritisch vor allem deshalb Stellung, weil sie seiner Meinung nach die Herkunft der Königsfreien nicht genügend klar herausarbeitet. (Vgl. ebenda, S. 18ff.) Zu den Grundansichten Lütges vgl. *Müller-Mertens*, *Eckhardt*, a. a. O., S. 7ff. u. 30f.

162 *Njeussychin*, A. J., a. a. O., S. 257 Anm. 2.

163 Diese These ist aber zumindest auch für das südliche und südöstliche Sachsen der Überprüfung bedürftig. Zieht man die bis in die Zeit der Sachsenkriege zurückreichenden Traditionsurkunden des Klosters Fulda aus den genannten Gebieten heran, so entsteht der Eindruck, daß hier ebenfalls bereits in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts Adelsgruppen existierten, die wegen ihrer sozialen Situation nicht mehr einfach als Geburtsadel angesehen werden können. (Siehe S. 160ff. der vorliegenden Arbeit.) *Njeussychin* räumt den Schenkungsurkunden in seinem Buch, das ihn als vorzüglichen Kenner der Stammesrechte ausweist, nur einen untergeordneten Platz ein. Seine relativ große Zurückhaltung den Urkunden gegenüber erklärt sich wohl aus seiner Auffassung, daß die „Urkundenbücher . . . den Prozeß, der die freien Markgenossen zu Hörigen machte, in einem bereits sehr weit fortgeschrittenen Stadium“ darstellten (ebenda, S. 110), und daß sie deshalb für sein eigentliches Anliegen, das Studium des frühesten Entwicklungsstadiums der Klasse der feudalabhängigen Bauern, wenig aussagen. Jedoch scheint diese Beurteilung der Traditionsurkunden allzu summarisch zu sein. Denn die soziale Aussage solcher Schriftstücke ist sicher nach Ort und Zeit ihrer Entstehung unterschiedlich. Über ihre Verwendbarkeit muß deshalb von Fall zu Fall entschieden werden.

stände, wie sie in der gegebenen Zeit zwischen Fli und unterer Weser existierten, noch anwendbar ist. Denn dazu war der soziale Differenzierungsprozeß offensichtlich bereits zu weit fortgeschritten. Die Existenz eines Adels mit feudalem Einschlag zwingt zu dem Schluß, daß sich auch die Schicht der nichtadligen Freien umzubilden begann. Auf solche Umbildung weist der Titel 11 der *Lex Frisionum* hin. In diesem Titel wird davon gesprochen, daß sich freie Menschen entweder aus eigenem Antrieb oder durch Not gezwungen in die Abhängigkeit eines anderen begaben, daß sie zu Liten wurden, später ihre Abhängigkeit aber bestritten.¹⁶⁴ Als Ausdruck des gleichen Prozesses muß wohl auch die Tatsache gewertet werden, daß ein Teil des an die genannten auswärtigen Klöster tradierten Landes durch Kauf an die Schenker gekommen war.¹⁶⁵

Gerade der Umstand, daß der fränkisch-karolingische Angriff auf eine Gesellschaft stieß, die sich offenbar in einem Prozeß der Umbildung befand, erklärt das zwiespältige Verhalten der Angegriffenen. Es existierten bereits soziale Gruppen, die an der endgültigen Ausbildung solcher gesellschaftlichen Zustände interessiert waren, wie sie im fränkisch-karolingischen Reich vorherrschten. Zu ihnen gehörten alle die Kräfte, die entweder schon zu einer grundherrlichen Stellung aufgestiegen oder im Begriff waren, eine solche Stellung zu erreichen. Sie mögen sowohl dem Stand der *nobiles* wie dem der *liberi*, in Ausnahmefällen vielleicht auch dem der *liti* entwachsen sein.¹⁶⁶ Den Interessen dieser Gruppe mußte das Eindringen äußerer feudaler Mächte entgegenkommen, solange sie selbst noch zu schwach waren, um sich aus eigener Kraft nachdrücklich genug durchsetzen können.

Wegen ihrer ökonomischen, ihrer ideologischen und ihrer organisatorischen Potenzen war die Kirche die feudale Institution, die in besonders hohem Maße über die Voraussetzungen verfügte, die Umwandlung der Verhältnisse in Friesland im Sinne dieser Adelsgruppen positiv zu beeinflussen. Sie hatte im letzten Drittel des 8. Jahrhunderts zwischen Fli und unterer Weser zweifellos bereits

164 Die ersten und in unserem Zusammenhang wichtigsten Sätze des Titels lauten: „*Si liber homo spontanea voluntate, vel forte necessitate coactus, nobili, seu libero, seu etiam lito, in personam et in servitium liti se subdiderit, et postea se hoc fecisse negare voluerit, dicat ille, qui eum pro lito habere visus est . . .*“ (MG LL, Bd 3, S. 666). *Njeussychin, A. J.*, a. a. O., S. 269, meint, daß man unter der „*forte necessitate*“ verstehen müsse „entweder unzureichende Existenzmöglichkeiten . . . oder eine schlechte soziale Lage, d. h. die Unfähigkeit, sich gegen die Ansprüche und Unterdrückung von seiten der Mächtigen zu behaupten . . .“ Das eine wie das andere wertet er als Zeichen für das Anwachsen der sozialen Differenzierung und der Vermögensunterschiede.

165 *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 44, Nr 24.

166 Nach der *Lex Frisionum* gab es die Möglichkeit, daß sich ein *liber* in die Abhängigkeit eines Adligen, eines Freien oder aber eines Liten begab (vgl. Anm. 164 der vorliegenden Arbeit).

Fuß gefaßt. Von einer wirklichen Christianisierung des Landes aber oder auch nur von einer intensiven christlich-religiösen Beeinflussung der Masse der Bevölkerung konnte jedoch keine Rede sein. Vor allem Ostfriesland war gerade erst der fränkischen Herrschaft unterworfen und dadurch dem Einfluß der Kirche wirklich geöffnet worden. Deshalb war die Zahl der vorhandenen Geistlichen in Mittel- und Ostfriesland noch in dieser Zeit recht gering, und bis weit in das 9. Jahrhundert hinein fehlte es an einem das gesamte Gebiet tatsächlich erfassenden und daher leistungsfähigen System von Pfarrkirchen.¹⁶⁷ Es gab zu dieser Zeit weder Klöster noch eine im eigentlichen Friesland gelegene Bistumskirche.¹⁶⁸ Wohl wissen wir, daß sich bereits die in Mittel- und Ostfriesland wirkenden Missionare beständig darum bemühten, Kirchen zu stiften und eine gewisse kirchliche Organisation aufzubauen. So errichtete Liudger auf seinen friesischen Erbgütern „in loco, qui vocatur Werthina“ eine Kirche¹⁶⁹, und ebenso dürfte eine weitere in Leer in Ostfriesland nachweisbare Kirche eine Gründung dieses Geistlichen gewesen sein. Für diese Annahme spricht, daß die Kirche offenbar als Eigenkirche Liudgers angesehen wurde.¹⁷⁰ Jedoch konnten von jenen in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts in Mittel- und Ostfriesland tätigen Vertretern der christlichen Religion zunächst nur ungenügende Voraussetzungen für eine breitere Wirksamkeit der Kirche geschaffen werden. Zudem wurden diese Voraussetzungen, wie bereits ausgeführt, wiederholt empfindlich gestört. Um 800 und in den ersten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts waren sie noch so wenig ausgebildet, daß sie zumindest in Mittel- und Ostfriesland für die ideologische Beeinflussung der Masse der Bevölkerung und für eine wirksame soziale und kulturelle Tätigkeit der christlichen Kirche nicht ausreichten. Diese Tatsache findet auch in den untersuchten friesischen Traditionsurkunden ihren Ausdruck. Denn in keiner der zahlreichen Mittel- und Ostfriesland betreffenden Schenkungen, die den Klöstern Echternach, Fulda und Werden zugute kamen, wird eine Kirche oder ein anderes zur Ausübung christlichen Gottesdienstes bestimmtes Gebäude als

167 Moll, Willem, a. a. O., S. 303f.; Siebs, Benno E., Grundlagen und Aufbau der altfriesischen Verfassung, Breslau 1933, S. 59; Woebcken, Carl, a. a. O., S. 40.

168 Boeles, P. C. J. A., a. a. O., S. 406, nennt das um 830 von Utrecht aus in Stavoren im westlichen Mittelfriesland gegründete S. Odolphus-Kloster. Vgl. auch Swart, F., Zur friesischen Agrargeschichte, Leipzig 1910, S. 180. Hallema, A., Friesche Kloosterlijsten, in: De vrije Fries, 26/1918, S. 105, verweist auf eine 876 erfolgte Klostergründung auf der Insel Ameland. Auf dieser Insel war das Kloster Fulda begütert. Bruna, Elpidius, Middeleeuws monastiek leven, in: Bijdrage tot de kerkgeschiedenis van Friesland, 2. Aufl., Franeker 1951, S. 22, bringt den relativ späten Zeitpunkt der ersten Klostergründungen damit in Zusammenhang, daß Friesland lange unruhig und ständigen Kriegen ausgesetzt war.

169 *Altfridi vita s. Liudgeri*, a. a. O., I, 27.

170 Ebenda, I, 29.

Schenkungsobjekt genannt. Das fällt um so mehr auf, als bei den Traditionen aus anderen Teilen des fränkischen Reiches den gleichen Klöstern relativ häufig solche Einrichtungen übertragen wurden. Das Kloster Fulda erhielt in den letzten dreißig Jahren des 8. Jahrhunderts Kirchen in Thüringen, in Rheinhessen, in Württemberg und im Rheingebiet geschenkt.¹⁷¹ Das Kloster Lorsch erwarb in der gleichen Zeit mehrere Kirchen im Süden der heutigen Niederlande, also in einer Gegend, die lange Zeit hindurch einen Teil des Grenzraumes ausmachte, der das fränkische Reich von dem friesisch-sächsischen Stammesgebiet schied.¹⁷² Wenn auch zugegeben werden muß, daß Zufälligkeiten der Überlieferung, zumal im Falle Fuldas, das gewonnene Bild zu einem gewissen Grade beeinflussen können, so wird man dennoch diese ins Auge springenden Unterschiede nicht allein durch solche Zufälligkeiten erklären dürfen. Sie müssen eher als Reflexion eines noch im 9. Jahrhundert vorhandenen starken Unterschiedes im Grad der Verwurzelung christlich-kirchlicher Zustände in den betreffenden Gebieten gewertet werden.

Offenbar gab es in Mittel- und Ostfriesland am Ende des 8. und zum Beginn des 9. Jahrhunderts einen starken Widerspruch zwischen dem Interesse bestimmter Adelsgruppen an einer intensiven Entfaltung der Tätigkeit der Kirche und dem Unvermögen, bei der zu dieser Zeit herrschenden sozialen und politischen Konstellation, die Voraussetzungen für eine solche Tätigkeit aus eigener Kraft gegen vorhandene starke Widerstände durchzusetzen. So blieb nur der Ausweg, die Gebiete zwischen Fli und Wesermündung auswärtigen kirchlichen Einflüssen zu öffnen und das Eindringen nichtfriesischer Kircheninstitutionen zu fördern. Die Übertragung von Grundeigentum mußte als geeignetes Mittel erscheinen, zum erstrebten Ziel zu gelangen. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß neben der Unterstützung durch den fränkisch-karolingischen Staat und durch bestimmte einflußreiche Schichten in Friesland Eigentum an

171 Der Geistliche Alwalah schenkte 772 „in villa nuncupante Tricusti dimidiam partem ecclesiae . . .“ (FU, Nr 57). Der Ort, heute eine Wüstung, lag bei Sondershausen in Thüringen. 775 schenkte Atta „ecclesiam sancti salvatoris . . .“ in Bretzenheim in Rheinhessen (FU, Nr 71). Zwischen 750 und 779 erhielt das Kloster Fulda von Marcvart und seiner Gattin „ecclesiam unam“ im württembergischen Ober-Stetten (FU, Nr 93). In die Jahre 785–794 gehört die Schenkung eines ererbten Anteils an der Martinskirche zu Wackernheim im Kreis Bingen (FU, Nr 182). Zwischen 776 und 796 tradierte Matto „ecclesiam et monasteriolum“ in Wenkheim (FU, Nr 202), und in den Jahren 780 bis 796 erhielt das Kloster von dem Priester Hadurih eine Kirche in Harxheim bei Mainz (FU, Nr 220).

172 Auf einer der Scheldemündung vorgelagerten Insel (*Codex Laureshamensis*, a. a. O., Bd 1, S. 380, Nr 97) schenkt Godebert 776 „illam basilicam“. Meginger überträgt eine Kirche in Gent bei Nijmegen (ebenda, S. 384, Nr 113, ausgestellt um 800). Brunhild schenkt Anfang des 9. Jahrhunderts eine Kirche in Angeren (ebenda, S. 384, Nr 114, ausgestellt um 800). Alfger schenkt 815 in Empel eine Kirche (ebenda, S. 382, Nr 105). Im gleichen Ort schenkt Lantfried eine weitere Kirche (ebenda, S. 383, Nr 106).

Grund und Boden eine wesentliche Bedingung für eine spürbare Entwicklung kirchlich-religiöser Tätigkeit war.¹⁷³ Daß die den auswärtigen Klöstern übertragenen Güter zumindest teilweise direkt dieser Tätigkeit nutzbar gemacht wurden, läßt sich daraus ableiten, daß gerade an Orten, an denen das eine oder andere Kloster Land geschenkt erhielt, relativ früh Kirchen nachweisbar sind. So ist das Kloster Werden am Südufer der Zuider-See in zwei Orten, nämlich in Naarden und in Muiden, begütert, in denen ihm am Ausgang des 9. Jahrhunderts die Kirchen mit dem Kirchenland gehörten.¹⁷⁴ Auf die Kirchen Gründungen Liudgers wurde in anderem Zusammenhang bereits hingewiesen.¹⁷⁵ In seiner *Vita Liudgeri* erwähnt Altfrid ein Bethaus in Uskwerd, das seiner Erzählung nach bereits vor 793 existiert haben muß.¹⁷⁶ In diesem Ort ist, allerdings erst seit der Mitte des 10. Jahrhunderts, das Kloster Fulda als Grundeigentümer nachweisbar.¹⁷⁷ Vermutlich war die beabsichtigte Gründung von Kirchen gerade eine der Ursachen, die friesische Grundherren dazu veranlaßte, den auswärtigen Klöstern Grundeigentum zu übertragen.¹⁷⁸

Natürlich wäre es verfehlt, das Vordringen auswärtiger Klöster nach Mittel- und Ostfriesland allein aus den innerfriesischen Verhältnissen erklären zu wollen. Das wachsende Interesse bestimmter Adelsgruppen an der Tätigkeit der Kirche und das Bedürfnis, ihr das Eindringen zu ermöglichen, dürften nur eine Komponente im Prozeß der Christianisierung gewesen sein. Eine andere war das Bestreben der fränkischen Kircheninstitutionen, von sich aus den eigenen Einfluß- und Machtbereich zu erweitern und sich ständig neue Gebiete wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Wirkens zu erschließen. Als gesellschaftliche Erscheinung feudalen Charakters wohnte den geistlichen Grundherrschaften in der Periode des Frühfeudalismus der Drang inne, ihr Eigentum an Grund und Boden ständig zu erweitern und die Zahl ihrer abhängigen Leute möglichst zu vermehren. Naturgemäß fanden diese Bestrebungen gerade in den Teilen des Karolingerreiches besondres günstige Bedingungen vor, in denen die fränkische Herrschaft erst relativ spät errichtet

173 *Moll, Willem*, a. a. O., S. 336f.

174 Vgl. Anm. 125 der vorliegenden Arbeit.

175 Vgl. S. 170 der vorliegenden Arbeit. Vielleicht wurden auch in Groothusen, Hinte und Uttum durch Liudger Kirchen gegründet. (Vgl. *Koolmann, Anton, Wiemann, Harm*, Ostfriesische Geschichte, Bd 1, Leer 1951, S. 22f.) In Hinte war das Kloster Werden, in Uttum das Kloster Fulda, in Groothusen waren beide Klöster begütert.

176 *Altfridi vita s. Liudgeri*, a. a. O., I, 25.

177 *Dronke, Ernst F. J.*, a. a. O., S. 68.

178 Liudger bekam z. B. im Jahre 800 in Wichmond Land geschenkt, das von den Schenkern ausdrücklich zum Bau einer Kirche bestimmt worden war. (*Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins*, a. a. O., Nr 16.) Wichmond liegt allerdings nicht in Friesland, sondern südsüdöstlich Zutphen in der heutigen niederländischen Provinz Gelderland. Immerhin gibt dieses Beispiel doch Aufschluß über die Motive, durch die Grundherren unter Umständen dazu veranlaßt wurden, Land an Klöster zu geben.

wurde. Sie wurden den kirchlichen Grundherrschaften erst in einer Zeit wirklich zugänglich, in der diese sich im staatlichen Rahmen des fränkisch-karolingischen Reiches in wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher und politischer Hinsicht bereits völlig ausgebildet hatten. Gerade deshalb mußten ihre Wirkungsmöglichkeiten dann in den neuerobernten Gebieten aber auch besonders groß sein.¹⁷⁹

So trafen sich also in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation die Interessen friesischer Adelsfamilien, die sich um die Kirche bewarben, mit denen karolingisch-kirchlicher Grundherrschaften, die sich um das Vordringen in noch relativ wenig feudalisierte Räume bemühten. Die ersten Beziehungen zwischen beiden Kräftegruppen dürften in vielen Fällen jene Missionare geknüpft haben, die zugleich auf die Entwicklung der hier behandelten Klöster maßgeblichen Einfluß hatten: Willibrord, Bonifatius, Willehad¹⁸⁰ und Liudger.

Obwohl sie indirekt bereits beantwortet wurde, bleibt abschließend noch die Frage zu erörtern, von welchen Kräften eigentlich der hartnäckige und langanhaltende Widerstand gegen die Eroberer, sowohl die weltlichen wie die geistlichen, ausging.

Die zur Verfügung stehenden Quellen bieten für die Beantwortung dieser Frage nur wenige Anhaltspunkte. Wir wissen, daß dieser Widerstand von einer zahlenmäßig relativ großen Bevölkerungsgruppe, offenbar sogar von der weit aus größeren, getragen wurde. Denn nur so läßt sich die beachtliche Wirkung erklären, die dieser Widerstand häufig hatte und die dazu führte, daß die fränkische Herrschaft und die Anfänge der Christianisierung mehrmals ernsthaft erschüttert wurden. Er muß von sozialen Schichten ausgegangen sein, die von der Eroberung und von der Tätigkeit der Kirche eine ungünstige Änderung ihrer Lage zu befürchten hatten. Da bestimmte Adelsgruppen sich als an der Zusammenarbeit mit der Kirche interessiert erwiesen, wird man den friesischen Adel wohl, ohne ihn deshalb in seiner Gesamtheit als franken- und kirchenfreundlich ansehen zu müssen, für jenen hartnäckigen Widerstand allein nicht verantwortlich machen können. Seine ganz offensichtlich nicht geeinte Kraft hätte solche Wirkung schwerlich erzielen können. Es ist deshalb

179 Vgl. *Kötzschke, Rudolf*, Studien . . . , a. a. O., S. 52f.

180 Weniger deutlich als bei Willibrord, Bonifatius und Liudger sind diese Beziehungen bei Willehad. Jedoch ist bekannt, daß sich Willehad längere Zeit in Echternach aufgehalten hat (*Hauck, Albert*, a. a. O., Bd 2, S. 399). Weiter ist bemerkenswert, daß das Kloster Echternach gerade im Humsterland, also in dem Teil Ostfrieslands Grundeigentum erwarb, in dem Willehad gewirkt hatte. (Vgl. S. 130 u. S. 141 der vorliegenden Arbeit.) Lediglich zum Kloster Lorsch scheint demnach keiner der vier genannten Missionare in Beziehung gestanden zu haben. Es ist aber nicht völlig ausgeschlossen, daß jener Gerrich, der an Lorsch Güter tradierte, zu einem Gerwich in Beziehung gesetzt werden muß, der als Schenker für Fulda auftrat (*Bleiber, Waltraut*, a. a. O., S. 124f.).

an die unteren sozialen Schichten als an die vornehmlichen Träger dieses Widerstandes zu denken, an die Schichten also, die als Freie sowie als Halb- und Unfreie in den friesischen Quellen der Zeit erscheinen. Ihre Interessen deckten sich nicht mit den Interessen der Gruppen, die die Kirche ins Land holten, und sie waren deshalb bestrebt, sich so gut sie konnten zur Wehr zu setzen.

Das zwiespältige Verhalten, das die friesische Bevölkerung gegenüber der fränkischen Kirche und damit schließlich auch gegenüber dem fränkischen Staat zeigte, läßt sich am ehesten aus den sozialen Verhältnissen und aus den durch sie bedingten unterschiedlichen Interessen der einzelnen Gesellschaftsschichten erklären. Insofern findet die Darstellung, die Lintzel von dem Verlauf der Sachsenkriege gab, in diesem Punkt durch das friesische Beispiel eine Bestätigung. Andererseits ist der Vergleich der friesischen mit den sächsischen Vorgängen deshalb von Bedeutung, weil Lintzel gerade auch für die Kirchenfeindlichkeit der unteren sozialen Schichten stärker auf Quellenaussagen zu verweisen vermochte, als das im Falle Frieslands möglich ist.¹⁸¹

Gleichzeitig zwingt die Tatsache, daß es im Verlauf der Auseinandersetzungen zweier germanischer Stämme mit der fränkisch-karolingischen Expansionsbewegung zu einer Zusammenarbeit zwischen bestimmten Adelsgruppen und

181 *Lintzel, Martin*, Die Unterwerfung Sachsens . . . , a. a. O., S. 117. — Es ist heute als sicher anzunehmen, daß es längs der Nordseeküste von Ost nach West fortschreitend eine sächsische Expansionsbewegung gegeben hat. Sie wird von der Archäologie vor allem an Hand bestimmter Haus- und Keramikformen nachgewiesen. Den entsprechenden Funden nach zu urteilen, reichte sie wenigstens bis in das Gebiet nordwestlich von Groningen. (*Van Giffen, Albert E.*, Der Warf Ezinge, Provinz Groningen, Holland, und seine westgermanischen Häuser, in: *Germania*, 20/1936, S. 40 ff.; *derselbe*, Een systematisch onderzoek in een der Tuinster wierden te Leens, in: 20.—24. Jaarverslag van de Vereeniging voor terpenonderzoek, 1936—1940, bes. S. 63 ff.; *Genrich*, Die Bedeutung der Wurtenforschung für die vorgeschichtliche Erforschung der südlichen Nordseeküste, in: *Probleme der Küstenforschung im südlichen Nordseegebiet*, Bd 2, hg. v. Werner Haarnagel, Hildesheim 1941, bes. S. 114 ff.). Da diese Vorgänge in eine wesentlich frühere Zeit gehören, als die im vorliegenden Aufsatz untersuchten Erscheinungen, konnten sie unbeachtet bleiben. Nun hat aber der Altmeister der niederländischen Wurtenforschung, *van Giffen, Albert E.*, Een systematisch onderzoek in een der Tuinster wierden te Leens, a. a. O., S. 73 ff., die Vermutung ausgesprochen, daß durch die fränkisch-karolingische Expansion der sächsische Einfluß in Friesland zurückgedrängt wurde und den Friesen also gewissermaßen durch das Eingreifen der Karolinger das Schicksal der Chauken erspart blieb. Es fällt schwer, von den zur Verfügung stehenden schriftlichen Quellen her zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Es sei aber darauf verwiesen, daß die offensichtliche Frankenfreundlichkeit gerade des Adels bzw. eines Teils des Adels in Friesland mit jener Vermutung kaum zu vereinbaren ist. Denn sollte die um 400 erfolgte sächsische Eroberung wirklich bis in die Karolingerzeit reichende soziale Spuren hinterlassen haben, so doch wohl die, daß eine

dem Gegner kam, zu der Frage, wie weit es sich hier um eine Erscheinung allgemeineren Charakters handelt. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß einer solchen Zusammenarbeit ein bestimmter Platz in der Expansionsbewegung des Karolingerreiches einzuräumen ist und daß sich der erfolgreiche Verlauf dieser Bewegung zu einem guten Teil daraus erklärt, daß bei den angegriffenen Stämmen Kräfte vorhanden waren, die aus sozialen Motiven die Unterwerfung des eigenen Stammes seiner weiteren Selbständigkeit vorzuziehen hatten. Das Karolingerreich erfüllte bei der Ausbildung und Konsolidierung der feudalen Gesellschaftsordnung in Mittel-, West- und Südeuropa zweifellos eine wichtige historisch progressive Funktion. Dem Partei ergreifen für die fränkisch-karolingische Feudalaristokratie kommt also trotz seines zwiespältigen Charakters insofern historische positive Bedeutung zu, als es dazu beitrug, diese Funktion zu verwirklichen.

sächsische Oberschicht – van Giffen spricht selbst von einer angelsächsischen Herrenschaft (ebenda, S. 112) – der unterworfenen friesischen Bevölkerung gegenübergestanden hätte. Das würde aber die während der karolingisch-friesischen Auseinandersetzungen in Friesland vorhandene Parteienbildung schwer erklärbar machen.

A. M. Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke

Anfang der dreißiger Jahre entstand in der UdSSR eine umfassende Massenbewegung, die sich das Ziel stellte, den heroischen Weg der Arbeiterklasse in der Geschichte der einzelnen Fabriken und Werke darzustellen. Maxim Gorki gehörte zu ihren Initiatoren und Hauptorganisatoren. Auf seine Anregung hin faßte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 10. Oktober 1931 einen Beschluß, die Arbeit an der Geschichte der Fabriken und Werke zu unterstützen und eine Serie von Sammelbänden herauszugeben. Gorki selbst publizierte eine Reihe von Artikeln über die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Arbeit, er schrieb einzelne Abschnitte von Betriebsgeschichten, Vorworte und Gutachten und korrespondierte mit zahlreichen Betriebskollektiven, mit örtlichen und zentralen Parteileitungen und mit Historikern und Schriftstellern.

Durch die Auswirkungen des Personenkults um Stalin verlor die Arbeit an der Geschichte der Fabriken und Werke ihren Massencharakter. Erst der XX. Parteitag führte zu einer neuen Belebung der Betriebsgeschichtsschreibung. 1957 beschloß die Leningrader Parteiorganisation, eine Stadtreaktion für die Geschichte der Fabriken und Werke zu bilden. Hier wirken Arbeiter, Historiker, Techniker, Ökonomen und Parteifunktionäre eng zusammen. Bald dehnte sich die neue Bewegung auch auf andere Gebiete der UdSSR aus. Um den zahlreich entstandenen Betriebskollektiven praktische Hilfe bei der Arbeit an der Geschichte ihrer Werke zu geben, erschien 1959 eine Sammlung von Dokumenten, die Gorkis Rolle in der Massenbewegung Anfang der dreißiger Jahre zeigen und die Erfahrungen jener Zeit vermitteln soll.¹

Zweifellos ist die Dokumentensammlung auch für die Betriebshistoriker der DDR von großem Nutzen, kann sie ihnen doch Anregungen für die inhaltliche und formale Gestaltung der Betriebsgeschichten der DDR geben. Es kann nur begrüßt werden, daß der Tribüne-Verlag 1964, kurz nach der 2. Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ in Berlin,

1 A. M. Горкий и создание истории фабрик и заводов (A. M. Gorki und die Schaffung der Geschichte der Fabriken und Werke), Moskau 1959.

eine Übersetzung dieser Publikation vorlegte.² Wir bringen im folgenden verschiedene Dokumente, die nicht in diese deutsche Ausgabe übernommen wurden, deren Übersetzung der Verlag jedoch freundlicherweise der Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte zur Verfügung stellte. Für viele unserer Leser werden diese Beiträge eine wertvolle Ergänzung der genannten Dokumentensammlung oder überhaupt erst die Anregung sein, danach zu greifen und gewonnene Kenntnisse zu vertiefen.

Beim Abdruck der Dokumente haben wir uns nicht streng an die Reihenfolge des sowjetischen Originals gehalten. Wir stellen an den Anfang zwei Dokumente, die das Verhältnis der Arbeiter zu Maxim Gorki als dem Initiator der Geschichte der Fabriken und Werke widerspiegeln. Es folgen einige weitere, die in Ergänzung zur deutschen Ausgabe des Tribüne-Verlages die aktive Rolle der Leningrader Parteiorganisation zeigen. Andere wiederum geben Einblick in die Arbeit von Betriebskollektiven. Der Hauptteil der hier abgedruckten Dokumente schließlich läßt die umfangreiche Tätigkeit Gorkis auf dem von ihm so geförderten Gebiet lebendig werden. Damit die einzelnen Dokumente mit der sowjetischen Originalausgabe besser verglichen werden können, haben wir am Anfang jeweils die Nummer vermerkt, unter der sie dort zu finden sind. Auch die Anmerkungen, die unmittelbar im Anschluß an die einzelnen Dokumente gegeben werden, sind ebenso wie die erläuternden Fußnoten der sowjetischen Ausgabe entnommen. Soweit Datierungen nur auf Vermutungen beruhen, sind sie in eckige Klammern gesetzt. Bei Dokumenten, die aus dem A.-M.-Gorki-Archiv der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau stammen und zum erstenmal veröffentlicht werden, sind die Signaturen des Archivs beigelegt.

2 *Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke*, Berlin 1964. — Wir verweisen hier auf das Vorwort der deutschen Ausgabe, in dem Hans Radandt die Entwicklung der Betriebsgeschichtsschreibung in der DDR kurz darstellt.

ARBEITER AN MAXIM GORKI

Dokument Nr. 15

Telegramm der Arbeiter der Maschinenfabrik Nr. 8, „M. I. Kalinin“, an A. M. Gorki

Ende 1931

Lieber Alexei Maximowitsch!

Wir, die alten Arbeiter der „Kalinin“-Maschinenfabrik Nr. 8, haben uns zu einem Erinnerungstreffen versammelt, das den Auftakt zum Studium der Geschichte unseres Werkes bildet, und grüßen Dich, unseren Initiator der kollektiven Ausarbeitung der Geschichte der Werke und Fabriken. Deine literarischen Schöpfungen haben in der Arbeiterklasse stets den Glauben an eine bessere Zukunft, an den Sieg der großen Sache der Arbeiter wachgerüttelt. Du, unser proletarischer Sturmvogel, rufst uns zum letzten Kampf gegen die alte, durch und durch verfaulte Welt und gegen die verhaßte Vergangenheit auf. Wir sind fest überzeugt, daß Du als Initiator und Redakteur der „Geschichte der Werke“ auch uns mit Deinem Rat helfend zur Seite stehen wirst.

Shukow, Barabanow, Simin
(Stammarbeiter)

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach dem Original im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd.—11—1—20)

Dokument Nr. 20

Telegramm der Erbauer des Kusnezker Werkes an A. M. Gorki

[1932]

Wir, eine Gruppe von Erbauern des Kusnezker Werks, die von Anfang an auf der Baustelle sind, haben uns anläßlich der Erforschung der Geschichte unseres Werks zu einem Erinnerungstreffen versammelt und senden dem ältesten und geliebten proletarischen Schriftsteller, dem Initiator der Geschichte der Werke, herzliche Grüße.

Wir werden die Geschichte unseres Kampfes schreiben, eine Geschichte des Kusnezkestroi, die unserem Aufbau gerecht wird.

Im Auftrag der Versammelten
Poluchin
(Redakteur der Geschichte des
Kusnezkestroi)

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach dem Original im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd.—11—1—27)

PARTEIKONFERENZ ZUR BETRIEBSGESCHICHTE³

Dokument Nr. 27

Beschluß der Leningrader Leitung der KPdSU (B): „Einberufung einer Parteikonferenz über die Geschichte der Fabriken und Werke“

15. April 1933

1. Eine Parteikonferenz zur „Geschichte der Fabriken und Werke“ ist für den 13.–14. Mai dieses Jahres einzuberufen.
2. Folgende Tagesordnung ist zu bestätigen: Referat der Gebietsredaktion und Korreferat der Redaktionen des „Lenin“- und des „Ishora“-Werkes.
3. Die Abteilung Kultur und Propaganda der Leningrader Leitung der KPdSU (B) ist zu beauftragen, die Teilnehmer an der Konferenz festzulegen und die Konferenz selbst in der Presse eingehend vorzubereiten und auszuwerten.

Sekretär der Leningrader Leitung
der KPdSU (B)

S. Kirow

Dokument Nr. 28

Beschluß der Abteilung Kultur und Propaganda der Leningrader Leitung der KPdSU (B) betreffend die Teilnehmer an der Konferenz zur Geschichte der Fabriken und Werke

[April – Mai] 1933

Die Abteilung Kultur und Propaganda der Leningrader Leitung der KPdSU (B) hat folgenden Teilnehmerkreis der Parteikonferenz festgelegt: die Sekretäre und Mitarbeiter der Abteilung Kultur und Propaganda in den Partei- und Komsomolleitungen sowie die Vorsitzenden der Werkleitungen in Betrieben erster und zweiter Ordnung; Funktionäre der Kreisleitungen von Partei und Komsomol; Autorenaktive, die an Büchern über die „Geschichte der Werke“ in Leningrad arbeiten; Mitarbeiter der Gebiets- und Werkredaktionen für die „Geschichte der Fabriken und Werke“; Mitglieder der Hauptredaktionskommissionen; Vertreter der Vereinigung alter Bolschewiki, der Kommission zum Studium der Geschichte der Partei, der Leningrader Zweigstelle der Kommunistischen Akademie und der Institute der Roten Professur, ferner Vertreter der Organisationsleitung des Verbandes sowjetischer Schriftsteller und der Gebietsparteipresse.

Die Parteikonferenz zur „Geschichte der Werke“ wurde auf den 28.–29. Mai dieses Jahres verlegt.

(Die Dokumente Nr. 27 und Nr. 28 wurden zum erstenmal in dem Buch „Sosdadim, Istoriju sawodow“ [Schaffen wir „Die Geschichte der Werke“], Leningrad 1933, S. 3, veröffentlicht. Abgedruckt nach dem Buchtext)

³ Die Parteikonferenz zur Betriebsgeschichte wurde Ende Mai, Anfang Juni 1933 durchgeführt. Parteifunktionäre, Historiker, Schriftsteller und Arbeiter nahmen aktiv daran Anteil. Im Beschluß der Konferenz, der vom Sekretariat der Leningrader Leitung der KPdSU (B) am 25. Juli 1933 bestätigt wurde, hieß es, daß

AUS DER ARBEIT VON BETRIEBSKOLLEKTIVEN

Dokument Nr. 11

Aus dem Protokoll einer Sitzung von Arbeitern der Blechwalzstraße des Werkes „Serp i molot“ (Sichel und Hammer), Mitgliedern der Arbeiterredaktion im Verlag des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften und weiteren Mitarbeitern des Verlages⁴

13. April 1931

Die Versammlung eröffnet der Vorsitzende der Betriebsleitung, Genosse Doroshkin.

Auf der Tagesordnung steht ein Referat über die Arbeit des Verlages des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften anlässlich des Jahrestages der Gründung der Arbeiterredaktion und der Herausgabe des ersten Buches eines schreibenden Arbeiters (Genossen Michailow⁵ von der Blechwalzstraße). Nach dem Referat des Genossen Wigalok beginnt die Diskussion.

*Tarasewitsch*⁶: Es gibt die verschiedenartigsten Bücher: solche, deren Lektüre Verzagtheit auslöst – wenn man sie liest, möchte man weinen. Es gibt auch Bücher, die den Tatendrang wecken. Das läßt sich mit der Klassenherkunft des Autors erklären und damit, für welche Klasse er schreibt. Traurige, bedrückende Bücher entstehen dann, wenn eine Klasse von der Bühne abtritt, wenn sie davongejagt wird. Ist eine Klasse auf dem Wege, die Macht zu übernehmen, dann stimmt das zuversichtlich.

Was müssen wir tun? Die Arbeiterklasse hat die Macht in ihre Hände genommen. Wir brauchen Literatur, die zur Arbeit anspornt. Auf diesem Gebiet hat der Ver-

„während der Ausarbeitung der ‚Geschichte der Werke‘ umfangreiche schöpferische Erfahrungen gesammelt wurden und die ersten Gruppen geschichtsschreibender Arbeiter an die Öffentlichkeit traten“ (Staatliches Zentralarchiv der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus, F. 7952, Op. 1, Akte Nr 39, Bl. 2). Entsprechend dem Vorschlag der Parteikonferenz, die theoretische Ausbildung der Autoren zu verbessern, wurde am Leningrader Historisch-philologischen Institut eine Abendfakultät der „Geschichte der Werke“ eingerichtet. (Einige weitere Dokumente, die mit dieser Parteikonferenz in Verbindung stehen, sind in die Veröffentlichung des Tribüne-Verlages aufgenommen worden.)

4 Die Resolution, die auf dieser Sitzung angenommen wurde, ist in der Veröffentlichung des Tribüne-Verlages enthalten.

5 Der Schweißer N. A. Michailow aus dem Werk „Serp i molot“ ist der erste schreibende Arbeiter, von dem ein Buch – В БОЯХ ЗА МЕТАЛЛ (Schlacht um Metall) – im Verlag des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften erschien (1930). N. A. Michailow wurde später Minister für Kultur der UdSSR. Das Manuskript seines Buches wurde im April 1930 im Werk „Serp i molot“ auf einer Versammlung der Arbeiter der Blechwalzstraße erörtert. Im A.-M.-Gorki-Archiv befindet sich ein Protokoll dieser Versammlung mit Anmerkungen A. M. Gorkis. An der Diskussion über das Manuskript beteiligten sich die Arbeiter Gladyschew, Konowalow, Makarow, Romanow, Tschekunow, Shukow, Dawydow, Barinow, Ossipow, Baikow, Kronstschikow sowie ein Engländer, der Meister Monger. Der Arbeiter Tschekunow sagte: „Ich schlage vor, die Broschüre von Michailow zu popularisieren; jeder Blechwalzwerker sollte sie selbst besitzen. Wenn ich meinen Kindern erzählen werde, wie wir arbeiteten, wie wir ohne fremde Hilfe mit dem Wiederaufbau fertig wurden, dann werde ich nicht an alles denken können. Wenn ich aber diese Broschüre habe, kann ich damit jede Tatsache dokumentarisch bekräftigen. Ich schlage vor, diese Broschüre weit zu verbreiten, damit jeder Arbeiter sie besitzt.“

6 S. A. Tarasewitsch – Arbeiter des Moskauer Automobilwerkes und Verfasser des Buches ДЮРОНИМ (Wir holen ein), Moskau 1930.

lag des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften einen großen Schritt nach vorn getan. Seine Mitarbeiter verstanden die Aufgabe der Partei richtig. Sie gingen selbst zum Arbeiter und begannen, Autoren in Fabriken und Werken ausfindig zu machen. Die Erfolge des Verlags hierbei sind sehr groß. Aus der bescheidenen Aufgabe, die er sich gestellt hatte, erwuchs eine eigene proletarische Literatur. Ein Aufruf der Aktivisten zum Schreiben wurde verkündet. Auch das Redaktionskollektiv hat viel Gutes geleistet. Heute feiern wir sein einjähriges Bestehen. Wenn wir die Initiative des Arbeiters voll entfalten, seine Erfahrungen weiterleiten, dann werden wir den Fünfjahrplan bedeutend schneller erfüllen als in vier Jahren.

Baikow: Michailow ist unser erster Autor. Er konnte nicht alles erfassen. Den alten Stamm, der die Blechwalzstraße aufgebaut hat, ließ er außer acht. Es müßte aber auch über Rudnew und andere Arbeiter, die sich mit Gladyschew messen können, geschrieben werden.

Wenn Bücher verfaßt werden, dann müssen die Autoren gesehen haben, wie alle Arbeiter arbeiten; sie müssen sich in jede Arbeit vertiefen und wissen, was getan wird, warum der Produktions- und Finanzplan nicht erfüllt wird. Es muß aufgezeichnet werden, wieviel Erfinder wir haben, was sie erfunden haben, welchen Nutzen sie der Regierung bringen, wie eine Maschine behandelt werden muß, damit sie nicht beschädigt wird. Auch bei uns im Blechwalzwerk gibt es Schriftsteller. Dem proletarischen Schriftsteller muß der Weg geebnet werden.

Romanow: Genosse Wigalok beschäftigte sich sehr ausführlich mit unseren allgemeinen Erfolgen. Er ging auch darauf ein, daß häufig wertvolle Vorschläge lange liegen bleiben. Wenn diese Vorschläge rechtzeitig geprüft und in die Praxis umgesetzt würden, dann wäre es möglich, unseren Fünfjahrplan noch früher zu erfüllen.

Der Verlag des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften hat sich ganz richtig mit dem Problem befaßt: Die Arbeiter an der Maschine müssen über ihre Erfahrung schreiben. Ich bin zweimal im Verlag des Zentralrats gewesen. Dort fühlt man sich zu Hause, fühlt man sich als Hausherr. Ich traf dort Tarassewitsch und Salow⁷. Wer ist Salow? Er ist ein Arbeiter. Aber Mit Hilfe des Verlags konnte er ein vortreffliches Buch schreiben. Wahrscheinlich haben wir im Blechwalzwerk noch eine ganze Reihe von Schriftstellern. Mit Hilfe des Verlages, der die richtige Anleitung gibt, werden die Arbeiter noch viele Bücher über ihre Erfahrungen, über ihre Arbeit schreiben. Baikow ist ein alter Produktionsarbeiter; er hat seine Arbeit in der Produktion aufmerksam beobachtet; er ist selbst imstande, ein leicht lesbares Buch zu schreiben, in dem sich der Arbeiter unschwer zurechtfindet. Wir brauchen diese Bücher, damit die Mängel in der Arbeit des einen Betriebes sich nicht in einem anderen wiederholen, damit die besten Erfahrungen des einen Betriebes auf den anderen übertragen werden. Wie können wir sie übermitteln, wenn nicht durch die Presse, durch das Buch? Wir vom Blechwalzwerk haben uns bisher damit nicht beschäftigt; aber jetzt müssen Bücher geschrieben werden. Genosse Baikow sagt, es sei notwendig, über die alten Produktionsarbeiter zu berichten. Ich meine, auch die jungen Arbeiter müssen schreiben, wenn sie Aktivisten sind, wenn es bei ihnen etwas zu lernen gibt. Wir werden den Schriftsteller zu schätzen wissen, der ein wahrheitsgetreues

⁷ A. P. Salow — Arbeiter des Moskauer Automobilwerkes und Verfasser des Buches Рождение цеха (Die Geburt der Abteilung), Moskau 1930.

Bild entwirft. Der Verlag hat sich die Aufgabe gestellt, nicht ein Buch durchgehen zu lassen, das nicht im Werk überprüft worden ist. Wir haben Michailows Buch vorgelesen und gebilligt.

Worin macht sich die Patenschaft des Verlags über das Blechwalzwerk bemerkbar? Viele Aktionen werden an der Wandzeitung meisterhaft erläutert. Es ist durchaus denkbar, daß wir dadurch große Erfolge in unserer Produktion erzielen werden. Woran fehlt es jedoch bei uns? Wir schreiben keine Bücher, vergessen sogar, im Redaktionsgremium zu erscheinen, obwohl die Möglichkeit vorhanden ist. Heute muß festgehalten werden, daß der Patenschaftsvertrag mit dem Verlag für uns nicht aus leeren Worten besteht, daß praktische Kontakte erforderlich sind. Wir müssen von uns aus Menschen hinschicken, die an der Arbeit des Verlags teilnehmen. Dorthin zu gehen, mag uns anfangs seltsam vorkommen. Aber ich wiederhole noch einmal: Wenn man dort eintritt, fühlt man sich sofort wie zu Hause. Wenn wir aus der Patenschaft die laufende Verpflichtung übernehmen, an der Arbeit des Verlages mitzuwirken, dann müssen wir das auch durch die Tat beweisen.

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach dem Maschinenmanuskript im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd.-10-1-5)

Dokument Nr. 13

„Für schnelles Tempo!“

Artikel aus der Betriebszeitung des Leningrader Elektrovakuumwerkes „Swetlana“

18. Dezember 1931

Am 14. November fand für die langjährigen Betriebsangehörigen von „Swetlana“ ein Treffen statt, das, gestützt auf den Beschluß des ZK der KPdSU (B), der Darstellung der Geschichte unseres Werkes gewidmet war.

Die Reden zahlreicher Genossen bewiesen, daß die Werkstätigen vom „Swetlana“-Werk die große politische Bedeutung dieser Aufgabe verstanden haben. Die Geschichte des „Swetlana“-Werkes werden unsere Aktivisten in kollektiver Arbeit verfassen. Gleichzeitig hat dieses Thema nicht nur bei denen Interesse ausgelöst, die jetzt im Werk arbeiten. An dem betreffenden Abend erschienen auch jene Stachanowarbeiter, die heute bereits an anderen Stellen tätig sind, so zum Beispiel unser erster Direktor, Genosse Dessow, dann A. Iwanowa, eine fortschrittliche Mitarbeiterin in der Telefonzentrale, A. Alexejew, der schon 1912 im „Aiwas“ gearbeitet hatte, jetzt Leiter des Leningrader Agitationstheaters für Kinder ist, sowie viele andere.

An diesem Abend wurden Fragen erörtert, die mit der bevorstehenden Arbeit eng verknüpft sind. Außerdem erzählten einige Genossen aus ihren Erinnerungen. Auszüge davon veröffentlichen wir auf unserer heutigen Literaturseite An diesem Abend wurde auch das Redaktionskollegium für die Geschichte des Elektrovakuumwerkes „Swetlana“ bestimmt.

Was ist bei uns im Werk bereits getan worden? Können wir überzeugt sein, daß die Werkstätigen vom „Swetlana“-Werk bei der Erfüllung des Beschlusses des

Zentralkomitees unserer Partei in den ersten Reihen stehen werden? Die Arbeit macht Fortschritte. Es muß festgestellt werden, daß einzelne Genossen sehr energisch und aktiv an die Sache herangegangen sind. Genossin Je. Alexejewa (Vakuumabteilung) stand dabei an erster Stelle; sie mobilisierte ältere Arbeiterinnen und übergab dem Redaktionskollegium eine Sammlung von Erinnerungen, die (allerdings noch sehr allgemein, ohne ausführliche Darlegung der historischen Fakten) von folgenden Genossen niedergeschrieben waren: Je. Iwanowa, Besus-Dawydowa, Woronkewitsch, Pawlowa-Losina, Ryljunas und Gromowaja. Einzelne Auszüge aus diesen Erinnerungen wollen wir ebenfalls veröffentlichen. Dasselbe macht Genosse A. Petrow (Sockelfabrikation) für seine Abteilung. Genosse Iwanowski (Parteileitung) übernahm es, ein Buch „10 Jahre im ‚Swetlana‘-Werk“ zu schreiben.

Eine Gruppe von Aktivisten aus der Generatorenabteilung hat beschlossen, die Geschichte ihrer Abteilung zu schreiben, und die Aktivisten der Abteilung Leuchtenbau, insbesondere den Genossen Zesman, zum Wettbewerb aufgerufen. Die Leuchtenbauer wiederum appellierten an das Laboratorium mitzumachen; denn es ist unmöglich, eine detaillierte Geschichte des „Swetlana“-Werkes zu schreiben, wenn das Laboratorium, das eine so wichtige Rolle in der Entwicklung unseres Werkes gespielt hat und spielt, außer acht gelassen wird.

Ein bedeutendes positives Faktum sehen wir darin, daß sich unsere Ingenieure und Techniker mit Eifer an den Arbeiten zur Darstellung der Geschichte des Werkes beteiligen.

Genosse Bujanow (Sektor Massenarbeit) übernahm die vorbereitende Durchsicht des vorhandenen Archivmaterials über das „Aiwas“-Werk.

Die gesamte Arbeit wird in die allgemeine Tätigkeit der Betriebsgruppe der LAPP⁸ einbezogen.

Völlig abseits von diesen Bemühungen stehen bis jetzt die Mitglieder des Komsomol. Indessen könnte gerade die Geschichte des Swetlanaer Komsomol ein Beispiel für den heroischen Kampf der Komsomolzen an der Front der sozialistischen Industrialisierung sein. Aber . . . die Komsomolzen im „Swetlana“-Werk zeigten sich weit passiver als die älteren Betriebsangehörigen.

Die heutige Literaturseite ist die erste, die der Erfüllung des Beschlusses des ZK der KPdSU (B) durch die Swetlanaer gewidmet ist.

Auf den folgenden Seiten wird neben Dokumenten zur Geschichte des Werkes auch ein kritischer Bericht über bereits geschriebene Artikel gegeben, damit die Genossen, unter Berücksichtigung der vorhandenen Erfahrungen, ihre Beiträge auf ein immer höheres Niveau bringen.

Am 21. Dezember sowie am 9. und 21. Januar finden in den Räumen des Redaktionskollegiums eingehende Besprechungen der Betriebsgruppe der LAPP mit allen Genossen statt, die an der Schaffung der Betriebsgeschichte teilnehmen. Diese Besprechungen beginnen um 4 Uhr nachmittags.

Die Ergebnisse und die interessantesten Materialien werden in der Zeitung veröffentlicht.

(Veröffentlicht in der Betriebszeitung des Leningrader Elektrovakuumerkes „Swetlana“, Nr 44 v. 18. Dezember 1931, S. 2. Abgedruckt nach dem Zeitungstext)

Dokument Nr. 31

Bericht der Betriebszeitung des Moskauer Werkes „Serp i molot“, „Martelowka“, über die Rede M. I. Kalinins auf dem Erinnerungstreffen am 14. Juli⁹

16. Juli 1933

Am 14. Juli hatten die Parteileitung, die Betriebsleitung und das Redaktionskollegium für die Geschichte des Werkes zu einem Erinnerungstreffen im Betriebsklub eingeladen, um den Wiederaufbau und die Rekonstruktion vom „Serp i molot“ zu besprechen.

Über 800 Betriebsangehörige nahmen an der Veranstaltung teil, darunter Stammarbeiter mit langjähriger Betriebszugehörigkeit, beste Aktivisten von den Martinöfen, der Walzstraße, der Blechwalzstraße, der Stahldrahtzieherei und anderen Werksteilen.

An dem Erinnerungstreffen nahm – von den Arbeitern sehr herzlich begrüßt – der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees, Michail Iwanowitsch Kalinin, teil.

Die Veranstaltung wurde vom Sekretär der Betriebsparteileitung, S. Filatow, eröffnet.

Das Erscheinen des Genossen Kalinin im Präsidium wurde mit lang anhaltendem, stürmischem Beifall aufgenommen. Die Anwesenden begrüßten stehend das Staatsoberhaupt des Landes, das den Sozialismus aufbaut.

Genosse Kalinin hielt an diesem Abend eine große Rede, in der er das Programm für eine bolschewistische Betriebsgeschichte darlegte. Der Rede des Genossen Kalinin wurde außerordentliche Aufmerksamkeit geschenkt.

Dann sprachen Stamarbeiter, die an dem Wiederaufbau und der Rekonstruktion des Werkes teilgenommen hatten, über ihre Erinnerungen.

Das Redaktionskollegium für die Geschichte des Werkes zeigte an diesem Abend eine Ausstellung von Diagrammen und Schriften über die Geschichte unseres Werkes. Die Redaktionskollegien der „Martelowka“ und des „Udarny prokatschik“ gaben Wandzeitungen zum Tage heraus.

(Veröffentlicht in der Betriebszeitung des „Serp i molot“, „Martelowka“, Nr 155 v. 16. Juli 1933, S. 4. Abgedruckt nach dem Zeitungstext)

⁹ Weitere Dokumente, die den Wiederaufbau und die Rekonstruktion des Werkes „Serp i molot“ und seine Betriebsgeschichte betreffen, finden sich in der Veröffentlichung des Tribüne-Verlages.

DIE TÄTIGKEIT GORKIS IM SPIEGEL VON BRIEFEN
UND GUTACHTEN

Dokument Nr. 49

An den Schriftstellerverlag in Leningrad

[Januar–Februar 1932]

Verehrte Genossen!

Das Buch über den Konfektionsbetrieb „Wolodarski“ kann man nicht in der Form, wie Sie es verfaßt haben, in die Reihe der Bücher zur „Geschichte der Werke“ einbeziehen, weil es in dieser Form nicht zum Plan gehört, der in der Instruktion des Redaktionskollegiums dargelegt und vom ZK der Partei bestätigt worden ist.

Wenn Sie das Buch in der jetzigen Form veröffentlichen, bringt das Verwirrung und Anarchie in die Arbeit an der „Geschichte der Werke“, denn jedes Werk wird, unter Berufung auf Ihre Schrift, ebenfalls eine eigene Geschichte schreiben, ohne sich an den Redaktionsplan zu halten. Als Beispiel für andere aber kann Ihr Buch nicht dienen; es ist eine Sammlung von zwar formal fehlerlosen, jedoch sehr oberflächlichen Skizzen, in denen solche wichtigen Themen völlig übergangen werden wie: die Entstehungsgeschichte des Werkes, die Arbeitsbedingungen jener Zeit, die Motive für die Entwicklung revolutionärer Tendenzen usw. – alles Themen also, auf die in der „Instruktion“ ausführlich hingewiesen wurde. Die „Geschichte der Werke“ ist eine Arbeit von sehr großer Bedeutung, sie muß unbedingt streng nach dem Plan durchgeführt werden. Ich würde Ihnen vorschlagen, alle niedergeschriebenen Skizzen zu einem Abriß über die revolutionäre Bewegung von 1905 bis zur Oktoberrevolution zu vereinigen und dann Ihr Buch zu erweitern und mit Skizzen zu den Themen zu ergänzen, auf die in der „Instruktion“ hingewiesen wird.¹⁰

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach der Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, PG-RIS-65-16-3)

Dokument Nr. 51

An die Redaktion „Uralski rabotschi“ [Uralarbeiter]¹¹

Moskau, 19. Juli 1932

Kürzlich lenkte ich im Namen des Sekretariats der Hauptredaktion „Geschichte der Werke“ die Aufmerksamkeit der proletarischen Öffentlichkeit darauf, daß in etlichen Fällen die Arbeit an der Geschichte der Werke in den vordringlichsten

¹⁰ Ein weiteres Gutachten zu dem betreffenden Buch ist in der Veröffentlichung des Tribüne-Verlages abgedruckt.

¹¹ Eine Kopie des Schreibens wurde an die Abteilung Kultur und Propaganda der Uraler Gebietsleitung der KPdSU (B) geschickt.

26 Betrieben mangelhaft und langsam, ohne die unbedingt erforderliche Heranziehung vieler Arbeiter und qualifizierter Schriftsteller, vor sich geht.

Die Presse ist berufen, eine wesentliche Rolle bei der Schaffung der Geschichte des Kampfes und des Aufbaus des Proletariats der Sowjetunion zu spielen.

Ihre Zeitung könnte bei der Schaffung der Geschichte der Uraler Werke beträchtliche Hilfe leisten, vor allem bei der Niederschrift einer Geschichte des gigantischen Betriebes von Magnitogorsk. Entsprechend dem Plan der Hauptredaktion für die Jahre 1932/33 begannen folgende Uraler Werke die Arbeit an ihrer Geschichte: Nadeshdinsk, Slatoust und Magnitogorsk, wobei in den beiden letzteren die Arbeit nur äußerst schleppend vor sich geht. Darüber hinaus arbeiten die Werke in Kyschtymysk, Kalatinsk, Tscheljabinsk und andere ebenfalls an ihrer Geschichte. Diese Arbeit wird von der Presse des Ural nur ungenügend beachtet und unterstützt. Wir erwarten von der Uraler Presse, daß sie aktiv an der Schaffung starker schöpferischer Kollektive teilnimmt, die eine rechtzeitige Aufzeichnung der Geschichte der Uraler Werke bei hoher ideologischer und literarischer Qualität gewährleisten.

Mitglied der Hauptredaktion
„Geschichte der Werke“
M. Gorki

(Erstmalig veröffentlicht in der Zeitschrift „Woprosy literatury“, Nr 7/1957, S. 116. Datiert nach der Sekretariatsaufzeichnung. Abgedruckt nach dem Text der Zeitschrift)

Dokument Nr. 52

An die Parteileitung des Dnepr-Wasserkraftwerkes¹²

Moskau, 19. Juli 1932

Werte Genossen!

Einer Mitteilung der ukrainischen Redaktion der Geschichte der Werke zufolge wird die Arbeit im Dneprostroi so ungenügend entwickelt, daß ich gezwungen bin, im Namen der Hauptredaktion Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken; es ist unumgänglich, die Arbeit an der Geschichte mit Hilfe der Partei und der gesellschaftlichen Organisationen möglichst schnell richtig einzuschätzen und sie umfassender und inhaltsreicher zu gestalten.

Ihnen muß die Bedeutung, die die Geschichte des Dnepr-Wasserkraftwerkes hat, unbedingt klar sein.

Sammeln und verallgemeinern Sie Material über die wichtigsten Erscheinungen des Aufbaus, ohne die Ausführungen durch Details zu überladen.

Ihr Buch muß im Jahre 1933 veröffentlicht werden.

Wir stellen große Anforderungen an die Qualität der Bücher. Das verpflichtet Sie, bereits jetzt die Form des Buches zu durchdenken, die Autoren auszuwählen und an die Bearbeitung der ersten Probekapitel zu gehen.

¹² Kopien wurden an den Leiter der Baustelle Genossen Winter, und an das Redaktionskollegium der Geschichte des Dneprostroi geschickt.

Bemühen Sie sich, für die Arbeit an der Geschichte des Dnepr-Wasserkraftwerkes möglichst viele Arbeiter und qualifizierte Schriftsteller sowie Ingenieure und Techniker heranzuziehen.

Ich bin überzeugt, daß Sie die nötige Wende in der Arbeit an der Geschichte des Dneprostroi herbeiführen und dieser wichtigen Aufgabe Aufmerksamkeit und Unterstützung sichern werden.

Mitglied der Hauptredaktion
„Geschichte der Werke“
M. Gorki

(Erstmalig veröffentlicht in der Zeitschrift „Woprosy literatury“, Nr 7/1957, S. 115. Datiert nach der Sekretariatsaufzeichnung. Abgedruckt nach dem Text der Zeitschrift)

Dokument Nr. 53

An das Werk „Krasnoje Sormowo“ [Rotes Sormowo], Parteileitung¹³

20. Juli 1932

Werte Genossen!

Das Werk „Krasnoje Sormowo“ verfügt über einige lehrreiche Seiten der revolutionären Bewegung. Die Bedeutung des „Krasnoje Sormowo“ für die jungen Facharbeiter ist daher groß.

Ihr Buch muß sehr haltvoll sein, es muß zu den besten gehören.

Das kann und muß durch Heranziehen breiter Arbeiterschichten, besonders der langjährigen Belegschaftsmitglieder, zur Ausarbeitung der Geschichte erreicht werden, ferner durch Aufmerksamkeit der gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb gegenüber der Geschichte, durch die Gewinnung qualifizierter Historiker und Schriftsteller.

Die Arbeit an der Geschichte des „Krasnoje Sormowo“, die bis in die letzte Zeit, bis zu dem Beschluß der Regionsparteileitung, geleistet wurde, war unbedingt zu schwach.

Nur das Betriebsredaktionskollegium geht ernstlich an die Arbeit heran.

Es wäre zu wünschen, daß Sie Ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Fragen konzentrieren, die mit der Schaffung eines guten Buches im Zusammenhang stehen, und etwas weniger auf organisatorische Betriebsamkeit. Kümmern Sie sich jetzt um die Bildung eines festen Autorenkollektivs, das das Buch schreiben wird.

Mitglied der Hauptredaktion
„Geschichte der Werke“
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Datiert nach der Sekretariatsaufzeichnung. Abgedruckt nach einer Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, PG-KOU-62-58-1)

¹³ 3 Kopien wurden an das Redaktionskollegium für die Geschichte des Werkes und an die Regionsleitung Nischni-Nowgorod der KPdSU (B) (Abteilung Kultur und Propaganda) geschickt.

Dokument Nr. 54

An die Parteileitung, die BGL und die Werkleitung der Iljitsch-Grube (vormals Kadijewka)¹⁴

Moskau, 20. Juli 1932

Werte Genossen!

Die ukrainische Redaktion der „Geschichte der Werke“ berichtete uns von dem geringen Erfolg, den die Arbeit an der Geschichte der Iljitsch-Grube (vormals Kadijewka) bisher hatte.

Ihr Redaktionskollegium wurde eben erst organisiert, wobei seine Arbeit von den gesellschaftlichen Organisationen nur ungenügend beachtet und unterstützt wird. Die Geschichte der Grube wurde nicht, wie es erforderlich ist, mit den Arbeitern beraten. Indessen muß das Buch gerade unter Mitwirkung der Masse der Bergarbeiter, unter Beteiligung der besten Aktivisten geschaffen werden. Die Arbeit an der Geschichte der Grube soll helfen, den Kampf um die Kohle zu unterstützen und Hunderte und Tausende junger Arbeiter bolschewistisch zu erziehen.

Ich bitte die gesellschaftlichen Organisationen dringend, die gegenwärtige Lage bei der Schaffung der Geschichte der Grube zu prüfen und über Ihre Beschlüsse sowie über die weitere Arbeit der Hauptredaktion und der ukrainischen Redaktion „Geschichte der Werke“ zu berichten; letztere kann und muß Ihnen Hilfe erweisen, nachdem sie für die Mitarbeit qualifizierte Kräfte gewonnen hat: einen Schriftsteller und einen Historiker, die die schöpferischen Kräfte vereinigen, die fähig sind, an der Geschichte der Grube zu arbeiten, und die ein festes Autorenkollektiv bilden.

Mitglied der Hauptredaktion
„Geschichte der Werke“
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach einer Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd.-11-1-87)

Dokument Nr. 62

An die Arbeiter des Uralmasch, Autoren des Buches „Taten und Menschen der mechanischen Bearbeitung“

[September 1933]

. . . Sie planen das Buch „Taten und Menschen der mechanischen Bearbeitung“. Ich billige Ihr Vorhaben sehr.

Wenn Sie so ernsthaft an die Sache herangehen, wie sie es verdient, können Sie ein äußerst wertvolles, interessantes und lehrreiches Buch schreiben. Das erfordert, daß Sie den Sinn des Buches gut verstanden und einen Plan dafür ausgearbeitet haben.

¹⁴ Eine Kopie erhielt die ukrainische Redaktionskommission der „Geschichte der Werke“.

Weshalb wird dieses Buch geschrieben? Um zu zeigen, wie der Arbeitsprozeß auf den gewöhnlichen Menschen einwirkt und ihn in einen sozialistischen Menschen verwandelt, und wie dieser seinerseits auf die Arbeitsprozesse Einfluß nimmt, indem er Produktion und Arbeit immer erfolgreicher und zweckmäßiger organisiert und seine Lebensbedingungen immer kulturvoller gestaltet. Diese Aufgabe ist ernst, und ihre Lösung dient natürlich sehr wesentlich der Sache unserer Um-
erziehung . . .

Von Herzen wünsche ich Ihnen guten Erfolg.

Mit bolschewistischem Gruß
M. Gorki

(Zuerst veröffentlicht in der Zeitung „Krasnouralski rabotschi“, Nr 20 v. 21. Juli 1936. Datiert nach einem Brief von A. M. Gorki an I. D. Kabakow. Abgedruckt nach: Gorki, A. M., „Pisma k rabkoram i pisateljam“ [Briefe an Arbeiterkorrespondenten und Schriftsteller], „Ogonjok“-Bibliothek, Nr 55–56, Moskau 1936, S. 35–36)

Dokument Nr. 63

An I. D. Kabakow¹⁵

Moskau, 10. September 1933

Verehrter Genosse Kabakow!

Genossen haben mir mitgeteilt, daß im Uralmasch jetzt eine interessante und politisch wichtige Arbeit bei der Niederschrift der Geschichte dieses Werkes geleistet wird. Der Hauptband der Geschichte wird von dem Autorenkollektiv der Zeitschrift „Naschi dostishenija“ [Unsere Errungenschaften] geschrieben. Außerdem – und das ist eine sehr wertvolle Initiative – haben die Arbeiter eigene Autorenkollektive in den Hauptabteilungen gebildet, die die Geschichte des Aufbaus jeder Werkabteilung und des Kampfes um die Aneignung der neuen Produktionsweise schreiben werden.

Das Ergebnis dieser Arbeit wird eine Schriftenreihe von acht bis zwölf Titeln mit je zwei bis drei Druckbogen sein.

Diese Arbeit ist originell und wertvoll und verdient Aufmerksamkeit. Die Hauptredaktion bittet Sie, sich persönlich dafür zu interessieren und den Arbeiterautoren durch Ihre leitende Mitwirkung und die Gewährleistung aller notwendigen Unterstützung zu helfen.

Mit herzlichem Gruß
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach einer Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd.-11-1-87)

¹⁵ I. D. Kabakow – damals Sekretär der Gebietsleitung Swerdlowsk der KPdSU (B).

Dokument Nr. 64

Gutachten über das Manuskript „AMO“ [Moskauer Automobilfabrik]

Moskau, 29. September 1933

Recht befriedigend ist die Meisterung der Automobilproduktion dargestellt. Dort, wo über die Reparatur alter und den Bau neuer Kraftwagen gesprochen wird, ist auch der günstigste Platz und ein sehr guter Anlaß, über den Unterschied der Psyche von Menschewiki und Bolschewiki zu sprechen.

Alles übrige, außer der Schilderung der Produktion, ist eine konzeptartige, ungeordnete, undurchdachte Arbeit. Über die Rjabuschinskis¹⁶ äußert man sich wenig und viel zu milde, ja fast „wohlwollend“. Man muß sie als Bankiers zeigen und unbedingt eine Charakteristik ihrer Zeitung, ihrer „kulturellen“ Tätigkeit geben. Die „AMO“ wird auch nicht in der Zeit gezeigt, in der sie sich auf die Kämpfe der Oktoberrevolution vorbereitete. Ihre Beteiligung an diesen Kämpfen war außerordentlich wichtig – aber davon wird in dem Manuskript ebenfalls nicht gesprochen. Auch eine Darstellung der kulturellen und gesellschaftlichen Arbeit im Werk, der Organisation bolschewistischer Gruppen, ihres Wachstums usw. fehlt.

Im ganzen ist das Buch unfertig und bedarf einer sehr aufmerksamen, ernsthaften Überarbeitung.

Und noch eins: Über die „amerikanischen Reemigranten“ wird im Ton einer Verurteilung von Saumseligen und Tölpeln berichtet. Ein unwahrer und nicht zulässiger Ton: In den Jahren 1918–21 erklärte sich die bürokratische Arbeitsweise durch das technische Unvermögen der Genossen aus der Verwaltung; über die „Tölpel“ aber schrieben die Menschewiki und die Rechten in diesen Jahren besonders gerne. Es ist nicht nötig, daß wir sie nachahmen.

(Zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift „Woprosy literatury“, Nr 7/1957, S. 125. Datiert nach einer Sekretariatsaufzeichnung. Abgedruckt nach dem Text der Zeitschrift)

Dokument Nr. 65

An G. K. Ordshonikidse

Tesseli, Krim, 23. November 1933

Lieber Grigori Konstantinowitsch!

Ich bitte Sie sehr, sich für die Arbeit an der Geschichte der Werke zu interessieren. Ich kann mir vorstellen, daß diese Arbeit mehr als bisher für die Aneignung und Übermittlung planmäßiger und gesammelter wirtschaftlicher und technischer Erfahrungen zu verwerten ist. Unsere Autoren in den alten Betrieben kommen dem Heute immer näher. Die Arbeit an der Geschichte der neuen Betriebe umfaßt ebenfalls immer mehr Objekte. Die Praxis hat bewiesen, daß die Aufzeichnung der „Geschichte der Werke“ selbst zum Werkzeug im Kampf um die Erfüllung der Produktions- und Finanzpläne, um den erfolgreichen Verlauf

¹⁶ Die Brüder Rjabuschinski, Millionäre, gaben die chauvinistische Zeitung Утро России (Der Morgen Rußlands), Moskau, heraus. Im Jahre 1916 versuchten sie, eine Automobilfabrik aufzubauen. (Vgl. dazu die Veröffentlichung des Tribüne-Verlages, S. 233.)

des Aufbaus wird. Leider stehen viele unserer wirtschaftlichen Leiter der „Geschichte der Werke“ unaufmerksam und ohne den erforderlichen Ernst gegenüber. Sie könnten der Sache sehr helfen, dieses Verhalten ändern und, was die Hauptsache ist, die Mitarbeiter der „Geschichte der Werke“ bei der Auswahl der wichtigsten Fragen zur Untersuchung des Heute unserer Betriebe beraten. . . . Es wäre sehr wünschenswert, wenn Sie sich im Resultat mit einem kleinen speziellen Aufruf an die Direktoren der Betriebe wenden würden.

M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach einer Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd-11-1-87)

Dokument Nr. 66

An L. S. Mechlis¹⁷

Tesseli, Krim, 23. November 1933

Verehrter Genosse Mechlis!

Es ist sehr gut, daß die „Prawda“ einen Auszug aus der Geschichte der Moskauer Werkzeugfabrik veröffentlicht hat. Läßt es sich nicht einrichten, daß auch weiterhin in der „Prawda“ die wertvollsten Materialien aus den Manuskripten zur Geschichte der Werke abgedruckt werden? Es wäre sehr wichtig, auf irgendeine Weise eine spezielle Auswahl des Materials herauszubringen – das könnte nicht nur der Information oder der Übermittlung einer interessanten Lektüre an den Leser dienen, sondern es könnte auch sehr die Untermauerung und weitere Entwicklung der Arbeit an der Geschichte der Werke fördern. Und diese Angelegenheit verdient Ihre ständige Unterstützung.

Ich drücke Ihnen fest die Hand.
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach einer Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, PG-RL-25-29-18)

Dokument Nr. 67

Aus der Rezension des Manuskripts von K. Gorbunow¹⁸

[Ende 1933]

Zweites Kapitel:

Die Anordnung des Materials ist äußerst chaotisch: Bedeutsames wechselt mit weniger Bedeutsamem, dann tritt wieder Unwichtiges in den Vordergrund, und der Leser wird auf seinem Weg durch die Tatsachen ständig hinauf- und hin-

¹⁷ Der Brief wurde an den Chefredakteur der Правда, L. S. Mechlis, im Zusammenhang mit der in dieser Zeitung am 9. 11. 1933 veröffentlichten Skizze Советская марка (Das sowjetische Firmenzeichen) geschrieben. Diese Skizze war ein Auszug aus История Московского инструментального завода (Die Geschichte der Moskauer Werkzeugfabrik), die sich damals gerade in Vorbereitung befand und an der eine Autorenbrigade unter Leitung von W. Perzow arbeitete.

¹⁸ Die vorliegende Stellungnahme enthält Bemerkungen A. M. Gorkis zu dem Manuskript (Korrekturfahnen) des Schriftstellers K. Gorbunow, das Bestandteil einer Kollektivarbeit von Schriftstellern über den Weiß-

untergeführt. Es ist jedoch notwendig, das Material chronologisch von der Vergangenheit zur Gegenwart anzuordnen, und zwar das bourgeoise auf der absteigenden Linie, der Linie wachsender Grausamkeit und Gemeinheit in jeder Beziehung, unser Material aber auf ansteigender Linie . . .

Murawjew, Thiers – das ist wenig. Warum nicht Noske? Warum erwähnt man nicht: Alexandrowsk, Orłowski und andere zentrale Gefängnisse der Jahre 1906–10? Die Amur-Eisenbahn? Die Erschießungen an der Lena? Man kann das doch unmöglich vergessen.

Es genügt auch nicht, von Folterungen zu erzählen, es ist notwendig, die tatsächliche Rechtlosigkeit des Menschen in den bourgeoisen, als „Rechtsstaaten“ bezeichneten Ländern und ebenso die Intensität der klassenbestimmten Rachsucht der Bourgeoisie zu betonen.

Ich wiederhole: Das Material muß neu geordnet werden, was sich mit Hilfe der Schere ja leicht machen läßt. Überhaupt muß man das gesamte Kapitel sehr aufmerksam durchlesen, feuilletonistische Bagatellen daraus entfernen und ihm einen ruhigeren und solideren – epischen – Ton verleihen. Die Fakten sind so geartet, daß sie keiner kleinlichen philologischen Färbung bedürfen.

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach dem Original im A.-M.-Gorki-Archiv, OrG-1-33-1)

Dokument Nr. 68

An A. I. Stezki¹⁹

Ende 1933

Verehrter Genosse!

Der Verlag „Istorija sawodow“ [Geschichte der Werke] veröffentlicht ein Buch über den Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals. Es ist nicht notwendig, daß ich noch von jener großen schöpferischen und gesellschaftlichen Bedeutung spreche, die dieses Buch nicht nur bei uns in der Union, sondern auch außerhalb ihrer Grenzen haben kann. Das verstehen Sie auch ohne meine Erklärungen.

Ich möchte, daß das Buch in einer Aufmachung erscheint, die des gewählten Themas würdig ist.

meer-Ostsee-Kanal war. Diese Kollektivarbeit entstand als Geschenk zum XVII. Parteitag, nachdem die Hauptredaktion „Geschichte der Werke“ im Sommer 1933 eine Fahrt von 120 Schriftstellern entlang des Weißmeer-Ostsee-Kanals organisiert hatte. An ihr waren rund 40 sowjetische Schriftsteller beteiligt, darunter A. Tolstoi, M. Prischwin, Ws. Iwanow, B. Agapow, A. Bersin, W. Schklowski, L. Slawin, W. Katjew, K. Gorbunow, M. Sostschenko, W. Inber, B. Jassenki und S. Dikowski. In seiner Rede auf der Parteikonferenz des Gebietes und der Stadt Moskau im Januar 1934 erwähnte A. M. Gorki „die äußerst interessanten Erfahrungen vieler Schriftsteller mit der Gemeinschaftsarbeit; sie kamen zusammen und schrieben, einander anspornend, das Buch über den Weißmeer-Ostsee-Kanal . . . Sie hielten fest zusammen und arbeiteten mit großem Eifer.“ A. M. Gorki leitete die ganze Arbeit an, korrigierte die Manuskripte, las Fahnen und Umbruch und schrieb das erste und letzte Kapitel. Das erste Kapitel – Die Wahrheit des Sozialismus – wurde veröffentlicht in: Горький, А. М., Собрание сочинений (Gesammelte Werke), Bd 27, Moskau 1954, S. 125–133. Ein Teil des Kapitels erschien bereits vorher in der Правда, Nr 243, v. 3. September 1933.

19 A. I. Stezki leitete damals die Abteilung Kultur und Propaganda beim ZK der KPdSU (B).

Leider ist aber der Verlag nicht in der Lage, das Buch in entsprechender Form herauszubringen, vor allem weil es an gutem Papier fehlt. Ich bitte Sie sehr, diese Angelegenheit zu unterstützen und die entsprechenden Instanzen anzuweisen, daß sie den Verlag versorgen und ihm wenigstens für eine kleine Auflage, und zwar auf Konto des Papierlimits des Verlages, 150 Tonnen Papier geben, mindestens 80 g/m².

Das schnelle Arbeitstempo bei der Herstellung des Buches und die von der Redaktion übernommene Verpflichtung, es zum XVII. Parteitag herauszubringen, machen eine rasche Lösung dieses Problems erforderlich.

Mit Gruß!
Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Datiert nach dem Inhalt. Abgedruckt nach einem autorisierten Schreibmaschinenexemplar im A.-M.-Gorki-Archiv, PG-RL-41-22-2)

Dokument Nr. 69

An den Direktor und die Arbeiter der „Worowski“-Druckerei²⁰

Vor dem 7. Dezember 1933

Werte Genossen!

Sie haben die Herausgabe des Buches über die Geschichte der „Baustelle Weißmeer“ übernommen. Dieses Buch wurde von einer beachtlichen Schriftstellergruppe geschrieben. Die Baustelle Weißmeer ist eine der wichtigsten Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus. Es muß unbedingt gewährleistet werden, daß dieses Buch zum Parteitag erscheint. Ich weiß, daß nur noch wenig Zeit bleibt und daß Sie mit verantwortungsvoller Arbeit reichlich ausgelastet sind! Ich bitte Sie jedoch dringend, mit besonderem Ernst an das Buch über die Baustelle Weißmeer heranzugehen. Sie müssen uns helfen – und ich bin überzeugt, Sie werden auch helfen!

Besonders rechne ich auf die Unterstützung der Partei- und Komsomolleitungen!

Herzlichen Gruß Ihnen allen, Genossen,
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht in der Betriebszeitung der „Worowski“-Druckerei, „Aktivist“, Nr 35, v. 11. Dezember 1933. Datiert nach der Versammlung der Druckereiarbeiter zur Erörterung dieses Briefes am 7. Dezember 1933. Abgedruckt nach dem Zeitungstext)

²⁰ Als Antwort auf den Brief von A. M. Gorki erklärten die Druckereiarbeiter auf einer Versammlung: „Wir versichern dem Genossen Gorki, daß wir uns auf bolschewistische Weise für die Fertigstellung des Buches Беломорстрой (Baustelle Weißmeer) zum XVII. Parteitag einsetzen und alle Anstrengungen darauf richten werden, es qualitativ hochwertig auszustatten.“ Das Buch erschien zu dem vorgesehenen Termin. In der Sitzung des Parteitages am Morgen des 31. Januar 1934 erwähnte S. M. Kirow den Band in seiner Rede: „An Sie wurde hier ein kleines Buch über den Weißmeer-Ostsee-Kanal verteilt, Sie müssen es unbedingt lesen, es ist ein sehr nützlich Buch . . .“ XVII. съезд ВКП (б). Стенографический отчет (XVII. Parteitag der KPdSU (B), Stenografischer Bericht), Moskau 1934, S. 255.

Dokument Nr. 70

An die Arbeiter der „Worowski“-Druckerei

14. Februar 1934

Werte Genossen!

Eine Erkrankung hindert mich daran, zu Euch zu kommen und Euch für die ausgezeichnete Arbeit bei der Herausgabe des Buches „Baustelle Weißmeer“ lebhaft zu danken.

Ich bedaure sehr, daß ich Euch nicht persönlich fest die geschickten Hände drücken und mich mit Euch unterhalten kann, aber ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß mein Wunsch doch noch in Erfüllung geht.

Wahrscheinlich wird dieser Versuch, kollektiv Bücher zu schaffen, wiederholt werden und sich bei uns durchsetzen – es wäre ideal, wenn sich das Kollektiv der Schriftsteller in seiner Arbeit freundschaftlich mit dem Kollektiv der Polygraphen verbinden würde. Das gäbe uns die Möglichkeit, Vorbilder für eine hohe literarische und polygraphische Technik zu schaffen.

Herzlich danke ich Euch, Genossen, für Eure schöne und sachkundige Antwort auf meine Bitte, die Schriftsteller bei der schnellen und guten Herausgabe des Buches über eine jener Errungenschaften zu unterstützen, mit denen die Diktatur des Proletariats sich die Achtung ihrer Klassenfreunde in der ganzen Welt erringt und in ihnen jene Kraft, jenen Heroismus weckt, dem in diesen Tagen die Arbeiter Österreichs und Frankreichs auf den Straßen von Wien und Paris Ausdruck verleihen.

M. Gorki

(Zuerst veröffentlicht in der „Literaturnaja gaseta“, Nr 18 v. 16. Februar 1934. Abgedruckt nach dem Zeitungstext)

Dokument Nr. 71

An P. P. Postyschew

Tesseli, Krim, 23. November 1933

Lieber Pawel Petrowitsch!

Ich weiß, daß Sie sehr viel Arbeit haben und auf Ihnen jetzt eine sehr große Verantwortung für schwierige Aufgaben ruht. Ich muß Sie dennoch bitten, Zeit zu finden, um das in der Ukraine bestehende Verhältnis zur Arbeit an der Geschichte der Werke zu ändern. Die Ukraine ist der schwächste, zurückgebliebenste, unorganisierteste Bereich, den wir haben. Das erklärt sich offensichtlich nicht so sehr durch die allgemeine Lage wie dadurch, daß man erstens die Aufmerksamkeit nicht auf die Geschichte der Werke richtete und sie auch nicht dorthin gelenkt wurde, und zweitens durch die vollkommene Untauglichkeit der ukrainischen Redaktion. Hinzu kommt, daß bis heute in einigen Betrieben die zentralen

Redaktionskollegien noch nicht bestätigt worden sind, in anderen aber die bereits bestätigten nicht arbeiten. Genosse N. N. Popow, Redakteur des äußerst wichtigen Buches über die Geschichte des Dnepr-Wasserkraftwerkes, antwortet nicht einmal auf den an ihn gerichteten Appell des Sekretariats der Hauptredaktion. Die ukrainische Organisationsleitung des Schriftstellerverbandes beschäftigte sich nicht ein einziges Mal ernsthaft mit den Fragen der Geschichte der Werke; die für diese Aufgabe erforderlichen Schriftsteller wurden nicht bestimmt. Ich bitte dringend, auf die Menschen einzuwirken, denen es obliegt, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

(Zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift „Woprosy literatury“, Nr 7/1957, S. 119. Datiert nach einem Sekretariatsvermerk. Abgedruckt nach dem Text der Zeitschrift)

Dokument Nr. 72

An die Gebiets- und Regionsredaktionen des Sammelbandes „Arbeiterporträts“

[1934]

Im Zusammenhang mit der Arbeit an der „Geschichte der Werke“ wird umfangreiches Material über hervorragende Menschen der Arbeiterklasse bearbeitet. Die Sammlung von Arbeiterporträts kann von großem Interesse sein. Sie veranschaulicht sehr schön, wie die Entwicklung von Arbeitertalenten im Kapitalismus erschwert wurde, wie im revolutionären Kampf die proletarischen Streiter geboren und gestählt wurden und wie vielseitig sich die Fähigkeiten der Arbeiterklasse im sozialistischen Aufbau entfalteten. Die Sammlung muß den Arbeiter darstellen – den Erfinder, Künstler, Wissenschaftler, den Erbauer und die Plejade mutiger, revolutionärer Kämpfer.

Für die Jugend kann solch eine Sammlung ein guter Erzieher sein. Das Buch soll annähernd vierzig Porträts aufnehmen, die von Schriftstellern verfaßt wurden.

Zur Einschätzung mag die folgende Liste von Porträts dienen.²¹

Prüfen Sie dieses Verzeichnis und teilen Sie Ihre Bemerkungen dazu mit.

Mit Gruß
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach dem Original im A.-M.-Gorki-Archiv, PG-RIS-85-17-3)

21 Das Verzeichnis wurde im Archiv nicht aufgefunden.

Dokument Nr. 73

An N. N. Popow

Tesseli, Krim, 20. Oktober 1934

Verehrter Genosse Popow!

Ich habe Ihnen über die schlechte Arbeit an der Geschichte der Werke der Ukraine geschrieben.

Jetzt ist die Lage dort so, daß es nicht ein Buch gibt, dessen Veröffentlichung wenigstens im Jahre 1935 möglich wäre.

Sehr wenig Schriftsteller wurden für die Arbeit an einer Geschichte der ukrainischen Werke gewonnen. Zu denjenigen aber, die die Arbeit aufgenommen haben, konnten die Organe der ukrainischen Redaktion nicht die richtigen Beziehungen herstellen.

Die von der ukrainischen Redaktion veröffentlichte Sammlung von Kapiteln und Ausschnitten – „Stranizy istorii sawodow“ [Seiten aus der Geschichte der Werke] – bezeugt, daß im Redaktionsapparat Leute sitzen, die unfähig sind, diese umfangreiche Arbeit ernsthaft zu leiten. Die in dieser Sammlung abgedruckten Kapitel und Ausschnitte können unsere Arbeit in den Augen der Leser nur diskreditieren.

Alles das verlangt eine bedeutende Veränderung und Umgestaltung der Arbeitsweise der ukrainischen Redaktion: Die Sache muß so geregelt werden, daß sich die Redaktion statt mit der überstürzten Herausgabe von Broschüren und Sammlungen minderwertiger Qualität mit der ernsthaften Vorbereitung der Hauptmanuskripte – ein bis zwei, aber in guter literarischer Qualität – für die Veröffentlichung im Jahre 1935 beschäftigt.

Mit Gruß
M. Gorki

(Zum erstenmal veröffentlicht. Abgedruckt nach einer Schreibmaschinenkopie im A.-M.-Gorki-Archiv, KG-isd.-11-1-87)

Dokument Nr. 82

An Je. Ja. Danko²²

Tesseli, 10. Januar 1936

Die „Istorija farforowo sawoda“ [Geschichte der Porzellanfabrik] läuft bei Ihnen auf eine Biographie Winogradows hinaus. In dieser Form würde Ihr Buch – wenn man die technische Beschreibung der Suche nach der richtigen Zusammensetzung der Rohstoffe und nach den Methoden der Härtung verkürzen und die Ausmalung

²² Je. Ja. Danko (1898 bis 1941) – sowjetische Schriftstellerin. Ihre Arbeit über die Geschichte der Porzellanfabrik wurde später als einleitendes Kapitel in das Buch Государственный фарфоровый завод имени М. В. Ломоносова (Staatliche Porzellanfabrik M. W. Lomonossow), Katalog, Leningrad 1938, aufgenommen.

der Gestalt Winogradows noch steigern würde – einen würdigen Platz in der Schriftenreihe „Shishn sametschatelnych ludei“ [Das Leben hervorragender Menschen] finden.

Aber als „Geschichte des Werkes“ ist Ihnen der Band nicht gelungen, über das Werk, über seine Arbeiter wird allzu wenig und zu trocken berichtet. Ich glaube, in seiner jetzigen Form könnte es für Menschen von Interesse sein, die sich mit dem Studium der Entwicklung kunstgewerblicher Verfahren beschäftigen und – unter anderem – auch mit der industriellen Porzellanherstellung. Aber auch diese Menschen haben das Recht, mehr von Ihnen zu fordern, als Sie gegeben haben – ich sage das im Hinblick auf das von Ihnen vorgelegte, aber schlecht bearbeitete Material. Und Sie werden auch selbst darauf kommen, daß das Manuskript „noch nicht fertig ausgearbeitet“ ist.

Also – die Arbeit muß den letzten Schliff bekommen, wozu ich Ihnen auch rate. Es soll ein gutes Buch zustande kommen. Dafür ist es erforderlich, noch mehr Tatsachen zu bringen, sie zu dramatisieren, sie mit einer Skizze der Epoche einzuleiten, in der die dicke Tante Elisabeth regierte – durchaus nicht schlecht schildert sie der französische Botschafter Franz Chétardie, der ihr auf den Thron des Russischen Reichs half. Es stimmt nicht, daß Sie „alle Anstrengungen und alle Gedanken darauf gerichtet haben, die Arbeit gut zu machen“. Das Buch für Kinder ist Ihnen vortrefflich gelungen, genauso muß auch dieses geschrieben werden.

M. Gorki

(Zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift „Literaturny sowremenik“, Nr 6/1938. Abgedruckt nach: Gorki, A. M., Sobranije sotschinenti [Gesammelte Werke], Bd 30, S. 420f.)

Dokument Nr. 76

An die Leningrader Gebietsredaktion „Geschichte der Werke“

Moskau, 6. April 1935

Werte Genossen!

Ich habe mich mit dem Material über die Arbeit an der Geschichte der Werke bekanntgemacht und muß sagen, daß die Geschichte der Leningrader Werke zu langsam vorankommt. Nach drei Jahren Arbeit, die zu einem gewissen Erfolg geführt hat – ich denke da an die Geschichte des „Ishora“-Werkes –, wurden in Leningrad keine neuen Bücher geschrieben. Dispute und Diskussionen gibt es bei Euch, nach dem „Literaturny Leningrad“ [Literarisches Leningrad] und der Korrespondenz mit dem Sekretariat der Hauptredaktion zu urteilen, wie ich zu behaupten wage, reichlich viel.

Hier sind zwei Erklärungen möglich: Entweder haben die Mitarbeiter der Leningrader Redaktion bis jetzt keine genügend klare Vorstellung davon, wie gearbeitet werden soll, oder ein gewisser Stillstand in der Arbeit wird durch Dispute ersetzt.

Im „Literaturny Leningrad“ wurde innerhalb des Berichtes über die Erörterung der „Geschichte der Werke“ im Leningrader Schriftstellerverband viel Ungereimtes abgedruckt.

Wir müssen erreichen, daß Bücher über die Geschichte der Werke geschaffen werden, die gleichzeitig wissenschaftlich und literarisch sind. Das ist unser Ziel. Diese zwei Eigenschaften lassen sich nicht auseinanderreißen. Man hat mir Euer letztes Protokoll übergeben, in dem es hieß: „Es wird festgestellt, daß sich die Arbeit an der Geschichte der Leningrader Fabriken und Werke in zwei Hauptrichtungen entwickeln muß: 1. wissenschaftlich, 2. literarisch“. Ihr kehrt zu Disputen zurück, die vor drei Jahren stattgefunden haben.

In der Tat! Nicht alle als „Geschichte der Werke“ erschienenen Bücher kann man als wissenschaftlich und literarisch bezeichnen. Aber jedes von ihnen bringt uns der Lösung unserer Aufgaben auf eine andere Weise näher.

Euer Bestreben, Bücher in verschiedenen Genres zu schreiben, billige ich in jedem Fall. Unmöglich ist es jedoch, durch solche Veröffentlichungen – Sammlungen statistischer Tabellen oder Erinnerungen – grundlegende Werke, die wirklich wissenschaftlich und zugleich auch wahrhaft literarisch sind, zu ersetzen.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist kompliziert und schwer. Um so konzentrierter müssen wir alle, und Ihr, Genossen Leningrader, insbesondere, nach einer erfolgreichen Lösung trachten.

Hauptaufgabe ist es, die Tätigkeit der Autorenkollektive auf das Wesentliche hinzulenken, und zwar schöpferisch und nicht durch allgemeine Deklarationen oder administrative Anordnungen. Mehr wirkliche Arbeit, mehr Verbindung mit den Werken und Autorenkollektiven!

(Zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift „Woprosy literatury“, Nr 7/1957, S. 120f. Datiert nach einer Sekretariatsaufzeichnung. Abgedruckt nach dem Text der Zeitschrift)

Forschungsberichte

Quellen und Materialien

Literaturkritik

Bibliographie

Die Hauptprobleme und die Organisation der Forschungen zur Geschichte der materiellen Kultur in Volkspolen

VON JAN PAZDUR

Die Geschichte der materiellen Kultur¹ stellt im Bereich der historischen Wissenschaften ein ebenso selbständiges Wissensgebiet dar, wie die traditionellen Disziplinen Wirtschaftsgeschichte, Kunst- und Rechtsgeschichte, Militärgeschichte und andere. In Polen wird dieser junge Zweig der Wissenschaften seit etwa zehn Jahren gepflegt. Er befaßt sich mit der technischen Entwicklung der Produktions- und Kommunikationsmittel sowie mit den Veränderungen in der gesellschaftlichen und individuellen Konsumtion, die sowohl kommunale Einrichtungen (zum Beispiel die Versorgung mit Wasser, Gas, Licht, Heizung) als auch Gegenstände des individuellen Konsums (zum Beispiel Wohnung, Kleidung, Nahrungsmittel und Medikamente) umfaßt. Soweit bekannt ist, wird der Geschichte der materiellen Kultur bisher in anderen Ländern keine so große Bedeutung im Rahmen der historischen Wissenschaften beigemessen.

In Frankreich und in den angelsächsischen Ländern stehen ihr die Geschichte der Zivilisation bzw. die Geschichte der Technologie am nächsten. In Westdeutschland wird eine verwandte Problematik durch die Geschichte der Technik behandelt. Ähnlich ist die Situation in den Ländern des sozialistischen Lagers. In der DDR befaßt sich die Wirtschaftsgeschichte mit den Problemen der Geschichte der Produktivkräfte der Gesellschaft. In der Sowjetunion faßt man die Untersuchung der Probleme der Entwicklung der Arbeitsmittel, der Geschichte der Naturwissenschaften und der Geschichte der Technik zu einem Komplex zusammen, während die Probleme der Konsumtion von der Wirtschaftsgeschichte untersucht werden.

Welche Vorzüge birgt die in der Volksrepublik Polen geschaffene selbständige wissenschaftliche Disziplin Geschichte der materiellen Kultur?

In Polen hat sich bereits 1939 der bedeutende Wirtschaftshistoriker Jan Rutkowski bemüht, diese Frage zu beantworten.² Seine treffenden Feststellungen wurden jedoch erst 1953 von Kazimierz Majewski theoretisch verarbeitet.³ Majewski wandte dabei den Marxismus-Leninismus in schöpferischer Weise auf die Geschichte der materiellen Kultur an.

¹ Die Geschichte der materiellen Kultur ist die Disziplin, die sich mit der Entwicklung der Werkzeuge und der Technologie der Produktion sowie mit den Bedingungen des materiellen Lebens der Bevölkerung befaßt.

² *Rutkowski, Jan*, Historia gospodarstwa a historia kultury materialnej (Wirtschaftsgeschichte und Geschichte der materiellen Kultur), in: Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych, 8. Jg. 1939, S. 259 ff.

³ *Majewski, Kazimierz*, Historia kultury materialnej (Geschichte der materiellen Kultur), in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, 1. Jg. 1953, S. 3–24.

Die Lehre von der revolutionären Rolle der Produktivkräfte bei der Entwicklung der Gesellschaft ist für die Geschichte der materiellen Kultur von grundsätzlicher Bedeutung. Engels unterstreicht, „daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist . . .“⁴, daß also zur Erklärung historischer Prozesse nicht die Erfindung schlechthin, sondern ihre *Anwendung* Aussagegewert besitzt, weil nur sie die gesellschaftlichen Bedürfnisse ausdrückt. Er schrieb am 25. Januar 1894 an Heinz Starkenburg: „Hat die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis, so hilft das der Wissenschaft mehr voran als zehn Universitäten.“⁵

Natürlich ist diese polemische Feststellung von Engels nicht wörtlich aufzufassen, aber sinngemäß voll zu akzeptieren. Nicht die Erfindungen – im Grunde genommen handelt es sich dabei nur um Begleiterscheinungen des Fortschritts – sind maßgebend, sondern ihre Anwendung. Die gesellschaftliche Entwicklung schafft im Erfindungswesen immer neue Bedürfnisse. Das heißt aber, daß die Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte weder durch die Wirtschaftsgeschichte noch durch die traditionelle Geschichte der Technik vollständig erfaßt werden können.

Die Wirtschaftsgeschichte – wie sie Witold Kula definiert – „ist die Wissenschaft, die das gesellschaftliche Leben der Völker in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen unter dem wirtschaftlichen Aspekt untersucht. Sie befaßt sich mit der Erforschung und Feststellung der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Arbeiten und mit den gesellschaftlichen Faktoren, die diese Gesetzmäßigkeiten verursachen. Sie beschäftigt sich mit der ökonomischen Seite des Wirkens dieser Gesetzmäßigkeiten, das heißt mit ihren beabsichtigten und unbeabsichtigten Konsequenzen für die Volkswirtschaft.“⁶ Die Geschichte der Technik ist heute in ihrem Wesen eine Geschichte der technischen Wissenschaften und des technischen Fortschritts. Sie erfaßt lediglich die technische Seite der Entwicklung der Produktivkräfte, die sie in theoretischen Kategorien darstellt.⁷ Weder die Geschichte der Technik noch die Wirtschaftsgeschichte gestatten die komplexe Behandlung der Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte, die sowohl das Niveau der vorhandenen Technik als auch deren Wirkungen in den ökonomischen Verhältnissen und im Bewußtsein der Menschen berücksichtigen muß.

Dagegen bietet die sich entwickelnde Disziplin der Geschichte der materiellen Kultur alle Voraussetzungen für eine umfassende Behandlung dieser Problematik. Gegen ihre selbständige Stellung wären zwei Einwände denkbar. Der erste entspringt der Auffassung mancher Wirtschaftshistoriker, die die Probleme des historischen Materialismus allzu mechanisch auffassen. Sie neigen dazu, die gesellschaftlichen Veränderungen einseitig aus ökonomischen Ursachen zu erklären. Für sie ist die Anwendung neuer Arbeitsmittel und -methoden aus-

4 Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd 19, Berlin 1962, S. 210.

5 Engels an Starkenburg, am 25. Januar 1894, in: Marx/Engels, Briefe über „Das Kapital“, Berlin 1954, S. 365.

6 Kula, Witold, Problemy i metody historii gospodarstwa (Probleme und Methoden der Wirtschaftsgeschichte), Warschau 1963, S. 94.

7 Olszewski, Eugeniusz, Pazdur, Jan, Rola postpu technicznego w procesie historycznym (Die Rolle des technischen Fortschritts im geschichtlichen Prozeß), in: Kwartalnik Historii Nauki i Techniki, 1. Jg. 1956, S. 47–68.

schließlich durch ökonomische Faktoren bedingt. Folgte man dieser Auffassung, so hieße das, daß sich in kapitalarmen Ländern keine verbesserten Produktionsinstrumente und -einrichtungen durchsetzen könnten, daß die Anwendung neuer Technik nicht möglich wäre. Das bedeutete allerdings, daß zum Beispiel wirtschaftlich weniger entwickelte Länder niemals die fortgeschritteneren Länder überholen könnten. Es wäre also falsch anzunehmen, daß der gesellschaftliche Fortschritt ausschließlich ökonomischen Ursachen entspringt, daß sie die einzige Triebfeder menschlichen Schaffens sind. Je mehr die produktive Fähigkeit des Menschen durch Anwendung verbesserter Arbeitsgeräte und Arbeitsmethoden die Bedürfnisse steigert, je höher die Stufe der gesellschaftlichen Organisation, desto größer ist die Rolle der ideologischen Faktoren für den weiteren technischen Fortschritt. Seit den ältesten Zeiten hat der Mensch seine Arbeitsgeräte verziert und damit seiner Freude an der Arbeit Ausdruck gegeben. Im Feudalismus sind zum Beispiel die Traditionen der Handwerkerfamilien oder religiöse Leidenschaften sehr wirksame Kräfte, die die Leistung der Produzenten beeinflussen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung bedient sich zu dem gleichen Zweck nationaler Gefühle. Stimuli dieser Art lassen sich keinesfalls automatisch durch ökonomische Faktoren erklären.

Man darf auch nicht vergessen, daß sich die Kenntnis der Naturgesetze, auf der der dialektische Materialismus unter anderem basiert, ständig weiterentwickelt. Der dialektische Materialismus berücksichtigt die Erkenntnisse Einsteins ebenso wie die Fortschritte der Biologie im Bereich der Genetik. Während zum Beispiel die Gesetze der Mechanik nur eine ganz bescheidene Basis für Analogien zwischen Gesetzen der Natur und der Gesellschaft bieten, wird diese Basis durch den Fortschritt der Naturwissenschaften immer breiter.

Der Drang nach Erkenntnis und Ausnutzung der Naturkräfte und -schätze ist der den menschlichen Willen ständig zur Tätigkeit anregende Trieb. Der Fortschritt auf diesem Gebiet kann – allgemein gesehen – auf drei Bezugsebenen erfaßt werden. Dies sind erstens die Kenntnis des Gebrauchswertes, die Erweiterung des Exploitationsbereiches und die Verarbeitung des Rohstoffs, zweitens die immer allseitigere Beherrschung und Ausnutzung der natürlichen Energiequellen und drittens die Überwindung der Hindernisse, die aus dem Verhältnis der Masse zum Raum sowohl im Rahmen der Ortsveränderung fester Körper wie auch im Bereich der Übertragung von Gedanken und Bildern entstehen. Gerade diese Bezugsebene ist heute von großer Bedeutung für den technischen Fortschritt und für die Festigung der friedlichen Koexistenz. Der Wunsch der Völker nach einem friedlichen Zusammenleben wurde im Verlauf der Geschichte der Menschheit immer stärker, fand jedoch erst in unserer Epoche eine echte Basis, deren Entstehung ebenfalls nicht allein aus ökonomischen Faktoren resultiert. Diese Problematik ist das ureigenste Forschungsgebiet der Geschichte der materiellen Kultur; sie muß auch Qual und Freude der Produzenten bei der Produktion und Konsumtion darstellen, um den Sinn und Zweck des zähen Ringens ganzer Generationen sichtbar zu machen. So dient die Arbeit unseres Instituts auch der Erforschung der Rolle der Volksmassen in der Geschichte.

Der zweite Einwand, der methodologischer Art ist, kommt von den Vertretern der sogenannten integralen Geschichtsschreibung, die die Voraussetzungen der marxistischen Dialektik vulgarisieren. Sie bestreiten die Existenz von Zu-

sammenhängen innerhalb einer einzigen Reihe von Erscheinungen. Bei der Geschichte der materiellen Kultur handelt es sich jedoch um Reihen von Erscheinungen, die insofern gleichartig sind, als sie sich aus den von der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgerufenen Bedürfnissen ergeben. Die materialistische Dialektik untersucht die Erscheinungen innerhalb ihres allseitigen Zusammenhanges, schließt aber dabei die Spezialisierung, die unentbehrlich ist, wenn man die Abhängigkeit der Produktionseinrichtungen von der zweckmäßigen Tätigkeit der arbeitenden Menschen verstehen will, nicht aus. In der Geschichte der Produktivkräfte sind sowohl die Ergebnisse der Arbeit wie auch die Verausgabung der Arbeitskraft der Produzenten von Wichtigkeit. Die Historiker können aber nur sehr wenig hierüber aussagen, wenn sie die technischen Zusammenhänge innerhalb der Produktionsprozesse nicht verstehen. Es gibt Historiker, die dann oberflächliche Beobachtungen irgendwelcher Personen zitieren, ohne deren Worte in die moderne Terminologie zu übertragen, die dem heutigen Stand der technischen Wissenschaften entspricht und dadurch dem Leser verständlicher wäre. Die Forschung stößt allerdings auch deshalb auf große Schwierigkeiten, weil bis zu den Anfängen des Kapitalismus keine Dokumentationen zur Technologie der Produktion vorliegen. Das erklärt sich daraus, daß die Verschwendung von Arbeitskraft für die Ausbeutergesellschaften eine charakteristische Erscheinung ist.

Die Historiker berufen sich bei der Erforschung der Produktionsverhältnisse in den Ausbeutergesellschaften gern auf die langen Arbeitszeiten und die niedrigen Arbeitslöhne. Das ist sehr wichtig, aber weit wichtiger ist der Grad des physischen und psychischen Kräfteverbrauchs des Menschen während des Arbeitsprozesses, den man aber nur auf Grund der Kenntnis und Rekonstruktion der alten Technologien erfassen kann. Deshalb maßen die Klassiker des Marxismus-Leninismus der Technologie so große Bedeutung bei.⁸

Während die Untersuchung der Produktionsmittel den Stand der technischen Entwicklung im Bereich der Rohstoff- und Energieausnutzung sichtbar macht, zeigt die Geschichte der Entwicklung der Kommunikationsmittel den Fortschritt auf dem Gebiet der Raumbherrschaft. Den Forschungsgegenstand bildet hier der Bau des Straßennetzes und aller anderen Verkehrs- und Verbindungsmittel. Jeder Durchschnittsmensch ist sich des Fortschrittes bewußt, der sich seit der Zeit, in der die Beherrschung des Raumes auf den Aktionsradius der menschlichen Sinne beschränkt war, vollzogen hat. Unsere Kenntnisse auf diesem Gebiet können jedoch so lange nicht über die formelle Typologie hinausgehen, als wir das Verhältnis zwischen Masse, Raum und Zeit nicht in sinnverwandten Begriffen der Naturwissenschaften ausdrücken.

Auf diesem Wege wird es der Geschichte der materiellen Kultur möglich sein, die Entwicklung der Zivilisation in exakten trigonometrischen Begriffen auszudrücken, in denen unter Berücksichtigung der drei Ebenen der Einwirkung des Menschen auf die Natur ihre gegenseitigen Relationen in Form von Gesetzen enthalten sind. Die Theorie über die Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft erfährt so eine wissenschaftliche Bereicherung.

8 „Die Technologie enthüllt das aktive Verhalten des Menschen zur Natur, den unmittelbaren Produktionsprozeß seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen“. (*Marx, Karl*, Das Kapital, Bd 1, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd 23, Berlin 1962, S. 392f. Anm. 89); „Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen“ (ebenda, S. 194f.).

Als Nebenergebnis solcher Untersuchungen werden Erkenntnisse gewonnen, die von praktischer Bedeutung für die Naturwissenschaften und die Kunst sind. So wie die Grenze zwischen der organischen und anorganischen, der meß- und nichtmeßbaren Materie verschwinden, so muß auch die Teilung zwischen den Zielen der einzelnen Wissenschaftsgebiete verschwinden. An jede Forschungstätigkeit muß die Forderung gerichtet werden, auch für andere Wissensgebiete nutzbringend zu sein.

Die Geschichte der Produktivkräfte zeigt, daß bestimmte, materielle Umweltbedingungen im menschlichen Denken früher oder später ähnliche Reaktionen hervorrufen, die sich in der voneinander unabhängigen Entwicklung einander ähnlicher Werkzeuge und technologischer Verfahren ausdrücken. Aber auch die Beziehungen der Menschen untereinander, die Klassenaussetzungen, beeinflussen die materiellen Arbeitsbedingungen immer stärker.

In der Antike war die Überwindung des Raumes durch die physische Kraft des Menschen begrenzt, die der Geschwindigkeit eines geschleuderten Steines entsprach. Trotzdem entstand schon die Vorstellung kosmischer Entfernungen, die idealistisch in Gestalt der Vision Mensch – Gott die uneingeschränkte Fähigkeit der Ortsveränderung ausdrückt. Man kann annehmen, daß sich bereits damals in der großen Zahl der Ideen und Versuche zur Bewegung der Materie im Raum Elemente finden, die dem heutigen Stand entsprechen. Unsere Forschungen zur Technologie der alten Gewebe ermöglichten zum Beispiel die Reproduktion eines Dekorationstuchs aus dem 17. Jahrhundert für den Export. Derartige Arbeiten können in großem Stil nur in Industrie-Instituten durchgeführt werden. Aber die Historiker, die sich mit der Geschichte der materiellen Kultur beschäftigen, müssen zunächst derartige Gewebe aufspüren und deren Herstellungsverfahren rekonstruieren. Das verlangt von den wissenschaftlichen Mitarbeitern unseres Instituts solide Kenntnisse der Technologie moderner Industriebetriebe.

Wie Qualität, Anzahl und Anwendungsweise der Produktionsmittel stellt auch die Menge des Verbrauchs der einzelnen Erzeugnisse ein wichtiges Kriterium des Niveaus der materiellen Kultur eines Volkes dar. Die Untersuchungen in dieser Richtung müssen sowohl die Konsumtionsmittel als auch die Konsumtionsgegenstände einbeziehen. Zu den Konsumtionsmitteln gehören die kommunalen Einrichtungen, die der gesellschaftlichen und der individuellen Konsumtion dienen. Dazu zählen auch die sanitären Einrichtungen und die Werkzeuge, die der individuellen Konsumtion dienen. Konsumtionsgegenstände dagegen sind Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum Beispiel der Wohnungseinrichtung, Kleidung, Ernährung, Hygiene, Kosmetik usw. dienen. Sie charakterisieren unter anderem das Lebensniveau und gehören damit zum Forschungsgegenstand der Wirtschaftsgeschichte. Wenn sie jedoch die Höhe des Massenbedarfs und den technischen Fortschritt bzw. die Verbindung zwischen beiden ausdrücken, stellen sie Kriterien des Standes der materiellen Kultur dar. Die Gefahr der Verwischung der strengen Grenzen zwischen zwei verwandten wissenschaftlichen Disziplinen existiert in den Naturwissenschaften nicht. Im Gegenteil. Immer mehr Grenzwissenschaften entstehen. Eine ähnliche Situation bahnt sich auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften an.

Die polnische Wissenschaft trug dieser Entwicklung zum Beispiel 1954 durch die Bildung des Instituts für die Geschichte der materiellen Kultur an der Pol-

nischen Akademie der Wissenschaften Rechnung. Dieses Institut ist das gemeinsame Arbeitszentrum der polnischen, der allgemeinen und der antiken Archäologie, der Ethnographie und der Geschichte der materiellen Kultur des Mittelalters und der Neuzeit. Die Berechtigung, diese Disziplin zu vereinigen, ergibt sich zunächst aus ihrer gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeitsgrundlage – den materiellen Quellen – und aus ihren einander ähnlichen Forschungszielen und -methoden, die dank dieser Gemeinschaftsarbeit schnellere und effektivere Resultate versprechen. Selbstverständlich arbeitet das Institut auch mit den Wissenschaftlern, die die Geschichte der Wissenschaften und der Technik untersuchen, den Kunsthistorikern, Wirtschaftshistorikern, Geschichtsgeographen, Sprachforschern und anderen eng zusammen. Es lag nie in der Absicht unseres Instituts, die traditionellen Disziplinen zugunsten der Geschichte der materiellen Kultur zu verdrängen. Die Archäologie und die Ethnographie können selbstverständlich über den Bereich hinausgehen, der durch die mittelalterliche und neuzeitliche materielle Kultur umgrenzt ist. Im Bereich der vorfeudalen Völker befaßt sich die Archäologie mit der Vor- und Frühgeschichte und die Ethnographie auch mit der geistigen Kultur. Die Zweckmäßigkeit der Zusammenarbeit beruht darauf, daß die Erforschung aller Probleme im Bereich der mittelalterlichen und neuzeitlichen materiellen Kultur über große historische Zeiträume und unter Anwendung der verschiedensten und zweckmäßigsten Methoden möglich wird.

Das Institut behandelt Fragen der Geschichte des Bergbaus, der Metallbearbeitung, der Landwirtschaft, des Handwerks und der Industrie, des Siedlungswesens sowie der Konsumtion. Für jedes dieser Probleme besteht ein Arbeitskreis, der seine Forschungsergebnisse in speziellen Publikationsreihen veröffentlicht. Arbeiten zu allgemeinen Problemen erscheinen in der Zeitschrift „Kwartalnik Historii Kultury Materialnej“ (Vierteljahresschrift für Geschichte der materiellen Kultur).

Die Denkmäler der materiellen Kultur bilden die gemeinsame Quellenbasis der vereinten Disziplinen. Deshalb werden große finanzielle Mittel eingesetzt, um die Zahl solcher Quellen zu vermehren und die Methoden ihrer Erforschung zu vervollkommen. Die Ergebnisse dieser Arbeit des Instituts für die Geschichte der materiellen Kultur sind sehr bedeutend, in einzelnen Fällen sogar ein Novum.

Die Museen sind und waren in der ganzen zivilisierten Welt die Schatzkammern der Kunstgegenstände. Alle – die Kunstgalerien nicht ausgenommen – besitzen wertvolle Materialien zur Erforschung der Geschichte der materiellen Kultur. Natürlich hat sich – wie in allen Ländern – der größte Reichtum in den technischen Museen, in denen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der angewandten Künste sowie in den archäologischen, ethnographischen und historischen Museen angesammelt.

Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die Sammlungen unserer Museen im Vergleich mit denen in Ländern, die wenig oder gar nicht unter den verhängnisvollen Kriegseinwirkungen zu leiden hatten, weniger reichhaltig sind. Besonders der zweite Weltkrieg fügte den Denkmälern der polnischen materiellen Kultur schwere Verluste zu. Unter anderem fielen der siebzigjährige Bestand des Museums für Industrie und Wirtschaft und die Sammlungen des Technischen Museums in Warschau dem Kriege zum Opfer. Vielleicht war das gerade die

Ursache dafür, daß sich auf musealem Gebiet in Polen eine besonders rege Tätigkeit entwickelte; denn nach 1945 entstanden 43 technisch-industrielle Museen.

Diese Entwicklung des Museumswesens, die für die Kulturpolitik der polnischen Volksdemokratie charakteristisch ist, hat den Schatz der materiellen Quellen wieder stark vermehrt. Dennoch können diese Museen die Bedürfnisse der Forschung auf dem Gebiet der materiellen Kultur nicht voll befriedigen, da sie – wie fast alle Museen der Welt – ausschließlich bewegliche Gegenstände erfassen. Die vielen unbeweglichen Zeugnisse der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, wie zum Beispiel Bergwerke, Bauten und Produktionseinrichtungen sowie Anlagen zur Nutzung der Wasserkraft für energetische Zwecke, Brücken usw., konnten nicht im gleichen Umfang zugänglich gemacht werden.

Gerade auf diese Art wissenschaftlicher Informationsquellen lenkt das Institut für die Geschichte der materiellen Kultur seine Aufmerksamkeit. Die Mitarbeiter bemühen sich, systematisch dokumentarische Studien anzufertigen. Außerdem unterstützt das Institut das Technische Museum bei der Sicherstellung technischer Denkmäler, soweit das noch möglich ist. In einzelnen Fällen beteiligen sich an dieser Arbeit auch Institute, die dem Ministerium für Kultur unterstehen. In den Dokumentationen werden die Spuren früherer Produktionstätigkeit auf der Erdoberfläche, in Ausnahmefällen auch die in unterirdischen Anlagen festgehalten.

Mit diesen Arbeiten befaßt sich eine Gruppe von wissenschaftlichen Mitarbeitern, die auf Grund der schriftlichen und der kartographischen Quellen des gewählten Terrains (gewöhnlich eines Kreises) weitere Forschungen in situ durchführt. Mit Hilfe von Beschreibungen, Fotografien und technischen Lageskizzen werden die technischen Denkmäler aufgenommen. Ein Teil des gesammelten Materials wird in der Schriftenreihe „Katalog zabytków budownictwa przemysłowego“ (Katalog der industriellen Baukunst)⁹ veröffentlicht. Objekte von besonderem wissenschaftlichen Wert finden Aufnahme im staatlichen Denkmalschutz-Verzeichnis.

Die Freilegung und der Schutz der unbeweglichen industriellen Denkmäler bieten viele Schwierigkeiten. Die von den Kunsthistorikern angewandten Methoden zur Sicherung und Erhaltung von architektonisch wertvollen Bauten sind hier nur zum Teil verwendbar. Alte Produktionsstätten können nicht wie Magnatenschlösser neuzeitlichen Zwecken angepaßt werden. Wenn man ein modernes Hüttenwerk am Standort einer Hütte aus der Zeit vor 150 Jahren errichten wollte, so müßten alle noch vorhandenen Anlagen beseitigt werden. Genauso verhält sich die elektrisch angetriebene Mühle zur ehemaligen Windmühle usw. Technische Denkmäler, besonders solche, deren Produktionsausrüstung noch vorhanden ist, werden entweder im vorgefundenen Zustand bewahrt oder als museale Anschauungsobjekte in Betrieb gesetzt bzw. gehalten. Die erste Möglichkeit ist sehr kostspielig und wenig erfolgreich. Die Anlagen zerfallen im Laufe der Zeit. Dagegen ist es möglich, eine gewisse Anzahl von besonders interessanten Produktionsstätten, die eine bestimmte Entwicklungsstufe der Arbeitsmittel repräsentieren, als Denkmäler der materiellen Kultur in Betrieb zu halten. Die Kosten sind nicht sehr hoch, da das Produktionsergebnis dieser Anlagen zu ihrer Unterhaltung beiträgt.

⁹ Bisher sind 5 Hefte dieser Reihe erschienen.

Die Sicherung der technischen Denkmäler in Polen erfolgte vor allem auf diesem Wege. In erster Linie handelt es sich dabei um Anlagen der Montan- und Hüttenindustrie, da sie besondere Bedeutung für die Entwicklung der Arbeitsmittel besitzen. Auf diese Weise sind in der Woiwodschaft Kielce folgende Forschungsobjekte zugänglich gemacht worden: ein Wasserhammer in Stara Kuńca, ein Puddelofen in Sielpia Wielka, ein Wasserrad-Walzwerk und eine mechanische Werkstätte in Maleniec, eine Talsperre und Ruinen eines Hüttenwerks aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts in Bobrza sowie ein Holzkohlenhochofen in Chlewiska. Im gleichen Gebiet befindet sich auch eine Hütte aus dem 3. Jahrhundert in Słupia Nowa sowie eine gut erhaltene unterirdische Kieselsteingrube in Krzemionki bei Ostrowiec Swietokrzyski aus dem Ende des Neolithikums. In Kürze wird in einem stillgelegenen Kohlenbergwerk in Oberschlesien ein Bergbaumuseum entstehen. Originalwerkzeuge und Einrichtungen sollen ein naturgetreues Bild von der Geschichte des Kohlenbergbaus vermitteln, ähnlich wie das in Wieliczka für den Salzbergbau geschah. Natürlich wird in diesen Museen nur zu Demonstrationszwecken gearbeitet.

Bei den Inventarisierungsarbeiten zeigte sich immer wieder, daß der Ortsbefund viel aussagekräftiger ist als die Auswertung von Beschreibungen. Durch ihn läßt sich in der Regel feststellen, daß die Zahl der Arbeitsstätten viel größer ist, und durch die Analyse der räumlichen Bedingungen erhalten wir eine Vorstellung von den Grundsätzen des früheren technischen Denkens. Der Ortsbefund führt auch oft zu Funden von musealem oder urkundlichem Wert (Schlacken, Werkzeuge, Teile von Einrichtungen, verschiedene Erzeugnisse usw.).

Man könnte der Forschung selbstverständlich viel mehr solcher Denkmäler erschließen, wenn die Arbeiten nicht fast ausschließlich auf der Erdoberfläche durchgeführt würden. Systematische Ausgrabungen fanden nur in wenigen Fällen statt, zum Beispiel am Standort der Blei-, Silber- und Kupferhütte, die in Białogon bei Kielce von ungefähr 1614 bis 1826 in Betrieb war.¹⁰ Auch zur Unterstützung der Inventarisierung der alten Bergbau- und Hüttenbetriebe in der polnischen Tatra wurden Ausgrabungen durchgeführt. Dabei wurden bis dahin unbekannte Produktionseinrichtungen aus dem 18. Jahrhundert gefunden.¹¹ Grabungen sind jedoch sehr kostspielig und können deshalb nur bei außerordentlich bedeutenden Forschungsobjekten durchgeführt werden.

Eine Voraussetzung der exakten und möglichst umfassenden Sicherung lokaler Spuren der produktiven Tätigkeit bildet die ständige Zusammenarbeit von Historikern, Archäologen, Ethnographen und Technikern, die im Bedarfsfall auch andere Spezialisten heranziehen. Die Mitarbeit von Heimatforschern und die Befragung der Einwohner erweist sich ebenfalls als sehr nützlich.

Die einzelnen Arbeitsgruppen des Instituts für die Geschichte der materiellen Kultur benutzen bei ihren Untersuchungen zur Geschichte des mittelalterlichen und des neuzeitlichen Siedlungswesens sowie bei ihren Forschungen über die

¹⁰ Siehe *Rauhut, Lechosław*, *Sprawozdanie z prac wykopaliskowych w Białogoni z 1954* (Bericht über Ausgrabungsarbeiten in Białogon 1954), in: *Kwartalnik Historii Kultury Materialnej*, 3. Jg., 1955, S. 94–98; *Gajewska, Mirosława, Kruppé, Jerzy*, *Wyniki poszukiwań huty białogońskiej za r 1956* (Die Forschungsergebnisse der Hütte Białogon 1956), in: *Kwartalnik Historii Kultury Materialnej*, 6. Jg., 1958, S. 660–670.

¹¹ *Jost, H.*, *O górnictwie i hutnictwie w Tatrach polskich* (Über das Berg- und Hüttenwesen in der polnischen Tatra), Warschau 1961. — Diese Arbeiten hat das Kollektiv des Komitees für die Geschichte der Wissenschaft und Technik bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt.

einzelnen Zweige der Handwerksproduktion wie Töpferei, Steinmetz- und Schmiedekunst usw. ähnliche Methoden wie die Archäologen. Die Erforschung des Siedlungswesens soll die Prinzipien feststellen, nach denen die Dorfsiedlungen geplant wurden, und zwar von der Zeit an, aus der glaubwürdige Materialien zur Raumplanung erhalten sind (spätestens 18. Jahrhundert). Systematische Forschungsarbeiten zu diesem Problem werden von den Historikern und Archäologen unter Mitarbeit der Geographen im Gebiet der früheren Klostergüter in Trzebnica bei Wroclaw durchgeführt. Eine andere Gruppe, die sich mit dem Bau- und Töpferhandwerk befaßt, hat Ausgrabungsarbeiten in Solec, einem alten Hafen der Weichselschiffahrt — heute eine Dorfsiedlung —, vorgenommen, um zugleich den Prozeß des wirtschaftlichen Verfalls der Siedlung kennenzulernen. Außerdem forscht diese Gruppe nach materiellen Quellen zur Geschichte der Handwerkergruppen, die diesen Hafen mindestens bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts zum Export ihrer Erzeugnisse benutzten.

Die dargelegten Methoden ermöglichten es, der Forschung in großem Umfang materielle Quellen zur Geschichte der materiellen Kultur zu erschließen und die Methoden ihrer Analyse und Auswertung zu vervollkommen. Zu diesem Zweck wurde an unserem Institut ein zentrales analytisches Laboratorium geschaffen, das dank seiner guten technischen Einrichtungen und der Qualifikation seiner Mitarbeiter in der Lage ist, physikalisch-chemische Analysen von Metall-, Keramik- und Glasgegenständen durchzuführen. Zu den großen Verdiensten des Organisators und Leiters dieser wissenschaftlichen Einrichtung, Dozent Tadeusz Dziekoński, gehört die Veröffentlichung der Arbeitsmethoden und -erfahrungen dieses Laboratoriums in der Zeitschrift „Kwartalnik Historii Kultury Materialnej“.¹² Die Arbeit des Laboratoriums ergänzt die Bestimmung der Funde auf Grund der äußeren Merkmale durch die exakte Ermittlung der Stoffstruktur und -zusammensetzung, die das Eindringen in die wichtigsten Geheimnisse der alten Technologien ermöglicht. Auch Überreste von Materialien pflanzlichen Ursprungs werden von einer speziellen Arbeitsgruppe von Paleobotanikern und Palynologen in diesem Laboratorium untersucht. Mit der Technik der Herstellung von Textilien befaßt sich dagegen das Forschungszentrum am Museum der Textilindustrie in Łódź. In Zusammenarbeit mit dieser Institution gelang es, anhand von Gewebeüberresten aus dem 10. bis 13. Jahrhundert, die bei archäologischen Ausgrabungen in Gdańsk und Opole gefunden wurden, nicht nur die Technologie der polnischen Textilproduktion dieser Zeit, sondern auch die farbigen Muster der damaligen Gewebe festzustellen.¹³

Ganz besonders befruchtete die Anwendung der geophysischen, elektromagnetischen Methoden den Fortschritt der archäologischen Arbeiten bei der Feststellung von Bodenschätzen.¹⁴ Auch hier nimmt das Institut die Hilfe von Spezialisten und die Apparate anderer wissenschaftlicher Einrichtungen in Anspruch. Ähnlich wird bei der Untersuchung menschlicher und tierischer Knochenreste verfahren.

¹² Dziekoński, Tadeusz, Cele i zadania Laboratorium analitycznego dla badań dawnych wyrobów (Die Ziele und Perspektiven der Metallanalysen archäologischer Gegenstände aus Nichteisenmetallen), in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, 10. Jg., 1962, S. 123—198.

¹³ Kamińska, Jadwiga, Nahlík, Adam, Włókiennictwo gdańskie 10—13 w. (Die Danziger Textilindustrie des 10.—13. Jh.), Łódź 1958.

¹⁴ Dabrowski, Krzysztof, Stopiński, Wojciech, L'application de la méthode magnétique aux recherches concernant les cimetières à incinération de la période des influences romaine, in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, 10. Jg., 1962, S. 615.

Bei jeder Analyse der Produktionseinrichtungen, das heißt der Arbeitswerkzeuge, Gefäße und Konsumtionsgüter, ist die Feststellung des Verhältnisses zwischen Funktion und Form am wichtigsten, weil die Übereinstimmung dieser Elemente vom Standpunkt der Technologie als das entscheidende Kriterium der materiellen Kultur betrachtet wird.

Die Geschichte der materiellen Kultur verlangt von den Historikern viel wissenschaftliche Kleinarbeit, die jedoch sehr reizvoll ist, weil sie einen Teil des großen Programms bildet, das die Untersuchung des menschlichen Fortschritts in der Beherrschung von Materie, Energie und Raum und die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten zum Ziele hat, die die gegenseitige Abhängigkeit der gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen der materiellen Existenz des Menschen bestimmen.

LÖHNE UND PREISE IN DEUTSCHLAND, 1750 BIS 1850

(Fortsetzung)

Löhne und Preise 1750 bis 1800

nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stad tarchivs Quedlinburg*

VON WILLI SCHULZE

- I. Tagelöhne der Zimmerer
- II. Tagelöhne der Maurer und Handlanger
- III. Tagelöhne der Steinsetzer und Handlanger
- IV. Tagelöhne der Schieferdecker und Lehrburschen bzw. Handlanger
- V. Tagelöhne der Ziegeldecker und Handlanger
- VI. Tagelöhne der Tagelöhner
- VII. Jahresgehälter der Ratsangestellten
- VIII. Getreide- und Erbsenpreise
- IX. Preise verschiedener Lebensmittel und einiger Gebrauchsgüter
- X. Fleischpreise
- XI. Brot-, Fleisch- und Bier-Taxe einschließlich der Getreidepreise der Jahre 1750 bis 1774
- XII. Taxe des Fürstentums Halberstadt vom 1. 6. 1763, einschließlich Löhne
- XIII. Polizei-Taxe der Stadt Halberstadt für Januar 1764, einschließlich Löhne
- XIV. Quedlinburger Polizei-Taxe der Lebensmittel, Arbeitslöhne und zum Unterhalt und täglichen Gebrauch notwendigsten hiesigen Produkte, auch einiger fremder Waren, vom 4. 6. 1764
- XV. Auszug aus der Quedlinburgischen Brauordnung vom 16. April 1756

* Tabellen I bis III erschienen in Teil 2/1965 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

Tabelle IV

Tagelöhne der Schieferdecker und Lehrburschen bzw. Handlanger nach den Rechnungsbelegen der Ratsrechnung des Stadtarchivs Quedlinburg

Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Lehrbursche gr.	pf.	Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Lehrbursche gr.	pf.
1750	154	12*	-	-	1756	285	8	-	-
	167	12	-	-					
	227	12	-	-	1757	142	8	-	-
	362	8	-	-					
1751	230	8	4	6	1758	100	8	-	-
	231	8	4	6					
	232	8	4	6	1759	5 ^b	8	-	-
	233	8	4	6		9	8	-	-
						70	8	-	-
1752	85	12	6	-	1760	16	8	-	-
	110	8	5	-		94	12	-	-
	126	8	5	-		106	12	-	-
1753	101	8	6	-	1761	48	14	-	-
	134	8	6	-		55	14	-	-
						78	14	-	-
1754	203	8	6	-		183	14	-	-
1755	52	8	-	-					
	186	12	-	-					
	207	8	-	-					

Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Hand- langer gr.
1762	132	16**	8	1765	187	14††	-
	176	16	8		267	14††	-
	186	16	8		274	14††	-
1763	112	19	-		196	10†††	-
	131	20	-		216	10†††	-
	144	28	-	1766	167	14††	-
1764	37	16***	-		192	14††	-
	68	12 ^o	-		77	10†††	-
	179	12 ^o	-		266	10†††	-
	190	12 ^{oo}	-				
	139	8 ^{ooo}	-				
	168	8†	-				

WM = Wintermonat.

* Über 10 Groschen wurden gezahlt, wenn der Schieferdecker an Seil und Kloben arbeitete. Dies geschah meist auf Kirchtürmen; der Schieferdecker saß dann auf einem Holzkloben und wurde an einem Seil niedergelassen.

** Jahr 1762/63 alles mit Seil und Kloben, desgl. die vier ersten Nummern von 1764.

*** Monat Mai, mit Seil und Kloben.

^o Monat Juli, mit Seil und Kloben.

^{oo} Monat August, mit Seil und Kloben.

^{ooo} Monat Juni, ohne Seil und Kloben.

† Monat August, ohne Seil und Kloben.

†† Mit Seil und Kloben.

††† Ohne Seil und Kloben.

Tabelle IV (Fortsetzung)

Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Hand- langer gr.	
1767	130	12*	—	1775	61	12*	—	
	149	12*	—		206	9**	—	
	73	9**	—		273	9**	—	
	116	9**	—		308	12*	—	
	331	10* WM	—		371	8** WM	—	
	331	8** WM	—					
1768	110	12*	—	1776	87	9**	—	
	248	12*	—		164	9**	—	
	23	9**	—		203	12*	—	
	122	9**	—		237	12*	—	
				297	12*	—		
1769	174	12*	—	1777	49	9**	5	
	255	12*	—		290	9**	6	
	73	9**	6		121	12*	—	
	86	9**	6		273	12*	—	
			391		8** WM	—		
1770	216	12*	—	1778***	—	—	—	
	224	12*	—					
	209	9**	—	1779	407	9**	—	
	242	9**	—					
1771	185	12*	—	1780	169	9**	6	
	274	12*	—		193	9**	6	
	116	9**	—		206	12*	6	
	144	9**	—					
1772	182	12*	—	1781	—	—	—	
	295	12*	—	1782	152	12*	—	
	35	9**	—					
1773	42	12*	—	1783	9	12*	—	
	145	12*	—		269	9**	—	
	134	9**	—	287	9**	—		
	258	9**	—	1784	—	—	—	
1774	48	9**	—	1785	10	9**	—	
	48	12*	—		50	12*	—	
	77	12*	—		54	12*	—	
	168	9**	—	1786	77	9**	6	
	174	12*	—		441	9**	6 ^o	
	215	12*	—					
	367	9** WM	—					

* Mit Seil und Kloben.

** Ohne Seil und Kloben.

*** Ab 1778 lassen sich die Tagelöhne der Schieferdecker aus den Rechnungsbelegen nicht immer genauestens feststellen. Es sind daher nur die Belege verwendet worden, aus denen der Tagelohn einwandfrei hervorgeht. Fest steht jedoch, daß sich die Löhne nicht verändert haben, da ja auch die Löhne der anderen Handwerker keine Veränderung erkennen lassen.

^o Lehrling.

Tabelle IV (Fortsetzung)

Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Schiefer- decker gr.	Hand- langer gr.
1787 ^o	-	-	-	1795	150	9*	5
1788	35	9*	-		261	9*	5
1789 ^o	-	-	-	1796 ^{oo}	165	12*	5
1790	26	10**	-		166	12*	5
	53	10**	-		173	12*	5
	64	10**	-		365	12*	12†
	75	10**	-	1797 ^{oo}	210	12*	6
1791	296	9*	-		212	12*	6
	297	9*	-		213	12*	6
	301	9*	-	1798	220	15**	6
	298	10**	-		80	12**	6
1792					156	12**	6
Bd II	1-9	9*	-		165	12**	6*
1793	17 ^{oo}	9*	-	1799/	34	12**	6
	21	9*	6	1800	77	12**	6
	33	9*	6		80	12**	6
	34	9*	6				
1794	189	9*	6				
	428	9*	6				
	443	9*	6				
	456	9*	6				

* Ohne Seil und Kloben.

** Mit Seil und Kloben.

^o Bei den Jahren 1787 und 1789 ließen sich die Tagelöhne nicht einwandfrei feststellen, sie werden sich aber auf der gleichen Höhe wie in den anderen Jahren bewegen.

^{oo} Ab hier Belege der Baurechnung.

^{ooo} In den Jahren 1796/97 erhöhten sich die Tagelöhne auf 12 Groschen. Auf den Belegen ist nicht vermerkt, daß die Arbeiten mit Seil und Kloben ausgeführt wurden. Auf dem Beleg 1797/220 ist vermerkt, daß ein Zuschlag von 3 Groschen gezahlt wurde, da die Arbeit mit Seil und Kloben ausgeführt wurde.

† Meister.

Tabelle V

Tagelöhne der Ziegeldecker und Handlanger nach den Rechnungsbelegen

Jahr	Rechnungs- beleg	Ziegel- decker gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Ziegel- decker gr.	Hand- langer gr.
1750	50	7	6	1761	5	8	7
	65	7	6		36	9	7
	78	7	6		69	9	7
	206	7	6		263	9	7
1751	237	7	6	1762	76	14	—
	238	7	6		128	14	9
	239	7	6	1763	117	17	12
	240	7	6		122	17	12
1752	130	7	6	1764	130	17	12
	147	7	6		85	7*	6
	161	7	6		117	7*	6
	168	7	6		173	7**	6
1753	118	7	6	1765	280	7	6
	133	7	6		7	7	6
	148	7	6		129	7	7
	161	7	6		156	7	7
1754	197	7	6	1766	171	7	7
					34	8	6
1755	193	7	6	181	8	6	
	142	7	6	225	8	6	
	454	7	6	345	8	6	
1756	25	7	6	1767	56	8	6
	149	7	6		70	7	6
	156	7	6		82	7	6
	189	7	6		136	7	6
1757	102	7	6	1768	99	7	6
	111	7	6		137	7	6
	115	7	6		216	7	6
1758	14	7	6	1769	379	6	5 WM
	24	7	6		21	7	6
	86	7	—		91	7	6
	94	7	—		199	7	6
1759	14	7	6	233	7	6	
1760	6	7	6	1770	93	7	6
	48	7	6		158	7	6
	140	7	6		255	7	6
	200	7	6		312	6	5 WM

* Monat Juli.

** Monat August.

Tabelle V (Fortsetzung)

Jahr	Rechnungs- beleg	Ziegel- decker gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Ziegel- decker gr.	Hand- langer gr.
1771	42	7	6	1782	15	7	6
	123	7	6		29	7	6
	150	7	6		243	6	5 WM
	215	7	6		251	6	5 WM
1772	410	7	6	1783	63	7	6
1773	39	7	6	138	7	6	
	129	7	6	218	7	6	
	236	7	6	262	6	5 WM	
	324	6	5 WM	1784	25	7	6
1774	21	7	6	45	7	6	
	159	7	6	135	7	6	
	224	7	6	224	7	6	
	306	6	5 WM	1785	65	7	6
1775	31	7	6	138	7	6	
	145	7	6	255	7	6	
	211	7	6	290	6	5 WM	
	363	6	5 WM	1786	46	7	6
1776	25	7	6	76	7	6	
	133	7	6	239	7	6	
	170	7	6	246	6	5 WM	
	251	7	6	1787	44	7	6
1777	19	7	6	53	7	6	
	215	6 $\frac{1}{2}$	—	185	7	6	
	344	6 $\frac{1}{2}$	—	257	6	5 WM	
	366	6	— WM	1788	93	7	6
1778	62	7	6	183	7	6	
	154	7	6	270	7	6	
	207	7	6	421	6	5 WM	
	309	6	5	1789	102	7	6
1779	43	7	6	133	7	6	
	154	7	6	184	7	6	
	226	7	6	274	6	5 WM	
	344	6	5 WM	1790	143	7	6
1780	38	7	6	163	7	6	
	146	7	6	209	7	6	
	250	7	6	286	6	5 WM	
	276	6	5 WM	1791	283	7	6
1781	73	7	6	286	7	6	
	113	7	6	290	7	6	
	137	7	6	292	7	6	
	232	6	5 WM	1792	1-18	7	6
				Bd II			

Tabelle V (Fortsetzung)

Jahr	Rechnungs- beleg	Ziegel- decker gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Ziegel- decker gr.	Hand- langer gr.
<i>1793</i>	236	7*	6	<i>1797</i>	114	8	6
	479	7	6		229	8	6
	615	7	6		366	8	6
	761	7	6		474	8	6
<i>1794</i>	92	7	6	<i>1798</i>	27	8	6
	119	7	6		106	8	6
	243	7	6	<i>1799/ 1800</i>	54	8	6
	478	7	6		179	8	6
<i>1795</i>	51	8	6		194	8	6
	144	8	6		221	8	6
	420	8	6				
	502	8	6				
<i>1796</i>	82	8	6				
	151	8	6				
	263	8	6				
	349	8	6				

* Ab hier Belege der Baurechnung.

Tabelle VI

Tagelöhne der Tagelöhner nach den Rechnungsbelegen der Ratsrechnung
des Stadtarchivs Quedlinburg

Jahr	Rechnungs- beleg	Tagelöhner gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Tagelöhner gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Tagelöhner gr.
1750	94	5	1758	16	4	1765	10	5
	110	4		81	4		20	5
	336	5		39	5***		26	5
				128	5 ^o		229	5
1751	254	4	1759	8	4	1766	14	5
	258	4		64	4		24	5
	264	5*		198	6***		41	5
	266	5*					86	6***
1752	159	4	1760	76	6	1767	31	6***
	170	4		161	5		35	6***
	204	4		357	6 ^{oo}		6	5
				363	7 ^{oo}		171	5
1753	4	4	1761	21	6	1768	26	5
	7	4		52	6		183	5
	9	4		175	7		230	5
	64	4		559	8		313	5
1754	37	4		605	9	1769	65	5
	48	4		626	10		186	5
	51	4	1762	77	8		238	5
	225	4		111	9		320	5
1755	45	4		117	9	1770	55	4
	205	4		157	12 ^{ooo}		154	4
	218	4	1763	13	10†		298	4
	251	4		15	10†		317	4
1756	79	4		26	10†	1771	59	4
	161	4		120	10†		142	5
	172	4		33	6††		220	5
	198	4	1764	5	7†††		370	5
1757	36	5**		6	9×	1772	186	5
	62	5**		7	8××		191	5
	150	4		19	7×		210	5
	155	4		35	7×		268	5
	170	3		138	4 ^{1/2} +			
	199	3		169	4 ^{1/2} ++			

* Arbeiten im Stadtgraben.

† Beim Brückenbau tätig.

†† Schutt abfahren.

††† Monat März.

× Monat Mai.

×× Monat April.

** Graben räumen.

o Arbeiten an den Walkemühlewehren.

oo Brückenbauarbeiten.

ooo Gräben räumen.

+ Monat Juli.

++ Monat August.

*** Wegeausbesserung im Ramberg (Harz).

Tabelle VI (Fortsetzung)

Jahr	Rechnungs- beleg	Tagelöhner gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Tagelöhner gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Tagelöhner gr.
1773	34	4	1782	72	4	1791	312	4
	153	4		114	4		315	4
	220	4		145	4		316	5**
	397	4WM		229	4WM		327	4
	51	5*						
1774	36	4	1783	42	4	1792		4***
	128	4		115	4		Bd II	5***
	210	4		227	4		1793	314
	310	4WM	339	4 WM	438	5**		
1775	75	4	1784	21	4	635	4	
	163	4		118	4	809	4	
	283	4		221	4	1794	109	4
	384	4WM	279	4 WM	233		5	
					316		4	
1776	11	4	1785	61	4	453	4	
	67	4		131	4	1795	173	5
	158	4		242	4		298	5
	228	4	321	4 WM	309	6**		
1777	35	4	1786	17	4	367	5	
	75	4		142	4	1796	60	6**
	212	5**		248	5**		161	5
	309	5**		262	4 WM		215	5
		321	5** WM	311	5			
1778	18	5	1787	59	4	1797	80	5
	51	5		126	4		284	5
	126	5		231	4		394	5
	217	4WM		263	4 WM		412	5
1779	30	5	1788	65	4	1798	193	5
	38	4		131	4		197	5
	147	5		206	4		102	5
	223	4		307	4 WM		214	5
	286	4WM						
1780	15	4	1789	13	4	1799/ 1800	83	5
	154	4		123	4		161	5
	218	4		232	5**		203	5
	291	4WM		270	4 WM		225	5
1781	12	4	1790	41	4	1800	269	6** °°
	122	4		144	4		270	6**
	213	4		241	5**		271	7**
	236	4WM		282	4 WM		298	8**

* Wegebesserungsarbeiten im Ramberg.

** Schwerere Arbeiten.

*** Belege ohne Nummern.

° Ab hier Belege der Baurechnung.

°° Rechnungsbeleg der Ratsrechnung.

Einige Überlegungen über die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion bei der Lektüre von Robert E. Schofield, *The Lunar Society of Birmingham. A social history of provincial science and industry in eighteenth-century England*.

University Press, Oxford 1963, 491 Seiten, Preis 70 sh

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

Marx und Engels haben schon im **Kommunistischen Manifest** die entscheidende Wendung, die der Kapitalismus in der Geschichte der Produktivkräfte brachte, so charakterisiert: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Wir wissen, daß es nicht Jahrzehnte oder Jahrhunderte sondern Zehntausende von Jahren dauerte, bis aus der groben Steinaxt das scharfe und wirksame Steininstrument wurde, das wir aus der späten Epoche der Wildheit kennen. Und auch heute noch streiten sich die Kenner ihres Faches darüber, ob die Technik des westeuropäischen Feudalismus der der griechischen und römischen Antike überlegen war.

Wahrlich, das waren, wie Marx und Engels sie auch nennen, konservative Gesellschaftsordnungen, denn die Entwicklung der Produktivkräfte ging in ihnen unendlich langsam vor sich.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung dagegen revolutioniert die Entwicklung der Produktivkräfte und revolutioniert sie immer wieder – bis in unsere Tage.

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches

frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“ So schrieben Marx und Engels 1848, wiederum im Kommunistischen Manifest, und das gleiche gilt für heute.

Aber:

Die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus war und ist nur möglich auf Kosten der Werktätigen, die unter ihm unendlich viel stärker ausgebeutet werden als in den vorangehenden Gesellschaftsordnungen.

Ja, die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktivkräfte fortwährend zu revolutionieren. Aber ebensowenig kann sie die Produktivkräfte fortwährend revolutionieren, ohne die Ausbeutung der Werktätigen fortwährend zu steigern. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft. Beide revolutionieren fortwährend die Produktivkräfte: die kapitalistische Gesellschaft jedoch auf Kosten der Werktätigen, die sozialistische Gesellschaft zum Nutzen der Werktätigen.

Das ist der entscheidende Unterschied. Es gibt jedoch noch einen Unterschied hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte, der wesentliche Bedeutung hat.

Im Kommunistischen Manifest bemerken Marx und Engels über ein neues Verhältnis zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen, das in ihrer Zeit entstanden ist:

„Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie heranbildete, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse, worin die feudale Gesellschaft produzierte und austauschte, die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in ebenso viele Fesseln. Sie mußten gesprengt werden, sie wurden gesprengt.

An ihre Stelle trat die freie Konkurrenz mit der ihr angemessenen gesellschaftlichen und politischen Konstitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisieklasse.

Unter unsern Augen geht eine ähnliche Bewegung vor. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur noch die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen.“

Das heißt, mit der vollen Entfaltung des Kapitalismus haben sich Widersprüche so grundlegenden und antagonistischen Charakters entwickelt, daß die fortschreitende Revolutionierung der Produktivkräfte gehemmt wird und diese sich gegen die Produktionsverhältnisse empören. Der krassste Ausdruck dieser Empörung ist heute die Atomenergie, die in Form der Atombombe die ganze Welt bedroht. Die historische Folge dieser Empörung in unserem Jahrhundert ist die Schaffung einer sozialistischen Welt.

In einer (vollendeten) sozialistischen Welt aber sind alle Hindernisse und Widersprüche, die die Produktionsverhältnisse einer ungehemmten Entwicklung der Produktivkräfte entgegenstellen können, beseitigt.

Das heißt, die Entwicklung der Produktivkräfte geht trotz ihrer fortwährenden Revolution durch die Bourgeoisie im Sozialismus schneller vor sich als im Kapitalismus, weil einmal die fortwährenden Reibungen und Fesselungen, gegen die sie sich im Kapitalismus empören müssen, fortfallen, und vor allem auch, weil die Werktätigen, denen die fortschreitende Revolution der Produktivkräfte im Kapitalismus nur gesteigerte Ausbeutung bringt, im Sozialismus aber gesteigerten Wohlstand, natürlich unter den Verhältnissen des Kapitalismus kein Interesse, unter den Verhältnissen des Sozialismus jedoch das stärkste Interesse an der Weiterentwicklung der Produktivkräfte haben.

*

In der Zeit, in der die Lunar Society wirkte, dem Vierteljahrhundert von der Mitte der sechziger bis zum Anfang der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts, bestanden merkwürdige soziologische Verhältnisse.

Können wir von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts von dominierenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen in England sprechen, können wir sagen, daß seit der Englischen Revolution von 1640 in England die Produktionsweise wie auch der Überbau, also die Gesellschaft als Ganzes, kapitalistischen Charakter tragen, so müssen wir gleichzeitig feststellen, daß in all dieser Zeit die Hauptwidersprüche des Kapitalismus noch verhältnismäßig unentwickelt sind. Die Widersprüche, von denen Marx und Engels sagen, daß sie die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen, deretwegen sich die Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse empören, beginnen sich erst im Laufe der Industriellen Revolution, mit deren Anfängen die der Lunar Society zusammenfallen, zu entfalten.

Die Lunar Society wirkt also in einer Zeit, in der die Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte zunächst noch gut erhalten ist, wenn auch bereits erste Anfänge scharfer Reibung zu beobachten sind. Sie hat noch alle Vorteile der Epoche der vollen Übereinstimmung und geht zugrunde genau in dem Moment, in dem die erste (noch partielle, auf die Baumwollindustrie beschränkte) zyklische Überproduktionskrise ausbricht.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Lunar Society, eine Vereinigung von Wissenschaftlern hervorragender Begabung, erfüllt von einzigartigem Sinn für die Praxis, zum klassischen Beispiel der Beziehungen von Wissenschaft und Produktivkräften werden konnte.

Ich sage zum klassischen Beispiel – auch wenn diese Charakterisierung bisher eigentlich nur objektiven Charakter trägt. Denn die Lunar Society hat in der Kulturgeschichte nur ungenügende Beachtung gefunden. So ist ihre Bedeutung in der deutschen Literatur während des letzten Vierteljahrhunderts wohl am eingehendsten in meiner Geschichte der Lage der Arbeiter in England¹ (auf zwei Seiten!) behandelt worden, und die Hauptstütze für jeden Bearbeiter waren vor allem die kleinen Studien von Schofield sowie das seit 1955 in der Harvard

¹ *Kuczynski, Jürgen*, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760–1832, Berlin 1964, S. 76f. = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, T. 2, Bd 23.

University liegende Manuskript seiner Doktordissertation. Jetzt hat Schofield seine Arbeiten in dem hier angezeigten großen Bande zusammengefaßt und allen Wissenschaftlern eine solide Tatsachenbasis für soziologische und rein theoretische Überlegungen gegeben.

Das große Interesse, das die Lunar Society heute erregen muß, ist darin begründet, daß sie den größten Beitrag zur Verwissenschaftlichung der Produktion geleistet hat, den je eine Gemeinschaft von Wissenschaftlern verwirklichen konnte, daß sie ein einzigartiges Beispiel der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaftspraxis gegeben hat, daß sie eine Wirkungsgemeinschaft von Wissenschaftlern verschiedenster naturwissenschaftlich-technischer Zweige darstellt, mit einer Fähigkeit zur Zusammenarbeit und einer Reaktionsfähigkeit auf die Bedürfnisse der Praxis, wie wir sie seitdem nicht wieder gekannt haben. Eine Kombination von Eigenschaften, wie sie natürlich nur möglich ist, wenn die Produktionsverhältnisse noch mit dem Charakter der Produktivkräfte übereinstimmen, wenn die Widersprüche der vorangehenden Gesellschaftsordnung seit langem überwunden, die der ablaufenden noch nicht offen ausgebrochen sind, in einer Gesellschaft, die noch eine Generation später Ricardos Werk hervorbringt, das genau wie die Lunar Society nur eine Aufgabe sieht: die Produktivität der menschlichen Arbeit zu verdoppeln und wieder zu verdoppeln und immer wieder zu verdoppeln – möglichst ohne Rücksicht auf die Folgen für Menschen und gesellschaftliche Klassen. Oder wie Marx in seinen „Bemerkungen über die Geschichte der Entdeckung des sogenannten Ricardoschen Gesetzes“ sagt: „Die Rücksichtslosigkeit Ricardos war also nicht nur *wissenschaftlich ehrlich*, sondern *wissenschaftlich geboten* für seinen Standpunkt. Es ist ihm aber deshalb auch ganz gleichgültig, ob die Fortentwicklung der Produktivkräfte Grundeigentum totschlägt oder Arbeiter. Wenn dieser Fortschritt das Kapital der industriellen Bourgeoisie entwertet, so ist es ihm ebenso willkommen. Wenn die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit das *vorhandene* capital fixe um die Hälfte entwertet, was liegt dran, sagt Ricardo. Die Produktivität der menschlichen Arbeit hat sich verdoppelt. Hier ist also *wissenschaftliche Ehrlichkeit*. Wenn die Auffassung Ricardos im ganzen im Interesse der *industriellen Bourgeoisie* ist, so nur, *weil* und *soweit* deren Interesse koinzidiert mit dem der Produktion oder der produktiven Entwicklung der menschlichen Arbeit. Wo sie in Gegensatz dazu tritt, ist er ebenso *rücksichtslos* gegen die Bourgeoisie, als er es sonst gegen das Proletariat und die Aristokratie ist.“²

Stellen wir zunächst die wichtigsten Mitglieder der Lunar Society mit ihren Hauptberufen und Hauptbeschäftigungen vor:

Matthew Boulton, Unternehmer, Ingenieur und Partner von James Watt, Ingenieur und Unternehmer,

Erasmus Darwin, Arzt, Botaniker, Pädagogiktheoretiker und Dichter,

Thomas Day, Grundbesitzer, Pädagoge, Verfasser von naturgeschichtlichen Schriften für Kinder,

Richard Lovel Edgeworth, Wagenbautechniker, Pädagogiktheoretiker, Grundbesitzer, Verfasser von Büchern für Kinder,

Samuel Galton, Unternehmer und Naturwissenschaftler, Verfasser eines Kinderbuches über Vögel,

² Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 2, Berlin 1959, S. 107.

James Keir, Unternehmer und Chemiker,
 Joseph Priestley, Pfarrer, Theologe und Chemiker,
 William Small, Mathematiker, Chemiker, Unternehmer,
 Josiah Wedgwood, Unternehmer, Chemiker, Kunsthandwerker,
 John Whitehurst, Uhrmacher, Mechaniker, Geologe,
 William Withering, Arzt und Botaniker.

Dazu sollte man aus dem Umkreis noch nennen:

Benjamin Franklin, Staatsmann, Unternehmer, Elektrizitätsspezialist,
 John Roebuck, Arzt, Chemiker, Unternehmer,
 John Wilkinson, Unternehmer und Eisenspezialist.

Fast alle Mitglieder der Lunar Society waren engste persönliche Freunde, und gar manche wurden im Laufe der Zeit verwandtschaftlich verbunden. Eine Wedgwood-Tochter heiratete einen Darwin-Sohn. Eine Darwin-Tochter heiratete einen Galton-Sohn. Eine Galton-Enkelin heiratete einen Keir-Enkel. Priestley heiratete eine Schwester von John Wilkinson. Unter den Kindern ist nur eines, das bedeutender ist als die Eltern, Maria Edgeworth, die Romanschriftstellerin. Unter den Enkeln ist der große Darwin zu nennen, ferner der bedeutende Biologe Francis Galton, der mathematische Politökonom F. Y. Edgeworth und der Dichter Th. L. Beddoes, ein anderer Edgeworth-Enkel. Aus der vierten Generation sei erwähnt Priestleys Urenkelin Bessie Rayner Parkes, die Feministin, deren Sohn Hilaire Belloc Dichterruhm in unserem Jahrhundert erwarb, ebenso wie seine Schwester, die Romanschriftstellerin Marie Belloc Lowndes. Zu bemerken ist wohl auch die Tatsache, daß in den letzten zweihundert Jahren der Geschichte der ältesten und vornehmsten wissenschaftlichen Gesellschaft der Welt, der Royal Society, ihr stets eine Generation der Darwins angehört hat.

Auffallend bei den Berufsbezeichnungen ist die Zahl derer, die gleichzeitig Unternehmer und Wissenschaftler sind – fünf von den genannten neun Mitgliedern. Auffallend auch, daß drei von ihnen für Kinder schrieben, Propagandisten höchster Begabung . . . Days History of Sandford and Merton in drei Bänden erlebte an fünfzig Auflagen! Drei von ihnen waren stark pädagogisch interessiert: Edgeworths Practical Education erlebte zahlreiche englische und amerikanische Auflagen, dazu fünf französische!

*

Von besonderem Interesse in der Lunar Society für uns heute ist die Lebendigkeit und Intensität dessen, was wir Gemeinschaftsarbeit nennen. Einzig in der Geschichte ist die Zusammenarbeit von Marx und Engels, großartig die von Jacob und Wilhelm Grimm, von Edmond und Jules de Goncourt, zeitweise von Goethe und Schiller. Gemeinschaftsarbeit eines größeren Kreises jedoch, wie sie die Lunar Society tätigte, ist bisher beispiellos in der Geschichte – bisher, noch . . .

Während Boulton und Watt an ihrer Dampfmaschine arbeiten, an ihrer Verbesserung und Verbreitung, Zeichnungen und Gedanken brieflich austauschen, wenn sie getrennt sind, werken mit ihnen an Verbesserungen und der Lösung spezieller Schwierigkeiten John Whitehurst und Erasmus Darwin, während Keir die chemische Seite von Boultons Unternehmung interessiert, ja er zeitweise die Geschäftsführung für ihn übernimmt, Edgeworth die Verkaufsbedingungen

der Maschinen überprüft und Wedgwood mit Boulton zahlreiche Produkte gemeinsam herstellt; Day beteiligte sich finanziell an dem Unternehmen von Boulton. Das alles ist nicht freundliches Interesse des einen für die Arbeit des anderen. Das ist intensive geistige und geschäftliche Zusammenarbeit.

Als John Roebuck mit seinen Hitze-Experimenten begann, hatte er die intensivste Unterstützung von Boulton und Watt, die schon aus geschäftlichen Gründen stärkstes Interesse daran hatten – Unterstützung nicht etwa durch Geld, sondern durch eigene Experimente. Whitehurst gesellt sich zu ihnen mit Experimenten an heißem Eisen, ebenso Withering und vor allem auch Wedgwood, dessen größter Triumph auf diesem Gebiet die Konstruktion seines berühmten keramischen Pyrometers, Hitzemessers, war. Auch Keir, Priestley und Darwin machen natürlich aktiv mit.

Groß ist die Zahl der Gebiete, auf denen, je nach den Ideen, die der einzelne gab, und stets mit der Praxis verbunden, die Mitglieder der Lunar Society gemeinsam arbeiteten, einer den anderen mit neuen technischen Erfindungen und Tricks, Experimenten und Überlegungen überraschend und weitertreibend: Hitze und Elektrizität, Metallurgie und Apparatekonstruktion, Optik und Geologie, Chemie und Medizin und Agrikultur.

Und nicht nur untereinander herrschte solche Zusammenarbeit. Als Abraham Bennet 1769 seine *New experiments on Electricity* veröffentlichte, nannte er unter denen, die ihm bei seinen Studien besonders geholfen hätten, Darwin, Priestly und Wedgwood. Ebenso verweist Priestley zu einer Zeit, als er noch nicht Mitglied der Lunar Society ist, auf die Arbeiten von Darwin.

Bisweilen kommt der Anstoß von außen. Als der Schweizer Arzt und Naturwissenschaftler Aimé Argand eine Öllampe konstruiert, die „nicht raucht“, und nach England kommt, um sie dort patentiert produzieren zu lassen, tritt er in Verbindung mit Boulton, der schon mit Small erfolglos an einer solchen Lampe gearbeitet hatte. Mehr als zwei Jahre lang (1784 bis 1786) finden wir jetzt in der Korrespondenz der Lunar-Mitglieder Bemerkungen über Arbeiten an der Verbesserung der Lampe. Boulton produziert für das von Argand in England gegründete Unternehmen die Metallteile, Watt fertigt Zeichnungen an, ebenso Darwin. Wedgwood wünscht Beteiligung an der „dekorativen“ Seite.

Daß Keramik auf Grund des Unternehmens von Wedgwood in der Lunar Society eine beachtliche Rolle spielen mußte, ist offenbar.

Die Freunde senden ihm Erden zur Probe – so Whitehurst und Darwin. Keir und Priestley haben neue Ideen für Experimente. Boulton arbeitet mit Wedgwood zusammen an der Herstellung von Gegenständen aus Metall (Boulton) und Keramik (Wedgwood), wobei sie sich gegenseitig beraten. Watt hat ein geschäftliches Interesse an der Delftfield-Töpferei in Glasgow und ist schon dadurch in diese Forschungstätigkeit einbezogen.

Ein anderes Gebiet, das die meisten der Lunar-Mitglieder anzog zwei – von ihnen, Day und Edgeworth, als größere Grundbesitzer – waren landwirtschaftliche Experimente, an denen sich Priestley und Darwin, Boulton, Withering, Edgeworth und Day beteiligten.

Auch auf dem Gebiet des Transports betätigen sich viele Mitglieder. Darwin und Edgeworth sind Spezialisten des Wagenbaus, Boulton füllt ein ganzes Notizbuch mit „Gedanken über Wagen“, und Wedgwood probiert sie mit sachverständiger Intelligenz aus.

Fragen des Transportwesens führen auch zu wirtschaftspolitischer Aktivität. In Staffordshire war 1764 ein Komitee gebildet worden, um die Verbindung der Flüsse Trent und Mersey durch einen Kanal zu sichern, der auch die Zufuhr von Rohstoffen zu Wedgwoods Werken außerordentlich verbilligt hätte. So war dieser das aktivste Mitglied in der Kampagne, die Erlaubnis zum Kanalbau vom Parlament zu erhalten. Darwin nahm starken Anteil an der Agitation. Boulton, Wedgwood, Darwin, Small, Keir, Day, Galton, Watt waren alle auch finanziell an Kanalbauten und Kanalgesellschaften beteiligt.

Ebenfalls wirtschaftspolitisch zu betrachten ist die Mobilisierung der Lunar Society für Arkwrights, des markantesten und erfolgreichsten Vertreters der Industriellen Revolution, Patentforderungen. Am 26. Januar 1785 schrieb Darwin an Boulton, daß er und Watt sich für die Wahrung eines Arkwrightschen Patents einsetzen sollten – und Watt wie Darwin erschienen dann auch für Arkwright zu den Gerichtsverhandlungen. Wedgwood schloß sich der Kampagne an. Schofield meint (S. 351)³, daß Arkwright unberechtigte Forderungen gestellt hätte, was uns bei diesem gerissenen Geschäftsmann nicht verwundern sollte, genausowenig auch, daß wir die Lunar Society auf seiten Arkwrights finden, wenn es um die Sicherung von Profiten auf Grund von Patenten ging.

*

Die allgemeine politische Haltung der Mitglieder der Lunar Society war im großen und ganzen fortschrittlich im Interesse des industriellen Kapitalismus, was Meinungsverschiedenheiten auch in entscheidenden politischen Fragen nicht ausschloß.

Day hatte 1775/76 ein Pamphlet gegen die Sklaverei in den amerikanischen Kolonien geschrieben, das er jedoch nicht veröffentlichte, da er befürchtete, es könnte nach Ausbruch des amerikanischen Befreiungskrieges den Kolonien in ihrem Kampf gegen England schaden. Boulton stand auf seiten Englands, konservativ und an allen Handelsvorteilen Englands gegenüber den Kolonien interessiert. Priestley war natürlich auf seiten der Kolonien, auch Wedgwood, Darwin, Keir finden wir in der Front gegen die eigene Regierung. Watt neigte der Sache Englands zu, meint Schofield (S. 139), ohne anderen Beweis jedoch als Watts viel späteren Konservatismus.

Im ganzen aber spielten außenpolitische Fragen keine entscheidende Rolle für die Lunar Society – ebensowenig wie der noch latente Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital.

Erst die Französische Revolution bringt außenpolitische und zugleich innenpolitische Probleme erneut und diesmal mit explosiver Wirkung vor die Lunar Society.

Wiederum stehen, zu Beginn der Revolution, die meisten Mitglieder der Lunar Society auf seiten des Fortschritts. Im Juli 1789 schreibt Wedgwood an Darwin: „Ich bin sicher, Sie werden mit mir voll Freude sein über die glorreiche Revolution, die in Frankreich stattgefunden hat“ (S. 358). Am 19. Januar 1790 schreibt Darwin an Watt: „Gratulieren Sie nicht Ihren Enkeln zur Morgendämmerung universeller Freiheit? Ich fühle, wie ich ganz französisch werde –

³ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch

in der Chemie wie in der Politik“ (S. 385). Keir war auch auf seiten der Revolution. Am intensivsten aber fühlte und handelte der Pastor und Chemiker Priestley.

Priestley ist der Welt als Chemiker bekannt, aber man darf nicht vergessen, daß die Mehrheit der Menschen in Birmingham damals dem Pastor begegnete. Er predigte regelmäßig, gab Kindern Religionsunterricht, redigierte eine theologische Zeitschrift, veröffentlichte in den Jahren von 1781 bis 1791 elf Bände zur religiösen Geschichte vom unitarischen Standpunkt, mindestens sieben Bände Predigten, Traktate und katechetische Arbeiten, gab ein Gesangs- und Hymnenbuch heraus und dazu mindestens vierzehn Schriften theologischer Polemik.

Seine Tätigkeit als Wissenschaftler – und er war einer der größten seiner Zeit – war also, genau wie die der anderen Mitglieder der Lunar Society, „nebenberuflich“.

Vor der Französischen Revolution, meist 1787, waren in England Gesellschaften gegründet worden, um den Jahrestag der Revolution von 1688 zu feiern. Mitglieder einer solchen, auch in Birmingham gebildeten Gesellschaft beschlossen, am 14. Juli 1791 ein Abendessen-Meeting zur Feier des Bastille-Tages zu veranstalten. Reaktionäre in Kirche, Staat und Wirtschaft in Birmingham organisierten und unterstützten daraufhin einen Mob-Angriff auf Häuser und Eigentum „kirchlicher Häretiker“ und politischer Radikaler. Sowohl die Predigerstätte Priestleys wie auch sein Haus, seine Bibliothek und sein Laboratorium wurden zerstört; das Haus von Withering wurde geplündert.

Die dem reaktionären Aufruhr folgende Zusammenkunft der Lunar Society fand am 12. September statt. Boulton kam nicht, und als Watt die (falsche) Mitteilung erhielt, daß Priestley kommen würde, nahm er Pistolen zur Sicherung der Versammelten mit.

Wedgwood hatte Priestley sofort Asyl geboten, Darwin organisierte einen Öffentlichen Brief an ihn, Galton nahm Priestleys Frau zu sich. Boulton scheint sich „herausgehalten“ zu haben – ohne für die Französische Revolution in England einzutreten, machte er mit der französischen Regierung Geschäfte. Aber als Priestley zunächst in der Nähe von London wieder ein Laboratorium einrichtet, senden Boulton und Watt Instrumente und Mineralien, Wedgwood Apparate und Geld, Keir Chemikalien, Galton und Withering Geld. Auch als er Entschädigung von der Regierung fordert, stehen sie alle zu ihm.

An den Treffen der Lunar Society nimmt Priestley jedoch nicht mehr teil, und 1794 wandert er mit seiner Familie nach Amerika aus, stets mit den Freunden brieflich verbunden.

Dem Treffen vom 12. September 1791 folgte das nächste wohl erst im folgenden Jahr. „Während der Jahre von 1791 bis 1800 löste sich die Lunar Society von Birmingham unmerklich auf“, schreibt Schofield (S. 369).

*

Schofield gibt seinem Buch den Untertitel: A social history of provincial science and industry in eighteenth-century England. Er hat recht, darauf hinzuweisen, daß es sich um ein Provinz-Phänomen handelt. Während der Industriellen Revolution war die gesamte gesellschaftliche Aufmerksamkeit, bewußt oder unbewußt, so intensiv auf die Entwicklung der Industrie konzentriert, daß Handel und

Finanzen selbst in England in den Hintergrund traten und damit London zum erstenmal seit Jahrhunderten nicht mehr das gesellschaftliche Zentrum war.

England wurde für einige Jahrzehnte eine polyzentrische Gesellschaft, in der intellektuelle Bourgeois-Zirkel von Bedeutung in den Provinzen – in Bath und Birmingham, in Bristol und Derby, in Manchester, in Newcastle, in Peterborough, Spalding und anderswo – entstanden, überall dort, wo die Bourgeoisie, zumeist in Unternehmergestalt, die Entwicklung eilig vorwärtstrieb.

Fast alle Mitglieder der Lunar Society waren Mitglieder der Royal Society: Darwin, Priestley, Whitehurst, Edgeworth, Wedgwood, Watt, Boulton, Withering, Keir, Galton. Als Zentrum wissenschaftlicher Tätigkeit sowie der Verbindung von Wissenschaft und Praxis zur Hebung der Produktivkräfte aber stand die Lunar Society einzig da – auch wenn die Öffentlichkeit wenig Notiz von ihr nahm und weder Huttons *History of Birmingham* (1781) noch die wöchentlich erscheinende *Aris's Birmingham Gazette* sie bemerkten. Und später? „Die Geschichte der Lunar Society scheint mit dem Tode ihrer Mitglieder verschwunden zu sein“, schreibt Schofield (S. 4).

In seiner Geschichte der Lage der arbeitenden Klasse in England erwähnt Engels sie nicht. An einzelnen Mitgliedern nennt er nur Watt – „und alle diese Maschinen erhielten doppelte Wichtigkeit durch James Watt's Dampfmaschine, die um 1764 erfunden und seit 1785 zur Betreibung von Spinnmaschinen angewandt worden war.“ Marx erwähnt im ersten Band des „Kapital“ Boulton und „das große Genie Watts“, dazu kommt im zweiten Band die Nennung von Priestley durch Engels. Das ist nicht verwunderlich, wenn die Erinnerung an die Gesellschaft so geschwunden ist, daß ein berühmter Enkel zweier Lunar-Mitglieder, Francis Galton, von der „dürftig kargen Geschichte der einst wohl bekannten Lunar Society der Midland-Grafschaften“ schreibt.⁴

Erst in unserer Zeit, in der der Prozeß der Verwissenschaftlichung der Produktion eine neue Intensität angenommen hat, beginnt man sich wieder für dieses eigenartige Phänomen in der Geschichte menschlicher Bemühungen um den Fortschritt zu interessieren.

Es ist eine Ehrenpflicht marxistischer Historiker, die frühe Geschichte hervorragenden Zusammenwirkens von Wissenschaftlern und Wirtschaftlern – oft in einer Gestalt – zur Entwicklung der Produktivkräfte neu zu entdecken und darzustellen. Für die Erfüllung dieser Aufgabe stellt das Buch von Schofield keine geringe Hilfe dar.

⁴ Galton, Francis, *Hereditary Genius*, London 1869, S. 193.

Produktivkräfte und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Bemerkungen zu Theodor Prager, Wirtschaftswunder oder keines?
Zur politischen Ökonomie Westeuropas

Europaverlag, Wien 1963, 192 Seiten

VON DIETER KLEIN

„Hat sich der Kapitalismus gewandelt?“ Das ist die Frage, die der österreichische Marxist Theodor Prager in seinem höchst interessanten Büchlein an den Beginn seiner Betrachtungen stellt. Prager bejaht diese Wandlung. „Entgegen manchen Vorstellungen war die sogenannte allgemeine, also alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Krise des gesamten kapitalistischen Systems durchaus nicht von einer mehr oder minder gleichlaufenden Verschärfung der *zyklischen* Krisen begleitet. Die Produktivkräfte haben – bei fortschreitender Monopolisierung der industriellen und finanziellen Struktur – erstaunliche Fortschritte gemacht, und nicht nur die Produktionskapazität, sondern auch die Produktion selbst hat sich in seit langem nicht mehr gewohntem Tempo entfaltet . . . In bedeutenden Teilen der kapitalistischen Welt herrscht seit vielen Jahren Konjunktur und sogar Vollbeschäftigung, und der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten hat sich beträchtlich gehoben“ (S. 7/8).¹ Und weiter beschreibt Prager die Gesamtsituation, um deren Neuerfassung er nach seinen eigenen Worten bemüht ist, mit der Feststellung, daß wir es mit einem Kapitalismus zu tun haben, „der in großen Bereichen seiner entwickelten Gebiete relativ klaglos funktioniert – oft mitsamt allen äußerlichen Attributen einer bürgerlichen Demokratie, ohne besondere Gewaltanwendungen und ohne allzu drastische Herausforderung des normalen Anstandsgefühls, ja, mit einem Maß an Wohlstand und Sättigung, das noch vor zwei Jahrzehnten kaum vorstellbar schien: so daß die Werbeslogans vom Sozial- und Wohlfahrtsstaat in breiten Kreisen der Arbeiterschaft zwar nicht frommgläubig hingenommen, aber auch durchaus nicht als absurd empfunden werden. Wenn das keine Wandlung ist . . . Fast möchte man, in Anlehnung an ein bekanntes Wort sagen: Wer hier seine Gedanken nicht überprüft, der hat keine zu überprüfen“ (S. 8f.).

Prager legt nun seine Ansichten über die Ursachen der nach dem zweiten Weltkrieg so raschen Expansion, über die nach wie vor existierenden Fäulniserscheinungen des Imperialismus, über die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik und die Rolle des staatseigenen Sektors, über Löhne und Lohnpolitik,

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

über das „Profil des Wohlfahrtsstaats“, über Vermögenskonzentration und Machtoligarchie, über ökonomische Probleme der Aufrüstung und der Abrüstung sowie über die Planifikation und die Integration dar und schließt seine Überlegungen mit Gedanken „zur politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“.

Theodor Prager geht davon aus, daß zwei Erscheinungen für die Beurteilung aller neuen Probleme des Imperialismus entscheidend sind.

Erstens hebt er als wichtiges Moment der neuen Situation die Tatsache hervor, daß sich heute der Kapitalismus einem sozialistischen Lager gegenüber sieht, das ihn durch seine bloße Existenz zum Wettbewerb herausfordert und ihm eine Reihe von Maßnahmen zur Erhaltung der eigenen Existenz aufzwingt. Prager stellt also das charakteristische Moment unserer gegenwärtigen Epoche, den zunehmenden und in wachsendem Maße bestimmenden Einfluß des Sozialismus auf den Kapitalismus, an den Anfang all seiner Überlegungen.

Zweitens betrachtet er die Einwirkung des Sozialismus auf den Kapitalismus im engsten Zusammenhang mit der wachsenden Stärke der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte insbesondere in Westeuropa. Er arbeitet überzeugend heraus, wie der Druck des Sozialismus auf die Handlungen der Imperialisten die Positionen der antimonopolistischen Kräfte stärkt. „Im Zusammenwirken dieser neuen, weltweiten, dem Kapitalismus feindlichen Kräfte, liegt eine Herausforderung wie noch nie. Wie begegnen ihr die Oligarchien? Durch militärische Maßnahmen und die entsprechende politisch-propagandistische Begleitmusik, so viel ist klar. Aber auch, und das ist nicht weniger bedeutsam, indem sie eine *neue ‚politische Ökonomie‘* betreiben, *eine neue und dynamischere Strategie* der Wirtschaftspolitik im eigenen Bereich und in den außenwirtschaftlichen Beziehungen, durch welche sie die für den ‚Kommunismus‘ anfälligen fremden Völker und eigenen Bevölkerungsschichten stärker an sich zu binden trachten“ (S. 9, Hervorhebung von mir – D. K.).

Das ist der zentrale Gedanke in dem Buch Pragers. Das Monopolkapital entwickelt nach seinen Ausführungen als Reaktion auf die Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach dem zweiten Weltkrieg eine neue politische Ökonomie, wobei Pragers ganze Betonung auf dem *politischen* Charakter dieser Wirtschaftspolitik und Gesamtstrategie liegt. Ohne Zweifel ist es zunächst ein Verdienst, daß Prager mit dem größten Nachdruck die enorme Bedeutung des Wirkens des Sozialismus auf den Kapitalismus und des antimonopolistischen Kampfes für alle entscheidenden Prozesse in der imperialistischen Ökonomik herausarbeitet. Er tut dies bei der Behandlung jeder einzelnen Frage. Er entwickelt, daß die „neue politische Ökonomie“ des Imperialismus langfristig auf die Durchsetzung einer hohen Wachstumsrate und einer expansiven Grundtendenz der Wirtschaftspolitik gerichtet ist, und erklärt diese wesentlich aus politischen Momenten: „Sie entsprang allerdings weniger einem vorgefaßten Konzept als dem Druck der opponierenden Klassenkräfte. Diese zwangen den Oligarchien nicht nur das Lippenbekenntnis zu Vollbeschäftigung, Planung, Entwicklung der Produktivkräfte, Wirtschaftswachstum, sondern auch eine entsprechende Politik auf. So gesehen, ist das stärkere Wachstumstempo Westeuropas (und wohl auch Japans) eine Resultante der anders gelagerten Konstellation der politischen und Klassenkräfte“ (S. 25).

Prager stellt weiter die Frage, wie die Beseitigung der chronischen Arbeitslosigkeit in einer Reihe von imperialistischen Ländern und ihr erstaunlich hoher

Beschäftigungsstand zu erklären sei. Seine Antwort ist: „Rein wirtschaftliche Gründe reichen zur Erklärung dieses einzigartigen Phänomens nicht aus. Es liegt am geänderten Kräfteverhältnis in der Welt, am Druck der Klassenkräfte, daß — aus dem gesamten Spektrum der Möglichkeiten — zumeist solche Varianten, Wege, Linien gewählt wurden, die eine Beibehaltung der Vollbeschäftigung oder zumindest die Vermeidung einer größeren Arbeitslosigkeit erleichterten“ (S. 52).

Nach der Darlegung Pragers hat zu diesem Effekt staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik ihre zunehmende Langfristigkeit, der Übergang zur Arbeit mit Teilplänen und Prognosen beigetragen. Und auch diese wichtige neue Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus erklärt Prager vor allem mit dem Hinweis auf den ökonomischen Wettbewerb und auf die politische Konstellation in den imperialistischen Ländern, die ihnen eine Anarchie im früher üblichen Maße nicht mehr gestattet. „Weil die Katastrophen der letzten Jahrzehnte, Kriege, Krisen, Revolutionen das ganze System in Frage gestellt haben, weil es sich als weitgehend funktionsunfähig erwiesen hat, weil es nicht länger seinem Selbstlauf überlassen bleiben darf, weil sich ihm in Gestalt der Sowjetunion und der andern Länder der Planwirtschaft eine *Alternative* eröffnet hat, weil ‚der Kapitalismus nur (mehr) eines von mehreren Wirtschaftssystemen ist‘ und sich dem Wettbewerb mit einem grundsätzlich anders gearteten System stellen muß“ (S. 37) — deshalb werden in vielen imperialistischen Staaten erhebliche Anstrengungen unternommen, eine langfristige staatsmonopolistische Programmierung zu schaffen.

Schließlich betont Theodor Prager auch bei der Behandlung der kapitalistischen Integration, daß deren Erfolge in erster Linie das Ergebnis einer langfristig konzipierten Politik der Monopole sind und daß die Integration sich deshalb trotz der tiefen Widersprüche zwischen den imperialistischen Interessengruppen durchsetzt. „Umso bemerkenswerter ist der Erfolg, der diese Bemühungen dennoch gekennzeichnet hat und der das Produkt einer wohlgedachten langfristigen Strategie nicht bloß einer einzelnen, sondern mehrerer Oligarchien ist“ (S. 59).

Die Grundkonzeption zur Analyse der neuen Erscheinungen der kapitalistischen Wirklichkeit, die in diesen Auffassungen Pragers zum Ausdruck kommt, fordert zur Diskussion heraus. Ohne Zweifel hat Theodor Prager damit recht, daß jeder einzelne von ihm behandelte Prozeß der imperialistischen Ökonomik in starkem Maße durch die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus stimuliert wird. Es ist auch richtig, daß die Arbeiterklasse keineswegs in dem gegenwärtig festzustellenden, wenn auch bescheidenen Maße aus der technischen Entwicklung des Imperialismus Vorteile ziehen könnte, wenn sie nicht alle diese Verbesserungen in harten Kämpfen gegen das Finanzkapital erzwingen würde.

Aber eine prinzipielle Frage bleibt bei alledem offen. Warum ist es dem Finanzkapital denn nun *möglich*, die Internationalisierung der Wirtschaft, die staatsmonopolistische Planifikation und Wirtschaftsregulierung, die Spezialisierung und die Hebung des Lebensstandards breiter Schichten der Werktätigen mittels der Wirtschaftspolitik mit beachtlichen Ergebnissen voranzutreiben? Hat sich tatsächlich nur das Gewicht von Ökonomie und Politik in solchem Maße gewandelt, daß die politische Strategie der Monopole ihnen jetzt ermöglicht, was früher nicht realisierbar war? Wenn ja, warum ist diese Entwicklung dann erfolgt?

Liegen der veränderten staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik nicht wichtige Wandlungen in den Produktivkräften und in den Produktionsverhältnissen des

Imperialismus zugrunde, die zu einer Modifikation in der Wirkungsweise vieler ökonomischer Gesetze führen, so daß die „neue politische Ökonomie“ des Finanzkapitals zwar politisch motiviert, jedoch im Grunde vor allem Reflektion der veränderten ökonomischen Situation ist und auch in Veränderungen des Monopols und der Funktionsweise des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst wurzelt?

Alles spricht dafür, daß diese Frage zu bejahen ist. Auch Prager tut das an einer Stelle seiner Arbeit. Dort erklärt er: „Diese wirtschaftspolitische Praxis ist vielmehr das Ergebnis ausgewogener gesellschaftlicher Umstände, sie entspringt primär dem Konflikt zwischen den vorwärtsdrängenden Produktivkräften und den sie hemmenden Eigentumsverhältnissen, dem Druck und Gegendruck der Klassenkräfte, und nicht irgendeinem vorgefaßten theoretischen Konzept“ (S. 39). Aber diese Auffassung wird nicht weiter verfolgt, so daß es nützlich erscheint, die Ausführungen Pragers über die Einwirkung des Sozialismus und der Klassenauseinandersetzungen auf die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik durch eigene Gedanken über die objektiven ökonomischen Grundlagen dieser Politik zu ergänzen.

In den imperialistischen Ländern vollzieht sich heute ebenso wie in den fortgeschrittenen sozialistischen Ländern der Prozeß der technischen Revolution, charakterisiert durch die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare und für die Produktion immer mehr entscheidende Produktivkraft, durch die Chemisierung der Volkswirtschaft, durch die Automatisierung – das heißt durch die wachsende Bedeutung der elektronischen Regelung und Steuerung der Produktionsprozesse –, durch die Rolle der technischen Kybernetik in allen Zweigen. Im Zusammenhang damit tritt der gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses – auch im Imperialismus – noch ausgeprägter hervor als je zuvor. Zweifellos widerspricht dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die privatkapitalistische, besonders monopolistische Aneignung. Und dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus verschärft sich zunehmend.

Früher wurde nicht selten die Auffassung vertreten, daß der Kapitalismus infolge der Verschärfung des ihm innewohnenden Grundwiderspruches immer weniger in der Lage sei, die notwendigen Entwicklungsbedingungen für die Produktivkräfte zu schaffen. Und auch heute treffen wir diese Auffassung nicht selten an. Zum Beispiel heißt es in einem Bericht des Deutschen Wirtschaftsinstituts: „Je mehr sich die EWG ihrer Vollendung nähert, desto unvermeidlicher und schärfer werden die Konflikte werden, desto heftiger werden die unterschiedlichen Interessen aufeinanderprallen. Das wird alle Versuche der Planung und Koordination *immer weiter* erschweren“² (Hervorhebung von mir – D. K.).

Eine andere, unter dem Eindruck der Tatsachen häufig vertretene Auffassung ist die, daß die Monopole und der ihnen untergeordnete Staat zwar eine Reihe von Problemen anpacken und teilweise lösen, daß dies aber ihrem eigenen Wesen widerspreche, erzwungen sei und eigentlich den Eigentumsverhältnissen völlig zuwiderlaufe. Danach praktiziert der staatsmonopolistische Kapitalismus eine Wirtschaftspolitik, die er sozusagen von Rechts wegen, wenn er sich seinem Wesen gemäß verhielte, gar nicht betreiben dürfte. Der Böse führt sich selbst und uns an der Nase herum.

Nun verschärft sich der kapitalistische Grundwiderspruch im modernen Imperialismus in der Tat. Das geschieht im Prozeß der Konkurrenz um den Monopolprofit und in Form der sich dabei gesetzmäßig ergebenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Dabei bilden sich jedoch – solange der Grundwiderspruch nicht durch die Beseitigung des Kapitalismus aufgehoben wird – stets neue Formen der Bewegung der kapitalistischen Widersprüche. Bereits Marx betonte, die Entwicklung der Warenproduktion hebe die „Widersprüche nicht auf, schafft aber die *Form*, worin sie sich bewegen können. Dies ist überhaupt die Methode, wodurch sich wirkliche Widersprüche lösen.“³ Statt also die Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs mit dem Schluß zu verbinden, daß der Kapitalismus immer unbeweglicher und unfähiger zur Entwicklung der Produktivkräfte wird, sollten wir die Gültigkeit verschiedener von Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“ getroffenen Feststellungen gerade für die gegenwärtigen Bedingungen der technischen Revolution durchdenken. Dort heißt es: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“⁴

Besonders in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg haben sich als Reflektion auf die Entwicklung der Produktivkräfte und im Ergebnis der Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche wichtige Veränderungen innerhalb der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse, im Monopol und im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, vollzogen. Diese Veränderungen betreffen zum Beispiel das Verhältnis von Monopol, Konkurrenz und Zusammenarbeit, die Struktur des monopolkapitalistischen Eigentums, den ökonomischen Wirkungsgrad und den Funktionsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Internationalisierung des Monopols und des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Konkurrenz der einen Monopole und Gruppen gegen die anderen brachte zum Beispiel eine Vielzahl neuer Formen der nationalen und internationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals hervor. In dem Maße, wie die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird, zwingt dieser Prozeß auch zur Entwicklung neuer Formen der Konzentration und der Monopolverflechtung. Das Patent- und Lizenztauschkartell als Form der Monopolisierung und Rationalisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der effektiveren Nutzung des Forschungspotentials tritt immer stärker in den Vordergrund. Die gemeinsame Nutzung kostspieliger Anlagen, zum Beispiel die Benutzung französischer Kernforschungszentren durch westdeutsche Konzerne – unter anderem durch AEG und Degussa – wirkt in der gleichen Richtung. Ebenso muß man auch in der Abstimmung der Produktionsprogramme – zum Beispiel zwischen den Volkswagenwerken und Daimler-Benz, zwischen Auto-Union und Manurhin, zwischen Renault und Finmeccanica –, in Spezialisierungsabkommen, gemeinsamer Kaderausbildung, gemeinsamer Finanzierung großer Projekte durch Monopole verschiedener Länder, in dem gegenseitigen Verfügbarmachen des Großbankfilialnetzes verschiedener Länder usw. neue Formen der Entwicklung der Produktivkräfte sehen.

Diese Formen bringen zum Ausdruck, daß die zunehmende Konkurrenz in dialektischer Weise zugleich zu einer merklichen Verstärkung der Zusammenarbeit

³ Marx, Karl, Das Kapital, Bd 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd 23, Berlin 1962, S. 118.

⁴ Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Werke, Bd 4, Berlin 1959, S. 465.

der einen Monopole in der Auseinandersetzung mit anderen führt, wobei die Konkurrenz zugleich verschärft und partiell abgeschwächt oder aufgehoben wird. Zum Beispiel bilden sich an den Nahtstellen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen und Produktionszweige neue Gesellschaften, die der gegenseitigen Durchdringung und produktiven Ausnutzung verschiedener Wissenschaften dienen und in die die Monopole verschiedener Zweige Mittel und Kader einbringen, um neue Entwicklungen der Produktivkräfte zu bewältigen, die über die Kraft und den Herrschaftsbereich der einzelnen Monopole hinausgehen.

Diese Entwicklung ist mit verschiedenen anderen Prozessen in enger Wechselwirkung verbunden. Infolge der Gruppierung verschiedener Monopole mehrerer Länder zu internationalen Interessengemeinschaften genügt es zum Beispiel nicht mehr, daß nur die einzelnen Staaten ihr staatsmonopolistisches Instrumentarium zugunsten der sie beherrschenden Monopole einsetzen. Die Internationalisierung der privatmonopolistischen Ökonomie verlangt vielmehr, daß supranationale staatsmonopolistische Fonds und Instrumentarien zugunsten der international mächtigsten Monopole entwickelt werden, daß also der staatsmonopolistische Kapitalismus sich auf internationaler Ebene weiterentwickelt, wie das in Gestalt von EWG, Euratom und Montanunion geschieht.

Ferner bringt es die neue Stufe monopolistischer Verflechtung mit sich, daß wenige führende Monopole weit über den Rahmen ihres eigenen unmittelbaren Herrschaftsbereiches hinaus die Wirtschaft überblicken, daß die Forschungskapazitäten weit stärker als Produktion und Kapital konzentriert werden und daß damit die Monopole die Möglichkeit realer, langfristiger wissenschaftlich-technischer Prognosen erhalten.

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bietet wiederum Möglichkeiten, solche Prognosen in langfristige, über bloße Trendprognosen hinausgehende staatsmonopolistische Programme umzusetzen, die wirtschaftspolitisch gesetzte Ziele sowie Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung enthalten.

Theodor Prager widmet der staatsmonopolistischen Programmierung in Gestalt der französischen Planifikation einen ganzen Abschnitt. Sehr richtig stellt er dabei die Verbindung von Planifikation und Anwendung einer Vielzahl ökonomischer Hebel dar, ohne das allerdings so zu bezeichnen. Prager verweist nämlich darauf, daß wohl für den Erfolg der Planifikation gezielte Steuer- und Kreditbegünstigungen, Forschungs- und Entwicklungssubventionen usw. am wichtigsten sind.

Im Grunde genommen haben wir es hier mit einem interessanten Phänomen zu tun. Die Planungsbehörden kapitalistischer Länder sind in der schwierigen Lage, ihre Programme nicht verbindlich beschließen zu können, weil dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln entgegensteht. Derartige Programme werden deshalb in weit geringerem Maße zu Instrumenten *direkter* Leitung als die sozialistische Planung, die für die Planträger verbindlich ist. Darin zeigen sich die Hemmnisse, die der Imperialismus der gesellschaftlichen Organisation der Produktion in den Weg stellt.

Um diese Schwierigkeit zu umgehen, wurden eine Vielzahl ökonomischer Hebel entwickelt, die jenen Monopolen einen erhöhten Monopolprofit sichern, die sich programmkonform verhalten. In Frankreich wurden zum Beispiel 1961 für Subventionen und Kreditierungen von programmgerechten Vorhaben rund 4 Milliarden NF aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Weitere 5,25 Milli-

arden NF wurden als unmittelbare Finanzierungshilfe über den Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufgebracht, der dem Plankommissariat mit untersteht und dessen Vorsitzender der Finanzminister ist. Die verfügbaren staatlichen Kredite zu günstigen Sonderbedingungen werden nach Industriezweigen kontingiert. Im einzelnen prüft der Vorstand des Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung alle Programme, die mit direkter oder indirekter staatlicher Hilfe verwirklicht werden sollen, und entscheidet über ihre Förderungswürdigkeit.

Es ergibt sich also die Möglichkeit, fördernd oder hemmend auf die Entwicklung bestimmter Zweige, Projekte und Regionen einzuwirken, indem das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus bewußt auf die Ausnutzung des Profitinteresses der Kapitalisten, insbesondere der Monopole, zugunsten einer planmäßigen Entwicklung eingestellt wird. Der deutsch-amerikanische Ökonom Carl Landauer stellte mit Bezug auf die Planifikation fest, daß „also der Plan von der Wirtschaft ratifiziert werden [muß], indem die Unternehmungen auf die vom Staat gelieferten Informationen und geschaffenen Kreditbegünstigungen, Steuermaßnahmen usw. so reagieren, wie die Regierung das erwartet hat; im wesentlichen wird also der Plan nur soweit ausgeführt, wie er für die Wirtschaftseinheiten rentabel (und Abweichungen vom Plan unrentabel) gemacht werden kann.“⁵

Im Grunde liegt hier der Versuch des Finanzkapitals vor, das Gesetz des Monopolprofits mehr oder weniger bewußt für eine programmgerechte Entwicklung der Wirtschaft zu nutzen, die den erkannten Haupttendenzen in der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht. Wie das vorliegende Beispiel zeigt, wäre es eine unzulässige Vereinfachung, wollte man bei der Analyse der ökonomischen Beziehungen im heutigen Kapitalismus nur das Element der Spontanität betonen. Es zeigt sich vielmehr eine gewisse quantitative Zunahme der Bewußtheit, ohne daß das spontane Wirken der Gesetze etwa völlig zurückgedrängt werden kann. Dieses spontane Wirken äußert sich zum Beispiel in dem Einfluß der monopolkapitalistischen Konkurrenz auf die staatsmonopolistische Planifikation. So werden die staatsmonopolistischen Programme keineswegs ausschließlich durch erkannte objektive Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte bestimmt, sondern wesentlich auch durch spezifische Expansionsinteressen, die bestimmte Monopole in den von ihnen beherrschten Organen der Planifikation durchzusetzen trachten. Mit Recht schreibt Prager: „Die Exponenten der (französischen) Planungsbehörde rühmen dem Plan nach, daß er sehr demokratisch unter Mitwirkung einer riesigen Zahl von Arbeitsausschüssen zustandekommt, in denen bis zu 4000 Fachleute mitarbeiten. Die soziale Zusammensetzung zeigt aber deutlich, wo das Schwergewicht liegt: Unternehmer und Werksdirektoren stellen 30 Prozent, hohe Ministerialbeamte 25 Prozent, Experten und Professoren weitere 25 Prozent, leitende Angestellte 5 Prozent und Gewerkschaftsfunktionäre 15 Prozent der leitenden Mitarbeiter... An der Planung für das Unternehmen sind also die Unternehmer und jene, die ihnen das gewünschte Verständnis entgegenbringen, maßgeblich beteiligt“ (S. 95). Damit ist aber verbunden, daß die Monopole die Konkurrenz untereinander auch auf die Ebene der Programmierungsbehörden übertragen. Das Ergebnis ist, daß

⁵ Landauer, Carl, Geplante Marktwirtschaft, in: *Kyklos, Internationale Zeitschrift für Sozialwesen*, 4/1963, S. 544/45.

sich häufig statt des wirtschaftlichen Optimums die Interessen der mächtigsten Konzerne in den Organen der staatsmonopolistischen Programmierung durchsetzen. Das heben auch bürgerliche Ökonomen hervor: Das „System der Gewährung selektiver Anreize bringt aber auch die Gefahr einer extremen Differenzierung in der Entwicklung nach Regionen, Branchen und Einzelunternehmungen mit sich; denn in der Regel werden es die wirtschaftlich starken Potenzen sein, die in größtmöglichem Umfang von staatlichen Anreizen Gebrauch machen können.“⁶ So setzt die Konkurrenz als Ergebnis der Existenz des privatkapitalistischen Eigentums der staatsmonopolistischen Planifikation gewisse Schranken.

Trotzdem gelangt Prager zu der Auffassung, daß wir es bei der französischen Planifikation mit einer „im kapitalistischen Bereich bisher einzigartig weitgehenden und ausgereiften Art der Planung“ zu tun haben (S. 92). Den Effekt dieser Planung schätzt Prager so ein: „Es klingt fast zu schön, um wahr zu sein, aber im ganzen, scheint es, hat die Planung funktioniert – ein Produkt der Zusammenarbeit zwischen Technokratie und Plutokratie, ein Kompromiß zwischen hochfliegenden Entwicklungsambitionen und ebenso hochfliegenden Profitambitionen. Das Gegenstück dazu – und hier ist die Planung zu wahr gewesen, um schön zu sein – ist der Umstand, daß Lohn und Massenkaukraft gerade in Frankreich sehr weit hinter Leistung und Nationalprodukt nachhinken“ (S. 95). Die staatsmonopolistische Planifikation hat in der Tat reale, nicht zu unterschätzende Wirkungsmöglichkeiten und Effekte, die jedoch der Sicherung der Profite und der Herrschaft der Monopole untergeordnet sind.

Es wäre also falsch anzunehmen, daß das privatkapitalistische Eigentum Erfolge staatsmonopolistischer Planungsversuche ausschließt. Natürlich verursacht es so erhebliche Reibungen und Widersprüche, daß die kapitalistische Planifikation den objektiven Möglichkeiten der sozialistischen Planung nicht entsprechen kann. Andererseits gibt es jedoch auch in der Struktur des monopolistischen Eigentums Veränderungen, die der staatsmonopolistischen Planifikation größere Möglichkeiten bieten als sie früher vorhanden waren.

Eine charakteristische Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist zum Beispiel der staatseigene Wirtschaftssektor, innerhalb dessen die einzelnen Betriebe und Zweige nicht mehr durch das Eigentum getrennt, sondern durch die Form des staatsmonopolistischen Eigentums miteinander verbunden sind. Dadurch wird die Konkurrenz hier im Gegensatz zum privatmonopolistischen Sektor unter kapitalistischem Vorzeichen bis zu einem gewissen Grade beseitigt. Obwohl die Beherrschung des staatseigenen Sektors durch die privaten Monopole und Gruppen deren Konkurrenz untereinander wiederum in das Funktionieren des staatseigenen Sektors hineinträgt, bietet das staatsmonopolistische Eigentum doch größere Möglichkeiten einer mehr oder weniger verbindlichen Planifikation als das Eigentum der privaten Monopole.

Eine weitere Stufe in der Entwicklung der Struktur des staatsmonopolistischen Eigentums, die Entstehung des supranationalen staatsmonopolistischen Eigentums an Fonds, Produktions- und Forschungskapazitäten (Europäische Investitionsbank, Entwicklungsfonds der EWG, Kernforschungszentren und Forschungshaushalt der Euratom zum Beispiel), bietet wiederum neue Möglich-

⁶ Albrecht, Karl, Planifikateure beim Werk, Düsseldorf-Wien 1964, S. 478.

keiten der Planifikation, der Internationalisierung der Wirtschaft und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Die Fonds der Euratom zum Beispiel ermöglichen es der Euratomkommission, jenen Monopolen besonders günstige Kredite oder erhebliche, nicht rückzahlungspflichtige Forschungssubventionen zufließen zu lassen, die sich im Rahmen der Fünfjahres-Forschungsprogramme der Euratom bewegen. Da der Forschungsfonds der Euratom für das gegenwärtige Forschungsprogramm 1,8 Milliarden Mark umfaßt, hat seine Verwendung Ergebnisse von internationalem wirtschaftlichem Gewicht. Daraus profitieren ausgerechnet solche aggressiven Gruppen wie zum Beispiel die IG-Nachfolgeunternehmen, die Metallgesellschaft/Degussa und die AEG. Aber zugleich treten natürlich Effekte für die wissenschaftlich-technische Entwicklung auf. Dabei vollziehen sich wichtige Veränderungen im Verhältnis von Monopol bzw. staatsmonopolistischem Kapitalismus und Konkurrenz, verlaufen Prozesse der partiellen Aufhebung der Konkurrenz und wird die dialektische Einheit von Monopol und Konkurrenz durch die Verbindung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Elementen der Planmäßigkeit ergänzt.

Es zeigt sich also, daß in der Ökonomik des Imperialismus, in der Entwicklung des Monopols und insbesondere in der Entwicklung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus erhebliche Veränderungen auftreten, die die objektive Grundlage für ein größeres Gewicht der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik, für staatsmonopolistische Reformen im Interesse der Monopole, für alle jene Prozesse bieten, die Prager in erster Linie aus der Einwirkung des Sozialismus auf den Imperialismus und auf die Klassenauseinandersetzungen in den imperialistischen Ländern erklärt.

Als äußerst positiv ist an der Arbeit Pragers hervorzuheben, daß er Fragestellungen und die Analyse neuer Bewegungsformen des Imperialismus mit der Betonung des reaktionären Charakters des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbindet. Undogmatisches Denken und parteiliche Analyse des Imperialismus sind bei ihm eine Einheit.

Bei allen Möglichkeiten, die er zum Beispiel in der staatsmonopolistischen Planifikation sieht, betont er doch, besonders in dem Kapitel „Amerika zwischen Expansion und Stagnation“, die Widersprüchlichkeit und Fäulnis des modernen Imperialismus, die sich gerade in dem am meisten fortgeschrittenen imperialistischen Land zeigt. Prager weist darauf hin, daß die Fäulnis des Imperialismus beispielsweise in der starken Tendenz zur chronischen Nichtauslastung der Produktionskapazitäten in Erscheinung tritt. Was früher nur für zyklische Überproduktionskrisen typisch war, ist heute zu einer chronischen Erscheinung geworden, die deshalb leichter übersehen oder hingenommen wird. Über den Trend der Kapazitätsauslastung in den USA schreibt Prager: „Offizielle Untersuchungen beziffern ihn für 1960, das kein schlechtes Jahr war, mit bloß 70 bis 73 Prozent, verglichen mit 84 bis 88 Prozent im Jahre 1953 (das ebenfalls kein schlechtes Konjunkturjahr war). Inoffizielle, aber gründlich untermauerte Untersuchungen zeichnen ein noch weit tristeres Bild“ (S. 16). Was sind die Ursachen für die Stagnationstendenzen? Prager verweist als Antwort vor allem darauf, daß die Monopolisierung eine „normale“ Anpassung verhindert – im Gegensatz zum Kapitalismus der freien Konkurrenz oder zu jenen Perioden des Imperialismus, in denen die staatsmonopolistischen Regulationsmaßnahmen noch nicht so stark ausgeprägt waren wie heute. In der Gegenwart „reagieren die Konzerne auf

Nachfragerückschläge . . . nicht mit Preissenkungen, denn mäßige können von den finanzkräftigen Rivalen ohne weiteres mitgemacht werden und führen lediglich zu einem Erlösrückgang für alle Beteiligten; starke Preissenkungen dagegen, oder gar ein regelrechter Preiskrieg würden auch dem Sieger teuer zu stehen kommen. Es bleibt also alles bei den alten Preisen (wenn sie nicht noch erhöht werden!), der Kampf um den Absatz verlagert sich auf andere Gebiete (wie Reklameaufwand, Produktionsdifferenzierung – mehr Chrom, schönere Verpackung usw.), niemand kommt unter die Räder, und die Überkapazitäten werden nicht einmal teilweise liquidiert. Dies aber drückt natürlich auf den Investitionsanreiz und lähmt die gesamte Investitionstätigkeit. Je weiter die Monopolisierung fortschreitet, umso stärker wird die entsprechende Erstarrung, Lähmung und Stagnation . . ." (S. 17). Im Grunde kommt in dieser Situation eine enorme Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus zum Ausdruck; dies zeigt sich auch darin, daß heute die großen Stahlkonzerne ihre Produktion bereits bei 45prozentiger Auslastung profitabel betreiben oder daß in den USA bei einer Produktionskapazität von etwa zwölf Millionen Autos im Jahr sechs bis sieben Millionen abgesetzt werden (S. 19f.).

Daraus ergeben sich für Prager zwei wichtige Fragen. Erstens: Warum ist die Situation in Europa anders? Diese Frage beantwortet er für die Gegenwart mit dem Hinweis auf die für die Imperialisten gefährlichere politische Situation in Westeuropa, die sie zu einer dynamischen Strategie zwingt. Ohne Zweifel ist das ein sehr gewichtiges Argument, da gerade in unserer Epoche die Einheit von Ökonomie und Politik mehr denn je die Prozesse in der Welt prägt. Leider wird jedoch überhaupt nicht die Frage aufgeworfen, welche Gestalt die für die USA gegenwärtig ungelösten Probleme (zum Beispiel chronische Arbeitslosenarmee von rund vier Millionen) in Westeuropa vermutlich annehmen können, wenn es sich dem gegenwärtigen technischen Stand der USA noch weiter nähert.

Zweitens stellt Prager die berechtigte Frage, warum es denn trotz der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und trotz der Fäulnistendenz des Imperialismus überhaupt immer wieder zu neuen Investitionsstößen und nicht zu einer echten Depression kommt. Wir haben in der vorliegenden Rezension auf eine Reihe von Prozessen hingewiesen, die Prager in diesem Zusammenhang nicht behandelt. Prager weist vor allem darauf hin, daß die ständigen technischen Umwälzungen trotz der Überkapazitäten immer wieder Investitionen stimulieren. Ohne Zweifel ist das sehr bedeutsam für die Erklärung des konjunkturellen Verlaufs. „Jede dieser Neuerungen stellt eine Herausforderung dar: sie erfolgreich, also kommerziell verwertbar, anzuwenden, kann bedeuten, einen potentiell fast unbegrenzten Markt erschließen (und sei es nur durch die Verdrängung hergebrachter Stoffe, Maschinen, Verfahren, Konsumwaren); sie nicht herstellen, heißt unter Umständen das Feld der Konkurrenz überlassen. Die Verlockung der großen Gewinne, die man sich nicht entgehen lassen möchte, ebenso wie die Angst, andernfalls ausgestochen zu werden und ins Hintertreffen zu geraten, veranlassen zu Umstellungen und Neuanlagen, lange bevor die alten Anlagen physisch abgenutzt sind. Ungeachtet bereits herrschender Überkapazitäten werden also neue Kapazitäten geschaffen“ (S. 18). Und die Überkapazitäten werden bei plötzlich auftretenden Nachfragespitzen sogar zu Vorteilen im Konkurrenzkampf, obwohl sie in der gegenwärtigen Größenordnung ins-

gesamt eine Verschwendung möglicher Produktivkräfte bedeuten.

Die Konkurrenz verlagert sich in diesem Prozeß von der Preiskonkurrenz zur Konkurrenz um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hin. Auch dabei treten allerdings die parasitären Züge des Imperialismus deutlich hervor: „Typisch für die monopolistische Konkurrenz von heute ist die sogenannte Produktdifferenzierung, also die Entwicklung immer neuer Varianten eines oft im wesentlichen völlig gleichartigen Produkts, wobei aber von jeder dieser Varianten erhofft wird, daß sie den größten Kundenkreis an sich zieht. Ein typisches Beispiel dafür ist die amerikanische Autoindustrie“ (S. 19). Die Detroitener Automobilindustrie soll schätzungsweise zwei Milliarden Dollar im Jahr für äußerliche Veränderungen der Automobile verwenden, die nicht mit prinzipiellen Verbesserungen verbunden sind, sondern im wesentlichen ganz unproduktive Ausgaben darstellen.

Prager geht seiner Frage, weshalb das System des Imperialismus trotz der vorhandenen Fäulnistendenzen noch leidlich funktioniere, weiter nach. Er verweist auf die staatsmonopolistischen „Injektionen“, die die Wirtschaft erhält, und weist, gestützt auf Aussprüche bekannter USA-Politiker, nach, daß die Rüstungsausgaben und die damit verbundene Politik des kalten Krieges vor allem wirtschaftliche Hintergründe haben. „Die Rüstungsausgaben sorgen nicht nur dafür, daß ein beträchtlicher Teil der produktiven Reserven unmittelbar mit der Herstellung von Waren aller Art (meist mit solchen sehr besonderer Art!) beschäftigt sind, sie geben darüber hinaus den Anstoß zu Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, technischen Neuerungen und zur Schaffung neuer Kapazitäten auf der ganzen Linie. Zwar verstärken sie damit letzten Endes die Überproduktionstendenzen; solange sie aber wachsen, setzen sie etwaigen Konjunkturrückschlägen zumindest eine untere Grenze“ (S. 21). Das Verhältnis von Rüstung und Zyklus wird bei Prager nicht prinzipiell untersucht. Er neigt zu der Auffassung: „Die kurzfristige Wirksamkeit erhöhter Rüstungsausgaben ist oft genug bewiesen worden. Langfristig dagegen verstärkt die Rüstung alle dem Kapitalismus ohnehin innewohnenden Krisenelemente“ (S. 132) — indem sie die monopolistische Preistreiberei und durch Defizitfinanzierung die Inflation fördert, die Massenkaufkraft untergräbt und zur Ausweitung der Überkapazitäten tendiert. In einem besonderen Abschnitt betont Prager, daß die Abrüstung auch in den imperialistischen Ländern bei genügender Weitsichtigkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik durchaus ökonomisch möglich ist.

Als Ursachen des wirtschaftlichen Wachstums im Imperialismus sieht Prager wiederum die Klassenseinandersetzungen an, speziell die Kämpfe um Löhne und Lohnpolitik. Er betont, daß die Kapitalisten natürlich bestrebt sind, ihre Konkurrenzfähigkeit in starkem Maße durch die Senkung der Lohnkosten zu erhöhen. Gelingt es der Arbeiterklasse in ihren Lohnkämpfen jedoch, diesen Weg zu versperren oder einzuengen, so zwingt sie damit die Kapitalisten, auf die Konkurrenz mit der Entwicklung der Technik zu reagieren. „Der Kampf um höhere Löhne hat die Unternehmer zur *Flucht nach vorn gezwungen*. Natürlich versuchen sie zunächst in höhere Preise auszuweichen; und nicht ohne Erfolg. Dem sind aber durch die Konkurrenz auf den Weltmärkten gewisse Grenzen gesetzt . . . Der andere Weg ist der der Modernisierung und Rationalisierung“ (S. 62/63). Prager argumentiert also sehr offensiv zur Theorie der sogenannten Lohn-Preisspirale, nach der höhere Löhne auch höhere Preise und damit Kon-

kurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zur Folge haben sollen. Im Gegenteil, meint Prager, gerade die Kämpfe um höhere Löhne zwingen die Kapitalisten, auf dem Wege des technischen Fortschritts den Konkurrenzkampf zu führen und sind damit Triebkraft einer fortschrittlichen Entwicklung, statt Stagnation nach sich zu ziehen. Für die hochentwickelten imperialistischen Länder trifft das ohne Zweifel zu. Prager verweist auf die USA und auf Schweden, wo höhere Löhne als in Großbritannien gezahlt werden und dies durchaus nicht zur Exportunfähigkeit führte, sondern durch eine höhere Arbeitsproduktivität mehr als aufgewogen wurde.

In diesem Zusammenhang verfiht Prager nun eine außerordentlich wichtige These: Sowohl die Erfahrungen der Arbeiterklasse in den Kämpfen um höhere Löhne als auch andere soziale Kämpfe beweisen, daß die Werktätigen in der Lage sind, in einer großen antimonopolistischen Bewegung eigene Alternativlösungen für volkswirtschaftliche Probleme durchzusetzen.

Prager formuliert die Forderung, daß die Arbeiterklasse der „politischen Ökonomie der Oligarchien“ eine eigene „politische Ökonomie der Arbeiterklasse“ entgegensetzen muß. Er beweist, daß die Arbeiterklasse dort, wo sie ihre antimonopolistischen Kämpfe auf der Grundlage eigener konstruktiver Programme führt, ernsthafte Erfolge erringt. Zum Beispiel weist Prager darauf hin, daß in Österreich die vom Kampf der Arbeiterklasse getragenen Programme auf verschiedenen Gebieten positive Ergebnisse zeitigten. „Oft traten die Belegschaften angesichts drohender Einschränkungen mit gründlich ausgearbeiteten Gegenvorschlägen, betrieblichen und industrieweiten Entwicklungsprogrammen in Erscheinung, die gewöhnlich auch die Unterstützung der Gewerkschaft, Arbeiterkammer und anderer Institutionen fanden und schließlich eine Revision der ursprünglichen Einschränkungspläne erzwangen“ (S. 84).

Infolge der besonderen politischen Druckempfindlichkeit der staatseigenen Unternehmen konnte die Arbeiterklasse hier besonders spürbare Ergebnisse erringen. „Die angeführten Zahlen zeigen, daß es (im Rahmen einer allgemeinen Beschäftigungserhöhung um 40 oder 45 Prozent) in den Jahren 1952 bis 1960 im Bereich der verstaatlichten zu knapp achtprozentigen, im Rahmen der übrigen Industrie aber zu mehr als 18prozentigen Schwankungen im Beschäftigungsstand kam“ (S. 84). Auch in Italien waren es die Forderungen der Arbeiter und Bauern, die das Finanzkapital zur Aufstellung und teilweisen Realisierung eines Entwicklungsplanes für den Süden des Landes zwangen, um soziale Konfliktstoffe zu beseitigen.

Solche unter dem Druck der antimonopolistischen Kräfte entstandenen staats-eigenen Unternehmen wie zum Beispiel der italienische Erdölkonzern ENI sind in ihrer Tätigkeit zu wichtigen Trägern der wirtschaftlichen Expansion geworden. Die staats-eigenen Unternehmen haben Risiken übernommen und solche Wirtschaftssektoren entwickelt, in denen das als so initiativreich gepriesene Privatkapital sich nicht engagieren wollte.

Aus diesen und anderen Erfahrungen entwickelt Prager, daß die Arbeiterklasse in allen Fragen ihre eigene Konzeption ausarbeiten und in demokratischen Kämpfen gegen die Monopole durchsetzen müsse. Er verweist dabei auf die Erfahrungen der italienischen Kommunistischen Partei. „Was die italienische Erfahrung besonders bemerkenswert und lehrreich macht, ist die Kunst, mit der die Arbeiterbewegung von allem Anfang an verstand, unmittelbare Tages-

forderungen mit den weitergehenden Perspektiven struktureller Reformen zu verbinden sie ihnen gewissermaßen einzuordnen; das ist ihre Politik der ‚presenza‘, des ständigen ‚Dabeiseins‘, die keinen Vorstoß der Gegenseite unbeantwortet läßt, die stets solche Alternativlösungen vorschlägt und beharrlich vertritt, die durchsetzbar sind und gleichzeitig Ausgangspunkt für weitergehende Forderungen und Lösungen darstellen; das ist die Entwicklung eigenständiger, aber auch realistischer Initiativen, die dem Gegner in einem gewissen Maß das Gesetz des Handelns aufzwingen; das ist die Strategie des Kampfes um Reformen, die den Boden für weitergehende, für eigentlich revolutionäre gesellschaftliche Umgestaltungen vorbereiten“ (S. 65). Das bedeutet, daß die Arbeiterklasse noch vor der Beseitigung des Kapitalismus ihren eigenen Anspruch auf volkswirtschaftliche Gesamtverantwortung in allen wichtigen Fragen praktisch durchsetzen muß.

Die Formulierung einer solchen Strategie und Taktik erfordert, die Wirkungsweise der kapitalistischen Widersprüche neu zu durchdenken. Wir finden häufig die Formulierung, daß sich *alle* Widersprüche des Kapitalismus immer mehr verschärfen und daß demzufolge der Imperialismus immer weniger in der Lage sei, dem gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktion zu entsprechen. Es ist richtig, daß der Imperialismus den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Produktion nicht voll entsprechen kann und daß deshalb seine Ablösung durch den Sozialismus unabdingbar ist. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus vertieft sich, und im Vergleich zu den Möglichkeiten des Sozialismus ist der Imperialismus in der Tat immer weniger fähig, den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte zu entsprechen. Betrachtet man jedoch sämtliche Entwicklungsbedingungen der imperialistischen Länder einschließlich des zunehmenden Einflusses des antimonopolistischen Kampfes der Werktätigen auf eine rationelle Gestaltung der Produktion, so erscheint es sehr fragwürdig, ausschließlich die störenden und hemmenden Faktoren hervorzuheben und zu betonen, daß sie „immer störender und immer hemmender“ werden; diese Betonung erweckt dann die Vorstellung eines sich selbst zerstörenden Prozesses.

Der Vergleich der konjunkturellen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg mit der großen Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932, die Möglichkeit, Weltkriege als Formen der Durchsetzung des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des modernen Kapitalismus zu verhindern, und die gewachsenen Effekte der staatsmonopolistischen Programmierung zeigen, daß keineswegs alle Widersprüche des Imperialismus schärfer und *unverhüllter* zutage treten. Vielmehr wird deutlich, daß der Tendenz zu schärferen Machtkämpfen Tendenzen des Zusammenschlusses entgegenwirken, daß beide Tendenzen ineinandergreifen und daß die Möglichkeiten der staatsmonopolistischen Programmierung innerhalb der charakterisierten prinzipiellen Schranken des Imperialismus wachsen, statt „immer weiter erschwert“ zu werden und einer stets wachsenden Anarchie Platz zu geben. Die von Prager zum Teil behandelten und in der vorliegenden Rezension angedeuteten Veränderungen innerhalb der Produktionsverhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus gestatten dem Imperialismus eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte, die die von Lenin charakterisierte Tendenz des Monopols zur Hemmung der technischen Entwicklung gegenwärtig weitgehend überlagert. In Gestalt der inneren antagonistischen Widersprüchlichkeit des Imperialismus, die Prager besonders in

dem Kapitel über die Stagnationstendenzen in den USA behandelt, besitzt der Imperialismus im Gegensatz zum Sozialismus eine echte objektive Grenze seiner Entwicklung. Aber das ist keine absolute Grenze, die zu irgendeinem Zeitpunkt in der Unfähigkeit des Imperialismus zu einer weiteren Entwicklung der Produktivkräfte notwendig und konzentriert zutage treten müßte.

Die von Prager betonte zunehmende Einwirkung des Sozialismus auf den Imperialismus zwingt die Imperialisten im ökonomischen Wettbewerb zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dabei gelingt ein zumindest zeitweiliges Überlagern bestimmter imperialistischer Widersprüche im Verlauf der auf die wissenschaftlich-technische Umwälzung gestützten Konjunktur. Neue Formen einer gegenwärtig in einer Reihe von imperialistischen Ländern *relativ* reibungslosen Entfaltung der imperialistischen Widersprüche entstehen, partielle Lösungen von Widersprüchen, Verlagerungen auf andere Ebenen, zum Beispiel auf die politische Ebene, finden statt und bieten dem Imperialismus Möglichkeiten des Manövrierens, die von der prinzipiell richtigen These von der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus allein nicht erfaßt werden.

Dieser komplizierte und dialektische Prozeß der Bewegung der imperialistischen Widersprüche erfordert, daß die Arbeiterklasse in diesen Prozeß eingreift, die Monopole an der Schaffung neuer Mechanismen zum Abfangen dieser Widersprüche im finanzkapitalistischen Interesse hindert und ihrerseits mit tiefgehenden, radikalen und revolutionären Reformen solche Teillösungen der imperialistischen Widersprüche erzwingt, die die Macht der Monopole schwächen und damit den Boden für eine weitere Entfaltung der demokratischen Bewegung und letzten Endes der sozialistischen Umwälzung bereiten.

Das ist auch der – weniger theoretisch als illustrativ begründete – Hauptgedanke, den Prager in seinen Darlegungen zur Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung vertritt.

Insgesamt legt Prager ein Buch vor, das viele neue Gedanken zu einer Reihe von Grundproblemen des gegenwärtigen Imperialismus enthält. Diese Gedanken sind auf eine konstruktive und reale Politik der Arbeiterklasse gerichtet. Prager erwartet nicht etwa, daß der Imperialismus von selbst und ohne Zwang Lösungen oder Teillösungen für die mit der technischen Revolution herangereiften Probleme findet. Solche Lösungen kann es nur dort im Interesse der Arbeiterklasse geben, wo diese selbst konstruktive Programme entwickelt und sich im demokratischen Kampf aller antimonopolistischen Kräfte für die Bändigung des Imperialismus durchzusetzen weiß.

Frau und Gesellschaft

Bibliographie von Arbeiten der Jahre 1951 bis 1962*

VON JENNY HERRMANN

Gliederung

- A
 - I. Bibliographien und Handbücher
 - II. Frauenzeitschriften
 - III. Internationaler Frauentag
 - IV. Organisationen
 - V. Kongresse, Tagungen
- B
 - I. Historischer Rückblick
 - 1. Zeitlich umfassende Arbeiten
 - 2. Ur- und Sklavenhaltergesellschaft
 - 3. Feudalismus
 - II. Mehrere Sachgebiete umfassend
 - III. Sozialökonomische Probleme
 - 1. Frauenarbeit
 - a) Historische Entwicklung und Bedeutung
 - b) Soziale Stellung
 - c) Frauenüberschuß und Arbeitslosigkeit
 - d) Arbeitsverhältnisse
 - e) Arbeitsauswirkungen
 - f) Betriebsklima und Freizeit
 - g) Gesundheits- und Arbeitsschutz
 - h) Doppelarbeit
 - 2. Berufliche Leistungen der Frau
 - a) Berufsausbildung und Qualifizierung
 - b) Landwirtschaft
 - c) Industrie
 - d) Handel, Gewerbe, Verkehr
 - IV. Politik
 - 1. Frauenbewegung
 - a) Historischer Rückblick
 - b) Entwicklung in der Gegenwart

* Die Bibliographie wird in zwei Teilen abgedruckt. Die Abschnitte A und B I bis III erschienen im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, Teil 1.

2. Politische Wirksamkeit
 - a) Historischer Rückblick
 - b) Entwicklung in der Gegenwart
3. Kampf für Frieden und internationale Solidarität

V. Recht und Kultur

1. Gleichberechtigung
 - a) Verwirklichung der Gleichberechtigung im Sozialismus
 - b) Kampf um Gleichberechtigung
 - c) Kampf um das Stimmrecht in der Schweiz
 - d) Allgemein rechtliche Aspekte
 - e) Gleichberechtigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland und Kommentar
 - f) Internationales Privatrecht
 - g) Familien- und Ehegüterrecht
 - h) Arbeits- und Besoldungsrecht
 - i) Kirchliches Recht
2. Mutterschutzgesetz
3. Kulturelle Leistungen
 - a) Erziehung und Fürsorge
 - b) Wissenschaft und Kunst

Anhang: Register der Verfasser und der anonymen Schriften

IV. Politik

1. Frauenbewegung

a) Historischer Rückblick

- Allg.** 734. *Herrmann, Jenny*: Das Vermächtnis der deutschen Frauenbewegung. Mit 7 Abb. — Leipzig, Jena: Urania-Verl. 1957. 78 S. = Schriftenr. d. Gesellsch. z. Verbreitung wiss. Kenntnisse. Reihe D. 19/20. DM 0,80.
735. *Die Frauenbewegung*. In: Die Frau <11> 597–604.
736. *Strecker, Gabriele*: 100 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. — Wiesbaden: „Arbeitsgemeinschaft f. Jugendpflege- u. Gruppenschrifttum“ hrsg. v. Büro f. Frauenfragen in d. Gesellsch. z. Gestaltg. öfftl. Lebens. 1951. 87 S. DM 0,50.
737. *Loeper, geb. Lautsch, Charlotte v.*: Die politische Erziehung in der Frauenbewegung. Diss. Göttingen 1951. 72, VI gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]

738. *Thoms, Liselotte, u. Erwin Kohn*: *Bebel und die Frau der neuen Zeit.* — Berlin: Tribüne 1962. 47 S., Abb.
739. *Zetkin, Klara*: *Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands.* Hrsg. v. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED. (1.–3. Aufl.) — Berlin: Dietz 1958. 246 S. DM 4,—.
[1848–1928. Schließt auch d. bürgerl. Frauenbewegung mit ein.]
740. *Zetkin, Klara*: *Zu den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.* [Hrsg. v.] Marx-Engels-Lenin-Stalin Inst. beim ZK d. SED. — Berlin: Dietz 1956. 31 S., Abb. = Beitr. a. d. Gesch. d. dt. Arbeiterbewegung 4. DM 0,40.
741. *Mallachow, Lore*: *Clara Zetkin. Ihr Leben in Bildern.* Text- u. Bildtaf. v. Lore Mallachow. — Leipzig: Enzyklopädie Verl. 1960. 48 S., Abb.
742. *Clara Zetkin.* — E. Auswahlbibliogr. d. Schriften von u. über Clara Zetkin. Verantw.: Heinz Gittig. Mitarb. Rich. Schötzau u. a. — Berlin: Dt. Stabi., Gesellsch. wiss. Beratungsst. 1957. 51 S.
743. *Walther, Rosemarie*: *Clara Zetkin zur proletarischen Familienerziehung.* — Berlin: Verl. Volk u. Wissen 1959. 120 S. = Diskussionsbeitr. zu Fragen d. Pädagogik 17.
[Zugl. Diss. Berlin u. d. T.: Der Beitrag zur Theorie der proletarischen Familienerziehung in den Ausführungen von Clara Zetkin.]
744. *Dornemann, Luise*: *50 Jahre internationale sozialistische Frauenbewegung.* In: *D. Rolle d. Frau in d. DDR* (299) 73–83.
745. *Dornemann, Luise*: *Die proletarische Frauenbewegung während des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution.* In: *Einheit. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis d. wiss. Sozialismus*, Berlin, 13, 1958, 1760–83.
746. *1910–1960. 50 Jahre internationale Frauenbewegung.* Von Görlitzer Frauen erlebt u. berichtet. — (Görlitz: SED; Kreiskommission z. Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung.) 1960. 23 S., Abb.
747. *Dornemann, Luise*: *Jenny Marx.* — 2. erw. Aufl. (Weimar:) Volksverl. Weimar 1955. 233 S., Abb. DM 3,20.
[1. Aufl. 1953.]
748. *Thönnessen, Werner*: *Die Frauenemanzipation in Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie (1863–1933).* — Gelnhausen 1958: Kalbfleisch. 181 S.
[Zugl. Diss. Frankfurt a. M. 1958.]

**Bürgerl.
Bewegung**

749. *Bäumer, Gertrud, Alice Scherer, Helene Weber u. a.*: Der Weg der Frau in die Gegenwart. In: Wörterbuch d. Politik, Freiburg, 1951, 6, 183/84 bis 209/10.
[Beh. d. bürgerl. Frauenbewegung von 1865–1945.]
750. *Ludwig, Renate*: Das christliche Erbe in der deutschen Frauenbewegung. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1951. XI, 203 S.
751. *Torhorst, M.*: Aus der Geschichte der Frauenbewegung. In: Geschichtsunterricht u. Staatsbürgerkunde, Berlin, 2, 1960, 193–202.
752. *Quellen zur Geschichte der Frauenbewegung*. Bearb. v. Emmy Beckmann u. Elisabeth Kardel. Frankfurt a. M., Berlin, Bonn: Diesterweg 1955. 88 S. = Wege der Völker, Reihe E, 12. DM 2,80.
753. *Fels, geb. Bähnisch, Orla-Maria*: Die deutsche bürgerliche Frauenbewegung als juristisches Phänomen. Dargest. an d. Erscheinung Gertrud Bäumers. – Jur. Diss. Freiburg i. Br. 1959. XXXVII, 155, XXXXVII S.
754. *Reicke, Ilse*: 50 Jahre internationale Frauenbewegung. In: D. Frau in unserer Zeit, Oldenburg, Stallung, 1954, 143–88, Abb.
755. *50 Jahre internationale Frauenbewegung*. – (8. 3. 1960). [Materialbeil. f. Volkskunstgr.] Hrsg. v. Zentralhaus f. Volkskunst. (Red. Max Hohl). – (Leipzig: Hofmeister 1960.) 53 S.
756. *Remme, Irmgard*: Die internationalen Beziehungen der deutschen Frauenbewegung vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1933. – Diss. Berlin F. U. 1955. XIII, 166 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.]
757. *May, Claire*: Rahel Varnhagen. E. Berliner Frauenleben im 19. Jh. Studie. – Berlin: D. Neue Berlin 1951. 109 S. – Berlinische Miniaturen 6.
758. *Hahn, Karl-Heinz*: Bettina v. Arnim in ihrem Verhältnis zu Staat und Politik. Mit e. Anh. ungedr. Briefe. – Weimar: Böhlau 1959. 72 S.
759. *Susman, Margarete*: Frauen der Romantik. – Köln: Melzer 1960. 176 S., Taf. DM 12,80.
760. *Semming, Jeanne Berta*: Louise Otto-Peters. Lebensbild e. dt. Kämpferin. – Berlin: Union-Verl. 1957. 62 S.
761. *Meysenbug, Malwida v.*: Ein Leben für die anderen. Aus d. Memoiren e. Idealistin. (Eingel. u. bearb. v. A. Sachse.) – Berlin: Verl. d. Nation 1953. 575 S., Abb. = Nationales Erbe 8. DM 8,90.

762. *Ritter, Ruth*: Helene Lange und ihr engster Kreis. (In Selbst- u. Fremdzeugnissen). In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 10, 1960, 149–56.
763. *Fassbinder, Klara-Marie*: Begegnungen und Entscheidungen. (Blätter aus einem Lebensbuch). – Darmstadt: Progreß-Verl. 1961. 248 S. DM 7,50.
764. *Ulich-Beil, Else*: Ich ging meinen Weg. Lebenserinnerungen. – Berlin-Grunewald: F. A. Herbig 1961. 280 S. DM 14,80.

b) Entwicklung in der Gegenwart

765. *Schmidt, Elli*: Gute Mütter unserer Kinder. 5 Jahre Demokrat. Frauenbund Deutschlands. Berlin: Dt. Frauenverl. 1952. 111 S., Abb. DM 0,60. **DDR**
766. *Ulbricht, Lotte*: Gibt es eine Frauenfrage in der DDR? In: Wissen u. Leben, Berlin, 7, 1962, 8, 568–71, Abb.
767. *Löhr, Fr.*: Zehn Jahre Demokratischer Frauenbund Deutschlands. In: D. Nation. Zeitschr. d. Schule f. Nat. Politik. NDPD, Berlin, 7, 1957, 142 bis 150.
768. *10 Jahre DFD 1947–1957*. (Red. Komm. Alice Gruner u. a.). – Leipzig: DFD 1957. 18 S., Abb.
769. *Von dir – für dich*. 10 Jahre Arbeit d. DFD. (Hrsg. v. DFD, Bundesvorst.) – Berlin: Kongreß-Verl. 1957. 150 S., Abb. DM 2,50.
770. *Wir waren dabei*. Freundinnen berichten z. 10. Jahrestag d. DFD über ihre Arbeit. – Berlin: DFD, Bundesvorstand, 1957. 55 S., Abb.
771. *Für Frieden und Sozialismus*. 15 Jahre DFD. 8. März 1962. – [Berlin]: DFD (1962). 31 S. = Schriftenr. d. DFD 1.
772. *Kasperek, E.*: Aus Trümmern und Not zum Wiederaufbau. Z. 15. Jahrestag d. Gründung d. DFD. In: Hallisches Monatsh., Halle, 9, 1962, 105–07.
773. *Emmerich, Marilone*: Die Bedeutung der Frauenbewegung für die Frau im Beruf. – In: D. christl. Frau, Köln, 48, 1959, 166–69. **BRD**
774. *Karsten, Dorothea*: Frauenfragen im heutigen Deutschland. In: D. Frau in unserer Zeit, Oldenburg, Stallung, 1954, 86–108, Abb.
775. *Spengler, Wilhelm*: Aufgaben der Frau in der Krise der Gegenwart. In: D. Frau in unserer Zeit, Oldenburg, Stallung, 1954, 315–22.
776. *Rudorff, Margarethe*: Das Schicksal der Frauenbewegung. In: Soziale Welt, Göttingen, 7, 1956, 66–72.

777. *Reicke, Ilse*: Emmy Beckmann in der deutschen Frauenbewegung. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 5, 1955, 162–67.
778. *Kardel, Elisabeth*: Emmy Beckmann in der Arbeitsgemeinschaft für Mädchen- und Frauenbildung. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 5, 1955, 151–66.
[Gedenkartikel z. 75. Geburtstag. Herausgeberin d. Zeitschr. Mädchenbildung u. Frauenschaffen sowie d. Quellenbuchs z. Gesch. d. Frauenbewegung.]
779. *Reicke, Ilse*: Geistige Frauengestalt der Jahrhundertwende: Menschenbildnerin des Lebens; Emmy Beckmann; Menschenbildnerin der Dichtung: Ina Seidel. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 10, 1960, 157–61.
780. *Pius XII. – Ruf an die Frau*. Aus d. Rundschreiben, Ansprachen, Briefen u. Konstitutionen d. Hl. Vaters. Zsgest. v. Käthe Seibel-Royer. Mit e. Vorw. v. Jos. Schönwohl. (2. erw. Aufl.) – (Graz): Styria (1956). 344 S. S 82,50.
[1. Aufl. 1955.]
781. *Scherer, Elsbeth*: Die Katholische Frauenbewegung besonders in der Diözese Augsburg. In: Jahrbuch d. Diözese Augsburg, Augsburg, 2, Jubiläumsjahrbuch 1955, 105–13.
782. *Offenberg, Maria*: Soziale Impulse der katholischen Frauenbewegung gestern und heute. In: D. christl. Frau, Köln, 43, 1954, 1–7.
783. *Ender, Frieda*: Die aargauische katholische Frauenbewegung. In: Erbe u. Auftrag. Festgabe d. Aargauer Katholiken, Baden, 1953, 385–90.
784. *Kempken, G.*: Die katholische Frauenbewegung in der sich wandelnden Zeit. In: Frauenland. Zeitschr. d. christl. Frau, Freiburg, 1952, 130–35.
785. *Scherer, Elsbeth*: Ist die Frauenbewegung vollendet? In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 164–68.
- Schweiz** 786. *Rikli, Erika*: Die Frauenbewegung in der Schweiz. [Bern: Benteli 1955] 8 S.
[Aus: Handbuch d. Schweizerischen Volkswirtschaft, 1955.]
787. *Kissel, Margrit, u. Mascha Oetli*: Sozialdemokratische Frauengruppen der Schweiz. Werden u. Wirken. – Zürich: D. Frau in Leben u. Arbeit 1960. 88 S., Abb. sfr 2,70.
788. *Siemsen, Anna*: Frau und Sozialismus. (Hrsg. v. d. sozialdemokrat. Frauengruppen d. Schweiz.) – Arbon [1953]: Genossenschafts-Druckerei. 52 S.

789. *Frauen in Gemeinschaft*. (Dem Schweizer Kath. Frauenbund z. Feste s. 40-jähr. Bestehens.) – (Luzern: Schweizerischer Kath. Frauenbund 1952.) 24 S.
790. *Haemmerli-Schindler, Gertrud*: Die Aufgabe der Frau in der Gemeinschaft. Vortr. – Zürich: Bund Schweizerischer Frauenvereine (1955). 6 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr. vervielf.] sfr 0,60.

2. Politische Wirksamkeit

a) Historischer Rückblick

791. *Bremme, Maria Gabriele*: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. **Allg.** E. Analyse ihrer soziologischen u. institutionellen Bedingtheiten in d. Weimarer Republik u. d. Bundesrepublik. (T. 1. 2.). – Diss. Marburg 1956. VII, 135 gez. Bl.; gez. Bl. 136–337. 4^o. [Maschinenschr.]
792. *Strecker, Gabriele*: Die Frau im Spannungsfeld des Rechtsradikalismus früher und heute. Wie erkenne ich neue Propaganda-Methoden? In: Informationen f. d. Frau, Bonn, 2, 1953, 7–8, Beil. C., 1–6.
793. *Bremme, Maria Gabriele*: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. **Parlamente** E. Untersuchung über d. Einfluß d. Frau bei Wahlen u. ihre Teilnahme in Partei u. Parlament. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1956. 288 S., Abb. = Schriftenreihe d. Unesco-Inst. f. Sozialwissenschaften. Köln 4. DM 18,80.
[Literaturverz. S. 263–68.]
794. *Weber, Helene*: Frauen erstmalig im Parlament. Ihr Wirken in d. Nationalversammlung u. im Reichstag. In: D. christl. Frau, Köln, 49, 1960, 50–54.
795. *Nemitz, Rosmarie*: Die Frau in den deutschen Parlamenten. In: Gewerkschaftl. Monatshh., Köln, 9, 1958, 239–44.
796. (*Gittig, Heinz*): Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg. E. Auswahlverz. d. Schriften von u. über Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg. – Berlin: (Dt. Stabi., Gesellschaftswiss. Beratungsstelle) 1957. 62 S.
797. *Luxemburg, Rosa*: Briefe aus dem Gefängnis. Mit 1 Bild u. 1 Faks. – Berlin: Dietz 1953. 70 S.
798. *Oelßner, Fred*: Rosa Luxemburg. E. krit. biogr. Skizze. Berlin: Dietz 1952. 218 S., Abb., Faks. DM 3,–.
[1. Aufl. 1951.]

799. *Judik, Günter*: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – die vorbildlichen Kämpfer für Frieden, Demokratie und Sozialismus. In: Wissen u. Tat. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis d. Marxismus-Leninismus, Hamburg, 8, 1953, 1, 63–73.
- Antifasch. Widerstand** 800. *Die Frauen von Ravensbrück*. (Hrsg. v. Komitee d. antifasch. Widerstandskämpfer in d. DDR. Zsgest. u. bearb. v. Erika Buchmann. – Berlin: Kongreß Verl. 1959. 159 S., Abb. DM 2,50.
[2. Aufl. 1960. 166 S.]
801. *Pies, Otto*: Schenkende Hände. Helferinnen der KZ-Priester. Kevelaer: Butzon & Bercker 1956. 35 S. DM 0,50.
802. *Wolf, Friedrich*: Lilo Herrmann. D. Studentin v. Stuttgart. E. biographisches Poem. – Berlin: VVN-Verl. 1951. 32 S., Abb. DM 0,45.
803. *So kannten wir dich, Lilo Herrmann*, eine deutsche Frau und Mutter. Mit Beitr. v. M. Burghardt u. a. Berlin: Verl. Neues Leben 1954. 97 S. DM 2,50.
- b) Entwicklung in der Gegenwart
- Parteien — DDR** 804. *Die Frau, der Frieden und der Sozialismus*. (Hrsg. v. ZK d. SED, Arbeitsgr. Frauen.) – [Berlin]: Staatsverl. d. DDR (1963). 50 S., Taf. DM 0,70.
805. *Tagebuch der Sommerschule*. (Fotos: F. W. Richter.) – (Berlin: SED 1960.) 95 S. DM 1,—.
806. *Die christliche Frau steht ein für Frieden und Sozialismus*. Bericht über d. Beratung d. Sekretariats d. Hauptvorst. d. CDU mit christl. Frauen am 31. Jan. 1962 in Dresden. – Berlin: CDU 1962. 67 S.
- DFD** 807. *Wettbewerbsplan für die Kreisorganisation des DFD*. – Leipzig: DFD 1951. 7 S.
808. *Die Arbeit der Vertreterinnen des DFD in den Elternbeiräten*. – Berlin: DFD 1951. 7 S. = DFD Arbeitsrichtlinien.
809. *Richtlinien des Bundessekretariats für die Arbeit der Werbegruppen*. – Berlin: DFD, Bundessekr. 1952. 2 Bl.
810. *Welche Bedeutung haben unsere Korrespondenzzirkel?* – [Berlin]: DFD 1953. 7 S.
811. *Wohlenberg, Ursula*: Auch Sie, Frau Wendt. (Fotos: Jacobson, Klingner, Moll.) – Berlin: Dt. Frauenverl. 1953. 79 S. DM 0,60.

812. *Pape, Dora*: Die Wahl der Vorstände des DFD – eine Festigung der Kraft der Frauen im Kampf um den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands. Referat. – [Berlin]: DFD 1954. 7 S. 4⁰.
813. *Ein Abend zur Festigung der deutsch-französischen Freundschaft*. Material d. DFD z. Durchführung öffentl. Mitgliedervers. – Berlin: DFD 1954. 23 S.
814. *Material des DFD zur Verwendung in öffentlichen Veranstaltungen im Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft*. – Berlin: DFD 1954. 11 S. 4⁰.
815. (*Popowa [Popova], Nina*): Die Mütter sind eine große Kraft im Kampf um das Leben, um die Zukunft ihrer Kinder, um den Fortschritt der Menschheit. – [Berlin: DFD] 1955. 7 S.
816. *Thiele, Ilse*: Deutsche Frauen! Werdet euch eurer großen Kraft bewußt! – (Berlin: Büro d. Präs. d. Nationalrates, Abt. Agit. u. Schulg. 1955.) 7 S. DM 0,05.
817. *Gute Nachbarn – treue Freunde*. – Material f. Veranstaltungen. – Berlin: DFD 1956. 47 S. DM 0,10.
818. *Thiele, Ilse*: Material f. d. Arbeit unserer Gruppen. Referat. – [Berlin]: DFD 1958. 23 S.
819. *Bergmann, Berta, u. G. Ehrhardt*: Wenn die Genossinnen im DFD Vorbild sind . . . In: Neuer Weg. Halbmonatsschr. f. aktuelle Fragen d. Arbeiterbewegung, Berlin, 13, 1958, 1718–20.
820. *Schönherr, Hilde*: Die DFD-Gruppe kam wieder auf die Beine. In: Neuer Weg, Halbmonatsschr. f. aktuelle Fragen d. Arbeiterbewegung, Berlin, 13, 1958, 1785–88.
821. *Das Verbot des DFD ist grundgesetzwidrig*. In: Neue Justiz. Zeitschr. f. Recht u. Rechtswiss., Berlin, 12, 1958, 22, 780–81.
822. *10 Jahre DDR*. D. wahre Geschichte e. jungen Frau. – [Berlin]: Gemeins. Komm. „10 Jahre DDR“ 1959. 14 S., Abb.
823. DFD. Bundesvorstand. *Vortragmaterial*. – Berlin: DFD 1959. 10 S. 4⁰.
[Enth. Wilfried Maass: Was heißt sozialist. leben?]
824. *Aus der Schule geplaudert*. (Illustrierte d. Frauenschulen Erfurt u. Zinnowitz d. DFD. Red. v. Jochen Weyer u. a. –) Berlin: DFD 1961. 43 S., Abb. 4⁰.
825. *Wir laden ein*. (Anleitg. f. e. sinnvolle Freizeitgestaltung im Wohngebiet.) – Berlin: DFD 1962. 26 S., Abb. = Schriftenreihe d. DFD 2.

826. *Thiele, Ilse*: Wir Frauen helfen, das Nationale Programm verwirklichen. Referat. (Berlin: Nationalrat d. Nat. Front d. demokrat. Deutschland 1962). 23 S., Abb. 4^o.
827. *So machen es die Besten, macht es ebenso!* H. 1. 2. — Leipzig: DFD 1960. 23 S., Abb.; 26 S., Abb.
- Frauen-**
ausschüsse 828. *Ulbricht, Walter*: Die Rolle der Frau im neuen Deutschland. Aus d. Rede d. Generalsekretärs d. SED, Walter Ulbricht, vor d. Vertreterinnen d. Frauenausschüsse d. Landes Thüringen am 28. Mai 1952. In: Neuer Weg. Halbmonatsschr. f. aktuelle Fragen d. Arbeiterbewegung, Berlin, 7, 1952, 12, 1–3.
829. *Frauen schaffen für das neue Leben*. Ansprachen v. Wilhelm Pieck u. Walter Ulbricht u. Diskussionsreden auf e. Beratung d. Politbüros d. ZK d. SED mit Vertreterinnen d. Frauenausschüsse aus Industrie u. Landwirtschaft anläßl. d. 3. Jahrestages d. Gründung d. Frauenausschüsse, Berlin, 8. Jan. 1955. Anh.: Gesetz über d. Mutter- u. Kinderschutz u. d. Rechte d. Frau. [Vom] 27. Sept. 1950. — Berlin: Dietz 1955. 60 S., Abb. DM 0,30.
830. *Arbeiterinnen bereiten den Weg für eine neue sozialistische Frauengeneration*. Zentrale Konferenz d. Frauenausschüsse am 5. u. 6. Jan. 1957 in Glau-
chau. — Berlin: Dietz 1957. 96 S. DM 0,60.
831. *Die Frauenausschüsse*. In: Die Frau (11) 661–67.
832. *Baumann, Edith*: Die Frauenausschüsse. In: D. Rolle d. Frau in d. DDR (299) 30–38.
833. *Baumann, Edith*: Die Frau und der Aufbau des Sozialismus in unserer Republik. Zum 50. Jahrestag d. Internationalen Frauentages. In: Einheit. Zeitschr. f. Theorie und Praxis d. wiss. Sozialismus, Berlin, 15, 1960, 209–17.
834. *Grußadresse zum 5. Jahrestag der Bildung der Frauenausschüsse*. In: Dokumente d. SED, Berlin, 6, 1958, 189–90.
835. *10 Jahre Frauenausschüsse*. Festschr. — Halle: Reichsbahndir., Polit. Abt. 1962. 16 Bl., Abb.
836. *Kühn, Lotte*: Bedeutung und Aufgaben der Frauenausschüsse. In: Neuer Weg. Halbmonatsschr. f. aktuelle Fragen d. Arbeiterbewegung, Berlin, 7, 1952, 11, 11–14.
837. *Baumann, Edith*: In den Frauenausschüssen wachsen neue Kämpferinnen für die Partei. In: Neuer Weg. Halbmonatsschr. f. aktuelle Fragen d. Arbeiterbewegung, Berlin, 11, 1956, 1247–51.

838. *Der Frauenausschuß*. Erfahrungen u. Hinweise f. unsere Frauen in Industrie u. Landwirtschaft. 1957. Nr. 2. — (Suhl: Bezirksleitung d. SED 1957.) 16 S. DM 0,10.
839. *Materialien von der zentralen Beratung mit Vertreterinnen der Frauenausschüsse und Pädagogen am 3. und 4. Juni 1957 in Berlin*. — Berlin: SED, Arbeitsgr. Frauen u. Abt. Volksbildg. 1957. 61 S. DM 0,30.
840. *Aus der Tätigkeit der Frauensowjets*. — [Bukarest]: Landesrat d. Frauen d. RVR. 1960. 45 S. Leu 2,—. **Ausland**
841. *Lehrgang für die Frauenkomitees und (Frauen)-Kommissionen in Stadt und Land*. — [Bukarest]: Landesrat d. Frauen d. RVR 1960. 14 S.
[Beh. Beteiligung d. Frauen an sozialen Sanitätsaktionen, kulturelle Aufg. d. Frau etc.]
842. *Oproiu, Ecaterina: Die Frau, eine aktive Teilnehmerin an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten*. — Bukarest: Verl. f. polit. Literatur 1953. 38 S., Abb.
843. *Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen*. Referat d. Kollegin Lotte Pfeiffer, Diskussionsbeiträge u. Schlußwort d. Koll. Herb. Warnke auf d. Konferenz am 26. 9. 1952. Beschluß d. 11. Tagung d. Bundesvorstandes z. Förderung d. Frauen. Hrsg. v. Bundesvorstand d. FDGB. — (Berlin: Tribüne 1952.) 79 S. = Referate u. Dokumente aus d. Gesch. d. Gewerkschaftsbewegung 31. **Gewerkschaften**
844. *Anderthalb Milliarden Frauen kämpfen um die Veränderung der Welt*. Hrsg. v. Bundesvorstand d. Freien Dt. Gewerkschaftsbundes. — (Berlin-Treptow: Tribüne 1956.) 39 S., Abb., DM 0,40.
845. *Plan der Konferenz zur Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen der Industriegewerkschaft Bau-Holz*. [Hrsg. v.] Industriegewerkschaft Bau-Holz, Zentralvorstand. — (Berlin: Tribüne 1952.) 11 S.
846. *Mehr Frauen in verantwortliche Funktionen im Handel*. Plan d. Gewerkschaft Handel zur Verbesserung d. Gewerkschaftsarbeit unter d. Frauen. Hrsg. v. Zentralvorstand d. Gewerkschaft Handel im FDGB. — (Berlin: Tribüne 1952.) 19 S.
847. *Frauenarbeit*. — Frankfurt/M.: Industriegewerkschaft Metall 1954. 63 S., Abb. = Schriftenreihe d. Industriegewerkschaft Metall f. d. Bundesrepublik 18.
848. *Nagels, M.: Die Frau in der Gewerkschaft*. In: Labor. Zeitschr. d. Internat. Bundes d. Christl. Gewerkschaften, Essen, 7, 1960, 275–80.
849. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1952. — (Wien: Österr. Gewerkschafts-Bund 1953.) 29 S., Abb.

850. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1953. (Wien: Österr. Gewerkschafts-Bund 1954.) 36 S., Abb.
851. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1954. (Wien: Österr. Gewerkschafts-Bund 1955.) 36 S., Abb.
852. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1955. (Wien: Österr. Gewerkschafts-Bund 1956.) 40 S., Abb.
853. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1956. — (Wien: Österr. Gewerkschaftsbund 1957.) 46 S., Abb.
854. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1957. — (Wien: Österr. Gewerkschaftsbund 1958.) 57 S., Abb.
855. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht 1958. — (Wien: Österr. Gewerkschaftsbund. 1959.) 59 S., Abb.
856. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht über das Jahr 1959. — (Wien: Österr. Gewerkschaftsbund 1960.) 72 S.
857. *Frauenarbeit in den Gewerkschaften*. Bericht aus dem Jahr 1960. [Illustr.] — (Wien: Österr. Gewerkschaftsbund 1961.) 67 S.
858. *Frauenarbeit*. In: Jahrbuch d. Arbeiterkammer in Wien, Wien, 1956, 81–93.
859. *Arbeitsrichtlinien der Frauenabteilung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes*. (Verantw. : Rosa Weber.) — (Wien: Österr. Gewerkschaftsbund 1957). 12 S.
860. *Berufstätige Frauen: Die Gewerkschaften brauchen euch, und ihr braucht die Gewerkschaften*. — (Brüssel): Internat. Bund freier Gewerkschaften [1960.] 8 Bl., Abb.
- Westdt. Parteien 861. *Elsner, Ilse*: Ihre Hoheit, die Wählerin. Frau u. Politik. In: D. neue Gesellschaft., Bielefeld, 4, 1957, 203–08.
862. *Frauenbewegung*. In: Jahrbuch d. Sozialdemokrat. Partei Deutschlands, Bonn, 1951/52, 192–204, Abb.
863. *Frauenbewegung, Sozialdemokratische Partei Deutschlands*. In: Jahrbuch d. Sozialdemokrat. Partei Deutschlands, Bonn, 1952/53, 201–16, Abb.
864. *Frauenbewegung*. In: Jahrbuch d. Sozialdemokrat. Partei Deutschlands, Bonn, 1954/55, 224–37.

865. *Das junge Mädchen und die junge Frau in unserer Zeit.* — Bonn: Vorstand d. SPD (1959.) 56 S. = SPD — Schriftenreihe für Frauenfragen 5.
866. *Frauen sollen besser leben.* — (Düsseldorf: Parteivorstand KPD 1954.) 23 S., Abb.
867. *Coudenhove-Kalergi, Richard:* Die europäische Mission der Frau. — Zürich: Thomas Verl. 1953. 43 S. sfr 4,75.
[Verf. fordert d. Frauen auf, f. d. Paneuropaidee polit. zu kämpfen.]
868. *Stoss, Irma:* Hilfe für die Entwicklungsländer — die unerläßliche Aufgabe auch für die deutsche Frau. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Köln-Braunsfeld, 11, 1961, 3, 2–10.
869. *Gärtner, Margarete:* Botschafterin des guten Willens. Außenpolit. Arbeit 1914–1950. — Bonn: Athenäum-Verl. 1955. 622 S.
870. *Agner, Helene:* Aus der Arbeit der Stadträtin. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 10, 1960, 196–206.
871. *Vogt, Hannah:* Die Fibel der Staatsbürgerin. Wiesbaden: Büro f. Frauenfragen in d. Gesellsch. z. Gestaltung öffentl. Lebens 1952. 121 S. DM 0,50.
872. *Wir Frauen im Staat.* Hrsg. v. Hulda Zarnack. — (Gelnhausen, Berlin-Dahlem: Burckhardthaus-Verl.) 1953. 52 S., Abb. DM 0,90.
873. *Kortzfleisch, Anna v.:* Die Frau im öffentlichen Leben. Hannover: Landbuch-Verl. 1959. 338 S., Abb. = Vom Ich zum Wir. E. Staatsbürgerkunde f. d. Frau 2. DM 9,80.
[Bd. 1: D. Frau in d. Familie.]
874. *Die Mitverantwortung der Frau im öffentlichen Leben.* In: Die Frau im Beruf (406) 38–45.
875. *Bierschenk, Maria:* Gedanken zur politischen Arbeit der Frau. — In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 33–36.
876. *Braun, Erika:* Was geht die Frau die Politik an? In: Die Dt. Berufs- u. Fachschule. Monatsschr. f. Wirtschaftspädagogik, Wiesbaden, 54, 1958, 849–56.
877. *Gromer-Geyer, Dorothea:* Das politische Verhalten der Frau. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 8, 1958, 49–57.
878. *Bremme, Gabriele:* Frauen in der Politik — ja oder nein? Warum und wen die Frauen wählen? In: D. polit. Meinung. Monatsh. f. Fragen d. Zeiten, Köln, 2, 1957, 47–54.

879. *Schwarzhaupt, Elisabeth*. Wert und Bedeutung der Arbeit der Frau im Deutschen Bundestag. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 10, 1960, 192–96.

880. *Gensch, Johanna*: Die Rolle der amerikanischen Frau in der Politik. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 5, 1955, 417–25.

[1920 bis Gegenwart.]

3. Kampf für Frieden und internationale Solidarität

Friedens-
kampf

881. *Die Frau im Kampf um den Frieden*. In: Die Frau (11) 604–09, Abb.

882. *Alles für den Frieden*. Bericht über d. Friedenskampf d. Frauen vieler Länder. Zsgest. v. Elli Schmidt, Berlin: Dt. Frauenverl. 1951. 102 S., Abb. DM 0,75.

883. *Frauen aller Ländern kämpfen für den Frieden*. Berlin: Amt f. Information d. Regierung d. Dt. Demokrat. Republik. (1951) 47 S., Abb. = Die Wahrheit dem Volke 16.

884. *Benjamin, Hilde*: Zum Internationalen Frauentag 1952. In: Neue Welt. Halbmonatsschr., Berlin, 7, 1952, 545–50.

[Beh. Friedenskampf d. Frau.]

885. *Kirchhoff, R.*: Frauen im Kampf gegen Militarismus und Krieg. In: D. Nation. Zeitschr. d. Schule f. nat. Politik. NDPD, Berlin, 5, 1955, 202–08.

886. *Fünf Jahre Westdeutsche Frauenfriedensbewegung*. In: D. andere Deutschland, Hannover, 1956, 23, 6.

887. *Wolf, Ernst*: Die große Kraft. Westdt. Frauen im Kampf f. d. Frieden. (Ill. Beyer-Haevernick.) Berlin: Dt. Frauenverl. 1952. 78 S. DM 0,50.

888. *Rusch, Paul*: Mutter, dein Beitrag zum Frieden. – Linz: Kath. Schriftenmission (1951.) 30 S. S 2,–.

889. *Lachmund, Margarethe*: Die besondere Friedensaufgabe der Frau im Atomzeitalter. In: D. Quäker. Monatshh. d. dt. Freunde, Bad Pyrmont, 32, 1958, 105–08.

890. *Stellung der Frau zu Atomfragen*. In: Informationen f. d. Frau, Bad Godesberg, 5, 1956, 9, 7–11.

891. *Stoss, Irma*: Welche Aufgaben erwachsen der Frau durch die Wehrgesetzgebung? In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 6, 1956, 393–97, 400–02.

892. *Jenke, Martha*: Wie helfen wir, die Jugend für ihre Friedensaufgabe bereit und fähig zu machen? – In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 55, 1954, 18–26.
893. *Röseler, Margarete*: Frauenaufgabe: Friede! (XIII. Weltkongreß kath. Frauenorganisationen). In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 53, 1952, 599–604.
894. *Die Studentinnen von Oxford oder der weibliche Widerstand*. E. Meinungs-
austausch v. Frau zu Frau. – München-Solln: Sophia-Verl. 1959. 30 S.
DM 0,90.
895. *Braun, Harald*: Herz der Welt. (Lizenzausgabe.) – Berlin: Ev. Verl.-
Anst. (1954). 174 S.
[Bertha v. Suttner.]
896. *Hallgarten, Konstanze*: Als Pazifistin in Deutschland. Biogr. Skizze. –
Stuttgart: Conseil-Verl. 1956. 112 S.
897. *Kaul, Friedr. Karl*: Ich sagte die Wahrheit. Lilly Wächter, e. Vorbild d.
dt. Frauen im Kampf um d. Frieden. – Berlin: Dt. Frauenverl. 1952.
63 S., Abb.
898. *Lehmann, Kl.*: Über die Solidarität deutscher und sowjetischer Frauen. **Internat.
Zus.arbeit**
In: Wiss. Zeitschr. d. Humboldt-Univ. Berlin. Gesellschafts- u. sprach-
wiss. Reihe, Berlin, 6, 1957/58, 49–53.
899. *Was muß die Frau von den Vereinten Nationen wissen?* – (Wiesbaden):
Büro f. Frauenfragen in d. Gesellsch. z. Gestaltung öffentl. Lebens. 1952.
24 S., Taf. DM 0,50.
900. *Kuensberg, K. v.*: Was hat die Akademikerin zur internationalen Ver-
ständigung beizutragen? In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg,
5, 1955, 474–78.
901. *Schulz, Erna*: Internationale Tätigkeit der katholischen Frauen. In:
Kath. Frauenbildung, Paderborn, 56, 1955, 399–400.

V. Recht und Kultur

1. Gleichberechtigung

a) Verwirklichung der Gleichberechtigung im Sozialismus

- DDR** 902. *Tilheim, Inge*: Die Bedeutung der Teilnahme der Frau am sozialistischen Arbeitsprozeß für die vollständige Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und die allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit. — Diss. Inst. f. Gesellschaftswiss. b. ZK d. SED Berlin 1961. IV, 319 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr. vervielf.]
903. *Benjamin, Hilde*: Die Frauen sind gleichberechtigte Bürgerinnen der Deutschen Demokratischen Republik. In: D. Rolle d. Frau in der DDR (299) 2–8.
904. *Thiele, Ilse*: Die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Einheit. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis d. wiss. Sozialismus, Berlin, 9, 1954, 974–82.
905. *Wiesner, Katharina*: Warum ist die Gleichberechtigung in der Deutschen Demokratischen Republik Vorbild für den Kampf der westdeutschen Frauen? — Berlin: Tribüne 1956. 16 S. 4^o = Lektions-Propaganda d. Gewerkschaft Unterricht u. Erziehung. Hrsg. v. Zentralvorst. d. Gewerkschaft Unterricht u. Erziehung, Abt. Kaderentwicklung 3.
906. *Gehlhoff, Ilse*: Die Frau in der DDR — ein gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft. In: Statistische Praxis. Monatsschr. f. theoretische u. angewandte Forschungs-, Verwaltungs- u. Betriebsstatistik, Berlin, 15, 1960, 7, 151–53.
907. *Der Weg der gleichberechtigten Frau in der DDR*. (Hrsg. v. Amt. f. Information d. Regierung d. DDR.) — Berlin: Dt. Zentralverl. 1951. 36 S., Abb. = Die Wahrheit dem Volke 19.
908. *Die Gleichberechtigung der Frau — in der DDR verwirklicht*. Red. v. Dt. Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“. — (Berlin): Dt. Zentralverl. 1951. 36 S. = Innerbetriebl. Schulung f. d. Mitarbeiter in d. Verwaltungen d. DDR 24.
909. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund. Industriegewerkschaft Chemie. *Verwirklicht die Gleichberechtigung der Frau*. (Hrsg. v. Zentralvorstand d. Industriegewerkschaft.) — Berlin: (Tribüne 1951). 13 S. = Gewerkschaftl. Mitgliedervers. Referentenmaterial 2. 1951.
910. *Lohde, Hannah-Ruth*: Die Entwicklung der Frau geht alle an. Betrachtungen z. 8. 3. 1962. In: Mathematik, Physik, Astronomie in d. Schule, Berlin, 9, 1962, 162–67.

911. *Die Frau im Sozialismus*. In: Die Frau (11) 583–96.
912. *Ortmann, Hannelore, u. Elfriede Gerber*: Die schöpferischen Kräfte für den Aufbau des Sozialismus voll entfalten. In: Einheit. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis d. wiss. Sozialismus, Berlin, 17, 1962, 127–32.
913. *Lange, Inge*: Die Kraft der werktätigen Frauen für den Aufbau des Sozialismus nutzen. In: Neuer Weg, Halbmonatsschr. f. aktuelle Fragen d. Arbeiterbewegung, Berlin, 16. 1961, 1087–92.
914. *Walther, R.*: Die Frau – der Friede und der Sozialismus. In: D. nationaldemokrat. Berlin, 1962, 115–17.
915. *Braemer, E., u. Anita Grandke*: Die Frau, der Friede und der Sozialismus. In: Hochschulwesen, Berlin, 10, 1962, 193–224.
916. *Die Gleichberechtigung der Frauen in der UdSSR*. Internat. Seminar. — **Sowjetunion** (Moskau): Die Sowjetfrau [1956] 55 S. 4⁰. = Die Sowjetfrau, 1956, 12, Dez.-Beil.
917. *Die Gleichberechtigung der Frauen in der UdSSR*. Schriftenmaterial d. Internat. Seminars in Moskau 15. Sept. – 1. Okt. 1956. – Moskau: Verl. f. fremdsprachige Literatur 1957. 394 S., Abb.
918. *Die Gleichberechtigung der Frauen in der UdSSR*. Material z. Veranstaltungen am 8. März. – [Berlin: Verl. Kultur u. Fortschritt] 1958. 32 S. = Freundschaft in Aktion, 1958, 3, Beil.

b) Kampf um Gleichberechtigung

919. *Pohlmeyer, Heinz A.*: Um die Befreiung der Frau. Berlin: Kongreß-Verl. **Allg.** 1955. 196 S., Abb. DM 5,50.
[1945–1953.]
920. *Bingler, Helmut*: Die Entwicklung zur bürgerlich-rechtlichen Gleichberechtigung der deutschen Ehefrau in Gesetzgebung und Rechtsprechung seit 1900. – Jur. Diss. Heidelberg 1953. 130 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
921. *Mestwerdt, Reinhard*: Das Sozialbild der Ehe im Spiegel von Gesetzgebung und Rechtsprechung der letzten 150 Jahre. – Göttingen 1962. 128 S.
[Zugl. Jur. Diss. Göttingen 1962.]
922. *Bumiller, Herbert-Wilhelm*: Zur Entwicklung und Durchsetzung des Gedankens der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Deutschland des 19. und 20. Jahrhundert. – Jur. Diss. Freiburg 1953. 141, IX, gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr. vervielf.]

- BRD** 923. *Rudorff, Margarete*: Die Gleichberechtigung – im Urteil der Gegenwart. In: Soziale Welt, Göttingen, 6, 1955, 186–92.
924. *Martens, Leni*: Über die Gleichberechtigung der Frau. In: Wissen u. Tat. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis des Marxismus-Leninismus, Hamburg, 8, 1953, 9, 73–84.
925. (*Thiele, Grete*): Um die Gleichberechtigung der Frau. – [Bonn]: Bundestagsfraktion d. KPD (1953). 16 S.
[Aus: Vier Jahre Bonner Politik.]
926. *Beck, Hans*: Gleichberechtigung oder Vollberechtigung. In: D. Gewerbeschule. Zeitschr. f. d. gewerbl.-fachl. Unterrichts- u. Bildungswesen, Karlsruhe, 44, 1953, 85–90.
927. *Heisel, Lilo*: Die Frauen Westdeutschlands fordern ihre volle Gleichberechtigung. In: Wissen u. Tat. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis d. wiss. Sozialismus, Düsseldorf, 9, 1954, 9, 59–69.
928. *Wendt, Herbert*: Gleiches Recht für Mann und Frau. In: Aktion. Monatszeitschr., Frankfurt a. M., 2, 1952, 14, 43–48.
929. *Die Gleichberechtigung der Frau*. In welcher Weise empfiehlt es sich, gemäß Art. 117 des Grundgesetzes das geltende Recht an Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes anzupassen? Referate v. E[rna] Scheffler u. E[ugen] Ulmer sowie Diskussionsbeitr. u. Beschlüsse. – Tübingen: Mohr 1951. 102 S. = Verhandlung d. Dt. Juristentages 38. T. B.
930. *Ringeling, Hermann*: Die Frau zwischen gestern und morgen. Der sozialtheol. Aspekt ihrer Gleichberechtigung. – Hamburg: Furche-Verl. 1962. 146 S. = Stud. z. ev. Sozialtheol. u. Sozialeth. 10. DM 12,80.
[Veränd. Diss. Hamburg.]
931. *Stein, Edith*: Die Frau in Ehe und Beruf. Bildungsfragen heute. – Freiburg: Basch; Wien: Herder 1962. 165 S. = Herder-Bücherei 129. DM 2,40.
932. *Zur Gleichberechtigung der Beamtin*. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 53, 1952, 579–91, 669–70.
- Ausland** 933. *Staub, Günther*: Der Gedanke der bürgerlich rechtlichen Gleichberechtigung der englischen Ehefrau in der Entwicklung der letzten hundert Jahre in Gesetzgebung und Rechtsprechung. Jur. Diss. Heidelberg 1957. III, 171 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr. vervielf.]
934. *Kägi, Werner*: Der Anspruch der Schweizer Frau auf politische Gleichberechtigung. Gutachten. Mit Vorw. v. Max Haber. Hrsg. v. Schweizer Verband f. Frauenstimmrecht. – Zürich: Polygraph. Verl. (1956) 55 S. sfr 3,—.

c) Kampf um das Stimmrecht in der Schweiz

935. *Boehlen, Marie*: Eine kleine Geschichte des Frauenstimmrechts in der Schweiz. (2. Aufl.) – Zürich: Sozialdemokrat. Frauengruppen d. Schweiz (1955). 36 S. sfr 0,40.
936. *Roten, Iris v.*: Frauenstimmrechtsbrevier. Vom Schweizer Patentmittel gegen d. Frauenstimmrecht, d. Mitteln gegen d. Patentmittel, u. wie es mit oder ohne doch noch kommt. – Basel: Frobenius [1959] 83 S. sfr 4,90.
937. *Hackhofer, Karl*: Politisches Frauenstimmrecht in der Schweiz. In: Civitas. Monatsschr. d. schweizerischen Studentenvereins, Immensee, 8, 1953, 10, 517–26.
938. *Zur Frage des Frauenstimmrechts*. In: Civitas. Monatsschr. d. schweizerischen Studentenvereins, Immensee, 8, 1953, 7, 354–59.
939. *Die kantonale Frauenabstimmung über die Frage der Einführung des Frauenstimmrechts vom 20.–21. 2. 1954*. In: Wirtschaft u. Verwaltung, Basel, 1954, 2, 57–74.
940. *Schubiger, Maria*: Für und wider das Frauenstimmrecht. In: Schweizer Rundschau. Monatsschr. f. Geistesleben u. Kultur, Einsiedeln, N. F. 54, 1954/55, 1, 28–34.
941. *Ruckstuhl, L.*: Warum Frauenstimmrecht? In: Civitas. Monatsschr. d. schweizerischen Studentenvereins, Immensee, 14, 1958, 1–2, 17–22.
942. *Schnyder, B., M. Favarger u. I. Darbellay*: Pro und contra Frauenstimmrecht. In: Civitas. Monatsschr. d. schweizerischen Studentenvereins, Immensee, 13, 1958, 5, 141–58.
943. *Steffen, I.*: Caveant consules. In: Civitas. Monatsschr. d. schweizerischen Studentenvereins, Immensee, 14, 1958, 1–2, 22–29.
944. *Untertaninnen in der „ältesten Demokratie“*. Von Schrittden und Schritten zur Verwirklichung der staatsrechtlichen Gleichberechtigung der Schweizerin. In: Geist u. Zeit. E. Zweimonatsschr. f. Kunst. Literatur u. Wiss., Düsseldorf, 1959, 4, 129–36.
945. *Oetli, Mascha*: Das Frauenwahlrecht in der Schweiz. In: Geist u. Tat. Monatsschr. f. Recht, Freiheit u. Kultur, Frankfurt a. M., 14, 1959, 15–19.
946. *Villard, Émile*: Frauenstimmrecht. Von e. Abstimmung zu e. Krise unserer Rechtsordnung. – (Basel: Vereinigung f. Frauenstimmrecht Basel u. Umgebung 1960.) 31 S. sfr 2,50.

947. *Kuhn, Manfred*: Der Kampf um das Frauenstimmrecht. — Zürich: Schulthess 1960. 7 S. sfr —,50.
[Aus: Schweizer Juristen-Zeitung, 56, 1960, 20.]

d) Allgemein rechtliche Aspekte

948. *Weber, Heinrich*: Die Frau im Recht. Kleine Rechts- u. Sozialkunde. — Hamburg: Schleicher 1959. 92 S. DM 3,60.
949. *Hedemann, Justus Wilhelm*: Die Rechtsstellung der Frau. Vergangenheit u. Zukunft. — Berlin: de Gruyter 1952. XII, 63 S. DM 3,80.
950. *Nell-Breuning, Oswald, u. Alice Scherer*: Die Frau im Recht. In: Wörterbuch d. Politik, Freiburg, 1951, 6, Sp. 209/10—223/24.
951. *Wolle-Egenolf, Hildegard*: Die Vereinten Nationen und die rechtliche Stellung der Frau. In: Gegenwartsprobl. d. Ver. Nationen. Vortr. geh. v. 25.—29. Okt. in Göttingen, Göttingen, 1955, 141—50.

- Ausland** 952. *Kiessig, Hennig*: Die bürgerlich-rechtliche Rechtstellung der verheirateten Frau in Frankreich. Nach d. Gesetz v. 22. Sept. 1942. — Jur. Diss. Hamburg 1953. VII, 117 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.]
953. *Prelot, Elisabeth*: Die rechtliche Stellung der Frau in Frankreich. In: Antares, Baden-Baden, 2, 1954, 5, 19—26.
954. *Aguiló y Banzá, Apolonia*: El cambio actual de las costumbres y de la situación de la mujer en España. In: D. neueren Sprachen, Frankfurt a. M., N. F., 1957, 2, 92—100.
955. *Cabanillas, Pio*: Die neue Rechtslage der Frau im spanischen Recht. In: Arch. f. civilistische Praxis, Tübingen, 38, 1959, 352—62.
956. *Sarumpaet, Julia*: Die Stellung der Frau im indonesischen Grundgesetz. In: Frauen in fernen Ländern. D. Buch d. Frauenmission. Hrsg. v. Hedwig Thoma. Stuttgart, Ev. Missionsverl., 1958, 64—71.

e) Gleichberechtigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland und Kommentar

- Text** 957. *Gleichberechtigungsgesetz* (Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts. (Gleichberechtigungsgesetz — Gleichber. G) Vom. 18. Juni 1957). Mit Gegenüberstellung aller betroffenen Bestimmungen d. BGB, d. ZPO u. anderer Gesetze in alter u. neuer Fassg. Mit Vorw. u. Sachreg. — München, Berlin: Beck 1957. VI, 464 S. = Beck'sche Textausgaben. DM 4,80.

958. *Gleichberechtigungsgesetz* (Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts vom 18. Juni 1957). Textausg. — Köln: O. Schmidt (1957). 103 S. = Taschen-Texte. Bd. A 9. DM 1,60.
959. *Gleichberechtigungsgesetz*. Gesetzestext sowie Erl. d. materiellrechtl. Vorschriften. Nebenbd. zum BGB-Kommentar. Hrsg. v. Walter Erman unter Mitw. v. Heinz Goerke. Münster/Westf.: Aschendorff (1958). 212 S. = Handkommentar zum Bürgerl. Gesetzbuch. Nebenbd. zus. mit Hauptw. DM 85,—.
960. *Kammitzer, Bernhard, u. Heinrich Bohnenberg*: Gleichberechtigungsgesetz und Bürgerliches Gesetzbuch. Gemeinverst. Erl. d. Gleichberechtigungsgesetzes. Ergänzungsh. zu d. BGB. Von Heinr. Rosenthal hrsg. — Köln, Berlin: Heymann 1958, 143 S. DM 8,—. **Kommentar**
961. *Massfeller, Franz, u. Dietrich Reinicke*: Das Gleichberechtigungsgesetz. Mit Erl.-Köln, Berlin: Heymann 1958. XV, 587 S. DM 28,80.
962. *Knöpfel, Gottfried*: Das Gleichberechtigungsgesetz tritt in Kraft. Gleichberechtigung v. Mann u. Frau auf d. Gebiet d. bürgerl. Rechts. In: Bulletin d. Presse- u. Informationsamtes d. Bundesregierung, Bonn, 1958, 115, 1185—89.
963. *Weber, Helene*: Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. In: Soziale Arbeit, Berlin, 7, 1958, 97—103.
964. *Kleinheyer, Gerhard*: Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts vom 18. Juni 1957. In: D. Kirche in d. Welt. Wegweiser f. d. kath. Arbeit am Menschen d. Gegenwart, Münster, 11, 1960, 1, 69—76.
965. *Bosch, F. W.*: Bemerkungen zum „Gleichberechtigungsgesetz“. In: Ehe u. Familie im privaten u. öffentl. Recht. Zeitschr. f. d. gesamte Familienrecht, Bielefeld, 4, 1957, 189—96.
966. *Bosch, F. W.*: Ergänzende Bemerkungen zum Gleichberechtigungsgesetz. In: Ehe u. Familie im privaten u. öffentl. Recht. Zeitschr. f. d. gesamte Familienrecht, Bielefeld, 4, 1957, 231—33.
967. *Finke, Franz-Josef*: Erläuterungen zum Gleichberechtigungsgesetz. In: Monatsschr. f. dt. Recht, Hamburg, 11, 1957, 449—55, 514—21, 577—84.
968. *Kehrer, Artur*: Das Gleichberechtigungsgesetz. In: D. Verwaltungspraxis. Fachzeitschr. f. d. Ausbildung und Fortbildung in d. Verwaltung, Stuttgart, 24, 1958, 149—53, 170—73, 196—201.

969. *Walner v. Deuten, Charlotte v.*: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau im BGB. In: Vortr., gehalten anläßl. d. Hess. Hochschulwochen f. staatswiss. Fortbildung 30. 9.—10. 10. 1953 in Bad Salzschlirf, Bad Homburg v. d. H., 1954, 269—88.
970. *Der neue Entwurf eines Gesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau.* In: Zeitschr. f. d. Post- u. Fernmeldewesen, Starnberg, 6, 1954, 5, 169—73.
971. *Böhme, Wolfgang*: Bundestag berät Gleichberechtigung von Mann und Frau. In: Zeitwende, Hamburg, 25, 1954, 256—60.
972. *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Gleichberechtigung der Frau.* In: D. dritte Gewalt. Sachkritischer Justizpressedienst, Heidenheim a. Rh., 8, 1959, 7/8, 6—13.
973. *Weber, Helene*: Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. In: D. christl. Frau, Köln, 46, 1957, 100—09.
974. *Der Grundsatz der Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist geltendes Recht.* In: Juristenzeitung, Tübingen, 8, 1953, 19, 598—602.
975. *Maßfeller, Franz*: Das Gleichberechtigungsgesetz mit Ausnahme des ehelichen Güterrechts. In: Dt. Notarzeitschr., München, 1957, 342—76.
976. *Knöpfel, Gottfried*: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau. E. Beitrag z. Auslegung d. Art. 3. Abs. 2 GG. In: Neue jur. Wochenschr., München, 13, 1960, 553—58.
977. *Das Gleichberechtigungsgesetz.* In: Rechtspflegejahrbuch, Bielefeld, 25, 1958, 217—34.
978. *Hartung, Fritz*: Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. In: Schiedsmannzeitung, Köln, 28, 1957, 113—16, 132—33.
979. *Zeiger, Ivo*: Gleichberechtigung der Frau. In: Stimmen d. Zeit. Monatsschr. f. d. Geistesleben d. Gegenwart, Freiburg/Br., 150, 1952, 113—22.
980. *Reinhard, Edmund*: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau. In: D. Quell, Zeitschr. f. Geistesfreiheit, Pfähl b. Weinheim/Oberbayern, 6, 1954, 155—62, 208—14.
981. *Artzt, Werner*: Der Grundsatz der Gleichberechtigung in der westdeutschen Rechtssprechung. In: D. Justiz, Düsseldorf, 1954, 8, 400—03.

982. *Artzt, Werner*: Das westdeutsche Gleichberechtigungsgesetz – ein großer Schritt zurück. In: Neue Justiz. Zeitschr. f. Recht u. Rechtswiss., Berlin, 11, 1957, 20, 651–57.

f) Internationales Privatrecht

983. *Siegrist, Eberhard*: Gleichberechtigung von Mann und Frau und internationales Privatrecht. – Rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. Tübingen 1956. XIV, 112 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
984. *Siegrist, Eberhard*: Gleichberechtigung von Mann und Frau und internationales Privatrecht. In: Zeitschr. f. ausländisches u. internat. Privatrecht, Berlin, 24, 1959, 54–114.
985. *Makarov, Alexander N.*: Die Gleichberechtigung der Frau und das internationale Privatrecht. In: Zeitschr. f. ausländisches u. internat. Privatrecht, Berlin, 17, 1952, 382–96.
986. *Fischer, Elmar*: Die Frau im interzonalen Familienrecht unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rechtsstellung im heute anzuwendenden Familienrecht der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Jur. Diss. Erlangen [1953] XVI, 120 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
987. *Maraun, Georg*: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Staatsangehörigkeitsrecht. Jur. Diss. Marburg 1952. 166 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr. vervielf.]
988. *Legler, Lieselotte*: Die Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau. – Jur. Diss. Heidelberg 1960. VI, 146 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
989. *Engelbrecht, Herta*: Die Haftung der Ehegatten für die von der Frau eingegangenen Verbindlichkeiten aus Haushaltsgeschäften im englischen und anglo-amerikanischen Recht. – Rechts- u. staatswiss. Diss. Hamburg 1953. Bl. A–E, 84 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]

g) Familien- und Ehegüterrecht

990. *Jansen, Friedrich*: Leitfaden des Familienrechts der Deutschen Demokratischen Republik. – Berlin: VEB Dt. Zentralverl. 1958. 209 S. DM 6,40. Rez. v. Linda Ansgor, Neue Justiz, Zeitschr. f. Recht u. Rechtswiss., Berlin, 13, 1959, 711–12.

991. *Jansen, Friedrich*: Über die Bedeutung des Entwurfs eines Familiengesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Wiss. Zeitschr. d. Dt. Akad. f. Staats- u. Rechtswiss.*, „Walter Ulbricht“, Babelsberg, 4, 1954/55, 1–15.
992. *Ranke, Hans*: Der Entwurf des neuen Familiengesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik – ein Dokument der demokratischen Gesetzlichkeit. In: *Staat u. Recht*, Berlin, 1954, 6, 733–42.
993. *Benjamin, Hilde*: Familie und Familienrecht in der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Einheit. Zeitschr. f. Theorie u. Praxis d. wiss. Sozialismus*, Berlin, 10, 1955, 448–57.
994. *Nathan, Hans*: Familienrecht und Moral in der sozialistischen Gesellschaft. In: *Neue Justiz, Zeitschr. f. Recht u. Rechtswiss.*, Berlin, 15, 1961, 626–31.
995. *Görner, Kurt*: Um die Neugestaltung des Familienrechts. In: *D. Schöffe. Zeitschr. f. Schöffen u. Schiedsmänner*, Berlin, 1, 1954, 2, 1–9; 3, 9–18.
996. *Ostmann, Helmut*: Über die weitere Arbeit am Entwurf des Familiengesetzbuches. In: *D. Schöffe. Zeitschr. f. Schöffen u. Schiedsmänner*, Berlin, 2, 1955, 54–58.
997. *Bartl, Gisela*: Die Gleichberechtigung wird verwirklicht. In: *D. Schöffe. Zeitschr. f. Schöffen u. Schiedsmänner*, Berlin, 1, 1954, 5, 14.
[Diskussionsbeitr. z. Familiengesetzentwurf d. DDR.]
998. *Knauer, Emil*: Für die Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung der Frau. In: *D. Schöffe. Zeitschr. f. Schöffen u. Schiedsmänner*, Berlin, 1, 1954, 4, 22–23.
[Diskussionsbeitr. z. Familiengesetzentwurf d. DDR.]
999. *Grandke, Anita*: Die konsequente Durchsetzung der familienrechtlichen Gleichberechtigung – Bestandteil der Befreiung der Frau von den ökonomischen und geistigen Fesseln des Kapitalismus. *Z. 10. Jahrestag über d. Mutter- u. Kinderschutz u. d. Rechte d. Frau v. 27. September 1950*. In: *D. Schöffe. Zeitschr. f. Schöffen u. Schiedsmänner*, Berlin, 7, 1960, 355–60.
1000. *Niethammer, Fritz*: Zu den Fragen des Unterhaltsrechts. In: *Wiss. Zeitschr. d. Dt. Akad. f. Staats- u. Rechtswiss.*, „Walter Ulbricht“, Babelsberg, 4, 1954/55, 34–40.
1001. *Müller, Susanne*: Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung des nichtehelichen Kindes in der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Wiss. Zeitschr. d. Dt. Akad. f. Staats- u. Rechtswiss.*, „Walter Ulbricht“, Babelsberg, 4, 1954/55, 41–45.

1002. *Wolle, Waldemar, u. Hildegard Wolle-Egenolf*: Der Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau (Art. 3 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes) im neuen deutschen Familienrecht. — [Wiesbaden]: Gesellsch. z. Gestaltung öffentl. Lebens, Büro f. Frauenfragen [1952] 64 S. BRD
1003. *Mutschler, Dietrich*: Die persönliche Rechtsstellung der Frau in der modernen Ehe. — Rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. Tübingen. 1956. XII, 227 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.]
1004. *Strauss, Walter*: Der Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. In: Juristenzeitung, Tübingen, 9, 1954, 177–82.
1005. *Bosch, Friedr. Wilh.*: Familienrechtsreform. (Eheschließung—Ehescheidung — Gleichberechtigung v. Mann u. Frau — Recht d. unehelichen Kindes.) Siegburg: Reckinger 1952. 119 S. DM 3,40.
1006. *Stellungnahmen zur Ehe- und Familienrechtsreform*. In: Informationen f. d. Frau, Bonn, 1, 1952, 2, 3–31.
1007. *Zur Ehe- und Familienrechtsreform*. In: Informationen f. d. Frau, Bonn, 2, 1953, 2, C, 1–8.
1008. *Mielke, Heinz-Hubert*: Die Gleichberechtigung der Frau. Derzeitige Rechtsgrundlage in West und Ost. In: D. Innere Mission, Berlin, 44, 1954, 353–59.
1009. *Stoldt, Egon*: Zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. (D. Rechtslage nach d. 31. März 1953.) In: Schleswig-Holsteinische Anzeigen. Justizministerialblatt f. Schleswig-Holstein, Kiel, 200, 1953, 89–95.
1010. *Schuhmacher-Köhl, M.*: Gleichberechtigung, Ziel oder Aufgabe der Frauenbewegung? In: Kinderheim. Zeitschr. f. Kleinkindererziehung u. Hortwesen, München, 30, 1952, 149–53.
[Stellungnahme z. Familienrechtsreform.]
1011. *Kortzfleisch, Anna v.*: Die Frau in der Familie. — Hannover: Sandbuch-Verl. 1953. 157 S., Abb. = Vom Ich zum Wir. DM 4,80.
[Beh. u. a. Ehe- u. Familienrecht.]
1012. *Kuchtner, Edeltraut, u. Gertrude Reidick*: Die Stellung der Frau im neuen Eherecht. — [Stuttgart]: Akad. d. Diözese Rottenburg 1958. 34 S. = Beitr. z. Begegnung v. Kirche u. Welt 32/33. DM 0,80.
1013. *Frommann, Herbert*: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Wohl der Gemeinschaft. — Rechts- u. staatswiss. Diss. Marburg 1957. X, 116 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.]

1014. *Müller-Freienfels, Wolfram*: Kernfragen des Gleichberechtigungsgesetzes. In: Juristenzeitung, Tübingen, 12, 1957, 685–96.
1015. *Deiters, Manfred*: Die Gleichberechtigung der Ehefrau und die Reform des geltenden Familienrechts. – Jur. Diss. München 1951. 95, II gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.]
1016. *Maßfeller, Franz*: Das neue Familienrecht. Gesetzentwurf über d. Gleichberechtigung v. Mann u. Frau auf d. Gebiet d. bürgerl. Rechts u. über d. Wiederherstellung d. Rechtseinheit auf d. Gebiete d. Familienrechts. Mit amtl. Begründung, 2 synopt. Gegenüberstellungen u. e. Einführung. Frankfurt a. M., Berlin: A. Metzner 1952. 387 S. DM 13,50.
1017. *Messmer, Kurt*: Die persönliche Rechtsstellung der Frau in der Ehe unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung betrachtet. Rechts- u. staatswiss. Diss. Freiburg [1952]. 68 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr. vervielf.]
1018. *Zeiger, Ivo*: Gleichberechtigung der Frau und neues Familienrecht. In: Stimmen d. Zeit. Monatsschr. f. d. Geistesleben d. Gegenwart, Freiburg/Br., 150, 1952, 176–86.
1019. *Arnold, E.*: Angewandte Gleichberechtigung im Familienrecht. Kommentar zu d. Rechtssituation seit d. 1. 4. 1953. – Berlin, Frankfurt a. M.: Vahlen 1954. XX, 134 S. = Vahlens gelbe Hefte. DM 6,25.
1020. *Fellermeier, Jakob*: Das Problem der Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Familienrechtsreform in der Bundesrepublik. In: Klerusbl., München, 34, 1954, 353–58.
1021. *Ruckstuhl, Lotti*: Zur Problematik der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Familienrecht. In: Schweizer Rundschau. Monatsschr. f. Geistesleben u. Kultur, Einsiedeln, 54, 1954/55, 206–16.
1022. *Schmidt, Hans*: Gleichberechtigung in katholischer Sicht. In: Gewerkschaftl. Monatshh., Köln, 5, 1954, 22–27.
1023. *Der naturrechtliche Standort der Frau im sozialen Leben*. E. wenig bekannte, sehr bedeutsame Ansprache Pius XII. Mit Text. Hrsg. v. Arthur Fridolin Utz. In: D. neue Ordnung, Paderborn, 7, 1953, 342–50.
1024. *Greeven, Heinrich*: Der Mann ist des Weibes Haupt. Z. Frage d. Gleichberechtigung v. Mann u. Frau. In: D. neue Furche. Monatsschr. f. geistige Auseinandersetzung, Stuttgart, 6, 1952, 99–109.
1025. *Ziegler, Alfred*: Das natürliche Entscheidungsrecht des Mannes in Ehe und Familie. – Heidelberg: Kerle Verl. 1958. 508 S.

1026. *Kässer, Helmut*: Der Familienname und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. (Art. 3 Abs. 2 GG.) – Rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. Tübingen. 1956. III, 99 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr. vervielf.]
1027. *Wandrey, Hanns*: Die gesetzliche Unterhaltspflicht unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. 2. Aufl. Bonn: Stofffuß 1953. 48 S. = Sammlg. „Hilf dir selbst!“ 166 Jur. Reihe. DM 2,40.
1028. *Gernhuber, Joachim*: Die Mitarbeit der Ehegatten im Zeichen der Gleichberechtigung. In: Ehe u. Familie im privaten u. öffentl. Recht, Zeitschr. f. d. gesamte Familienrecht, Bielefeld, 5, 1958, 243–51.
[Beh. Regelung d. ehel. Mitarbeitspflicht.]
1029. *Boxberg, Helma*: Familienrechtsreform und Frauenbewegung. – In: D. christl. Frau, Köln, 48, 1959, 163–66.
1030. *Sautter, Bruno*: Ehemündigkeit und Gleichberechtigung. – Rechts- u. wirtschaftswiss. Diss. Tübingen 1956. VI, 110 gez. Bl., graph. Darst. 4^o. [Maschinenschr.]
1031. *Müller-Freienfels, Wolfram*: Scheidungsstatut und Gleichberechtigung. In: Juristenzeitung, Tübingen, 12, 1957, 5/6, 141–48.
1032. *Wenzel, Walter*: Die Rechtsnatur des gesetzlichen Unterhaltsanspruchs der geschiedenen Frau. – Rechts- u. staatswiss. Diss. Göttingen. 1951. 96 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr. vervielf.]
1033. *Arnold, Egon*: Gesetzliche Neuregelungen im Bereich der elterlichen Gewalt. In: Ehe u. Familie im privaten u. öffentl. Recht, Zeitschr. f. d. gesamte Familienrecht, Bielefeld, 6, 1959, 425–29.
1034. *Heußner, Hermann*: Über die Auswirkungen des Gleichberechtigungsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29. 7. 1959. E. Beitr. z. Frage d. „Bindungskraft“ verfassungsgerichtl. Entscheidungen z. Recht d. relig. Kindererziehung u. z. gesetzl. Neuregelung im Bereich d. elterl. Gewalt. In: Ehe u. Familie im privaten u. öffentl. Recht, Zeitschr. f. d. gesamte Familienrecht, Bielefeld, 7, 1960, 6–11.
1035. *Kemmerling, Rudolf*: Die Ansprüche der Mutter eines unehelichen Kindes in bezug auf die Schwangerschaft und Niederkunft und deren Verhältnis zueinander. – Rechtswiss. Diss. Köln 1957. VI, 136 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.]
1036. *Brüggemann, Dieter*: Einwirkungen des Gleichberechtigungsgrundsatzes auf das Unehelichenrecht. In: Zentralbl. f. Jugendrecht u. Jugendwohlfahrt, Köln, 45, 1958, 181–88.

1037. *Klein, Franz*: Das Eltern-Kind-Verhältnis nach dem Gleichberechtigungsgesetz. In: Jugendwohl. Kath. Zeitschr. f. Kinder- u. Jugendfürsorge, Freiburg i. Br., 39, 1958, 381–92.
1038. *Krüger, Hildegard*: Die Einwirkungen der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf die Arbeit des Jugendamtes. In: Nachrichtendienst d. dt. Ver. f. öffentl. u. private Fürsorge, München, 1953, 206–11.
1039. *Maier-Reimer, Hedwig*: Die Auswirkungen der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Fürsorge u. Jugendhilfe. In: Blätter d. Wohlfahrtspflege, Stuttgart, 105, 1958, 211–17.
1040. *Thalmann-Antenen, Helene*: Die Stellung der Frau im schweizerischen Familien- und Erbrecht. – Zürich: (Bund schweizerischer Frauenvereine) 1958. 67 S. = Schriftenreihe d. Bundes schweizerischer Frauenvereine 2. sfr 3,35.
1041. *Unser Beitrag zur Reform des Zivilrechts der verheirateten Frau unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung der Geschlechter*. Ausgearb. v. e. Studienkommission der Femmes Socialistes Luxembourgeoises. – Esch – sur – Alzette: Impr. Coopérative 1952. 52 S. lfr 10,—.
- Ehegüterrecht 1042. *Lasse, Werner*: Die Verwirklichung der Gleichberechtigung im ehelichen Güterrecht der Deutschen Demokratischen Republik. – Jur. Diss. Halle 1959. V, 296, XI gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
1043. *Bergner, Manfred*: Erbrechtliche Probleme im zukünftigen Zivilgesetzbuch. In: Neue Justiz, Zeitschr. f. Recht u. Rechtswiss., Berlin 13, 1959, 270–72.
[DDR]
1044. *Grandke, Anita*: Zum Ausgleichsanspruch der Frau. In: Staat u. Recht, Berlin, 6, 1957, 3, 277–91.
[Betr. Teilfrage d. ehel. Güterrechts in d. DDR.]
1045. *Nathan, Hans*: Das eheliche Güterrecht nach dem letzten Entwurf zum Familiengesetzbuch. In: Neue Justiz, Zeitschr. f. Recht u. Rechtswiss., Berlin, 12, 1958, 529–34.
1046. *Drews, Werner, u. Erich Krauss*: Das eheliche Güterrecht. In: Wiss. Zeitschr. d. Dt. Akad. f. Staats- u. Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, Babelsberg, 4, 1954/55, 28–33.
1047. *Fischer, Hans Georg*: Die Gleichberechtigung der Geschlechter und das deutsche Ehegüterrecht. (E. Vorschlag f. seine Neuregelung.) – Jur. Diss. Göttingen. 1951. II, 187 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]

1048. *Haegeler, Karl*: Rechtsprechung u. Literatur zur Gleichberechtigung von Mann und Frau im ehelichen Güterrecht. In: Dt. Notarzeitschr., München, 1957, 133–40.
1049. *Massfeller, Franz*: Das Güterrecht des Gleichberechtigungsgesetzes. — Düsseldorf: Verl. Handelsbl. [1957]. 24 S. 4⁰. = Schriftenreihe „Der Betrieb“. DM 4,80.
1050. *Haegeler, Karl*: Für die Wirtschaftspraxis wichtige weitere Fragen des Gleichberechtigungsgesetzes. In: D. Wirtschaftstreuhand, Stuttgart, 7, 1958, 24–31.
1051. *Gleichberechtigung und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen*. Bearb. v. Franz Massfeller. (Düsseldorf: Commerzbank — Bankverein 1958.) 139 S.
[Beh. insbes. d. ehel. Güterrecht.]
1052. *Kehl, Robert*: Juristische Berater und die Rechte und Pflichten der erwerbstätigen Frau aus ihrem Arbeitseinkommen. — Zürich: Orel Füssli (1961). 79 S. sfr 4,80.
1053. *Ehmcke*: Die Auswirkung der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf den Familienhilfe-Anspruch für den Ehegatten. In: Wege z. Sozialversicherung, Bad Godesberg, 14, 1960, 33–41.
1054. *Lichtermann, S.*: Die Auswirkungen des deutschen Gleichberechtigungsgesetzes auf die Bankpraxis. In: Österr. Bankarchiv. Zeitschr. f. d. gesamte Bank-, Sparkassen-, Börsen- u. Kreditwesen, Wien, 8, 1960, 108–16.
1055. *Bergmann, Walter*: Gleichberechtigungsgesetz, Landwirtschaft u. Höfe-recht. In: Recht d. Landw. Zeitschr. f. Landwirtschaftsrecht, Stollhamm/Old., 11, 1959, 85–90, 113–17.
[Betr. Ehegüterrecht.]
1056. *Heimburg, Herwig v.*: Die Rechtsstellung der Angehörigen im Familienbetrieb. — Rechts- u. staatswiss. Diss. Kiel 1957. XIV, 135 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr. vervielf.]
1057. . . . *Und schuf sie — einen Mann und eine Frau*. E. Arbeitsh. z. Frage d. Partnerschaft v. Mann u. Frau. Hrsg. v. Eva Pohle. — Berlin: Ev. Verl. Anst. 1962. 63 S. DM 2,50.

h) Arbeits- und Besoldungsrecht

1058. *Beitzke, Günther*: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Arbeitsrecht. In: Recht d. Arbeit. Zeitschr. f. d. Wiss. u. Praxis d. gesamten Arbeitsrechts, München, 6, 1953, 281–85.

1059. *Krüger, Hildegard*: Die Gleichberechtigung im Arbeitsrecht. In: Neue Juristische Wochenschr., München, 6, 1953, 1772–76.
1060. *Krüger, Hildegard*: Gleichberechtigung – Lohngleichheit. In: Arbeit u. Recht. Zeitschr. f. Arbeitsrechtspraxis, Köln, 6, 1958, 87–94.
[Betr. Arbeitsrecht.]
1061. *Stree, Walter*: Die Gleichberechtigung der Männer und Frauen im Arbeitsleben. – Jur. Diss. Kiel 1953. XII, 157 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
[Beh. Arbeitsrecht.]
1062. *Bursche, Herbert*: Die Gleichberechtigung im Besoldungs- und Tarifrecht des öffentlichen Dienstes. In: Die öffentl. Verwaltung. Zeitschr. f. Verwaltungsrecht u. Verwaltungspolitik, Stuttgart, 6, 1953, 456–60.
1063. *Nipperdey, H. K.*: Gleicher Lohn der Frau für gleiche Leistung. Rechtsgutachten erstattet v. Bundesvorst. d. Dt. Gewerkschaftsbundes. Köln: Bund-Verl. 1951. 32 S. DM 0,75.
1064. *Hueck, A.*: Die Bedeutung des Art. 3 des Bonner Grundgesetzes für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Frauen. Rechtsgutachten erstattet f. d. Bundesvereinigung d. Dt. Arbeitgeberverbände. – (Düsseldorf: Rechtsverl. [in Komm.] 1951. 39 S. = Schriftenreihe d. Bundesvereinigung d. Dt. Arbeitgeberverbände 2. DM 2,25.
1065. *Dietz, Rolf*: Rechtsgutachtliche Äußerung zu der Frage, ob Art. 3 Absätze 2 und 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland der Berücksichtigung einer geringeren Wertigkeit von Frauenarbeit gegenüber Männerarbeit sowie einer typisch geringeren sozialen Belastung der Frau gegenüber dem Mann bei der Aufstellung einer Norm für den Lohn entgegensteht. – [Düsseldorf]: Rechtsverlag 1957. 53 S. = Schriftenreihe d. Bundesvereinigung d. Dt. Arbeitgeberverbände, Köln 16. DM 2,90.

i) Kirchliches Recht

1066. *Ciganek, Ingeborg*: Die Stellung der Frau im Ordensrecht seit der Säkularisation. Jur. Diss. Erlangen [1955] VI, 95 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
1067. *Nell-Breuning, Oswald v.*: Die Stellung der Frau im kirchlichen Recht. In: Wörterbuch d. Politik, Freiburg, 1951, 6, Sp. 233/34–237/38.
1068. *Adam, Elisabeth*: Frauenrecht und Frauenberufung in der Kirche. In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 65–69.
1069. *Dammann, Ruth*: Dürfen Frauen ordiniert werden? Eine Stimme aus Schleswig-Holstein. In: Lutherische Blätter, Bleckmar über Soltau/Hann., 12, 1960, 64, 30–36.
[Verf. lehnt d. Forderung, Frauen im Sinne d. Gleichberechtigung zu ordinieren, ab.]

1070. *Arnold, Franz Xaver*: Mann und Frau in Welt und Kirche. 2. überarb. u. erw. Aufl. — Nürnberg: Glock u. Lutz (1959). 191 S.

[Mit Verz. d. Werke v. F. X. Arnold. 1. Aufl. 1948 u. d. T.: Die Frau in der Kirche.]

2. Mutterschutzgesetz

1071. *Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau*. D. Begründung d. Gesetzes durch Otto Grotewohl. D. Gesetz über d. Mutter- u. Kinderschutz u. d. Rechte d. Frau. Mit Durchführungsbestimmungen u. Auszügen aus anderen Gesetzen. — Berlin: Dt. Zentralverl. 1953. 60 S. DM —,45. DDR
1072. *Herrmann, Jenny*: Der Kampf der Frau um Arbeiterinnen- und Mutterschutz. In: Wissen u. Leben, Berlin, 3, 1958, 3, 176–81, Abb.
1073. *5 Jahre Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau*. (Hrsg. v. Presseamt beim Ministerpräsid. d. Reg. d. DDR in Zusammenarbeit mit d. Bundesvorst. d. DFD. Zeichngn. v. Helga Bondzin-Jähnke.) Leipzig, Berlin: Verl. f. d. Frau 1955. 40 S. DM 0,20.
1074. *Kern, Käte*: Erläuterungen zum Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau v. 27. 9. 1950. — Berlin: Dt. Zentralverl. 1954. 124 S. = Schriftenreihe Arbeit u. Sozialfürsorge 8. DM 1,20.
1075. *Göricke, Franz*: Mutterschutz in der Sozialversicherung. Halle: Tauchnitz 1951. 50 S., 1 Bl., = Tauchnitz-Gesetz- u. Kommentarsammlung 13. DM 2,—.
1076. *Mehlan, K. H.*: Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau in seiner bevölkerungsbiologischen Bedeutung in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Münchener medizinische Wochenschr., München, 99, 1957, 835–40, Abb.
1077. *Kern, Käte*: Sozialer Fortschritt und Gleichberechtigung gehören zusammen. In: Arbeit u. Sozialfürsorge. Amtl. Organ d. Min. d. Arbeit d. DDR, Berlin, 10, 1955, 5, 131–33.
1078. *Grohmann, Erich*: Die Tätigkeit der Mütterberatungsstellen im Kreis Zittau seit Verkündung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau v. 27. 9. 1950. Med. Diss. Leipzig 1956. 51, IV gez. Bl. Abb., Kt.skizzen 4⁰. [Maschinenschr.]
1079. *Mutterschutzgesetz* (Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter. Vom 24. Jan. 1952). Stand: Nov. 1958. — München: Maiss [1959] 24 S. = §§-Sammlung. Reihe 1, 4. DM 1,20. BRD

1080. *Aye, Hans Adolf*: Das Mutterschutzgesetz v. 24. Jan. 1952. F. d. Hausgebrauch erl. [Loseblattausg.] 5. durchges. Aufl. (Stand: Mai 1959) — Essen: Essener Verl. f. Sozialversicherung (1959). 204 S. = Essener Schriften z. Sozialvers. 4B7. DM 10,90.
1. Aufl. 1952, 2. Aufl. 1953.
1081. *Arndt, Agnes, u. Fritz Teichmann*: Mutterschutzgesetz vom 24. 1. 1952. Erl. d. wichtigsten Bestimmungen u. vollst. Gesetzestext. Hamburg: Nordverl. 1952. 22 S. = DAG — Schriftenreihe 14. DM —,50.
1082. *Peters, Horst*: Das Mutterschutzgesetz. Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter vom 24. 1. 1952. Kommentar. Zugl. Nachtr. zum Kommentar „Wochenhilfe u. Wochenfürsorge“ — Lübeck: Asgard-Verl. 1953. 63 S. DM 2,90.
1083. *Bulla, Gustav-Adolf*: Mutterschutzgesetz und Frauenarbeitsrecht. Kommentar z. Mutterschutzgesetz u. z. Recht d. Hausarbeitstages nebst weiteren Bestimmungen über d. besonderen Arbeitsschutz d. erwerbstätigen Frau, d. zugehörigen Durchführungs- u. Ausführungsbestimmungen, Verwaltungserlassen u. Bekanntmachungen. — München, Berlin: Beck 1954. XXIV, 813 S. = Beck'sche Kommentare zum Arbeitsrecht 4. DM 26,50.
1084. *Theuerkauf, Emmy*: Mutterschutzgesetz. Gesetz z. Schutze d. erwerbstätigen Mutter. (Mutterschutzgesetz) vom 24. Jan. 1952. Kommentar. Neubearb. d. Ausg. 1952. Entscheidungen d. Arbeitsgerichte, d. Landesarbeitsgerichte u. d. obersten Arbeitsbehörden. Besondere Fälle. — Köln-Deutz: Bund-Verl. 1954. 206 S. = Das neue Recht. DM 9,80.
1085. *Eisel, Josef*: Das Mutterschutzgesetz. 1.—4. Aufl. Ersatzblattfg. 8. Stand: 1. Febr. 1960. — Essen: Haarfeld 1960. 135 Bl. = Soziale Gesetzgebung u. Praxis. 4B7. DM —,90.
1086. *Hellgrewe, Henny*: Der Mutterschutz der berufstätigen Frau. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 7, 1957, 538—43.
1087. *Schreck, T.*: Erfahrungen bei der Durchführung des Mutterschutzgesetzes. In: Zentralbl. f. Arbeitsmedizin u. Arbeitsschutz, Darmstadt, 7, 1957, 105—09.
1088. *Schmidt, F. H.*: Arbeitszeitgesetze, Jugendschutz, Mutterschutz, Ladenschluß. Textausg. mit Einf., Erl. u. Sachverz. — Köln, Berlin: Heymann 1958. 135 S. 4B7. DM 4,50.
1089. *Arbeitszeitordnung* (in d. Fassg. d. Verordnung vom 30. April 1938) *Mutterschutzgesetz* (Gesetz z. Schutz d. erwerbstätigen Mutter v. 24. 1. 1952). [Neuwied a. Rh., Berlin, Darmstadt]: Luchterhand [1958], 3. Bl. 40. 4B7. DM 9,50.

1090. *Jaeger, Werner*: Der Hausarbeitstag nach dem Recht des Landes Nordrhein-Westfalen. Jur. Diss. Köln 1962. XII, 104 S.
1091. *Beck, Ludwig Karl Leopold*: Der Mutterschutz in der Sozialgesetzgebung der europäischen Kulturländer. — Med. Diss. Freiberg i. Br. 1953. 40 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr.] Ausland
1092. *Krasnopol'skij, A. S., u. G. M. Sverdlov*: Schutz der Rechte von Mutter und Kind in der UdSSR (Ins Dt. übertr. v. Gerh. Möchel.) — Berlin: Dt. Zentralverl. 1955. 85 S. = Schriftenreihe Arbeit u. Sozialfürsorge 10. DM 2,20.
1093. *Der Mutter- und Kinderschutz in Bulgarien*. — Sofia: Fremdsprachenverl. 1960. 91 S., Abb.
1094. *Beschluß des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik zur Förderung des Mütter- und Kinderschutzes*. (3. 1953.) (Hrsg. v. Julia Pauncz.) Budapest: Ungar. demokrat. Frauenbund (1953). 8 S. 4^o.
1095. *Becker, F. I.*: Vergleich und kritische Beurteilung der Frauen- und Mutterschutzgesetzgebung in den westeuropäischen Industrieländern unter medizinischen und sozialhygienischen Gesichtspunkten. In: Soziale Arbeit, Berlin, 10, 1961, 6, 262–67.
1096. *Bürgi, Eduard*: Der Mutterschutz in der schweizerischen Sozialpolitik. — Zürich: Brunner & Bodmer. 1952. 161 S.
Rechts- u. staatswiss. Diss. Zürich.
1097. *Das Mutterschutzgesetz*. (Bundesgesetz v. 13. März 1957 BGBl. Nr. 76 über den Mutterschutz (Mutterschutzgesetz).) Mit e. Einl. u. ausführl. Erl. hrsg. v. Franz Kauler u. Viktor Pigler. — Wien: Manz 1957. 93 S. = Manz'sche Einzelausgaben sozialrechtl. Gesetze 15. S 26,—.
1098. *Mutterschutzgesetz*. (Bundesgesetz v. 13. März 1957 über d. Mutterschutz, BGBl. Nr. 76). Kurzkomentar mit einschlägigen Bestimmungen u. Stichwortverz. Hrsg. v. Walther Schwarz, u. Oswin Martinek. — Wien: Juridica-Verl. 1958. 115 S. = Juridica-Kurzkommentare. + 4B7. S 30,—.
1099. *Henrich, Gustav*: Das neue Mutterschutzgesetz. In: Österr. Juristenzeitung, Wien, 12, 1957, 18, 477–82.
1100. *Mikocki, Alfred*: Der Rechtsschutz der werdenden Mutter. Auf Grund d. einschlägigen Gesetze u. Verordnungen gemeinverständl. dargestellt. (Als Ms. gedr.) — (Wien: Verein „Rettet d. Leben“ 1959). 63 S.

3. Kulturelle Leistungen

a) Erziehung und Fürsorge

- Pädagog.
Berufe** 1101. *Homann, Karin*: Die Frau in der Kultur der Gegenwart. In: Wörterbuch d. Politik, Freiburg, 1951, 6, Sp. 155/56–167/68.
1102. *Alt, Robert*: Der Einfluß der Frauen auf die sozialistische Erziehung der jungen Generation. In: D. Rolle d. Frau in d. DDR (299) 89–97.
1103. *Mosolf, Anna*: Der Auftrag der Lehrerin in Schule und Gesellschaft der Gegenwart. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 9, 1959, 477–85.
1104. *Lessig, Ursula*: Die Frau als Erzieherin. In: Jugendwohl. Kathol. Zeitschr. f. Kinder- u. Jugendfürsorge, Freiburg i. Br., 37, 1956, 83–87.
1105. *Rothländer, Helene*: Zur Frage der Lehrerinnenbildung. – In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 55, 1954, 191–200.
1106. *Lippert, Elisabeth*: Programmatische Überlegungen zu einer Untersuchung der Lebens- und Berufslage der Lehrerin. In: D. dt. Schule. Zeitschr. f. Erziehungswiss. u. Gestaltung d. Schulwirklichkeit, Darmstadt, 51, 1959, 274–79.
1107. *Schmücker, Else*: Die Situation der lehrenden Frau. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 59, 1958, 147–56.
1108. *Griebel, Martha*: Das Frauliche in seiner Bedeutung für den Beruf der Lehrerin. – Diss. Mainz 1958. XI, 148 S.
1109. *Schecker, Margarete*: Die verheiratete Lehrerin in der Schule. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 9, 1959, 514–26.
1110. *Emmerich, M.*: Die junge Lehrerin heute. – In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 54, 1953, 766–74.
1111. *Walz, Ursula*: Die Frau als Lehrerin. In: D. dt. Schule. Zeitschr. f. Erziehungswiss. u. Gestaltung d. Schulwirklichkeit, Darmstadt, 51, 1959, 261–67.
1112. *Banaschewski, Anne*: Die Frau als Schulleiterin. In: D. dt. Schule. Zeitschr. f. Erziehungswiss. u. Gestaltung d. Schulwirklichkeit, Darmstadt, 51, 1959, 267–74.

1113. *Lütgenau, Maria*: Die Frau in Leitung und Verwaltung der Volksschule. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 59, 1958, 624–29.
1114. *Roßländer, Helene*: Die katholisch lehrende Frau heute. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 57, 1956, 538–53.
1115. *Wilkens, Maria*: Gedanken zum Beruf der katholischen Lehrerin. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 52, 1951, 106–13.
1116. *Mleinek, Elisabeth*: Entfaltung des Berufsethos im Leben der katholischen lehrenden Frau. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 59, 1958, 237–46.
1117. (*Zeugin, Ernst*): 100 Jahre Frauenarbeit im Mädchenerziehungsheim Frenkendorf. Jubiläumsbericht. 1858–1958. – (Frenkendorf. Mädchenerziehungsheim 1958.) 29 S., Abb.
1118. *Zahn, Anneliese*: Aus der Festrede zum 50jährigen Jubiläum der Helene-Lange-Schule in Hamburg am 30. Juni 1960. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Köln-Braunsfeld, 10, 1960, 354–61.
1119. *Kardel, Elisabeth*: Emmy Beckmann in der Arbeitsgemeinschaft für Mädchen- und Frauenbildung. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 5, 1955, 151–56. **Persönlichkeiten**
1120. *Strnad, Elfriede*: Conradine Lück und ihr Beitrag zur Mädchen- und Frauenbildung unserer Tage. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 10, 1960, 5–14.
1121. *Schmücker, Else*: Pauline Herber. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 56, 1955, 839–50.
1122. *Lüke, Emmy*: Elise Stoffels. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 51, 1950, 114–19.
1123. *Bienias, Maria*: Edith Stein. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 53, 1952, 689–703.
1124. *Siemsen, August*: Anna Siemsen. Leben u. Werk. – Hamburg, Frankfurt a. M.: Europ. Verl.-Anstalt 1951. 227 S., Abb. DM 8,50.
[1882–1951. Sozialdemokratin, Pädagogin, Schriftstellerin.]
1125. *Siegel, Elisabeth*: Gemeinsame oder unterschiedliche Voraussetzungen der sozialen Berufsarbeit bei Frauen u. Männern. (Nach d. am 1. 11. 1958 im Dt. Berufsverband d. Sozialarbeiterinnen in Bad Driburg gehaltenen Votr.) In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 9, 1959, 425–40. **Soziale Berufe**

1126. *Strnad, Elfriede*: Von den Anfängen sozialpädagogischer Frauenberufsarbeit. In: Blätter d. Pestalozzi-Fröbelverbandes, Heidelberg, 11, 1960, 89–94.
1127. *Gehrke, Martha Maria*: Die Frau in der Sozialarbeit. In: D. Frau in unserer Zeit. Ihre Wandlung u. Leistung. Oldenburg, Stalling, 1954, 189–202, Abb.
1128. *Becker, Walter*: Neue Aufgabenstellung für soziale Frauenberufe. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 4, 1954, 205–10.
1129. *Offenberg, Maria*: Zum vierzigjährigen Bestehen der Sozialen Frauenschule in Aachen am 16. Nov. 1956. In: D. christl. Frau, Köln, 46, 1957, 19–21, 56–58.
1130. *Schauer, Hermann*: Frauen entdecken ihren Auftrag. Weibl. Diakonie im Wandel e. Jahrhunderts. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (1960). 249 S. DM 8,80.
1131. *Stoss, Irma*: Vom freiwilligen Hilfsdienst d. evangelischen weiblichen Jugend in der Bundesrepublik. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 7, 1957, 306–12.
1132. *Ellenbeck, Hildegard*: Evangelische Frauenarbeit in Deutschland. In: Kirchl. Jahrbuch f. ev. Kirche in Deutschland, Gütersloh, 87, 1961, 278 bis 318.
1133. *Bliss, Kathleen*: Frauen in den Kirchen der Welt. [Service and status of women in the church. Aus d. Engl. übertr. v. Maria Weigle]. – Nürnberg: Laetare-Verl. 1954. 259 S. DM 3,90.
1134. *Die Kindergärtnerin*. In: Die Frau im Beruf (406) 131–37.
1135. *Die Krankenschwester*. In: Die Frau im Beruf (406) 137–52.
1136. *Hilfsschwester, Hilfspfleger*. Bearb., genehmigt u. mit Wirkung v. 1. Sept. 1953f. verbindl. erkl. durch d. Staatssekretariat f. Berufsausbildung, Berlin. – Berlin: Volk u. Wissen 1955. 52 S. = Staatssekr. f. Berufsausbildg. R 1, 17, 2. DM 2,80.
1137. *Ruediger, Wilma*: Frauen im Dienst der Menschlichkeit. Erlebtes im „Deutschen Roten Kreuz“ v. 1914 bis Friedland. – München: Lehmann 1961. 295 S. DM 18,80.
1138. *Wieking, Friederike*: Die Entwicklung der weiblichen Kriminalpolizei in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart. – Lübeck: Verl. f. polizeil. Fachschriften 1958. 184 S.

1139. *Sticker, Anna*: Friederike Fliedner und die Anfänge der Frauendiakonie. E. Quellenbuch. — (Neukirchen, Krs. Moers): Neukirchener Verl. d. Buchh. d. Erziehungsvereine. 1961, 402 S., Abb. DM 25,—. Persönlichkeiten
1140. *Baum, Marie*: Anna von Gierke. E. Lebensbild. — Berlin, Weinheim: Verl. Jul. Beltz. 1954. 112 S.
[1874—1943, Sozialpädagogin in Berlin.]
1141. *Coler, Elly*: Anna von Gierke. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Köln-Braunsfeld, 11, 1961, 5, 7—11.
1142. *Hoffmann, Erika*: Hildegard von Gierke. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Köln-Braunsfeld, 11, 1961, 5, 11—16.
1143. *Alice Salomon*. — Die Begründerin des sozialen Frauenberufs in Deutschland. Ihr Leben und ihr Werk. Köln-Berlin: Carl Heymanns Verl. 1958. 348 S., Abb. = Schriften d. dt. Vereins f. öffentl. u. private Fürsorge.
1144. *Alice Salomon*. — D. christl. Frau, Köln, 48, 1959, 85—93.
1145. *Sticker, Anna*: Florence Nightingale. Curriculum vitae. With informations about Florence Nightingale and Kaiserswerth — Düsseldorf. — Kaiserswerth: Verl. d. Diakonissenanst. 1957. 22 S., Abb., Faks.
1146. *Ebeling, Hans*: Elsa Brandström. D. Engel v. Sibirien. — Bad Pyrmont: Friedrich 1952. 32 S.
- b) Wissenschaft und Kunst
1147. *Sommer — von Seckendorff, Ellen*: Das Frauenstudium. In: Wörterbuch d. Politik, Freiburg, 1951, 6, Sp. 143/44—155/56. Studium
1148. *Götze, Dorothea*: Der publizistische Kampf um die höhere Frauenbildung in Deutschland von den Anfängen bis zur Zulassung der Frau zum Hochschulstudium. Diss. München 1957. 305 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
[1848—1914.]
1149. *Boehm, Laetitia*: Von den Anfängen des akademischen Frauenstudiums in Deutschland. Zugleich e. Kapitel aus d. Gesch. der Ludwig-Maximilians-Univ. München. In: Historisches Jahrbuch d. Görres-Gesellsch., München, 77, 1958, 298—327.
1150. *Schopf, Renate*: Die Bedeutung des Frauenstudiums für die Stellung der Frau in der Gesellschaft und im Erwerbsleben. D. Entwicklung d. Frauenstudiums v. d. Jahrhundertwende bis heute. Rechts- u. staatswiss. Diss. Tübingen 1957. 163 gez. Bl., mehr Bl. 4⁰. [Maschinenschr. vervielf.]
[1908—1955.]

1151. *Krabbel, Gerta*: 50 Jahre Frauenstudium. E. Blick v. damals auf heute. — In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 140–47.
1152. *Dorer, Maria*: Frauenbildung an Universität und technischer Hochschule. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 55, 1954, 553–57.
1153. *Ahlmann, Käte*: Ingenieurmangel und Ingenieurstudium für Frauen. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 10, 1960, 54–61.
1154. *Wippermann, Günther*: Über das vorzeitige Ausscheiden von Studierenden aus dem Studium der Medizin und Zahnmedizin. Unter bes. Berücks. d. Frauenstudiums. — Med. Diss. Rostock 1961. 29 gez. Bl., Taf., Anh. 4^o. [Maschinenschr.]
1155. *Nauck, Ernst Theodor*: Das Frauenstudium an der Universität Freiburg i. Br. — Freiburg: Albert 1953. 80 S. = Beitr. e. Freiburger Wiss. u. Universitätsgesch. 3. DM 2,60.
[Mit Literaturverz. S. 73–75.]
1156. *Drucker, Renate*: Zur Vorgeschichte des Frauenstudiums an der Universität Leipzig. Aktenbericht. In: V. Mittelalter z. Neuzeit. Z. 65. Geburtstag v. Heinrich Sproemberg. Hrsg. v. Hellmut Kretzschmar. [Berlin: Rütten & Loening 1956], 278–90.
1157. *Lind, Anna*: Das Frauenstudium in Österreich, Deutschland und in der Schweiz. — Staatswiss. Diss. Wien 1961. 211 gez. Bl. 4^o. [Maschinenschr. vervielf.]
1158. *Radtke, Franziska*: Über die Arbeit an der Pädagogischen Staatsuniversität für Frauen in Kolumbien. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 57, 1956, 779–84.
[Lehrerinnenbildungsanstalt.]
- Frauen-** 1159. *Offenberg, Maria*: Die Mädchenbildung. In: Wörterbuch d. Politik, Frei-
bildung burg, 1951, 6, Sp. 115/16–139.
1160. *Stein, Edith*: Frauenbildung und Frauenberufe. (4. Aufl.). — München: Schnell & Steiner 1956. 177 S., 2 Taf. DM 5,40.
[1. Aufl. 1949.]
1161. *Stein, Edith*: Die Frau. Ihre Aufgabe nach Natur und Gnade. [Werke Bd. 5] Louvain: Nauwelaerts; Freiburg: Herder 1959. XXXIX, 226 S. DM 22,—.
1162. *Blochmann, Elisabeth*: Stellt die veränderte Situation der Frau in der Gesellschaft der Mädchenbildung neue Aufgaben? In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 7, 1957, 470–77.

1163. *Haese, Berta*: Katholische Frauenbildung in lebendiger Sicht. In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 60, 1959, 6–23.
1164. *Offenberg, Maria*: Soziale Mädchenbildung heute. — In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 105–13.
1165. *Krabbel, Gerta*: Mater Roswitha J. B. M. V. Geistige und soziale Grundlagen der heutigen Mädchenbildung. — In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 172–76.
1166. *Baeyer, Wanda v.*: Die Frau in der Wissenschaft. In: D. Frau in unserer Zeit, Oldenburg, Stalling, 1954, 203–36, Abb. Wissensch.
Berufe
1167. *Savelsberg, Gertrud*: Der Anteil der Frau am wissenschaftlichen Leben. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 5, 1955, 189–94.
1168. *Schwarzhaupt, Elisabeth*: Aufgaben und Stellung der Akademikerin in der heutigen Gesellschaft. In: Informationen f. d. Frau, Bad Godesberg, 3, 1954, 10, 19–23.
[Dasselbe in: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 4, 1954, 537–46.]
1169. *Lorenz, Charlotte*: Entwicklung und Lage der weiblichen Lehrkräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands. Hrsg. v. Dt. Akademikerinnenbund. — Berlin: Duncker & Humblot 1953. 40 S. 4^o. DM 6,—.
1170. *Krabbel, Gerta*: Entwicklung und Lage der weiblichen Lehrkräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands. — In: D. christl. Frau, Köln, 43, 1954, 59–61.
1171. *Hampe, Asta*: Die habilitierten weiblichen Lehrkräfte an den westdeutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen 1958/59. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Köln-Braunsfeld, 11, 1961, 4, 21–30.
1172. *Vetter, H.*: Zur Lage der Frau an westdeutschen Hochschulen. In: Kölner Zeitschr. f. Soziologie, Köln, 13, 1961, 644–61.
1173. *Trauer, M.*: Ist die Gleichberechtigung der wissenschaftlichen Assistentin tatsächlich gesichert? In: D. Hochschulwesen. Monatsschr. f. Fragen d. Hochschulpolitik, Lehrmethodik u. Hochschulorganisation, Berlin, 8, 1960, 347–49.
1174. *Akademische Frauenberufe*. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 4, 1954, 423–24, 458–60; 5, 1955, 86–88.
1175. *Stoss, Irma*: Aus dem beruflichen Wirken der Akademikerin. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 4, 1954, 554–68.

1176. *Hoeck, Eva*: Als Ärztin in Arabien. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 9, 1959, 107–11.
1177. *Christoph, Jutta*: Die Stellung und Bedeutung der Frau in der Zahnheilkunde Hamburgs. — Med. Diss. Hamburg 1953. 44, V gez. Bl., Taf. 40. [Maschinenschr.]
1178. *Curie, Eve*: Madame Curie. Leben und Wirken. (Berechtigte Übertr. a. d. Französ. v. Maria Giustiniani. Ungekürzte Lizenzausgabe.) — Berlin, Frankfurt a. M.: G. B. Fischer 1956. 408 S., Abb. DM 7,80.
[1867–1934.]
1179. *Bastin, Grete*: Madame Marie Curie. Die erste Nobelpreisträgerin. — In: D. christl. Frau, Köln, 43, 1954, 53–59.
1180. *Krabbel, Gerta*: Lisa Meitner. — In: D. christl. Frau, Köln, 47, 1958, 169–70.
1181. *Rachmanowa, Alja*: Sonja Kowalewski. Leben u. Liebe e. gelehrten Frau. (Aus d. russ. Ms. ins Dt. übertr. v. Arnulf v. Hoyer). — Zürich: Rascher 1953. 351 S. Abb. sfr 22,80.
[1850–1891. Gründl., auf Quellenstudium basierender biogr. Roman über d. erste Mathematikerin Europas.]
- Künstler.
Berufe** 1182. *Becher, Lilly*: Die Darstellung des neuen Lebens der Frauen der Deutschen Demokratischen Republik in der Literatur. In: D. Rolle d. Frau in d. DDR (299) 98–105.
1183. *Lebens- und Schaffensberichte deutscher Schriftsteller und Schriftstellerinnen*. In: Heimatl. Musenalmanach, 1951, 30–55.
1184. *Normand, Suzanne*: Die Frau in der Kunst, Literatur und Wissenschaft. In: Antares, Baden-Baden, 2, 1954, 5, 38–44.
[Beh. bedeutende Französinnen d. Gegenwart.]
1185. *Meidinger-Geise, Inge*: Die Frau in der Literatur. In: D. Frau in unserer Zeit. Ihre Wandlung u. Leistung, Oldenburg, Stalling, 1954, 237–77, Abb.
1186. *Vriesen, Gustav*: Die Frau in der Kunst. In: D. Frau in unserer Zeit. Ihre Wandlung u. Leistung, Oldenburg, Stalling, 1954, 286–314, Abb.
1187. *Bäumer, Gertrud*: Ricarda Huch. — Tübingen: Wunderlich 1954. 58 S.
1188. *Hinckel, Erika*: Anna Seghers. — Berlin: Dietz 1956. 35 S. = Schriftenreihe Lektionen d. Parteihochschule Karl Marx beim ZK d. SED.

1189. (Scholz, Joachim:) Anna Seghers. Leben u. Werk. E. Lit.verz. (Hrsg. v. Zentralinstitut f. Bibliothekswesen). — Leipzig: Verl. f. Buch- u. Bibliothekswesen 1960, 40 S. Abb.
1190. *Carlé, Wolfgang*: Gisela May. — Berlin: Henschel 1960. 30 S., Abb. = Künstler unserer Zeit.
1191. *Rohling, Ludwig*: Käte Lassen als Frau und Künstlerin. In: Mädchenbildung u. Frauenschaffen, Hamburg, 7, 1957, 283–302, Abb.
[1880–1956. Malerin.]
1192. *Modersohn-Becker, Paula*: Briefe und Tagebuchblätter. Hrsg. v. Sophie Dorothee Gallwitz. — München: List 1957. 240 S. = List-Bücher 88.
1193. *Strauss, Gerhard*: Käthe Kollwitz. — Dresden: Sachsenverl. 1960. 167 S. = Künstlermonographien.
1194. *Drinker, Sophie*: Die Frau in der Musik. E. soziologische Studie. [Music and women.] (Dt. Übertrg. v. Karl u. Irene Geiringer.) — Zürich: Atlantic Verl. 1955. 192 S., Abb. sfr 9,25.
1195. *Frau und Presse*. Eine Auswahl aus den Beständen des WNJZ. Z. Sonderchau im Rahmen d. Ausstellung d. Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Frauenverbände „Wollen u. Wirken der Frau“ im Fritz-Heußler Haus. — Dortmund: Westfälisch-niederrheinisches Institut f. Zeitungsforschung d. Stadt Dortmund 1957. 11 S. **Publizistik**
1196. *Verantwortung der Frau für die Bildung der öffentlichen Meinung*. Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der kath. Frauen. — In: Kath. Frauenbildung, Paderborn, 54, 1953, 600–602.
1197. *Seeger, Jutta*: Das Wesen der allgemeinen Frauenzeitschrift unter besonderer Berücksichtigung von „Die Frau“ 1893–1944. — Diss. München: [1953]. 117 gez. Bl. 4⁰. [Maschinenschr.]
1198. *Lethmair, Thea*: Die Frauenbeilage der „Frankfurter Zeitung“. Ihre Struktur, ihre geistigen Grundlagen. Diss. München 1957. 208 gez. Bl., mehr Taf. 4⁰. [Maschinenschr.]

REGISTER DER VERFASSER UND DER ANONYMEN SCHRIFTEN

Die Einordnung der Sachtitel entspricht der natürlichen Wortfolge unter Über-
 gehung von Artikel, Präposition und Konjunktion.

A

- Abend deutsch-französischer Freund-
 schaft 813
 Adam, Elisabeth 1068; 609 Rez.
 Ägyptische, die, Frau fordert ihr Recht
 387
 Agner, Helene 870
 Aguiló y Banzá, Apolonia 954
 Ahlmann, Käte 1153
 Akademische Frauenberufe 1174
 Akşin, Niyazi 476
 Albonico, Gerold 722
 Albrecht, Gerda 54 red.
 Albrecht, Günther 12
 Aldenhoff, Michael 391
 Alexander, M. 514
 Alles für den Frieden 882
 Alt, Robert 1102
 Amann, Olga 522
 Amon, Franz 539
 Anderthalb Milliarden Frauen kämpfen
 um die Veränderung der Welt 844
 Andreen, Andrea 344
 Anima, Maria 26
 Ansorg, Linda 990 Rez.
 Apothekenhelferin, die 66
 Appell an die werktätigen Frauen der
 ganzen Welt 145
 Aralovec, N. D. 434
 Arbeit und Stille im Leben der Frau 65
 Arbeit des DFD in den Elternbeiräten
 808
 Arbeit der Weltunion katholischer
 Frauenorganisationen 131
 Arbeiten und dienen 577
 Arbeiterin, die, 46
 Arbeiterin in der Spannung zwischen
 Betrieb und Familie 610
 Arbeiterinnen bereiten den Weg für
 eine neue sozialistische Frauen-
 generation 830
 Arbeitsmedizinische und betriebliche
 Probleme der Frauenarbeit 535
 Arbeitsphysiologie der Frau 588
 Arbeitsrichtlinien der Frauenabteilung
 des Österreichischen Gewerkschafts-
 bundes 859
 Arbeitsschutzgesetzgebung für die
 Frau 590
 Arbeitswiss. Kongreß 199
 Arbeitszeitordnung 1089
 Arndt 726
 Arndt, Agnes 1081
 Arnold, Egon 1019, 1033
 Arnold, Franz Xaver 1070
 Artzt, Werner 981, 982
 Asamblea mundial de mujeres 154
 Asendorf 640
 Augustin, Mechthild 477
 Aye, Gladys O. 389
 Aye, Hans Adolf 593, 1080

B

- Bab, Ilse 59 red.
 Bachmann, Fritz 341 hrsg.
 Bachofen, Johann Jakob 239
 Bähnisch, Theanolte 135
 Baensch, Monika 646
 Baers, Maria 625
 Bäumer, Gertrud 219, 749, 1187
 Baeyer, Wanda v. 1166
 Bahner, Anni 717
 Banaschewski, Anne 1112

- Bansemir, R. 714
 Baranow, L. v. 565
 Bartl, Gisela 997
 Bastin, Grete 1179
 Battmer, Grete 160
 Bauer, Franz 562
 Bauer, Klemens 454
 Baum, Marie 1140
 Baumann, Edith 147, 832, 833, 837
 Bazille, Helm. 324 hrsg.
 Beauvoir, Simone de 20
 Bebel, August 10
 Becher, Lilly 1182
 Bechmann, Annemarie 32 hrsg.
 Beck, Hans 926
 Beck, Ludwig Karl Leopold 1091
 Becker, Emilie 721
 Becker, Walter 1128
 Beckmann, Emmy 75 hrsg., 752 bearb.
 Beckmann, I. 613 hrsg.
 Bedeutende Frauen 223
 Bedeutende Frauen unseres Jahrhunderts 347
 Beermann, Maria 216
 Beitzke, Günther 526, 1058
 Belkovska, Katja 305 übers.
 Bender, Annie 354
 Benjamin, Hilde 884, 903, 993
 Beratung d. Präsidiums d. Bundesvorstandes 194
 Berditzka, E. 558
 Berghaus, Irmgard 504
 Bergholtz, Ruth 507, 400 hrsg.
 Bergmann, Berta 819
 Bergmann, Herta 180 Beitr.
 Bergmann, Walter 1055
 Bergner, Manfred 1043
 Bericht Europa-Versammlung Wien 169
 Bericht Frauenkonferenz IG Post- u. Fernmeldewesen 195
 Bernards Matthäus 279
 Bernerin, die 215
 Bernheim, E. 661
 Berthoud, Denise 452
 Bertram, Elsbeth 702
 Berufsmöglichkeiten der Frau 644
 Berufstätige, die 67
 Berufstätige Frauen 860
 Beschluß des Ministerrats der Ungar. Volksrepublik 1094
 Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des DFD 110
 Beyer-Haevernick 887 Ill.
 Bezold, Friederike 202
 Bibliografische Kalenderblätter d. Berliner Stadtbibliothek 4
 Bick, Ingeborg 374
 Bieder, Martha 635
 Bienias, Maria 1123
 Bierschenk, Maria 875
 Bigalke, H. 650
 Bingler, Helmut 920
 Biske, Käthe 634
 Bissar, Faride, A. 377
 Bitter, Wilhelm 25 hrsg.
 Bleyler, Hildegard 426
 Bliss, Kathleen 1133
 Blochmann, Elisabeth 1162
 Bode, Hermann 255
 Bodmer-Gessner 358
 Boehlen, Marie 339, 935
 Boehlke, F. 572
 Böhm, Anton 327
 Boehm, Laetitia 1149
 Böhme, Wolfgang 971
 Böltz, Alexander 318 übers.
 Boenheim, Margaret 517, 518
 Bönig, Heinrich 421
 Boes, Werner 273
 Boeschel, Rita 553
 Böttcher, Kurt 12
 Bohne, Regina 340
 Bohnenberg, Heinrich 960
 Bohren-Hoerni, Margrit 440
 Bombach, Käthe 111, 673
 Bondy, Barbara 326 hrsg.
 Bondzin-Jähnke, Helga 1073 Ill.
 Borgolte, W. 559
 Bornemann, Ernst 198, 479
 Borris, Maria 578
 Bosch, Friedrich Wilhelm 965, 966, 1005
 Bourbeck, Christine 575
 Boxberg, Helma 1029
 Brabec, Frdr. 83 red.

Braemer, E. 915
 Brandt 697
 Brandt, Elis. 65 hrsg.
 Brandt, Hans Jürgen 264
 Braun, Erika 876
 Braun, Harald 895
 Braun, W. 556
 Braunwarth, Henry 525
 Brehm, Marg. 434 übers.
 Bremme, Maria Gabriele 791, 793, 878
 Brennecke, Gerhard 385 Ill.
 Brennecke, Ursula 385; 385 Ill.
 Brosy, Josef 291
 Brüggemann, Dieter 1035
 Bublitz, Gerhard 242
 Buch, Waltraud 519
 Buchmann, Erika 800 zsgest.
 Buchmüller, Marie 409
 Bücher für unsere Frauen 2
 Bürgi, Eduard 1096
 Büttiker, Clara 86 hrsg.
 Bulla, Gustav-Adolf 1083
 Bumbel, Herbert 711
 Bumiller, Herbert-Wilhelm 922
 Burchard, Diethild 597
 Burck, Erich 247
 Burghardt, M. 803 Beitr.
 Burkhardt, Carl J. 18 Beitr.
 Bursche, Herbert 1062
 Buytendijk, Federik Jakobus Johannes 19

C

Cabanillas, Pio 955
 Caesar, Paul 598
 Caritas-Schwester 70
 Carlé, Wolfgang 1190
 Cech, Emil 669
 Chinas Frauen erobern die Zukunft 365
 Chou (geb. Tang) Maria 252
 Christliche, die, Frau steht ein für Frieden und Sozialismus 806
 Christoph, Jutta 1177
 Ciganek, Ingeborg 1066
 Claus, Cläre 213

Coenen, Else 204
 Coler, Elly 1141
 Cotton, Eugénie 345
 Coudenhove-Kalergi, Richard 867
 Crasselt, Carl 564
 Cremer, Marlies 408, 574
 Crone, Eugen v. d. 636
 Curie, Eve 1178
 Cusack, Ellen Dymphna 363
 Cussler, Margaret 567
 Custer-Oczeret 442 red.

D

Damann, Ruth 1069
 Darbellay, J. 942
 Decarro, I. 155
 Decker, F. J. 1095
 Deiters, Manfred 1015
 DFD Bundesvorstand Vortragsmaterial 823
 DFD Informationsbulletin 42
 DFD Internationaler Frauentag 99
 DFD Materialien d. Bundesvorstandssitzung 182, 184, 186
 DFD Referentenmaterial 93
 DFD Statut (Berlin) 121
 DFD Statut Westdeutschland 122
 DFD Weltkongreß der Frauen 139
 Demokratischer Frauenbund Deutschlands 43, 126, 173
 Delacour, Manfred 350
 Deneffe, Peter J. 463
 Deutsche Frauenkultur 54
 Deutsche Schwesternzeitung 71
 Deutscher Frauenkalender 60
 Dienst-Braun, Vera 222 Ill.
 Diepgen, P. 260
 Dietz, Rolf 1065
 Dingwall, Eric John 392
 Dir, von, — für Dich 769
 Doerner, Josephine 731
 Dokumente der ersten Mädchenkonferenz 197
 Dokumente, Tagung der Exekutive der IDFF 144
 Donner, Erika 388

Dorka, G. 138
 Doppelberuf 608
 Dorer, Maria 1152
 Dornemann, Luise 744, 745, 747
 Dornreich, Iul. 16 hrsg.
 Drews, Werner 1046
 Drinker, Sophie 1194
 Drucker, Renate 1156
 Düntzer, E. 545
 Düsterdieck, Irmgard 683, 684
 Dukas, Elisabeth 238
 Dunkelmann, Henning 623
 Dunkel, Helmut 460
 Dyballa, Erna 455, 670, 682

E

Ebeling, Hans 1146
 Eggebrecht, Lucie 675
 Ehe und Familie 16, 211
 Ehe- und Familienrechtsreform 1007
 Ehmke 1053
 Ehrhardt, G. 819
 Eisel, Joseph 1085
 Ellenbeck, Hildegard 1132
 Elsner, Ilse 530, 861
 Emmerich, Marilone 133, 773, 1110;
 340 Rez.
 Ender, Frieda 783
 Engelbrecht, Herta 989
 Entwicklung der Frauenarbeit 226
 Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit 486
 Entwurf zu einem neuen Statut des
 DFD 120
 Erard, Maurice 633 Ltg.
 Ergebnisse einer Befragung über die
 Belastung der erwerbstätigen Frauen
 616
 Erika 461
 Ermann, Walter 959 hrsg.
 Erste Weltkonferenz der werktätigen
 Frauen 156
 Erwerbstätigkeit von Frauen nach der
 Struktur ihrer Familien 620
 Erxleben, Hilde 499

F

Familie, die, im sozialistischen Staat
 307, 308
 Farrer-Baur 89 red.
 Fassbinder, Klara-Maria 763
 Favarger, M. 942
 Fehlauer 502, 503
 Feld, Wilhelm 423
 Fellermeier, Jakob 1020
 Fels, geb. Bähnisch, Orla-Maria 753
 Fiebich, Kurt 464
 Fiedler, geb. Stredtenfeld, Gerda 538
 Finke, Franz-Josef 967
 Firkel, Eva 17
 Fischer, Elmar 986
 Fischer, Hans-Georg 1047
 Fischer-Erling, Josepha 624
 Fitting, Margarete 489
 Flake, Otto 289
 Flitz, Hedi 162, 163
 Förderung und Qualifizierung 668
 Frage des Frauenstimmrechts 938
 Franke, Lothar 324
 Frau, die 11, 82, 91
 Frau und Beruf 62
 Frau, die, im Beruf 406, 410
 Frau, die, im Beruf und Staat 61
 Frau, die, im Betrieb 63
 Frau, die, in Bulgarien 305
 Frau, die, christliche 73
 Frau, die, im Erwerbsleben 420
 Frau, die, der Frieden und der Sozialismus 691, 804
 Frau und Frieden. Westdeutsche Friedensbewegung 64
 Frau, die. Früher: D. Unzufriedene 79
 Frau, die, in der Gemeinschaft 76
 Frau, die, in der Gesellschaft 208
 Frau, die, in Haushalt und Beruf 614
 Frau, die, von heute 47, 52, 81
 Frau, die, im Kampf um den Frieden
 881
 Frau, die, in der Landwirtschaft 700
 Frau, die, in Leben und Arbeit 90
 Frau und Mutter 68
 Frau und Politik 59
 Frau und Presse 1195

- Frau, die, im Sozialismus 911
 Frau, die, und der Sozialismus 5
 Frau, die, in der ungarischen Volksdemokratie 311
 Frau, die, in unserer Zeit 13
 Frau und Vaterland 92
 Frau, die, in der Volksrepublik Bulgarien 304
 Frau, die, Wesen und Aufgabe 15
 Frau, eine, wie sie 3
 Frauen aller Länder kämpfen für den Frieden 883
 Frauen in aller Welt danken 159
 Frauen, Ausbeutungsobjekt 494
 Frauen zwischen Familie und Fabrik 612
 Frauen in fernen Ländern 362
 Frauen der ganzen Welt 38
 Frauen in Gemeinschaft 789
 Frauen helfen, den neuen Kurs verwirklichen 180
 Frauen in Hotel und Gaststätte 729
 Frauen im Kampf für den Frieden 94, 95
 Frauenleben – Frauenschaffen 7
 Frauen im Mahlwerk der Bürotechnik 724
 Frauen, an die, und Mütter in der Bundesrepublik 200
 Frauen im neuen Rumänien 306
 Frauen der neuesten Zeit 318
 Frauen von Ravensbrück 800
 Frauen schaffen für das neue Leben 829
 Frauen sollen besser leben 866
 Frauen sprechen zu uns 1
 Frauen in verantwortliche Funktionen 846
 Frauen in Ungarn 312
 Frauen in der Volkskommune 366
 Frauen der Welt fordern Abrüstung 153
 Frauen der Zeit 326
 Frauenarbeit 412, 847, 858
 Frauenarbeit – Frauenrecht 78
 Frauenarbeit in den Gewerkschaften 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857
 Frauenausschuß 838
 Frauenausschüsse 831
 Frauenberufe 641, 643
 Frauenbewegung 735, 862, 863, 864
 Frauenbilder aus Österreich 348
 Frauenförderungsplan 677, 678, 680
 Frauenfrage in Deutschland 8, 9
 Frauen-Rundschau 83
 Frauenstimme 69
 Frauenwelt 53
 Frauenzentrale 361
 Frauenzeitschriften 234
 Frei, Emil 638
 Frenzel, Rosemarie 342 übers.
 Frieden und Sozialismus 771
 Frommann, Herbert 1013
 Frühwald, Richard 592
 Fuchs, Johannes Georg 249
 Führungsblatt der kath. Frauenbewegung Österreichs 80
 Fünf Jahre westdeutsche Frauenfriedensbewegung 886
 Fünfundvierzig Jahre Internationaler Frauentag 105
 Fünfzehn Jahre DFD 125
 Fünfzig Jahre internationale Frauenbewegung 755
 Fünfzigste Wiederkehr des 8. März 112
- G**
- Gaerte, Wilhelm 275
 Gärtner, II. 586
 Gärtner, Margarete 869
 Gagarina, Zinaida 342
 Galahad, Sir/d. i. Barbara Eckstein-Diener/241
 Gallwitz, Sophie Dorothee 1192 hrsg.
 Gausebeck, Aenne 615, 699
 Gautier, R. 378
 Gauwerky, Ursula 270
 Gebetsberger, Joh. 80 red.
 Gegler, Franz 433
 Gehlhoff, Ilse 300, 906
 Gehrke, Martha Maria 233, 1127
 Geiringer, Irene 1194 übers.
 Geiringer, Karl 1194 übers.

- Geissler, C. 118
 Gelling, Christa 174 zsgest.
 Gensch, Johanna 880
 Gerathewohl, Klaus 591
 Gerber, Elfriede 912
 Gernhuber, Joachim 1028
 Gerock, Emilie 707
 Gescher, Mathilde 419
 Geschickte Hände 686
 Gesetz über den Mutter- und Kinder-
 schutz 1071, 1073
 Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen
 Mutter 1079
 Gittig, Heinz 796; 742 red.
 Giustiniani, Maria 1178 übers.
 Gleichberechtigung der Beamtin 932
 Gleichberechtigung der Frau [BRD]
 929
 Gleichberechtigung der Frau DDR 908
 Gleichberechtigung der Frauen in der
 UdSSR 916, 917, 918
 Gleichberechtigung und ihre wirt-
 schaftl. Auswirkungen 1051
 Gleichberechtigungsgesetz 957, 958,
 959, 977
 Glücksmann, Gisela 47 red.
 Göricke, Franz 1075
 Görke, Heinz 959 bearb.
 Görner, Kurt 995
 Goerttler, Kurt 454
 Gößmann, Elisabeth 325
 Götze, Dorothea 1148
 Gollob, Hedwig 607
 Graf, Otto 589
 Grallert, Elsa 459
 Grandke, Anita 915, 999, 1044
 Grass, Friederike v. 567 Ill.
 Grauthoff, Ernestine 283
 Greeven, Heinrich 1024; 337 Beitr.
 Greil-Sasaki, Masako 369
 Grewen, Heinrich 406 hrsg.
 Griebel, Martha 1108
 Griesemann, Angela-Antonie 319 red.
 Grohmann, Erich 1078
 Gromer-Geyer, Dorothea 877
 Gropper, Roberta 582
 Grotewohl, Otto 180, 1071 Beitr.
 Grill, Ferdinand 599
 Gruenholz, Hertha 353
 Grundsatz der Gleichberechtigung 974
 Grußadresse – Frauenausschüsse 834
 Grußadresse des DFD 124
 Günther, Adolf 437
 Gundlach, Gustav 331
 Gutachten über die soziale und poli-
 tische Stellung der Frau in West-
 deutschland 330
 Gute Nachbarn – treue Freunde 817
- ## H
- Haber, Max 934 Vorw.
 Haberland, Helga 296
 Hackhofer, Karl 937
 Haegele, Karl 1048, 1050
 Haemmerli-Schindler, Gertrud 790
 Haese, Berta 1163
 Haesler-Oeser, Irma-Lotte 161
 Häublein, Hans Günther 535 red.
 Hage, H. 51
 Hagen, Hermine v. 63 red.
 Hahn, Karl-Heinz 758
 Haller, J. v. 637
 Hallgarten, Konstanze 896
 Hampe, Asta 1171
 Handbuch deutscher Frauenorgani-
 sationen 129
 Harmer, Anna 84 red.
 Harsch, Gertrud 527
 Hartung, Fritz 978
 Havlíčková, Sylvie 310
 Hedemann, Justus Wilhelm 949
 Heider, Maria 217
 Heilberufe 50
 Heimbürg, Herwig v. 1056
 Heinsius, Maria 267
 Heisel, Lilo 927
 Heisig, Karl 285
 Heiss, Herbert 537
 Hellgrewe, Henny 723, 1086
 Henrich, Gustav 1099
 Hentschel, Gerhart 730
 Herrin ihrer Geschicke 685
 Herrmann, Algard Hedwig 629
 Herrmann, Jenny 734, 1072
 Herrmann, Johanna 551

Herzen und Hirne dem Neuen öffnen
189
Heum, Paul 212
Heußner, Hermann 1034
Heutiger Stand der Frauenarbeit 397
Hildebrandt, Käte 295
Hilfsschwester, Hilfspfleger 1136
Hinckel, Erika 1188
Hindricks, L. 719
Hinweise der Frauenkommission des
FDGB 688
Hinze, Edith 516, 630
Hoch, Dorothee 207 hrsg.
Hoeck, Eva 1176
Höfig, Dagmar 352
Höhn, Elfriede 33, 329
Hoffmann, Auguste 137
Hoffmann, Carl 642
Hoffmann, Erika 1142
Hoffmann, Harriet 709, 716
Hofmann, Anton Christian 609
Hofstätter, Robert 547
Hohl, Max 755 red.
Homann, Karin 1101
Horne, Alfred 725
Hornik, Anna 143
Hoster, Gertrud 651
Hoyer, Arnulf v. 1181 übers.
Hsiao, S. Y. 212
Hubacher-Constam, Annemarie 360
Huber, H. 497
Hueck, A. 1064
Hüls, Luise 446
Hülsmann, Paul 536

J

Jacobsohn 811 Ill.
Jacobsohn, geb. Streidl, Christa 603
Jaecks, Hildegard 577 zsgest.
Jaeger, Werner 1090
Jäschke, Gotthard 355
Jaide, Walter 472, 479, 480
Janeschitz, Gustav Eduard 323
Jansen, Friedrich 990, 991
IDFF 115, 116, 119
Jeangros, Erwin 439

Jenke, Martha 892
Jeschonnek, Emil 97
Jesper, Karl Heinz 210
Ihre Rechte als Mutter, Werktätige,
Bürgerin 117
Immmler, Franz 493
Industriearbeiterin 713
Informationen für die Frau 56, 57
Informationsblatt für die Frauenaus-
schüsse 48
Informations-Bulletin 39
Internationaler Frauentag 98, 99, 100
Juschacz, Marie 224
Judik, Günter 790
Jüdische Sozialarbeit 77
Jungarbeiterin in der hauswirtschaftl.
und landwirtschaftl. Berufsschule
657
Junge Arbeiterin 467
Junge, das, Mädchen und die junge
Frau 865

K

Kägi, Werner 934
Kässer, Helmut 1026
Kahn, Myrthe 438
Kalt, R. 710
Kamnitzer, Bernhard 960
Kampfhammer, Franz Maria 328
Kannten, so, wir dich, Lilo Herrmann
803
Kantonale Frauenabstimmung 939
Kardel, Elisabeth 1119; 752 bearb.
Karrenberg, F. 605 hrsg.
Karsten, Dorothea 58, 774
Kasperek, E. 772
Katholische Frauenbildung 74
Kaul, Friedrich Karl 897
Kauler, Franz 1086 hrsg.
Keckeis, Gustav 6 red.
Kehl, Robert 1052
Kehrer, Artur 968
Keil, Hilde 499
Keller, Erika 550
Keller, Ruth 639
Kemmerling, Rudolf 1035

- Kempken, G. 784
 Kern, Käte 1074, 1077
 Kersten, Dietrich 609
 Kiessig, Hennig 952
 Killy, Herta Elis. 380 übers.
 Kindergärtnerin 1134
 Kindermann, Anton 563
 Kirbis, Waltraut 513
 Kirchhoff, R. 885
 Kissel Margrit 787
 Klauk, Clara 656
 Klein, Franz 1037
 Klein, Viola 601
 Kleine, H. O. 495, 561
 Kleinheyer, Gerhard 964
 Kleinrath, G. 514
 Klenner, Karlernst 21 übers.
 Klepper, Erhard 290
 Klinckowstroem, Carl Graf v. 294
 Klingner 811 Ill.
 Klinz, W. 113
 Kloß, Arthur 567 übers.
 Knauer, Emil 998
 Knöllinger, Helene 66 red.
 Knöpfel, Gottfried 962, 976
 Knospe, Elisabeth 630 Mitarb.
 Koch, Gottfried 262, 263
 Köhnen, G. 652
 Kohn, Erwin 738
 Kongreß der IDFF 149
 Kornemann, Ernst 244
 Koršunowa, I. E. N. 316
 Kortzschfleisch, Anna v. 873, 1011
 Koska-Klink, Irmgard 132
 Krabbel, Gerta 281, 1151, 1165, 1170,
 1180; 19 Rez.
 Krahn-Lierse, Erna 301
 Krankenschwester 1135
 Kranzhoff, Maria 19, 20 Rez.
 Krasnopol'skij, A. S. 1092
 Kratzsch, Konrad 619
 Krauss, Erich 1046
 Kreller, Hans 250
 Krenig, Ernst Günther 265
 Kretzschmar, Hellmut 1156 hrsg.
 Krisis und Zukunft der Frau 25
 Kroeber-Keneth, Ludwig 28
 Kröger, Christel 62 red.
 Krüger, Hildegard 35, 1038, 1059, 1060
 Krüger, Ursula 532
 Krumm, vereh. Edel, Susanne Mathilde
 432
 Kuchtner, Edeltraut 1012
 Kuczynski, Jürgen 227
 Kühn, Lotte 836
 Kuensberg, K. v. 900
 Küppers, Erika 347 zsgest.
 Kuhn, Manfred 947
 Kultur-Material für den Internatio-
 nalen Frauentag 107, 109
 Kunigk, Else 557
 Kuske, Bruno 258
 Kwederawitsch, Edith 681
- L
- Lachmund, Margarethe 889.
 Lage, die, der Frauen in Westdeutsch-
 land 458, 462
 Landeskonferenz der Frauen der Ru-
 mänischen Volksrepublik 157
 Lange, D. 613
 Lange, Inge 913
 Langrath, Sigrid 129 red.
 Lasse, Werner 1042
 Laube, Horst 648, 649
 Laubscher, Annemarie 278
 Lawton, Anna 65 hrsg.
 Leben der Frauen in verschiedenen
 Ländern 343
 Leben, das, meistern 32
 Lebens- und Schaffensberichte deut-
 scher Schriftsteller und Schriftstel-
 lerinnen 1183
 Leben und Wirken der arbeitenden
 Frau in beiden deutschen Staaten
 303
 Leben, dem, zugewandt 84
 Leder, Lily 382
 Le Fort, Gertrud v. 395
 Legler, Lieselotte 988
 Lehmann, Kl. 898
 Lehrgang für die Frauenkomitees 841
 Leipoldt, Johannes 248
 Lemnitz, Alfred 667
 Lendorff, Gertrud 256

Lenin, Vladimir Iljitsch 104
 Leopold, Alice K. 448
 Lernen und Handeln 44
 Lessig, Ursula 1104
 Lethmair, Thea 1198
 Lexikon der Frau 6
 Lexikon der Hausfrau 30
 Lichtenstadter, Ilse 386
 Lichtermann, S. 1054
 Licht und Schatten im Berufsleben
 der Schweizer Frau 442
 Lind, Anna 1157
 Linhart, Elisabeth 521
 Lippert, Elisabeth 1106
 Löhr, Fr. 767
 Loeper, geb. Lautsch, Charlotte v. 737
 Lohde, Hannah-Ruth 910
 Lohnt, es, sich für das Lächeln unserer
 Kinder zu kämpfen 174
 Lorenz, Charlotte 1169
 Loschinski, H. 457
 Lottmann, Werner 337
 Lowenthal, E. C. 77 red.
 Lucker, Elisabeth 647
 Ludwig, Renate 750
 Lück, Konradine 221
 Lüke, Emmy 1122
 Lütgenau, Maria 1113
 Luxemburg, Rosa 797

M

Maass, Wilfried 823 Beitr.
 Machen, so, es die Besten 827
 Mädchenbildung und Frauenschaffen
 75
 Maeder, Paula 474, 618
 Maier-Reimer, Hedwig 1039
 Makarov, Alexander N. 985
 Malina, Margh. 81 red.
 Mallachow, Lore 741
 Mangoldt, Ursula v. 333
 Mannstadt, Olga 61 hrsg.
 Manstein, B. 542
 Maraun, Georg 987
 Marienfeld, Horst 552
 Maril, Lee 284

Marquard, Theodor 488
 Martens, Leni 924
 Marti, Elisabeth 89 red.
 Martinek, Oswin 1098 hrsg.
 Marwyck, Christian v. 453
 Marx, Ingeborg 398
 Marx, Lilly 76 red.
 Marx, Rudolf 239 hrsg.
 Massfeller, Franz 961, 975, 1016, 1049;
 1051 bearb.
 Material des DFD zur Verwendung in
 öffentlichen Veranstaltungen 814
 Materialien von der Beratung mit Ver-
 treterinnen der Frauenausschüsse
 839
 Materialien von der Bundesvorstands-
 sitzung des DFD 191
 Materialien des 7. Bundeskongresses
 des DFD 190
 May, Claire 757
 Mayer, A. 596, 617
 Mayer, August 27
 Mehlan, K. H. 587, 1076
 Meidinger-Geise, Inge 1185
 Meiner Annemarie 232
 Meissel, geb. Krebs, Christa 549
 Meissner, Hildegard 61 hrsg.
 Menck, Clara 604
 Merseburger, K. E. 732
 Messmer, Kurt 1017
 Mestwerdt, Reinhard 921
 Meyenberg, Leonie 237
 Meyer-Spreckels, Elisabeth 338
 Meysenbug, Malwida v. 761
 Mielke, Heinz-Hubert 1008
 Mies, H. 543
 Mikocki, Alfred 1100
 Mitterwallner, Gritti v. 374
 Mitverantwortung der Frau im öffent-
 lichen Leben 874
 Mleinek, Elisabeth 1116; 74 red.
 Modersohn-Becker, Paula 1192
 Möchel, Gerh. 1092 übers.
 Moeller, Charles 21
 Moers, Martha, 501, 570, 655
 Mörsdorf, Josef 23
 Moll 811 Ill.
 Moll, Maren 510

Montagu, Ashley 22
 Mookerjee, Irene 212
 Morawe, Christa 508
 Mosolf, Anna 1103
 Motzko, Alma 206, 348
 Müller, Susanne 1001
 Müller-Freienfels, Wolfram 1014, 1031
 Müller-Luckmann, Elisabeth 573
 Münke, Stephanie 492, 528, 566
 Mütterarbeit 633
 Mukherjee, geb. Ghosch, Prabhati 254
 Muthesius, Alexander 384
 Mutschler, Dietrich 1003
 Mutter- und Kinderschutz in Bulgarien 1093
 Mutterschutzgesetz 1079
 Mutterschutzgesetz, Bundesgesetz 1097, 1098
 Myrdal, Alva 601

N

Nagels, M. 848
 Nathan, Hans 994, 1045
 Naturrechtlicher Standort der Frau im sozialen Leben 1023
 Nauck, Ernst Theodor 1155
 Nebojša, Kaudu 309 übers.
 Nehru, Krishna 373
 Nell-Breuning, Oswald v. 950, 1067
 Nemitz, Rosemarie 422, 795
 Neue, der, Entwurf eines Gesetzes über die Gleichberechtigung 970
 Neue Erziehung in Kindergarten und Heim 49
 Neundörfer, Ina 293
 Neun Frauen fahren nach Moskau 319
 1910–1960. 50 Jahre Internationale Frauenbewegung 746
 Niedermeier, H. 314
 Niemann, Ursula 429, 485
 Niethammer, Fritz 1000
 Niggli, Gertrud 443
 Nipperdey, H. K. 1063
 Nyssen, A. 529
 Noack, H. 541
 Nold, Liselotte 31; 157 hrsg.

Normand, Suzanne 1184
 Nowack, Lucie 42 red.
 Nowack-Harney, Elly 64 red.

O

O'Connor, Frank 391
 Oelßner, Fred 798
 Oesch, Margrit 466
 Oeter, Ferdinand 544, 606
 Oettli, Mascha 787, 945
 Offenberg, Maria 782, 1129, 1159, 1164; 73 red.; 625 übers.
 Ofosu, Appiah, Grace 389
 Ohnesorge 230
 Olschak, Blanche Christine 6 red.
 Opfinger, Friedel 707
 Oproiu, Ecaterina 842
 Ortega y Gasset, José 18
 Ortmann, Hannelore 912
 Ostmann, Helmut 996
 Ozarkowski-Golejewski, Kajetan 313

P

Pak, In-dók (Induk-Pańk) 380
 Palme, Antonie 482
 Pank, geb. Kohn, Ursula 695
 Pape, Dora 812
 Partisanen des Friedens 102
 Paschke, Willy 546
 Paul, Elfriede 560, 585
 Pauleser, Saturnin 576
 Paulssen, Hans Constantin 475
 Pauncz, Julia 1094 hrsg.
 Paunovic, Nadine 338
 Pehnt 296
 Peters, Hans 136
 Peters, Horst 1082
 Peters, Ruth 49 red.
 Petersen, Katharina 172, 335
 Peuker, K. 535 red.
 Pfeiffer, Lotte 843 Beitr.
 Pfeil, Elisabeth 631
 Pfeilstücker, Suse 272
 Pies, Otto 801

Pigler, Viktor 1097 hrsg.
 Pilz, Johann 85 red.
 Plan der Konferenz zur Verbesserung
 der Gewerkschaftsarbeit 845
 Plan der Volkseigenen Maschinen-
 fabrik 679
 Plautz, Werner 253
 Pohle, Eva 1057 hrsg.
 Pohlmeier, Heinz 919
 Pollak, Marianne 321, 322; 79 red.
 Popova, Nina 815
 Portmann, Marie-Louise 277
 Präger, Lydia 406 Mitarb.
 Preisler, R. 52 red.
 Prelot, Elisabeth 953
 Preuss, Traute 209
 Probleme der berufstätigen Frau 540
 Probst, Maria 465
 Programm zur Förderung der Arbeit
 mit den Frauen im Handwerk 690
 Pross, Helge 336, 626
 Protokoll vom Bundeskongreß des
 DFD 176
 Prümm, Maria 171
 Prym, Agnes M. 130

Q

Qualifiziert Frauen für verstärkten
 Einsatz 666
 Qualifizierung der Frau in drei Groß-
 betrieben 664
 Qualifizierung der werktätigen Frau
 665
 Quast, Sofie 413
 Quellen zur Geschichte der Frauen-
 bewegung 752

R

Rachmanowa, Alja 1181
 Radtke, Franziska 1158
 Rahmenlehrplan Wirtschaftspflege 698
 Ranke, Hans 992
 Ratstagung der IDFF 152
 Ravner, Pearl C. 490

Rechte der Frau in Jugoslawien 309
 Redeker, Klemens 515
 Redslob, Edwin 220
 Referentenmaterial zum 8. März 1956
 106
 Reichel, Karl Ferdinand 370, 371
 Reicke, Ilse 754, 777, 779
 Reidick, Gertrude 1012
 Reinhard, Edmund 980
 Reinicke, Dietrich 961
 Reinicke, Ilse 179 red.
 Reisen, Lore 703
 Remme, Irmgard 756
 Renker, U. 415
 Richarz, H. 705
 Richter, Charlotte 487
 Richter, F. W. 805 III.
 Richtlinien zur Ausarbeitung der
 Frauenförderungspläne 671
 Richtlinien des Bundessekretariats für
 die Arbeit der Werbegruppen 809
 Riewe, Manfred 511
 Rikli, Erika 786
 Ringeling, Hermann 930
 Ritter, Ruth 762
 Röseler, Margarete 893
 Rösiger, geb. Wolf, Emmy 512
 Rohling, Ludwig 1191
 Rolle der Frau in der DDR 299
 Rollin, Eberhard 548
 Romberg, E. H. 500
 Romen, Ant. 82 red.
 Roscher, Oskar 484
 Rosenberg, Alfons 24
 Roten, Iris v. 29, 936
 Rothländer, Helene 1105, 1114
 Ruckstuhl, Lotti 941, 1021
 Rudolph, Anni 496
 Rudorff, Margarethe 776, 923
 Ruediger, Wilma 1137
 Rühl, E. 658
 Rümelin, Gerda 506
 Rüther, Uta 534
 Ruf an die Frau 780
 Rumjanceva, Marija Stepanowna 316
 Rusch, Paul 888
 Russmann, Josef 332

S

- Sachse, A. 761 bearb.
 Saffa 359
 Salomon, Alice 1143, 1144
 Sarumpaet, Julia 956
 Sautter, Bruno 1030
 Savelsberg, Gertrud 1167
 Schaefer, Helen 641 Mitarb.
 Schanzenbach, Martha 600
 Scharmann, Dorothea-Luise 418
 Schauer, Hermann 1130
 Schecker, Margarete 134, 1109; 28,
 467 Rez.
 Scheel, geb. Gleiniger, Ursula 554
 Scheffler, Erna 929 Beitr.
 Schelsky, Helmut 334
 Schenk, Elisabeth 663
 Scherer, Alice 236, 338, 749, 950; 15, 16
 hrsg.
 Scherer, Elsbeth 781, 785
 Scherer, Robert 16 hrsg.
 Scheve, E. 571
 Schewe, Dieter 595
 Schimank, H. 228
 Schinzing, Francisca 509
 Schirdewan, Karl 180 Beitr.
 Schliermacher, Lisa 71 red.
 Schlüter-Henckes, Maria 165
 Schlundt, Hannelore 662
 Schmaas, Hermann 416, 425
 Schmidt, A. 654
 Schmidt, Agathe 376
 Schmidt, Elli 177, 765; 882 zsgest.
 Schmidt, F. H. 1088
 Schmidt, Hans 1022
 Schmidt, Norbert 622
 Schmidt, Wilhelm 240
 Schmucker, Else 341, 1107, 1121
 Schnappauf, Irmtraut 533
 Schneider, Elisabeth 286
 Schnyder, B. 942
 Schönfeld, Walther 292
 Schönherr, Hilde 820
 Schöning, Susanne 60 bearb.
 Schönwohl, Jos. 780 Vorw.
 Schöttau, Rich. 742 bearb.
 Scholz, Joachim 1189
 Schopf, Renate 1150
 Schorn, Auguste 19 übers.
 Schrabback, I. 114
 Schreck, T. 1087
 Schrecker, Margarete 37
 Schreiter, Horst 728
 Schriftenreihe des DFD 45
 Schröder, Robert 579, 583; 540 hrsg.
 Schroth-Pritzel, Ursula 601 übers.
 Schubiger, Maria 940
 Schucht, Elisabeth 368
 Schünemann, Anne-Claire 383
 Schütz-Sevin, Barbara 166
 Schuf sie, einen Mann und eine Frau
 1057
 Schuhmacher-Köhl, M. 1010
 Schule, aus der, geplaudert 824
 Schulte, Änne 427
 Schulz, Erna 901
 Schulz, Irmgard 346
 Schulze, Ursel 653
 Schulze-Binkowski, Thea 405
 Schumacher, Claire 90 red.
 Schunck, K. H. 584
 Schupp, Alfons 274
 Schutz der arbeitenden Frau 498, 581
 Schutz der Frau im Arbeitsleben 580
 Schwarz, Walther 1098 hrsg.
 Schwarzhaupt, Elisabeth 879, 1168
 Schweizer Frau 356
 Schweizer Frauenblatt 88
 Schweizer Frauenkalender 87
 Schweizer Frauenkorrespondenz 89
 Schweizerischer Frauenkalender 86
 Schwieder-Meierkord, Elfgart 505
 Scuria, Herbert 298
 Seeger, Imogen 605
 Seeger, Jutta 1197
 Seibel-Royer, Käthe 780 zsgest.
 Seifert, Heinz 674
 Seiffert, Helmut 34
 Sekretärin 72
 Seltmann, Charles 245
 Semmig, Jeanne Berta 760
 Siebenter Bundeskongreß 187
 Siegel, Elisabeth 1125
 Siegmund-Schultze, Dorothea 287
 Siegrist, Eberhard 983, 984

Siemering, Helga 627
 Siemering, Hertha 483
 Siemsen, Anna 788
 Siemsen, August 1124
 Sierks, Jan 531
 Sievers, Angelika 375
 Simon, Sándor 311 hrsg.
 Sommer, Ingeborg 692
 Sommerkamp, C. 704
 Sommer-von Seckendorff, Ellen 1147
 Sowjetfrau 40
 Soziale Situation der jungen Arbeiterin
 473
 Speck, Otto 602
 Speicher, Rosine 53 red.
 Spengler, Wilhelm 775
 Spiecker, Annemarie 569
 Spiel, Hilde 297
 Spletstösser, Berta 659
 Sprengel, Aenne 628, 701
 Sprengel, Rita 108
 Stapf, Renate 568
 Stasova, Elena Dmitrievna 317
 Statistik der Frauenarbeit 441
 Staub, Günther 933
 Stein, Edith 931, 1160, 1161
 Steffen, I. 943
 Stellung der Frau zu Atomfragen 890
 Stellungnahme zur Ehe- und Familien-
 rechtsreform 1006
 Steudel, I. 229
 Sticker, Anna 1139, 1145
 Stillr, Myriam 567 übers.
 Stirn, A. 611
 Stirn, H. 611
 Stoldt, Egon 1009
 Stoss, Irma 201, 203, 205, 708, 868,
 891, 1131, 1175; 75 red.
 Strantz, A. v. 706
 Strauss, Gerhard 1193
 Strauss, Walther 1004
 Strecker, Gabriele 736, 792
 Stree, Walter 1061
 Streisand, Hugo 7 hrsg.
 Stremitzer, Leda 524
 Stricker, Kurt 632
 Strnad, Elfriede 1120, 1126
 Strukturwandel der Weiblichkeit 302

Studentinnen 894
 Studer- v. Goumoens, Elisabeth 88
 red.
 Stübe, Gerhard 687, 689
 Stübel, E. C. 349
 Stupperich, Robert 268
 Süskind, Margarete 430
 Susman, Margarete 759
 Sverdlov, G. M. 1092
 Szagunn, Ilse 25 Rez.

T

Tätigkeit der Frauensowjets 840
 Tagebuch der Sommerschule 805
 Tanner, Rolf 251
 Tatsachen und Zahlen über die Frauen
 im neuen China 367
 Taxis-Bordogna, Olga Gräfin v. 288
 Technische Frauenberufe 718
 Teichmann, Fritz 1081
 Teilzeitarbeit der Frauen 520
 Teleki v. Szék Katharina Gräfin v. 214
 Temmesfeld, Maria 225
 Thalmann-Antenen, Helene 1040
 Theuerkauf, Emmy 1084
 Thiele, Grete 925
 Thiele, Ilse 123, 127, 128, 181, 183, 192,
 816, 818, 826, 904
 Thönnessen, Werner 748
 Thöny, Anna 91 red.
 Thoma, Hedwig 362; 946 hrsg.
 Thomas, M. Z. [d. i. Thom. Mich.
 Zottmann] 222
 Thoms, Liselotte 738
 Thoms-Orland, Norbert 72 red.
 Tilheim, Inge 902
 Timm, Helga 164, 645
 Tokarew, S. A. 243
 Torhorst, M. 751
 Toussaint-Butenuth, Wanda 660
 Traeder, M. 715
 Traphagen, Wilhelm 467 Rez.
 Trauer, M. 1173
 Tritz, Maria 401, 402, 403, 411, 436,
 447
 Troisgros, S. 693

Tschechoslowakische Frau 41
 Tschi-lan, Schen 364
 Tučková, Anna 41 red.

U

Uexküll, Th. v. 555
 Uhl, M. 167
 Uhlmann, Irene 11 hrsg.
 Ulbricht, H. 491
 Ulbricht, Lotte 766
 Ulbricht, Walter 828; 10 Geleitw.
 Ulich-Beil, Else 764
 Ulmer, Eugen 919 Beitr.
 Unger, Helmut 672
 Ungern-Sternberg, Roderich v. 320
 Unser Beitrag zur Reform der Zivil-
 rechte der verheirateten Frau 1041
 Unsterblich schöne Schwestern 235
 Untertaninnen in der ältesten Demo-
 kratie 944
 Urteil des Bundesverfassungsgerichts
 über die Gleichberechtigung der
 Frau 972
 Utz, Arthur Fridolin 1023 hrsg.

V

Vaerting, Mathias Themis 14, 393
 Vaubel, Ludwig 475
 Vedenayakam, Lydia 372
 Vedder, Magdalene 577 zsgest.
 Verantwortung der Frau für die Bil-
 dung der öffentlichen Meinung 1196
 Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit
 unter den Frauen 843
 Verbot des DFD ist grundgesetz-
 widrig 821
 Vereinbarung zur Förderung der Ju-
 gend, der Frauen 676
 Vereint sind wir eine unbesiegbare
 Macht 103
 Verkäuferin 727
 Vernehmlassung zum Vorentwurf der
 Expertenkommission für ein Bundes-
 ges. über d. Kranken- u. Mutter-
 schäftsversicherung 594
 Verway-Jonker, Hidla 394

Verwirklicht die Gleichberechtigung
 der Frau 909
 Vetter, H. 1172
 Vetterlein, W. 712
 Vielhaber, Maria 62 red.
 Vierung, Anni 390
 Vierter Bundeskongreß des DFD 179,
 185
 Vierter Kongreß der IDFF 150, 151,
 158
 Villard, Emile 946
 Vischer, Helen 92 red.
 Vogelsang, Thilo 271
 Vogt, Annelies 101
 Vogt, Hannah 871
 Vogt, Joseph 246
 Voigt, Berta 404
 Vorschläge für die Delegierten zum
 IV. Bundeskongreß 178
 Vriesen, Gustav 1186
 Vring, Georg von der 235 hrsg.

W

Wäber, Hedw. 215 Mitarb.
 Wagenseil, Kurt 392 übers.
 Wald, Renate 414, 469, 470, 471
 Waldhausen, Agnes 282
 Walner v. Deuten, Charlotte v. 969
 Walter, R. 456
 Walther, Katrin 733
 Walther, Rosemarie 743
 Walther, R. 914
 Walz, Ursula 1111
 Wandrey, Hanns 1027
 Ward, Maria 55
 Warnke, Herbert 396; 843 Beitr.
 Was muß die Frau von den Vereinten
 Nationen wissen 899
 Weber, Anneliese 417
 Weber, Heinrich 948
 Weber, Helene 168, 170, 749, 794, 963,
 973; 217 Nachw.
 Weber, Rosa 78, 859 red.
 Weber, Ulrich 18 übers.
 Weber, Werner 523
 Weg und Aufgabe der Frau heute 207

- Weg der gleichberechtigten Frau in der DDR 907
 Weibliche Arbeitskräfte in der amerikanischen Industri 444
 Weichmann, Elsbeth 379, 449
 Weidinger, Rosemarie 481
 Weigle, Maria 1133 übers.
 Weiler, Rudolf 407
 Welssow, Dorothea 435
 Weltkongreß der Frauen 142
 Weltkongreß der Mütter 146
 Wendland, Heinz Dietrich 496
 Wendt, Herbert 928
 Wenzel, Walter 1032
 Werner, Ernst 259, 261
 Wettbewerbsplan für die Kreisorganisation des DFD 807
 Weyer, Jochen 824 red.
 Weyh, Jutta 276
 Wiekig, Friederike 1138
 Wie lebt die Bäuerin in der LPG 696
 Wiesner, Katharina 905
 Wilkens, Maria 280, 1115
 Willkofer, Franziska 231
 Wilms, Dorothea 351
 Winiewicz, Maria Claudia 22 übers.
 Winkler, Gerda 60 Ill.
 Winogradowa, Olga 315
 Winter, Rosemarie 720
 Wippermann, Günther 1154
 Wir Frauen im Staat 872
 Wir laden ein 825
 Wir waren dabei 770
 Wirtschaft, die, braucht die Frau 400
 Wohin führt der Weg die Frau 399
 Wohlenberg, Ursula 811; 140, 141 red.
 Wolf, Ernst 887
 Wolf, Friedrich 802
 Wolle, Waldemar 1002
 Wolle-Egenolf, Hildegard 951, 1002
 Wülker, Gabriele 424, 621
 Wunderlich, Frieda 445
 Wurzbacher, Gerhard 467, 468
- Z**
- Zahn, Anneliese 1118
 Zahn-Harnack, Agnes 218
 Zarnack, Hulda 862 hrsg.
 Zbinden, Hans 357
 Zehbe, Ingeborg 694
 Zehn Jahre DDR 822
 Zehn Jahre DFD 768
 Zehn Jahre Frauenausschüsse 835
 Zeiger, Ivo 979, 1018
 Zentralblatt der technischen und gewerblichen Lehranstalten 85
 Zentrale Bäuerinnenkonferenz 193
 Zentrale Frauenkonferenz 196
 Zentrales Initiativkomitee 140, 141
 Zetkin, Clara 739, 740, 742
 Zeugin, Ernst 1117
 Ziegler, Alfred 1025
 Ziegler, Hildegard 266
 Zierrmann, Paul 257, 269, 450, 451
 Zimmermann, Christa-Esther 428
 Zörner, Guste 46 hrsg.
 Zopfy, Franz 431
 Zukunft, die, liegt in unseren eigenen Händen 188
 Zusammenkunft mit ägyptischen Frauen 148
 Zweijährbericht des DFD 175

Autorenverzeichnis

- Bentzien, Ulrich*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent der Wossidlo-Forschungsstelle des Instituts für deutsche Volkskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Rostock.
- Bleiber, Waltraut*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abteilung Mittelalter des Instituts für Allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Herrmann, Jenny*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bibliographie des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Klein, Dieter*, Prof. Dr. oec. rer. habil., Direktor des Instituts für politische Ökonomie der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Maschkin, Michail N.*, Kandidat der historischen Wissenschaften des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Müller, Hans-Heinrich*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Pazdur, Jan*, Prof. Dr., stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der Materiellen Kultur der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau.
- Schulze, Willi*, Staatlich geprüfter Archivar, Stadtarchiv Quedlinburg.
- Tjulpanow, S. I.*, Prof. Dr., Prorektor der Staatlichen Universität Leningrad.

Teil IV/1965 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte enthält:

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

K. GOSSWEILER

Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken. Eine Studie über das Verhältnis von Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur (1926 bis 1936)

H. MÜNCH

Die Bedeutung der sowjetischen Aufträge an die sächsische Werkzeugmaschinenindustrie in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932

G. BONDI

Historische Betrachtung zum Problem Freihandel und Schutzzoll

H. SEIDL

Der Arbeitsplatzwechsel als eine frühe Form des Klassenkampfes der mittel- und ostdeutschen Braunkohlenbergarbeiter in der Zeit von 1870 bis 1900

G. HELLING

Berechnung eines Index der Agrarproduktion in Deutschland im 19. Jahrhundert

H.-H. MÜLLER

Domänen und Domänenpächter in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert

K. FRITZE

Keimformen der kapitalistischen Produktionsweise in wendischen Hansestädten zu Beginn des 15. Jahrhunderts

DISKUSSIONEN

M. NUSSBAUM

Zum Neutralismus der jungen Staaten in Asien und Afrika

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

K. DROBISCH

Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland

FORSCHUNGSBERICHTE

N. I. SALECHOW

Aus den Erfahrungen der sowjetischen Historiker bei der Herausgabe von Quellen zur Agrargeschichte der Sowjetgesellschaft

QUELLEN UND MATERIALIEN

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)

W. SCHULZE

Löhne und Preise 1750 bis 1800 nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg

LITERATURKRITIK

J. KUCZYNSKI

Einige Überlegungen zur Struktur der Arbeiterklasse in der Zeit der Industriellen Revolution anlässlich des Erscheinens von E. P. Thompson, *The making of the English working class*

A. KUNZE/A. MAĆZAK

Gerhard Heitz, *Ländliche Leinenproduktion in Sachsen (1470–1555)*

BIBLIOGRAPHIE

H. ZSCHOCKE

Spezialverzeichnis ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen der Berliner Bibliotheken (2. Fortsetzung)

Bericht über den Stand der

„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben, BAND 6, der die Geschichte des Faschismus analysiert, und BAND 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18. BAND 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, BAND 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind erschienen BAND 22 bis 28, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England und im englischen Kolonialreich behandeln, sowie die Bände 29 und 30 über die Lage der Arbeiter in den USA.

Beim Verlag befinden sich als Manuskript:

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,

BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,

BAND 32 und 33, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich behandeln,

BAND 37, der die Geschichte der Weltlage der Arbeiter zusammenfaßt.

In Bearbeitung befinden sich:

Die restlichen Bände.

Im Schatten der Heiligen Allianz

Deutschland und Lateinamerika 1815–1830

Zur Politik der deutschen Staaten gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung Mittel- und Südamerikas

Von Prof. Dr. MANFRED KOSSOK

(Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, Bd.4/5)

1964. 258 Seiten – 2 Faltkarten – gr. 8° – MDN 33,50

Die Jahre von 1810 bis 1826 markieren den großen Wendepunkt in der Geschichte Lateinamerikas. Nach mehr als drei Jahrhunderten spanisch-portugiesischer Kolonialherrschaft errangen die Völker Mittel- und Südamerikas ihre politische Selbständigkeit. Aus einer breiten nationalen Befreiungsbewegung, die alle sozialen Klassen umfaßte, entstand eine neue Staatenwelt.

In der vorliegenden Studie sucht nun der Autor an Hand bisher nicht ausgewerteter Quellen deutscher, österreichischer und auch lateinamerikanischer Archive die Diplomatie und Handelspolitik der Staaten des Deutschen Bundes in der „Südamerikanischen Frage“ darzustellen. Aus Denkschriften, Handelsberichten und Kabinettsakten erwächst ein allseitiges Bild von Ursprung, Entwicklung, Wesen und den Schwerpunkten der deutschen Lateinamerikapolitik zwischen 1815 und 1830. Große wie kleine Bundesstaaten reagierten äußerst empfindlich auf die Revolution in der Neuen Welt. Besondere Aktivität zeigten die Hansestädte, denen sowohl offizielle als auch geheime Mittel recht waren, um den Handel mit den ‚Rebellen‘ in die Wege zu leiten und den Vorsprung der englischen und nordamerikanischen Konkurrenz aufzuholen. Bald erwies sich, daß auch die dem Legitimitätsprinzip verschworenen Mächte die unwiderruflichen Veränderungen in Lateinamerika nicht ignorieren konnten.

Mit der Darstellung der Haltung Deutschlands zur „Südamerikanischen Frage“ leistet der Autor einen wesentlichen Beitrag zur Aufhellung der bis zum heutigen Tage nicht systematisch untersuchten Geschichte der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



Krieg — Staat — Monopol

1914–1918

Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des ersten Weltkrieges

1965. VIII, 172 Seiten — gr. 8° — MDN 13,30

Alfred Schröter befaßt sich in seiner Arbeit mit den Zusammenhängen von Kriegswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus zur Zeit des 1. Weltkrieges in Deutschland. Auf Grund umfangreicher Literatur und neuer Quellen analysiert der Verfasser die deutsche Kriegswirtschaft nach ihrer Stellung bei der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Theoretische Darlegungen über das Wesen und die Erscheinungsformen der imperialistischen Kriegswirtschaft und der Militarisierung der Volkswirtschaft vervollständigen die Untersuchungen. Besondere Kapitel über die ökonomische Kriegsvorbereitung, die Wechselbeziehungen zwischen den sich aus der Kriegführung ergebenden ökonomischen Notwendigkeiten und den Gesetzmäßigkeiten der imperialistischen Entwicklung sowie über Erscheinungsformen der Militarisierung der Wirtschaft runden das Bild ab. Damit wird die Arbeit zu einer für Ökonomen, Historiker und Offiziere gleichermaßen interessanten und wichtigen Lektüre.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

